

**Mitteilung des Senats
an die Stadtbürgerschaft
vom 18. Dezember 2018**

Geschäftsbericht, Haushaltsrechnung und Abschlussbericht Produktgruppencontrolling des Landes und der Stadtgemeinde Bremen 2017*

Die Senatorin für Finanzen veröffentlicht für das Geschäftsjahr 2017 den Geschäftsbericht zum doppelten Jahresabschluss und die Haushaltsrechnung des Landes Bremen sowie die Haushaltsrechnung der Stadtgemeinde Bremen gemeinsam in dem Band „Geschäftsbericht, Haushaltsrechnungen und Abschlussbericht Produktgruppencontrolling des Landes und der Stadtgemeinde Bremen 2017“.

Teil A des Berichtsbandes beinhaltet den Geschäftsbericht für die Kernhaushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen für das Geschäftsjahr 2017. In Teil B und C des Berichtsbandes sind die Haushaltsrechnungen der Freien Hansestadt Bremen (Teil B) und die Haushaltsrechnung der Stadtgemeinde (Teil C) für das Haushaltsjahr 2017 enthalten. Teil D des Berichtsbandes beinhaltet im Sinne einer umfassenden Rechnungslegung den Abschlussbericht zum Produktgruppencontrolling 2017.

1. Teil A des Berichtsbandes: Geschäftsbericht zum 31. Dezember 2017

Der Senat überreicht der Bremischen Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) hiermit den Geschäftsbericht des Landes und der Stadtgemeinde Bremen 2017 (Teil A im Band „Geschäftsbericht und Haushaltsrechnungen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen“)

* Der Geschäftsbericht und die Haushaltsrechnungen werden den Abgeordneten der Stadtbürgerschaft zugeleitet und können in der Bürgerschaftskanzlei - Bibliothek - nach Terminvereinbarung eingesehen werden.

zur Kenntnisnahme.

Der Geschäftsbericht zum doppelten Jahresabschluss liefert neben dem kameralen Rechnungswesen ergänzende Steuerungsinformationen, indem er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aus betriebswirtschaftlicher Sicht vermittelt. Er gibt Aufschlüsse über die vorhandenen Vermögenswerte, die eingegangenen Verpflichtungen sowie den Ressourcenverbrauch und leistet damit erneut einen Beitrag zu einer größeren Transparenz über die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik des Landes und der Stadtgemeinde Bremen.

Das Verwaltungsergebnis fällt mit rund 393,86 Mio. Euro erneut negativ aus. Die Erträge stiegen zwar deutlich um 201,99 Mio. Euro. Im Gegenzug stiegen aber die Aufwendungen in fast gleicher Höhe um rund 214,40 Mio. an. Beim Finanzergebnis stehen den Erträgen in Höhe von rund 429,38 Mio. Euro Aufwendungen in Höhe von 975,23 Mio. Euro gegenüber. Daraus ergibt sich ein negatives Finanzergebnis in Höhe von –545,85 Mio. Euro. Das Finanzergebnis fällt damit verglichen mit 2016 um 552,11 Mio. Euro besser aus. Ausschlaggebend hierfür war die Entlastung bei den Abschreibungen der Finanzanlagen gegenüber dem Vorjahr (– 579,82 Mio. Euro). Dieser Effekt resultiert aus der im Vorjahr vorgenommenen Umstellung auf die Eigenkapitalspiegelbildmethode, die eine einmalige Abschreibung in Höhe von 600,58 Mio. Euro notwendig machte. 2017 wurde die Bewertung der Finanzanlagen nach aktuellem Stand fortgeführt und eine Entlastung in entsprechender Höhe realisiert. Der Jahresfehlbetrag 2017 weist mit 939,74 Mio. Euro weiterhin ein negatives Jahresergebnis aus.

.

2. Teil C des Berichtsbandes: Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2017

Der Senat überreicht der Bremischen Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) hiermit die Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2017 im Geschäftsbericht des Landes und der Stadtgemeinde Bremen 2017 (Teil C im Band „Geschäftsbericht und Haushaltsrechnungen des Landes und der Stadtgemeinde

Bremen“) und bittet die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft), ihm aufgrund des § 114 Abs. 1 LHO in Verbindung mit § 118 Abs. 1 LHO Entlastung zu erteilen.

Der Senat gibt dazu gem. § 84 Landeshaushaltsordnung (LHO) die nachstehenden Erläuterungen:

Der Haushaltsplan 2017 der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) ist durch das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2017 vom 21. Juni 2016 (Brem. GBl. 2016 S. 280 ff), zuletzt § 12 geändert durch Ortsgesetz vom 20. Juni 2017 (Brem. GBl. S. 283) in Einnahme und Ausgabe auf

3.506.129.500,00 Euro

- siehe Gesamtrechnungsnachweisung S. 39 und 41, Spalte 7 -

festgestellt worden.

Die Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2017 enthält die Gesamtbeträge der Kapitel und die Gesamtbeträge der Einzelpläne unter Berücksichtigung der nach § 81 LHO vorgeschriebenen Gliederung. Erläuterungen und Hinweise zu den in der Haushaltsrechnung ausgewiesenen Werten befinden sich auf den Seiten 42 und 43.

Der nach § 82 LHO zu erstellende kassenmäßige Abschluss (S. 45) weist ein ausgeglichenes Ergebnis aus.

Der Haushaltsabschluss nach § 83 LHO (S. 45) weist ein rechnungsmäßiges Gesamtergebnis von -40.823.329,27 Euro aus. Dieser Betrag ergibt sich aus den verbliebenen Netto-Ausgaberesten, die aufgrund des Ist-Abschlusses nicht abgedeckt werden. Der Saldo zwischen den tatsächlich eingegangenen Einnahmen und den tatsächlich geleisteten Ausgaben ist ausgeglichen. Der auf Seite 47 dargestellte Finanzierungssaldo beträgt für die Stadtgemeinde Bremen

-225.322.842,81 Euro

(ohne Konsolidierungshilfe).

Dieser Saldo ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Ist-Einnahmen, die abzüglich der Inanspruchnahme des Kreditmarktes, der Entnahmen aus Rücklagen sowie der Verrechnungen erzielt worden sind, mit den Ist-Ausgaben, entsprechend abzü-

glich Schuldentilgung am Kreditmarkt, Verstärkung der Rücklagen sowie der Verrechnungen. Im vorgenannten Finanzierungssaldo ist die Konsolidierungshilfe nicht enthalten.

Unter Berücksichtigung der im Haushaltsjahr 2017 gewährten Konsolidierungshilfe (Einnahme vom Land: 149.693.190 Euro) verbleibt für die Stadtgemeinde Bremen ein Finanzierungssaldo von

-75.629.652,81 Euro
(einschl. Konsolidierungshilfe).

Auf Seite 48 und 49 wird für 2017 zusätzlich der Strukturelle Finanzierungssaldo gemäß Kennzahlen zur drohenden Haushaltsnotlage sowie nach der Verwaltungsvereinbarung zur Gewährung der Konsolidierungshilfen dargestellt.

In Anlage 1 (S. 51) sind erhebliche Abweichungen zwischen Anschlag und Ist-Beträgen sowie erhebliche Solländerungen dargestellt und erläutert. Die Mehrausgaben gegenüber den Haushaltsanschlügen wurden, soweit es sich nicht um Haushaltsüberschreitungen handelt, entweder aufgrund der in dem Haushaltsplan enthaltenen Ermächtigungen (Haushaltsvermerke) oder aufgrund von Nachbewilligungen geleistet, die gemäß § 12 des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2017 vom Haushalts- und Finanzausschuss beschlossen wurden. Die Haushaltsüberschreitungen werden auf den Seiten 73 – 75 dargestellt. Die Kapitel- und Einzelplansummen der Nachbewilligungen und der diesen gegenüberstehenden Einsparungen ergeben sich aus Spalte 8 der Haushaltsrechnung (S. 2 - 41).

In dieser Anlage sind nachrichtlich auch die Soll- und Ist-Beträge der Personalausgaben (Gesamtsumme Hauptgruppe 4) aufgeführt (S. 76).

In Anlage 2 (S. 77) ist gemäß § 85 LHO eine Aufstellung über die bei den einzelnen Verwaltungszweigen (nach Einzelplänen) erlassenen Beträge enthalten. Ergänzend sind in dieser Anlage auch die niedergeschlagenen Beträge aufgeführt.

In Anlage 3 (S. 79) wird gem. § 86 LHO der Vermögensnachweis der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) per 31. Dezember 2017 mit Übersichten über Beteiligungen, Forderungen, Rücklagen, Sondervermögen, Eigenbetriebe, unselbständige Stiftungen und Vermächnisse, Schulden und Bürgschaftsverpflichtungen der Stadtgemeinde Bremen beigefügt.

In Anlage 4 (S. 101) werden in entsprechender Anwendung des § 85 Abs. 1 LHO und anderer gesetzlicher Regelungen die Bilanzen sowie die Gewinn- und Verlustrechnungen der Eigenbetriebe, der Sondervermögen und Immobilien Bremen -AöR- für 2017 ausgewiesen.

Anlage 5 (S. 133) enthält eine Zusammenfassung der Vermögensnachweise des Landes und der Stadtgemeinde Bremen, Übersichten über die Entwicklung der fundierten Schulden, die Schulden der Gesellschaften mit mehrheitlicher Beteiligung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen sowie eine Überleitungstabelle der Kreditschulden kameral und der Kreditschulden doppisch.

In Anlage 6 (S. 139) werden die Einnahmen und Ausgaben der Sonderhaushalte der Stadtgemeinde Bremen (Einzelplan 55) dargestellt.

In Anlage 7 (S. 143) wird über die Liquiditätssteuerung im Sinne des Beschlusses des Haushalts- und Finanzausschusses (vom 11. Dezember 2013 Ziffer 9 letzter Satz sowie vom 13. Februar 2015) berichtet.

In Anlage 8 (S. 145) wird die Anpassung des in Anlage 2 zum Haushaltsgesetz 2017 des Landes Bremen ausgewiesenen Tilgungsplans erläutert.

Der Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen wird seinen Bericht zu der Haushaltsrechnung 2017 nach beendeter Prüfung gemäß § 97 LHO der Stadtbürgerschaft und dem Senat zuleiten.

3. Teil D des Berichtsbandes: Abschlussbericht Produktgruppencontrolling

Der Abschlussbericht Produktgruppencontrolling beinhaltet im Sinne einer umfassenden Rechnungslegung einen Bericht auf Basis der Ergebnisse für den Zeitraum Januar bis Dezember 2017 einschließlich des 14. Abrechnungsmonats. Analog zu der Haushaltsrechnung werden im Abschlussbericht Produktgruppencontrolling bei den kameralen Finanzdaten die Einnahmen und Ausgaben in den einzelnen Produktplänen, -bereichen und -gruppen dem jeweiligen HH-Soll gegenübergestellt. Unter „Personaldaten“ werden Personalkosten und –menge mit vorher festgelegten Planwerten abgeglichen. Im Abschnitt „Leistungskennzahlen“ werden Ist-Werte mit den zu erreichenden Zielzahlen verglichen.



Freie
Hansestadt
Bremen



**GESCHÄFTSBERICHT, HAUSHALTS-
RECHNUNGEN UND ABSCHLUSSBERICHT
PRODUKTGRUPPENCONTROLLING
DES LANDES UND DER
STADTGEMEINDE BREMEN 2017**



Die Senatorin für Finanzen

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

für 2017 werden bereits zum dritten Mal der doppische Jahresabschluss und die kamerale Haushaltsrechnungen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen in einem gemeinsamen Bericht veröffentlicht.

Teil A dieses Berichtes führt mit dem achten doppischen Jahresabschluss die kontinuierliche Berichterstattung der letzten Jahre fort. Als Kernstück schafft der Geschäftsbericht einen Überblick über die vorhandenen Vermögenswerte, die eingegangenen Schulden und Verpflichtungen sowie den Ressourcenverbrauch und die Leistungserstellung des Geschäftsjahres 2017 und leistet somit einen Beitrag zur generationengerechten Haushaltsdarstellung.

In Teil B und Teil C dieses Berichtes wird die kamerale Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2017 jeweils des Landes Bremen und der Stadtgemeinde Bremen vorgelegt. Der Senat hat der Bürgerschaft nach Artikel 133 der Landesverfassung die kamerale Haushaltsrechnungen als Nachweis der Einnahmen und Ausgaben des Haushaltsjahres im Folgejahr vorzulegen. Erst dann kann der Landtag bzw. die Stadtbürgerschaft dem Senat die Entlastung nach § 114 Absatz 1 Satz 1 Landeshaushaltsordnung erteilen.

In der Konsolidierungsvereinbarung verpflichtet sich Bremen, Jahr für Jahr enorme Sparanstrengungen zu erbringen. Zum siebten Mal in Folge konnte auch 2017 diese Verpflichtung eingehalten werden. Die Ergebnisse der Jahresabschlüsse nach doppischen Grundsätzen zeigen dennoch, dass Bremen in seinen Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung nicht nachlassen darf. Bremens Wirtschaftskraft ist weiterhin ungebrochen, denn Bremen belegt im Ranking der Bundesländer hinter Hamburg den zweiten Platz. Ein wichtiger Indikator der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bundesländer ist das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner. Dieses beläuft sich in Bremen auf 49.570 Euro.

Bremen erfüllt im Unterschied zu einem Wirtschaftsunternehmen weitreichende Aufgaben der Daseinsvorsorge. Aufgaben in den Feldern des Gesundheitswesens, der Infrastruktur und der Bildung sind naturgemäß



nicht am Gewinnstreben ausgerichtet. Um dem Trend der Privatisierung früherer Jahre zu begegnen und um den kommunalen Einfluss zu stärken, hat Bremen 2017 die entscheidenden Weichen zur Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts für die Abfallentsorgung und Straßenreinigung gestellt. Das neue Kommunalunternehmen konnte ab dem 1. Januar 2018 die Arbeit aufnehmen und ab dem 1. Juli 2018 mit dem operativen Geschäft beginnen.

Die Investition in die Bildung unserer Kinder ist eines der wichtigsten Anliegen zur Zukunftssicherung und wurde im abgelaufenen Jahr mit besonderer Priorität vorangetrieben. Mit dem „Sofortprogramm Mobilbau“ konnten über tausend neue Kitaplätze in Bremen geschaffen werden, um den Betreuungsbedarf sowohl für die unter als auch die über Dreijährigen möglichst zeitnah zu decken.

Mit dem Programm „Zukunftsorientierte Verwaltung“ stellt sich Bremen wichtigen Zukunftsthemen. Die Digitalisierung in der Verwaltung, der demografische Wandel, Maßnahmen für eine sichere und saubere Stadt bei gleichzeitig erheblich eingeschränktem Ressourcenrahmen stehen beispielhaft dafür. Sie werden den Bürgerservice spürbar verbessern und weiter dazu beitragen, dass sich die Bremerinnen und Bremer in ihrer Stadt noch wohler fühlen können.

Mein herzlicher Dank gilt allen Beteiligten, die mit ihrem Engagement diesen aufschlussreichen Bericht ermöglicht haben.

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized first name and a more formal last name.

Karoline Linnert
Bürgermeisterin/Senatorin für Finanzen

TEIL A

GESCHÄFTSBERICHT
DOPPISCHER JAHRESABSCHLUSS
DES LANDES UND DER
STADTGEMEINDE BREMEN 2017



Außenansicht Haus des Reichs, Dienstsitz der Senatorin für Finanzen in Bremen

Bremen im Zahlenvergleich 2010/2017	8
Lagebericht	9
Jahresabschluss	39
Vermögensrechnung zum 31.12.2017	40
Erfolgsrechnung 2017	42
Anlagengitter	44
Anhang	46
Allgemeine Angaben	47
Erläuterungen zur Vermögensrechnung – Aktiva	48
Erläuterungen zur Vermögensrechnung – Passiva	65
Erläuterungen zur Erfolgsrechnung	82
Sonstige Angaben	97
Finanzrechnung zum 31.12.2017	105
Glossar	111
Abkürzungen	113
Impressum/Bildnachweis	114

Bremen im Zahlenvergleich 2010/2017

Struktureller Finanzierungssaldo in Mio. Euro im Jahre 2010:	1.121
Struktureller Finanzierungssaldo in Mio. Euro im Jahre 2017:	352
Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner im Jahre 2011 ¹ :	652.181
Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner im Jahre 2017:	678.753
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro im Jahre 2010:	42.046
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro im Jahre 2017:	49.570
Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahre 2010:	284.553
Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahre 2017:	325.375
Anzahl der Beschäftigten (VZÄ) in der Kernverwaltung im Jahre 2010:	14.135
Anzahl der Beschäftigten (VZÄ) in der Kernverwaltung im Jahre 2017:	13.758
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag ² in Mrd. Euro im Jahre 2010:	13,1
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag ² in Mrd. Euro im Jahre 2017:	22,2
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Mrd. Euro im Jahre 2010:	5,4
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Mrd. Euro im Jahre 2017:	10,9
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse in Mrd. Euro im Jahre 2010:	1,9
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse in Mrd. Euro im Jahre 2017:	2,7

¹ Aufgrund des bereinigten Zensusergebnisses hier Vergleich mit Basisjahr 2011

² Land und Stadtgemeinde Bremen

Lagebericht

Darstellung des Geschäftsverlaufs und der wirtschaftlichen Situation des Landes und der Stadtgemeinde Bremen.

Organisation und Struktur



Die Mitglieder des Bremer Senats: (v. l. n. r.) Senator Dr. Joachim Lohse, Senator Martin Günthner, Senatorin Prof. Dr. Eva Quante-Brandt, Bürgermeisterin Karoline Linnert, Bürgermeister Dr. Carsten Sieling, Senatorin Anja Stahmann, Senator Ulrich Mäurer und Senatorin Dr. Claudia Bogedan

Senatsmitglieder im Geschäftsjahr 2017

Dr. Carsten Sieling (SPD)

Präsident des Senats, Bürgermeister, Senator für
Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften und
Senator für Kultur

Karoline Linnert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stellvertretende Präsidentin des Senats,
Bürgermeisterin, Senatorin für Finanzen und
Senatskommissarin für den Datenschutz

Ulrich Mäurer (SPD)

Senator für Inneres

Martin Günthner (SPD)

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen,
Senator für Justiz und Verfassung

Dr. Joachim Lohse (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Anja Stahmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und
Sport, Senatskommissarin für die Verwirklichung der
Gleichberechtigung der Frau

Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD)

Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und
Verbraucherschutz

Dr. Claudia Bogedan (SPD)

Senatorin für Kinder und Bildung

Der Senat führt die Verwaltung nach den Gesetzen
und den von der Bürgerschaft gegebenen Richtlinien.
Die Senatorinnen und Senatoren tragen nach der
vom Senat beschlossenen Geschäftsverteilung die
Verantwortung für die einzelnen Verwaltungsbehörden
und Ämter.

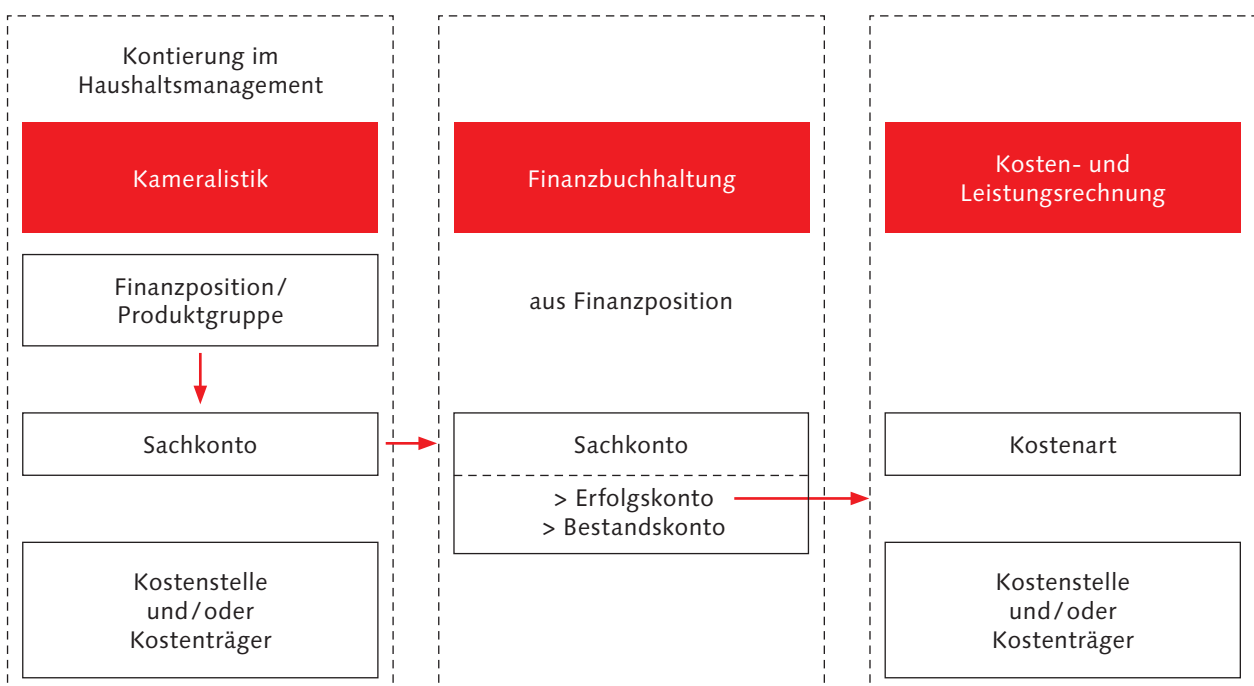
Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen

Nach der Landeshaushaltsordnung der Freien Hansestadt Bremen sind geeignete Informations- und Steuerungsinstrumente Voraussetzung für eine Veranschlagung von Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im Rahmen eines Systems der dezentralen Verantwortung. Der integrierten Steuerung des Haushalts über Fach- und Ressourcenziele einschließlich zugehöriger Kennzahlen wird mit dem Produktgruppenhaushalt des Landes und der Stadtgemeinde Rechnung getragen. Mit der Einbindung der Leistungsdaten der Beteiligungen in den Produktgruppenhaushalt ist ein weiterer Schritt zur Zusammenführung von Kernhaushalt und Beteiligungen hin zu einer integrierten Gesamtsteuerung gelungen. Eine Optimierung des Produktgruppenhaushaltes führt dazu, dass zukünftig die Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen transparenter dargestellt werden. Dadurch wird bei Verrechnungen und Erstattungen zum einen zwischen den Haushalten des Landes und der Stadtgemeinde Bremen sowie innerhalb eines Haushalts differenziert und zum anderen zwischen konsumtiven und investiven Verrechnungs-/Erstattungseinnahmen und -ausgaben unterschieden. Ferner

erfolgt eine gesonderte Ausweisung der Zahlungen von bzw. an Bremerhaven. Die relevanten Verrechnungen und Erstattungen fließen zudem vollumfänglich in die Berechnung zur Einhaltung des Budgets und des Finanzierungssaldos ein.

Das bremische Rechnungswesen umfasst sowohl kamerale als auch betriebswirtschaftliche Komponenten. Die Erstellung der doppelischen Jahresabschlüsse ist nunmehr ein fester Bestandteil des Haushalts- und Rechnungswesens Bremens.

Im Rechnungswesen der Freien Hansestadt Bremen wird die doppelte Buchführung bei jeder kameralen Buchung mitgeführt, da der Buchungsstoff aus dem kameralen Rechnungswesen auf die Konten der Finanzbuchhaltung sowie auf die Elemente der Kosten- und Leistungsrechnung übergeleitet wird. Im kameralen Rechnungswesen, in dem die periodische Zuordnung der Geschäftsvorfälle auf den tatsächlichen Zahlungszeitpunkt abgestellt wird, ergibt sich diese in der Finanzbuchhaltung aus dem Zeitpunkt der tatsächlichen Leistungserbringung bzw. -inanspruchnahme.



Die Modernisierung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens ist keineswegs abgeschlossen, sondern wird unvermindert mit unterschiedlichsten Projekten fortgeführt.

Da die alleinige Betrachtung der doppischen Daten des Kernhaushaltes im Geschäftsbericht des Landes und der Stadtgemeinde Bremen insbesondere aufgrund der erfolgten Ausgliederungen der Vermögensgegenstände in Sonderhaushalte, Sondervermögen, Eigenbetriebe, Stiftungen und Gesellschaften nur einen Teilbereich der tatsächlichen Werteentwicklung abbildet, ist eine schrittweise Einbeziehung der ausgegliederten Einheiten für eine gesamtbremische Rechnungslegung (Konsolidierung) notwendig.

Eine weitere Aufgabe besteht in der Neuordnung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand. Durch das Steueränderungsgesetz 2015 wurde die Umsatzbesteuerung der juristischen Personen des öffentlichen Rechts umfassend neu geregelt. Die Neuregelung bewirkt eine Anpassung des deutschen an das europäische Umsatzsteuerrecht, sodass zahlreiche und wesentliche Besteuerungsprivilegien der öffentlichen Hand aufgehoben werden sollen. Mit der Neuregelung soll grundsätzlich jede Tätigkeit von juristischen Personen des öffentlichen Rechts auf privatrechtlicher Grundlage als unternehmerisch eingestuft und in einem zweiten Schritt auf eine Umsatzsteuerbefreiung hin geprüft werden. Das Steueränderungsgesetz 2015 enthielt die Option, die bisherigen Regeln der Umsatzbesteuerung in einem Übergangszeitraum bis zum 31.12.2020 weiterhin anzuwenden. Bremen hat diese Option gegenüber dem Finanzamt erklärt und dadurch die Möglichkeit geschaffen, den Übergangszeitraum für eine umfassende Analyse der Einnahmen und Anpassung der betroffenen Verwaltungsstrukturen an die zukünftige Rechtslage zu nutzen. 2017 wurden systematisch sämtliche Einnahmen Bremens untersucht und im Hinblick auf die zukünftige Rechtslage steuerrechtlich beurteilt, ggf. angemessene Gestaltungsspielräume aufgezeigt und für die Senatsressorts entsprechende Lösungsvorschläge unterbreitet. Auf der Ausgabenseite werden zukünftige Haushaltsrisiken identifiziert und, soweit möglich, beziffert.

Ein strategisches Ziel für die Produktgruppe Haushalt und Finanzen ist die Einführung von E-Haushaltsplan und E-Berichterstattung. Mit dem Masterplan des Modernisierungsprogramms „Zukunftsorientierte Verwaltung“ wurde deshalb im strategischen Entwicklungsfeld „Integrierte Gesamtsteuerung“ das Projekt eHaushalt eingerichtet. Zielsetzung des Projekts ist der Aufbau eines zentralen elektronischen Managementinformationssystems zur verbesserten Haushaltsdarstellung und Haushaltsanalytik. Durch einen ständig aktuellen Überblick über die im Haushalt festgelegten Ziele, Maßnahmen und Kennzahlen sollen Politik und Verwaltung verbesserte wirkungsorientierte Steuerungsinstrumente bereitgestellt werden. Zur leichteren Steuerung der Aufgabenerfüllung soll mittels des eHaushalts ein unterjähriges Berichtswesen aufgebaut werden, das die im Haushalt festgelegten Ziele, Maßnahmen und Kennzahlen jeweils aktuell darstellt. Der eHaushalt soll einen ständigen Überblick über die Zielerreichung in den Produktplänen, -bereichen und -gruppen sowie deren Meilensteine und Maßnahmen ermöglichen. Er soll zeitnah Informationen darüber liefern, ob die angestrebten Ziele erreicht werden oder gefährdet sind. Zudem soll mit dem eHaushalt zukünftig auch eine verbesserte Ressourcensteuerung mittels Gender Budgeting möglich sein.

Die Freie Hansestadt Bremen hat bei der Einführung der elektronischen Rechnung eine bundesweite Führungsrolle übernommen. Unter gemeinsamer Federführung des Bundesministeriums des Innern (BMI) und Bremen konnte 2017 der nationale Standard XRechnung fertiggestellt werden. Der IT-Planungsrat erklärte diesen Standard XRechnung als maßgeblich für die Umsetzung der EU-Richtlinie 2014/55/EU zur Einführung der E-Rechnung in Deutschland. Mit dem Standard XRechnung ist bereits eine wichtige Arbeit geleistet, die öffentlichen Auftraggebern sowie deren Lieferanten gleichermaßen zugutekommt und zu einer volkswirtschaftlich effizienten Transformation von der Papierrechnung zur elektronischen Rechnung maßgeblich beiträgt.

Wesentliche Fortschritte konnten auch im Rahmen einer vereinbarten Kooperation des Bundesministeriums des Innern (BMI), des Bundesministeriums der

Finanzen (BMF) und Bremens unter dem Dach des IT-Planungsrates erzielt werden, um aktiv einem Auseinanderdriften bei der Umsetzung der E-Rechnung im Föderalismus entgegenzuwirken. Ferner zeigt „Das Architekturkonzept eRechnung für die föderale Umsetzung in Deutschland – entwickelt vom Bund und dem Land Bremen“, wie eine homogene IT-Architektur für öffentliche Auftraggeber in Deutschland aussieht.

Für die verwaltungsinterne Prozessoptimierung wurde 2017 ein Masterprozess für die Einführung eines digitalen Rechnungsbearbeitungsworkflows konzipiert, der als Vorlage für die Implementierung bei allen anderen Rechnungsempfängern der bremischen Verwaltung dienen wird. Darüber hinaus wurde ein zentraler Dienst zur Digitalisierung von Papierrechnungen aufgebaut.

Im Rahmen des Projekts E-Rechnung erfolgte auch eine Anbindung an den elektronischen Bestellkatalog für Rahmenverträge (BreKat) und das SAP-Modul für Materialmanagement, um automatisierte Bestellbezüge herzustellen und damit eine Direktverarbeitung von elektronischen Rechnungen vorzubereiten. So werden eine Erhöhung des Automatisierungsgrades in der Rechnungsverarbeitung und zugleich die Steuerung des zentralen Einkaufs durch eine entsprechende Datenlage ermöglicht.

Mit dem Projekt „SAP Datenarchivierung“ wird die Optimierung der Datenbestände des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens in den Bereichen Finanzwirtschaft, Haushaltsmanagement, Controlling und Materialwirtschaft umgesetzt. Der Begriff „SAP Datenarchivierung“ bezieht sich auf die Archivierung von Belegen und Stammdaten abgeschlossener Geschäftsvorfälle in SAP, die für eine aktive Bearbeitung nicht mehr benötigt werden. „Datenarchivierung“ bedeutet im Grunde, dass Daten von abgeschlossenen Geschäftsvorfällen nach einer bestimmten Verweildauer, die sie nach Abschluss noch im SAP-System verbleiben, aus dem SAP-System ausgelagert und an einen anderen Speicherort, nämlich in ein externes Archivsystem, verschoben werden. Dort stehen sie für die restliche Dauer der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist in für lesenden Zugriff zur Verfügung.

Ein weiteres Projekt stellt die Umstellung auf Einheitspersonenkonten dar. Zunächst erfolgt in einem gesonderten Projekt die Reduzierung der doppelten Personenkonten (Dubletten) durch Archivierung und damit eine Optimierung des Datenbestandes. Im Ergebnis wird sich die Anzahl der Kreditoren- und Debitorenstammsätze stark reduzieren. Darüber hinaus ist die Schaffung der datenschutzrechtlichen Voraussetzungen für die Einführung von Einheitskreditoren- und -debitoren zu schaffen. Nach anschließender Wirtschaftlichkeitsberechnung erfolgt dann die Auswahl der wirtschaftlichsten Alternative zur technischen Umsetzung der Einheitspersonenkonten. Mit dem Aufbau einer zentralen Debitoren- und Kreditorenbuchhaltung innerhalb der Landeshauptkasse als Servicecenter für die Dienststellen der Kernverwaltung der Freien Hansestadt Bremen ist ebenfalls begonnen worden. Die Zentralisierung bietet die größtmögliche Vereinheitlichung der Buchungsvorgänge und ermöglicht damit eine flächendeckende Kontrolle über das Mahn- und Anordnungswesen. Forderungsbestände der Ressorts können dann erstmals übergreifend überwacht werden und das gesamte bremische Forderungsmanagement wird gleichmäßig nach einheitlichen Regeln erfolgen. Durch die systematische und vollständige Verbuchung aller Rechnungen, Gutschriften, anderweitigen Forderungen (z. B. aus Schadenersatz) und Zahlungen finden alle laufenden Geschäftsvorfälle, welche die Debitoren und Kreditoren betreffen, Berücksichtigung im Forderungsbestand. Darüber hinaus ist die regelmäßige Kontrolle der offenen Posten im Hinblick auf deren Fälligkeit die Vorstufe zu einem optimierten Mahnwesen.

Finanzpolitische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Finanzpolitische Rahmenbedingungen

Auch 2017 waren die Gestaltungsspielräume der Bremischen Haushalts- und Finanzpolitik durch den mit dem Bund vereinbarten Konsolidierungskurs der Bremischen Haushalte maßgeblich beeinflusst. Der Konsolidierungspfad auf dem Weg zum vollständigen Abbau der Neuverschuldung im Jahr 2020 stellt die Bremischen Haushalte vor ansteigende Herausforderungen, da sich die Obergrenze des strukturellen Finanzierungsdefizits, die zur Gewährung der jährlichen Konsolidierungshilfen in Höhe von 300 Mio. Euro unterschritten werden muss, jährlich verengt.

Bremen hielt auch im siebten Jahr in Folge die Verpflichtungen zur Konsolidierung der Haushalte ein und realisierte damit erneut den Anspruch auf Gewährung von Konsolidierungshilfen. Aufgrund der verstärkten Zuwanderung hatte die Bürgerschaft für das Haushaltsjahr eine außergewöhnliche Notsituation festgestellt, die sich der Kontrolle des Staates entzieht und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt. Nach Abschluss der Haushalte konnte aber darauf verzichtet werden, diesen Tatbestand als Ausnahmesituation nach § 6 der Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen anzuwenden.

Ursächlich hierfür ist insbesondere, dass die flüchtlingsbezogenen Nettomehrausgaben aufgrund deutlich geringerer Zugänge sowie erhöhter einnahmeseitiger Entlastungen um 172 Mio. Euro geringer ausfielen als erwartet. Es verblieben für den Stadtstaat flüchtlingsbezogene Nettoausgaben von über 200 Mio. Euro. Weitere Verbesserungen bei den sonstigen Einnahme- und Ausgabepositionen im Umfang von 252 Mio. Euro ermöglichten nach strukturellen Bereinigungen die Einhaltung des Abbaupfades der Nettoneuverschuldung. Die von der Freien Hansestadt Bremen als Eigenbeiträge zur Haushaltskonsolidierung unternommenen Sanierungsmaßnahmen trugen 2017 mit einem Entlastungseffekt von 430 Mio. Euro zur Einhaltung der Obergrenze der Nettokreditaufnahme bei.

Das Ausmaß, in dem Bremen durch Einsparmaßnahmen und Begrenzungen der Leistungen und des Kostenanstiegs selbst zur strukturellen Verbesserung seiner

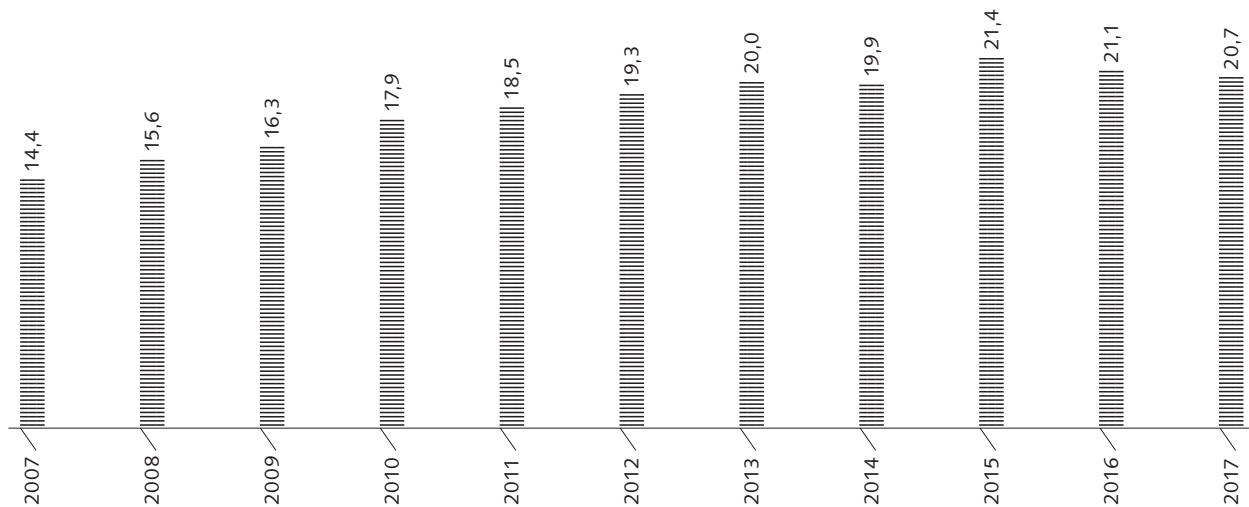
Haushalte beigetragen hat, ist allerdings nicht allein an den ausgewiesenen Einzelmaßnahmen ablesbar. Nicht zu quantifizieren sind die Effekte der parallel in den Ressorts und für den Gesamthaushalt vorgenommenen Einschränkungen beim Erhalt, Ersatz und Ausbau notwendiger Infrastrukturen sowie bei der Finanzierung zukunftsorientierter Aufgabenfelder.

Im Stadtstaat Bremen inklusive Sondervermögen betragen die aus der kameralen Sicht ermittelten sogenannten fundierten Schulden 2017 rund 20,67 Mrd. Euro und damit rund 0,40 Mrd. Euro weniger als im Vorjahr. Als fundierte Schulden werden die Staatsschulden angesehen, die langfristig bestehen, d. h., die über eine lange Laufzeit zurückgezahlt werden. Der Rückgang der fundierten Schulden im Jahr 2017 ist vor allem durch Umschichtungen von langfristigen zu kurzfristigen Finanzierungsformen bedingt. Trotz der schrittweisen Verringerung der Nettokreditaufnahme wird die hohe Verschuldung des Stadtstaates, wenngleich mit rückläufigen Jahresbeträgen, im Konsolidierungszeitraum weiter zunehmen. Da die Sondervermögen weiterhin keine neuen Kredite aufnehmen dürfen, werden deren Kreditverbindlichkeiten kontinuierlich sinken.

Nach wie vor sieht die grundlegende Finanzierungsstrategie der Freien Hansestadt Bremen ein Reduzieren der Zinsausgaben unter Berücksichtigung der Zinsänderungsrisiken vor. Konkret bedeutet dies das Sichern von günstigen Zinskonditionen und die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit durch Bereitstellung der benötigten Liquidität. Diese strategische Ausrichtung gewährleistet eine hohe Planungssicherheit, die für das Einhalten der veranschlagten Zinsausgaben innerhalb des Konsolidierungszeitraumes bis 2020 unerlässlich ist. Dabei erfolgt eine aktive Steuerung des Kreditportfolios, die sich den sich verändernden Marktgegebenheiten anpasst. Die durchschnittliche Zinsbindungsfrist ist länger als sechs Jahre. Der variable Anteil der fundierten Schulden liegt zwischen 0% und 30% unter Beimischung von Geldmarktinstrumenten.

Der seit 1993 strukturell wirkende Personalabbau bzw. die vergleichbare strukturell wirkende Ausgabenreduzierung in der Kernverwaltung soll fortgesetzt werden.

Entwicklung des Schuldenstandes* im Stadtstaat Bremen in Mrd. Euro

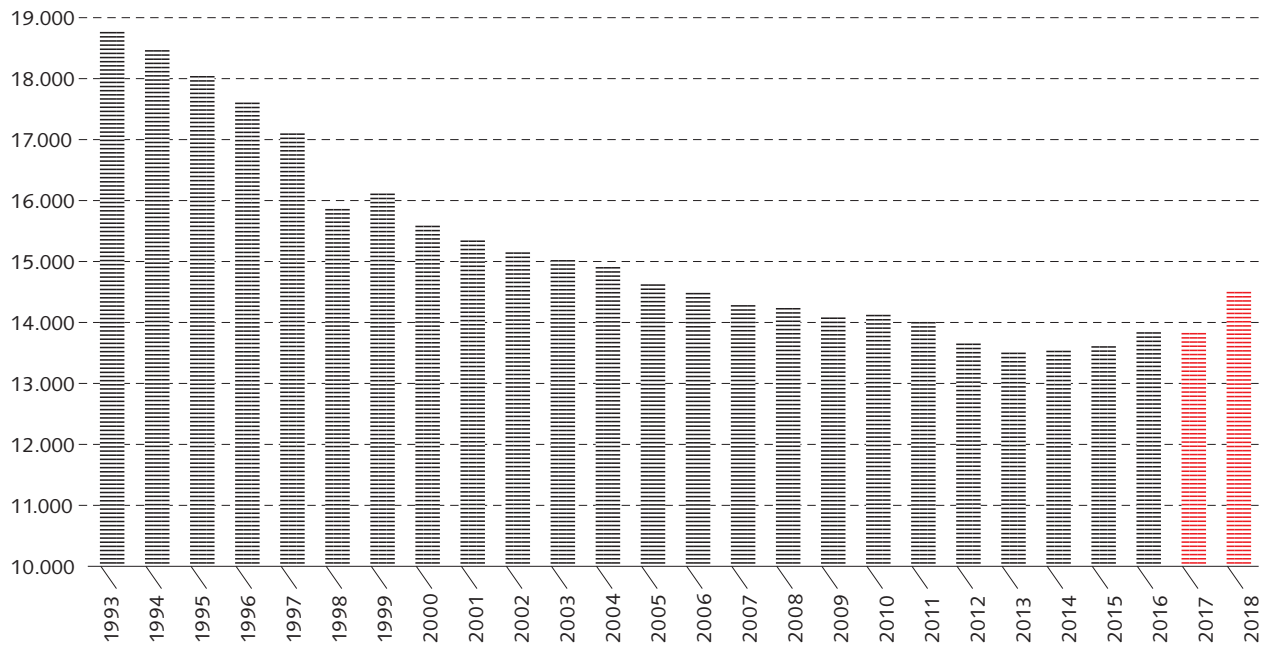


* Fundierte Schulden zum Jahresende (einschließlich Sonderhaushalte).

Die gestiegenen Anforderungen im Bereich der inneren Sicherheit, der erforderliche Ausbau des Bildungssystems sowie die Stärkung der Einnahmeverwaltung haben dazu geführt, dass die Personalbereiche Polizei, Feuerwehr, Schulen, Steuerverwaltung und in großen Teilen die Justiz seit 2016 von weiteren Einsparungen ausgenommen wurden. Durch die Flüchtlingskrise wurde darüber hinaus seit 2016 zusätzliches Personal eingestellt, das mit der Abnahme der Flüchtlingszahlen in den nächsten Jahren in den Bestand integriert werden soll.

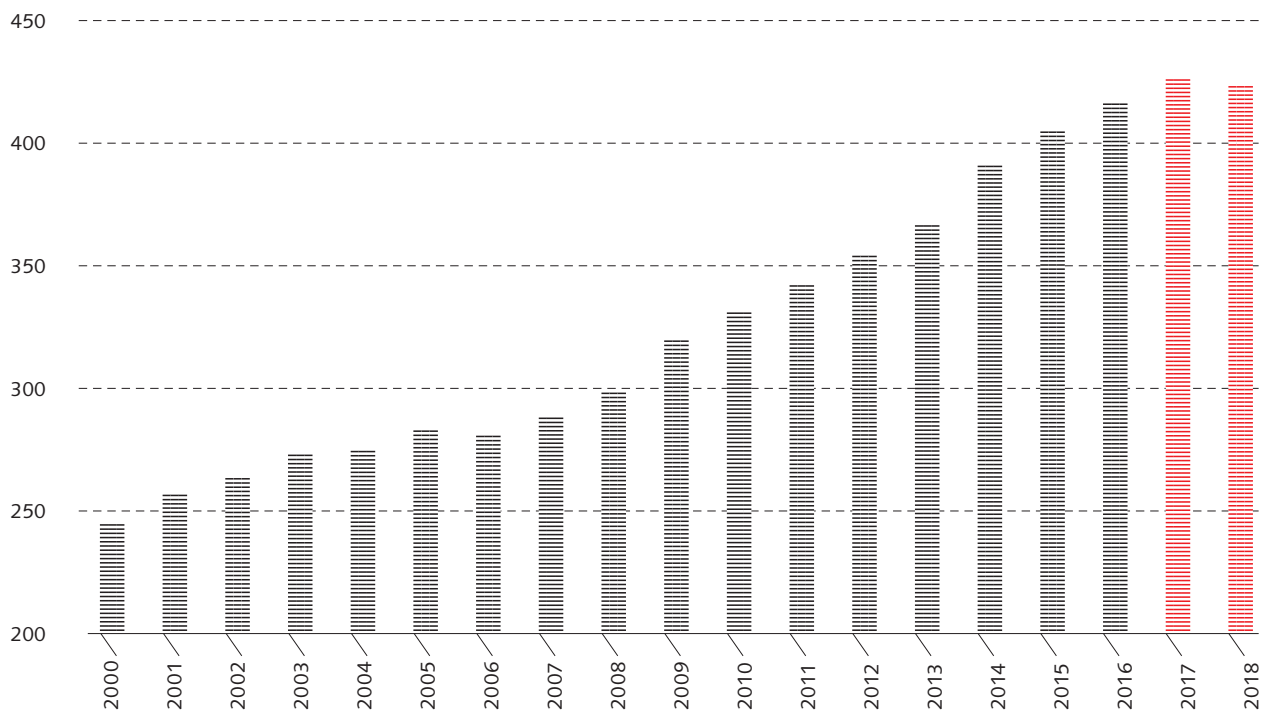
Die Versorgungsausgaben für Pensionärinnen und Pensionäre sowie Ruhelohnempfängerinnen und Ruhelohnempfänger machten 2017 rund 31,5% der Gesamtpersonalausgaben aus. Der mengenbasierte Versorgungsanstieg hatte zwischen 2008 und 2017 erwartungsgemäß seine höchsten Steigerungsraten. Dies wurde bereits 2010 in den Planungen zum Konsolidierungspfad berücksichtigt. In der untenstehenden Grafik gehen die Versorgungsausgaben von rund 429 Mio. Euro im Jahr 2017 auf rund 427 Mio. Euro im Jahr 2018 leicht zurück. Dies liegt daran, dass es sich 2017 um einen Ist-Wert handelt und 2018 die veranschlagten Versorgungsausgaben ausgewiesen sind. Diese enthalten noch nicht die Effekte der Versorgungserhöhungen der Jahre 2017/2018, da diese bei der Veranschlagung des Haushalts 2018/2019 noch nicht feststanden. Die Prognose im September 2018 geht von voraussichtlichen Ausgaben in Höhe von 438 Mio. Euro aus.

Beschäftigungsvolumen *



*Umgerechnete Vollzeitkräfte (einschließlich temporärer Personalmittel; ohne Refinanzierte); bis 2017 Ist-Werte, ab 2018 Planwerte

Versorgungsbezüge (in Mio. Euro) *



*Mengenwuchs und bekannte Effekte aus der Besoldungserhöhung 2015/2016; keine Berücksichtigung der Besoldungserhöhung 2017/2018

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die bremische Wirtschaft entwickelte sich 2017 besonders erfreulich. Einen maßgeblichen Anteil daran hatte zunächst die hohe Binnennachfrage, denn hohe Beschäftigungszahlen und steigende Löhne und Gehälter begünstigten das Konsumverhalten. Diese positive Entwicklung kam dem Einzelhandel mit einem Umsatzplus von über 4% zugute. Auch die Bauindustrie profitierte von der guten konjunkturellen Lage und den niedrigen Zinsen. Wie schon in den Vorjahren arbeiteten die Bauunternehmen in Bremen an ihrer Kapazitätsgrenze, der Umsatz übertraf das ohnehin hohe Niveau der Vorjahre ein weiteres Mal.

Größter Faktor des bremischen Wirtschaftswachstums war die Industrie. Dies entspricht der langen Tradition Bremens als einer der wichtigsten Wirtschafts- und Industriestandorte Deutschlands. Der Industrieumsatz stieg um knapp 30% gegenüber dem Vorjahr. Zu nennen wären besonders die Autoindustrie, der Schiffbau, die moderne Offshore- und Windenergiebranche sowie die Luft- und Raumfahrtindustrie, die Bremens Wirtschaftslage seit Langem maßgeblich dominieren. Traditionell haben die Häfen und die Logistik auch für den Arbeitsmarkt größte Bedeutung. Besonders positiv entwickelte sich der Stückgutumschlag über die bremischen Seehäfen mit einem Anstieg von +38,3%, darunter verschifft Fahrzeuge mit +11,4%. Die Lebensmittelindustrie und der Maschinenbau konnten das Geschäftsvolumen auf hohem Niveau halten.

Bremen wird als Touristenmagnet immer beliebter. Die Zahl der Übernachtungen stieg auf einen Rekord von 2,45 Millionen (+1,9%), die Zahl der Ankünfte auf 1,33 Millionen (+3,8%). Deren Bedeutung als Wirtschaftsfaktor wächst gleichermaßen, denn mit den Gästen kommen nicht nur zusätzliche Einnahmen für den Einzelhandel und das Gastgewerbe nach Bremen, sondern es fließen auch Steuereinnahmen in Höhe von über 180 Mio. Euro an die bremischen Haushalte. Mehr als 33.000 Menschen sind im Tourismus beschäftigt. Ein Großteil der Gäste kommt aus Deutschland. Ausländische Gäste kommen meist aus Europa, aber auch die Zahl der Gäste aus Asien und Amerika ist gestiegen.

Insgesamt verzeichnete die Dienstleistungsbranche einen guten Zuwachs der Bruttowertschöpfung, der die Wachstumsrate des Bundesdurchschnitts jedoch nicht ganz erreicht. Bei den Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleistungen, im Grundstücks- und Wohnungswesen lag die Wachstumsrate bei 1,4%, im Bundesdurchschnitt bei 2,2%. Im Bereich Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation kam es zu einem Plus von 2,3%, im Bundesdurchschnitt 3,1%.

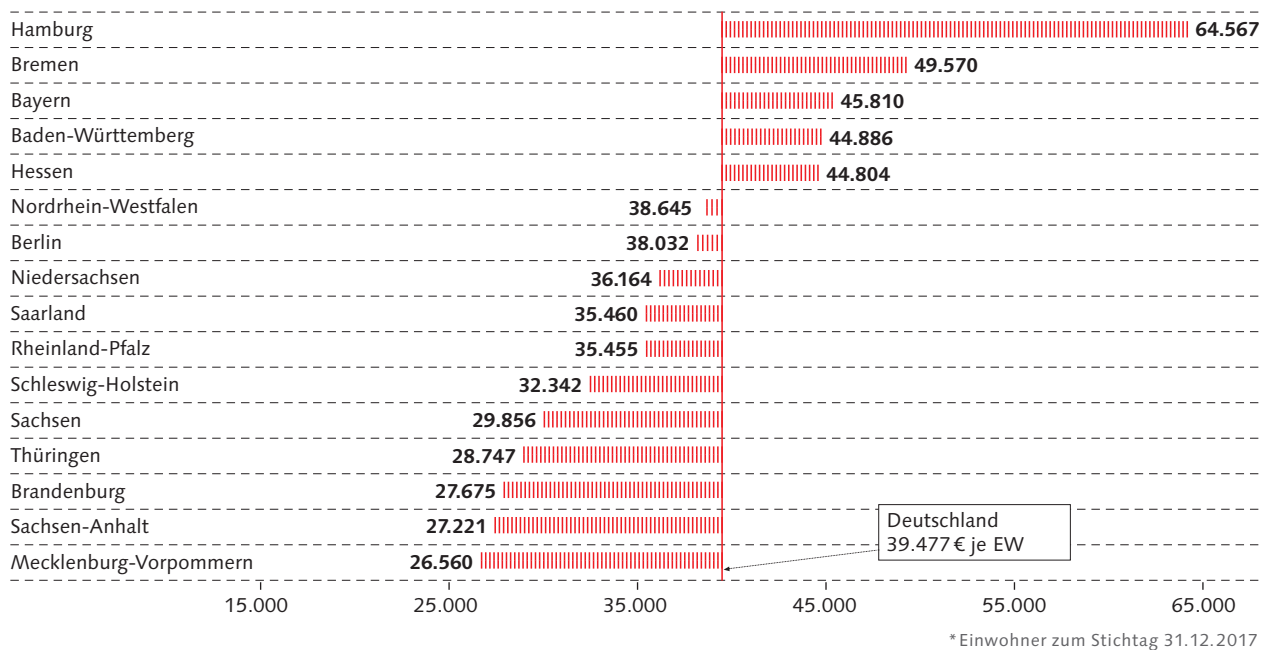
Der Außenhandel gestaltete sich trotz zunehmender globaler Risiken positiv. Sowohl die wertmäßige Einfuhr (+8,7%) als auch die Ausfuhr (+6,9%) legten deutlich zu. Damit erreichten die Importe einen Stand von 14.434 Mio. Euro – insbesondere mit großem Abstand aus China, gefolgt von den europäischen Nachbarstaaten Belgien, Niederlande und Polen. Die Exporte stiegen auf 21.240 Mio. Euro. Europa ist dabei der wichtigste Auslandsmarkt – zunehmend mit Frankreich und Italien, während die Ausfuhren nach Großbritannien aufgrund der Brexit-Verhandlungen abnahmen. Gleiches gilt mit einem deutlichen Rückgang für die Ausfuhren in die USA. Demgegenüber wurde ein Großteil des Exportzuwachses nach Asien mit China erwirtschaftet. Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz der Industrie erreichte einen Rekordwert von 65,7%. Damit hat Bremen die Führung im Länderranking mit der höchsten Exportquote.

Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von nominal 5% gegenüber dem Vorjahr macht das Wirtschaftswachstum in Bremen besonders anschaulich. Preisbereinigt entspricht das einem Anstieg von 3,3%. Damit verzeichnete Bremen als kleinstes Bundesland das höchste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer. Im Vergleich dazu nahm das bundesdeutsche Wirtschaftswachstum gegenüber dem Vorjahr um 3,8% und preisbereinigt um 2,2% zu. Ein weiterer wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner. Bremen liegt mit 49.570 Euro wie in den Vorjahren auf Platz 2 hinter Hamburg und damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 39.477 Euro.

Die gute konjunkturelle Lage schlägt sich auch in den Beschäftigtenzahlen nieder. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg im Vergleich zum Vorjahr um 1,8 % wiederholt auf einen Höchststand von

325.375 Personen. Der Zuwachs lag allerdings im Bundesdurchschnitt mit 2,3% noch darüber. Die Arbeitslosenquote sank leicht gegenüber 2016.

Wirtschaftskraft 2017 in Euro je Einwohner*



Beschäftigte bis 2017

Land Bremen	2017	2016	2015	2014	2013
Beschäftigte insgesamt	325.375	319.041	311.143	306.414	301.317
Arbeitslose insgesamt	35.687	36.393	37.355	37.091	37.197
Arbeitslosenquote in %	10,2	10,5	10,9	10,9	11,6

Quelle: Bremen in Zahlen 2018, Statistisches Landesamt Bremen

Geschäftsverlauf und Lage der öffentlichen Gebietskörperschaften

Gesamtstrategie „Wachsende Städte – wachsendes Land“

Mit dem Leitmotiv der wachsenden Stadt stellt sich Bremen seit 2015 erfolgreich den Herausforderungen der Zukunft. Bremen hat sich mit dem bundesweit höchsten Wirtschaftswachstum als eine der wichtigsten Wirtschaftsmetropolen im Nordwesten profiliert und verzeichnet seit Jahren kontinuierlich steigende Einwohnerzahlen. Gerade in der Frage der Einwohner- und Beschäftigungsentwicklung steht Bremen im Wettbewerb mit anderen Ballungsräumen und auch innerhalb der Region. Wachstum ist kein Selbstzweck. Demografisches und wirtschaftliches Wachstum bedingen einander. Steigende Einwohnerzahlen begünstigen das Arbeitskräftepotenzial und die Konsumnachfrage, während eine florierende Wirtschaft wiederum qualifizierte Arbeitskräfte anzieht und letztlich den bremischen Haushalt unterstützt. Aufgrund der Bedeutung der Einwohnerentwicklung für die wirtschaftliche und finanzielle Perspektive hat Bremen nachhaltige Anstrengungen unternommen, um die besten Voraussetzungen sowohl für innovative und wirtschaftsstarke Unternehmen als auch für neue, qualifizierte Einwohnerinnen und Einwohner zu schaffen. Ziel ist es, die Lebensqualität, das Image und insgesamt die Attraktivität Bremens für alle Akteure zu steigern. An dieser gesamtstrategischen Zielsetzung der wachsenden Stadt sind die Handlungsfelder zur Bewältigung der Herausforderungen ausgerichtet. Eine wichtige Voraussetzung hierfür stellen die Erfolge der Haushaltssanierung der letzten Jahre sowie die gelungene Neuordnung der Bund-Länderfinanzbeziehungen dar, die Bremen eine gute finanzpolitische Perspektive und zugleich Handlungsspielräume zur Gestaltung der Zukunft eröffnen.

Die erklärten strategischen Ziele der Freien Hansestadt Bremen sind:

- Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- Die Verbesserung der Bildungschancen für unsere Kinder
- Die Sicherung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft
- Die Schaffung der Voraussetzung für weiter wachsende Städte
- Die Gestaltung unseres Beitrages für das Gelingen der Energiewende
- Eine neue Regionalpolitik
- Die Modernisierung der Verwaltung
- Die Sicherung unserer finanziellen Lebensfähigkeit

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Der Bremer Arbeitsmarkt ist seit Jahren durch eine positive Beschäftigungsentwicklung insgesamt gekennzeichnet. Seit Dezember 2005 sind in Bremen rund 54.000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstanden. Das entspricht einem Zuwachs um 20%. Während die Zahl der Beschäftigten von Jahr zu Jahr steigt, verzeichnet die in Bremen anhaltend hohe Arbeitslosigkeit einen leichten Rückgang. Ein Teil dieses Effektes geht auf das breite Angebot arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und Förderprogramme zurück, deren Teilnehmer erst nach Inanspruchnahme der Förderung dem Arbeitsmarkt wieder zur Verfügung stehen.

Bemerkenswert ist, dass die Bremer Unternehmen nicht nur qualifizierte und hoch qualifizierte Fachkräfte eingestellt haben, sondern dass auch die Zahl der Beschäftigten im Helfer- und Anlernbereich angestiegen ist. Die Beschäftigungsaussichten verbesserten sich daher nicht nur für Fachkräfte, sondern durchaus auch für Geringqualifizierte. Dennoch liegt die arbeitsmarktpolitische Herausforderung in der bestehenden strukturellen Sockelarbeitslosigkeit, denn den rund 900 offenen Stellen im Helfer- und Anlernbereich steht eine wachsende Zahl von etwa 20.000 vorwiegend gering qualifizierten Arbeitslosen gegenüber. Demgegenüber steigt der Fachkräftebedarf in den Unternehmen kontinuierlich an und zugleich die Schwierigkeit, diese Stellen zu besetzen.

Mit dem Bremer Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm (BAP) wird ein Schwerpunkt auf die Unterstützung junger Menschen gelegt, für die der Übergang zwischen Schule und Beruf im Vordergrund steht. Ein zentrales Element der Förderung ist die Unterstützung zur Einmündung in ein Ausbildungsverhältnis bis hin zum erfolgreichen Abschluss. Diese Begleitung kommt vor allem den Schulabgängerinnen und Schulabgängern zugute, die nicht den direkten Weg in eine berufliche Ausbildung finden und deren Schulabschluss mindestens ein Jahr zurückliegt.

Auch 2017 wurde eine Anzahl von außer- und überbetrieblich angebotenen Ausbildungsplätzen gefördert. Das Modell „Bremer Qualifizierung“ ermöglicht, dass das erste Ausbildungsjahr schulisch abgebildet wird. Für Ausbildungsverhältnisse, die im Rahmen dieser Förderung begonnen wurden, gilt außerdem die Ausbildungsgarantie des Landes Bremen, die eine Fortführung der Ausbildung bis zu deren Beendigung garantiert.

Daneben werden mit Flankierungsmaßnahmen die Suche sowie der Erhalt der Ausbildungsplätze unterstützt. Dazu gehört beispielsweise ein Matching, mit dem der Abgleich bzw. die Zuordnung von Arbeitsplatzanforderungen der Betriebe und den Kompetenzen von jungen Menschen vorgenommen wird. Nachfolgend wird Unterstützung angeboten, um Ausbildungsabbrüche zu verhindern. Ein neuer Schwerpunkt liegt bei der Schaffung von Netzwerken. Dieser Aufgabe widmet sich die Jugendberufsagentur, unter deren Federführung alle relevanten arbeitsmarktpolitischen Partner – die Fortbildungsträger und die fachlich zugehörigen Betriebe – zusammenarbeiten. Übergreifendes Ziel ist die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit unter der Maßgabe „Kein Jugendlicher soll verloren gehen“. Allen jungen Menschen bis zur Vollendung des 25. Lebensjahrs wird angeboten, sie bis zu einem erfolgreichen Berufs-/Studienabschluss zu begleiten und zu unterstützen.

Seit 2015 wurden Anstrengungen unternommen, die berufliche Qualifikation von Beschäftigten im Erwachsenenalter zu verbessern. In die Förderung aufgenom-

men wurden Projekte, die sich an niedrig qualifizierte Beschäftigte wenden, denen es berufsbegleitend ermöglicht wird, ihr Qualifikationsniveau zu verbessern. Die ersten dieser langfristig angelegten Projekte enden 2018, sodass eine Bewertung noch aussteht.

Für (Langzeit-)Arbeitslose mit guten Chancen auf eine Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt stehen weitere Maßnahmen der Förderung der beruflichen Weiterbildung, der Aktivierung und beruflichen Eingliederung sowie Eingliederungszuschüsse zur Verfügung. Ziel ist es, zusätzlich zu den gesetzlich verankerten Maßnahmen rund um die Arbeitsvermittlung, durch berufliche Orientierung, Qualifizierung und Unterstützung persönliche Vermittlungshemmnisse abzubauen. Zu diesem Zweck wurden mit den „Lokalen Förderzentren“ und den „Zentren für lokale Beschäftigung“ zwei neue Förderungsinstrumente implementiert.

In den fünf „Lokalen Förderzentren“ standen seit 2014/2015 in der Stadt Bremen bis zu 250 Plätze für die Zielgruppe der Langzeitarbeitslosen über 25 Jahre zur Verfügung. Derzeit sind davon noch zwei „Lokale Förderzentren“ mit 80 Plätzen in Betrieb. In fünf „Zentren für lokale Beschäftigung“ stehen in der Stadt Bremen zusätzlich 200 Plätze zur Verfügung, um die Beschäftigungsangebote und sozialpädagogische Betreuung zu bündeln.

Auch 2017 wurden verschiedene sogenannte LOS-Projekte („Lokales Kapital für soziale Zwecke“) gefördert. Dies sind lokale Kleinstprojekte, die soziale und beschäftigungswirksame Potenziale vor Ort aktivieren. Über den Einstieg in diese niedrigschwelligen lokalen Angebote sollen zudem benachteiligten Zielgruppen weiterführende Integrationsschritte ermöglicht werden.

Vor dem Hintergrund des hohen Niveaus der Langzeitarbeitslosigkeit hat der Bremer Senat die Umsetzung des Landesprogramms „Perspektive Arbeit: Öffentlich geförderte Beschäftigung für 500 Langzeitarbeitslose im Land Bremen“ beschlossen. Langzeitarbeitslosen Personen wird für einen auf maximal zwei Jahre befristeten Zeitraum sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ermöglicht, mit der gleichzeitig über die ausge-

fürten Tätigkeiten ein Mehrwert für die Kommunen in Bremen und Bremerhaven geschaffen wird.

Die Verbesserung der Bildungschancen für unsere Kinder

Steigende Geburtenraten sowie der Zuzug geflüchteter Menschen und ihrer Familien führte zu einem signifikanten Anstieg der Kinderzahlen in Bremen. Diese erfreuliche Entwicklung stellt die Kindertagesbetreuung und die Bildungsperspektiven in den Blickpunkt des politischen Handelns. Ein besonderes Anliegen bildet dabei die Chancengleichheit der Kinder, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft oder dem Elternhaus. Deshalb wird in Bremen konsequent auf eine frühzeitige Förderung der Kinder gesetzt, die idealerweise direkt nach der Geburt des Kindes durch Maßnahmen der Familienhebammen und der Gesundheitsämter beginnt.

Die Umsetzung des seit 2013 bestehenden Rechtsanspruches auf eine Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr zählt aktuell zu den großen Herausforderungen, denn es müssen aufgrund der wachsenden Nachfrage Jahr für Jahr zusätzliche Kitaplätze geschaffen werden. Ein umfassendes Sofortprogramm Mobilbau (SoProMob) ermöglichte es 2017, das Angebot mit weit mehr als 5.000 Plätzen für unter Dreijährige sowie mit knapp 15.000 Plätzen für 3- bis 6-jährige Kinder gegenüber dem Vorjahr deutlich zu steigern. Die besondere Tragweite einer ausreichenden Kinderbetreuung besteht nicht nur darin, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit die wirtschaftliche Stabilität der Familien zu sichern – darüber hinaus wird besonders durch die möglichst frühe Sprachförderung der Kinder ein wichtiger Grundstein für den gesamten weiteren Bildungsverlauf gelegt.

Die so begonnene Frühförderung wird beim Übergang in das schulische Bildungssystem fortgesetzt. Hierfür ist es erforderlich, die Durchlässigkeit insgesamt zu stärken. Dies betrifft sowohl den Ausbau schulischer Ganztagsbetreuung als auch den ineinandergreifenden Übergang zwischen dem Bereich der Kindertagesbetreuung und der Grundschule. Um dies zu gewährleisten, ist der Bildungsplan für Kinder von 0 bis 10 Jahren auf den Weg gebracht worden, der für diese Altersstufe

den Bildungs- und Erziehungsauftrag konkretisiert und die grundlegenden Anforderungen für eine gemeinsame Bildungsarbeit aller Kitas und Grundschulen in Bremen definiert.

Die Zahl der geflüchteten unbegleiteten Minderjährigen sowie geflüchteten Erwachsenen ist seit 2016 zwar insgesamt gesunken, allerdings führen die hohen Bestandszahlen der Kinder auch aufgrund von Familienzusammenführungen nach wie vor dazu, die Bemühungen für eine gelungene schulische Integration auf einem hohen Niveau fortzuführen. Ein wesentlicher Aspekt für den Erfolg der Integration bleibt die unverzügliche Erfüllung der Schulpflicht. Dabei ist es gelungen, hierfür bürokratische Hemmnisse abzubauen und Verwaltungsvorgänge in Zusammenarbeit mit allen beteiligten Ressorts zu optimieren. Im Ergebnis konnten lange Wartezeiten auf einen Vorkurs- bzw. Schulplatz vermieden werden.

Für die neu zugewanderten Schülerinnen und Schüler wird zur Überprüfung der Sprachkompetenz Deutsch das deutsche Sprachdiplom (DSD) angeboten. Jährlich steigende Zertifizierungszahlen sowohl an allgemeinbildenden wie auch an beruflichen Schulen sprechen für den Erfolg. Das Instrument der additiven Sprachförderung steht selbstverständlich allen Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf zur Verfügung. Beide Fördermaßnahmen haben eine positive Bilanz vorzuweisen.

Um die Gleichwertigkeit des Abiturs zu sichern, hat Bremen 2017 erstmals von Länderarbeitsgruppen gemeinsam entwickelte Aufgaben eingesetzt. Bremen hat sich in den Fächern Deutsch, Englisch, Französisch und Mathematik beteiligt. Trotz veränderter Formate und Bewertungssysteme war die reibungslose Durchführung des Abiturs ein Erfolg.

Zur Erneuerung des „Bremer Konsens zur Schulentwicklung“ führte die hierfür 2016 eingesetzte wissenschaftliche Expertengruppe ihre Arbeit weiter fort. Vertiefende Analysen werden dazu beitragen, die inklusive Beschulung, die Leistungsfähigkeit des Systems, die Etablierung von Ganztagschulen sowie die Steuerung

des Schulsystems insgesamt zu verbessern. Die Expertisen sind im Herbst 2017 vorgelegt worden und werden die Grundlage für den Evaluationsbericht und die Empfehlungen der Expertengruppe bilden.

Die Sicherung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft

Bremen befindet sich zunehmend im Wettbewerb um Ansiedlungen und Investitionen von Unternehmen und damit um Arbeitsplätze und Einwohner. Die wirtschaftspolitischen Anstrengungen sind in Bremen daher ganz darauf ausgerichtet, die hierfür erforderlichen innovations- und investitionsfreundlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Strukturpolitische Maßnahmen setzen nicht nur Impulse zur Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen. Sie sollen breiter wirken, indem sie eine möglichst ausgewogene Wirtschaftsstruktur schaffen und zugleich das Standortprofil Bremens im internationalen Kontext schärfen.

Hierfür ist die Präsenz der bremischen Unternehmen auf den wichtigen Messen und Fachtagungen oder durch Delegationsreisen unverzichtbar, denn auf diesem Weg wird die Internationalisierung der bremischen Wirtschaft unterstützt und Bremen wird als Wirtschaftsstandort insgesamt gestärkt. Interessierte Unternehmen haben dabei die Möglichkeit zu gemeinsamen Auftritten. Kleinere Unternehmen können finanzielle Unterstützung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und aus Landesmitteln erhalten.

Der International Astronautical Congress (IAC) ist die wichtigste Veranstaltung der internationalen Raumfahrtbranche und fand 2018 zum zweiten Mal in Bremen statt. Die feierliche Vertragsunterzeichnung zur Durchführung des Kongresses erfolgte im März 2017 im Bremer Rathaus zwischen dem ZARM (Zentrum für angewandte Raumfahrttechnologie und Mikrogravitation) und der IAF (International Astronautical Federation). Eine weitere wichtige Messe zum Thema Raumfahrt ist die seit 2011 in den USA stattfindende Messe „Space Tech Expo“. Sie hat mit der „Space Tech Expo Europe“ in Bremen einen europäischen Ableger. Die Veranstaltung fand im Oktober 2017 zum zweiten

Mal statt und gilt als einer der wichtigsten Treffpunkte für die europäische und internationale Raumfahrt. Das Bundesland Bremen präsentierte sich mit einem eigenen Stand und bot zudem über das „Enterprise Europe Network Bremen“ ein großes Matchmaking-Event an.

Unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie fand im Mai 2017 die 13. WINDFORCE-Konferenz in Bremerhaven statt. Rund 400 Vertreterinnen und Vertreter der Offshore-Windbranche, darunter Gäste aus Großbritannien, den USA und Taiwan, informierten sich in Vorträgen und Gesprächen über die aktuelle Situation. In diesem Rahmen besuchte eine hochrangige Expertendelegation aus der taiwanesischen Offshore-Branche Bremerhaven, um sich über den Stand der deutschen Offshore-Industrie zu informieren und um Geschäftsverbindungen mit deutschen und bremischen Unternehmen auszubauen.

Bremen treibt mit dem Kompetenznetzwerk Industrie 4.0 die Digitalisierung voran und hilft Digitalisierungsmaßnahmen umzusetzen, Prozesse zu optimieren, neue Geschäftsmodelle und technologische Rahmenbedingungen zu schaffen. In diesem Zusammenhang hat sich Bremen erfolgreich auf ein Förderprogramm des Bundes zum Breitbandausbau beworben und einen Förderbescheid in Höhe von 1,3 Mio. Euro erhalten. Insgesamt belegt Bremen bei der Breitbandversorgung im Ländervergleich einen der vordersten Plätze. Zusammen mit Mitteln der Digitalen Dividende II werden in Bremen in den nächsten Jahren also insgesamt rund 2,6 Mio. Euro in den weiteren infrastrukturellen Ausbau durch Telekommunikationsunternehmen investiert.

In einer wachsenden Stadt muss auch das Gewerbeflächenangebot wachsen. Bremen wird hierzu Mittel in Höhe von insgesamt 26,8 Mio. Euro für die Entwicklung von Gewerbeflächen bereitstellen. Aufgrund der sehr guten Vermarktungsergebnisse der vergangenen Jahre besteht derzeit ein großer Flächenbedarf für kleine und mittlere Unternehmen mit Stadtteilbezug wie auch für großflächige Ansiedlungen speziell für die Logistik- und Industriebranche. Die nunmehr beschlossenen Maßnahmen im Güterverkehrszentrum und Bremer Indus-

trie-Park werden dem eingeschränkten Gewerbeflächenangebot entgegenwirken.

Besondere Erfolge weist die Vermarktung des attraktiven Standortes Überseestadt auf. Mit der guten Lage am Wasser, der Nähe zur Innenstadt und der guten Durchmischung mit Wohnungen und gewerblichen Nutzungsmöglichkeiten kann die Überseestadt mit perfekten Standortvorteilen für Unternehmen und Einwohner punkten. Sie entspricht damit ganz den städtebaulichen Konzepten einer wachsenden Stadt, in der Leben und Arbeiten gleichermaßen möglich sind. Unter dem Titel „Überseeinsel“ genießt die Weiterentwicklung des ehemaligen Kellogg-Areals im Gesamtbereich südlicher Europahafen besondere Aufmerksamkeit. Die Freie Hansestadt Bremen entwickelt derzeit eine Lösung zur tragfähigen und nachhaltigen städtebaulichen Nutzung. Weiterhin wurde mit der Umgestaltung des Wendebeckens (Waller Sand) in der Überseestadt begonnen.

Ein wichtiger und kontinuierlich wachsender Wirtschaftsfaktor ist für Bremen der Tourismus. Hauptprofiteure sind der Einzelhandel und das Gastgewerbe. Um sich im Wettbewerb des Städtetourismus auch in Zukunft erfolgreich zu positionieren, fand im Mai 2017 der Auftakt zur Neuaufstellung der „Landestourismusstrategie Bremen 2025“ statt. Touristische Leistungsträger, Vereine, Verbände, Vertreter aus Verwaltung, Politik, Kultur, Kunst, Sport und Wissenschaft haben sich mit Impulsvorträgen, Rückblicken und Zukunftsvisionen zu diesem Thema ausgetauscht.

Nirgendwo in Deutschland ist die Verbindung zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und der maritimen Wirtschaft so ausgeprägt wie in Bremen. Annähernd jeder fünfte Arbeitsplatz im Land Bremen ist vom Hafen abhängig. Mit den Investitionen in die zeitgerechte Ertüchtigung der Anlagen trägt Bremen dazu bei, diesen zentralen Sektor der bremischen Wirtschaft zu stärken. Viele der Kajen sind Hafengebäude, die bereits 100 Jahre in Funktion sind. Dies bedeutet, dass in den kommenden Jahren eine ganze Reihe umfangreicher Investitionen anstehen. Die Bauarbeiten an der 500 Meter langen Westkaje

Kaiserhafen III haben bereits begonnen. Sie bilden den Start in ein Jahrzehnt der Ertüchtigung der Hafensstruktur. Auch im Bremer Industriehafen ist eine neue 250 Meter lange Kaje eingeweiht worden. Durch die verbesserten nautischen Bedingungen können an der Kaje jetzt auch Panmax Schiffe anlanden, die bis zu 5.000 Tonnen mehr Ladung aufnehmen können. Dies erhöht die Wirtschaftlichkeit der Transporte erheblich und wird es ermöglichen, neue Kunden für den Industriehafen zu gewinnen.



Strandpark am Wendebecken in der Überseestadt

Die Schaffung der Voraussetzung für weiter wachsende Städte

Die Gesamtstrategie „Wachsende Stadt“ stellt hohe Anforderungen an einen verstärkten Wohnungsbau, an eine aktive Wirtschaftspolitik und nicht zuletzt an die Bildungsinfrastruktur und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Ziel ist es, durch die Bewahrung und Steigerung der Attraktivität Bremens – gemäß dem Leitbild „lebenswert, urban, vernetzt“ dafür zu sorgen, dass mehr Menschen – und ganz besonders junge Familien – nach Bremen ziehen und hier leben und arbeiten möchten und in allen Quartieren bedarfsgerechte Angebote gemacht werden. Lebenswerte Quartiere benötigen Angebote für Bildung und Wohnen, die zugleich eingebettet sind in eine intakte kulturelle und soziale Infrastruktur.

Dazu leisten die intensivierte Bereitstellung von Wohnbauflächen und die Förderung des sozialen Wohnungsbaus einen wesentlichen Beitrag. Die seit 2012

erheblich gestiegene Zahl an Baugenehmigungen und Baufertigstellungen zeigt deutlich, dass die seither ergriffenen Maßnahmen wirken. Die Wohnbauflächen im Land Bremen werden inzwischen intensiver genutzt als vor Jahren prognostiziert wurde. So wurde noch für die in der Wohnungsbaukonzeption 2010 genannten Flächen ein Potenzial von rund 6.300 Wohneinheiten erwartet. Tatsächlich wurden aktuell mehr als 8.000 Wohneinheiten realisiert. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt ein Ergebnis der prioritär in Angriff genommenen Flächen des „Sofortprogramms Wohnungsbau“ 2016/2017. Aufgrund der angestiegenen Zuwanderung wurde mit dem Sofortprogramm weiterhin festgelegt, die Voraussetzungen zum Bau von zusätzlichen 2.000 Wohneinheiten, insbesondere im preislimitierten Segment zu schaffen. Mit 1.846 fertiggestellten Wohnungen und weiteren 2.946 erteilten Baugenehmigungen wurden die gesteckten Ziele 2017 erreicht.

Um sicherzustellen, dass auch eine ausreichende Anzahl von bezahlbaren Wohnungen entsteht, wurden bewährte Wohnraumförderprogramme weiter fortgeführt sowie die 2013 vom Senat verabschiedete Sozialwohnungsquote erneut bekräftigt. Diese sieht vor, dass 25% der neu geschaffenen Mietobjekte für Sozialwohnungen zu reservieren sind. Mit dem derzeit 3. Wohnraumförderungsprogramm wurden weitere Fördermittel mit einem Gesamtdarlehensvolumen von 160 Mio. Euro bereitgestellt. Durch den geförderten Wohnungsbau wird nicht nur erreicht, dass Wohnraum für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen bezahlbar ist, sondern dass auch für z.B. ältere und behinderte Menschen, Familien, Auszubildende und Studierende sowie Migrantinnen und Migranten – bedarfsgerechter Wohnraum entsteht, damit Bremen für Menschen mit ganz unterschiedlichen Bedürfnissen weiterhin lebenswert bleibt.

Die Gestaltung unseres Beitrages für das Gelingen der Energiewende

Das Land Bremen hat den Belangen des Klimaschutzes im Rahmen seiner Energiepolitik frühzeitig einen hohen Stellenwert eingeräumt. Im Zeitraum ab 2007 hat das Land Bremen seine Klimaschutzpolitik erheblich intensiviert und mit dem Klimaschutz- und Ener-

gieprogramm (KEP) 2020 die Ziele und Strategien der bremischen Klimaschutz- und Energiepolitik für den mittelfristigen Zeithorizont bis 2020 bestimmt.

Bremen unterstützt mit dem „Bremischen Klimaschutz- und Energiegesetz“ (BremKEG) eine umweltverträgliche, ressourcenschonende, risikoarme und gleichzeitig gesamtwirtschaftlich kostengünstige Umwandlung, Verteilung und Verwendung von Energie. Ein wesentlicher Beitrag zum Schutz des Klimas geht vom Gesetz zur Verringerung der Treibhausgasemissionen aus, das u.a. Anpassungsstrategien an die Folgen des Klimawandels für das Land und die Städte Bremen und Bremerhaven formuliert.

Mit dem BremKEG verpflichtet sich Bremen, die CO₂-Emissionen bis zum Zieljahr 2020 zu mindern. Langfristig hat Bremen das Leitziel übernommen, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95% gegenüber dem Basisjahr 1990 zu senken. Zurzeit bereitet der Senat die Fortschreibung des KEP 2020 vor. Parallel werden bereits die Weichen für ein Klimaschutz- und Energieprogramm 2030 gestellt. Als Basis werden hierzu im Rahmen eines Gutachtens bis zum Herbst 2018 zunächst Energie- und Klimaschutzszenarien für das Land Bremen mit dem Zeithorizont 2030 entwickelt.

Ein wesentlicher Beitrag geht von den erneuerbaren Energien aus. Die bis 2017 installierten Kapazitäten auf Basis von Wind, Sonne und Wasser lassen im längerfristigen Durchschnitt eine jährliche Stromerzeugung von rund 500 Mio. Kilowattstunden erwarten. Hiervon entfallen 85,7% auf die Windkraft, 7% auf die Fotovoltaik und 7,2% auf das Wasserkraftwerk am Weserwehr Bremen. Gegenüber 2009 hat sich die erwartete jährliche Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern mehr als verdoppelt. Weiterhin wurden besonders umweltfreundliche Verfahren der Strom- und Wärmeerzeugung wie z. B. durch die Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung und aus Abfallbehandlungsanlagen in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet. Beide Verfahren ersetzen in großem Umfang fossile Brennstoffe und leisten daher einen erheblichen Beitrag zur Ressourcenschonung und zum Klimaschutz.

Für die Durchführung von Klimaschutzmaßnahmen in Bremen wurden die Fördermöglichkeiten des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zunehmend in Anspruch genommen. Über 40 Vorhaben konnten bis 2017 im Land Bremen im Rahmen des Förderprogramms der Kommunalrichtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten von sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen unterstützt werden. Finanziert wurden Klimaschutzkonzepte, Personal für Klimaschutzmanagement und investive Maßnahmen, insbesondere die Sanierung der Beleuchtung von Gebäuden sowie des öffentlichen Raums mit LED.

Bremen berät und unterstützt Unternehmen im Bereich Klimaschutzmanagement und Zertifizierung, weil die „weichen“ Aktivitäten nicht nur die investiven Instrumente flankieren, sondern diese in vielen Fällen auch erst stimulieren. Im Zentrum der Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Wissenschaft stehen zwei inzwischen bewährte Förderprogramme des Landes. Mit dem Programm zur rationellen Energienutzung und -umwandlung in Industrie und Gewerbe (REN-Programm) werden in den Unternehmen sowohl investive Maßnahmen als auch die Erstellung von betrieblichen Energiekonzepten aus Landesmitteln unterstützt. Mit dem Programm zur Förderung anwendungsnaher Umwelttechniken (PFAU) werden Pilotprojekte, Verbundprojekte zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sowie Markterschließungsprojekte für innovative Produkt- und Verfahrensentwicklungen gefördert. Im Jahr 2017 wurden im Rahmen des Projekts „Umwelt Unternehmen“ vier weitere Klimaschutzbetriebe ausgezeichnet. Die Gesamtzahl beträgt damit 62 Auszeichnungen. Die „Partnerschaft Umwelt Unternehmen“ ist im Jahr 2017 auf insgesamt 186 Netzwerkpartner mit überdurchschnittlichen Umwelt- und Klimaschutzleistungen angewachsen.

Auf den Verkehrsbereich entfällt ein wesentlicher Anteil des Energieverbrauchs (Deutschland 2016: 29,5%) und der CO₂-Emissionen. Bremen verfolgt vielschichtige Ansätze zur Verkehrswende. Sie reichen von der Verkehrsvermeidung durch eine daran orientierte Siedlungsplanung, einer Förderung des nicht-motorisierten Verkehrs, des Ausbaus des öffentlichen Nahverkehrs

und der Förderung alternativer Antriebe bis zu Fragen der Vernetzung der Sektoren der Energiewirtschaft sowie der Industrie (Sektorenkopplung).

Die Bremerinnen und Bremer legen 48% ihrer Wege wirklich klimaneutral zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurück. Bremen ist die deutsche Großstadt über 500.000 Einwohnern mit dem höchsten Radverkehrsanteil, gleichzeitig dem niedrigsten Stickoxid-Belastungen und – wie nahezu alle „Fahrradstädte“ in Europa – auch einem vergleichsweise niedrigen Stauzeitverlust. Der Ausbau des Radverkehrs ist ein wichtiges Anliegen des Verkehrsentwicklungsplans Bremen (VEP 2025). Mit einer Stärkung des Rad- und Fußverkehrs können im städtischen Zusammenhang wesentliche Klimaschutzbeiträge geleistet werden.

Ebenso soll der öffentliche Nahverkehr im Netz als auch bei der Angebotsqualität weiter ausgebaut werden. Rund 16% der Wege werden in Bremen mit dem öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) zurückgelegt, dessen Rückgrat seit weit über 100 Jahren die elektrisch betriebene Straßenbahn ist. Der jährliche Bedarf an Fahrstrom liegt bei etwa 30 Mio. Kilowattstunden. Die Bremer Straßenbahn AG (BSAG) bezieht hierfür „Grünstrom“.

Bremen koordiniert das europäische Horizon-2020-Forschungsprojekt ELIPTIC (Electrification of Public Transport in Cities). Unter anderem wurden die Potenziale einer Elektrifizierung des ÖPNV weiter definiert. Die Bremer Straßenbahn AG testet deshalb mehrere Elektrobusse, um bei zunehmender Marktreife die Beschaffung von Diesel- auf Elektrobusse umstellen zu können. Weiterhin erfolgt ein Ausbau des Ladesäulenangebots im öffentlichen Straßenraum und auch auf öffentlich zugänglichen Flächen durch Ladesäulenbetreiber. Ein weiterer Baustein im Zusammenhang mit intelligenten Ladelösungen stellt Carsharing und dessen Integration in den Wohnungsbau dar. Jedes Carsharing-Fahrzeug ersetzt etwa 16 private Pkw. Deshalb engagiert sich Bremen von 2018 bis 2021 im europäischen GreenCharge-Projekt, um als Partner diese Technologien zu fördern und zu deren weiteren Einführung beizutragen.

Eine neue Regionalpolitik

Die Freie Hansestadt Bremen ist als kleinstes Bundesland und Zwei-Städte-Staat in besonderem Maße auf eine enge Kooperation über die Landesgrenzen hinweg angewiesen. Eine zentrale Zielsetzung ist die Weiterentwicklung und Vertiefung der Kooperation mit den norddeutschen Ländern und dabei insbesondere mit dem Nachbarland Niedersachsen. Auch 2017 ging es darum, in den für unsere Region wesentlichen Politikfeldern gemeinsame Positionen zu entwickeln und diese nach außen gegenüber dem Bund und der Europäischen Union zu vertreten. Von besonderer regionalpolitischer Bedeutung ist und bleibt auf Ebene der Länder die gemeinsame Abstimmung und Interessenvertretung in den Bereichen Häfen, Energieversorgung, überregionaler Verkehr sowie Daseinsvorsorge.

Zentrale Anknüpfungspunkte sind auf regionaler Ebene die Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten e.V., der Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e.V. sowie die Virtuelle Region Nordwest (ViR Nordwest).

Die Metropolregion Nordwest konzentriert sich auf die Entwicklung des gemeinsamen Kooperationsraums durch Vernetzung und Interaktion, durch ein gemeinsames Marketing für den Wirtschafts- und Wissenschaftsraum sowie durch den Ausbau regional bedeutsamer Wirtschaftsfelder. Die konkreten Schwerpunkte für die kommenden Jahre wurden in dem 2017 erarbeiteten mehrjährigen Handlungsrahmen „Nordwesten. Weiterdenken“ festgelegt. Im Fokus stehen die Kompetenzfelder mit besonderem regionalem Alleinstellungsmerkmal, wie die Branchen Bioökonomie, Automotive, Energiewirtschaft, Gesundheitswirtschaft, Luft- und Raumfahrt sowie maritime Wirtschaft und Logistik. Besonders hervorgehoben werden zudem clusterübergreifende Innovationen und Initiativen, die sich branchenübergreifend den zentralen Herausforderungen des Nordwestens widmen. Im überregionalen Wettbewerb werden die Stärken und Vorteile des Nordwestens nach außen kommuniziert und diese bestmöglich vermarktet, um die Region für Arbeitskräfte und Arbeitgeber attraktiv zu gestalten.

2017 wurden Schlüsselprojekte zu den Themenstellungen Digitalisierung sowie Wissens- und Technologietransfer besonders berücksichtigt. Um die Bereitstellung von Infrastruktur in digitaler Form geht es in dem Projekt „Neuaufstellung der Internetplattform Metropolplaner für Regionale Raumordnungsprogramme und Flächennutzungspläne“. Auf einer Onlineplattform können Gewerbetreibende, Planungsbüros und Interessierte zukünftig die Flächenverfügbarkeiten – wie beispielsweise Gewerbegebiete, Naturschutzgebiete oder Windvorranggebiete – im Gesamttraum der Metropolregion Nordwest abrufen. Deutschlandweit wird die Metropolregion Nordwest mit dem Projekt eine Vorreiterrolle einnehmen. Auch Unternehmen in der Region stehen im Zuge der Digitalisierung vor enormen Herausforderungen: Hierzu erarbeitet das Projekt „Dialogplattform DIGILAB“ gemeinsam mit Unternehmen branchenübergreifend lösungsorientierte Ansätze zum Umgang mit der digitalen Transformation von Unternehmen, um konkrete Handlungsempfehlungen und neue Geschäfts- und Arbeitsmodelle mit Blick auf relevante Trends zu entwickeln. Diese und andere Projekte verdeutlichen: Die Metropolregion Nordwest ist ein dynamischer, innovativer und zukunftsfähiger Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort mit hoher Lebensqualität.

Der Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e.V., in dem aktuell 28 Städte, Gemeinden und Landkreise zusammengeschlossen sind, widmet sich seit mehr als 25 Jahren erfolgreich der Bewältigung gemeinsamer regionaler Fragestellungen im stadtreionalen Verflechtungsraum des Oberzentrums Bremen mit erheblicher Abstimmungs- und Koordinationsfunktion auf Augenhöhe.

Eines der sichtbarsten Zeichen hierfür ist die Erstellung des Grundsatzbeschlusses zur kooperativen Regionalentwicklung, der das Interkommunale Raumstrukturkonzept Region Bremen (INTRA) fortschreibt. Die konkrete Umsetzung erfolgt in unterschiedlichen Projekten, wie z. B. dem für einen Zeitraum von vier Jahren angesetzten Projekt „Wohnungsmarktbeobachtung und -strategie“. Im Zentrum steht dabei die Zukunftsfrage Wohnraumversorgung, um dringend bezahlbaren Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen zu schaffen. Im Themenfeld Mobilität wurde 2017 mit der Mach-

barkeitsstudie „Regionales Mobilitätskonzept: Radverkehr“ begonnen. Um die Menschen in der Region flexibel in Bewegung zu halten, sollen in enger Abstimmung mit den Mitgliedskommunen Empfehlungen für ein klassifiziertes Radverkehrsnetz einschließlich Rad-schnellverkehren in Verknüpfung mit dem ÖPNV/SPNV sowie deren Unterhaltung erarbeitet werden. Schließlich wurde nach intensiven Beratungen von den Gremien die „Landschafts- und Naherholungsstrategie zur Weiterentwicklung des Grünen Rings Region Bremen“ beschlossen. Die zentrale Zielsetzung der Strategie ist es, für die Region Bremen eine gemeinsame grüne Infrastruktur zu entwickeln, die Landschaft aufzuwerten und regionale Naherholungsangebote vernetzt sichtbar zu machen.

Eine weitere Ebene der regionalen Kooperation besteht in gemeinsamen regionalen Ansätzen zur Modernisierung der Verwaltung. So beteiligt sich die Freie Hansestadt Bremen aktiv an der Mitarbeit im Netzwerk der Virtuellen Region Nordwest (ViR-Nordwest). Sie fördert die Zusammenarbeit von Landkreisen, Städten und Kommunen sowie von Körperschaften und Verbänden, um den gegenseitigen Erfahrungsaustausch und die gemeinsame Entwicklung von Lösungen für künftige Formen IT-gestützter Verwaltungsarbeit voranzubringen. Wichtige Themen waren und sind die „E-Rechnung“ und „E-Akte“ sowie das „Digitalisierungsprogramm“.

Die Modernisierung der Verwaltung

Im Jahre 2016 wurde das Modernisierungsprogramm „Zukunftsorientierte Verwaltung“ (ZOV) durch den Senat beschlossen. Im August 2017 hat der Senat den dazugehörigen Masterplan aktualisiert und fortgeschrieben. Im Rahmen des Masterplans werden über 40 Einzelvorhaben in sieben strategischen Entwicklungsfeldern umgesetzt:

- Integrierte Gesamtsteuerung und öffentliche Unternehmen
- Personalpolitik und Arbeit 4.0
- Digitale Verwaltung
- Transparenz und Bürgerservice
- Kooperative Verwaltungsentwicklung im Stadtteil
- Optimierung der Organisation
- Länderübergreifende Kooperation

Wesentliches Projekt des Entwicklungsfeldes „Integrierte Gesamtsteuerung und öffentliche Unternehmen“ ist die Optimierung der Haushaltssteuerung mit der Einführung des eHaushalts. Die Vergabe sowie die technische Implementierung der Standardsoftware sind erfolgt. Die Vorhaben „Einführung einer einheitlichen Bilanzrichtlinie für öffentliche Unternehmen“ und „Überarbeitung des Handbuchs Beteiligungsmanagement“ bilden die zentralen Bausteine zur Einbindung öffentlicher Unternehmen in die Gesamtstrategie der Freien Hansestadt Bremen.

Im Rahmen des Entwicklungsfeldes „Personalpolitik und Arbeit 4.0“ stehen eine nachhaltige Personalpolitik sowie die Arbeitgeberattraktivität der Freien Hansestadt Bremen im Vordergrund. Ziel ist es, die Beschäftigungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhöhen. Die Umsetzung der „Bremer Erklärung zu fairen Beschäftigungsbedingungen“ ist ein wichtiges Vorhaben. Der „Aufbau einer Einheit zur mobilen Unterstützung (EmU)“ sowie die Etablierung von „Unterstützungskonferenzen Fehlzeiten (UKF)“ befinden sich in Umsetzung. Mit dem Aufbau einer „ressortübergreifenden betrieblichen Sozialberatung“ ist ein zentrales Projekt weit fortgeschritten. Die Sozialberatung soll den Beschäftigten künftig Unterstützung und Begleitung bieten.

Das Entwicklungsfeld „Digitale Verwaltung“ verfolgt das Ziel, alle Abläufe und Vorgänge mithilfe von Informations- und Kommunikationstechnik zu verzahnen. Für den IT-Planungsrat entwickelt die Freie Hansestadt Bremen in enger Zusammenarbeit mit Handelskammer und Handwerkskammer mit der E-Rechnung eine bundesweit übertragbare Lösung. Damit Gerichtsverfahren künftig vollständig elektronisch bearbeitet werden können, wird die elektronische Verfahrensakte im Justizbereich eingeführt („e-Justice“). Um die IT-Landschaft der bremischen Verwaltung zu vereinheitlichen, wenn möglich Einzellösungen zu ersetzen und Qualität und Sicherheit des IT-Betriebs zu erhöhen, wird die IT-Infrastruktur der Arbeitsbereiche Polizei sowie der Senatorin für Kinder und Bildung an Dataport übertragen. In Umsetzung befinden sich zudem die beiden Vorprojekte „Einführung der elektronischen Akte im Migrationsamt“ und „Einführung der elektronischen Personalakte“.

Im Rahmen des Entwicklungsfeldes „Transparenz und Bürgerservice“ verläuft die „Einführung eines Online-Terminmanagement-Systems“ erfolgreich und wurde 2017 bereits im Bürgeramt im Bereich der Kfz-Zulassungen sowie in den BürgerServiceCentern Stresemannstraße, Mitte und Nord installiert. Zentrales Vorhaben dieses Entwicklungsfeldes ist das Projekt „Einfach Leistungen für Eltern (ELFE)“, bei dem eine Lösung zur vereinfachten Gewährung von Eltern- und Kindergeld sowie zum Versand von Geburtsurkunden entwickelt wurde. Die Freie Hansestadt Bremen steht zudem für die aktive Veröffentlichung von Informationen und Unterlagen, um die bestmögliche Transparenz sicherzustellen. Die Entwicklung des „Umsetzungskonzepts zum Bremischen Informationsfreiheitsgesetz (BremlFG)“ verläuft planmäßig. Die „Amtsleitungskonferenz Bürgerservice“ wurde mit der Auftaktsitzung im März 2017 formiert.

Im Entwicklungsfeld „Kooperative Verwaltungsentwicklung im Stadtteil“ liegt das Augenmerk auf einer verstärkten Sozialraumorientierung der Verwaltung. In den Quartieren werden Herausforderungen, wie eine wachsende soziale Ungleichheit, für die Bürgerinnen und Bürger am unmittelbarsten spürbar. Im Rahmen des Vorprojektes „Kooperative Verwaltungsentwicklung im Stadtteil“ werden Ausgangslage und Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Sozialraumorientierung erarbeitet. In Umsetzung befinden sich zudem der „Bürgerinformations-Service in der Stadtbibliothek West“, die „Kooperative Oberschulentwicklung“ und die „Services für ältere Menschen“. Zentrales Vorhaben bleibt die „Weiterentwicklung des Jugendamtes (JuWe)“, die das Ziel verfolgt, die Hilfen zur Erziehung durch einen umfangreichen Prozess der Personal- und Organisationsentwicklung wirksamer, dafür aber weniger eingriffsintensiv zu gestalten.



Zwei-Euro-Münze mit dem Bremer Roland und dem Rathaus

Die Ausschöpfung von Synergieeffekten und Bündelungspotenzialen ist Ziel des Entwicklungsfeldes „Optimierung der Organisation“. Mit dem „Aufbau eines Einkaufs- und Vergabezentrums“ bündelt Immobilien Bremen seine Kompetenzen. Mit dem Aufbau des „Informationsportals Interne Dienste“ werden Synergien geschaffen und Doppelstrukturen abgebaut. Die „Einführung einer ressortübergreifenden Personalsachbearbeitung“, die „Einrichtung von Kompetenzcentern“ in den Bereichen Personal-, Beteiligungs- sowie (EU-) Beihilfe und Vergaberecht sowie die „Optimierung des Forderungsmanagements und die Einrichtung einer Servicestelle Buchhaltung in der Landeshauptkasse“ werden weiter umgesetzt.

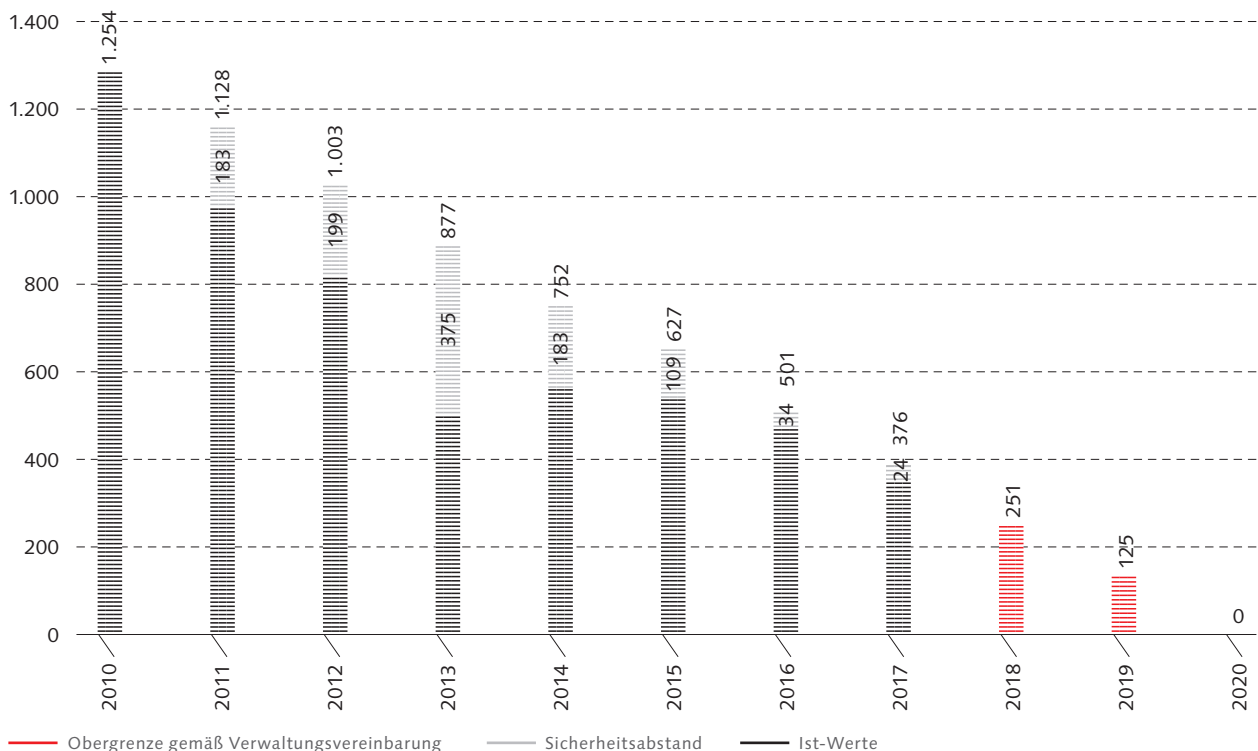
Eine gemeinsame länderübergreifende Aufgabenwahrnehmung erhöht die Wettbewerbsfähigkeit, ermöglicht Qualitätszuwächse und schafft Synergieeffekte. Daher arbeitet Bremen seit vielen Jahren eng mit Niedersach-

sen zusammen. Im Rahmen des Entwicklungsfeldes „Länderübergreifende Kooperation“ wird diese vertrauensvolle Zusammenarbeit weiter ausgebaut. Mit dem Projekt „Stärkung der Kooperation zwischen Bremen und Niedersachsen“ werden Kooperationen intensiviert. Durch den Ausbau der länderübergreifenden Kooperation im Bereich der Landesvermessung (Geodaten) wird ein Mehrwert für beide Länder geschaffen.

Die Sicherung unserer finanziellen Lebensfähigkeit

Die Freie Hansestadt Bremen befindet sich seit dem Jahr 2010 auf einem Konsolidierungspfad zum vollständigen Abbau der Neuverschuldung bis zum Jahr 2020. Gemäß der Vereinbarung mit dem Stabilitätsrat wird das maximal zulässige strukturelle Defizit des Stadtstaates in zehn gleichmäßigen jährlichen Schritten bis auf null abgesenkt. Gegenüber dem ursprünglichen strukturellen Defizit von 1.254 Mio. Euro im Jahr 2010 betrug die maximal zulässige strukturelle Neuverschul-

Strukturelles Finanzierungsdefizit (Stadtstaat Bremen, in Mio. Euro)



Flüchtlingsbezogene Einnahmen und Ausgaben (Stadtstaat Bremen; in Tsd. Euro)

	Ist 2016	Anschlag 2017	Ist 2017	Abweichung
Steuereinnahmen	86.270	38.115	44.915	+6.800
Sozialleistungseinnahmen	26.885	25.380	97.884	+72.504
Sonstige Einnahmen	231		1.639	+1.639
Einnahmen	113.387	63.495	144.438	+80.943
Personalausgaben	23.331	13.818	34.224	+20.406
Sozialleistungsausgaben	288.111	255.709	240.913	-14.796
Sonstige konsumtive Ausgaben	25.062	10.990	31.751	+20.761
Investitionsausgaben	50.575	65.500	40.076	-25.424
Globale Mehrausgaben		91.868		-91.868
Ausgaben	387.079	437.885	346.964	-90.921
Nettoausgaben	273.693	374.391	202.526	-171.865
+ Einnahmen Anschlag 2015	1.793	1.793	1.793	
- Ausgaben Anschlag 2015	49.972	49.972	49.972	
Nettomehrausgaben	225.513	326.211	154.347	-171.865

dung im Jahr 2017 noch 376 Mio. Euro. Wie bereits in allen Vorjahren wurde die Vorgabe auch im Jahr 2017 eingehalten.

Ersichtlich ist aber auch, dass die erheblichen Sicherheitsabstände – die von 2011 und 2015 summiert über 1 Mrd. Euro betragen – sich sukzessive verringert haben. Im Jahr 2017 betrug der Sicherheitsabstand nur noch 24 Mio. Euro.

Diese knappe Einhaltung des Konsolidierungspfads erfolgte allerdings einschließlich der beträchtlichen flüchtlingsbezogenen Nettomehrausgaben. Bei Beschluss der Haushalte war noch von einer finanziellen Belastung ausgegangen worden, die eine außergewöhnliche Notsituation darstellt, weil sie sich der Kon-

trolle des Staates entzieht und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt. Nach dem zielkonformen Abschluss der Haushalte kann auf die Beantragung einer entsprechenden Ausnahmesituation nach § 6 der Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen nunmehr verzichtet werden.

Dies ist vor allem möglich, weil die flüchtlingsbezogenen Nettomehrausgaben aufgrund deutlich geringerer Zugänge sowie erhöhter einnahmeseitiger Entlastungen die Haushalte nicht in dem ursprünglich angenommenen Ausmaß von über 320 Mio. Euro belasteten. Tatsächlich betrugen die Nettomehrausgaben gegenüber dem Niveau des Jahres 2015 154 Mio. Euro (siehe Tabelle oben), also 172 Mio. Euro weniger als aufgrund der seinerzeitigen Lage prognostiziert.

Diese Verbesserung reduzierte die flüchtlingsbedingte Plan-Überschreitung der zulässigen Nettokreditaufnahme nur zu rund 64%. Der übrige Haushalt musste daher mit erheblichen weiteren Verbesserungen zur Einhaltung des Konsolidierungspfades beitragen. Dies gelang im Umfang von 424,5 Mio. Euro, nach flüchtlingsbezogenen Minderbelastungen also noch von weiteren 252 Mio. Euro.

Hierzu sind insbesondere die anhaltend gute Steuerentwicklung, unerwartet hohe konsumtive Einnahmen, Zinsminderausgaben sowie geringer als erwartet ausfallende Sozialleistungen – auch über die flüchtlingsbezogenen Minderbelastungen hinaus – als Faktoren zu nennen. Zur Verbesserung der sonstigen konsumtiven Einnahmen trug hauptsächlich ein in einem Einzelfall verhängter Verfallsbescheid der Staatsanwaltschaft Bremen mit einem Volumen von über 50 Mio. Euro bei. Die Investitionsausgaben konnten – trotz des auch im Vorjahresvergleich erkennbaren massiven Bedarfs insbesondere bei der Herrichtung von Kindertagesstätten und Schulbauten – leicht unter dem Anschlag gehalten werden. Verschlechterungen gegenüber dem Anschlag gab es neben den Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich im Wesentlichen bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben.

Zu der positiven Entwicklung haben auch die Eigenanstrengungen der Freien Hansestadt Bremen beigetragen. Gemeint sind hier die im Jahr 2017 explizit im Rahmen des verlängerten Sanierungsprogramms dokumentierten 430 Mio. Euro. Um diesen Betrag wären die Haushalte bei Unterbleibung der Maßnahmen somit weiter belastet worden. Der Ist-Wert der Maßnahmeneffekte liegt damit erfreulich nahe an dem gemäß Sanierungsprogramm idealerweise avisierten Betrag von 437 Mio. Euro und trug entscheidend zur Einhaltung der maximal zulässigen strukturellen Nettoneuverschuldung bei.

Neben der Einhaltung des Konsolidierungspfades bis zum Jahr 2020 wird die dauerhafte Sanierung der bremischen Haushalte ab dem Jahr 2020, dann unter dem neuen Regime der föderalen Finanzbeziehungen, die zentrale finanzpolitische Herausforderung darstellen. Die für Bremen mit der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen einhergehende Verbesserung der Einnahmeseite ist notwendige Bedingung für die finanzielle Gesundung des Stadtstaates. Erst mit ihr wird es möglich, die Vorgaben des Art. 109 Abs. 3 GG („Schuldenbremse“) einzuhalten, in die Altschuldentilgung einzusteigen sowie Maßnahmen zur Stärkung der Finanzkraft einleiten zu können.

Im Jahr 2017 wurde die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen nunmehr auch formal erfolgreich abgeschlossen. Bundestag und Bundesrat fassten im Juni 2017 die entsprechenden Gesetzesbeschlüsse, zum August erfolgte die Veröffentlichung im Gesetzblatt. Das Maßnahmenpaket sieht insbesondere die Gewährung von Sanierungshilfen für die Freie Hansestadt Bremen und das Saarland jährlich in Höhe von 400 Mio. Euro vor. Umfangreiche weitere Veränderungen der ab 2020 maßgeblichen Rechtslage führen zu weiteren Verbesserungen für Bremen von im Saldo 87 Mio. Euro pro Jahr.

Die zur langfristigen Sanierung der bremischen Haushalte notwendigen Maßnahmen, darunter die Verwendung der Sanierungshilfen zur Steigerung der bremischen Finanzkraft, werden auf Grundlage von Erörterungen einer Zukunftskommission vorbereitet. In dieser bringt der Senat die zentralen gesellschaftlichen Akteure zusammen, um ein abgestimmtes Maßnahmenpaket zu formulieren. Zwingende Voraussetzung für eine positive Haushaltsentwicklung ist, dass der Bund von allgemeinen Steuersenkungen und anderen Maßnahmen absieht, die eine neuerliche Verschlechterung der Finanzlage insbesondere finanzschwacher Länder und Kommunen nach sich ziehen.

Darstellung der Lage

Nach wie vor wird der Buchungsstoff der Finanzbuchhaltung, der dem doppelten Jahresabschluss zugrunde liegt, überwiegend aus dem kameralen Rechnungswesen übergeleitet. Durch die Optimierung der Geschäftsprozesse im Rechnungswesen wird die Qualität kontinuierlich verbessert.

Erfolgsrechnung

In der Erfolgsrechnung wird das Gesamtergebnis auf einzelne Teilergebnisse aufgeteilt. Damit wird sichtbar, wie die einzelnen Teilergebnisse den Gesamterfolg beeinflussen. Außerdem können im Zeitreihenvergleich mit den Vorperioden Trends und Entwicklungen in den Ergebnissen abgeleitet werden.

Erfolgsrechnung 2017

	2016	2017	Veränderung ggü. Vorjahr	Veränderung ggü. Vorjahr
	Euro	Euro	Euro	%
Steuern und steuerähnliche Erträge	2.938.281.151,76	2.969.040.452,14	30.759.300,38	1,05
Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen	1.277.814.348,68	1.277.583.417,75	-230.930,93	-0,02
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	580.747.520,52	699.338.784,43	118.591.263,91	20,42
Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse	194.000.933,87	182.599.104,21	-11.401.829,66	-5,88
Sonstige Erträge	69.417.646,03	133.685.519,96	64.267.873,93	92,58
Summe Erträge	5.060.261.600,86	5.262.247.278,49	201.985.677,63	3,99
Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit	-379.743.653,04	-431.944.710,20	-52.201.057,16	13,75
Personalaufwand	-2.181.662.286,11	-2.195.573.987,91	-13.911.701,80	0,64
Abschreibungen	-133.909.944,19	-135.736.625,82	-1.826.681,63	1,36
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	-2.561.042.173,70	-2.715.177.017,94	-154.134.844,24	6,02
Sonstige Aufwendungen	-185.343.464,22	-177.673.089,22	7.670.375,00	-4,14
Summe Aufwendungen	-5.441.701.521,26	-5.656.105.431,09	-214.403.909,83	3,94
Verwaltungsergebnis	-381.439.920,40	-393.858.152,60	-12.418.232,20	3,26
Erträge aus Beteiligungen	1.036.606,63	11.620.569,62	10.583.962,99	1.021,02
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen	233.380.297,13	218.741.723,01	-14.638.574,12	-6,27
Zinsen und ähnliche Erträge	266.754.528,07	199.020.146,20	-67.734.381,87	-25,39
Abschreibung auf Finanzanlagen	-606.277.605,46	-26.453.784,36	579.823.821,10	-95,64
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-992.859.086,62	-948.780.146,76	44.078.939,86	-4,44
Finanzergebnis	-1.097.965.260,25	-545.851.492,29	552.113.767,96	-50,29
Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit	-1.479.405.180,65	-939.709.644,89	539.695.535,76	-36,48
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00	
Steuern	-42.604,17	-25.555,77	17.048,40	-40,02
Jahresfehlbetrag	-1.479.447.784,82	-939.735.200,66	539.712.584,16	-36,48

Verwaltungsergebnis

Das Verwaltungsergebnis ermittelt die rechnerischen Auswirkungen des Verwaltungshandelns aus den Kernaufgaben auf den doppelten Jahresabschluss, d. h., es fokussiert sich dabei auf den Ressourcenverbrauch und die Ertragsentstehung, die im Zusammenhang mit der originären Aufgabenerfüllung der Freien Hansestadt Bremen stehen. Die Aufwendungen und Erträge aus dem Finanzierungsgeschäft werden deshalb hier nicht ausgewiesen, obwohl bei der permanenten finanziellen Unterausstattung vieler Gebietskörperschaften der Eindruck entsteht, dass die Finanzierungsgeschäfte mittlerweile zu den originären Aufgaben einer Gebietskörperschaft gehören.

Das Verwaltungsergebnis im Geschäftsjahr 2017 beläuft sich auf rund –393,86 Mio. Euro. Da mit dem Anstieg der Aufwendungen (+214,4 Mio. Euro) der Verwaltungstätigkeit auch ein Anstieg der Erträge (+201,99 Mio. Euro) in nahezu gleicher Höhe einherging, konnte das Verwaltungsergebnis mit einer geringfügigen Veränderung (–12,42 Mio. Euro) auf dem Vorjahresniveau gehalten werden.

Die Summe der Erträge hat sich 2017 um rund 202 Mio. Euro bzw. um 3,99% gesteigert. Zu dieser Entwicklung haben die Steuern und steuerähnlichen Erträge, mit einem Zuwachs von 30,76 Mio. Euro beigetragen. Dies macht deutlich, dass Bremen 2017 von der guten konjunkturellen Lage profitiert hat. Hervorzuheben sind dabei die Zuwächse der Gemeinschaftsteuern und der Gewerbesteuerumlage von insgesamt 61,2 Mio. Euro. Darunter fallen die Lohnsteuer (+50,9 Mio. Euro), die veranlagte Einkommensteuer (+20,3 Mio. Euro), die Körperschaftsteuer (+16,2 Mio. Euro) sowie die Umsatzsteuer (+7,3 Mio. Euro). Die Gemeindesteuern erreichen mit 206,5 Mio. Euro wieder ein hohes Niveau, das jedoch um –28,8 Mio. Euro hinter dem sehr hohen Vorjahreswert von 235,25 Mio. Euro bleibt.

Einen maßgeblichen Anteil an der positiven Entwicklung der Erträge haben die Zuweisungen und Zuschüsse mit einer Gesamthöhe von 699,34 Mio. Euro und einem Zuwachs von 118,6 Mio. Euro. Von diesem Zuwachs entfallen 34,3 Mio. Euro auf Investitionszuschüsse. Erwäh-

nenswert sind hier Zuschüsse von der EU (27,6 Mio. Euro), insbesondere Nachzahlungen im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE-Programm) 2007–2013 sowie Investitionszuschüsse vom Bund.

Verbesserungen ergaben sich auch bei den Zuweisungen und Zuschüssen, soweit diese keine Investitionen darstellen, von den Ländern (+58 Mio. Euro) sowie aus dem sonstigen Inland von Dritten (+25 Mio. Euro). Zu nennen wäre dabei der Ertrag aus dem pauschalen Belastungsausgleich für unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) innerhalb der Ländergemeinschaft in Höhe von 58 Mio. Euro, der Bremen 2017 für die hohe Leistungserfüllung für die UMA gewährt wurde.

Die sonstigen Erträge sind im Vorjahresvergleich um insgesamt 64,27 Mio. Euro gestiegen. Davon entfallen 13,96 Mio. Euro auf eine Werterhöhung von Gegenständen des Anlagevermögens im Zuge der Neubewertung unter Anwendung der Eigenkapitalspiegelbildungsmethode. Das Plus von 50 Mio. Euro bei den übrigen sonstigen Erträgen resultiert vollständig aus einer Gewinnabschöpfung nach § 29a Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG) aufgrund eines rechtskräftigen Verfallsbescheids der Staatsanwaltschaft Bremen.

Die Summe der Aufwendungen ist im Jahr 2017 gegenüber dem Vorjahr um 214,4 Mio. Euro gestiegen.

Die Aufwendungen für die Verwaltungstätigkeit weisen eine Erhöhung von insgesamt 52,2 Mio. Euro auf, die im Wesentlichen auf die Steigerung der Aufwendungen für bezogene Leistungen (+50,33 Mio. Euro) zurückzuführen ist. Ursächlich hierfür sind neben den sonstigen Aufwendungen für bezogene Leistungen (+26,93 Mio. Euro) u. a. gestiegene Fremdinstandhaltungen und Wartungsarbeiten an Bauten und Bauwerken (+23,19 Mio. Euro). Darunter fällt auch das Sonderprogramm Mobilbauten (SoProMob) für Kindertagesstätten und Schulen und den damit einhergehenden Nebenkosten.

Die Personalaufwendungen zeigen eine leichte Steigerung um 13,91 Mio. Euro auf eine Gesamthöhe von 2.195,57 Mio. Euro. 2017 wurde hier auch erstmalig die Bildung einer Rückstellung für geleistete Mehrarbeit in Höhe von 13,5 Mio. Euro berücksichtigt.

Die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse haben sich gegenüber dem Vorjahr mit einem Anstieg von rund 154 Mio. Euro auf 2.715,18 Mio. Euro erhöht. Der größte Teil der Steigerung entfällt dabei auf Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, vor allem an Sondervermögen (+ 119,15 Mio. Euro).

Demgegenüber machen die übrigen Zuweisungen und Zuschüsse, die nicht für Investitionen geleistet werden, mit einer Höhe von 1.597,57 Mio. Euro den weitaus größten Anteil am Gesamtvolumen (2.715,18 Mio. Euro) aus, die Veränderung gegenüber dem Vorjahr ist mit +22,37 Mio. Euro und +1,42% jedoch moderat. Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen erreichen eine Höhe von 710,56 Mio. Euro und damit ein Plus von 12,63 Mio. Euro.

Finanzergebnis

Im Finanzergebnis werden die Erträge und Aufwendungen aus Finanzgeschäften ausgewiesen. Die kreditwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die bremischen Schulden gestalteten sich auch 2017 weiterhin positiv. Der Durchschnittssatz für das bremische Schuldenportfolio war mit einem Zinssatz von 2,88% weiterhin niedrig.

Die Gewinnausschüttung eines beteiligten Unternehmens in Höhe von 10 Mio. Euro erhöht die Erträge aus Beteiligungen in gleicher Höhe. Demgegenüber sind die Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen (-14,64 Mio. Euro) sowie die Zinserträge (-67,73 Mio. Euro) deutlich gesunken.

Auf der Aufwandsseite ist die Bewertung der Finanzanlagen nach dem im vergangenen Jahr vorgenommenen Wechsel auf die Eigenkapitalspiegelbildmethode nunmehr auf aktuellem Stand. Der einmalige Effekt des Vorjahres wirkt sich bei den Abschreibungen auf Finanzanlagen 2017 um rund 600 Mio. Euro aufwand-

senkend aus. Ferner sind die zu zahlenden Zinsen um 44,08 Mio. Euro rückläufig. Das Finanzergebnis verbesserte sich damit deutlich um 552,11 Mio. Euro. Es ist jedoch nach wie vor stark durch die hohe Zinslast von 948,78 Mio. Euro geprägt.

Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit

Das Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit ergibt sich aus der Summe des Verwaltungs- sowie des Finanzergebnisses und weist mit einer deutlichen Verbesserung gegenüber dem Vorjahr von 539,70 Mio. Euro nach wie vor ein Minus von 939,71 Mio. Euro auf.

Außerordentliches Ergebnis

Im Geschäftsjahr 2017 waren wie schon im Vorjahr keine außerordentlichen Geschäftsvorfälle zu verzeichnen.

Jahresergebnis 2017

Das Jahresergebnis wird ermittelt, indem zum Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit das außerordentliche Ergebnis hinzugerechnet und die Steuerschuld abgezogen wird. 2017 beträgt der so ermittelte Jahresfehlbetrag -939,74 Mio. Euro. Im Vorjahresvergleich ergibt sich eine Verbesserung um 539,71 Mio. Euro.

Aktiva

Die Summe der Aktiva ist 2017 um 1,39 Mrd. Euro auf 34,57 Mrd. Euro gestiegen. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr liegt bei 4,18%. Das Anlagevermögen sank gegenüber dem Vorjahreswert um 61,4 Mio. Euro. Die Summe setzt sich im Wesentlichen zusammen aus einem Minus bei den zu aktivierenden geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen in Höhe von -99,74 Mio. Euro sowie einem Plus bei den Finanzanlagen in Höhe von 34,9 Mio. Euro.

Das Umlaufvermögen stieg im Vorjahresvergleich um rund 524 Mio. Euro (+11,95%). In dieser stichtagsbezogenen Betrachtung stiegen die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um 418,7 Mio. Euro und die liquiden Mittel bzw. die Bankguthaben um 105,65 Mio. Euro. Hierbei erhöhten sich die Beträge auf den Geldtransitkonten bei den sonstigen Vermögensgegenständen um 476,7 Mio. Euro. Bei den Bankguthaben macht sich die Steigerung der Kassenkredi-

tebesicherung mit einem Betrag von 77,27 Mio. Euro bemerkbar.

Bei den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten trat eine Erhöhung von 5,6 Mio. Euro im Vorjahresvergleich ein. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag hat sich 2017 durch den Jahresfehlbetrag weiter um rund 919 Mio. Euro auf nunmehr 22,17 Mio. Euro gesteigert.

Passiva

Das Eigenkapital des Landes und der Stadtgemeinde Bremen wird nach wie vor mit dem Wert null ausgewiesen.

Die Sonderposten für erhaltene Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen sanken leicht um 6 Mio. Euro bzw. um 1,34%.

Der zukünftige Finanzmittelbedarf der Versorgungs-lasten, der auf den Stichtag der Vermögensrechnung abgezinst wurde, wird als Pensionsrückstellungen dargestellt. In den Standards staatlicher Doppik wurde der Zinssatz für das Diskontieren der Rückstellungen für Pensionen für 2017 auf 2,47% p.a. abgesenkt. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen stiegen um rund 825,73 Mio. Euro auf nunmehr

10,86 Mrd. Euro an. Aufgrund ihrer enormen Größenordnung wirken sich die Pensionsrückstellungen nach wie vor erheblich auf das Jahresergebnis aus. Die sonstigen Rückstellungen stiegen um 13,96 Mio. Euro, wobei 2017 erstmals Rückstellungen für Mehrarbeit in Höhe von 13,5 Mio. Euro gebildet wurden.

Im Bereich der Verbindlichkeiten ist 2017 ein Anstieg von rund 549,75 Mio. Euro zu verbuchen. Die Gesamtsumme der Verbindlichkeiten beträgt aus doppischer Sicht nunmehr 23,16 Mrd. Euro. Der kamerale Begriff der fundierten Schulden umfasst die langfristigen Staatsschulden, also die Schulden der öffentlichen Hand, die regelmäßig über eine längere Laufzeit (ein Jahr und länger) zurückgezahlt werden. Der doppelte Begriff der Verbindlichkeiten erweitert diese Definition, sodass dieser als die Summe der noch offenen finanziellen Verpflichtungen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen gegenüber seinen Gläubigern definiert wird. Die Veränderung 2017 beruht zum einen auf der Reduzierung der Verbindlichkeiten aus Anleihen und Obligationen um 1,45 Mrd. Euro und dem Anstieg der kurzfristigen Verbindlichkeiten um 937,85 Mio. Euro. Zum anderen stiegen andere Verbindlichkeiten, wie die gegenüber Kreditinstituten (+930 Mio. Euro), gegenüber verbundenen Unternehmen und Einrich-

Vermögensrechnung 2017

	Vermögensrechnung 31.12.2016 Euro	Vermögensrechnung 31.12.2017 Euro	Abweichung ggü. Vorjahr Euro	Abweichung ggü. Vorjahr %
Anlagevermögen	7.495.610.577,12	7.434.204.761,93	-61.405.815,19	-0,82
Umlaufvermögen	4.386.180.433,53	4.910.515.259,01	524.334.825,48	11,95
Aktive Rechnungsabgrenzung	58.911.776,51	64.525.744,45	5.613.967,94	9,53
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	21.246.047.895,97	22.165.073.569,56	919.025.673,59	4,33
Summe Aktiva	33.186.750.683,13	34.574.319.334,95	1.387.568.651,82	4,18
Eigenkapital	0,00	0,00	0,00	
Sonderposten für Investitionen	450.036.501,77	444.019.378,34	-6.017.123,43	-1,34
Rückstellungen	10.122.383.369,57	10.961.998.526,67	839.615.157,10	8,29
Verbindlichkeiten	22.609.169.244,96	23.158.919.637,79	549.750.392,83	2,43
Passive Rechnungsabgrenzung	5.161.566,83	9.381.792,15	4.220.225,32	81,76
Summe Passiva	33.186.750.683,13	34.574.319.334,95	1.387.568.651,82	4,18

tungen (+48,4 Mio. Euro) sowie gegenüber Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung (+ 123,5 Mio. Euro). Die Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen waren dagegen um 43,4 Mio. Euro rückläufig.

Ein passiver Rechnungsabgrenzungsposten wurde 2017 in Höhe von rund 9,38 Mio. Euro gebildet. Hier wurde der Buchungssstoff wesentlich verbessert, sodass die Steigerung 4,22 Mio. Euro beträgt.

Resümee

Das Verwaltungsergebnis 2017 hat sich mit rund –393,86 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig verändert, weil die Erträge um 201,99 Mio. Euro und die Aufwendungen um 214,4 Mio. Euro gleichermaßen angestiegen sind.

Beim Finanzergebnis stehen den Erträgen in Höhe von rund 429,38 Mio. Euro Aufwendungen in Höhe von

975,23 Mio. Euro gegenüber. Daraus ergibt sich ein negatives Finanzergebnis in Höhe von –545,85 Mio. Euro. Verglichen mit 2016 fällt das Finanzergebnis um 552,11 Mio. Euro besser aus. Ausschlaggebend hierfür war die Entlastung bei den Abschreibungen der Finanzanlagen gegenüber dem Vorjahr (–579,82 Mio. Euro). Dieser Effekt resultiert aus der im Vorjahr vorgenommenen Umstellung auf die Eigenkapitalspiegelbildmethode, die eine einmalige Abschreibung in Höhe von 600,58 Mio. Euro notwendig machte. 2017 wurde die Bewertung der Finanzanlagen nach aktuellem Stand fortgeführt und eine Entlastung in entsprechender Höhe realisiert.

Das Jahresergebnis 2017 fiel mit –939,74 Mio. Euro deutlich negativ aus. Aufgrund des Einmaleffektes der Neubewertung der Finanzanlagen kann eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr von 539,71 Mio. Euro festgestellt werden.



Haus des Reichs, Dienstsitz der Senatorin für Finanzen in Bremen

Nachtragsbericht

Der Senat hat im Mai 2018 einen Nachtragshaushalt zum gültigen Doppelhaushalt 2018/19 in Höhe von 250 Mio. Euro beschlossen. Davon entfallen rund 46 Mio. Euro auf die Schuldenentlastung der privaten Jacobs University. Mit dem weitaus größeren Anteil von 205 Mio. Euro soll der kommunale Klinikverbund Gesundheit Nord (GeNo) von den Baukosten des Teilersatzbaus am Klinikum Bremen-Mitte (TEN) entlastet werden. Die Mittel werden zur Ausfinanzierung, Fertigstellung und Inbetriebnahme des TEN sowie zur Modernisierung und Gestaltung zukunftsfähiger Strukturen bereitgestellt. Die finanzielle Entlastung stellt einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Gesundheit Nord dar und betrifft nicht das operative Geschäft. Beide Maßnahmen bewirken keinen Verstoß gegen die Auflagen der Konsolidierungsvereinbarungen.

Risiko- und Chancenbericht

Bis 2017 hat Bremen den Konsolidierungskurs erfolgreich bewältigt und damit wesentliche strukturelle Verbesserungen der Haushalte erreicht. Mit großen Eigenanstrengungen ist es vor dem Hintergrund günstiger Rahmenbedingungen wie einer guten Konjunktur, steigenden Steuereinnahmen und niedrigen Zinsen gelungen, die als Maßstab der Konsolidierungsfortschritte definierten Obergrenzen der Neuverschuldung durchgängig einzuhalten. Die Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2020 versetzt Bremen in die Lage, die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse ab 2020 einzuhalten und zugleich in die Schuldentilgung und in die Daseinsvorsorge und Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft einzusteigen.

Es ist nicht verlässlich prognostizierbar, ob und in welchem Umfang die bisher haushaltsentlastenden Rahmenbedingungen zukünftig erhalten bleiben. Bremen profitiert derzeit von einer starken Binnenwirtschaft und Niedrigzinsen. Der vergleichsweise schwache Euro

unterstützt exportorientierte Unternehmen. Selbstverständlich wird in Bremen weiterhin aufgrund frühzeitiger Steuerungsmaßnahmen im Rahmen des Zinsmanagements auf eine optimale Ausnutzung der günstigen Lage am Geld- und Kapitalmarkt gesetzt. Mittelfristig ist aufgrund der Geld- und Kapitalmarktpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) mit sehr niedrigen, aber sukzessive ansteigenden Zinsen zu rechnen.

Demgegenüber bleibt Bremen auch nach 2020 vor die Aufgabe gestellt, bei einem begrenzten Finanzrahmen die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen zu meistern.

Zu diesen Herausforderungen gehört die Altschuldenproblematik. Für eine tragfähige und dauerhafte Sanierung der bremischen Haushalte ist nicht nur die Einhaltung des Konsolidierungskurses erforderlich, denn auch bei sinkenden Neuverschuldungsraten wird der Schuldenstand zunächst weiter ansteigen. Vielmehr ist ab 2020 eine fortlaufende Schuldentilgung um 80 Mio. Euro pro Jahr im 5-Jahresdurchschnitt unerlässlich, um die Verpflichtungen aus der Sanierungsvereinbarung einzuhalten.

Zu den wesentlichen Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren der Haushaltsentwicklung zählen die demografischen und gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen. Es ist hinsichtlich der öffentlichen Aufgabewahrnehmung und vor dem Hintergrund der strategischen Ausrichtung einer wachsenden Stadt absehbar, dass die Nachfrage nach Kindergartenplätzen und Plätzen in schulischen Einrichtungen, aber auch in der Pflege steigen werden. Demgegenüber wird das Bevölkerungspotenzial im erwerbsfähigen Alter nur leicht ansteigen bzw. stabil bleiben. Für 2018/19 hat der Senat der FHB Maßnahmen und Verstärkungsmittel für die Aufgabenbereiche „Frühkindliche Bildung und Schule“, „Sichere und saubere Stadt“ sowie „Digitale Verwaltung und Bürgerservice“ vorgesehen.

Die flüchtlingsbezogenen Nettomehrausgaben werden auch bei sinkenden Flüchtlingszahlen weiterhin in erheblicher Höhe anfallen. Es ist daher geboten, die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung im Grundsatz festgelegte Verlängerung von Bundeshilfen zügig gesetzlich zu fixieren, um die Leistungserfüllung bei der Aufnahme und Integration Geflüchteter weiter zu gewährleisten und dabei die erheblichen Konsolidierungsbemühungen zu einem erfolgreichen Abschluss führen zu können.

Die enormen Eigenanstrengungen zur Einhaltung des Konsolidierungspfades haben dazu geführt, dass in den vergangenen Jahren nicht alle notwendigen Instandsetzungen und Erhaltungsinvestitionen erfolgen konnten. Betroffen sind Investitionen in Wissenschaft, Verkehr, Wirtschaft und Häfen und ganz besonders in Schulen und Kitas. Erforderliche Erhaltungsinvestitionen belasten zukünftige Geschäftsjahre. Daher liegt die Herausforderung nun darin, im Rahmen der vorhandenen Gestaltungsspielräume, diesen Sanierungsbedarf aufzuarbeiten.

Globale Risiken, wie die aktuell ersichtlichen protektionistischen Tendenzen und politischen Unsicherheiten, können sich auf die bremische Wirtschafts- und Finanzlage übertragen. Unsicherheiten hinsichtlich der Handelspolitik der großen Wirtschaftsmächte sowie Abschottungstendenzen, insbesondere durch die USA, schwächen allgemein den Welthandel. Der hohe Handelsüberschuss Deutschlands wird durchaus kritisch gesehen und könnte durch amerikanische Strafzölle beantwortet werden. Die Folgen des geplanten Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union (Brexit) sind ebenfalls noch nicht absehbar. Großbritannien zählt nach Frankreich zu den wichtigsten Absatzmärkten deutscher und bremischer Exporteure.

Prognosebericht

Ab 2020 bestehen mit der Neuordnung der Bundesländer-Beziehungen neue Gestaltungsmöglichkeiten. Deshalb hat der Senat beschlossen, zur Unterstützung und Begleitung dieser wichtigen Gestaltungsaufgabe einen Zukunftsrat einzurichten, in dem wichtige Bremer Akteure und externe Fachleute zusammengeführt

werden, um Wissen, kreative Ideen und Konzepte unter dem Leitthema „Zukunft Bremen 2035“ in einem gemeinsamen Prozess einzubringen.

Aus der gemeinsamen Arbeit sind zahlreiche Anregungen, Ideen und Vorschläge zur Zukunft Bremens hervorgegangen. Hieraus hat die Zukunftskommission die Schlussfolgerungen und Prioritäten in acht Leitzielen zusammengefasst und zur Diskussion gestellt. Ideen und Vorschläge, die in Workshops und Arbeitsgruppen zusammengetragen wurden, bilden gleichzeitig die Grundlage für 13 Handlungsfelder, die sich mit der Bewertung der Ausgangslage, mit der Formulierung der wesentlichen Ziele sowie den vorgeschlagenen Maßnahmen für die nächsten Jahre bis 2035 befassen. Die Leitziele sind:

- **Attraktive, wachsende Städte**

Wo Menschen gerne leben

- **Bildung von Anfang an**

Für ein leistungsfähiges, chancengerechtes und inklusives Bildungswesen

- **Starke Wirtschaft, starkes Land**

Attraktiv für Arbeitskräfte und Unternehmen

- **Gute Arbeit für Bremen und Bremerhaven**

Beschäftigung sichern, Arbeitslosigkeit abbauen

- **„Green Cities“ des Nordens**

Klimapolitik beginnt vor Ort

- **Exzellente Wissenschaft**

Für Wirtschaft und Gesellschaft

- **Digitalisierung für Gesellschaft und Wirtschaft**

Unsere Städte – vernetzt, smart, sozial und ökologisch

- **Meine Straße, mein Stadtteil, meine Stadt**

Sozialer Zusammenhalt in lebendigen Quartieren

Jahresabschluss

Es wird unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Landes und der Stadtgemeinde Bremen vermittelt.

22,17 Mrd. Euro

nicht durch Eigenkapital gedeckter
Fehlbetrag per 31.12.2017

0,94 Mrd. Euro

Jahresfehlbetrag per 31.12.2017

Vermögensrechnung zum 31.12.2017

Aktiva

	31.12.2017 Euro	31.12.2016 Euro
A. ANLAGEVERMÖGEN	7.434.204.761,93	7.495.610.577,12
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.808.547.532,61	1.908.282.978,36
1. Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	1.804.968.267,68	1.904.581.718,48
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.579.264,93	3.701.259,88
II. Sachanlagen	64.785.579,30	61.372.204,62
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	102.545,45	109.013,89
2. Technische Anlagen und Maschinen, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	49.413.661,52	48.003.139,00
3. Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen und Anlagen im Bau	15.269.372,33	13.260.051,73
III. Finanzanlagen	5.560.871.650,02	5.525.955.394,14
1. Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	1.674.921.368,32	1.671.002.939,10
2. Beteiligungen	91.693.800,00	92.799.443,20
3. Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	2.244.357.397,48	2.247.330.972,70
5. sonstige Ausleihungen	1.549.899.084,22	1.514.822.039,14
B. UMLAUFVERMÖGEN	4.910.515.259,01	4.386.180.433,53
I. Vorräte	263.630,73	279.247,81
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.295.915.552,73	1.877.214.607,40
1. Forderungen aus Steuern	162.973.000,00	187.830.000,00
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	91.273.293,95	170.271.565,33
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Einrichtungen	546.305.416,38	494.579.935,64
4. Forderungen gegen Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	82.249.662,85	74.313.864,54
5. Forderungen aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen	106.595.384,86	100.000.000,00
6. Sonstige Vermögensgegenstände	1.306.518.794,69	850.219.241,89
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks	2.614.336.075,55	2.508.686.578,32
C. AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	64.525.744,45	58.911.776,51
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	22.165.073.569,56	21.246.047.895,97
BILANZSUMME	34.574.319.334,95	33.186.750.683,13

Passiva

	31.12.2017 Euro	31.12.2016 Euro
A. EIGENKAPITAL	0,00	0,00
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONEN	444.019.378,34	450.036.501,77
C. RÜCKSTELLUNGEN	10.961.998.526,67	10.122.383.369,57
I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	10.862.897.069,56	10.037.163.000,00
II. Sonstige Rückstellungen	99.084.857,11	85.121.499,57
III. Steuerrückstellungen	16.600,00	98.870,00
D. VERBINDLICHKEITEN	23.158.919.637,79	22.609.169.244,96
I. Anleihen und Obligationen	11.902.750.000,00	13.352.750.000,00
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.181.872.105,35	3.251.488.808,44
III. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	189.383,36	142.618,18
IV. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	229.285.039,81	180.865.984,13
V. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	11.604.830,01	8.646.062,19
VI. Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	475.166.905,28	351.644.696,19
VII. Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen	66.698.290,43	110.131.211,56
VIII. Sonstige Verbindlichkeiten	6.291.353.083,55	5.353.499.864,27
E. PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	9.381.792,15	5.161.566,83
BILANZSUMME	34.574.319.334,95	33.186.750.683,13

Erfolgsrechnung 2017

	2017 Euro	2016 Euro
1. Steuern und steuerähnliche Erträge	2.969.040.452,14	2.938.281.151,76
2. Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen	1.277.583.417,75	1.277.814.348,68
3. Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	699.338.784,43	580.747.520,52
4. Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse	182.599.104,21	194.000.933,87
a) Erträge aus Gebühren	115.263.872,30	122.904.752,77
b) Erträge aus Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgeldern und Zwangsgeldern	15.482.669,38	13.799.905,13
c) Umsatzerlöse	51.852.562,53	57.296.275,97
5. Sonstige Erträge	133.685.519,96	69.417.646,03
6. Summe Erträge	5.262.247.278,49	5.060.261.600,86
7. Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit	-431.944.710,20	-379.743.653,04
a) Aufwendungen für Material, Energie und bezogene Waren	-56.523.738,99	-54.649.324,47
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-375.420.971,21	-325.094.328,57
8. Personalaufwand	-2.195.573.987,91	-2.181.662.286,11
a) Entgelte	-279.597.050,06	-242.397.871,26
b) Bezüge	-535.492.372,60	-516.279.698,80
c) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-1.380.484.565,25	-1.422.984.716,05
9. Abschreibungen	-135.736.625,82	-133.909.944,19
10. Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	-2.715.177.017,94	-2.561.042.173,70
11. Sonstige Aufwendungen	-177.673.089,22	-185.343.464,22
a) Sonstige Personalaufwendungen	-22.388.671,94	-20.954.998,87
b) Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	-129.142.960,34	-133.274.469,65
c) Aufwendungen für die Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Reisen sowie Wertkorrekturen und Sonstiges	-26.141.456,94	-31.113.995,70
12. Summe Aufwendungen	-5.656.105.431,09	-5.441.701.521,26
13. Verwaltungsergebnis	-393.858.152,60	-381.439.920,40
14. Erträge aus Beteiligungen	11.620.569,62	1.036.606,63
15. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen	218.741.723,01	233.380.297,13
16. Zinsen und ähnliche Erträge	199.020.146,20	266.754.528,07

	2017 Euro	2016 Euro
17. Abschreibung auf Finanzanlagen	-26.453.784,36	-606.277.605,46
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-948.780.146,76	-992.859.086,62
19. Finanzergebnis	-545.851.492,29	-1.097.965.260,25
20. Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit	-939.709.644,89	-1.479.405.180,65
21. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
22. Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
23. Steuern	-25.555,77	-42.604,17
a) vom Einkommen und Ertrag	-16.600,00	-32.570,00
b) Sonstige	-8.955,77	-10.034,17
24. Jahresfehlbetrag	-939.735.200,66	-1.479.447.784,82

Anlagengitter

Alle Angaben in Euro	Anschaffungs- oder Herstellungskosten 01.01.2017	Kumulierte Absetzung für Abnutzung (AfA) 01.01.2017
Anlagevermögen (gesamt)	6.762.062.720,55	733.547.856,57
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.786.139.879,32	122.143.099,04
Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	1.782.632.418,52	121.949.299,96
Konzessionen, Rechte und Lizenzen	3.507.460,80	193.799,08
Sachanlagevermögen	56.245.052,55	5.127.152,07
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremdem Grund und Boden	102.545,46	6.468,43
Bauten	102.545,46	6.468,43
Technische Anlagen und Maschinen, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	42.882.455,36	5.120.683,64
Technische Anlagen und Maschinen	5.501.143,30	1.419.477,51
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	37.381.312,06	3.701.206,13
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	13.260.051,73	0,00
Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen	13.260.051,73	0,00
Finanzanlagen	4.919.677.788,68	606.277.605,46
Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	1.391.634.302,96	279.368.636,14
Beteiligungen	84.191.379,10	8.608.064,10
Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	1.929.975.787,78	317.355.184,92
Ausleihungen an Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	0,00	0,00
Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	1.513.876.318,84	945.720,30

	Buchwert 01.01.2017	Wertveränderungen 2017		Buchwert 31.12.2017
	A+/A- Anpassung der Werte aus der Eröffnungsbilanz U+/U- Umbuchungen	+ Zugänge - Abgänge U+/U- Umbuchungen	- Absetzungen für Abnutzung + Zuschreibungen	
	7.495.610.577,12	74.859.941,78 -3.138.707,74 -474.087,05	-159.034.289,38 26.381.327,20	7.434.204.761,93
		U		
	1.908.282.978,36	25.541.003,00 -149.525,20 0,00	-125.126.923,55 0,00	1.808.547.532,61
		U		
	1.904.581.718,48	23.796.077,35 0,00 0,00	-123.409.528,15 0,00	1.804.968.267,68
		U		
	3.701.259,88	1.744.925,65 -149.525,20 0,00	-1.717.395,40 0,00	3.579.264,93
		U		
	61.372.204,62	14.135.775,74 -2.794.732,54 0,00	-7.927.668,52 0,00	64.785.579,30
		U		
	109.013,89	0,00 0,00 0,00	-6.468,44 0,00	102.545,45
		U		
	109.013,89	0,00 0,00 0,00	-6.468,44 0,00	102.545,45
		U		
	48.003.139,00	11.431.493,77 -1.306.513,72 694.961,37	-9.409.418,90 0,00	49.413.661,52
		U		
	6.920.620,81	693.651,35 -153.568,89 115.000,00	-1.452.738,88 0,00	6.122.964,39
		U		
	41.082.518,19	10.737.842,42 -1.152.944,83 579.961,37	-7.956.680,02 0,00	43.290.697,13
		U		
	13.260.051,73	2.704.281,97 -1.488.218,82 -694.961,37	1.488.218,82 0,00	15.269.372,33
		U		
	13.260.051,73	2.704.281,97 -1.488.218,82 -694.961,37	1.488.218,82 0,00	15.269.372,33
		U		
	5.525.955.394,14	35.183.163,04 -194.450,00 -474.087,05	-25.979.697,31 26.381.327,20	5.560.871.650,02
		U		
	1.671.002.939,10	640.000,00 0,00 -47.439,48	-11.795.885,22 15.121.753,92	1.674.921.368,32
		U		
	92.799.443,20	8.250,00 0,00 -1.052.897,67	-61.739,56 744,03	91.693.800,00
		U		
	2.247.330.972,70	0,00 0,00 0,00	-14.109.780,15 11.136.204,93	2.244.357.397,48
		U		
	0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00
		U		
	1.514.822.039,14	34.534.913,04 -194.450,00 626.250,10	-12.292,38 122.624,32	1.549.899.084,22
		U		

Anhang

Die Entwicklungen der Vermögens- und Schuldenbestände des Landes und der Stadtgemeinde Bremen sowie die Erträge und Aufwendungen im Geschäftsjahr.

5,56 Mrd. Euro

Finanzanlagevermögen
per 31.12.2017

10,86 Mrd. Euro

Rückstellungen für Pensionen
und ähnliche Verpflichtungen
per 31.12.2017

Allgemeine Angaben

Mit Inkrafttreten des Haushaltsgrundsätzemodernisierungsgesetzes wurden auch Vorgaben für die staatliche Doppik verabschiedet. Diese Standards geben seit dem 01.01.2010 u.a. verbindliche Regeln für die Bilanzierung und Bewertung eines doppischen Rechnungswesens auf der Bundes- und der Länderebene vor, um eine Vergleichbarkeit der öffentlichen Haushalte weiterhin zu gewährleisten.

Für den Jahresabschluss der Freien Hansestadt Bremen wurden, wie bereits bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz, grundsätzlich die Standards staatlicher Doppik angewandt. Bei einzelnen Posten der Vermögens- und Erfolgsrechnung wurde jedoch noch von den Standards abgewichen. Sofern dies erfolgte, wird dies direkt in der jeweiligen Position im Anhang erläutert.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurden alle Daten bzw. Sachverhalte zum 31.12.2017 berücksichtigt, die bis zum 31.05.2018 vorlagen bzw. bekannt wurden.

INFO:
Freie Hansestadt
Bremen steht fortan
für das Land und
die Stadtgemeinde
Bremen



Bremer Überseestadt

Erläuterungen zur Vermögensrechnung

» Aktiva

A. ANLAGEVERMÖGEN

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

Als immaterielle Vermögensgegenstände werden geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse, entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte, ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten bezeichnet.

1. Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse **Euro 1.804.968.267,68**
(31. 12. 2016: Euro 1.904.581.718,48)

In diesem Posten werden Geldleistungen ausgewiesen, für die folgende Voraussetzungen kumulativ erfüllt sein müssen:

Es handelt sich um Geldleistungen

- » der Kernverwaltung an Dritte außerhalb der staatlichen Verwaltung und an Einrichtungen, die nicht Bestandteil der Kernverwaltung sind,
- » zu investiven Zwecken, d.h., aus den Zuweisungen bzw. Zuschüssen wird durch den Empfänger aktivierungsfähiges Anlagevermögen geschaffen,
- » zur Erfüllung von Aufgaben, an denen der Staat ein erhebliches Interesse hat, z. B. zur Förderung eines bestimmten wirtschafts-, sozial- oder gesellschaftspolitisch erwünschten Zwecks,
- » aus deren Gewährung eine mehrjährige Gegenleistungsverpflichtung des Dritten erwächst, verbunden mit einem Rückerstattungsanspruch im Falle der Nichterfüllung.

Bei den bilanzierungsfähigen Investitionszuweisungen und -zuschüssen handelt es sich demnach um Rechte der öffentlichen Gebietskörperschaft auf eine mehrjährige Gegenleistung. Es wird die durch den Empfänger eingegangene Gegenleistungsverpflichtung aktiviert. Zuweisungen und Zuschüsse können nur dann aktiviert werden, wenn die Gegenleistungsverpflichtung hinreichend präzise und durchsetzbar in einem Förderbescheid verankert ist.

Aufgrund der Anmerkungen des Rechnungshofes werden bis zur vollständigen Anbindung der Investitionsdatenbank (Zebra) geleistete Investitionszuwendungen und -zuschüsse nur insoweit bei den immateriellen Vermögensgegenständen aktiviert, wie hierfür entsprechende Sonderposten für empfangene Zuwendungen und Zuschüsse passiviert wurden.

	Stand 31. 12. 2017 Euro	Stand 31. 12. 2016 Euro
Stand 31. 12. des Vorjahres	1.904.581.718,48	1.977.315.686,50
+ Zugänge	23.796.077,35	49.215.331,94
– Abschreibungen	–123.409.528,15	–121.949.299,96
Stand 31. 12. des Jahres	1.804.968.267,68	1.904.581.718,48

2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

Euro 3.579.264,93

(31.12.2016: Euro 3.701.259,88)

Voraussetzung für die Aktivierung in diesem Posten ist, dass die immateriellen Anlagegüter

- » Konzessionen (z. B. öffentlich-rechtliche Genehmigungen),
 - » gewerbliche Schutzrechte (z. B. Patente),
 - » ähnliche Rechte und Werte (z. B. Nutzungsrechte) oder
 - » Lizenzen an solchen Rechten und Werten (z. B. an EDV-Programmen)
- entgeltlich von Dritten erworben wurden.

	Stand 31.12.2017 Euro	Stand 31.12.2016 Euro
Stand 31.12. des Vorjahres	3.701.259,88	3.475.045,20
+ Zugänge	1.744.925,65	1.910.401,64
– Abgänge	–149.525,20	–1.490.387,88
– Abschreibungen	–1.717.395,40	–193.799,08
Stand 31.12. des Jahres	3.579.264,93	3.701.259,88

Bei den ausgewiesenen Werten handelt es sich überwiegend um von der Freien Hansestadt Bremen erworbene Software bzw. Nutzungsrechte.

II. Sachanlagen

Sachanlagen sind materielle Vermögensgegenstände, die dem öffentlichen Bereich längerfristig zur Verfügung stehen sollen.

Von Dritten erhaltene Zuschüsse zu Gegenständen des Sachanlagevermögens werden auf der Passivseite in den Sonderposten für Investitionen (vgl. S. 69) eingestellt.

1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken

Euro 102.545,45

(31.12.2016: Euro 109.013,89)

In diesem Posten wird das unbewegliche Sachanlagevermögen, insbesondere das Grund- und Immobilienvermögen ausgewiesen. Dabei werden die Grundstücke und die Bauten gesondert ausgewiesen.

	Stand 31. 12. 2017 Euro	Stand 31. 12. 2016 Euro
Stand 31.12. des Vorjahres	109.013,89	115.482,32
+ Zugänge	0,00	0,00
- Abgänge	0,00	0,00
- Abschreibungen	-6.468,44	-6.468,43
Stand 31. 12. des Jahres	102.545,45	109.013,89

Im Rahmen der Übertragung von bisher durch die Freie Hansestadt Bremen wahrgenommenen Aufgaben wurden diese zusammen mit den zur Aufgabenwahrnehmung notwendigen Sachanlagen, im Wesentlichen Grundstücke und Bauten, an Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO (Eigenbetriebe und sonstige Sondervermögen ohne eigene Rechtspersönlichkeit) übertragen.

In der Vermögensrechnung der Freien Hansestadt Bremen sind diese übertragenen Wirtschaftsgüter nicht als Bestand in diesem Posten auszuweisen, da die übertragenen Grundstücke und Bauten als Sachanlagevermögen in den Bilanzen der Sondervermögen darzustellen sind. Die Übertragung der Sachanlagen auf die Sondervermögen ist in deren Bilanzen als Zuführung zum Kapital des Sondervermögens durch den „Gesellschafter“ Freie Hansestadt Bremen dargestellt. Der Anteil der Freien Hansestadt Bremen am Eigenkapital der Sondervermögen wird daher in dem Posten „Finanzanlagen“ ausgewiesen.

In diesem Posten werden die bei der Freien Hansestadt Bremen verbliebenen Gebäude mit den Restwerten ausgewiesen, die im Rahmen einer körperlichen Bestandsaufnahme anhand von Anlagenbestandslisten überprüft wurden. Zu den wenigen Gebäuden, die als Ausnahmen nicht an Sondervermögen übertragen wurden, zählt u. a. eine Zwingeranlage bei der Polizei Bremen.

2. Technische Anlagen und Maschinen, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

Euro 49.413.661,52
(31. 12. 2016: Euro 48.003.139,00)

Zu den technischen Anlagen und Maschinen zählen neben Anlagen und Maschinen, die der Produktion dienen, auch Energieversorgungsanlagen und Anlagen zur Wärme- bzw. Kältesteuerung.

Betriebsvorrichtungen, die nicht mit einem Gebäude in einem einheitlichen Nutzungs- und Funktionszusammenhang stehen (z. B. Aufzüge, Beleuchtungsanlagen und Klimaanlage), sind ebenfalls in diesem Posten auszuweisen.

Zu anderen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung zählen alle Einrichtungsgegenstände von Büros und Werkstätten einschließlich der erforderlichen Werkzeuge sowie Arbeitsgeräte, Kraftwagen und Fahrzeuge aller Art (neben den marktgängigen Fahrzeugen gehören hierzu auch Spezialfahrzeuge), Nutztiere (z. B. Polizeihunde) und Nutzpflanzen. Auch Gebäudebestandteile werden hier ausgewiesen, die nicht zu den Bauten oder technischen Anlagen und Maschinen zählen. Dabei handelt es sich insbesondere um Scheinbestandteile, d. h. Gegenstände, die nur zu einem vorübergehenden Zweck in ein Gebäude eingefügt werden.

	Stand 31.12.2016 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	– Abschreibungen +/- Umbuchungen Euro	Stand 31.12.2017 Euro
Technische Anlagen und Maschinen, Betriebsvorrichtungen	6.920.620,81	693.651,35 –153.568,89	–1.452.738,88 115.000,00	6.122.964,39
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung				
» Hardware	4.809.811,29	3.322.908,64 –359.412,33	–2.207.932,12 59.243,65	5.624.619,13
» Büroeinrichtungen	10.269.438,36	2.222.741,78 –10.054,36	–1.154.496,45	11.327.629,33
» Labor- und Werkstatt- einrichtungen	2.905.076,33	644.213,40 –38.560,59	–374.845,01 214.200,00	3.350.084,13
» Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	5.357.021,76	1.980.640,38 –16.809,49	–1.064.484,69	6.256.367,96
» Fuhrpark	15.618.188,83	2.542.515,88 –82.424,10	–2.424.972,00 365.761,37	16.019.069,98
» Übrige Anlagen	2.122.981,62	24.822,34 –645.683,96	–729.949,75 –59.243,65	712.926,60
	48.003.139,00	11.431.493,77 –1.306.513,72	–9.409.418,90 694.961,37	49.413.661,52

3. Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen und Anlagen im Bau **Euro 15.269.372,33** (31.12.2016: Euro 13.260.051,73)

Als geleistete Anzahlungen sind Anzahlungen auf noch nicht gelieferte oder erstellte Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens mit den tatsächlich geleisteten Beträgen (Nennwert) auszuweisen.

Anlagen im Bau bilden den Wert noch nicht fertiggestellter Sachanlagen mit den gesamten Aufwendungen (Fremd- und Eigenleistungen) für die Herstellung ab. Nach der Fertigstellung sind die Anlagen im Bau in die entsprechenden Posten des Sachanlagevermögens umzugliedern und planmäßig abzuschreiben.

	Stand 31.12.2017 Euro	Stand 31.12.2016 Euro
Geleistete Anzahlungen	15.269.372,33	13.260.051,73

III. Finanzanlagen

Finanzanlagen umfassen insbesondere Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen, Beteiligungen, Ausleihungen, Wertpapiere und Sondervermögen, die längerfristig, d. h. mehr als ein Jahr, im Vermögen verbleiben. Einheiten, auf die die Gebietskörperschaft einen beherrschenden oder maßgeblichen Einfluss ausübt, werden im Einzelabschluss in dem Posten „Finanzanlagen“ als Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen oder Beteiligungen ausgewiesen. Bis 2015 wurden sie mit den Anschaffungskosten für den Anteil der Freien Hansestadt Bremen (FHB) am Eigenkapital der Unternehmen und Einrichtungen bewertet und ausgewiesen.

Im Jahresabschluss 2016 erfolgte die Bewertung der Finanzanlagen erstmals unter Anwendung der sogenannten Eigenkapitalspiegelbildmethode. Damit weicht Bremen von den Vorschriften der Standards staatlicher Doppik ab. Die bremischen Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen sowie Beteiligungen, Sondervermögen und Ausleihungen sind auch im Jahresabschluss 2017 wieder zu Anschaffungskosten angesetzt. Eine außerplanmäßige Abschreibung wurde vorgenommen, wenn das anteilig von der FHB gehaltene bilanzielle Eigenkapital am Abschlussstichtag unterhalb des Buchwertes lag. Lag das anteilige Eigenkapital oberhalb des Buchwertes, erfolgte eine Zuschreibung bis maximal zur Höhe der ursprünglichen Anschaffungskosten. Die Anwendung der sogenannten Eigenkapitalspiegelbildmethode vereinheitlicht den Ausweis der Finanzanlagen im doppelischen Jahresabschluss und in den Haushaltsrechnungen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen.

1. Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	Euro 1.674.921.368,32
	(31. 12. 2016: Euro 1.670.955.499,62)

Als verbunden gelten die Unternehmen und Einrichtungen, über die die Freie Hansestadt Bremen einen beherrschenden Einfluss ausübt bzw. ausüben könnte. Dazu gehören alle Unternehmen und Einrichtungen, an denen diese einen Anteil von mehr als 50% am Eigenkapital des Unternehmens bzw. der Einrichtung hält. Als staatliche Besonderheit werden Eigenbetriebe, Sondervermögen mit eigenverantwortlicher Betriebsleitung und Stiftungen öffentlichen Rechts, auf die ein beherrschender Einfluss besteht, ebenfalls in diesem Posten ausgewiesen.

Entwicklung Berichtsjahr 2017

	Stand 31.12.2016	Z A U	+ Zugänge – Abgänge +/- Umgliederungen	– Abschreibungen + Zuschreibungen	Stand 31.12.2017
	Euro		Euro	Euro	Euro
Abfalllogistik Bremen GmbH	0,00	Z	25.000,00		25.000,00
Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH	47.439,48				47.439,48
botanika GmbH	4.491.386,53	Z	590.000,00	–1.741.835,86	3.339.550,67
Bremenports Beteiligungs GmbH	24.989,00				24.989,00
Bremer Bäder GmbH	2.313.432,78				2.313.432,78
Bremer Lagerhaus Gesellschaft AG von 1877	7.917.745,42				7.917.745,42
Bremer Lagerhaus Logistics Group AG & Co. KG	255.575.350,40				255.575.350,40
Bremer Philharmoniker GmbH	121.647,23				121.647,23
Bremer Toto und Lotto GmbH	1.437.523,90				1.437.523,90
Bremer Verkehrs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	505.599.084,79			–269.281,05	505.329.803,74
Facility Management Bremen GmbH	135.529,47				135.529,47
Fähren Bremen-Stedingen GmbH	2.309.549,16				2.309.549,16
Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH	333.005,30				333.005,30
Flughafen Bremen GmbH	83.115.785,05			–3.343.336,80	79.772.448,25
Gesundheit Nord gGmbH	125.233.176,02				125.233.176,02
Governikus Bremen GmbH	21.989,49				21.989,49
Großmarkt Bremen GmbH	9.632.385,12				9.632.385,12
Grundstücksentwicklungsgesellschaft Klinikum Bremen-Mitte Beteiligungen mbH	25.130,18				25.130,18
Hanseatische Naturentwicklung GmbH	195.584,50				195.584,50
Hanseatische Wohnungs-Beteiligungs-Gesellschaft mbH	17.551.193,85			3.384.725,26	20.935.919,11
Hochschule Bremen	71.141.559,43				71.141.559,43
Hochschule Bremerhaven	27.517.044,34				27.517.044,34
Hochschule für Künste	29.564.051,31			239.986,18	29.804.037,49
Immobilien Bremen, Anstalt öffentlichen Rechts	1.193.641,98				1.193.641,98

	Stand 31.12.2016	Z A U	+ Zugänge – Abgänge +/- Umgliederungen	– Abschreibungen + Zuschreibungen	Stand 31.12.2017
	Euro		Euro	Euro	Euro
KiTa Bremen	1.497.080,09				1.497.080,09
Musikschule Bremen	420.387,15				420.387,15
Performa Nord (Eigenbetrieb)	5.631.348,23				5.631.348,23
Performa Nord GmbH	81.254,19				81.254,19
Staats- und Universitäts- bibliothek	896.312,69			2.078.456,37	2.974.769,06
Stadtbibliothek Bremen	234.247,59			–71.545,42	162.702,17
Straßenreinigung Bremen GmbH	0,00	Z	25.000,00		25.000,00
Übersee-Museum	5.238.532,68			–5.238.532,68	0,00
Umweltbetrieb Bremen	144.862.863,07			4.138.720,31	149.001.583,38
Universität Bremen	196.230.907,17			5.279.865,80	201.510.772,97
Universum Management- gesellschaft mbH	1.523.554,48				1.523.554,48
Werkstatt Bremen	50.236.397,40			–395.263,17	49.841.134,23
Werkstatt Nord gGmbH	333.884,94				333.884,94
Wirtschaftsförderung Bremen GmbH	118.270.505,21			–736.090,24	117.534.414,97
	1.670.955.499,62		640.000,00	3.325.868,70	1.674.921.368,32

Die Bremer Verkehrsgesellschaft wurde umbenannt in Bremer Verkehrs- und Beteiligungsgesellschaft mbH. Bei der Botanika wurde eine Gesellschaftereinlage der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) als Eigenkapitalerhöhung erfasst. Die Abfalllogistik Bremen GmbH sowie die Straßenreinigung Bremen GmbH wurden zum 13.02.2017 gegründet. Sonstige Abschreibungen sowie die Zuschreibungen basieren auf der Anwendung der Eigenkapitalspiegelbildmethode.

Die Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen werden, da sie nicht durch eine eigenverantwortliche Betriebsleitung vertreten werden, in dem Posten Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung ausgewiesen.

2. Beteiligungen

Euro 91.693.800,00

(31.12.2016: Euro 92.846.882,68)

Als Beteiligung gelten in der Regel Anteile der Freien Hansestadt Bremen an Unternehmen und Einrichtungen, die insgesamt 20%, aber nicht 50% des Eigenkapitals des Unternehmens oder der Einrichtung überschreiten. Anteile an Personengesellschaften (z. B. KG, OHG) werden unabhängig vom prozentualen Anteil am Eigenkapital grundsätzlich in diesem Posten ausgewiesen.

Entwicklung Berichtsjahr 2017

	Stand 31.12.2016	Z A U	+ Zugänge – Abgänge +/- Umbuchung	– Abschreibungen + Zuschreibungen	Stand 31.12.2017
	Euro		Euro	Euro	Euro
Abfalllogistik Bremen Holding GmbH & Co. KG	0,00	Z	1.000,00		1.000,00
Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH	47.439,48				47.439,48
bremenports GmbH & Co. KG	250.000,00				250.000,00
Bremer Theater Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG	412.321,11				412.321,11
Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS)	494.580,29	A	-494.580,29		0,00
Columbus Cruise Center Bremerhaven GmbH	393.954,81				393.954,81
Gesundheit Nord Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG	45.175.861,87				45.175.861,87
Governikus GmbH und Co. KG	1.693.474,60				1.693.474,60
hanseWasser Bremen GmbH	12.995.384,35				12.995.384,35
JadeWeserPort Realisierungsgesellschaft mbH & Co. KG	31.213.567,54			-534.841,14	30.678.726,40
JadeWeserPort Realisierungs-Beteiligungsgesellschaft mbH	27.982,89			744,03	28.726,92
Länderzentrum für Niederdeutsch gGmbH, Bremen	0,00	Z	6.250,00		6.250,00
nordmedia – Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH	131.669,81	A	-131.669,81		0,00
Straßenreinigung Bremen Holding GmbH & Co. KG	0,00	Z	1.000,00		1.000,00
ZOB Zentral Omnibus Bahnhof GmbH	10.645,93			-985,47	9.660,46
	92.846.882,68		-618.000,10	-535.082,58	91.693.800,00

Mit Wirkung zum 06.12.2017 wurde von den Bundesländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, der Freien und Hansestadt Hamburg sowie der Freien Hansestadt Bremen das Länderzentrum für Niederdeutsch gegründet. Bremen ist mit einem Anteil von 25% an dem Länderzentrum beteiligt. Die nordmedia – Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH wird aufgrund eines geringeren Anteils am Eigenkapital von unter 20% im Geschäftsjahr 2017 erstmals unter dem Posten sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen) ausgewiesen. Gleiches gilt für die Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS). Die Abfalllogistik Bremen Holding GmbH & Co. KG sowie die Straßenreinigung Bremen Holding GmbH & Co. KG wurden zum 13.02.2017 gegründet.

Die Abschreibungen sowie die Zuschreibungen basieren ausschließlich auf der Anwendung der Eigenkapitalspiegelbildmethode.

3. Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung

Euro 2.244.357.397,48

(31.12.2016: Euro 2.247.330.972,70)

In diesem Posten wird der Anteil der Freien Hansestadt Bremen am Eigenkapital der Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung ausgewiesen.

Entwicklung Berichtsjahr 2017

	Stand 31.12.2016 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	– Abschreibungen + Zuschreibungen Euro	Stand 31.12.2017 Euro
SV Fischereihafen	45.885.375,07		–1.492.934,02	44.392.441,05
SV Gewerbeflächen	207.888.939,95		–4.145.974,93	203.742.965,02
SV Hafen	271.039.885,68		–2.849.297,79	268.190.587,89
SV Immobilien und Technik	482.324.928,75		–5.621.573,41	476.703.355,34
SV Infrastruktur	1.187.653.484,76		11.136.204,93	1.198.789.689,69
SV Kommunale Abfallentsorgung	1.100.286,62			1.100.286,62
SV Überseestadt	51.438.071,87			51.438.071,87
SV Versorgungsrücklage	0,00			0,00
	2.247.330.972,70	0,00	–2.973.575,22	2.244.357.397,48

Das Sondervermögen Versorgungsrücklage wurde zum 01.01.2017 auf die Doppik umgestellt und wird nun erstmalig im doppischen Jahresabschluss erfasst.

Die Abschreibungen und Zuschreibungen resultieren aus der Anwendung der Eigenkapitalspiegelbildmethode.

5. Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)

Euro 1.549.699.084,22

(31.12.2016: Euro 1.514.822.039,14)

Unter diesen Posten fallen alle restlichen Finanzanlagen des Anlagevermögens mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr. Dazu gehören z. B. in Darlehensform gewährte Zuwendungen und Kapitalanteile an Unternehmen und Einrichtungen, die nicht in den vorhergehenden Posten auszuweisen sind. Die aus den Ausleihungen resultierenden Zinsansprüche sind nicht in dieser Position, sondern als Forderungen im Umlaufvermögen auszuweisen.

Entwicklung Berichtsjahr 2017

	Stand Z 31.12.2016 A	+ Zugänge – Abgänge +/- Umgliederungen	– Abschreibungen + Zuschreibungen	Stand 31.12.2017
	Euro	Euro	Euro	Euro
Sonstige Anteilsrechte				
Aareal Bank AG	194.450,00 A	-194.450,00		0,00
Alfred-Wegener-Institut Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung	0,00			0,00
Bremer Energie-Konsens GmbH	82.509,12		-12.292,38	70.216,74
Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS)	0,00 U	494.580,29	16.930,06	511.510,35
BREPARK GmbH	459.609,36			459.609,36
Dataport, rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts	1.703.043,39		102.044,92	1.805.088,31
DEGES Berlin	6.858,42			6.858,42
DZHW – Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschafts- forschung GmbH	8.964,16		3.649,34	12.613,50
ekz.bibliotheksservice GmbH	177.755,38			177.755,38
FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gGmbH	54.576,18			54.576,18
HIS Hochschul- Informations-System eG	5.000,00			5.000,00
InphA GmbH – Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik	243.147,26			243.147,26
Kreditanstalt für Wiederaufbau	43.299.300,00			43.299.300,00
Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutsch- land GmbH, Bonn	85.735,45			85.735,45
LEA Gesellschaft für Landes- eisenbahnaufsicht mbH	2.732,69			2.732,69
Münchener Hypothekenbank eG	140,00			140,00
nordmedia – Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH	0,00 U	131.669,81		131.669,81
	46.323.821,41	431.800,10	110.331,94	46.865.953,45

	Stand 31.12.2016	Z A U	+ Zugänge – Abgänge +/- Umgliederungen	– Abschreibungen + Zuschreibungen	Stand 31.12.2017
	Euro		Euro	Euro	Euro
Übrige sonstige Ausleihungen					
an Gemeinden/ Gemeindeverbände	603.837.875,00		75.719.750,00		679.557.625,00
an Zweckverbände	22.100,00		0,00		22.100,00
an sonst. öffentl. Sonderrechnungen	864.638.242,73		-41.384.836,96		823.253.405,77
» SV Bremer Kapitaldienstfonds	24.935.785,81		-8.270.981,06		16.664.804,75
» SV Entsorgungsbetriebe Bremerhaven	46.300.000,00		-1.370.000,00 8.000.000,00		52.930.000,00
» SV Hafen	657.862.520,51		-27.068.922,14		630.793.598,37
» SV Immobilien und Technik	135.539.936,41		-12.674.933,76		122.865.002,65
	1.468.498.217,73		34.334.913,04	0,00	1.502.833.130,77
	1.514.822.039,14		34.766.713,14	110.331,94	1.549.699.084,22

Die gesamten bremischen Anteile der FHB an der Aareal Bank AG wurden im Dezember 2017 veräußert.

Die nordmedia – Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH wird im Geschäftsjahr 2017 aufgrund einer Verringerung des Eigenkapitalanteils nicht mehr unter dem Posten Beteiligungen, sondern unter dem Posten sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen) ausgewiesen. Die Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS) wird nun ebenfalls unter diesem Punkt aufgeführt, nicht mehr unter Beteiligungen.

Alle weiteren Abschreibungen sowie die Zuschreibungen basieren auf der Anwendung der Eigenkapitalspiegelbildmethode.

B. UMLAUFVERMÖGEN

I. Vorräte

Vorräte **Euro 263.630,73**
(31.12.2016: Euro 279.247,81)

Als Vorräte werden alle auf Lager, in Arbeit oder unterwegs befindlichen Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens ausgewiesen, die für die Leistungserstellung notwendig, aber noch nicht verbraucht sind oder die als Erzeugnis bzw. Leistung zum Verkauf bestimmt sind. Sogenanntes Verbrauchsmaterial wie z. B. Büromaterial wird nicht als Vorratsvermögen ausgewiesen, da bei diesen Materialien ein sofortiger Verbrauch unterstellt wird.

	Stand 31.12.2017 Euro	Stand 31.12.2016 Euro
Materialbestand Polizei	67.196,94	59.602,41
Betriebshof Amt für Straßen und Verkehr	196.433,79	219.645,40
	263.630,73	279.247,81

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen werden grundsätzlich mit den Anschaffungskosten, d.h. mit dem Nennwert, angesetzt.

1. Forderungen aus Steuern **Euro 162.973.000,00**
(31.12.2016: Euro 187.830.000,00)

Die Gebietskörperschaft, die die Verwaltungshoheit über die Steuern besitzt, weist die Forderungen aus Steuern zum Bilanzstichtag in voller Höhe aus. Forderungen aus steuerlichen Nebenleistungen sind ebenfalls anzusetzen. Bei den Stadtstaaten werden zudem Forderungen aus den örtlichen Gemeindesteuern und -steueranteilen ausgewiesen.

Die Bilanzierung von Forderungen aus Steuern erfolgt, soweit die nach § 38 Abgabenordnung entstandenen Steueransprüche am Bilanzstichtag hinreichend konkretisiert sind.

	Stand 31.12.2017 Euro	Stand 31.12.2016 Euro
Lohnsteuer	3.973.000,00	4.305.000,00
Veranlagte Einkommensteuer	33.406.000,00	33.458.000,00
Körperschaftsteuer	20.819.000,00	16.739.000,00
Umsatzsteuer	63.591.000,00	91.317.000,00
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	686.000,00	695.000,00
Grunderwerbsteuer	3.043.000,00	1.860.000,00
Erbschaftsteuer	23.316.000,00	19.429.000,00
Übrige Besitz- und Verkehrsteuern	155.000,00	226.000,00
Solidaritätszuschlag	3.267.000,00	3.021.000,00
Grundsteuer	1.326.000,00	1.134.000,00
Deichbeitrag	14.000,00	10.000,00
Gewerbesteuer	9.108.000,00	15.486.000,00
Landwirtschaftskammerbeitrag	3.000,00	3.000,00
Vergnügungsteuer	223.000,00	98.000,00
Zweitwohnungsteuer	14.000,00	15.000,00
Hundesteuer	29.000,00	34.000,00
	162.973.000,00	187.830.000,00

2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen **Euro 91.273.293,95**
(31.12.2016: Euro 170.271.565,33)

Ausgewiesen werden Forderungen, denen eine Lieferung oder eine Leistung zugrunde liegt und die nicht in den nachfolgenden Posten auszuweisen sind.

	Stand 31.12.2017 Euro	Stand 31.12.2016 Euro
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	194.637.492,39	280.714.532,72
abzgl. Forderungen innerhalb der Kernverwaltung (Innenumsätze)	-79.170.162,13	-86.536.425,40
	115.467.330,26	194.178.107,32
abzgl. Pauschalwertberichtigung	-24.194.036,31	-23.906.541,99
	91.273.293,95	170.271.565,33

In dem Gesamtbetrag der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind auch die Forderungen innerhalb der Kernverwaltung (sogenannte Innenumsätze) enthalten. In der vorstehenden Aufstellung ist dieser Betrag in dem Gesamtbetrag der Forderungen enthalten und wird vor Ermittlung der Pauschalwertberichtigung von den Forderungen abgesetzt.

Für die korrigierten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurde eine Pauschalwertberichtigung ermittelt. Die Forderungen wurden nach dem Jahr der Entstehung gerastert und die jeweilige Werthaltigkeit durch entsprechend gestaffelte Abschläge auf den Nominalwert der Forderung ermittelt. Zur Berücksichtigung der unterschiedlichen Ausfallrisiken der Freien Hansestadt Bremen wurde ein möglichst realitätsnaher Abschlag ermittelt.

Sofern in Einzelfällen eine vom Pauschalwert abweichende geringere Werthaltigkeit unterstellt wurde, ist diese in die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung eingeflossen.

3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Einrichtungen

Euro 546.305.416,38

(31. 12. 2016: Euro 494.579.935,64)

In diesem Posten werden unabhängig vom Forderungsgrund (Lieferungen und Leistungen, Darlehen und sonstige) grundsätzlich alle kurzfristigen Forderungen an verbundene Unternehmen und Einrichtungen ausgewiesen.

Entwicklung Berichtsjahr 2017

	Stand 31. 12. 2017 Euro	Stand 31. 12. 2016 Euro
Sonstige Forderungen an:		
» Stiftungen öffentlichen Rechts	347.797,58	434.298,37
» Anstalten öffentlichen Rechts	453.553.229,68	443.371.627,92
» Eigenbetriebe	474.604,33	1.180.593,55
» Gesellschaften	44.410.598,05	2.254.533,67
» Sonderhaushalte	47.519.186,74	47.338.882,13
	546.305.416,38	494.579.935,64

Bei den sonstigen Forderungen handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen aus den sogenannten Bankverrechnungskonten, auf denen der durch die Landeshauptkasse wahrgenommene Zahlungsverkehr für die verbundenen Unternehmen und Einrichtungen erfasst wird.

4. Forderungen gegen Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung

Euro 82.249.662,85

(31. 12. 2016: Euro 74.313.864,54)

In diesem Posten werden unabhängig vom Forderungsgrund (Lieferungen und Leistungen, Darlehen und sonstige) grundsätzlich alle kurzfristigen Forderungen an Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung ausgewiesen.

	Stand 31.12.2017 Euro	Stand 31.12.2016 Euro
Sonstige Forderungen an:		
» SV Immobilien und Technik	82.249.662,85	74.313.864,54
	82.249.662,85	74.313.864,54

Bei den sonstigen Forderungen handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen aus den sogenannten Bankverrechnungskonten, auf denen der durch die Landeshauptkasse wahrgenommene Zahlungsverkehr für die Sondervermögen erfasst wird.

5. Forderungen aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen

Euro 106.595.384,86
(31.12.2016: Euro 100.000.000,00)

In diesem Posten werden Forderungen aus der Steuerverteilung (Steuererlegung und Beträge, die der Freien Hansestadt Bremen aufgrund ihrer Ertragshoheit zustehen) und Forderungen aus Finanzausgleichsbeziehungen (Länderfinanzausgleich und Finanzausgleich zwischen Ländern und ihren Kommunen) ausgewiesen.

	Stand 31.12.2017 Euro	Stand 31.12.2016 Euro
Steuerverteilung	6.595.384,86	0,00
Finanzausgleichsbeziehungen:		
» Konsolidierungshilfe lfd. Jahr	100.000.000,00	100.000.000,00
	106.595.384,86	100.000.000,00

Für das Jahr 2017 hat Bremen einen Anspruch auf Konsolidierungshilfen in Höhe von 300 Mio. Euro. Davon werden 200 Mio. Euro im laufenden Jahr gezahlt und die verbleibenden 100 Mio. Euro erst im Folgejahr. Im doppelten Jahresabschluss 2017 werden die 300 Mio. Euro in der Erfolgsrechnung als Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen ausgewiesen. In der Vermögensrechnung werden die 200 Mio. Euro gezahlten Hilfen als Zugang auf dem entsprechenden Bankkonto berücksichtigt. Die restlichen 100 Mio. Euro stellen somit eine Forderung dar, die an dieser Stelle auszuweisen ist.

6. Sonstige Vermögensgegenstände

Euro 1.306.518.794,69
(31.12.2016: Euro 850.219.241,89)

Ausgewiesen werden alle übrigen kurzfristigen sonstigen Forderungen gegenüber Dritten, die nicht in den vorhergehenden Posten auszuweisen sind. Dazu gehören u.a. Forderungen gegenüber Finanzbehörden aus eigenen Steuerschuldverhältnissen, Forderungen im Rahmen der sozialen Sicherheit und gegenüber Mitarbeitern, Darlehensforderungen sowie alle übrigen sonstigen Vermögensgegenstände.

Entwicklung Berichtsjahr 2017

	Stand 31. 12. 2017 Euro	Stand 31. 12. 2016 Euro

Darlehensforderungen:		
» Gegen den öffentlichen Bereich	35.950.180,93	36.349.526,02
» Gegen den übrigen Bereich	757.521.347,38	763.588.543,95

Übrige sonstige Vermögensgegenstände:		
» Geldtransit- und Verrechnungskonten	476.694.947,50	0,00
» Debitorische Kreditoren	30.407.136,00	37.286.464,47
» Übrige sonstige Vermögensgegenstände	5.945.182,88	12.994.707,45
	1.306.518.794,69	850.219.241,89

III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks

Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks	Euro 2.614.336.075,55
	(31. 12. 2016: Euro 2.508.686.578,32)

In diesem Posten werden das in den Haupt- und Nebenkassen befindliche Bargeld, Guthaben bei der Bundesbank und bei in- und ausländischen Kreditinstituten sowie Schecks, die noch nicht bei den Kreditinstituten zur Gutschrift eingereicht wurden, ausgewiesen.

	Stand 31. 12. 2017 Euro	Stand 31. 12. 2016 Euro
Kassenbestand	158.742,68	157.728,92

Guthaben bei Kreditinstituten:		
» Bremer Landesbank	60.365.221,70	31.702.836,66
» Postbank	100.463,76	350.253,70
» Sparkassen	874.709,58	908.328,44
» Kassenkredite Besicherung	2.552.836.901,73	2.475.567.430,60
» Schecks	36,10	0,00
	2.614.336.075,55	2.508.686.578,32

Als Kassenbestand werden die dezentral verwalteten Handkassen (Handvorschüsse) ausgewiesen. Die in der Buchführung ausgewiesenen Bestände werden mit den Aufzeichnungen vor Ort abgestimmt.

Die Salden der einzelnen Kreditinstitute wurden mit den jeweiligen Bankauszügen zum Bilanzstichtag abgestimmt und unter Berücksichtigung der unterwegs befindlichen Gelder (Schwebeposten) als Guthaben bei Kreditinstituten ausgewiesen.

C. AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG

Aktive Rechnungsabgrenzung

Euro 64.525.744,45

(31. 12. 2016: Euro 58.911.776,51)

Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Aktivseite Auszahlungen vor dem Abschlussstichtag auszuweisen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

	Stand 31. 12. 2017 Euro	Stand 31. 12. 2016 Euro
Beamtenbesoldung Januar des Folgejahres	48.423.632,19	45.810.790,36
Agio/Disagio	13.923.247,00	12.578.420,21
Mietaufwand des Folgejahres und sonstige RAP	2.178.865,26	522.565,94
	64.525.744,45	58.911.776,51

Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Euro 22.165.073.569,56

(31. 12. 2016: Euro 21.246.047.895,97)

Zum Stichtag übersteigt die Summe der Schuldposten die Summe der als Vermögensgegenstände auszuweisenden Beträge. Dieser Betrag ist gem. § 268 Abs. 3 HGB als letzter Posten auf der Aktivseite unter der Bezeichnung Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag auszuweisen.

Die Ermittlung und Entwicklung des in diesem Posten auszuweisenden Betrages ist in den Erläuterungen zum Posten Eigenkapital der Freien Hansestadt Bremen dargestellt.

Erläuterungen zur Vermögensrechnung

» Passiva

A. EIGENKAPITAL

Eigenkapital **Euro 0,00**
(31.12.2016: Euro 0,00)

In der Vermögensrechnung der Gebietskörperschaft wird das Eigenkapital rechnerisch als Nettoposition aus der Differenz zwischen Aktivvermögen und Schulden ermittelt. Neben der Nettoposition können ggf. noch weitere Eigenkapitaluntergliederungen aufgeführt werden, die im Folgenden näher erläutert werden.

Wenn die Schulden das Aktivvermögen übersteigen, führt dies zu einem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag, der auf der Aktivseite der Bilanz aufgeführt wird. Der Fehlbetrag kann ggf. auch untergliedert werden.

Das Eigenkapital der Freien Hansestadt Bremen hat sich wie folgt entwickelt:

Entwicklung Berichtsjahr 2017

	Stand 31.12.2017 Euro	Stand 31.12.2016 Euro
I. Nettoposition	-13.817.600.166,45	-13.817.600.166,45
II. Gewinnrücklagen	646.431.802,90	266.471.080,51
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-7.385.504.020,68	-5.803.982.137,53
IV. Jahresergebnis	-939.735.200,66	-1.479.447.784,82
V. Ergebnisverwendung	-363.286.319,96	-102.074.098,33
	-21.859.693.904,85	-20.936.633.106,62
Veränderungen durch Bestandsanpassungen in den Vorjahren	-309.414.789,35	-257.082.006,15
im lfd. Jahr		
» Ausleihungen/Darlehensforderungen	4.035.124,64	-52.332.783,20
	-22.165.073.569,56	-21.246.047.895,97
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	22.165.073.569,56	21.246.047.895,97

I. Nettoposition

Nettoposition	Euro – 13.817.600.166,45
	(31. 12. 2016: Euro – 13.817.600.166,45)

Ausgewiesen wird das konstante Eigenkapital der Freien Hansestadt Bremen. Dieser Wert stellt den Saldo aus Anlage- und Umlaufvermögen, aktiver Rechnungsabgrenzung, Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und passiver Rechnungsabgrenzung zum Eröffnungsbilanzstichtag dar. Dieser Wert bleibt in der Regel in den Folgejahren unverändert.

Eine Ausnahme für die Änderung der Nettoposition ergibt sich aus der Notwendigkeit, Wertansätze, die für die Erstellung der Eröffnungsbilanz zugrunde gelegt wurden, zu ändern.

II. Gewinnrücklagen (Verwaltungsrücklagen)

Gewinnrücklagen (Verwaltungsrücklagen)	Euro 646.431.802,90
	(31. 12. 2016: Euro 266.471.080,51)

Gewinnrücklagen ergeben sich aus zurückbehaltenen Überschüssen in der Erfolgsrechnung. Diese doppischen Rücklagen sind nicht mit dem kameralen Rücklagenbegriff gleichzusetzen, der in der Regel die Sicherung der Zahlungsfähigkeit beinhaltet.

Im Bereich der öffentlichen Verwaltung werden Gewinnrücklagen als Verwaltungsrücklagen bezeichnet und finden ihre Ausprägung in gebundenen oder freien Rücklagen. In der öffentlichen Verwaltung dürfen gebundene Rücklagen für bestimmte, der Art und der (absoluten oder relativen) Höhe nach durch Gesetz oder Verwaltungsanweisungen festgelegte künftige Ereignisse und Maßnahmen (z. B. Rücklagen für Großprojekte) oder zum Ausgleich künftiger Verluste gebildet werden. Daneben können freie/allgemeine Rücklagen gebildet werden, die der Verwaltung unter Berücksichtigung des Budgetrechts des Parlamentes Möglichkeiten der Verwendung in Folgejahren eröffnen.

Aus haushaltsrechtlicher Sicht ist zu beachten, dass nicht die Bildung einer Rücklage, sondern die Inanspruchnahme zu Liquiditätsabflüssen führt. Um diese planen zu können und um das Budgetrecht des Parlamentes zu wahren, ist in den jährlichen Haushaltsanmeldungen die Bildung und die beabsichtigte Inanspruchnahme einer Rücklage zu veranschlagen.

Entwicklung Berichtsjahr 2017

	Stand 31. 12. 2017 Euro	Stand 31. 12. 2016 Euro
Abwasserabgabe-Rücklage	970.794,97	1.744.801,63
Arbeitnehmerbeiträge nach dem bremischen Ruhelohngesetz	0,00	14.157.375,75
Ausgleichsabgaben für Eingriffe in Natur und Landschaft	1.343,42	1.343,42
Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	6.070.880,82	5.586.521,12
Budgetrücklage Hansestadt Bremisches Hafenamts	234.000,01	234.000,01
Erneuerungsrücklage Fischereihafen Betriebs- und Entwicklungsgesellschaft Bremerhaven	293.445,67	293.445,67
Rücklage Kriegsoferfürsorge	16.622,04	74,13
Rücklage Saubere Stadt	20.356,82	20.356,82
Sonderrücklage Deichschutz Bremerhaven	6.054.216,35	5.686.458,16
Sonderrücklage für Zuschüsse an die Bürgerstiftung	77.795,00	85.095,00
Wasserentnahmegebühr Rücklage	4.045.807,85	5.774.553,80
EFRE 2007–2013 Bescheinigungsstelle Mehreinnahmen EFRE 2014–2020 (Wissenschaft)	125.152,20	125.152,20
Kassenverstärkungs- und allgemeine Ausgleichsrücklage	16.340.452,11	16.340.452,11
Rücklage für Diskontkredite	436.250,00	436.250,00
Rücklage allgemeine Finanzen	16.972.017,91	7.793.300,70
Sonderrücklage EMFF 2014–2020	479.080,03	479.080,03
Sonderrücklage Fischereiprogramm EFF	400.330,53	400.330,53
Sonderrücklage EFRE-Programm 2007–2013 (Wissenschaft)	0,01	216.381,26
Sonderrücklage Digitale Dividende II (investiv)	1.750.916,56	0,00
Zentr. Sonderrücklage PPL 93		
Zentr. Finanzen	435.000.000,00	0,00
Budgetrücklagen Ressorts	157.142.340,60	198.611.447,25
	646.431.802,90	266.471.080,51

III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag

Gewinnvortrag/Verlustvortrag	Euro –7.385.504.020,68
	(31. 12. 2016: Euro –5.803.982.137,53)

In Abgrenzung zum Jahresergebnis des laufenden Jahres (Überschuss oder Fehlbetrag) beinhaltet diese Position in der Regel das kumulierte Jahresergebnis aus den Vorjahren.

Entwicklung Berichtsjahr 2017

	Stand 31. 12. 2017 Euro	Stand 31. 12. 2016 Euro
Stand 31. 12. des Vorjahres	–5.803.982.137,53	–3.931.129.392,77
Jahresergebnis des Vorjahres:		
» Jahresfehlbetrag	–1.479.447.784,82	–1.910.253.158,28
» Einstellungen in die Gewinnrücklagen	–157.781.381,90	–53.966.223,82
» Entnahmen aus den Gewinnrücklagen	55.707.283,57	91.366.637,34
Stand 31. 12. des Jahres	–7.385.504.020,68	–5.803.982.137,53

IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	Euro –939.735.200,66
	(31. 12. 2016: Euro –1.479.447.784,82)

Der Jahresüberschuss oder -fehlbetrag ist eine in der abgelaufenen Rechnungsperiode erwirtschaftete Größe, die sich aus der Saldierung aller Aufwendungen und Erträge der Erfolgsrechnung ergibt.

Entwicklung Berichtsjahr 2017

	Stand 31. 12. 2017 Euro	Stand 31. 12. 2016 Euro
Jahresergebnis:		
» Jahresfehlbetrag	–939.735.200,66	–1.479.447.784,82

V. Ergebnisverwendung

Ergebnisverwendung **Euro –363.286.319,96**
(31. 12. 2016: Euro –102.074.098,33)

Nach Ermittlung des Jahresergebnisses der abgelaufenen Rechnungsperiode werden die im Haushaltsjahr vorgenommenen Entnahmen aus den und Einstellungen in die Gewinnrücklagen gesondert ausgewiesen.

Entwicklung Berichtsjahr 2017

	Stand 31. 12. 2017 Euro	Stand 31. 12. 2016 Euro
Einstellungen in die Gewinnrücklagen	–549.548.272,07	–157.781.381,90
Entnahmen aus den Gewinnrücklagen	186.261.952,11	55.707.283,57
	–363.286.319,96	–102.074.098,33

B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONEN

Sonderposten für Investitionen **Euro 444.019.378,34**
(31. 12. 2016: Euro 450.036.501,77)

In diesem Posten werden die der Freien Hansestadt Bremen von anderen Gebietskörperschaften oder von Dritten zugeflossenen Zuweisungen und Zuschüsse, die zur Finanzierung aktivierungsfähiger Vermögensgegenstände bestimmt sind, ausgewiesen.

	Stand 31. 12. 2017 Euro	Stand 31. 12. 2016 Euro
Stand 31. 12. des Vorjahres	450.036.501,77	429.174.175,93
+ Zugänge	23.796.077,35	49.215.331,94
– Auflösung	–29.813.200,78	–28.353.006,10
Stand 31. 12. des Jahres	444.019.378,34	450.036.501,77

Abweichend von den Standards staatlicher Doppik hat die Freie Hansestadt Bremen die Sonderposten für Investitionen aus dem kameralem Buchungsstoff 2017 abgeleitet und die Beträge aus den investiven Ausgaben der Obergruppen 33 (Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich) und 34 (Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen) ermittelt. Für diese Zuweisungen und Zuschüsse wird eine pauschale Nutzungsdauer von 25 Jahren unterstellt.

C. RÜCKSTELLUNGEN

Für Verpflichtungen, die dem Grunde nach hinsichtlich des Auszahlungszeitpunktes oder der Höhe nach noch nicht bestimmt und die bis zum Bilanzstichtag wirtschaftlich verursacht sind, werden grundsätzlich Rückstellungen gebildet.

I. Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen

Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	Euro 10.862.897.069,56
	(31.12.2016: Euro 10.037.163.000,00)

Gemäß den Standards staatlicher Doppik sind für Beamte und andere nach Bundes- oder Landesrecht versorgungsberechtigte Personen Rückstellungen für Pensionen, Beihilfen für die Zeit ihres Ruhestandes und ähnliche Verpflichtungen anzusetzen. Die Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen erfolgt nach versicherungsmathematischen Regeln unter Verwendung geeigneter Generationensterbetafeln. Sie ist für Personen vorzunehmen, denen nach beamtenrechtlichen Vorschriften nach Ablauf der vorgeschriebenen Mindestdienstzeit ein Anspruch auf Versorgung gewährt werden kann. Für bereits laufende Leistungen und unverfallbare Anwartschaften pensionierter oder ausgeschiedener Beamter ist der Barwert der Verpflichtung anzusetzen. Bei aktiven Beamten ist eine Verteilung über die gesamte Dienstzeit auf der Grundlage des Teilwertverfahrens vorzunehmen. Dabei wären erwartete Pensions- und Rentenanpassungen, Besoldungs- und Entgeltsteigerungen auf Basis des Durchschnittsprozentsatzes, der jeweils aus der Steigerung der vergangenen sieben Jahre ermittelt wird, zu berücksichtigen.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind mit dem Zinssatz zu diskontieren, der sich aus den Umlaufrenditen für börsennotierte Bundeswertpapiere mit einer Restlaufzeit von über 15 bis einschließlich 30 Jahren ergibt. Dieser errechnet sich als Durchschnitt aus den Monatsendbeständen der vergangenen sieben Kalenderjahre. Das Bundesministerium der Finanzen informiert das Gremium zur Standardisierung des staatlichen Rechnungswesens (§ 49a HGrG) jährlich zeitnah schriftlich über den Zinssatz. Für 2017 beträgt der Zinssatz 2,47 %.

Abweichend von den Standards staatlicher Doppik wurde für zukünftige Pensions- und Rentenanpassungen sowie Besoldungs- und Entgeltsteigerungen bei den Tarifbeschäftigten eine Anpassung wie im Bremischen Ruhelohnengesetz von 1 % jährlich vorgesehen sowie bei den aktiv und passiv beschäftigten Beamten entsprechend den Rechenmodellen der FöKo II eine jährliche Steigerungsrate in Höhe von 1,5 % unterstellt. Sofern für zukünftige Jahre bereits abweichende Realanpassungen beschlossen wurden, werden diese in der Berechnung berücksichtigt.

Entwicklung Berichtsjahr 2017

	Stand 31.12.2016 Euro	Zuführung ¹ Euro	Stand 31.12.2017 Euro

Pensionsrückstellung:			
» Passive	6.386.211.000,00	242.911.000,00	6.629.122.000,00
» Aktive	3.124.657.000,00	539.082.000,00	3.663.739.000,00
Beihilfen und Unterstützungen	526.295.000,00	43.741.069,56	570.036.069,56
	10.037.163.000,00	825.734.069,56	10.862.897.069,56

 1 Für die Vorjahre wurden Korrekturen bei der Zuordnung zu aktiven und passiven Pensionsrückstellungen vorgenommen, die in dem Zuführungsbetrag enthalten sind.

Die Bildung von Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen zeigt im betriebswirtschaftlichen Rechnungswesen die Belastung zukünftiger Rechnungsperioden auf, die der Freien Hansestadt Bremen durch die rechtlichen Verpflichtungen gegenüber leistungsberechtigten Versorgungsempfängern aus heutiger Sicht entstehen werden und somit den finanziellen Rahmen zukünftiger Haushaltsjahre beeinflussen.

II. Sonstige Rückstellungen**Sonstige Rückstellungen**

Euro 99.084.857,11
 (31.12.2016: Euro 85.121.499,57)

In diesem Posten werden alle übrigen Rückstellungen ausgewiesen. Dazu gehören u. a. Rückstellungen für ausstehende Rechnungen, Prozesskosten, Schadenersatz, Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen, Drohverluste und Personalaufwand.

Entwicklung Berichtsjahr 2017

	Stand 01.01.2017 Euro	V A	Verbrauch Auflösung Euro	Zuführung Euro	Stand 31.12.2017 Euro
Rückstellungen für:					
» Ausstehende Rechnungen	17.158.957,42	V	1.443.300,35		15.715.657,07
» Gewährleistungen aufgrund rechtlicher Verpflichtung	613.000,00	A	35.000,00		578.000,00
» Prozesskosten	393.000,00			149.000,00	542.000,00
» Schadenersatzverpflichtungen und Haftpflichtansprüche	2.791.000,00	A	2.010.000,00		781.000,00
» Personalaufwand:					
– Altersteilzeit	32.523.860,96	A	4.983.025,16		27.540.835,80
– nicht genommener Urlaub	24.830.000,00			3.390.000,00	28.220.000,00
– Sabbatical	2.482.088,16	A	126.259,00		2.355.829,16
– Jubiläum	4.329.593,03			5.475.893,95	9.805.486,98
– Über- und Mehrarbeitsstunden	0,00			13.546.048,10	13.546.048,10
		V	1.443.300,35		
		A	7.154.284,16		
	85.121.499,57		8.597.584,51	22.560.942,05	99.084.857,11

Rückstellungen für ausstehende Rechnungen

Für Eingangsrechnungen für Lieferungen und sonstige Leistungen, die im abgelaufenen Jahr bis zur Aufstellung der Vermögensrechnung noch nicht eingegangen sind, werden in Höhe der voraussichtlichen Rechnungsbeträge Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten gebildet, soweit die Rechnungsbeträge bei rechtzeitigem Eingang als Aufwand zu erfassen gewesen wären.

Rückstellungen für Gewährleistungen aufgrund rechtlicher Verpflichtungen

Bei den Rückstellungen für Gewährleistungen aufgrund rechtlicher Verpflichtungen wurde für die bestehenden Bürgschaftsverpflichtungen die durchschnittliche Ausfallquote der letzten fünf Jahre ermittelt und diese auf den Bestand des bremischen Anteils am Gesamtrisiko aus den Bürgschaftsverpflichtungen per 31.12.2017 angewandt. Unter diesem Posten sind auch Rückstellungen für negative Eigenkapitalwerte von verbundenen Unternehmen und Einrichtungen, Beteiligungen und Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung anzusetzen, wenn eine Inanspruchnahme aus Haftungsgründen droht. Entsprechende Verpflichtungen, die dem Grunde und/oder der Höhe nach feststehen, sind als Verbindlichkeiten auszuweisen.

Rückstellungen für Prozesskosten

In den Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten aus Gerichtsprozessen, in denen die Freie Hansestadt Bremen als Klägerin oder Beklagte auftritt, wurden die voraussichtlichen Kosten für die laufende Instanz nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung berücksichtigt. Diese beinhalten im Wesentlichen die Ansprüche der Gegenseite sowie die zu erwartenden Vorbereitungs- und Durchführungskosten.

Rückstellungen für Schadenersatzverpflichtungen und Haftpflichtansprüche

Für gesetzliche bzw. vertragliche Schadenersatzverpflichtungen sind Rückstellungen in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme des zum Bilanzstichtag 31.12.2017 entstandenen Schadens zu bilden, wenn das Bestehen der Verbindlichkeit und die Inanspruchnahme wahrscheinlich sind.

In der Freien Hansestadt Bremen ist bei der Bildung von Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten aus Haftpflichtansprüchen nach Stadt und Land zu trennen. Für das kommunale Haftpflichtrisiko sind keine Rückstellungen zu bilden, da dieses in unbegrenzter Höhe durch den Haftpflichtschadenausgleich abgedeckt ist. Das staatliche Haftpflichtrisiko ist bis zu einem Betrag von 100.000 Euro durch den Haftpflichtschadenausgleich abgedeckt. Für das staatliche Haftpflichtrisiko wurden Rückstellungen deshalb lediglich für die über diesen Betrag hinausgehenden Beträge gebildet, wenn die Haftpflicht-Schadenersatzansprüche gegenüber der Freien Hansestadt Bremen unstrittig sind.

Rückstellungen für Personalaufwand

In den Rückstellungen für Personalaufwand sind die Verpflichtungen aus Altersteilzeit, Sabbatjahren, nicht genommenem Urlaub, Jubiläumzahlungen sowie aus Überstunden und Gleitzeitguthaben auszuweisen.

» Altersteilzeit

Bei der Rückstellungsberechnung ist auf eine getrennte Ermittlung der Erfüllungs- und der Aufstockungsrückstellung abzustellen. Unter anderem wurde eine Auflösung bei der Altersteilzeitrückstellung vorgenommen, da die Anzahl der Fälle abnimmt.

Die Erfüllungsrückstellung wird mit Beginn der Aktivphase des Beschäftigten sukzessive im Verlauf der Aktivphase aufgebaut. Für jeden Monat der Aktivphase in dem jeweiligen Berichtsjahr werden 50% des monatlichen Bruttoentgelts, das vor Beginn der Aktivphase erzielt wurde, in die Rückstellung eingestellt. Die Erfüllungsrückstellung wird mit Beginn der Passivphase über deren Laufzeit aufgelöst.

Die Aufstockungsrückstellung ist mit Beginn des Abschlusses der Altersteilzeitvereinbarung sofort in voller Höhe zu bilden. Einzustellen sind 30% des monatlichen Bruttoentgelts, das vor Beginn der Altersteilzeitvereinbarung erzielt wurde, für jeden Monat – also für den gesamten Zeitraum – der Passivphase. Ebenso wie die Erfüllungsrückstellung wird auch die Aufstockungsrückstellung mit Beginn der Passivphase über deren Laufzeit verbraucht.

Sowohl bei der Erfüllungs- als auch bei der Aufstockungsrückstellung werden voraussichtliche Tarifsteigerungen in die Wertermittlung einbezogen und die so ermittelten Beträge entsprechend der Laufzeit abgezinst. Ab dem Geschäftsjahr 2017 wird hierfür nicht mehr der Zinssatz für Pensionen, sondern, gemäß den Standards staatlicher Doppik, ein von der Bundesbank ermittelter Durchschnittszinssatz der letzten sieben Jahre herangezogen. Für 2017 liegt dieser bei 1,604%.

» Nicht genommener Urlaub

Diese Rückstellungen sind zu bilden, wenn Beschäftigte bis zum Ende des Haushaltsjahres ihren Urlaub noch nicht genommen haben und dieser im Folgejahr gewährt werden muss. Mit dieser Rückstellung werden nach dem Bilanzstichtag entstehende Personalaufwendungen erfasst, denen keine Arbeitsleistung gegenübersteht, da die Beschäftigten durch die Nichtinanspruchnahme des Urlaubs im laufenden Jahr in Vorleistung getreten sind.

Da in der Freien Hansestadt Bremen keine flächendeckende elektronische Erfassung der Urlaubsansprüche innerhalb des Personaldatensystems PUMA erfolgt, wurde der in die Rückstellung einzustellende Betrag durch eine Durchschnittswertmethode ermittelt. Die in PUMA erfassten Urlaubsansprüche wurden auf die gesamten in der bremischen Verwaltung Beschäftigten ohne Berücksichtigung der beschäftigten Lehrerinnen und Lehrer hochgerechnet und mit den durchschnittlichen Bezügen/Entgelten der Beschäftigten in der bremischen Verwaltung bewertet.

» Sabbatical

Das alte Verfahren zur Ermittlung des Rückstellungsbetrages wurde verändert, um monatlich zurückzustellende Beträge genau ermitteln zu können. Wie im Bereich der Rückstellungen für Altersteilzeit wird ab dem Geschäftsjahr 2017 ein anderer Abzinsungszinssatz genutzt. Es wird hierfür nicht mehr der Zinssatz für Pensionen, sondern, gemäß den Standards staatlicher Doppik, ein von der Bundesbank ermittelter Durchschnittszinssatz der letzten sieben Jahre herangezogen. Für 2017 liegt dieser bei 1,604%.

» Jubiläum

2017 wurden in der Freien Hansestadt Bremen erstmalig Rückstellungen für Jubiläumszahlungen gebildet. Im ersten Jahr der Rückstellungsbildung wirkt sich der Gesamtbestand erfolgswirksam aus. In den Folgejahren werden lediglich die Zuführungen bzw. Auflösungen/Verbräuche zu berücksichtigen sein.

» Verpflichtungen aus Über- und Mehrarbeitsstunden

2017 wurde erstmals eine Rückstellung für Über- und Mehrarbeitsstunden gebildet. Da nicht alle bremischen Dienststellen an ein gemeinsames elektronisches Arbeitszeitsystem angeschlossen sind, wurden die Über- und Mehrarbeitsstunden im Zuge einer Abfrage von den Dienststellen ermittelt. Die Bewertung erfolgte mit durchschnittlichen Personalkosten pro Produktplan.

III. Steuerrückstellungen

Steuerrückstellungen

Euro 16.600,00

(31.12.2016 : Euro 98.870,00)

Bei diesen Steuerrückstellungen handelt es sich um Steuern für die Betriebe gewerblicher Art.

	Stand 01.01.2017 Euro	V A	Verbrauch Auflösung Euro	Zuführung Euro	Stand 31.12.2017 Euro
Rückstellungen für Steuern:					
» Gewerbeertragsteuer	35.100,00	A	35.100,00	0,00	0,00
» Körperschaftsteuer	43.860,00	A	36.460,00	0,00	7.400,00
» Kapitalertragsteuer	19.910,00	A	10.710,00	0,00	9.200,00
	98.870,00		82.270,00	0,00	16.600,00

Die Rückstellungen der Jahre 2015 und 2016 wurden gemeinsam im Geschäftsjahr 2017 aufgelöst, sodass sich dadurch eine größere Differenz zum aktuellen Geschäftsjahr ergibt.

D. VERBINDLICHKEITEN

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag (in der Regel Nennbetrag) auszuweisen, unabhängig davon, wie hoch der Ausgabebetrag ist. Als Ausgabebetrag wird der dem Schuldner zugeflossene Betrag bezeichnet.

I. Anleihen und Obligationen

Anleihen und Obligationen

Euro 11.902.750.000,00

(31. 12. 2016: Euro 13.352.750.000,00)

In diesem Posten sind alle kurz-, mittel- und langfristigen Schuldverschreibungen auszuweisen. Dazu gehören Ausgleichsforderungen, Kapitalmarktpapiere wie z. B. Anleihen, Schatzbriefe und Obligationen sowie Geldmarktpapiere wie z. B. Schatzanweisungen.

	Stand 31. 12. 2017 Euro	Stand 31. 12. 2016 Euro
Ausgewiesen werden Landesobligationen und Anleihen:		
» Ursprungslaufzeit ein bis fünf Jahre	2.635.000.000,00	4.085.000.000,00
» Ursprungslaufzeit über fünf Jahre	9.267.750.000,00	9.267.750.000,00
	11.902.750.000,00	13.352.750.000,00

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Schatzanweisungen ergeben sich aus der gesondert geführten Darlehensverwaltung, deren Einzelwerte in die Finanzbuchhaltung übernommen werden.

II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Euro 4.181.872.105,35

(31. 12. 2016: Euro 3.251.488.808,44)

Ausgewiesen werden kurz-, mittel- und langfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Der Ausweis erfolgt mit den Salden gemäß Kontoauszug. Dabei sind Schwebeposten, d. h. unterwegs befindliche Gelder, zu berücksichtigen.

	Stand 31.12.2017 Euro	Stand 31.12.2016 Euro

Darlehensverbindlichkeiten:		
» Ursprungslaufzeit bis ein Jahr	567.495,67	3.507.313,20
» Ursprungslaufzeit ein bis fünf Jahre	979.129.188,12	179.648.517,80
» Ursprungslaufzeit über fünf Jahre	3.202.175.421,56	3.068.332.977,44
	4.181.872.105,35	3.251.488.808,44

III. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	Euro 189.383,36
	(31.12.2016: Euro 142.618,18)

Es handelt sich um Verbindlichkeiten, denen eine Lieferung oder Leistung zugrunde liegt und die nicht in den nachfolgenden Posten auszuweisen sind.

	Stand 31.12.2017 Euro	Stand 31.12.2016 Euro

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-30.217.752,64	-37.143.846,29
Ausweis debitorische Kreditoren in dem Posten sonstige Vermögensgegenstände	30.407.136,00	37.286.464,47
	189.383,36	142.618,18

IV. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Einrichtungen

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	Euro 229.285.039,81
	(31.12.2016: Euro 180.865.984,13)

Ausgewiesen werden alle kurz-, mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten (Lieferungen und Leistungen, Darlehen und sonstige) gegenüber verbundenen Unternehmen und Einrichtungen.

	Stand 31.12.2017 Euro	Stand 31.12.2016 Euro

Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber:		
» Gesellschaften	37.173.511,76	35.452.673,45
» Eigenbetrieben	97.989.084,07	86.057.149,02
» Anstalten öffentlichen Rechts	16.204.967,80	13.807.327,06
» Stiftungen öffentlichen Rechts	150.345,44	159.730,78
» Sonderhaushalten	77.767.130,74	45.389.103,82
	229.285.039,81	180.865.984,13

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten handelt es sich im Wesentlichen um Verbindlichkeiten auf den sogenannten Bankverrechnungskonten, auf denen der durch die Landeshauptkasse wahrgenommene Zahlungsverkehr für die verbundenen Unternehmen und Einrichtungen erfasst wird.

V. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	Euro 11.604.830,01
	(31.12.2016: Euro 8.646.062,19)

Ausgewiesen werden alle kurz-, mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten (Lieferungen und Leistungen, Darlehen und sonstige) gegenüber Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

	Stand 31.12.2017 Euro	Stand 31.12.2016 Euro

Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber:		
Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung GmbH (BIS)		
» Förderprogramme WMTE ¹	9.891.321,46	6.958.975,26
» Starthilfefonds	1.713.508,55	1.687.086,93
	11.604.830,01	8.646.062,19

¹ WMTE – Wirtschaft, Mittelstand, Technologie, Europa-angelegenheiten

VI. Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung

Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung

Euro 475.166.905,28

(31. 12. 2016: Euro 351.644.696,19)

Ausgewiesen werden alle kurz-, mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten (Lieferungen und Leistungen, Darlehen und sonstige) gegenüber Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung.

	Stand 31. 12. 2017 Euro	Stand 31. 12. 2016 Euro

Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber:		
» SV Infrastruktur	68.331.234,09	43.298.525,16
» SV Fiskalvermögen	2.237.864,39	2.066.239,91
» SV Fischereihafen	101.654.985,73	62.694.586,26
» SV Hafen	122.002.363,03	145.480.088,25
» SV Überseestadt	48.438.851,12	25.518.201,82
» SV Gewerbeflächen	44.436.999,62	41.109.262,03
» SV Bremer Kapitaldienstfonds	11.231,81	11.231,81
» SV Immobilien und Technik	81.493.099,29	31.466.560,95
» SV Versorgungsrücklage des Landes Bremen	6.560.276,20	0,00
	475.166.905,28	351.644.696,19

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten handelt es sich im Wesentlichen um Verbindlichkeiten auf den sogenannten Bankverrechnungskonten, auf denen der durch die Landeshauptkasse wahrgenommene Zahlungsverkehr für die verbundenen Unternehmen und Einrichtungen erfasst wird.

VII. Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen

Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen

Euro 66.698.290,43

(31. 12. 2016: Euro 110.131.211,56)

In diesem Posten werden Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung (Steuererlegung und Beträge, die anderen Gebietskörperschaften aufgrund deren Ertragshoheit zustehen) und Verbindlichkeiten aus Finanzausgleichsbeziehungen (Länderfinanzausgleich und Finanzausgleich zwischen Ländern und ihren Kommunen) ausgewiesen.

Die Forderungen aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen zum 31. 12. 2017 werden in dem entsprechenden Aktivposten ausgewiesen.

Siehe Aktiva,
Forderungen aus der
Steuerverteilung
und Finanzausgleichs-
beziehungen, Seite 59

	Stand 31.12.2017 Euro	Stand 31.12.2016 Euro

Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen:		
» Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung	0,00	2.465.626,93
» Länderfinanzausgleich IV. Quartal	4.962.017,12	52.559.315,83
» Fehlbetragsbundesergänzungszuweisung IV. Quartal	61.736.273,31	55.106.268,80
	66.698.290,43	110.131.211,56

VIII. Sonstige Verbindlichkeiten

Sonstige Verbindlichkeiten

Euro 6.291.353.083,55

(31.12.2016: Euro 5.353.499.864,27)

Ausgewiesen werden alle übrigen kurz-, mittel- und langfristigen sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber Dritten, die nicht in den vorhergehenden Posten auszuweisen sind. Dazu gehören u. a. Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden aus eigenen Steuerschuldverhältnissen, Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit und gegenüber Mitarbeitern, Darlehensverbindlichkeiten sowie alle übrigen sonstigen Verbindlichkeiten.

	Stand 31.12.2017 Euro	Stand 31.12.2016 Euro

Darlehensverbindlichkeiten gegenüber dem Bund:		
» Ursprungslaufzeit bis ein Jahr	13.753.094,31	10.397.282,78
» Ursprungslaufzeit über fünf Jahre	83.017.526,29	86.213.021,55
gegenüber dem sonst. inländischen Bereich:		
» Ursprungslaufzeit bis ein Jahr	2.255.455.497,80	1.136.175.488,63
» Ursprungslaufzeit über fünf Jahre	3.269.525.837,60	3.115.525.837,60
gegenüber dem sonst. ausländischen Bereich:		
» Ursprungslaufzeit ein bis fünf Jahre	60.000.000,00	60.000.000,00
» Ursprungslaufzeit über fünf Jahre	149.000.000,00	191.000.000,00

	Stand 31.12.2017 Euro	Stand 31.12.2016 Euro
Übrige sonstige Verbindlichkeiten		
» Stiftungen	513.725,08	909.465,78
» Anstalten öffentlichen Rechts	4.241.457,36	5.538.252,40
» Finanzkassen	41.749.244,39	16.296.569,28
» Personalverrechnung	18.502.147,83	17.770.771,65
» Projekte und Maßnahmen	45.593.691,97	39.814.059,42
» Verwahrungen und erhaltene Anzahlungen	224.163.097,73	221.526.518,85
» Zahlstellen	100.111,77	182.742,56
» Geldtransite	0,00	325.515.761,63
» Cash Management	414.603,74	131.148,43
» Fremdgelder	7.225.599,44	6.312.759,20
» Umsatzsteuer	1.140.573,19	1.190.742,18
» Übrige sonstige Verbindlichkeiten	116.956.875,05	118.999.442,33
	6.291.353.083,55	5.353.499.864,27

Die ausgewiesenen Darlehensverbindlichkeiten ergeben sich aus der gesondert geführten Darlehensverwaltung, deren Einzelwerte in die Finanzbuchhaltung übernommen werden. Alle übrigen ausgewiesenen Verbindlichkeiten ergeben sich direkt aus der Finanzbuchhaltung.

E. PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNG

Passive Rechnungsabgrenzung **Euro 9.381.792,15**
(31.12.2016: Euro 5.161.566,83)

Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Passivseite Einzahlungen vor dem Abschlussstichtag auszuweisen, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

	Stand 31.12.2017 Euro	Stand 31.12.2016 Euro
Agio	9.381.792,15	5.161.566,83
	9.381.792,15	5.161.566,83

Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

1. Steuern und steuerähnliche Erträge

Euro 2.969.040.452,14

(31.12.2016: Euro 2.938.281.151,76)

Steuern und steuerähnliche Erträge umfassen sämtliche der Gebietskörperschaft aufgrund ihrer Ertragshoheit zustehenden Steuern bzw. steuerähnlichen Abgaben und steuerlichen Nebenleistungen.

Die Ertragsrealisation tritt im Rahmen von Veranlagungen und Anmeldungen grundsätzlich mit Ablauf des Veranlagungs- bzw. Anmeldezeitraums ein. Eine Erfassung dieser Erträge setzt jedoch eine hinreichende Konkretisierung des Steueranspruchs voraus, die in dem Zeitpunkt eintritt, in dem die Daten zur Berechnung der Steuer freigegeben werden. Aus Vereinfachungsgründen finden nur die bis 31.12. veranlagten Fälle Berücksichtigung. Mit dem Eingang der Anmeldung sind bei Zahllastfällen die Steuererträge hinreichend konkretisiert und wirtschaftlich entstanden. Die im Januar eingehenden Anmeldungen für Anmeldezeiträume der Vorjahre sind zu berücksichtigen. Die Ertragsrealisation von Steuervorauszahlungen ist mit der hinreichenden Konkretisierung sukzessive zu den einzelnen Fälligkeitsterminen gegeben. Steuererstattungen der Gebietskörperschaften sind ertragsmindernd bei den Erträgen aus Steuern auszuweisen.

Verbliebene Risiken hinsichtlich der Konkretisierung der Steuererträge sind durch vorsichtige Bemessung des Wertansatzes oder durch Bildung von Rückstellungen (z. B. Rückerstattungsverpflichtungen) zu berücksichtigen.

	2017 Euro	2016 Euro

Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage:		
» Lohnsteuer	1.202.163.495,04	1.151.253.819,16
» Veranlagte Einkommensteuer	258.495.989,87	238.165.305,74
» Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	58.336.019,60	50.857.221,18
» Körperschaftsteuer	171.402.553,47	155.222.735,34
» Umsatzsteuer	620.600.158,86	613.319.340,86
» Einfuhrumsatzsteuer	194.947.633,69	229.946.609,23
» Gewerbesteuerumlage	6.816.094,05	6.583.047,89
» Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	36.185.706,36	42.372.035,90
	2.548.947.650,94	2.487.720.115,30

Landessteuern:		
» Erbschaftsteuer	37.507.271,81	68.129.415,88
» Grunderwerbsteuer	129.326.718,65	100.625.349,55
» Totalisatorsteuer	24.372,79	31.328,09
» Lotteriesteuer	10.152.246,75	10.435.141,78
» Sportwettsteuer	3.005.446,33	2.091.348,15
» Feuerschutzsteuer	3.818.835,60	3.841.809,40
» Biersteuer	18.693.030,22	20.012.061,26
» Abgaben von Spielbanken	897.872,04	611.788,75
	203.425.794,19	205.778.242,86

Gemeindesteuern:

» Gemeindeanteil an der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer	-523.737.972,50	-487.844.330,42
» Grundsteuer A	373.284,19	191.971,55
» Grundsteuer B	165.801.843,42	167.426.023,97
» Gewerbesteuer	491.538.713,29	495.754.390,21
» Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	56.997.428,69	47.103.068,74
» Gemeindeanteil an der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	-3.791.749,34	-5.046.922,92
» Sonstige Vergnügungsteuern	14.348.358,13	13.008.300,97
» Hundesteuer	2.047.626,42	1.876.863,58
» Sonstige Gemeindesteuern	2.891.656,32	2.783.765,76
	206.469.188,62	235.253.131,44
Steuerähnliche Erträge	2.550.096,77	2.839.890,41
Zwangsgelder, Verspätungs- und Säumniszuschläge im Zusammenhang mit Steuern	7.647.721,62	6.689.771,75
Summe Steuern und steuerähnliche Erträge	2.969.040.452,14	2.938.281.151,76

2. Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen**Euro 1.277.583.417,75**

(31. 12. 2016: Euro 1.277.814.348,68)

	2017 Euro	2016 Euro
Erträge aus Länderfinanzausgleich	691.797.073,67	692.731.128,89
Erträge aus Bundesergänzungszuweisungen	285.786.344,08	285.083.219,79
Erträge Konsolidierungshilfe	300.000.000,00	300.000.000,00
	1.277.583.417,75	1.277.814.348,68

Ausgewiesen werden die Erträge aus dem Länderfinanzausgleich sowie aus sonstigen Finanzausgleichsbeziehungen für das Haushaltsjahr 2017.

3. Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen**Euro 699.338.784,43**

(31. 12. 2016: Euro 580.747.520,52)

Erträge aus Zuweisungen sind einmalige oder laufende Geldleistungen zwischen dem öffentlichen Bereich (Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, Sondervermögen ohne unternehmerische Aufgabenstellung, Sozialversicherungsträger, Bundesagentur für Arbeit sowie Zweckverbände).

Erträge aus Zuschüssen sind einmalige oder laufende Geldleistungen zwischen dem öffentlichen Bereich und den sonstigen Bereichen.

Erträge aus Schuldendiensthilfen umfassen Geldleistungen zur Erleichterung des Schuldendienstes für auf dem Kapitalmarkt aufgenommene Darlehen und Anleihen, vorwiegend zur Verbilligung von Zinsleistungen.

Erträge aus Vermögensübertragungen umfassen Geldleistungen, die weder für laufende Zwecke noch für investive Zwecke gewährt werden. Dies sind beispielsweise (einmalige) Zahlungen zum Ausgleich von Vermögensschäden, zur Förderung der Vermögensbildung oder die Eingliederung eines Unternehmens in die Kernverwaltung.

Als Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen werden Geldleistungen ausgewiesen, die für investive Zwecke gewährt werden, aber keine Sonderposten für Investitionen darstellen.

Erträge aus Rückforderungen von Zuweisungen und Zuschüssen stellen die erhaltenen Rückzahlungen von zu viel oder zu Unrecht gewährten Zuweisungen und Zuschüssen dar.

	2017 Euro	2016 Euro

Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen, soweit nicht für Investitionen, von/vom:		
» Bund für Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	256.988.321,97	252.952.615,99
» Bund, Übrigen	110.921.039,63	107.628.968,76
» Ländern	71.736.156,11	13.397.319,75
» Gemeinden/ Gemeindeverbänden	8.339.121,95	9.157.238,29
» Zweckverbänden und dgl.	264.423,34	299.525,58
» gesetzlicher Sozialversicherung	39.390.438,91	51.775.935,48
» verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	2.518.652,99	1.158.336,33
» sonstigen inländischen Bereich	59.920.582,61	35.108.016,89
» ausländischen Bereich		
– EU	13.872.707,21	9.966.112,27
– sonstigen ausländischen Bereich	121.072,97	0,00
	564.072.517,69	481.444.069,34
Erträge aus Schuldendiensthilfen vom sonstigen inländischen Bereich	15.923.741,79	14.906.101,36
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	118.246.286,14	83.927.134,93
Erträge aus Rückforderungen von Zuweisungen und Zuschüssen	1.096.238,81	470.214,89
Summe Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	699.338.784,43	580.747.520,52

In den Erträgen aus den Zuweisungen und Zuschüssen sind die von der Gemeinde Bremerhaven erhaltenen Zuweisungen und Zuschüsse enthalten. Innerbremische Verrechnungen zwischen dem Land Bremen und der Stadtgemeinde Bremen werden nicht ausgewiesen.

Innerhalb der in diesem Posten ausgewiesenen Positionen können sich auch in den Folgejahren Verschiebungen ergeben. Diese resultieren aus der Auswahlmöglichkeit der zu den kameralen Titeln angebotenen Ertragskonten, die in der Finanzbuchhaltung zu einem nicht immer sachgerechten Ausweis führen können und zukünftig durch Optimierung des Buchungsverhaltens vermieden werden sollen.

4. Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse **Euro 182.599.104,21**
(31. 12. 2016: Euro 194.000.933,87)

Gebühren sind öffentlich-rechtliche Geldleistungen, die als Gegenleistung für eine individuell zurechenbare öffentliche Leistung geschuldet werden.

Den Erträgen aus Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgeldern liegt kein Leistungsaustausch zugrunde. Sie entstehen vielmehr im Wege eines Verwaltungsaktes bzw. eines Urteils.

Unter Umsatzerlösen sind grundsätzlich alle Erlöse aus dem Verkauf und der Vermietung oder Verpachtung von Produkten, Personalkostenerstattungen sowie aus der Erbringung von Dienstleistungen nach Abzug von Erlösschmälerungen und der Umsatzsteuer sowie sonstiger direkt mit dem Umsatz verbundener Steuern auszuweisen, soweit es sich nicht um Steuern, Finanzausgleichsbeziehungen, Zuweisungen bzw. Zuschüssen, Gebühren sowie Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder handelt.

	2017 Euro	2016 Euro
Erträge aus Gebühren	115.263.872,30	122.904.752,77
Erträge aus Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgeldern und Zwangsgeldern	15.482.669,38	13.799.905,13
Umsatzerlöse	51.852.562,53	57.296.275,97
	182.599.104,21	194.000.933,87

5. Sonstige Erträge **Euro 133.685.519,96**
(31. 12. 2016: Euro 69.417.646,03)

Zu den sonstigen Erträgen gehören alle Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit, die nicht in den vorhergehenden Posten oder als Erträge aus Beteiligungen, Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, sonstige Zinsen und ähnliche Erträge zu klassifizieren sind.

Dazu gehören u. a. Erträge aus Anlageabgängen, der Auflösung von Rückstellungen und Sonderposten.

	2017	2016
	Euro	Euro
Mieten/Pachten	5.645.058,03	5.611.257,73
Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	158.534,40	1.859,17
Werterhöhung von Gegenständen des Anlagevermögens	26.381.327,20	12.417.400,00
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	29.813.200,78	28.353.006,10
Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Rückstellungen	7.126.895,16	8.493.762,22
Übrige sonstige Erträge	64.560.504,39	14.540.360,81
	133.685.519,96	69.417.646,03

Der Betrag unter dem Posten Werteerhöhung von Gegenständen des Anlagevermögens ist zurückzuführen auf die Zuschreibungen im Bereich der Finanzanlagen durch die Anwendung der sogenannten Eigenkapitalspiegelbildmethode.

6. Summe Erträge **Euro 5.262.247.278,49**
(31. 12. 2016: Euro 5.060.261.600,86)

Ausgewiesen wird die Summe der in den Ziffern 1 bis 5 ausgewiesenen Erträge.

7. Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit **Euro –431.944.710,20**
(31. 12. 2016: Euro –379.743.653,04)

Zu den Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit zählen die Aufwendungen für Material, Energie und bezogene Waren, die im Rahmen der Verwaltungstätigkeit unmittelbar für die Erstellung der Leistung entstehen, sowie die Aufwendungen für bezogene Leistungen, die in einem direkten Zusammenhang mit der Herstellung von Erzeugnissen und Leistungen der Verwaltung als externe Vorleistungen anfallen. Unter Aufwendungen aus der Inanspruchnahme von Rechten und Diensten fallen u. a. die Aufwendungen für Mieten (inkl. Nebenkosten), Pach-

ten, Erbbauzinsen, Leasing, Lizenzen und Konzessionen, Gebühren und Beiträge, Rechtsverfolgungskosten, Prüfung und Beratung sowie die Aufwendungen für abgeordnete Bedienstete und Leiharbeitskräfte.

	2017 Euro	2016 Euro
Aufwendungen für Material, Energie und bezogene Waren:		
» Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Fremdbauteile	-2.014.354,73	-1.986.946,18
» Verbrauchsmaterial	-33.892.752,39	-31.394.839,57
» Energie	-20.380.655,69	-21.000.675,65
» Material für Reparatur- und Instandhaltung	-234.219,90	-264.076,87
» Aufwendungen für Waren	-1.756,28	-2.786,20
	<u>-56.523.738,99</u>	<u>-54.649.324,47</u>
Aufwendungen für bezogene Leistungen:		
» Abfall und Entsorgung	-2.525.610,93	-4.248.279,20
» Fremdinstandhaltung und Wartungsarbeiten	-44.466.018,67	-21.279.019,39
» Fremdleistungen für Gutachten, Werkverträge, Beratung, Rechtsberatung, Schulung	-1.993.911,78	-961.052,82
» Aufwendungen für Prozesskostenhilfe und ähnliche Leistungen	-36.800.141,69	-35.900.450,58
» Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	-289.635.288,14	-262.705.526,58
	<u>-375.420.971,21</u>	<u>-325.094.328,57</u>
Summe Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit	-431.944.710,20	-379.743.653,04

8. Personalaufwand

Euro -2.195.573.987,91

(31. 12. 2016: Euro -2.181.662.286,11)

Als Personalaufwand werden die Aufwendungen für eigene Mitarbeiter im Rahmen des Beschäftigungs- bzw. Dienstverhältnisses mit den Bruttobetragten ausgewiesen. Dabei handelt es sich um die unmittelbaren Aufwendungen für die eigentliche Arbeitsleistung der Mitarbeiter.

Die Arbeitgeberanteile zur gesetzlichen Sozialversicherung sowie die übrigen gesetzlichen Pflichtabgaben, die durch den Arbeitgeber für die Beschäftigung von Arbeitnehmern zu leisten sind, werden als soziale Abgaben ausgewiesen.

Die Aufwendungen für Altersversorgung beinhalten neben den gezahlten Versorgungsbezügen die Zuführung zur Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, die Aufwendungen für die Versorgungsrücklage sowie für die Zusatzversorgung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

	2017 Euro	2016 Euro
Entgelte:		
Entgelte für geleistete Arbeitszeit (einschl. tariflicher, vertraglicher oder arbeitsbedingter Zulagen)	-253.901.953,80	-233.114.412,31
Sonstige Aufwendungen mit Entgeltcharakter	-25.695.096,26	-9.283.458,95
	-279.597.050,06	-242.397.871,26
Bezüge:		
Dienst-, Amtsbezüge einschließlich Zulagen:		
» Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	-535.492.372,60	-516.279.698,80
	-535.492.372,60	-516.279.698,80
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung:		
Soziale Abgaben:	-67.716.226,44	-61.290.105,84
Aufwendungen für Altersversorgung:		
» Versorgungsbezüge Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	-401.369.208,86	-389.616.098,20
» Versorgungsbezüge Senatorinnen und Senatoren	-2.402.916,56	-2.404.106,44
» Versorgungsbezüge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	-17.468.247,75	-17.588.099,99
» Zuführung zur Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	-825.734.069,56	-887.346.000,00
Sonstige Aufwendungen für Altersversorgung:	-11.676.207,69	-13.149.499,89
Beihilfen:		
» Soweit nicht Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	-14.029.093,47	-13.611.749,06
» Für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	-33.955.355,85	-31.969.235,67
» Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	-6.133.239,07	-6.009.820,96
	-1.380.484.565,25	-1.422.984.716,05
Summe Personalaufwand	-2.195.573.987,91	-2.181.662.286,11

Die Aufwendungen für Entgelte, Bezüge, soziale Aufwendungen, Altersversorgung und Beihilfen werden in gesonderten Personalabrechnungssystemen (z. B. KIDICAP) ermittelt und die Werte kumuliert an die Finanzbuchhaltung übertragen.

Die Zusammensetzung der Zuführung zur Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ist in dem Posten Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen (siehe Seite 70) erläutert.

9. Abschreibungen

Euro – 135.736.625,82
(31.12.2016: Euro – 133.909.944,19)

In diesem Posten werden die Abschreibungen, die den Werteverzehr des immateriellen Vermögens und des Sachanlagevermögens der Gebietskörperschaft abbilden, ausgewiesen.

	2017 Euro	2016 Euro
<hr style="border-top: 1px dashed black;"/>		
Abschreibungen auf:		
» Immaterielle Vermögensgegenstände		
des Anlagevermögens	-125.157.595,52	-123.632.944,01
» Sachanlagevermögen	-10.579.030,30	-10.277.000,18
	<hr style="border-top: 1px solid black;"/> -135.736.625,82	<hr style="border-top: 1px solid black;"/> -133.909.944,19

Der Werteverzehr, der auf die an die Sondervermögen übertragenen Sachanlagen entfällt, wird in den Erfolgsrechnungen der Sondervermögen als Aufwand ausgewiesen.

10. Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse **Euro -2.715.177.017,94**
(31.12.2016: Euro -2.561.042.173,70)

Aufwendungen für Zuweisungen sind einmalige oder laufende Geldleistungen zwischen verschiedenen öffentlichen Bereichen (Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, Sondervermögen ohne unternehmerische Aufgabenstellung, Sozialversicherungsträger, Bundesagentur für Arbeit sowie Zweckverbände).

Aufwendungen für Zuschüsse sind einmalige oder laufende Geldleistungen zwischen dem öffentlichen Bereich und den sonstigen Bereichen.

Aufwendungen für Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen umfassen z.B. Sozialhilfeleistungen, die als Barleistungen gewährt werden, Arbeitslosengeld, Unfallrenten und Wohngeld. Die Aufwendungen für übrige Zuweisungen und Zuschüsse umfassen alle Geldleistungen, die vom öffentlichen oder sonstigen Bereich für allgemeine oder für bestimmte Zwecke gewährt werden. Ebenfalls in diesem Posten auszuweisen sind Aufwendungen für atypische Steuervergütungen, die von den Einzelsteuergesetzen für bestimmte Zwecke gewährt werden, ohne dass der Empfänger im Vorfeld durch die entsprechende Steuer belastet wurde. Hierzu gehören u. a. das Kindergeld, die Investitionszulage, die Eigenheimzulage und die Altersvermögenszulage.

Aufwendungen für Schuldendiensthilfen umfassen Geldleistungen zur Erleichterung des Schuldendienstes für auf dem Kapitalmarkt aufgenommene Darlehen und Anleihen, vorwiegend zur Verbilligung von Zinsleistungen.

Aufwendungen für Vermögensübertragungen umfassen Geldleistungen, die weder für laufende Zwecke noch für investive Zwecke gewährt werden. Dies sind – in Anlehnung an die Zuordnung im Gruppierungsplan – z.B. (einmalige) Zahlungen zum Ausgleich von Vermögensschäden, zur Förderung der Vermögensbildung oder zur Strukturverbesserung der Wirtschaft (z.B. Abwrackprämien und -hilfen, Stilllegungsprämien, Zuschüsse zur Kapitalausstattung).

Als Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen werden Geldleistungen erfasst, die für investive Zwecke gewährt werden, aber nicht als geleistete Investitionszuweisungen oder -zuschüsse zu aktivieren sind. Zuweisungen und Zuschüsse, die durch Bescheide mit Dauerwirkung auch für zukünftige Bewilligungszeiträume bewilligt werden und den fortlaufenden (i. d. R. monatlichen) Bezug von Leistungen vorsehen und kraft Gesetzes entstehen, werden zum Zeitpunkt des jeweiligen Entstehens des Anspruchs erfasst. Etwaige hieraus entstehende Risiken können bei hinreichender Wahrscheinlichkeit über eine entsprechende Rückstellungsbildung erfasst werden.

Aufwendungen aus der Rückforderung von Zuweisungen und Zuschüssen stellen die zu leistenden Rückzahlungen von zu viel oder zu Unrecht erhaltenen Zuweisungen und Zuschüssen dar.

	2017 Euro	2016 Euro
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, soweit nicht für Investitionen:		
» Renten, Unterstützungen, sonstige		
Geldleistungen an natürliche Personen	-710.555.334,41	-697.930.318,61
» Bund	-2.588.239,58	-2.390.459,56
» Länder	-13.179.936,33	-15.270.162,09
» Gemeinden/Gemeindeverbände	-467.084.716,38	-472.587.508,90
» Zweckverbände und dgl.	-266.899,98	-319.354,33
» Gesetzliche Sozialversicherung	-37.726.361,08	-41.594.017,52
» Verbundene Unternehmen,		
Beteiligungen und Sondervermögen	-128.714.167,36	-125.851.904,53
» Sonstige öffentliche Sonderrechnungen	-96.912.767,70	-99.667.915,03
» Private inländische Unternehmen	-12.712.639,20	-11.369.412,89
» Sonstiger inländischer Bereich	-838.141.925,36	-805.945.414,26
» Sonstiger ausländischer Bereich	-240.357,38	-199.829,33
	-2.308.123.344,76	-2.273.126.297,05
Aufwendungen für Schuldendiensthilfen:		
» Private inländische Unternehmen	4.729,01	-3.661,18
» Sonstiger inländischer Bereich	-55.642,50	-61.346,41
	-50.913,49	-65.007,59
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	-407.002.759,69	-287.850.869,06
Summe Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	-2.715.177.017,94	-2.561.042.173,70

In den Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sind die an die Gemeinde Bremerhaven gezahlten Zuweisungen und Zuschüsse enthalten. Innerbremische Verrechnungen zwischen dem Land Bremen und der Stadtgemeinde Bremen werden nicht ausgewiesen.

Innerhalb der in diesem Posten ausgewiesenen Positionen können sich im Folgejahr Verschiebungen ergeben. Diese resultieren aus der Auswahlmöglichkeit der zu den kameralen Titeln angebotenen Aufwandskonten, die in der Finanzbuchhaltung zu einem nicht immer sachgerechten Ausweis führen können und zukünftig durch Optimierung des Buchungsverhaltens vermieden werden sollen.

11. Sonstige Aufwendungen

Euro – 177.673.089,22

(31. 12. 2016: Euro – 185.343.464,22)

Zu den sonstigen Aufwendungen zählen alle Aufwendungen aus der Verwaltungstätigkeit, soweit sie nicht in den vorhergehenden Posten oder den Aufwendungen des Finanzergebnisses auszuweisen sind. Sie umfassen sonstige Personalaufwendungen, Verluste aus Wertminderungen und dem Abgang von Vermögensgegenständen und übrige Aufwendungen.

Zu den sonstigen Personalaufwendungen zählen alle Aufwendungen, die keine Entgelte, Bezüge oder soziale Abgaben bzw. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützungen betreffen, z. B. Aufwendungen für Personalmaßnahmen, Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten, Umzugskosten und Trennungsgeld, Aufwendungen für Aus-, Fort- und Weiterbildung und Aufwendungen für Bürgerschaftsabgeordnete.

Unter die sonstigen Aufwendungen fallen außerdem die Verluste aus Wertminderungen von Gegenständen des Umlaufvermögens (Abschreibungen auf das Umlaufvermögen, außer Vorräten) und der Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens sowie übrige Aufwendungen. Übrige Aufwendungen beinhalten u. a. Aufwendungen für Zeitungen und Fachliteratur, Porto und Versandkosten, Aufwendungen für Gästebewirtung, Repräsentation, Öffentlichkeitsarbeit, Werbung, nicht personenbezogene Versicherungsbeiträge, Aufwendungen für Telekommunikation, Reisekosten sowie Mitgliedsbeiträge, Schadenersatzleistungen, Leistungen aus Bürgschaften, Verspätungszuschläge sowie Zuführungen zu Rückstellungen.

	2017 Euro	2016 Euro

Sonstige Personalaufwendungen:		
» Personalmaßnahmen	-1.805.496,06	-1.528.955,29
» Übernommene Fahrt-/Umzugskosten, Trennungsgeld	-124.354,22	-93.230,25
» Betriebs-/Amtsarzt und Arbeitssicherheit	-503.693,09	-305.759,53
» Aus-, Fort- und Weiterbildung	-4.349.221,87	-3.609.595,74
» Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft	-12.929.139,04	-12.816.156,39
» Übrige sonstige Personalaufwendungen	-2.676.767,66	-2.601.301,67
	<u>-22.388.671,94</u>	<u>-20.954.998,87</u>

Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten:		
» (Echt-)Mieten	-116.658.007,81	-114.331.422,78
» Pachten	-866.489,32	-1.133.928,34
» Leasing	-564.205,29	-466.274,53
» Lizenzen und Konzessionen	-1.514.387,92	-1.015.669,20
» Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	-3.703.177,15	-5.826.180,72
» Abgeordnete Bedienstete u. Leiharbeitskräfte	-1.937.374,93	-3.046.511,27
» Sonstige Aufwendungen für die Inanspruch- nahme von Rechten und Diensten	-3.899.317,92	-7.454.482,81
	<u>-129.142.960,34</u>	<u>-133.274.469,65</u>

Aufwendungen für Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Reisen sowie Wertkorrekturen und Sonstiges:		
» Zeitungen und Fachliteratur	-1.595.607,53	-1.417.567,12
» Porto und Versandkosten	-4.508.094,69	-4.097.493,74
» Gästebewirtung, Repräsentation, Öffentlichkeitsarbeit, Werbung	-1.404.914,96	-1.592.209,94
» Versicherungsbeiträge	-1.425.155,10	-1.271.958,07
» Telekommunikation	-6.442.048,57	-6.222.022,07
» Reisekosten	-2.732.528,87	-3.131.675,93
» Verluste aus Wertminderungen von Gegenständen des Umlaufvermögens	0,00	-970.366,65
» Verluste aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	-239.130,34	-333.517,34
» Übrige Aufwendungen	-7.793.976,88	-12.077.184,84
	<u>-26.141.456,94</u>	<u>-31.113.995,70</u>

Summe sonstige Aufwendungen	-177.673.089,22	-185.343.464,22

12. Summe Aufwendungen **Euro –5.656.105.431,09**
 (31. 12. 2016: Euro –5.441.701.521,26)

Ausgewiesen wird die Summe der in den Ziffern 7 bis 11 ausgewiesenen Aufwendungen.

13. Verwaltungsergebnis **Euro –393.858.152,60**
 (31. 12. 2016: Euro –381.439.920,40)

Das Verwaltungsergebnis stellt den Saldo aus Ziffer 6 (Summe Erträge) und Ziffer 12 (Summe Aufwendungen) dar.

14. Erträge aus Beteiligungen **Euro 11.620.569,62**
 (31. 12. 2016: Euro 1.036.606,63)

Ausgewiesen werden die Erträge aus Beteiligungen, z. B. Erträge aus Dividenden, Erträge aus Gewinnabführungen sowie aus Ausschüttungen.

	2017 Euro	2016 Euro
Erträge aus Beteiligungen	11.620.569,62	1.036.606,63
	11.620.569,62	1.036.606,63

**15. Erträge aus anderen Wertpapieren
und Ausleihungen Finanzanlagevermögen**

Euro 218.741.723,01
(31. 12. 2016: Euro 233.380.297,13)

Ausgewiesen werden die Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen Finanzanlagevermögen von Ländern, Gemeinden, verbundenen und nicht verbundenen Unternehmen, z. B. Zinserträge.

	2017 Euro	2016 Euro
Erträge aus anderen Wertpapieren		
Zinserträge:		
» von Gemeinden/ Gemeindeverbänden	188.975.278,84	198.689.216,24
» von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	29.766.735,85	34.722.709,71
Ausleihungen Finanzanlagevermögen		
Zinserträge:		
» von privaten inländischen Unternehmen	-291,68	-31.628,82
	218.741.723,01	233.380.297,13

16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Euro 199.020.146,20
(31. 12. 2016: Euro 266.754.528,07)

Ausgewiesen werden Zinserträge, die nicht als Erträge aus Beteiligungen oder aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens auszuweisen sind, z. B. Zinsen aus Einlagen bei Kreditinstituten oder Forderungen.

	2017 Euro	2016 Euro
Sonstige Zinsen vom/ von:		
» Erträgen Agio	2.873.774,68	751.433,17
» nicht verbundenen Unternehmen Swaps	138.482.957,58	211.898.329,58
» Bürgschaftsprovisionen	-14.000,00	0,00
» öffentlichen Sonderrechnungen	55.506.467,05	53.189.729,81
» sonstigen öffentlichen Bereich	2.170.946,89	730.001,57
» ausländischen Bereich	0,00	185.033,94
	199.020.146,20	266.754.528,07

17. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens

Euro –26.453.784,36

(31. 12. 2016: Euro –606.277.605,46)

In diesem Posten werden die außerplanmäßigen Abschreibungen auf Finanzanlagen ausgewiesen. Seit dem Jahresabschluss 2016 werden die Anteile der FHB an verbundenen Organisationen und Einrichtungen in Höhe des von der FHB gehaltenen Anteils am bilanziellen Eigenkapital angesetzt. Die vorgenommenen Abschreibungen wurden bei der jeweiligen Vermögensposition erläutert.

	2017 Euro	2016 Euro
Abschreibungen auf Finanzanlagen	–26.453.784,36	–606.277.605,46
	–26.453.784,366	–606.277.605,46

18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Euro –948.780.146,76

(31. 12. 2016: Euro –992.859.086,62)

Ausgewiesen werden Zinsen und ähnliche Aufwendungen, die für aufgenommenes Fremdkapital zu zahlen sind, z. B. Zinsswaps, Zinstermin- und Zinsoptionsgeschäfte, Zinsen für Kredite und Darlehen.

	2017 Euro	2016 Euro
Zinsen:		
» Verbundene Unternehmen	–529.659,98	–746.854,36
» Nicht verbundene Unternehmen Swaps	–441.444.331,37	–444.720.062,98
» Bund	–311.973,60	–326.900,34
» Länder	–181.125.608,40	–191.406.677,02
» Gemeinden/Gemeindeverbände	2.073.196,05	2.197.319,40
» Sonstige öffentliche Sonderrechnungen	183.132,33	–18.871.420,48
» Private inländische Unternehmen	–320.610.158,58	–332.330.522,61
» Sonstiger inländischer Bereich	–10.000,00	–10.000,00
» Sonstiger ausländischer Bereich	–609.060,00	–589.820,00
	–942.384.463,55	–986.804.938,39
Abschreibungen auf Disagio oder Damnum	–6.395.683,21	–6.054.148,23
Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen	–948.780.146,76	–992.859.086,62

19. Finanzergebnis

Euro –545.851.492,29

(31. 12. 2016: Euro –1.097.965.260,25)

Das Finanzergebnis stellt den Saldo aus den Ziffern 14 (Erträge aus Beteiligungen), 15 (Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen Finanzanlagevermögen), 16 (sonstige Zinsen und ähnliche Erträge), 17 (Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens) und 18 (Zinsen und ähnliche Aufwendungen) dar.

20. Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit **Euro –939.709.644,89**
(31. 12. 2016: Euro –1.479.405.180,65)

Das Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit wird aus den Salden der Ziffern 13 (Verwaltungsergebnis) und 19 (Finanzergebnis) ermittelt.

23. Steuern **Euro –25.555,77**
(31. 12. 2016 Euro –42.604,17)

In diesem Posten sind die Steuern der Gebietskörperschaft aus eigenen Steuerschuldverhältnissen auszuweisen. Es werden sowohl die Aufwendungen als auch die Erträge aus Erstattungen erfasst.

Zu den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag zählen z. B. die Körperschaftsteuer, die Gewerbesteuer, der Solidaritätszuschlag, die Kapitalertragsteuer sowie die entsprechenden ausländischen Steuern.

Als sonstige Steuern werden die Verbrauch- und Verkehrsteuern (z. B. Kfz-Steuer), die von der Verwaltung zu entrichten sind, ausgewiesen.

	2017 Euro	2016 Euro
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		
» Gewerbeertragsteuer	0,00	0,00
» Körperschaftsteuer lfd. Jahr	–7.400,00	–12.660,00
» Kapitalertragsteuer	–9.200,00	–19.910,00
Sonstige Steuern:		
» Kfz-Steuer	–8.955,77	–10.034,17
	–25.555,77	–42.604,17

Vgl. Rückstellungen S. 71.

24. Jahresfehlbetrag **Euro –939.735.200,66**
(31. 12. 2016: Euro –1.479.447.784,82)

Der Jahresfehlbetrag stellt den Saldo aller in der Ergebnisrechnung ausgewiesenen Aufwendungen und Erträge dar.

Sonstige Angaben

Innerbremische Verschuldung im doppelischen Jahresabschluss des Landes und der Stadtgemeinde Bremen

Im doppelischen Jahresabschluss des Landes und der Stadtgemeinde Bremen werden die Forderungen des Landes Bremen an die Stadtgemeinde Bremen mit den Verbindlichkeiten der Stadtgemeinde Bremen an das Land Bremen konsolidiert, sodass diese konsolidierte Betrachtung den Wert null ergibt.

	Stand 31.12.2017 Euro
Ausleihungen des Landes Bremen an die Stadtgemeinde Bremen	7.775.148.066,00
Verbindlichkeiten der Stadtgemeinde Bremen an das Land Bremen; davon:	7.775.148.066,00
» Laufzeit ein bis fünf Jahre	150.000.000,00
» Laufzeit über fünf Jahre	7.625.148.066,00

Derivative Finanzinstrumente

Die Senatorin für Finanzen ist gemäß Haushaltsgesetz ermächtigt, derivative Finanzinstrumente mit dem Ziel einzusetzen, die bestehenden und künftigen Zinsänderungsrisiken zu minimieren, die Zinsausgaben auf niedrigem Niveau zu verstetigen und die Zinskonditionen zu optimieren.

Per 31.12.2017 hat die Freie Hansestadt Bremen folgende Bestände an Derivaten:

Lfd. Zinssicherungsgeschäfte in Mio. Euro	Land zahlt fest	Land zahlt variabel	Nettoposition Land zahlt fest
Zinssatzswaps	3.475,0	3.865,5	-390,5
Zinssatzswaps mit Optionen			
» Verkauf	600,0	0,0	600,0
» Kauf	950,0	0,0	950,0
Zinssatzswaps mit Kündigungsrecht	7.019,0	2.050,0	4.969,0
Summe	12.044,0	5.915,5	6.128,5
Zinssatzswaps mit der Position fest/fest oder variabel/variabel	0,0	0,0	

Zinssicherungsgeschäfte mit Start in der Zukunft in Mio. Euro

	Land zahlt fest	Land zahlt variabel	Nettoposition Land zahlt fest
Zinssatzswaps	250,0	0,0	250,0
Zinssatzswaps mit Optionen			
» Verkauf	0,0	0,0	0,0
» Kauf	0,0	0,0	0,0
Zinssatzswaps mit Kündigungsrecht	12.000,0	0,0	12.000,0
Summe	12.250,0	0,0	12.250,0

Das Konnexitätsgebot zwischen Zinsderivat und Kreditgeschäft wurde mit Wirkung vom 26.03.2015 aufgegeben.

Mit Beschlüssen vom 25.02.2016, 03.03.2017 und 09.06.2017 hat der Haushalts- und Finanzausschuss Zinssicherungen mit Start in der Zukunft im Gesamtvolumen von 17.356 Mio. Euro zugestimmt. Zum 31.12.2017 sind Zinssatzswaps mit einem Nominalvolumen von 12.000 Mio. Euro abgeschlossen worden.

Haftungsverhältnisse

Unter den Haftungsverhältnissen sind die Verbindlichkeiten, die nur unter bestimmten Umständen eintreten können, aufzuführen. Abweichend von den Standards staatlicher Doppik werden nachstehend lediglich die Haftungsverhältnisse aus den Bürgschaften aufgeführt:

	2017 Euro	2016 Euro
Summe des Bürgschaftsbestandes		
(Eigenrisiko FHB)	1.553.817.154,28	1.220.104.058,58
abzgl. gebildeter Rückstellungen	-578.000,00	-613.000,00
Verbleibendes Haftungsrisiko	1.553.239.154,28	1.219.491.058,58

Eventualverbindlichkeiten

In seinem Jahresbericht 2012 (Land) empfiehlt der Rechnungshof Finanzanlagen der FHB mit negativem Eigenkapital als Eventualverbindlichkeiten auszuweisen, um die sich daraus ergebenden Risiken darzustellen.

Folgende Finanzanlagen weisen für 2017 ein negatives Eigenkapital aus:

Bremischer Anteil am Eigenkapital

	2017 Euro	2016 Euro
Focke-Museum	-226.938,75	-356.617,07
Übersee-Museum Bremen	-290.566,59	-290.565,79
	-517.505,34	-647.182,86

Anzahl der Beschäftigten in Bremen

Im Jahr 2017 waren insgesamt 27.013 Personen in den bremischen Einrichtungen beschäftigt. Diese Zahl umfasst die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten (Beamte und Angestellte) in der bremischen Kernverwaltung, in den Sonderhaushalten nach § 15 LHO, den Eigenbetrieben, Betrieben nach § 26 LHO, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie in privatrechtlich organisierten Gesellschaften, bei denen das Land Bremen mindestens 50 % der Anteile besitzt.

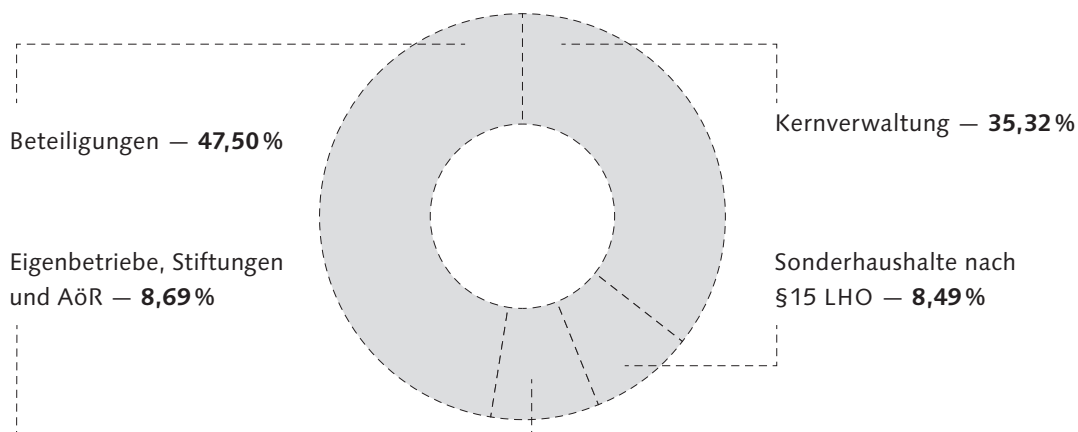
2017 arbeiteten 35,32 % der Beschäftigten in der Kernverwaltung und 64,68 % in den Gesellschaften. Die 27.013 Beschäftigten entsprechen einem Beschäftigungsvolumen (Umrechnung in Vollzeitkräfte) von 23.957.

Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten in Bremen

	Anzahl Beschäftigte ¹		Beschäftigungs- volumen	
	2017	2016	2017	2016
Kernverwaltung	18.174	17.238	16.568	15.702
Sonderhaushalte nach § 15 LHO	4.368	4.344	3.685	3.668
Eigenbetriebe, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts	4.471	4.333	3.704	3.564
Beteiligungen	24.436	22.854	20.770	19.426
Insgesamt	51.449	48.770	44.727	42.360

1 Mit Anwärtern,
Auszubildenden,
Praktikanten

Beschäftigte in Bremen nach Beschäftigungsbereichen (2017)



In der Kernverwaltung und den Ausgliederungen arbeiten insgesamt 11.889 Beamte/Beamtinnen und Richter/Richterinnen und 13.289 Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen. Davon sind 9.225 teilzeitbeschäftigt.

1 Die Beschäftigtenzahl bezieht sich auf die Kernverwaltung und die Ausgliederungen (ohne Beteiligungen)

Durchschnittliche Beschäftigtenzahl nach Gruppen¹

	2017
Beamte/Beamtinnen und Richter/-innen	11.889
Arbeitnehmer/-innen	13.289
Sonstige ²	1.836
Insgesamt	27.014
davon Teilzeitkräfte	9.225

2 Anwärterinnen und Anwärter, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten

Die Dienstbezüge für die Verwaltungsspitze (Bürgermeister/Bürgermeisterin, Senatorinnen und Senatoren sowie Staatsräte und Staatsrätinnen) liegen im Jahr 2017 bei rund 2,8 Mio. Euro. Für Versorgungsleistungen von ehemaligen Senatorinnen und Senatoren wurden rund 2,4 Mio. Euro ausgezahlt.

Beteiligungen der Freien Hansestadt Bremen

Die Freie Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde) führt neben ihren Eigenbetrieben, Stiftungen, Sonderhaushalten und sonstigen Sondervermögen Beteiligungen mit unterschiedlichen Besitzanteilen an privatwirtschaftlichen Unternehmen. Diese Beteiligungen werden größtenteils in der Rechtsform der GmbH oder AG geführt. Bei den Mehrheitsbeteiligungen werden die Einheiten gemäß „Handbuch Beteiligungsmanagement der Freien Hansestadt Bremen“ geführt. In diesem Regelwerk sind alle wesentlichen Vorgaben für die Geschäftsführung, den Aufsichtsrat und den Gesellschafter festgelegt. Sie betreffen die Organisation, die Standards zum Planungs- und Berichtswesen, Hinweise für die Organe der Gesellschaften, Mustertexte Recht und Rechts- und Verwaltungsvorschriften. Weitere zu beachtende Regelwerke sind u. a. der Public-Corporate-Governance-Kodex der Freien Hansestadt Bremen sowie die aktienrechtlichen Bestimmungen.

In den bisherigen Jahresabschlüssen der FHB wurde aus praktischen Gründen stets das Eigenkapital des vorangehenden Geschäftsjahres ausgewiesen. Auf Empfehlung des Rechnungshofes und um den einheitlichen Ausweis von Geschäftsbericht und Haushaltsrechnungen sicherzustellen, werden an dieser Stelle die jeweils aktuellen Eigenkapitalwerte und Jahresergebnisse der Finanzanlagen ausgewiesen.

**Unternehmen/Sondervermögen (SV)/Sonderhaushalte (SH)/
Anstalten öffentlichen Rechts (AÖR)**

	Bremische Anteile %	Eigenkapital 2017 Euro	Ergebnis Gewinn/Verlust 2017 Euro
Finanzanlagen der Freien Hansestadt Bremen (Land)			
Aareal Bank AG, Wiesbaden ¹	0,00	1.971.900.000,00	147.100.000,00
Alfred-Wegener-Institut Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung	8,00	330.000,00	330.000,00
Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH, Bremen ^{2,3}	50,00	94.878,96	0,00
Bremer Toto und Lotto GmbH, Bremen	66,67	4.715.633,41	403.243,41
Bremerhavener Gesellschaft für Investitions- förderung und Stadtentwicklung mbH (BIS), Bremerhaven	13,60	3.761.105,53	124.485,73
Dataport, rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts, Altenholz	5,88	30.698.780,83	235.457,89
DEGES, Berlin	5,91	122.840,00	6.260,00
DZHW – Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH, Hannover	1,85	533.333,36	48.784,41
Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH (FBG), Bremerhaven	100,00	333.005,30	0,00
FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht, gGmbH, Grünwald	6,25	1.068.955,87	-14.927,30
HIS Hochschul-Informations-System eG ⁴	0,48 ⁵	14.245.872,99	919.321,58
Hochschule Bremen (SH), Bremen	100,00	91.318.251,53	-4.652.839,80
Hochschule Bremerhaven (SH), Bremerhaven	100,00	32.652.952,25	-1.285.966,07
Hochschule für Künste Bremen (SH), Bremen	100,00	29.804.037,49	177.683,91
InphA GmbH – Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik	16,67	2.153.007,58	-1.515.108,34
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main	0,33	24.068.000.000,00	895.000.000,00
Kunst- und Ausstellungshalle der Bundes- republik Deutschland GmbH, Bonn	2,44	6.521.279,64	-7.691.290,32
Länderzentrum für Niederdeutsch gGmbH, Bremen ^{6,2}	25,00	0,00	0,00
Landesuntersuchungsamt (SH), Bremen	100,00	0,00	0,00
LEA Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mbH, Hannover	5,00	95.027,61	19.077,70
Münchener Hypothekenbank eG, München ⁷	0,00	1.343.867.378,81	32.453.258,81
nordmedia – Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH, Hannover	15,20	1.113.340,89	-45.755,08
Performa Nord GmbH, Bremen	100,00	89.380,24	481,93
Performa Nord, Eigenbetrieb, Bremen	100,00	8.718.972,48	-397.868,00
Staats- und Universitätsbibliothek Bremen (SH), Bremen	100,00	2.974.769,06	2.078.456,37
SV Bremer Kapitaldienstfonds, Bremen	100,00	0,00	0,00
SV Fischereihafen, Bremen	100,00	44.392.441,05	-12.905.824,27

	Bremische Anteile %	Eigenkapital 2017 Euro	Ergebnis Gewinn/Verlust 2017 Euro
SV Gewerbeflächen, Bremen	100,00	15.220.080,31	-4.347.073,33
SV Immobilien und Technik, Bremen	100,00	30.785.655,43	3.466.946,65
SV Versorgungsrücklage des Landes Bremen, Bremen	100,00	0,00	0,00
Universität Bremen (SH), Bremen	100,00	201.510.772,97	1.957.507,53
Wirtschaftsförderung Bremen GmbH, Bremen	92,27	118.458.390,42	-741.876,87
Finanzanlagen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)			
Abfalllogistik Bremen GmbH, Bremen ²	100,00	0,00	0,00
Abfalllogistik Bremen Holding GmbH & Co. KG, Bremen ²	100,00	0,00	0,00
Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH, Bremen ^{2,3}	50,00	94.878,96	0,00
botanika GmbH, Bremen	100,00	3.339.550,67	0,00
bremenports Beteiligungs GmbH, Bremerhaven	100,00	27.834,91	203,48
bremenports GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	250.000,00	525.061,04
Bremer Bäder GmbH, Bremen	97,65	2.899.648,01	35.867,45
Bremer Energie-Konsens GmbH, Bremen	10,10	695.215,26	-121.706,69
Bremer Lagerhaus Gesellschaft AG von 1877 (BLG), Bremen	50,42	20.211.323,32	2.315.305,08
Bremer Lagerhaus Logistics Group AG & Co. KG, Bremen	100,00	309.004.312,88	40.957.834,83
Bremer Philharmoniker GmbH, Bremen	52,00	402.544,47	-3.697,43
Bremer Theater Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG, Bremen	100,00	425.000,00	-5.739,52
Bremer Verkehrs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Bremen ⁸	100,00	505.329.803,74	45.899.265,52
Bremer Volkshochschule, Bremen	100,00	684.580,02	797.363,31
BREPARK GmbH, Bremen	3,00	17.171.402,33	-921.000,00
Columbus Cruise Center GmbH, Bremerhaven	43,00	1.036.119,29	253.334,30
ekz.bibliotheksservice GmbH, Reutlingen	2,81	13.815.698,41	3.251.286,17
Facility Management Bremen GmbH, Bremen	100,00	601.884,75	19.474,75
Fähren Bremen-Stedingen GmbH, Bremen	55,00	7.425.372,66	268.016,55
Flughafen Bremen GmbH, Bremen	100,00	79.772.448,25	3.343.336,80
Focke-Museum, Bremen	100,00	-226.938,75	129.678,32
Gesundheit Nord gGmbH Klinikverbund Bremen (Konzern), Bremen	100,00	126.316.133,07	-11.054.167,81
Gesundheit Nord Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG, Bremen	100,00	116.869.244,72	199.067,69
Governikus Bremen GmbH, Bremen	100,00	26.211,56	161,44
Governikus GmbH & Co. KG, Bremen	55,10	5.719.936,18	879.299,42
Großmarkt Bremen GmbH, Bremen	100,00	10.531.132,43	219.995,76

	Bremische Anteile %	Eigenkapital 2017 Euro	Ergebnis Gewinn/Verlust 2017 Euro
1 Die gesamten bremischen Anteile der FHB an der Aareal Bank AG wurden im Dezember 2017 veräußert.			
2 Der Jahresab- schluss für das Geschäftsjahr 2017 lag zum Zeitpunkt der Erstellung die- ses Berichts noch nicht vor.			
3 Es wurde der Jahresabschluss für das Jahr 2016 herangezogen.			
4 Der bremische Anteil am Genos- senschaftskapital beträgt 5.000 Euro			
5 Schwankender Prozentsatz, da Genossenschafts- kapital variieren kann			
6 Gegründet im Dezember 2017			
7 Bremisches Eigen- kapital Festbe- trag in Höhe von 70 Euro			
8 Umbenannt, ehe- mals Bremer Ver- kehrsgesellschaft mbH, Bremen			

Da es sich beim Landesuntersuchungsamt und dem Bremer Kapitaldienstfonds um kameral buchende Sonderhaushalte handelt, werden diese wertmäßig nicht in dem doppelten Jahresabschluss erfasst.

Finanzrechnung

zum 31.12.2017

Die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes wird in Form einer Cashflow-Rechnung dargestellt.

+ 844,07 Mio. Euro
Cashflow aus der Verwaltungstätigkeit

– 622,30 Mio. Euro
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit

Die Finanzrechnung stellt die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes des Haushaltsjahres in Form einer Cashflow-Rechnung dar.

Dabei werden ausgehend vom Jahresergebnis die liquiditätswirksamen und nicht liquiditätswirksamen Veränderungen der Vermögens- und Erfolgsrechnung innerhalb eines Haushaltsjahres nach bestimmten Kriterien dargestellt. Es wird letztendlich wie bei der kameralen Haushaltsrechnung auf Betrachtung der liquiden Einnahmen und Ausgaben abgestellt.

Die Freie Hansestadt Bremen hat sich unter Anwendung der Standards staatlicher Doppik bei Ermittlung des Cashflows aus der laufenden Verwaltungstätigkeit (CF I) für die indirekte Ermittlungsmethode entschieden. Die Cashflows aus Investitionstätigkeit (CF II) und aus Finanzierungstätigkeit (CF III) werden, wie in den Standards vorgegeben, nach der direkten Methode, also auf der Basis von Zahlungsdaten, ermittelt.

Die Finanzrechnung baut sich wie folgt auf:

» **Cashflow I** (CF aus der laufenden Verwaltungstätigkeit = operativer CF)

Der Cashflow I gibt die zahlungswirksame Tätigkeit wieder, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen ist. Bei der indirekten Methode wird das Jahresergebnis ohne Berücksichtigung des außerordentlichen Ergebnisses um nicht zahlungswirksame Aufwendungen und Erträge bereinigt.

» **Cashflow II** (CF aus Investitionstätigkeit)

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit umfasst den Erwerb und die Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens sowie von längerfristigen finanziellen Vermögenswerten, die nicht dem Finanzmittelfonds oder der Finanzierungstätigkeit zuzurechnen sind.

» **Cashflow III** (CF aus Finanzierungstätigkeit)

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit umfasst alle zahlungswirksamen Aktivitäten, die sich auf den Umfang und die Zusammensetzung der Eigenkapitalposten und der Finanzschulden der Gebietskörperschaft auswirken, vor allem die Aufnahme und Tilgung von Krediten. Hier können auch Maßnahmen der Binnenfinanzierung wie etwa die Finanzierung von Versorgungsleistungen abgebildet werden.

Die Bestände an Zahlungsmitteln (Barmitteln und täglich fälligen Sichteinlagen) und Zahlungsmitteläquivalenten (als Liquiditätsreserven gehaltenen, kurzfristigen, äußerst liquiden Finanzmitteln, die jederzeit in Zahlungsmittel umgewandelt werden können und nur unwesentlichen Wertschwankungen unterliegen) werden als Finanzmittelfonds bezeichnet.

Der Finanzmittelfonds zum Stichtag muss mit der Summe aus Cashflow I, II und III sowie dem Bestand des Finanzmittelfonds zu Beginn der Periode übereinstimmen.

Im Gegensatz zur Darstellung im Anhang werden Leerposten in der Finanzrechnung ausgewiesen.

Nr.	Bezeichnung	31.12.2017 Euro	31.12.2016 Euro
CF I	Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit		
1	Jahresergebnis ohne außerordentliche Posten	-939.735.200,66	-1.479.447.784,82
1.1	+/- Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-939.735.200,66	-1.479.447.784,82
1.2	+/- außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
2	+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf das Anlagevermögen	162.190.410,18	740.187.549,65
2.1	+ Abschreibungen auf das Anlagevermögen	162.190.410,18	740.187.549,65
2.2	- Zuschreibungen auf das Anlagevermögen	0,00	0,00
3	+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	839.615.157,10	885.823.743,99
3.1	+ Zunahme der Rückstellungen	848.295.011,61	895.527.887,92
3.2	- Abnahme der Rückstellungen	-8.679.854,51	-9.704.143,93
4	+/- sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	860.862.369,61	196.765.615,42
4.1	+ sonstige zahlungsunwirksame betriebliche Aufwendungen	890.675.570,39	225.118.621,52
4.2	- sonstige zahlungsunwirksame betriebliche Erträge	-29.813.200,78	-28.353.006,10
5	+/- Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Anlagevermögen	79.460,94	331.658,17
5.1	- Erträge aus dem Abgang von AV	-159.669,40	-1.859,17
5.2	+ Verluste aus dem Abgang von AV	239.130,34	234.002,19
5.3	- Erträge aus dem Abgang von Anteilen an Unternehmen	0,00	0,00
5.4	+ Verluste aus dem Abgang von Anteilen an Unternehmen	0,00	99.515,15
6	+/- Abnahme/Zunahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-1.149.592.094,45	39.895.462,02
6.1	Vorräte und geleistete Anzahlungen auf Vorräte	15.617,08	38.622,58
6.2	Forderungen aus Steuern	24.857.000,00	-3.331.000,00
6.3	Forderungen aus Zuweisungen und Zuschüssen	-626.023,92	333.681,58
6.4	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	78.710.777,06	-23.382.054,46
6.5	Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Einrichtungen, gegen Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, gegen Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	-94.738.324,13	81.655.505,97
6.6	Forderungen aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen	-6.595.384,86	3.501.053,17
6.7	Sonstige Vermögensgegenstände	-1.145.601.787,74	-14.590.716,90
6.8	Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
6.9	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	-5.613.967,94	-4.329.629,92

Nr.	Bezeichnung	31.12.2017 Euro	31.12.2016 Euro
CF I	Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit		
7	+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.070.647.503,71	76.977.125,05
7.1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (soweit nicht CF III)	1.116.340.191,64	350.205.399,34
7.2	Verbindlichkeiten aus Steuern	-50.168,99	-2.716.291,58
7.3	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen	0,00	0,00
7.4	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	0,00
7.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	46.765,18	-42.138,13
7.6	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Einrichtungen, gegenüber Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, gegenüber Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	174.900.032,59	42.767.744,72
7.7	Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen	-43.432.921,13	10.384.018,38
7.8	Sonstige Verbindlichkeiten	-181.376.620,90	-328.690.174,51
7.9	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	4.220.225,32	5.068.566,83
8	+/- Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Positionen	0,00	0,00
8.1	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
8.2	Außerordentlicher Aufwand	0,00	0,00
9	Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit (CF I)	844.067.606,43	460.533.369,48
CF II	Cashflow aus Investitionstätigkeit		
10	+ Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	7.100,00	800,00
11	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-14.135.775,74	-14.166.863,01
12	+ Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	15.035,65	100,00
13	- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-25.541.003,00	-51.125.733,58
14	+ Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	344.867,40	16.000,00
15	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-100.600.000,00	-91.180.000,00

Nr.	Bezeichnung	31.12.2017 Euro	31.12.2016 Euro
CF II	Cashflow aus Investitionstätigkeit		
16	+ Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0,00	0,00
17	– Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0,00	0,00
18	+ Einzahlungen aus erhaltenen Investitionszuweisungen und Investitionszuschüssen	23.796.077,35	49.215.331,94
19	Cashflow aus Investitionstätigkeit (CF II)	–116.113.698,34	–107.240.364,65
CF III	Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		
20	+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0,00	0,00
21	– Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	0,00	0,00
22	+ Einzahlungen aus der Ausgabe von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	1.684.499.000,00	2.126.361.501,00
22.1	Anleihen und Obligationen	1.300.000.000,00	1.837.500.000,00
22.2	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (soweit nicht CF I)	131.499.000,00	139.861.501,00
22.3	Sonstige Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	253.000.000,00	149.000.000,00
23	– Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	–2.306.803.410,86	–2.301.100.199,29
23.1	Anleihen und Obligationen	–1.450.000.000,00	–2.175.000.000,00
23.2	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (soweit nicht CF I)	–234.175.835,60	–119.586.240,95
23.3	Sonstige Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	–622.627.575,26	–6.513.958,34
24	Cashflow aus Finanzierungstätigkeit (CF III)	–622.304.410,86	–174.738.698,29
25	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus 9, 19 und 24)	105.649.497,23	178.554.306,54
26	+/- wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0,00	0,00
26.1	Kurzfristige Geldanlagen	0,00	0,00
26.2	Festgeld	0,00	0,00
26.3	Bankkonten	0,00	0,00

Nr.	Bezeichnung	31.12.2017 Euro	31.12.2016 Euro
26.4	Kassen	0,00	0,00
26.5	Handvorschüsse	0,00	0,00
26.6	Zahlstellen	0,00	0,00
26.7	Geldannahmestellen	0,00	0,00
26.8	Kurzfristige Kassenkredite	0,00	0,00
27	+ Finanzmittelfonds 01.01. des Jahres	2.508.686.578,32	2.330.132.271,78
27.1	Kurzfristige Geldanlagen		
27.2	Festgeld	0,00	0,00
27.3	Bankkonten	2.508.528.849,40	2.329.986.416,03
27.4	Kassen	157.728,92	145.855,75
27.5	Handvorschüsse	0,00	0,00
27.6	Zahlstellen	0,00	0,00
27.7	Geldannahmestellen	0,00	0,00
27.8	Kurzfristige Kassenkredite	0,00	0,00
28	Summe Cashflow und Finanzmittelfonds 01.01. des Jahres	2.614.336.075,55	2.508.686.578,32
29	Finanzmittelfonds 31.12. des Jahres	2.614.336.075,55	2.508.686.578,32
	Kurzfristige Geldanlagen	0,00	0,00
	Festgeld	0,00	0,00
	Bankkonten	2.614.177.296,77	2.508.528.849,40
	Kassen	158.742,68	157.728,92
	Schecks	36,10	0,00
	Handvorschüsse	0,00	0,00
	Zahlstellen	0,00	0,00
	Geldannahmestellen	0,00	0,00
	Kurzfristige Kassenkredite	0,00	0,00

Die Freie Hansestadt Bremen erstellt im Rahmen des doppelten Jahresabschlusses eine Finanzrechnung in Form einer Cashflow-Rechnung. In dieser werden Herkunft und Verwendung der flüssigen Geldmittel für

die laufende Verwaltungs-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit innerhalb des Haushaltsjahres aufgezeigt und den Zahlen des Vorjahres gegenübergestellt.

Glossar

Abschreibungen

Die Abschreibungen stellen die Wertminderungen von Vermögensgegenständen des Anlage- und Umlaufvermögens dar.

Anlagenbuchhaltung

Die Anlagenbuchhaltung dient als Nebenbuchhaltung der Finanzbuchhaltung zum Ausweis der Anlagegüter und deren Werteverzehr in Form der Abschreibungen.

Anlagevermögen

Als Anlagevermögen werden alle Vermögensgegenstände bezeichnet, die dazu dienen sollen, langfristig zur Aufgabenerfüllung der Freien Hansestadt Bremen beizutragen.

Beteiligungen

Beteiligungen stellen den Anteil an privatrechtlich organisierten Unternehmen dar.

Bilanz

Siehe Vermögensrechnung.

Bürgschaft

Durch eine Bürgschaft wird eine Verpflichtung begründet, ggf. für eine fremde Geldschuld gegenüber einem Dritten einzustehen.

Cashflow

Der Cashflow ist eine finanzielle Größe, die im Rahmen der Finanzrechnung ermittelt wird und den in einer Periode erfolgswirksam erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss angibt.

Doppelte Buchführung (Doppik)

Die doppelte Buchführung in Konten (Doppik) ist ein Rechnungswesenssystem, in dem jeder Geschäftsvorfall sowohl auf seine Auswirkung hinsichtlich des Erfolges als auch hinsichtlich der Auswirkungen auf das Vermögen aufgezeichnet wird.

Eigenbetrieb nach §26 Abs. 2 LHO

Ein Eigenbetrieb ist ein nicht rechtsfähiges Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen (FHB), das durch

Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes entstanden und zur Erfüllung einzelner Aufgaben der FHB bestimmt ist. Entsprechend gelten für ihn die Vorschriften der LHO, soweit durch ein anderes Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

Eigenkapitalspiegelbildmethode

Die sogenannte Eigenkapitalspiegelbildmethode ist eine Methode für die Bewertung von Anteilen an verbundenen Organisationen und Beteiligungen. Diese sind ausgehend von den Anschaffungskosten mit dem Wert anzusetzen, der dem anteiligen bilanziellen Eigenkapital der FHB entspricht.

Erfolgsrechnung

In der Erfolgsrechnung wird für die Rechnungsperiode der Ertrag dem Aufwand gegenübergestellt und das Ergebnis der Periode ermittelt. Die Erfolgsrechnung wird auch als Gewinn- und Verlustrechnung bezeichnet.

Finanzrechnung

Die Finanzrechnung ermittelt als Bestandteil des doppelten Jahresabschlusses in der FHB als Liquiditätsrechnung den Unterschiedsbetrag zwischen den Ein- und Auszahlungen.

Fundierte Schulden

Fundierte Schulden sind Staatsschulden, die grundsätzlich langfristig bestehen. Damit sind Verbindlichkeiten der öffentlichen Hand gemeint, die regelmäßig über eine längere Laufzeit (ein Jahr oder länger) zurückgezahlt werden.

Gewinn- und Verlustrechnung (siehe Erfolgsrechnung)

Gemäß den Festlegungen in den Standards staatlicher Doppik wird der Begriff Gewinn- und Verlustrechnung durch den Begriff Erfolgsrechnung ersetzt.

Haushaltsrechnung

Die Haushaltsrechnung ist die kamerale Jahresrechnung über den Haushalt, die dem Parlament zur Entlastung des Senats vorzulegen ist.

Investitionen

Investitionen sind langfristig nutzbare Vermögensgegenstände, die im Anlagevermögen ausgewiesen werden.

Kameralistik

Die Kameralistik ist ein überwiegend von der öffentlich-rechtlich organisierten Verwaltung angewendetes Buchführungssystem, bei dem Einnahmen und Ausgaben geführt werden und den geplanten Einnahmen und Ausgaben (Anschlag bzw. Soll) sowie tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben (Ist) eines Haushaltsjahres gegenübergestellt werden.

Kernverwaltung (FHB)

Die Kernverwaltung bildet den originären Kern staatlicher Aufgabenwahrnehmung ab, die unmittelbar über die bremischen Haushalte abgewickelt wird.

Rechnungsabgrenzung

Die Rechnungsabgrenzung ist die periodengerechte Abgrenzung von Aufwendungen und Erträgen. In Abweichung von den tatsächlichen Zahlungsströmen wird der Ertrag bzw. der Aufwand den verursachungsgerechten Perioden zugeordnet.

Rücklagen

Rücklagen sind Teil des Kapitals, das buchungstechnisch bestimmten zukünftigen bekannten Zwecken zugeführt werden soll.

Rückstellungen

Rückstellungen sind eine Berücksichtigung von zukünftigem Aufwand, dessen Eintreten dem Grund oder der Höhe nach noch nicht sicher ist und der in der abzuschließenden Rechnungsperiode verursacht wurde.

Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO

Ein Sondervermögen ist ein rechtlich unselbstständiger, abgesonderter Teil des Vermögens der FHB. Es ist durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes begründet und dient der Erfüllung einzelner Aufgaben der gründenden Gebietskörperschaft.

Sonstige Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO

Ein sonstiges Sondervermögen ist eine bewirtschaftete, rechtlich unselbstständige, abgesonderte Vermögensmasse der FHB ohne Personalkörper in Ausgestaltung eines Sondervermögens nach § 26 Abs. 2 LHO.

Standards staatlicher Doppik

Als untergesetzliche Normierung zum Haushaltsgrundsatzgesetz werden in den Standards staatlicher Doppik für die Länder und den Bund einheitliche Ansatz-, Bewertungs- und Darstellungsregeln zum doppischen Rechnungswesen festgelegt.

Umlaufvermögen

Als Umlaufvermögen werden alle Vermögensgegenstände bezeichnet, die dazu bestimmt sind, kurzfristig der FHB zu dienen.

Vermögensnachweis

Der Vermögensnachweis ist die zusammengefasste Übersicht über das Vermögen und die Schulden der FHB zum Stichtag des jeweiligen Haushaltsjahres.

Vermögensrechnung

Die Vermögensrechnung ist die stichtagsbezogene Gegenüberstellung der Vermögenswerte und deren Finanzierung. In privatwirtschaftlichen Unternehmen wird die Vermögensrechnung als Bilanz bezeichnet.

Zinssatzswaps

Ein Zinssatzswap ist ein Zinsderivat, bei dem zwei Vertragspartner vereinbaren, zu bestimmten zukünftigen Zeitpunkten Zinszahlungen auf festgelegte Nennbeträge auszutauschen. Die Zinszahlungen werden meist so festgesetzt, dass eine Partei einen bei Vertragsabschluss festgesetzten Festzinssatz zahlt, die andere Partei hingegen einen variablen Zinssatz.

Zuwendungen

Zuwendungen sind Leistungen nach § 23/§ 44 LHO aus dem öffentlichen Haushalt an Stellen außerhalb der FHB zur Erfüllung von Aufgaben, an denen die öffentliche Hand ein erhebliches Interesse hat.

Abkürzungen

AG	Aktiengesellschaft
AöR	Anstalt öffentlichen Rechts
BEZ	Bundesergänzungszuweisung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
Doppik	Doppelte Buchführung in Konten
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
eG	Eingetragene Genossenschaft
FHB	Freie Hansestadt Bremen
FöKo	Föderalismuskommission
gGmbH	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH & Co. KG	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft
GWG	Geringwertige Wirtschaftsgüter
LFA	Länderfinanzausgleich
LHO	Landeshaushaltsordnung
ReSoSta	Regionales Sonderprogramm zur Unterstützung der Wirtschaftsstruktur und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Land Bremen in Begleitung der Umstrukturierungen im Stahlsektor
StaBu	Statistisches Bundesamt
StaLa	Statistisches Landesamt
SV	Sondervermögen

IMPRESSUM

Herausgeber

Freie Hansestadt Bremen
Die Senatorin für Finanzen
Presse- & Öffentlichkeitsarbeit
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Telefon: 0421 361 4072

Fax: 0421 496 4072

office@finanzen.bremen.de

www.finanzen.bremen.de/info/Bilanzberichte

Druck

Druckerei der Senatorin für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Konzept und Gestaltung

Büro 7 visuelle Kommunikation GmbH, Bremen

Dieser Geschäftsbericht wurde – mit Ausnahme des Umschlags – auf Recyclingpapier (Image Recycled High White von Antalis) gedruckt. Es besteht zu 100% aus Altpapier und erfüllt alle Anforderungen des Blauen Engels.

BILDNACHWEIS

Titel, Umschlag: Freie Hansestadt Bremen

Seite 3: Freie Hansestadt Bremen

Seite 6: Freie Hansestadt Bremen

Seite 10: Senatspressestelle

Seite 23: WFB/A24 LANDSCHAFT GmbH

Seite 28: Freie Hansestadt Bremen

Seite 36: Freie Hansestadt Bremen

Seite 47: Freie Hansestadt Bremen

Seite 115: Freie Hansestadt Bremen



Die Bremer Wallmühle

TEIL B

HAUSHALTSRECHNUNG
DES LANDES BREMEN 2017



INHALTSÜBERSICHT

Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen

	<u>Seite</u>
Gesamtrechnungsnachweisung	1
Einnahmen - Kapitel- und Einzelplansummen -	2
Ausgaben - Kapitel- und Einzelplansummen -	26
Einnahmen - Einzelplansummen -	50
Ausgaben - Einzelplansummen -	52
Erläuterungen zur Gesamtrechnungsnachweisung	54
Kassenmäßiger Abschluss, Haushaltsabschluss	57
Finanzierungssaldo	59
Anlagen zur Haushaltsrechnung	
Anlage 1 - Übersicht über erhebliche Solländerungen und erhebliche Abweichungen zwischen Soll- und Ist-Beträgen	63
- Erläuterungen der Solländerungen und Abweichungen	71
- Haushaltsüberschreitungen	85
- Personalausgaben	88
Anlage 2 - Übersichten über niedergeschlagene und erlassene Beträge	89
Anlage 3 - Vermögensnachweis	91
- Übersichten über Beteiligungen, Sachanlagen, Forderungen, Rücklagen, Sondervermögen und Eigenbetriebe, Schulden und Bürgschaftsver- pflichtungen, Grundbesitz	92
Anlage 4 - Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Eigenbetriebe, der Sondervermögen, der Hochschulen und Immobilien Bremen (AöR) in Kurzfassung,	107
- Jahresrechnungen der Sondervermögen Bremer Kapitaldienstfonds und Versorgungsrücklage	133
- Jahresrechnung der Anstalt zur Bildung einer Rücklage zur Versorgungsvorsorge	146
Anlage 5 - Zusammenfassung der Vermögensnachweise von Land und Stadtgemeinde Bremen	149
- Entwicklung der fundierten Schulden der bremischen Körperschaften	151
- Überleitungstabelle Kreditschulden kameral und Kreditschulden doppisch	152
- Zusammenstellung über die Schulden der Gesell- schaften mit mehrheitlicher Beteiligung Bremens	153
Anlage 6 - Einnahmen und Ausgaben der Sonderhaushalte	155

Anlage 7 - Liquiditätssteuerung	159
Anlage 8 - Anpassung Tilgungsplan	161

Gesamrechnungsnachweisung

Die Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr **2017** enthält die Gesamtbeträge der Kapitel und die Gesamtbeträge der Einzelpläne unter Berücksichtigung der nach § 81 LHO vorgeschriebenen Gliederung.

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
00			Bürgerschaft,Senat,Rechnungshof,Staatsgerichtshof, Bundesangelegenheiten,Datenschutz,Inneres,Frauen	
	0010		Bremische Bürgerschaft	7.835.109,04 0,00 0,00
	0011		Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen	2.237.080,00 0,00 0,00
	0012		Staatsgerichtshof	0,00 0,00 0,00
	0020		Senat und Senatskanzlei	5.832.066,09 0,00 0,00
	0028		Die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und Europa	718.604,70 0,00 0,00
	0029		Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit	7.591,35 0,00 0,00
	0030		Behörde d. Sen. für Inneres und Sport	2.828.751,96 0,00 0,00
	0031		Allgemeine Bewilligungen für Inneres	824.644,07 0,00 0,00
	0032		Landesamt für Verfassungsschutz	19.150,00 0,00 0,00
	0034		Polizei Bremen	6.160.071,85 0,00 0,00
	0036		Statistisches Landesamt	743.634,74 0,00 0,00
	0037		Digitalfunk	498.826,75 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

1

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
	Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren			
6	7	8	9	10
7.835.109,04	7.654.460,00 0,00 0,00	20.716,69 0,00	7.675.176,69	159.932,35
2.237.080,00	2.237.080,00 0,00 0,00	0,00 0,00	2.237.080,00	0,00
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
5.832.066,09	5.506.200,00 0,00 0,00	290.611,32 0,00	5.796.811,32	35.254,77
718.604,70	361.980,00 0,00 0,00	350.023,22 0,00	712.003,22	6.601,48
7.591,35	0,00 0,00 0,00	7.590,85 0,00	7.590,85	0,50
2.828.751,96	2.916.920,00 0,00 0,00	4.549,28- 0,00	2.912.370,72	83.618,76-
824.644,07	0,00 0,00 0,00	642.210,74 0,00	642.210,74	182.433,33
19.150,00	0,00 0,00 0,00	19.150,00 0,00	19.150,00	0,00
6.160.071,85	7.026.000,00 0,00 0,00	123.352,76 0,00	7.149.352,76	989.280,91-
743.634,74	865.800,00 0,00 0,00	37.989,81 0,00	903.789,81	160.155,07-
498.826,75	34.000,00 0,00 0,00	274.826,75 0,00	308.826,75	190.000,00

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
	0038		Landesfeuerweherschule (bis 2013)	0,00 0,00 0,00
	0045		Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau	349.596,95 0,00 0,00
			Summe der Einnahmen:	28.055.127,50 0,00 0,00
01			Justiz und Verfassung, Sport	
	0100		Behörde d. Sen. für Justiz und Verfassung	19.065,10 0,00 0,00
	0101		Allgemeine Bewilligungen für Justiz und Verfassung	1.452.662,16 0,00 0,00
	0102		Soziale Dienste der Justiz	23.744,34 0,00 0,00
	0110		Generalstaatsanwaltschaft Bremen	334,00 0,00 0,00
	0111		Staatsanwaltschaft Bremen	59.715.624,30 0,00 0,00
	0120		Justizvollzugsanstalt Bremen	661.476,22 0,00 0,00
	0130		Hanseatisches Oberlandesgericht	687.058,19 0,00 0,00
	0131		Landgericht Bremen	5.635.070,12 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

2

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen		
6	7	8	9	10
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
349.596,95	334.750,00 0,00 0,00	23.338,86 0,00	358.088,86	8.491,91-
28.055.127,50	26.937.190,00 0,00 0,00	1.785.261,72 0,00	28.722.451,72	667.324,22-
19.065,10	3.790,00 0,00 0,00	0,00 0,00	3.790,00	15.275,10
1.452.662,16	199.540,00 0,00 0,00	1.234.052,88 0,00	1.433.592,88	19.069,28
23.744,34	720,00 0,00 0,00	23.130,78 0,00	23.850,78	106,44-
334,00	2.010,00 0,00 0,00	0,00 0,00	2.010,00	1.676,00-
59.715.624,30	5.693.200,00 0,00 0,00	1.127.647,72 0,00	6.820.847,72	52.894.776,58
661.476,22	532.000,00 0,00 0,00	22.054,43 0,00	554.054,43	107.421,79
687.058,19	793.000,00 0,00 0,00	0,00 0,00	793.000,00	105.941,81-
5.635.070,12	5.355.260,00 0,00 0,00	16.775,00 0,00	5.372.035,00	263.035,12

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
	0132		Amtsgericht Bremen	22.373.580,53 0,00 0,00
	0133		Amtsgericht Bremerhaven	5.403.724,02 0,00 0,00
	0134		Amtsgericht Bremen-Blumenthal	3.248.276,01 0,00 0,00
	0141		Justizprüfungsamt	4.295,50 0,00 0,00
	0150		Landesarbeitsgericht	77.750,47 0,00 0,00
	0151		Arbeitsgericht Bremen-Bremerhaven	277.948,48 0,00 0,00
	0160		Finanzgericht	473.615,08 0,00 0,00
	0170		Landessozialgericht Niedersachsen - Bremen	0,00 0,00 0,00
	0171		Sozialgericht	281.032,04 0,00 0,00
	0180		Oberverwaltungsgericht	70.784,27 0,00 0,00
	0181		Verwaltungsgericht	347.309,79 0,00 0,00
			Summe der Einnahmen:	100.753.350,62 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

der Landeshauptkasse Bremen
für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen		
6	7	8	9	10
22.373.580,53	20.254.260,00 0,00 0,00	415.299,82 0,00	20.669.559,82	1.704.020,71
5.403.724,02	4.090.670,00 0,00 0,00	707.811,80 0,00	4.798.481,80	605.242,22
3.248.276,01	2.848.350,00 0,00 0,00	87.495,68 0,00	2.935.845,68	312.430,33
4.295,50	1.000,00 0,00 0,00	0,00 0,00	1.000,00	3.295,50
77.750,47	70.100,00 0,00 0,00	0,00 0,00	70.100,00	7.650,47
277.948,48	309.100,00 0,00 0,00	0,00 0,00	309.100,00	31.151,52-
473.615,08	132.200,00 0,00 0,00	312.805,00 0,00	445.005,00	28.610,08
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
281.032,04	227.200,00 0,00 0,00	0,00 0,00	227.200,00	53.832,04
70.784,27	60.100,00 0,00 0,00	0,00 0,00	60.100,00	10.684,27
347.309,79	289.500,00 0,00 0,00	8.000,00 0,00	297.500,00	49.809,79
100.753.350,62	40.862.000,00 0,00 0,00	3.955.073,11 0,00	44.817.073,11	55.936.277,51

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
02			Bildung und Wissenschaft, Kultur	
	0200		Behörde d. Sen. für Kinder und Bildung	9.327.539,56 0,00 0,00
	0201		Allgemeine Bewilligungen für Bildung	11.134.647,20 0,00 0,00
	0202		Allgemeine Bewilligungen für Kinderbetreuung	2.932.103,00 0,00 0,00
	0230		Landesinstitut für Schule	270.585,80 0,00 0,00
	0250		Behörde d. Sen. für Kultur	5.211,00 0,00 0,00
	0251		Allgemeine Bewilligungen für Kultur	3.013.386,55 0,00 0,00
	0255		Allgemeine Weiterbildung	0,00 0,00 0,00
	0256		Landesamt für Denkmalpflege	33.886,25 0,00 0,00
	0257		Landeszentrale für politische Bildung	197.425,88 0,00 0,00
	0258		Staatsarchiv	70.982,01 0,00 0,00
	0259		Landesarchäologie	5.007,30 0,00 0,00
	0270		Hochschulen -Baumaßnahmen und Erstausrüstungen-	12.843.000,00 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

4

der Landeshauptkasse Bremen
für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen			
6	7	8		9	10
9.327.539,56	9.442.180,00 0,00 0,00	0,00 0,00		9.442.180,00	114.640,44-
11.134.647,20	13.987.300,00 0,00 0,00	247.987,48 0,00		14.235.287,48	3.100.640,28-
2.932.103,00	1.759.000,00 0,00 0,00	1.173.103,00 0,00		2.932.103,00	0,00
270.585,80	119.510,00 0,00 0,00	169.718,22 0,00		289.228,22	18.642,42-
5.211,00	3.000,00 0,00 0,00	2.103,00 0,00		5.103,00	108,00
3.013.386,55	3.011.220,00 0,00 0,00	2.166,55 0,00		3.013.386,55	0,00
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00		0,00	0,00
33.886,25	2.500,00 0,00 0,00	30.664,25 0,00		33.164,25	722,00
197.425,88	20.000,00 0,00 0,00	184.683,12 0,00		204.683,12	7.257,24-
70.982,01	23.070,00 0,00 0,00	45.878,94 0,00		68.948,94	2.033,07
5.007,30	0,00 0,00 0,00	5.007,30 0,00		5.007,30	0,00
12.843.000,00	12.979.120,00 0,00 0,00	0,00 0,00		12.979.120,00	136.120,00-

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
	0273		Allgemeine Bewilligungen für Hochschulen	84.327.895,74 0,00 0,00
	0274		Zuschüsse an die Hochschulen	2.388.638,00 0,00 0,00
	0290		Allgemeine Bewilligungen für Forschungsförderung	3.724.543,11 0,00 0,00
	0292		EFRE-Programm (Wissenschaft)	992.095,17 0,00 0,00
			Summe der Einnahmen:	131.266.946,57 0,00 0,00
03			Arbeit	
	0300		Behörde d. Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Arbeit)	825.676,32 0,00 0,00
	0301		Allgemeine Bewilligungen für Arbeit	1.066.248,02 0,00 0,00
	0304		Ausgleichsabgaben	8.290.268,12 0,00 0,00
	0305		Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP)	202.821,83 0,00 0,00
	0306		Arbeitsförderung im Land Bremen	0,00 0,00 0,00
	0307		Kriegsopferfürsorge, Leistungen nach dem BVG, SVG, ZDG und OEG	1.504.002,51 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

5

der Landeshauptkasse Bremen
für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen			
6	7	8		9	10
84.327.895,74	76.152.000,00 0,00 0,00	8.046.551,12 0,00		84.198.551,12	129.344,62
2.388.638,00	0,00 0,00 0,00	2.388.638,00 0,00		2.388.638,00	0,00
3.724.543,11	11.792.210,00 0,00 0,00	8.089.500,00- 0,00		3.702.710,00	21.833,11
992.095,17	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00		0,00	992.095,17
131.266.946,57	129.291.110,00 0,00 0,00	4.207.000,98 0,00		133.498.110,98	2.231.164,41-
825.676,32	0,00 0,00 0,00	825.355,93 0,00		825.355,93	320,39
1.066.248,02	796.000,00 0,00 0,00	266.462,77 0,00		1.062.462,77	3.785,25
8.290.268,12	6.247.060,00 0,00 0,00	2.043.208,12 0,00		8.290.268,12	0,00
202.821,83	0,00 0,00 0,00	202.679,30 0,00		202.679,30	142,53
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00		0,00	0,00
1.504.002,51	2.170.000,00 0,00 0,00	0,00 0,00		2.170.000,00	665.997,49-

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
	0308		Förderungen aus dem europäischen Sozialfonds (ESF)	9.013.295,41 0,00 0,00
	0331		Amt für Versorgung und Integration Bremen	1.527.258,35 0,00 0,00
			Summe der Einnahmen:	22.429.570,56 0,00 0,00
04			Jugend und Soziales, Ausländerintegration	
	0400		Behörde d. Sen. für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	6.613.402,72 0,00 0,00
	0401		Allgemeine Bewilligungen für Soziales	277.056,55 0,00 0,00
	0402		Allgemeine Bewilligungen für Jugend	555.183,49 0,00 0,00
	0408		Sonstige Sozialleistungen	274.223.601,98 0,00 0,00
	0410		Sozialhilfeleistungen	431.339,58 0,00 0,00
	0411		Leistungen für Asylbewerber in betreuten Aufnahmeeinrichtungen	1.243.290,05 0,00 0,00
	0451		Allgemeine Bewilligungen für Ausländerintegration	43.111,42 0,00 0,00
			Summe der Einnahmen:	283.386.985,79 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

6

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen			
6	7	8		9	10
9.013.295,41	6.450.180,00 0,00 0,00	0,00 0,00		6.450.180,00	2.563.115,41
1.527.258,35	1.555.120,00 0,00 0,00	0,00 0,00		1.555.120,00	27.861,65-
22.429.570,56	17.218.360,00 0,00 0,00	3.337.706,12 0,00		20.556.066,12	1.873.504,44
6.613.402,72	5.925.450,00 0,00 0,00	652.924,06 0,00		6.578.374,06	35.028,66
277.056,55	285.000,00 0,00 0,00	7.943,45- 0,00		277.056,55	0,00
555.183,49	40.000,00 0,00 0,00	513.871,42 0,00		553.871,42	1.312,07
274.223.601,98	224.814.900,00 0,00 0,00	17.200.270,09 0,00		242.015.170,09	32.208.431,89
431.339,58	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00		0,00	431.339,58
1.243.290,05	35.000,00 0,00 0,00	0,00 0,00		35.000,00	1.208.290,05
43.111,42	2.100,00 0,00 0,00	41.000,00 0,00		43.100,00	11,42
283.386.985,79	231.102.450,00 0,00 0,00	18.400.122,12 0,00		249.502.572,12	33.884.413,67

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
05			Gesundheit	
	0500		Behörde d. Sen. für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz	888.038,05 0,00 0,00
	0501		Allgemeine Bewilligungen für Gesundheit	288.363,01 0,00 0,00
	0515		Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen	6.563.481,43 0,00 0,00
	0517		Gewerbeaufsichtsamt des Landes Bremen	1.548.473,54 0,00 0,00
	0518		Eichamt des Landes Bremen	813.227,93 0,00 0,00
	0519		Brem. Eichbehörde (BgA)	87.681,02 0,00 0,00
	0520		Krankenhausfinanzierung	4.739.426,64 0,00 0,00
			Summe der Einnahmen:	14.928.691,62 0,00 0,00
06			Bau, Umwelt und Verkehr	
	0601		Allgemeine Bewilligungen für Umwelt	129.610,66 0,00 0,00
	0627		Umwelt- und Hochwasserschutz	12.166.325,72 0,00 0,00
	0628		Abwasserabgabe	3.401.033,87 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

7

der Landeshauptkasse Bremen
für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
	Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren			
6	7	8	9	10
888.038,05	738.480,00 0,00 0,00	104.580,51 0,00	843.060,51	44.977,54
288.363,01	124.720,00 0,00 0,00	168.363,01 0,00	293.083,01	4.720,00-
6.563.481,43	8.252.330,00 0,00 0,00	390.571,89- 0,00	7.861.758,11	1.298.276,68-
1.548.473,54	1.039.990,00 0,00 0,00	135.227,56 0,00	1.175.217,56	373.255,98
813.227,93	770.000,00 0,00 0,00	0,00 0,00	770.000,00	43.227,93
87.681,02	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	87.681,02
4.739.426,64	0,00 0,00 0,00	4.739.426,64 0,00	4.739.426,64	0,00
14.928.691,62	10.925.520,00 0,00 0,00	4.757.025,83 0,00	15.682.545,83	753.854,21-
129.610,66	111.000,00 0,00 0,00	5.452,46 0,00	116.452,46	13.158,20
12.166.325,72	8.069.000,00 0,00 0,00	4.010.719,27 0,00	12.079.719,27	86.606,45
3.401.033,87	2.760.000,00 0,00 0,00	641.033,87 0,00	3.401.033,87	0,00

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
	0629		Wasserentnahmegebühr	5.381.098,76 0,00 0,00
	0680		Behörde d. Sen. für Umwelt, Bau und Verkehr	24.699.546,90 0,00 0,00
	0681		Allgemeine Bewilligungen für Bau und Verkehr	22.795.326,27 0,00 0,00
	0682		Landesamt für GeoInformation	5.571.737,66 0,00 0,00
	0683		GeoInformation (BgA) Vermessung	71.128,17 0,00 0,00
	0684		GeoInformation (BgA) Gutachterausschuss	152.363,41 0,00 0,00
	0685		GeoInformation (BgA) Informationssysteme	11.342,06 0,00 0,00
	0687		Oberste Landesstraßenbaubehörde	31.079.238,00 0,00 0,00
	0696		Städtebauförderung	975.597,40 0,00 0,00
	0697		Wohnungswesen	9.581.248,62 0,00 0,00
			Summe der Einnahmen:	116.015.597,50 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen		
6	7	8	9	10
5.381.098,76	4.040.000,00 0,00 0,00	1.335.617,76 0,00	5.375.617,76	5.481,00
24.699.546,90	17.475.000,00 0,00 0,00	2.821.067,04 0,00	20.296.067,04	4.403.479,86
22.795.326,27	290.000,00 0,00 0,00	22.505.326,27 0,00	22.795.326,27	0,00
5.571.737,66	4.815.000,00 0,00 0,00	147.250,09 0,00	4.962.250,09	609.487,57
71.128,17	165.000,00 0,00 0,00	0,00 0,00	165.000,00	93.871,83-
152.363,41	140.000,00 0,00 0,00	0,00 0,00	140.000,00	12.363,41
11.342,06	17.000,00 0,00 0,00	0,00 0,00	17.000,00	5.657,94-
31.079.238,00	24.897.000,00 0,00 0,00	6.187.658,00 0,00	31.084.658,00	5.420,00-
975.597,40	5.160.000,00 0,00 0,00	4.184.402,60- 0,00	975.597,40	0,00
9.581.248,62	11.528.000,00 0,00 0,00	1.991.822,88- 0,00	9.536.177,12	45.071,50
116.015.597,50	79.467.000,00 0,00 0,00	31.477.899,28 0,00	110.944.899,28	5.070.698,22

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
07			Wirtschaft	
	0700		Behörde des Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Häfen	5.766.790,46 0,00 0,00
	0701		Allgemeine Bewilligungen für Wirtschaft und Häfen	0,00 0,00 0,00
	0702		Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher (bis 2015)	0,00 0,00 0,00
	0703		Wirtschaftsförderung für Innovation/Technologie	27.000,00 0,00 0,00
	0706		Wirtschaftsförderung für Bremerhaven	59.874,55 0,00 0,00
	0709		Wirtschaftsförderung für EU-Programme/Planung	108.649.301,46 0,00 0,00
	0754		Wirtschaftsförderung für Dienstleistungsfonds/ Tourismus/Zentren	0,00 0,00 0,00
			Summe der Einnahmen:	114.502.966,47 0,00 0,00
08			Häfen	
	0800		Behörde d. Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Häfen)	648.140,66 0,00 0,00
	0801		Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur und Luftverkehrsbehörde	32.108.104,56 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

9

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen		
6	7	8	9	10
5.766.790,46	4.134.350,00 0,00 0,00	1.625.216,36 0,00	5.759.566,36	7.224,10
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
27.000,00	0,00 0,00 0,00	27.000,00 0,00	27.000,00	0,00
59.874,55	350.000,00 0,00 0,00	150.000,00- 0,00	200.000,00	140.125,45-
108.649.301,46	39.522.800,00 0,00 0,00	52.873.911,04 0,00	92.396.711,04	16.252.590,42
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
114.502.966,47	44.007.150,00 0,00 0,00	54.376.127,40 0,00	98.383.277,40	16.119.689,07
648.140,66	382.500,00 0,00 0,00	265.640,66 0,00	648.140,66	0,00
32.108.104,56	44.958.000,00 0,00 0,00	12.759.489,17- 0,00	32.198.510,83	90.406,27-

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
			Summe der Einnahmen:	32.756.245,22 0,00 0,00
09			Finanzen	
	0900		Behörde d. Sen. für Finanzen	37.894.734,90 0,00 0,00
	0901		Allgemeine Bewilligungen für Finanzen und Personal	2.031.953,84 0,00 0,00
	0910		Landeshauptkasse Bremen	980.812,66 0,00 0,00
	0922		Zentrale Aus-, Fort- und Weiterbildung	772.470,38 0,00 0,00
	0923		Verwaltungsschule	14.745,79 0,00 0,00
	0926		Aus- und Fortbildungszentrum	20.781,79 0,00 0,00
	0927		Hochschule für Öffentliche Verwaltung	298.161,07 0,00 0,00
	0950		IT - Budget	10.654.952,39 0,00 0,00
	0951		Finanzamt Bremen-Mitte (bis 28.02.2014)	0,00 0,00 0,00
	0952		Finanzamt Bremen-Ost (bis 31.01.2013)	0,00 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen		
6	7	8	9	10
32.756.245,22	45.340.500,00 0,00 0,00	12.493.848,51- 0,00	32.846.651,49	90.406,27-
37.894.734,90	29.992.400,00 0,00 0,00	7.699.912,71 0,00	37.692.312,71	202.422,19
2.031.953,84	1.559.000,00 0,00 0,00	476.003,29 0,00	2.035.003,29	3.049,45-
980.812,66	630.000,00 0,00 0,00	0,00 0,00	630.000,00	350.812,66
772.470,38	0,00 0,00 0,00	770.085,00 0,00	770.085,00	2.385,38
14.745,79	0,00 0,00 0,00	165,00 0,00	165,00	14.580,79
20.781,79	5.300,00 0,00 0,00	15.481,79 0,00	20.781,79	0,00
298.161,07	44.200,00 0,00 0,00	236.011,07 0,00	280.211,07	17.950,00
10.654.952,39	350.270,00 0,00 0,00	10.304.682,39 0,00	10.654.952,39	0,00
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
	0953		Finanzamt Bremen-West (bis 31.01.2013)	0,00 0,00 0,00
	0954		Finanzamt Bremen-Nord	5.946.378,68 0,00 0,00
	0955		Finanzamt Bremerhaven	2.511.816,34 0,00 0,00
	0957		Finanzamt für Außenprüfung Bremen	8.611,17 0,00 0,00
	0958		Finanzamt Bremen	5.527.896,24 0,00 0,00
	0970		Steuern	2.094.883.858,08 0,00 0,00
	0972		Zuweisungen und Zuschüsse an Gemeinden	0,00 0,00 0,00
	0973		Bundes- und Länderfinanzausgleich	1.236.616.123,55 0,00 0,00
	0980		Allgemeines Kapitalvermögen, Schuldendienst, Rücklagen	1.626.046.398,05 0,00 0,00
	0986		Wirtschaftliche Unternehmen	360.230,43 0,00 0,00
	0987		Zuweisungen/Honorare an Immobilien Bremen (AöR)	0,00 0,00 0,00
	0988		Zuweisungen an Sondervermögen Immobilien und Technik	7.518.082,66 0,00 0,00
	0990		Zentral veranschlagte Personalausgaben	9.235.007,47 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

11

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
	Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Einsparungen		
6	7	8	9	10
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
5.946.378,68	9.404.250,00 0,00 0,00	820.000,00- 0,00	8.584.250,00	2.637.871,32-
2.511.816,34	3.596.990,00 0,00 0,00	0,00 0,00	3.596.990,00	1.085.173,66-
8.611,17	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	8.611,17
5.527.896,24	488.100,00 0,00 0,00	1.213.000,00 0,00	1.701.100,00	3.826.796,24
2.094.883.858,08	2.007.997.000,00 0,00 0,00	36.274.835,60 0,00	2.044.271.835,60	50.612.022,48
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
1.236.616.123,55	1.251.332.000,00 0,00 0,00	10.152.852,69 0,00	1.261.484.852,69	24.868.729,14-
1.626.046.398,05	2.619.443.900,00 0,00 0,00	15.745.895,46 0,00	2.635.189.795,46	1.009.143.397,41-
360.230,43	5.000,00 0,00 0,00	0,00 0,00	5.000,00	355.230,43
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
7.518.082,66	4.815.000,00 0,00 0,00	2.777.102,26 0,00	7.592.102,26	74.019,60-
9.235.007,47	4.141.140,00 0,00 0,00	5.031.495,60 0,00	9.172.635,60	62.371,87

Gesamrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
	0995		Allgemeines	64.458.597,83 0,00 0,00
	0998		Kommunalinvestitionsförderungsfonds	7.179.792,41 0,00 0,00
			Summe der Einnahmen:	5.112.961.405,73 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

12

der Landeshauptkasse Bremen
für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen		
6	7	8	9	10
64.458.597,83	58.095.230,00 0,00 0,00	4.629.560,75 0,00	62.724.790,75	1.733.807,08
7.179.792,41	9.693.300,00 0,00 0,00	2.513.507,59- 0,00	7.179.792,41	0,00
5.112.961.405,73	6.001.593.080,00 0,00 0,00	91.993.576,02 0,00	6.093.586.656,02	980.625.250,29-

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
00			Bürgerschaft,Senat,Rechnungshof,Staatsgerichtshof, Bundesangelegenheiten,Datenschutz,Inneres,Frauen	
	0010		Bremische Bürgerschaft	22.685.799,44 1.658.040,12 0,00
	0011		Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen	5.147.657,74 0,00 0,00
	0012		Staatsgerichtshof	43.747,66 2.261,58 0,00
	0020		Senat und Senatskanzlei	12.154.282,68 196.543,18 0,00
	0028		Die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und Europa	6.947.789,40 0,00 0,00
	0029		Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit	1.294.751,73 0,00 0,00
	0030		Behörde d. Sen. für Inneres und Sport	5.320.791,97 15.312,46 0,00
	0031		Allgemeine Bewilligungen für Inneres	48.596.420,12 0,00 0,00
	0032		Landesamt für Verfassungsschutz	3.726.924,79 0,00 0,00
	0034		Polizei Bremen	214.883.273,37 0,00 0,00
	0036		Statistisches Landesamt	5.952.889,71 0,00 0,00
	0037		Digitalfunk	1.794.315,16 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

13

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen			
6	7	8		9	10
24.343.839,56	23.910.510,00 2.558.753,94 0,00	1.425.167,25 1.244.918,70		26.649.512,49	2.305.672,93-
5.147.657,74	5.466.020,00 0,00 0,00	81.362,37 88.892,00		5.458.490,37	310.832,63-
46.009,24	46.010,00 0,00 0,00	3.688,26 3.688,26		46.010,00	0,76-
12.350.825,86	12.649.360,00 116.655,53 0,00	1.200.731,17 1.533.367,22		12.433.379,48	82.553,62-
6.947.789,40	6.742.240,00 1.086.438,00 0,00	1.488.018,67 1.097.188,33		8.219.508,34	1.271.718,94-
1.294.751,73	1.330.490,00 0,00 0,00	240.415,10 271.635,10		1.299.270,00	4.518,27-
5.336.104,43	4.813.830,00 0,00 0,00	1.189.640,57 629.278,74		5.374.191,83	38.087,40-
48.596.420,12	47.174.850,00 0,00 0,00	1.680.972,70 333.572,25		48.522.250,45	74.169,67
3.726.924,79	3.559.780,00 0,00 0,00	995.937,82 792.595,81		3.763.122,01	36.197,22-
214.883.273,37	206.206.300,00 0,00 0,00	15.598.370,94 5.279.765,83		216.524.905,11	1.641.631,74-
5.952.889,71	5.523.510,00 0,00 0,00	1.376.941,51 1.119.973,55		5.780.477,96	172.411,75
1.794.315,16	1.759.680,00 0,00 0,00	1.118.129,88 521.035,75		2.356.774,13	562.458,97-

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
	0038		Landesfeuerweherschule (bis 2013)	0,00 0,00 0,00
	0045		Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau	1.322.049,54 49.880,00 0,00
			Summe der Ausgaben:	329.870.693,31 1.922.037,34 0,00
01			Justiz und Verfassung, Sport	
	0100		Behörde d. Sen. für Justiz und Verfassung	2.897.712,91 187.230,00 0,00
	0101		Allgemeine Bewilligungen für Justiz und Verfassung	38.843.280,59 8.650,00 0,00
	0102		Soziale Dienste der Justiz	2.155.978,13 12.580,00 0,00
	0110		Generalstaatsanwaltschaft Bremen	510.228,17 32.500,00 0,00
	0111		Staatsanwaltschaft Bremen	12.156.336,57 83.070,00 0,00
	0120		Justizvollzugsanstalt Bremen	41.547.120,87 475.810,00 0,00
	0130		Hanseatisches Oberlandesgericht	2.643.522,90 88.910,00 0,00
	0131		Landgericht Bremen	12.204.719,03 218.640,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

14

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen		
6	7	8	9	10
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
1.371.929,54	1.347.530,00 54.210,00 0,00	307.294,97 279.907,49	1.429.127,48	57.197,94-
331.792.730,65	320.530.110,00 3.816.057,47 0,00	26.706.671,21 13.195.819,03	337.857.019,65	6.064.289,00-
3.084.942,91	2.769.690,00 114.660,00 0,00	509.488,82 368.570,18	3.025.268,64	59.674,27
38.851.930,59	31.216.800,00 80.030,00 0,00	11.008.225,44 1.512.659,28	40.792.396,16	1.940.465,57-
2.168.558,13	2.176.630,00 26.990,00 0,00	82.786,11 92.333,80	2.194.072,31	25.514,18-
542.728,17	535.630,00 27.270,00 0,00	20.045,90 23.106,03	559.839,87	17.111,70-
12.239.406,57	11.552.860,00 7.990,00 0,00	1.738.709,51 1.041.382,29	12.258.177,22	18.770,65-
42.022.930,87	40.385.860,00 613.340,00 0,00	3.215.977,99 1.806.944,22	42.408.233,77	385.302,90-
2.732.432,90	2.401.440,00 36.280,00 0,00	475.610,10 162.876,36	2.750.453,74	18.020,84-
12.423.359,03	10.552.050,00 67.950,00 0,00	3.365.286,56 1.549.188,87	12.436.097,69	12.738,66-

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
	0132		Amtsgericht Bremen	34.081.289,69 1.264.530,00 0,00
	0133		Amtsgericht Bremerhaven	10.928.362,72 373.290,00 0,00
	0134		Amtsgericht Bremen-Blumenthal	5.928.905,05 183.850,00 0,00
	0141		Justizprüfungsamt	181.163,92 970,00 0,00
	0150		Landesarbeitsgericht	472.729,33 44.410,00 0,00
	0151		Arbeitsgericht Bremen-Bremerhaven	3.463.432,37 153.290,00 0,00
	0160		Finanzgericht	717.550,15 5.960,00 0,00
	0170		Landessozialgericht Niedersachsen - Bremen	821.898,29 207.180,00 0,00
	0171		Sozialgericht	3.084.685,52 162.630,00 0,00
	0180		Oberverwaltungsgericht	808.382,05 22.210,00 0,00
	0181		Verwaltungsgericht	1.863.141,35 40.120,00 0,00
	0191		Allgemeine Bewilligungen für Sport und Freizeit (bis 2013)	0,00 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

15

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen		
6	7	8	9	10
35.345.819,69	36.107.990,00 708.020,00 0,00	951.370,15 2.287.906,50	35.479.473,65	133.653,96-
11.301.652,72	11.294.790,00 0,00 0,00	475.231,51 403.829,71	11.366.191,80	64.539,08-
6.112.755,05	5.905.970,00 147.600,00 0,00	446.593,94 232.489,14	6.267.674,80	154.919,75-
182.133,92	179.790,00 240,00 0,00	12.845,63 5.185,44	187.690,19	5.556,27-
517.139,33	536.440,00 32.430,00 0,00	54.162,27 88.345,23	534.687,04	17.547,71-
3.616.722,37	3.436.490,00 133.300,00 0,00	208.538,95 137.573,23	3.640.755,72	24.033,35-
723.510,15	776.080,00 5.640,00 0,00	13.479,48 64.569,59	730.629,89	7.119,74-
1.029.078,29	954.310,00 346.780,00 0,00	112.262,28 214.460,05	1.198.892,23	169.813,94-
3.247.315,52	2.869.520,00 79.850,00 0,00	480.860,09 179.160,69	3.251.069,40	3.753,88-
830.592,05	743.910,00 25.620,00 0,00	100.342,38 19.670,01	850.202,37	19.610,32-
1.903.261,35	1.861.570,00 52.150,00 0,00	230.334,33 224.097,91	1.919.956,42	16.695,07-
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
			Summe der Ausgaben:	175.310.439,61 3.565.830,00 0,00
02			Bildung und Wissenschaft, Kultur	
	0200		Behörde d. Sen. für Kinder und Bildung	12.524.103,20 297.341,24 0,00
	0201		Allgemeine Bewilligungen für Bildung	625.894.210,58 0,00 0,00
	0202		Allgemeine Bewilligungen für Kinderbetreuung	18.049.803,00 0,00 0,00
	0230		Landesinstitut für Schule	17.701.538,04 3.911,19 0,00
	0250		Behörde d. Sen. für Kultur	2.964.858,32 0,00 0,00
	0251		Allgemeine Bewilligungen für Kultur	2.125.944,71 0,00 0,00
	0255		Allgemeine Weiterbildung	1.932.533,63 0,00 0,00
	0256		Landesamt für Denkmalpflege	725.974,17 0,00 0,00
	0257		Landeszentrale für politische Bildung	1.022.066,38 0,00 0,00
	0258		Staatsarchiv	1.416.746,02 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

der Landeshauptkasse Bremen
für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen			
6	7	8		9	10
178.876.269,61	166.257.820,00 2.506.140,00 0,00	23.502.151,44 10.414.348,53		181.851.762,91	2.975.493,30-
12.821.444,44	12.937.470,00 353.163,37 0,00	1.985.450,91 2.090.117,52		13.185.966,76	364.522,32-
625.894.210,58	624.449.020,00 51.084,18 0,00	6.515.736,00 924.313,77		630.091.526,41	4.197.315,83-
18.049.803,00	16.876.700,00 0,00 0,00	2.932.103,00 1.759.000,00		18.049.803,00	0,00
17.705.449,23	16.899.230,00 364,02 0,00	1.787.308,39 957.041,76		17.729.860,65	24.411,42-
2.964.858,32	3.062.910,00 0,00 0,00	196.076,15 290.510,81		2.968.475,34	3.617,02-
2.125.944,71	2.119.200,00 0,00 0,00	450.128,42 453.137,60		2.116.190,82	9.753,89
1.932.533,63	1.680.000,00 0,00 0,00	431.146,30 175.146,30		1.936.000,00	3.466,37-
725.974,17	659.900,00 0,00 0,00	163.439,25 97.350,74		725.988,51	14,34-
1.022.066,38	954.150,00 6.705,94 0,00	375.501,02 181.307,64		1.155.049,32	132.982,94-
1.416.746,02	1.292.490,00 0,00 0,00	225.481,11 99.430,97		1.418.540,14	1.794,12-

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
	0259		Landesarchäologie	592.986,00 0,00 0,00
	0270		Hochschulen -Baumaßnahmen und Erstausstattungen-	17.105.882,88 0,00 0,00
	0273		Allgemeine Bewilligungen für Hochschulen	100.300.790,11 57.771,29 0,00
	0274		Zuschüsse an die Hochschulen	244.094.977,83 0,00 0,00
	0290		Allgemeine Bewilligungen für Forschungsförderung	61.932.336,28 1.107.843,68 0,00
	0291		Alfred-Wegener-Institut Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung	10.090.434,00 6.284,77 0,00
	0292		EFRE-Programm (Wissenschaft)	59.740,30 872.211,70 0,00
			Summe der Ausgaben:	1.118.534.925,45 2.345.363,87 0,00
03			Arbeit	
	0300		Behörde d. Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Arbeit)	4.791.222,91 348,90 0,00
	0301		Allgemeine Bewilligungen für Arbeit	2.583.817,56 149.833,36 0,00
	0304		Ausgleichsabgaben	8.290.268,12 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen		
6	7	8	9	10
592.986,00	504.520,00 0,00 0,00	165.836,75 74.928,30	595.428,45	2.442,45-
17.105.882,88	17.488.240,00 0,00 0,00	490.000,00 736.237,12	17.242.002,88	136.120,00-
100.358.561,40	95.554.440,00 242.326,42 0,00	79.707.248,36 72.846.774,26	102.657.240,52	2.298.679,12-
244.094.977,83	238.364.580,00 0,00 0,00	6.826.507,36 1.096.109,53	244.094.977,83	0,00
63.040.179,96	71.810.850,00 1.121.707,61 0,00	18.458.485,66 26.070.936,06	65.320.107,21	2.279.927,25-
10.096.718,77	10.311.030,00 7.133,77 0,00	1.232.393,17 1.453.838,17	10.096.718,77	0,00
931.952,00	2.920.010,00 0,00 0,00	2.126.780,00 1.138.892,00	3.907.898,00	2.975.946,00-
1.120.880.289,32	1.117.884.740,00 1.782.485,31 0,00	124.069.621,85 110.445.072,55	1.133.291.774,61	12.411.485,29-
4.791.571,81	3.516.840,00 0,00 0,00	2.664.912,99 1.229.595,99	4.952.157,00	160.585,19-
2.733.650,92	2.265.950,00 93.940,38 0,00	2.280.444,06 1.953.687,30	2.686.647,14	47.003,78
8.290.268,12	6.247.060,00 0,00 0,00	15.790.031,49 13.746.823,37	8.290.268,12	0,00

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
	0305		Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP)	7.377.606,20 9.914.742,24 0,00
	0306		Arbeitsförderung im Land Bremen	0,00 0,00 0,00
	0307		Kriegsopferfürsorge, Leistungen nach dem BVG, SVG, ZDG und OEG	2.618.368,81 0,00 0,00
	0308		Förderungen aus dem europäischen Sozialfonds (ESF)	5.832.525,43 9.378.401,93 0,00
	0331		Amt für Versorgung und Integration Bremen	9.903.904,92 333.630,73 0,00
			Summe der Ausgaben:	41.397.713,95 19.776.957,16 0,00
04			Jugend und Soziales, Ausländerintegration	
	0400		Behörde d. Sen. für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	20.079.304,22 222.695,65 0,00
	0401		Allgemeine Bewilligungen für Soziales	15.623.842,05 0,00 0,00
	0402		Allgemeine Bewilligungen für Jugend	1.702.116,18 51.532,16 0,00
	0408		Sonstige Sozialleistungen	320.324.317,21 0,00 0,00
	0410		Sozialhilfeleistungen	202.976.684,12 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

18

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen		
6	7	8	9	10
17.292.348,44	9.480.000,00 7.379.030,72 0,00	1.853.234,49 1.219.883,19	17.492.382,02	200.033,58-
0,00	6.090,00 0,00 0,00	0,00 6.090,00	0,00	0,00
2.618.368,81	2.873.000,00 0,00 0,00	59.898,73 59.898,73	2.873.000,00	254.631,19-
15.210.927,36	6.450.000,00 10.219.679,08 0,00	706.172,09 706.172,09	16.669.679,08	1.458.751,72-
10.237.535,65	9.411.740,00 0,00 0,00	1.237.895,53 274.000,67	10.375.634,86	138.099,21-
61.174.671,11	40.250.680,00 17.692.650,18 0,00	24.592.589,38 19.196.151,34	63.339.768,22	2.165.097,11-
20.301.999,87	15.387.170,00 10.639,64 0,00	12.773.855,83 7.473.474,85	20.698.190,62	396.190,75-
15.623.842,05	14.745.590,00 0,00 0,00	1.436.487,06 633.826,08	15.548.250,98	75.591,07
1.753.648,34	1.381.750,00 4.798,66 0,00	793.320,79 457.318,87	1.722.550,58	31.097,76
320.324.317,21	318.401.000,00 0,00 0,00	222.280.625,78 204.938.228,92	335.743.396,86	15.419.079,65-
202.976.684,12	204.739.000,00 0,00 0,00	84.471.490,50 79.837.134,79	209.373.355,71	6.396.671,59-

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
	0411		Leistungen für Asylbewerber in betreuten Aufnahmeeinrichtungen	21.332.179,48 0,00 0,00
	0451		Allgemeine Bewilligungen für Ausländerintegration	731.242,11 0,00 0,00
			Summe der Ausgaben:	582.769.685,37 274.227,81 0,00
05			Gesundheit	
	0500		Behörde d. Sen. für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz	9.359.972,13 133.197,00 0,00
	0501		Allgemeine Bewilligungen für Gesundheit	14.655.292,27 257.103,93 0,00
	0515		Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen	8.337.488,17 0,00 0,00
	0517		Gewerbeaufsichtsamt des Landes Bremen	3.717.615,32 12.618,87 0,00
	0518		Eichamt des Landes Bremen	803.832,19 5.367,57 0,00
	0519		Brem. Eichbehörde (BgA)	46.254,20 0,00 0,00
	0520		Krankenhausfinanzierung	27.331.379,32 0,00 0,00
			Summe der Ausgaben:	64.251.833,60 408.287,37 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen		
6	7	8	9	10
21.332.179,48	40.157.000,00 0,00 0,00	19.253.059,01 24.707.222,49	34.702.836,52	13.370.657,04-
731.242,11	762.140,00 0,00 0,00	41.394,15 394,15	803.140,00	71.897,89-
583.043.913,18	595.573.650,00 15.438,30 0,00	341.050.233,12 318.047.600,15	618.591.721,27	35.547.808,09-
9.493.169,13	8.942.910,00 143.348,68 0,00	2.101.093,54 1.313.005,01	9.874.347,21	381.178,08-
14.912.396,20	6.558.210,00 43.409,70 0,00	9.157.236,37 699.168,88	15.059.687,19	147.290,99-
8.337.488,17	8.949.790,00 327.756,15 0,00	2.993.885,72 3.488.212,43	8.783.219,44	445.731,27-
3.730.234,19	3.450.380,00 26.581,77 0,00	671.467,71 371.437,41	3.776.992,07	46.757,88-
809.199,76	916.790,00 14.859,28 0,00	61.766,47 161.486,02	831.929,73	22.729,97-
46.254,20	0,00 0,00 0,00	46.257,27 0,00	46.257,27	3,07-
27.331.379,32	32.882.210,00 0,00 0,00	4.917.153,64 2.192.727,00	35.606.636,64	8.275.257,32-
64.660.120,97	61.700.290,00 555.955,58 0,00	19.948.860,72 8.226.036,75	73.979.069,55	9.318.948,58-

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
06			Bau, Umwelt und Verkehr	
	0601		Allgemeine Bewilligungen für Umwelt	4.314.474,40 792.048,79 0,00
	0627		Umwelt- und Hochwasserschutz	31.608.602,99 1.407.380,51 0,00
	0628		Abwasserabgabe	3.401.033,87 0,00 0,00
	0629		Wasserentnahmegebühr	5.357.803,16 0,00 0,00
	0680		Behörde d. Sen. für Umwelt, Bau und Verkehr	36.430.451,61 1.964.351,84 0,00
	0681		Allgemeine Bewilligungen für Bau und Verkehr	32.874.763,20 2.154.967,64 0,00
	0682		Landesamt für GeoInformation	8.659.252,18 1.247.555,63 0,00
	0683		GeoInformation (BgA) Vermessung	70.052,97 0,00 0,00
	0684		GeoInformation (BgA) Gutachterausschuss	190.724,57 0,00 0,00
	0685		GeoInformation (BgA) Informationssysteme	15.201,89 0,00 0,00
	0687		Oberste Landesstraßenbaubehörde	43.475.381,99 5.420,00 0,00
	0696		Städtebauförderung	2.297.039,72 941.390,21 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

20

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
	Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Einsparungen		
6	7	8	9	10
5.106.523,19	5.193.700,00 422.209,45 0,00	2.357.593,93 1.964.077,32	6.009.426,06	902.902,87-
33.015.983,50	23.904.900,00 1.248.189,26 0,00	24.266.440,77 8.028.150,04	41.391.379,99	8.375.396,49-
3.401.033,87	2.760.000,00 0,00 0,00	5.930.388,27 5.289.354,40	3.401.033,87	0,00
5.357.803,16	4.040.000,00 0,00 0,00	8.703.360,20 7.391.038,04	5.352.322,16	5.481,00
38.394.803,45	33.223.670,00 1.768.988,18 0,00	8.799.600,27 4.736.311,61	39.055.946,84	661.143,39-
35.029.730,84	21.175.700,00 1.504.864,93 0,00	15.021.073,90 630.250,05	37.071.388,78	2.041.657,94-
9.906.807,81	8.366.350,00 1.002.441,12 0,00	3.455.722,53 2.571.492,37	10.253.021,28	346.213,47-
70.052,97	50.000,00 0,00 0,00	18.285,35 50.000,00	18.285,35	51.767,62
190.724,57	35.000,00 0,00 0,00	32.699,57 34.188,87	33.510,70	157.213,87
15.201,89	14.000,00 0,00 0,00	16.904,25 23.457,36	7.446,89	7.755,00
43.480.801,99	31.200.910,00 0,00 0,00	50.497.626,13 35.487.132,44	46.211.403,69	2.730.601,70-
3.238.429,93	5.270.000,00 2.135.649,94 0,00	1.383.225,39 5.550.445,40	3.238.429,93	0,00

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
	0697		Wohnungswesen	14.896.157,80 10.616.076,61 0,00
			Summe der Ausgaben:	183.590.940,35 19.129.191,23 0,00
07			Wirtschaft	
	0700		Behörde des Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Häfen	11.016.861,21 279.075,38 0,00
	0701		Allgemeine Bewilligungen für Wirtschaft und Häfen	4.514.091,10 0,00 0,00
	0702		Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher (bis 2015)	0,00 0,00 0,00
	0703		Wirtschaftsförderung für Innovation/Technologie	9.395.680,30 0,00 0,00
	0704		Wirtschaftsförderung für Mittelstand/Industrie/ Außenhandel	3.128.134,81 15.201,57 0,00
	0706		Wirtschaftsförderung für Bremerhaven	15.573.958,32 4.377,47 0,00
	0709		Wirtschaftsförderung für EU-Programme/Planung	87.789.866,47 167.528,18 0,00
	0715		Erschließungs- und Schwerpunktprojekte (AIP)	4.938.173,81 0,00 0,00
	0716		Schwerpunktprojekte Bremerhaven (AIP)	0,00 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

21

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen			
6	7	8		9	10
25.512.234,41	21.779.000,00 9.346.219,43 0,00	8.420.202,03 10.433.187,05		29.112.234,41	3.600.000,00-
202.720.131,58	157.013.230,00 17.428.562,31 0,00	128.903.122,59 82.189.084,95		221.155.829,95	18.435.698,37-
11.295.936,59	8.832.540,00 224.774,48 0,00	4.648.991,39 2.293.883,82		11.412.422,05	116.485,46-
4.514.091,10	4.426.190,00 0,00 0,00	423.265,14 316.693,09		4.532.762,05	18.670,95-
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00		0,00	0,00
9.395.680,30	7.449.200,00 269.344,00 0,00	9.254.822,72 7.014.713,09		9.958.653,63	562.973,33-
3.143.336,38	1.641.500,00 0,00 0,00	1.541.836,38 40.000,00		3.143.336,38	0,00
15.578.335,79	4.376.100,00 3.639,89 0,00	15.214.150,06 1.028.001,14		18.565.888,81	2.987.553,02-
87.957.394,65	57.981.200,00 1.989.797,63 0,00	81.876.605,09 26.138.737,80		115.708.864,92	27.751.470,27-
4.938.173,81	5.380.000,00 0,00 0,00	473.637,36 191.241,36		5.662.396,00	724.222,19-
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00		0,00	0,00

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
	0717		Dienstleistungs- und Technologieprojekte (AIP)	759.779,77 0,00 0,00
	0754		Wirtschaftsförderung für Dienstleistungsfonds/ Tourismus/Zentren	10.375.132,53 42.723,49 0,00
			Summe der Ausgaben:	147.491.678,32 508.906,09 0,00
08			Häfen	
	0800		Behörde d. Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Häfen)	2.730.688,04 26.616,18 0,00
	0801		Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur und Luftverkehrsbehörde	89.075.410,73 20.190,05 0,00
			Summe der Ausgaben:	91.806.098,77 46.806,23 0,00
09			Finanzen	
	0900		Behörde d. Sen. für Finanzen	40.587.307,79 4.729.593,09 0,00
	0901		Allgemeine Bewilligungen für Finanzen und Personal	50.901.780,63 401.527,92 0,00
	0910		Landeshauptkasse Bremen	7.972.818,43 83.286,41 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

22

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen			
6	7	8		9	10
759.779,77	754.870,00 0,00 0,00	4.920,00 0,00		759.790,00	10,23-
10.417.856,02	6.050.600,00 143.824,00 0,00	5.982.549,64 1.738.547,57		10.438.426,07	20.570,05-
148.000.584,41	96.892.200,00 2.631.380,00 0,00	119.420.777,78 38.761.817,87		180.182.539,91	32.181.955,50-
2.757.304,22	1.761.860,00 0,00 0,00	2.259.919,99 1.264.472,06		2.757.307,93	3,71-
89.095.600,78	103.541.130,00 48.027,05 0,00	23.841.057,43 38.240.275,60		89.189.938,88	94.338,10-
91.852.905,00	105.302.990,00 48.027,05 0,00	26.100.977,42 39.504.747,66		91.947.246,81	94.341,81-
45.316.900,88	29.325.550,00 5.082.301,96 0,00	31.356.062,06 20.150.131,95		45.613.782,07	296.881,19-
51.303.308,55	51.690.100,00 427.898,48 0,00	3.035.549,94 2.858.798,47		52.294.749,95	991.441,40-
8.056.104,84	3.198.990,00 147.630,91 0,00	5.161.728,11 407.144,01		8.101.205,01	45.100,17-

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
	0922		Zentrale Aus-, Fort- und Weiterbildung	14.799.251,51 961.150,75 0,00
	0923		Verwaltungsschule	821.930,69 52.223,26 0,00
	0926		Aus- und Fortbildungszentrum	3.156.176,56 87.577,55 0,00
	0927		Hochschule für Öffentliche Verwaltung	1.720.770,75 381.123,06 0,00
	0950		IT - Budget	56.710.845,56 2.146.200,95 0,00
	0951		Finanzamt Bremen-Mitte (bis 28.02.2014)	0,00 0,00 0,00
	0952		Finanzamt Bremen-Ost (bis 31.01.2013)	0,00 0,00 0,00
	0953		Finanzamt Bremen-West (bis 31.01.2013)	0,00 0,00 0,00
	0954		Finanzamt Bremen-Nord	1.308.060,27 0,00 0,00
	0955		Finanzamt Bremerhaven	9.904.760,09 253.828,67 0,00
	0957		Finanzamt für Außenprüfung Bremen	8.318.143,58 1.274,24 0,00
	0958		Finanzamt Bremen	16.157.386,56 908.677,68 0,00
	0970		Steuern	3.818.835,60 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

23

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen		
6	7	8	9	10
15.760.402,26	9.682.760,00 1.201.309,24 0,00	7.247.088,72 2.283.868,86	15.847.289,10	86.886,84-
874.153,95	718.020,00 41.925,14 0,00	195.670,15 54.651,06	900.964,23	26.810,28-
3.243.754,11	2.944.645,00 113.807,55 0,00	533.918,48 281.989,32	3.310.381,71	66.627,60-
2.101.893,81	1.472.915,00 292.966,41 0,00	650.097,06 175.764,59	2.240.213,88	138.320,07-
58.857.046,51	49.296.840,00 4.569.742,32 0,00	26.324.726,15 10.777.702,26	69.413.606,21	10.556.559,70-
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
1.308.060,27	10.862.400,00 258.491,04 0,00	114.070,23 9.926.901,00	1.308.060,27	0,00
10.158.588,76	8.265.870,00 274.404,29 0,00	3.572.566,19 1.847.623,58	10.265.216,90	106.628,14-
8.319.417,82	9.042.640,00 0,00 0,00	260.306,37 488.059,05	8.814.887,32	495.469,50-
17.066.064,24	14.790.880,00 169.150,85 0,00	3.840.092,65 925.474,24	17.874.649,26	808.585,02-
3.818.835,60	4.000.000,00 0,00 0,00	4.867.184,48 5.048.348,88	3.818.835,60	0,00

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
	0972		Zuweisungen und Zuschüsse an Gemeinden	863.806.512,69 0,00 0,00
	0980		Allgemeines Kapitalvermögen, Schuldendienst, Rücklagen	2.094.289.795,62 2.403,43 0,00
	0986		Wirtschaftliche Unternehmen	119.659,47 12.182,52 0,00
	0987		Zuweisungen/Honorare an Immobilien Bremen (AöR)	5.106.098,44 0,00 0,00
	0988		Zuweisungen an Sondervermögen Immobilien und Technik	4.757.101,39 0,00 0,00
	0990		Zentral veranschlagte Personalausgaben	16.890.203,11 10.586.922,12 0,00
	0995		Allgemeines	11.745.039,04 660.535,06 0,00
	0997		Umbau Verwaltung und Infrastruktur (bis 2013)	0,00 0,00 0,00
	0998		Kommunalinvestitionsförderungsfonds	9.140.401,07 0,00 0,00
			Summe der Ausgaben:	3.222.032.878,85 21.268.506,71 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen		
6	7	8	9	10
863.806.512,69	817.202.160,00 0,00 0,00	46.004.352,69 0,00	863.206.512,69	600.000,00
2.094.292.199,05	2.887.177.530,00 0,00 0,00	342.273.177,93 97.672.999,01	3.131.777.708,92	1.037.485.509,87-
131.841,99	130.000,00 0,00 0,00	0,00 0,00	130.000,00	1.841,99
5.106.098,44	4.951.300,00 0,00 0,00	154.798,44 0,00	5.106.098,44	0,00
4.757.101,39	5.080.000,00 0,00 0,00	6.047.102,26 0,00	11.127.102,26	6.370.000,87-
27.477.125,23	35.248.770,00 11.544.555,80 0,00	19.675.574,38 38.911.792,35	27.557.107,83	79.982,60-
12.405.574,10	9.594.650,00 431.136,63 0,00	19.866.894,27 333.085.219,56	303.192.538,66-	315.598.112,76
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
9.140.401,07	10.662.630,00 0,00 0,00	12.140.302,32 12.499.677,30	10.303.255,02	1.162.853,95-
3.243.301.385,56	3.965.338.650,00 24.555.320,62 0,00	533.321.262,88 537.396.145,49	3.985.819.088,01	742.517.702,45-

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
00			Bürgerschaft, Senat, Rechnungshof, Staatsgerichtshof, Bundesangelegenheiten, Datenschutz, Inneres, Frauen	28.055.127,50 0,00 0,00
01			Justiz und Verfassung, Sport	100.753.350,62 0,00 0,00
02			Bildung und Wissenschaft, Kultur	131.266.946,57 0,00 0,00
03			Arbeit	22.429.570,56 0,00 0,00
04			Jugend und Soziales, Ausländerintegration	283.386.985,79 0,00 0,00
05			Gesundheit	14.928.691,62 0,00 0,00
06			Bau, Umwelt und Verkehr	116.015.597,50 0,00 0,00
07			Wirtschaft	114.502.966,47 0,00 0,00
08			Häfen	32.756.245,22 0,00 0,00
09			Finanzen	5.112.961.405,73 0,00 0,00
			Summe der Einnahmen:	5.957.056.887,58 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

1

der Landeshauptkasse Bremen
für das Haushaltsjahr 2017

- Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen		
6	7	8	9	10
28.055.127,50	26.937.190,00 0,00 0,00	1.785.261,72 0,00	28.722.451,72	667.324,22-
100.753.350,62	40.862.000,00 0,00 0,00	3.955.073,11 0,00	44.817.073,11	55.936.277,51
131.266.946,57	129.291.110,00 0,00 0,00	4.207.000,98 0,00	133.498.110,98	2.231.164,41-
22.429.570,56	17.218.360,00 0,00 0,00	3.337.706,12 0,00	20.556.066,12	1.873.504,44
283.386.985,79	231.102.450,00 0,00 0,00	18.400.122,12 0,00	249.502.572,12	33.884.413,67
14.928.691,62	10.925.520,00 0,00 0,00	4.757.025,83 0,00	15.682.545,83	753.854,21-
116.015.597,50	79.467.000,00 0,00 0,00	31.477.899,28 0,00	110.944.899,28	5.070.698,22
114.502.966,47	44.007.150,00 0,00 0,00	54.376.127,40 0,00	98.383.277,40	16.119.689,07
32.756.245,22	45.340.500,00 0,00 0,00	12.493.848,51- 0,00	32.846.651,49	90.406,27-
5.112.961.405,73	6.001.593.080,00 0,00 0,00	91.993.576,02 0,00	6.093.586.656,02	980.625.250,29-
5.957.056.887,58	6.626.744.360,00 0,00 0,00	201.795.944,07 0,00	6.828.540.304,07	871.483.416,49-

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
00			Bürgerschaft, Senat, Rechnungshof, Staatsgerichtshof, Bundesangelegenheiten, Datenschutz, Inneres, Frauen	329.870.693,31 1.922.037,34 0,00
01			Justiz und Verfassung, Sport	175.310.439,61 3.565.830,00 0,00
02			Bildung und Wissenschaft, Kultur	1.118.534.925,45 2.345.363,87 0,00
03			Arbeit	41.397.713,95 19.776.957,16 0,00
04			Jugend und Soziales, Ausländerintegration	582.769.685,37 274.227,81 0,00
05			Gesundheit	64.251.833,60 408.287,37 0,00
06			Bau, Umwelt und Verkehr	183.590.940,35 19.129.191,23 0,00
07			Wirtschaft	147.491.678,32 508.906,09 0,00
08			Häfen	91.806.098,77 46.806,23 0,00
09			Finanzen	3.222.032.878,85 21.268.506,71 0,00
			Summe der Ausgaben:	5.957.056.887,58 69.246.113,81 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

2

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen		
6	7	8	9	10
331.792.730,65	320.530.110,00 3.816.057,47 0,00	26.706.671,21 13.195.819,03	337.857.019,65	6.064.289,00-
178.876.269,61	166.257.820,00 2.506.140,00 0,00	23.502.151,44 10.414.348,53	181.851.762,91	2.975.493,30-
1.120.880.289,32	1.117.884.740,00 1.782.485,31 0,00	124.069.621,85 110.445.072,55	1.133.291.774,61	12.411.485,29-
61.174.671,11	40.250.680,00 17.692.650,18 0,00	24.592.589,38 19.196.151,34	63.339.768,22	2.165.097,11-
583.043.913,18	595.573.650,00 15.438,30 0,00	341.050.233,12 318.047.600,15	618.591.721,27	35.547.808,09-
64.660.120,97	61.700.290,00 555.955,58 0,00	19.948.860,72 8.226.036,75	73.979.069,55	9.318.948,58-
202.720.131,58	157.013.230,00 17.428.562,31 0,00	128.903.122,59 82.189.084,95	221.155.829,95	18.435.698,37-
148.000.584,41	96.892.200,00 2.631.380,00 0,00	119.420.777,78 38.761.817,87	180.182.539,91	32.181.955,50-
91.852.905,00	105.302.990,00 48.027,05 0,00	26.100.977,42 39.504.747,66	91.947.246,81	94.341,81-
3.243.301.385,56	3.965.338.650,00 24.555.320,62 0,00	533.321.262,88 537.396.145,49	3.985.819.088,01	742.517.702,45-
6.026.303.001,39	6.626.744.360,00 71.032.016,82 0,00	1.367.616.268,39 1.177.376.824,32	6.888.015.820,89	861.712.819,50-

Erläuterungen und Hinweise zur vorstehenden Gesamrechnungsnachweisung

Die Gliederung der Gesamrechnungsnachweisung richtet sich nach den Vorgaben des § 81 Landeshaushaltsordnung (LHO).

Die Spalten 5 bis 10 werden hier näher erläutert:

Spalte 5

1. Zeile: Ist-Einnahmen bzw. Ist-Ausgaben.
2. Zeile: Nach Ausgleich evtl. Mindereinnahmen/Mehrausgaben verbliebene Ausgabenereste unter Berücksichtigung der Ist-Ergebnisse **2017**, die nach **2018** übertragen wurden.
3. Zeile: Vorgriffe in **2017** gem. § 37 Abs. 5 LHO, die nach **2018** übertragen wurden.
Hinweis: Vorgriffe werden regelmäßig durch Minderausgaben an anderer Stelle noch im Entstehungsjahr ausgeglichen.

Spalte 6

Summe der Ist-Einnahmen bzw. der Ist-Ausgaben einschließlich der übertragenen Ausgabenereste abzüglich der Vorgriffe.

Spalte 7

1. Zeile: Haushaltsanschlüsse **2017**.
2. Zeile: Aus **2016** übertragene Ausgabenereste.
3. Zeile: Aus **2016** übertragene Vorgriffe (vgl. Hinweis zu Spalte 5, 3. Zeile).

Spalte 8

1. Zeile: **Einnahmen:**

Haushaltstechnisch bedingte Sollveränderungen (Allgemeine Rückgaben aufgrund von Haushaltsvermerksbeziehungen, Bereitstellung von Einnahmeverfügungsmitteln) sowie die Heranziehung von Mehreinnahmen zur Deckung von Nachbewilligungen im Ausgabebereich werden als Nachbewilligung ausgewiesen.

Ausgaben:

Es werden sowohl Nachbewilligungen im Sinne des § 37 LHO als auch technisch bedingte Sollveränderungen (Bereitstellung von Einnahmeverfügungsmitteln, Inanspruchnahme von Deckungsfähigkeitsbeziehungen) als Nachbewilligung ausgewiesen.

2. Zeile: Ausgaben:

Der Wert Einsparung beinhaltet sowohl die mit Nachbewilligungen im Sinne des § 37 LHO verbundenen Einsparungen als auch haushaltstechnisch bedingte Veränderungen (Inanspruchnahme von Deckungsfähigkeitsbeziehungen, Sondersperren, Allgemeine Rückgaben aufgrund von Haushaltsvermerksbeziehungen).

Spalte 9

Gesamtsoll aus Haushaltsanschlügen und Resten (Spalte 7) sowie Nachbewilligungen und Einsparungen (Spalte 8).

Spalte 10

Differenz zwischen dem Gesamtsoll (Spalte 9) und den tatsächlichen Einnahmen bzw. Ausgaben einschließlich der Reste (Spalte 6).

Einzelplan 09 –Ausgaben–

Das Gesamtsoll des Einzelplans ist reduziert um die im Gesamthaushalt am Jahresende beschlossenen Rücklagenzuführungen (vgl. Anlage 1 – Erläuterungen zur Übersicht über erhebliche Sollveränderungen [...], Nr. 139 im Haushalt der Freien Hansestadt Bremen). Ohne Berücksichtigung dieser technisch erforderlichen Einsparung in Höhe von 319.041.652,17 Euro ergibt sich ein Gesamtsoll (Spalte 9) in Höhe von 4.304.860.740,18 Euro und damit in Spalte 10 eine Differenz in Höhe von - 1.061.559.354,62 Euro.

Abschluss des Haushalts für das Haushaltsjahr 2017 Freie Hansestadt Bremen

Kassenmäßiger Abschluss nach § 82 LHO

1. a)	Summe der Ist-Einnahmen	5.957.056.887,58 €
b)	Summe der Ist-Ausgaben	5.957.056.887,58 €
c)	Kassenmäßiges Jahresergebnis	0,00 €
d)	Kassenmäßiges Ergebnis aus Vorjahren	0,00 €
e)	Kassenmäßiges Gesamtergebnis	0,00 €

Haushaltsabschluss nach § 83 LHO

1. a)	Kassenmäßiges Jahresergebnis	0,00 €
b)	Kassenmäßiges Gesamtergebnis	0,00 €
2. a)	Aus dem Haushaltsjahr 2016 übertragene	
	Einnahmereste	0,00 €
	Ausgabereste	71.032.016,82 €
		-71.032.016,82 €
b)	In das Haushaltsjahr 2018 übertragene	
	Einnahmereste	0,00 €
	Ausgabereste	69.246.113,81 €
		-69.246.113,81 €
c)	Unterschied aus a) und b)	1.785.903,01 €
d)	Rechnungsmäßiges Jahresergebnis aus Nummer 1 a) und Nummer 2 c)	1.785.903,01 €
e)	Rechnungsmäßiges Gesamtergebnis aus Nummer 1 b) und Nummer 2 b)	-69.246.113,81 €

Finanzierungssaldo gemäß § 82 LHO für das Haushaltsjahr 2017

Ermittlung des Finanzierungssaldos	Land	Stadt
I. Gesamteinnahmen	5.957.056.887,58 €	3.739.378.742,63 €
./ Erstattungen innerhalb des Haushalts (381)	19.910.579,39 €	70.003.008,48 €
./ Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (32)	1.607.757.662,65 €	778.886.903,19 €
./ Entnahmen aus Rücklagen (35)	124.244.751,24 €	62.017.200,87 €
./ Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen (36)	0,00 €	0,00 €
Bereinigte Einnahmen	4.205.143.894,30 €	2.828.471.630,09 €
./ Konsolidierungshilfen vom Bund (0973/211 04-8)	300.000.000,00 €	XXXXXXXXXXXXX
./ Konsolidierungshilfen vom Land (3972/384 04-5)	XXXXXXXXXXXXX	149.693.190,00 €
Bereinigte Einnahmen ohne Konsolidierungshilfen	3.905.143.894,30 €	2.678.778.440,09 €
II. Gesamtausgaben	5.957.056.887,58 €	3.739.378.742,63 €
./ Erstattungen innerhalb des Haushalts (981)	19.987.393,15 €	70.027.880,45 €
./ Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt (59)	1.501.375.644,99 €	526.935.103,64 €
./ Zuführung an Rücklagen (91)	327.908.198,86 €	238.314.475,64 €
./ Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrages (96)	0,00 €	0,00 €
Bereinigte Ausgaben	4.107.785.650,58 €	2.904.101.282,90 €
./ Konsolidierungshilfen an die Stadtgemeinde Bremen (0972/984 04-3)	149.693.190,00 €	XXXXXXXXXXXXX
./ Konsolidierungshilfen an die Stadtgemeinde Bremerhaven (0972/985 04-0)	31.109.220,00 €	XXXXXXXXXXXXX
Bereinigte Ausgaben ohne Konsolidierungshilfen	3.926.983.240,58 €	2.904.101.282,90 €
III. Finanzierungssaldo aus I. und II. mit Konsolidierungshilfen	97.358.243,72 €	-75.629.652,81 €
ohne Konsolidierungshilfen	-21.839.346,28 €	-225.322.842,81 €

**Struktureller Finanzierungssaldo gemäß Kennzahlen zur drohenden
Haushaltsnotlage für das Haushaltsjahr 2017**

Lfd. Nr.	Kennziffer	Stadtstaat Bremen
0	Struktureller Finanzierungssaldo (konjunkturbereinigt)	x
1	Struktureller Finanzierungssaldo je Einwohner (konjunkturbereinigt)	x
2	Struktureller Finanzierungssaldo (nicht konjunkturbereinigt)	-195.731.467,32 €
3	Struktureller Finanzierungssaldo je Einwohner (nicht konjunkturbereinigt)	-288,23 €
4	Einwohner am 30.6. des laufenden Jahres (31.12.2016)	679.078
5	<u>Finanzierungssaldo in StabiRat-Abgrenzung</u>	-257.616.532,71 €
6	Bereinigte Einnahmen in StabiRat-Abgrenzung	5.250.583.467,29 €
7	darunter: Bereinigte Einnahmen gem. SFK3	5.491.000.000,00 €
8	Konsolidierungshilfen	300.000.000,00 €
9	Zahlungen von gleicher Ebene	0,00 €
10	Zahlungen von Ländern, ohne LFA-Einnahmen	66.000.000,00 €
11	Länderfinanzausgleich, Einnahmen	691.797.073,67 €
12	Einnahmen vom Pensionsfonds	11.236.988,00 €
13	Einnahmen von der Versorgungsrücklage	2.867.310,00 €
14	Bereinigte Ausgaben in StabiRat-Abgrenzung	5.508.100.000,00 €
15	Bereinigte Ausgaben gem. SFK 3	5.508.100.000,00 €
16	Zusetzungen zu bereinigten Ausgaben: Zuführungen an Pensionsfonds & Versorgungsrücklage	0,00 €
17	Zahlungen an Pensionsfonds	28.570.098,03 €
18	Zahlungen an Versorgungsrücklage	0,00 €
19	Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen	-100.000,00 €
20	<u>Saldo der Finanziellen Transaktionen</u>	-26.300.000,00 €
21	Einnahmen aus Finanziellen Transaktionen	8.400.000,00 €
22	davon: Darlehensrückflüsse (einschl. Gewährleistungen)	8.400.000,00 €
23	Veräußerung von Beteiligungen	0,00 €
24	Schuldenaufnahme beim öff. Bereich	0,00 €
25	Ausgaben der Finanziellen Transaktionen	34.700.000,00 €
26	davon: Vergabe von Darlehen (einschl. Gewährleistungen)	23.500.000,00 €
27	Erwerb von Beteiligungen	8.000.000,00 €
28	Tilgungsausgaben an öff. Bereich	3.200.000,00 €
29	<u>Saldo Pensionsfonds</u>	34.112.187,05 €
30	Einnahmen	45.442.148,29 €
31	davon: Einnahmen vom Bund / Land	28.570.098,03 €
32	sonstige Einnahmen	16.872.050,26 €
33	Ausgaben	11.329.961,24 €
34	davon: Ausgaben an Bund / Land	11.236.988,00 €
35	sonstige Ausgaben	92.973,24 €
36	<u>Saldo Versorgungsrücklage nach BBesG § 14a</u>	1.472.878,34 €
37	Einnahmen	4.340.188,34 €
38	davon: Einnahmen vom Bund / Land	0,00 €
39	sonstige Einnahmen	4.340.188,34 €
40	Ausgaben	2.867.310,00 €
41	davon: Ausgaben an Bund / Land	2.867.310,00 €
42	sonstige Ausgaben	0,00 €
43	<u>Saldo Grundstock (Land) / Schlusszahlung Saldo SV "Schlusszahlungen inflationsex. Bundeswertpapiere" (Bund)</u>	0,00 €
44	Entnahmen	0,00 €
45	Zuführungen	0,00 €
46	ggf. Konjunkturkomponente (+/-)	

Struktureller Finanzierungssaldo nach der Verwaltungsvereinbarung zur Gewährung der Konsolidierungshilfen für das Haushaltsjahr 2017

Kennzahl	Stadtstaat	Land	Stadt HB
	Mio. Euro		
Bereinigte Einnahmen (ohne Konsolidierungshilfen)	5.191,3	3.905,1	2.678,8
Bereinigte Ausgaben	5.508,6	3.927,0	2.904,1
Finanzierungssaldo	-317,2	-21,8	-225,3
Finanzielle Transaktionen	26,3	20,8	6,0
Struktureller Finanzierungssaldo des BKF	60,5	8,3	41,3
Periodengerechte Abrechnung des Finanzausgleichs	59,6		
Ex post Konjunkturkomponente (Stadtstaat)	-181,3		
<i>davon:</i>			
<i>Ex ante Konjunkturkomponente</i>	9,0		
<i>Steuerabweichungskomponente</i>	-190,3		
<i>davon:</i>			
<i>Abweichungen zur ex-ante Regionalisierung</i>	-198,8		
<i>Steuerrechtsänderungen</i>	8,5		
Anteilige Steuerbereinigungen		-49,3	-73,4
Struktureller Finanzierungssaldo	-352,1	-42,1	-251,4
Obergrenze	-376,1	-149,2	-187,2
Sicherheitsabstand / Überschreitung	-24,0	-107,0	64,2

nachrichtlich: Flüchtlingmehrkosten ggü. Basisjahr

82,8

Übersicht

über erhebliche *Solländerungen* und
Abweichungen der **lst**-Einnahmen und **lst**-Ausgaben
gegenüber dem Einnahme- bzw. dem Ausgabes**oll** (ab 2,5 Mio. Euro)
und Begründungen zu den Abweichungen – ohne Steuereinnahmen -

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 16.04.2018 Finanzkreis: 1100	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2017	Seite: 2 Bereich: Land		
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Ansschlag	Ist	Soll-Ist Abweich.	Erl. Nr.
			Soll-Anderung		Mehr Weniger	
0034		Polizei Bremen				
	432 01-5	Versorgungsbezüge der Beamten	52.896.360,00 3.306.094,35	56.314.511,59	112.057,24 0,00	1
0101		Allgemeine Bewilligungen für Justiz und Verfassung				
	432 02-5	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter (Gerichte und Staatsanwaltschaften)	22.336.520,00 2.652.614,82	23.047.184,35	0,00 1.941.950,47	2
	919 01-3	Zuführung an die Budgetrücklage	0,00 4.362.090,00	4.362.090,00	0,00 0,00	3
0111		Staatsanwaltschaft Bremen				
	119 12-0	Einnahmen aus der Intensivierung der Gewinn- abschöpfung	0,00 1.006.000,00	50.075.454,58	49.069.454,58 0,00	4
0201		Allgemeine Bewilligungen für Bildung				
	231 10-8	Vom Bund für die Durchführung des BAföG -Zuschüsse Sekundarbereich-	9.450.000,00 0,00	6.514.017,28	0,00 2.935.982,72	5
	681 64-2	Zahlungen nach dem BAföG (Zuschüsse Sekundarbereich)	9.450.000,00 0,00	6.514.067,28	0,00 2.935.932,72	6
	984 20-3	An Hst. 3239/384 20-9, Kostenerstattung für Personalausgaben der Lehrkräfte	453.753.830,00 4.330.250,00	458.084.080,00	0,00 0,00	7
0273		Allgemeine Bewilligungen für Hochschulen				
	359 03-6	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	0,00 8.123.773,46	8.123.773,46	0,00 0,00	8
	919 03-1	Zuführung an die investive Budgetrücklage	0,00 2.989.746,00	2.989.746,00	0,00 0,00	9
0290		Allgemeine Bewilligungen für Forschungsförderung				
	231 01-9	Bundeszuschuss für das Leibniz-Institut Zentrum für Marine Tropenökologie (ZMT)/ konsumtiv	4.076.230,00 3.335.726,00	740.504,00	0,00 0,00	10
	686 35-0	Zuschuss an das Leibniz-Institut Zentrum für Marine Tropenökologie (ZMT)/ konsumtiv	7.422.000,00 2.578.343,83	4.527.801,00	0,00 315.855,17	11
	893 44-5	Investive Hochschulverstärkungsmittel (Schwerpunkte)	1.000.000,00 2.600.000,00	3.600.000,00	0,00 0,00	12
0305		Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP)				
	684 60-0	Zuschüsse im Rahmen der Arbeitsmarktprogramme	4.000.000,00 4.787.354,87	1.884.051,40	0,00 6.903.303,47	13
	684 65-1	Zuschüsse im Rahmen der Arbeitsförderung für langzeitarbeitslose Menschen	5.000.000,00 1.736.212,24	3.787.206,07	0,00 2.949.006,17	14
0308		Förderungen aus dem europäischen Sozialfonds (ESF)				
	272 99-0	Von der EU für das ESF-Programm 2014-2020	6.450.180,00 0,00	447.448,26	0,00 6.002.731,74	15
	381 56-0	Von Hst. 0709/981 84-6 für das EFRE Programm 2007-2013	0,00 0,00	8.565.847,15	8.565.847,15 0,00	16
	686 53-1	EU-Zuschüsse ESF 2014-2020 (Programmmittel)	6.000.000,00 8.222.087,34	4.865.211,01	0,00 9.356.876,33	17
0408		Sonstige Sozialleistungen				
	231 10-8	Bundesanteil Kosten der Unterkunft	102.278.000,00 15.666.107,49	117.944.107,49	0,00 0,00	18
	232 10-4	Pauschale Entlastung § 89d SGB VIII	19.800.000,00 0,00	51.806.687,19	32.006.687,19 0,00	19

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 16.04.2018 Finanzkreis: 1100	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2017	Seite: 3 Bereich: Land				
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Anschlag		Ist	Soll-Ist Abweich.		Erl. Nr.
			Soll-Anderung			Mehr	Weniger	
0408		Sonstige Sozialleistungen						
	984 10-6	An Hst. 3472/384 10-3, 3474/384 10-0, 11-9 u. 12-7 Bundesanteil für Kosten der Unterkunft	82.694.000,00 15.049.460,43		97.743.460,43	0,00 0,00		20
	984 19-0	An Hst. 3434/384 19-1 für die Kostenerstattung §89d UMA (Kosten ab 01.11.15 ohne §42a)	83.083.000,00 2.284.501,77-		69.055.936,73	0,00 11.742.561,50		21
0410		Sozialhilfeleistungen						
	984 20-2	An Hst. 3420/384 20-2 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen der Produktgruppe 41.02.01	73.723.000,00 76.277.000,00		89.380.919,39	0,00 60.619.080,61		22
	984 21-0	An Hst. 3420/384 21-0 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen der Produktgruppe 41.07.02	31.256.000,00 28.356.297,00-		26.125.386,23	23.225.683,23 0,00		23
	984 22-9	An Hst. 3418/384 22-0 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen der Produktgruppe 41.04.02	33.981.000,00 33.981.000,00-		23.658.750,53	23.658.750,53 0,00		24
	984 25-3	An Hst. 3418/384 25-4 Anteil des überörtlichen So- zialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für weitere Leistungen der Produktgruppe 41.06.02	2.785.000,00 2.785.000,00-		2.698.232,89	2.698.232,89 0,00		25
	984 26-1	An Hst. 3418/384 26-2 Anteil des überörtl. Sozial- hilfeträgers nach BremAG SGB XII für Leistungen für unter 18-jährige geistig mehrfach Behinderte	8.485.000,00 8.485.000,00-		5.589.129,80	5.589.129,80 0,00		26
	985 50-0	An Hst. 6422/385 01, Anteil des überörtlichen So- zialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistun- gen der Produktgruppe 41.02.01	19.544.000,00 3.692.768,76		23.175.494,17	0,00 61.274,59		27
	985 52-7	An Hst. 6424/385 01, Anteil des überörtlichen So- zialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistun- gen der Produktgruppe 41.04.02	7.522.000,00 76.309,90-		4.782.794,15	0,00 2.662.895,95		28
0411		Leistungen für Asylbewerber in betreuten Aufnahmeeinrichtungen						
	517 11-0	Bewachung der Grundstücke und Gebäude	0,00 8.588.641,57		4.429.669,40	0,00 4.158.972,17		29
	518 11-6	Miete Flüchtlingsunterkünfte	0,00		3.472.568,03	3.472.568,03		30
	681 20-3	Grundleistungen: Vollverpflegung	0,00 3.297.793,47		3.297.793,47	0,00 0,00		31
	681 90-4	Globale Mehrausgaben Asyl/Flüchtlinge	35.230.000,00 23.617.152,64-		0,00	0,00 11.612.847,36		32
	684 10-5	Zuwendungen für die Unterbringung und Betreuung von Zuwanderern	68.000,00 4.704.703,95		4.732.263,95	0,00 40.440,00		33
0501		Allgemeine Bewilligungen für Gesundheit						
	919 03-9	Zuführung an die investive Budgetrücklage	0,00 8.372.825,99		8.372.825,99	0,00 0,00		34
0520		Krankenhausfinanzierung						
	331 10-7	Vom Bund Strukturfonds für Krankenhäuser	0,00 4.739.426,64		4.739.426,64	0,00 0,00		35
	891 50-1	Strukturfonds für Krankenhäuser	5.000.000,00 4.739.426,64		1.464.261,47	0,00 8.275.165,17		36
0627		Umwelt- und Hochwasserschutz						
	331 10-0	Vom Bund für den Generalplan Küstenschutz	7.000.000,00 4.230.630,99		11.230.630,99	0,00 0,00		37

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 16.04.2018 Finanzkreis: 1100	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2017	Seite: 4 Bereich: Land		
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Ansschlag	Ist	Soll-Ist Abweich.	Erl. Nr.
			Soll-Anderung		Mehr Weniger	
0627		Umwelt- und Hochwasserschutz				
	884 02-8	Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur für den Generalplan Küstenschutz	20.000.000,00 16.294.355,14	28.399.545,64	0,00 7.894.809,50	38
0680		Behörde d. Sen. für Umwelt, Bau und Verkehr				
	381 22-4	Von Hst. 0709/981 56-0 für die Durchführung des EU-Programm EFRE 2007 - 2013 -investiv-	0,00 0,00	4.543.612,01	4.543.612,01 0,00	39
0681		Allgemeine Bewilligungen für Bau und Verkehr				
	359 03-6	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	0,00 21.783.545,76	21.783.545,76	0,00 0,00	40
	919 03-1	Zuführung an die investive Budgetrücklage	0,00 12.368.560,67	12.368.560,67	0,00 0,00	41
0687		Oberste Landesstraßenbaubehörde				
	331 20-6	Vom Bund für Ausgaben gemäß § 10 BremÖPNVG	12.526.000,00 4.912.304,04	17.438.304,04	0,00 0,00	42
	730 16-0	A 281 (alt AIP)	2.965.000,00 5.948.146,13	6.105.478,42	0,00 2.807.667,71	43
	891 20-1	An öffentliche Unternehmen, Ausgaben gemäß § 10 BremÖPNVG (Bremen)	10.271.000,00 4.142.821,71	14.413.821,71	0,00 0,00	44
	891 40-6	Baukosten Cherbourger Straße	0,00 4.794.000,00	4.794.000,00	0,00 0,00	45
0696		Städtebauförderung				
	331 10-3	Finanzhilfen des Bundes für die Städtebauförderung	3.568.000,00 3.507.679,00-	60.321,00	0,00 0,00	46
0697		Wohnungswesen				
	581 10-3	Tilgung der Wohnungsbau-, Modernisierungs- und Instandsetzungsdarlehen aus Bundesmitteln	5.765.000,00 3.739.421,66	3.195.495,26	0,00 6.308.926,40	47
	681 98-1	Allgemeines Wohngeld an Empfänger in Bremen	12.300.000,00 3.683.697,49	8.828.042,18	0,00 7.155.655,31	48
0703		Wirtschaftsförderung für Innovation/Technologie				
	891 20-9	Investitionszuschüsse für Innovationsförderung	25.000,00 3.641.084,09	3.104.378,62	0,00 561.705,47	49
0706		Wirtschaftsförderung für Bremerhaven				
	891 21-8	Infrastrukturmaßnahmen in Bremerhaven	81.000,00 10.156.958,42	9.107.818,50	0,00 1.130.139,92	50
0709		Wirtschaftsförderung für EU-Programme/Planung				
	272 84-5	Von der EU für das Programm EFRE 2007-2013 bei SWAH -Bereich Arbeit-	0,00 8.565.847,15	8.565.847,15	0,00 0,00	51
	346 56-3	Von der EU für das Programm EFRE 2014-2020	5.471.000,00 0,00	605.250,45	0,00 4.865.749,55	52
	346 72-5	Von der EU für das Programm EFRE 2007-2013	0,00 0,00	17.032.658,23	17.032.658,23 0,00	53
	346 73-3	Von der EU für das Programm EFRE 2007-2013 bei SUBV	0,00 4.543.612,01	4.543.612,01	0,00 0,00	54
	359 03-7	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	0,00 35.259.413,74	35.259.413,74	0,00 0,00	55
	359 10-0	Entnahme aus der Sonderrücklage EFRE 2007- 2013 Bescheinigungsstelle	0,00 0,00	8.484.660,92	8.484.660,92 0,00	56

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 16.04.2018 Finanzkreis: 1100	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2017	Seite: 5 Bereich: Land		
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Ansschlag	Ist	Soll-Ist Abweich.	Erl. Nr.
			Soll-Anderung		Mehr	
0709		Wirtschaftsförderung für EU-Programme/Planung				
	686 56-9	EU-Programm EFRE 2014-2020 -konsumtiv-	3.100.000,00 3.100.000,00-	0,00	0,00 0,00	57
	888 55-2	EU-Programme EFRE 2007 - 2013 - investiv -	0,00 5.459.097,00	0,00	0,00 5.459.097,00	58
	891 23-5	Förderprogramme - BIS -	454.900,00 0,00	3.824.356,00-	0,00 4.279.256,00	59
	891 70-7	GRW-Massnahmen (BAB)	7.987.000,00 7.339.822,91	14.369.564,82	0,00 957.258,09	60
	891 80-4	GRW-Massnahmen (BIS)	7.986.000,00 5.935.057,00-	2.050.943,00	0,00 0,00	61
	893 56-4	EU-Programme EFRE 2014-2020 -investiv-	13.092.000,00 684.659,38	0,00	0,00 13.776.659,38	62
	919 03-2	Zuführung an die investive Budgetrücklage	0,00 25.429.141,42	25.429.141,42	0,00 0,00	63
	981 56-0	An Hst. 0680/381 22-4 (SUBV) für das EU-Programm EFRE 2007 - 2013 -investiv-	0,00 4.543.612,01	4.543.612,01	0,00 0,00	64
	981 84-6	An Hst. 0308/381 56-0 (SWAH-Arbeit) für das EU-Programm EFRE 2007 - 2013 -konsumtiv-	0,00 8.565.847,15	8.565.847,15	0,00 0,00	65
	984 10-1	An Hst. 3709/384 10-3 für EU-Programme (investiv)	0,00 2.902.163,00	2.902.163,00	0,00 0,00	66
0754		Wirtschaftsförderung für Dienstleistungsfonds/ Tourismus/Zentren				
	871 40-7	Verlustabdeckung Verkauf Lloydhof	0,00 4.000.000,00	4.000.000,00	0,00 0,00	67
0801		Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur und Luftverkehrsbehörde				
	359 03-5	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	0,00 20.000.000,16	20.000.000,16	0,00 0,00	68
	386 10-5	Von Hst. 3801/986 10-1, Finanzierung OTB	32.700.000,00 32.700.000,00-	0,00	0,00 0,00	69
	884 21-0	Zuführung an das SV Fischereihafen für den Offshore Terminal Bremerhaven	51.700.000,00 12.699.999,84-	39.000.000,00	0,00 0,16	70
0900		Behörde d. Sen. für Finanzen				
	281 21-8	Sachkostenerstattung KoSIT	150.000,00 3.086.752,51	3.236.752,51	0,00 0,00	71
	511 70-1	Sachkosten KoSIT (refinanziert)	150.000,00 3.468.164,64	2.980.262,67	0,00 637.901,97	72
	526 40-7	Kosten für Sachverständige (Bundesbau) - refinanziert -	7.245.000,00 5.841.865,98-	1.403.134,02	0,00 0,00	73
0910		Landeshauptkasse Bremen				
	422 01-4	Bezüge planmäßiger Beamten	1.353.090,00 3.104.719,72	4.450.414,72	0,00 7.395,00	74
0950		IT - Budget				
	359 03-0	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	0,00 10.081.921,58	10.081.921,58	0,00 0,00	75
	812 20-6	Investive Ausgaben für "Neue Medien/e-Government"	732.750,00 2.199.026,24	189.762,89	0,00 2.742.013,35	76
	812 58-3	Ausgaben im Zusammenhang mit dem Projekt BASIS.Polizei (Kernverwaltung) investiv	4.950.000,00 4.260.000,00-	660.615,36	0,00 29.384,64	77

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 16.04.2018 Finanzkreis: 1100	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2017	Seite: 6 Bereich: Land		
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Ansschlag	Ist	Soll-Ist Abweich.	Erl. Nr.
			Soll-Anderung		Mehr	
0950		IT - Budget				
	919 03-5	Zuführung an die investive Budgetrücklage	0,00 13.000.553,54	13.000.553,54	0,00 0,00	78
0954		Finanzamt Bremen-Nord				
	422 01-1	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	6.186.120,00 5.388.483,62-	797.636,38	0,00 0,00	79
	428 01-0	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3.019.770,00 2.668.809,07-	350.960,93	0,00 0,00	80
0958		Finanzamt Bremen				
	111 10-0	Säumnis- und Verspätungszuschläge	0,00 0,00	2.619.211,44	2.619.211,44 0,00	81
0970		Steuern				
	011 01-3	Lohnsteuer	2.235.024.110,00 0,00	2.159.694.954,52	0,00 75.329.155,48	82
	011 02-1	Bundesanteil an der Lohnsteuer	949.885.250,00- 0,00	917.870.355,68-	32.014.894,32 0,00	83
	011 03-0	Gemeindeanteil Bremens an der Lohnsteuer	290.958.490,00- 0,00	281.645.397,79-	9.313.092,21 0,00	84
	011 05-6	Lohnsteuererlegungsanteile (Land und Gemeinden)	342.309.940,00- 0,00	351.830.424,17-	0,00 9.520.484,17	85
	011 08-0	Anteil des Landes an Bundeszahlungen im Familienleistungsausgleich	179.304.810,00- 0,00	173.409.006,14-	5.895.803,86 0,00	86
	012 01-0	Veranlagte Einkommensteuer	380.000.000,00 0,00	448.453.941,28	68.453.941,28 0,00	87
	012 02-8	Bundesanteil an der veranlagten Einkommensteuer	161.500.000,00- 0,00	190.592.925,05-	0,00 29.092.925,05	88
	012 03-6	Gemeindeanteil Bremens an der veranlagten Einkommensteuer	49.468.920,00- 0,00	58.482.791,07-	0,00 9.013.871,07	89
	013 01-6	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	112.000.000,00 0,00	124.977.384,08	12.977.384,08 0,00	90
	013 02-4	Bundesanteil an den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (ohne Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	56.000.000,00- 0,00	62.488.692,04-	0,00 6.488.692,04	91
	014 01-2	Körperschaftsteuer	170.000.000,00 36.456.000,00	302.749.962,94	96.293.962,94 0,00	92
	014 02-0	Bundesanteil an der Körperschaftsteuer	85.000.000,00- 0,00	151.374.981,47-	0,00 66.374.981,47	93
	014 05-5	Körperschaftsteuererlegungsanteil	0,00 0,00	15.947.572,00	15.947.572,00 0,00	94
	015 09-4	Landesanteil an der Umsatzsteuer	663.063.270,00 0,00	648.326.158,86	0,00 14.737.111,14	95
	017 01-1	Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	21.266.510,00 0,00	25.499.583,70	4.233.073,70 0,00	96
	017 20-8	Landesanteil an der erhöhten Gewerbesteuerumlage	35.271.280,00 0,00	41.670.051,31	6.398.771,31 0,00	97
	018 01-8	Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	64.000.000,00 0,00	25.818.976,92	0,00 38.181.023,08	98
	018 02-6	Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (Bundesanteil)	29.154.440,00- 0,00	11.360.349,82-	17.794.090,18 0,00	99
	018 03-4	Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (Gemeindeanteil Bremens)	6.480.560,00- 0,00	2.693.638,22-	3.786.921,78 0,00	100

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 16.04.2018 Finanzkreis: 1100	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2017	Seite: 7 Bereich: Land		
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Ansschlag	Ist	Soll-Ist Abweich.	Erl. Nr.
			Soll-Anderung		Mehr Weniger	
0970		Steuern				
	018 05-0	Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Ver- äußerungserträge (Land + Gemeinden)	0,00 0,00	18.151.909,67	18.151.909,67 0,00	101
	018 06-9	Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Ver- äußerungserträge (Gemeindeanteil Bremens)	0,00 0,00	3.381.695,72-	0,00 3.381.695,72	102
	052 01-1	Erbschaftsteuer	39.000.000,00 0,00	33.620.271,81	0,00 5.379.728,19	103
	053 01-8	Grunderwerbsteuer	100.000.000,00 0,00	128.143.718,65	28.143.718,65 0,00	104
	069 15-1	Globale Steuermehr-/mindereinnahmen	14.608.040,00 0,00	0,00	0,00 14.608.040,00	105
0972		Zuweisungen und Zuschüsse an Gemeinden				
	984 07-8	An Hst. 3972/384 01-0, Schlüsselzuweisungen	370.365.160,00 9.216.736,13	380.181.896,13	600.000,00 0,00	106
	984 10-8	An Hst. 3972/384 10-0, Bundesbeteiligung an der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen (Sofortprogramm)	0,00 15.981.000,00	15.981.000,00	0,00 0,00	107
	984 11-6	An Hst. 3972/384 11-8, Sonderzuweisung im Zusammen- hang mit der Aufnahme von Asylbewerbern u. Flücht- lingen	0,00 14.019.000,00	14.019.000,00	0,00 0,00	108
	985 10-4	An Hst. 6961/385 06, Bundesbeteiligung an der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen (Sofortprogramm)	1.024.000,00 2.961.000,00	3.985.000,00	0,00 0,00	109
	985 11-2	An Hst. 6961/385 11, Sonderzuweisung im Zusammen- hang mit der Aufnahme von Asylbewerbern u. Flücht- lingen	0,00 3.495.000,00	3.495.000,00	0,00 0,00	110
0973		Bundes- und Länderfinanzausgleich				
	211 01-3	Bundesergänzungszuweisungen	278.332.000,00 0,00	292.416.348,59	14.084.348,59 0,00	111
	212 01-0	Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich	673.000.000,00 10.152.852,69	644.199.774,96	0,00 38.953.077,73	112
0980		Allgemeines Kapitalvermögen, Schuldendienst, Rücklagen				
	162 02-8	Agio	0,00 7.094.000,00	7.094.000,00	0,00 0,00	113
	325 09-1	Kurzfristige Darlehen vom Kreditmarkt	1.000.000.000,00 0,00	0,00	0,00 1.000.000.000,00	114
	325 30-0	Kreditmarktmittel und Anleihen	1.610.914.830,00 0,00	1.607.757.662,65	0,00 3.157.167,35	115
	352 01-3	Entnahme aus der Kassenverstärkungs- und allgemeinen Ausgleichsrücklage	6.000.000,00 8.624.955,29	8.624.955,29	0,00 6.000.000,00	116
	571 10-6	Zinsen an öffentliche Unternehmen für Kassenkredite	6.670.000,00 6.670.000,00-	2.272.733,94-	0,00 2.272.733,94	117
	575 01-2	Zinsen an sonstigen Kreditmarkt	87.105.830,00 30.167.378,64-	67.216.645,24	10.278.193,88 0,00	118
	575 02-0	Disagio	3.000.000,00 3.603.010,00	17.137.510,00	10.534.500,00 0,00	119
	575 03-9	Derivatzahlungen	265.000.100,00 35.274.138,03	258.947.834,83	0,00 41.326.403,20	120
	575 04-7	Prämien aus Derivatverträgen	0,00 0,00	14.826.000,00-	0,00 14.826.000,00	121

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 16.04.2018 Finanzkreis: 1100	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2017	Seite: 8 Bereich: Land		
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Anschlag		Soll-Ist Abweich. Mehr Weniger	Erl. Nr.
			Soll-Anderung	Ist		
0980		Allgemeines Kapitalvermögen, Schuldendienst, Rücklagen				
	595 01-3	Tilgung an sonstigen Kreditmarkt	1.417.537.800,00 18.306.535,56	1.415.923.886,07	0,00 19.920.449,49	122
	595 09-9	Tilgung auf kurzfristige Darlehen vom Kreditmarkt	1.000.000.000,00 18.306.535,56-	0,00	0,00 981.693.464,44	123
	912 01-9	Zuführung an die Kassenverstärkungs- und allgemeine Ausgleichsrücklage	6.000.000,00 3.791.853,96	7.791.853,96	0,00 2.000.000,00	124
	919 80-3	Zuführung an die Zentrale Sonderrücklage	0,00 240.000.000,00	240.000.000,00	0,00 0,00	125
0988		Zuweisungen an Sondervermögen Immobilien und Technik				
	359 03-3	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	0,00 2.770.000,00	2.770.000,00	0,00 0,00	126
	884 20-0	An Sondervermögen Immobilien und Technik für Sanierungsinvestitionen	4.000.000,00 2.770.000,00	400.000,00	0,00 6.370.000,00	127
	919 03-9	Zuführung an die investive Budgetrücklage	0,00 2.770.000,00	2.770.000,00	0,00 0,00	128
0990		Zentral veranschlagte Personalausgaben				
	232 11-3	Erstattung von Ländern gemäß Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag	0,00 4.247.109,11	4.247.109,11	0,00 0,00	129
	432 02-3	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter (aus Kapitalerträgen refinanziert)	2.717.610,00 2.717.610,00-	0,00	0,00 0,00	130
	461 01-5	Globale Mehrausgaben (Tarif- und Besoldungsvorsorge)	8.291.080,00 8.291.080,00-	0,00	0,00 0,00	131
	461 02-3	Globale Mehrausgaben (Ausbildungsmittel für zukünftige Ausbildungsjahrgänge)	8.927.850,00 7.969.623,59-	0,00	0,00 958.226,41	132
	461 03-1	Globale Mehrausgaben (sonstige personalwirtschaftliche Verpflichtungen und Risiken)	436.070,00 6.488.290,55	0,00	0,00 6.924.360,55	133
	461 06-6	Globale Mehrausgaben (Vorsorge für Versorgungsanpassungen)	4.917.100,00 3.273.107,47-	0,00	0,00 1.643.992,53	134
0995		Allgemeines				
	359 03-0	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	0,00 4.133.504,20	4.133.504,20	0,00 0,00	135
	548 11-9	Globale Mehrausgaben für Personalkostenzuschüsse (Tarif-, Besoldungs- und Versorgungsvorsorge)	3.031.400,00 3.031.400,00-	0,00	0,00 0,00	136
	971 10-0	Globale Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen (Mieten, 3. Sofortprogramm, Integrationsbudget)	6.000.000,00 5.999.999,35-	0,00	0,00 0,65	137
	972 11-5	Globale Minderausgaben (Konsolidierung)	4.084.420,00- 4.084.420,00	0,00	0,00 0,00	138
	972 99-9	Technische Ausgleichsposition für Nachbewilligung mit offener Deckung	0,00 319.041.652,17-	0,00	319.041.652,17 0,00	139
0998		Kommunalinvestitionsförderungsfonds				
	331 01-3	Vom Bund für die Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KInvFG) für Infrastrukturmaßnahmen	9.693.300,00 2.513.507,59-	7.179.792,41	0,00 0,00	140

Erläuterungen der Solländerungen und Abweichungen

- 1) **0034/432 01-5**
Die Solländerung von 3.306.094,35 Euro resultiert aus Zinserträgen von der Anstalt für Versorgungsvorsorge und des Sondervermögens Versorgungsrücklage. Die Mittel wurden im Haushalt vereinnahmt und auf der Haushaltsstelle 0990/432 02-3 (Produktgruppe 92.02.01) bereitgestellt (siehe Nr. 130). Diese befindet sich mit der Haushaltsstelle 0034/432 01-5 (Produktgruppe 92.02.01) in einem Deckungskreis. Außerdem wurden Mittel für die Besoldungserhöhung 2017 (593.760,00 Euro) nachbewilligt.
- 2) **0101/432 02-5**
Die Solländerung von 2.652.614,82 Euro resultiert aus einer Nachbewilligung im 13. Monat zur Deckung von Versorgungsmehrausgaben (2.384.634,82 Euro) sowie einer Nachbewilligung für die Besoldungserhöhung 2017 (267.980,00 Euro).
- 3) **0101/919 01-3**
Solländerung (4.362.090,00 Euro) für die Zuführung an die Budgetrücklage im Zusammenhang mit der Abrechnung der Produktplanhaushalte 2017.
- 4) **0111/119 12-0**
Die Abweichung bei den Einnahmen resultiert aus den tatsächlich erzielten Einnahmen aus der Intensivierung der Gewinnabschöpfung.
- 5) **0201/231 10-8**
Soll-Ist-Abweichung (- 2.935.982,72 Euro) bei den Bundeseinnahmen steht im Zusammenhang mit den Minderausgaben für den genannten Zweck (siehe Nr. 6).
- 6) **0201/681 64-2**
Soll-Ist-Abweichung (- 2.935.932,72 Euro) ergibt sich aus einer geringeren Anzahl an Geförderten als erwartet (siehe Kennzahlen bei Produktgruppe 21.05). Da der Bund 100% der BAföG-Leistungen finanziert, korrespondiert die Minderausgabe mit einer entsprechenden Mindereinnahme (siehe Nr. 5).
- 7) **0201/984 20-3**
Die Solländerung (4.330.250,00 Euro) resultiert aus der Nachbewilligung für die TV-L- und Besoldungserhöhung der Lehrer.
- 8) **0273/359 03-6**
Solländerung (8.123.773,46 Euro) durch Auflösung der im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 gebildeten Rücklage zur Deckung von Nachbewilligungen in gleicher Höhe.
- 9) **0273/919 03-1**
Solländerung (2.989.746,00 Euro) zur Bildung einer investiven Rücklage.
- 10) **0290/231 01-9**
Solländerung (-3.335.726,00 Euro), im Saldo aus Einnahmeverfügbarmitteln (740.504,00 Euro) und der Allgemeinen Rückgabe (-4.076.230,00 Euro).

- 11) **0290/686 35-0**
Solländerung (-2.578.343,83 Euro), im Saldo aus Einnahmeverfügungsmitteln (1.687.328,25 Euro), einer Verlagerung (203.650,00 Euro), der Einnahmen aus dem Deckungskreis (478.987,92 Euro) und der Allgemeinen Rückgabe (-4.948.310,00 Euro).
- 12) **0290/893 44-5**
Solländerung (2.600.000,00 Euro), im Saldo aus Mehreinnahmen (100.000,00 Euro) und der Einnahmen aus dem Deckungskreis (2.500.000,00 Euro).
- 13) **0305/684 60-0**
Soll-Ist-Abweichung (6.903.303,47 Euro) aufgrund der übertragenen Reste aus den Vorjahren, die nicht in Anspruch genommen wurden, Einsparungen und nicht angelaufener Projekte.
- 14) **0305/684 65-1**
Solländerung (2.949.006,17 Euro) aufgrund der übertragenen Reste aus den Vorjahren, die nicht in Anspruch genommen wurden, Einsparungen und Bereitstellung im Rahmen von Deckungsfähigkeiten.
- 15) **0308/272 99-0**
Mindereinnahmen (6.002.731,74 Euro) im Bereich der neuen Förderphase 2014-2020 des Europäischen Sozialfonds.
- 16) **0308/381 56-0**
Mehreinnahmen (8.565.847,15 Euro) aufgrund der Abschlusszahlung für das EFRE Programm 2007-2013.
- 17) **0308/686 53-1**
Soll-Ist-Abweichung (9.356.876,33 Euro) aufgrund der übertragenen Reste aus den Vorjahren, die nicht in Anspruch genommen wurden, Einsparungen und Bereitstellung im Rahmen von Deckungsfähigkeiten.
- 18) **0408/231 10-8**
Im Wesentlichen durch einen höheren (und nicht veranschlagten) Erstattungssatz des Bundes nach § 46 SGB II ist es zu Mehreinnahmen gekommen, die durch den im Haushaltsplan angebrachten Haushaltsvermerk zu einer planmäßigen und erhöhten Einnahmeverfügungsmittelberechnung (der Solländerung) geführt haben. Die Mittel werden zweckentsprechend an die Kommunen weiter gegeben.
- 19) **0408/232 10-4**
Die Zahlungen anderer Länder sind abweichend von der ursprünglichen Planung (=Veranschlagung) schon in 2017 (anstatt in 2018/19) erfolgt.
- 20) **0408/984 10-6**
Siehe lfd. Nr. 18. Weiterleitung des auf die Stadtgemeinde Bremen entfallenden Anteils.
- 21) **0408/984 19-0**
Soll-Ist-Abweichung: Die Zahlung des Landes erfolgt nur aufgrund der abrechnungsfähigen Ansprüche, die seitens der Stadtgemeinde vorgelegt werden und in der entsprechenden Höhe. Soll-Änderung: Heranziehung von Budget zu Ausgleichszwecken gemäß Verfügung der Senatorin für Finanzen.

- 22)** **0410/984 20-2**
Die Abweichungen resultieren neben einer gegenüber der ursprünglichen Veranschlagung anderen IST-Entwicklung im Wesentlichen aufgrund eines fehlenden technischen Ausgleichs eines SAP-Deckungsringes (*13800) im Rahmen des Jahresabschlusses.
- Haushaltsrechtlich ergeben sich durch die in Bezug auf einzelne Haushaltsstellen innerhalb des Deckungskreises bestehenden Soll-Überschreitungen keine Beanstandungen, da der Deckungsring insgesamt eingehalten wurde.
- 23)** **0410/984 21-0**
Die Abweichungen resultieren neben einer gegenüber der ursprünglichen Veranschlagung anderen IST-Entwicklung im Wesentlichen aufgrund eines fehlenden technischen Ausgleichs eines SAP-Deckungsringes (*13800) im Rahmen des Jahresabschlusses.
- Haushaltsrechtlich ergeben sich durch die in Bezug auf einzelne Haushaltsstellen innerhalb des Deckungskreises bestehenden Soll-Überschreitungen keine Beanstandungen, da der Deckungsring insgesamt eingehalten wurde.
- 24)** **0410/984 22-9**
Die Abweichungen resultieren neben einer gegenüber der ursprünglichen Veranschlagung anderen IST-Entwicklung im Wesentlichen aufgrund eines fehlenden technischen Ausgleichs eines SAP-Deckungsringes (*13800) im Rahmen des Jahresabschlusses.
- Haushaltsrechtlich ergeben sich durch die in Bezug auf einzelne Haushaltsstellen innerhalb des Deckungskreises bestehenden Soll-Überschreitungen keine Beanstandungen, da der Deckungsring insgesamt eingehalten wurde.
- 25)** **0410/984 25-3**
Die Abweichungen resultieren neben einer gegenüber der ursprünglichen Veranschlagung anderen IST-Entwicklung im Wesentlichen aufgrund eines fehlenden technischen Ausgleichs eines SAP-Deckungsringes (*13800) im Rahmen des Jahresabschlusses.
- Haushaltsrechtlich ergeben sich durch die in Bezug auf einzelne Haushaltsstellen innerhalb des Deckungskreises bestehenden Soll-Überschreitungen keine Beanstandungen, da der Deckungsring insgesamt eingehalten wurde.
- 26)** **0410/984 26-1**
Die Abweichungen resultieren neben einer gegenüber der ursprünglichen Veranschlagung anderen IST-Entwicklung im Wesentlichen aufgrund eines fehlenden technischen Ausgleichs eines SAP-Deckungsringes (*13800) im Rahmen des Jahresabschlusses.
- Haushaltsrechtlich ergeben sich durch die in Bezug auf einzelne Haushaltsstellen innerhalb des Deckungskreises bestehenden Soll-Überschreitungen keine Beanstandungen, da der Deckungsring insgesamt eingehalten wurde.
- 27)** **0410/985 50-0**
Der Mehrbedarf aufgrund einer höheren Erstattungspflicht bei diesem Titel an Bremerhaven wurde durch Nachbewilligung ausgeglichen.

- 28) **0410/985 52-7**
Aufgrund eines geringeren Erstattungsbedarfs bei diesem Titel an Bremerhaven wurde nicht das gesamte Anschlagbudget benötigt.
- 29) **0411/517 11-0**
Sämtliche Abweichungen und Änderungen bei diesem Titel des Leistungsbeereichs Asyl und Flüchtlinge beruhen auf der Real-Entwicklung in 2017, der Veranschlagung für 2017 auf Basis der Entwicklung 2015 und der Bildung von Globalbudgets als Vorsorge. Aus diesen Gründen waren Abweichungen in hohem Maße zu erwarten. Die Budgets 2017 insgesamt sind eingehalten worden.
- 30) **0411/518 11-6**
Sämtliche Abweichungen und Änderungen bei diesem Titel des Leistungsbeereichs Asyl und Flüchtlinge beruhen auf der Real-Entwicklung in 2017, der Veranschlagung für 2017 auf Basis der Entwicklung 2015 und der Bildung von Globalbudgets als Vorsorge. Aus diesen Gründen waren Abweichungen in hohem Maße zu erwarten. Die Budgets 2017 insgesamt sind eingehalten worden.
- 31) **0411/681 20-3**
Sämtliche Abweichungen und Änderungen bei diesem Titel des Leistungsbeereichs Asyl und Flüchtlinge beruhen auf der Real-Entwicklung in 2017, der Veranschlagung für 2017 auf Basis der Entwicklung 2015 und der Bildung von Globalbudgets als Vorsorge. Aus diesen Gründen waren Abweichungen in hohem Maße zu erwarten. Die Budgets 2017 insgesamt sind eingehalten worden.
- 32) **0411/681 90-4**
Sämtliche Abweichungen und Änderungen bei diesem Titel des Leistungsbeereichs Asyl und Flüchtlinge beruhen auf der Real-Entwicklung in 2017, der Veranschlagung für 2017 auf Basis der Entwicklung 2015 und der Bildung von Globalbudgets als Vorsorge. Aus diesen Gründen waren Abweichungen in hohem Maße zu erwarten. Die Budgets 2017 insgesamt sind eingehalten worden.
- 33) **0411/684 10-5**
Sämtliche Abweichungen und Änderungen bei diesem Titel des Leistungsbeereichs Asyl und Flüchtlinge beruhen auf der Real-Entwicklung in 2017, der Veranschlagung für 2017 auf Basis der Entwicklung 2015 und der Bildung von Globalbudgets als Vorsorge. Aus diesen Gründen waren Abweichungen in hohem Maße zu erwarten. Die Budgets 2017 insgesamt sind eingehalten worden.
- 34) **0501/919 03-9**
Solländerung (8.372.825,99 Euro) aufgrund der bei Abrechnung des Ressorthaushalts 2017 (Produktplan 21) getroffenen Feststellung, dass in entsprechender Höhe zur Verfügung stehende Liquidität für 2017 nicht ausgeschöpft wurde. Im Rahmen des Haushaltsabschlusses 2017 wurde dieser Betrag der investiven Budgetrücklage zugeführt (siehe auch Nr. 36).
- 35) **0520/331 10-7**
Solländerung (4.739.426,64 Euro) durch Einnahmen vom Bund für den Krankenhausstrukturfonds, die als Einnahmeverfüngungsmittel an die Haushaltsstelle 0520/891 50-1 übergeleitet wurden.
- 36) **0520/891 50-1**
Solländerung (4.739.426,64 Euro) aufgrund von Einnahmeverfüngungsmitteln. Minderausgaben (8.275.165,17 Euro) der Drittmittel vom Bundesversicherungsamt aus dem Krankenhausstrukturfonds und Komplementärmittel. In 2017 konn-

ten lediglich Mittel in Höhe von rd. 1.200.000,00 Euro abfließen, da die Zahlungen nach Baufortschritt erfolgen.

- 37) **0627/331 10-0**
Solländerung (4.230.630,99 Euro) u.a. aufgrund von Zuweisungen nicht abgeforderter Mittel aus den Vorjahren sowie nicht verausgabter Reste anderer Bundesländer.
- 38) **0627/884 02-8**
Solländerung (16.294.355,14 Euro) im Saldo aus diversen Nachbewilligungen, Einnahmeverfügun gsmitteln und Haushaltsvermerksbeziehungen.
- 39) **0680/381 22-4**
Verlustausgleichszahlung (Schlusszahlung) der Europäischen Union für das EFRE Programm 2007-2013 durch den Senator für Wirtschaft, Arbeit Häfen (siehe. Nr. 54).
- 40) **0681/359 03-6**
Mit Jahresabschluss 2016 sind investive Reste im Landeshaushalt in Höhe von 21.783.545,76 Euro entstanden, die der investiven Rücklage zugeführt wurden. Dieser Betrag wurde in 2017 entnommen und den Finanzpositionen wieder zugeführt, auf denen der jeweilige Rest entstanden ist.
- 41) **0681/919 03-1**
Solländerung (Nachbewilligung) auf Grund der bei Abrechnung des Ressorthaushalts 2017 (Produktplan 68) getroffenen Feststellung, dass in entsprechender Höhe zur Verfügung stehende Liquidität für 2017 nicht ausgeschöpft wurde. Im Rahmen des Haushaltsabschlusses 2017 wurde dieser Betrag (12.368.560,67 Euro) der investiven Budgetrücklage zugeführt
- 42) **0687/331 20-6**
Solländerung (4.912.304,04 Euro), da gemäß der haushaltsmäßigen Konstruktion über Haushaltsvermerke zweckgebundene Einnahmen in Höhe von insgesamt 14.413.821,71 Euro als Einnahmeverfügun gsmittel bei der Ausgabehaushaltsstelle (0687/891 20-1) zur Verfügung gestellt wurden.
- 43) **0687/730 16-0**
Solländerung (5.948.146,13 Euro) im Saldo von Nachbewilligung, Einsparung und Deckungskreisbeziehungen.
- 44) **0687/891 20-1**
Solländerung (4.142.821,71 Euro) durch die von Haushaltsstelle 0687/331 20-6 erhaltenen Einnahmeverfügun gsmittel und Bereitstellung des Haushaltsrestes aus 2016.
- 45) **0687/891 40-6**
Solländerung (4.794.000,00 Euro) durch die von Haushaltsstelle 0687/381 40-8 erhaltenen Einnahmeverfügun gsmittel und Bereitstellung des Haushaltsrestes aus 2016.
- 46) **0696/331 10-3**
2017 konnten weniger Einnahmen generiert werden, weil zunächst Mittel aus den Vorjahren verbraucht werden mussten.

- 47) **0697/581 10-3**
Minderausgaben in Höhe von 3.739.421,66 Euro aufgrund geringerer Tilgungsleistungen.
- 48) **0697/681 98-1**
Solländerung (3.683.697,49 Euro) als Saldo aufgrund übertragener Reste 2016, durch über Haushaltsvermerke zur Verfügung gestellte zweckgebundene Einnahmen als Einnahmeverfügungsmittel sowie der gemäß Deckungskreis in Anspruch genommenen Deckungsfähigkeitsbeziehungen.
- 49) **0703/891 20-9**
Aus der investiven Rücklage (aus 2016) wurden 3.641.084,09 Euro nachbewilligt. Ein Betrag in Höhe von 561.705,47 Euro wurde nicht verausgabt und der investiven Rücklage 2017 wieder zugeführt.
- 50) **0706/891 21-8**
Aus der investiven Rücklage (aus 2016) wurden 10.156.958,42 Euro nachbewilligt. Ein Betrag in Höhe von 1.130.139,92 Euro wurde an dieser Stelle nicht verausgabt. Aus EFRE-Mitteln (Deckungskreis) wurde ein Betrag in Höhe von 1.208.098,70 Euro entnommen. Dieser Betrag von insgesamt 2.338.238,62 Euro wurde für die Deckung der Ausgaben bei der Haushaltsstelle 0706/985 20-4 herangezogen.
- 51) **0709/272 84-5**
Aus der Abwicklung des EFRE-Programms 2007-2013 wurden 8.565.847,15 Euro vereinnahmt zur Deckung von EFRE-Ausgaben des Bereichs Arbeit. Dieser Betrag wurde aus der Verrechnungshaushaltsstelle 0709/981 84-6 an den Produktplan 31 ausgezahlt (siehe Nr. 65).
- 52) **0709/346 56-3**
Von der veranschlagten Einnahme in Höhe von 5.471.000 Euro für das EFRE-Programm 2014-2020 konnten nur 605.250,45 Euro realisiert werden, so dass Mindereinnahmen in Höhe von 4.865.749,55 Euro entstanden sind. In dieser Höhe wurde ein Verlustvortrag gebildet.
- 53) **0709/346 72-5**
Aus der Abwicklung des EFRE-Programms 2007-2013 wurden 17.032.658,23 Euro vereinnahmt für den Produktplan 71. Davon wurde ein Betrag in Höhe von 2.015.339,08 Euro für die Abdeckung des Verlustvortrages - gesamt 10.500.000,00 Euro - verwendet (s. Nr. 56). Der Restbetrag in Höhe von 15.017.319,15 Euro wurde als Deckung für den allgemeinen Haushalt zur Verfügung gestellt.
- 54) **0709/346 73-3**
Aus der Abwicklung des EFRE-Programms 2007-2013 wurden 4.543.612,01 Euro vereinnahmt zur Deckung von EFRE-Ausgaben bei SUBV. Dieser Betrag wurde aus der Verrechnungshaushaltsstelle 0709/981 56-0 an SUBV ausgezahlt (siehe Nr. 64).
- 55) **0709/359 03-7**
Mit Jahresabschluss 2016 sind investive Reste im Landeshaushalt in Höhe von 35.259.413,74 Euro entstanden, die der investiven Rücklage zugeführt wurden. Dieser Betrag wurde in 2017 entnommen und den Finanzpositionen/Projekten wieder zugeführt, wo dieser Rest entstanden ist.

- 56) **0709/359 10-0**
Aus der Sonderrücklage für das EFRE-Programm 2007-2013 (Bescheinigungsstelle) wurde der gesamte Betrag in Höhe von 8.484.660,92 Euro entnommen für die Abdeckung des Verlustvortrages - gesamt 10.500.000,00 Euro - (siehe Nr. 53).
- 57) **0709/686 56-9**
Die Veranschlagung der EFRE-Ausgaben erfolgt in einer globalen Haushaltsstelle. Innerhalb des Haushaltsjahres werden hieraus die Mittel zur Deckung von Ausgaben bei den Projekthaushaltsstellen (3.100.000,00 Euro) herangezogen.
- 58) **0709/888 55-2**
Die aus dem EFRE-Programm 2007-2013 entstandene investive Rücklage in Höhe von 5.459.097,00 Euro wurde nicht gebildet, da das EFRE-Programm im Jahr 2017 haushaltsmäßig abgewickelt wurde. Die Mittel wurden als Deckung für den allgemeinen Haushalt zur Verfügung gestellt.
- 59) **0709/891 23-5**
Die nicht verausgabten Mittel in Höhe von 4.279.256,00 Euro sind auf eine Rückzahlung aus einem LIP-Zuschuss (EFRE) zurückzuführen.
- 60) **0709/891 70-7**
Für GRW-Maßnahmen wurden aus der investiven Rücklage (aus 2016) 1.181.012,00 Euro nachbewilligt. Es sind Mehreinnahmen des Bundes in Höhe von 223.753,91 Euro entstanden. Die weitere Sollerhöhung in Höhe von 5.935.057 Euro führt bei der gegenseitig deckungsfähigen Haushaltsstelle 0709/891 80-4 zur Sollverminderung (siehe Nr. 61). In Höhe des entstandenen Restbetrages von 957.258,09 Euro wurde eine investive Rücklage gebildet.
- 61) **0709/891 80-4**
Das Soll wurde in Höhe von -5.935.057,00 Euro vermindert zugunsten der Haushaltsstelle 0709/891 70-7 (siehe Nr. 60), wo der Mittelbedarf entstanden ist. Die Haushaltsstellen des GRW-Sonderprogramms sind gegenseitig deckungsfähig.
- 62) **0709/893 56-4**
Die Veranschlagung der EFRE-Ausgaben erfolgt in einer globalen Haushaltsstelle. Innerhalb des Haushaltsjahres werden hieraus die Mittel zur Deckung von Ausgaben bei den Projekthaushaltsstellen herangezogen. Aus der investiven Rücklage (aus 2016) wurden 10.988.000,00 Euro nachbewilligt. Ein Betrag von 2.902.163,00 Euro wurde zur Deckung der Zahlung bei der Verrechnungshaushaltsstelle 0709/984 10-1 in Anspruch genommen (siehe Nr. 66). 7.401,177,62 Euro wurden eingespart zugunsten des Deckungskreises für EFRE-Ausgaben bei den Projekthaushaltsstellen. Der Restbetrag in Höhe von 13.776.659,38 Euro wurde der investiven Rücklage zugeführt.
- 63) **0709/919 03-2**
Mit Jahresabschluss 2017 sind investive Reste im Landeshaushalt in Höhe von 25.429.141,42 Euro entstanden, die der investiven Rücklage zugeführt wurden.
- 64) **0709/981 56-0**
In Höhe der Mehreinnahmen aus der Abwicklung des EFRE-Programms 2007-2013 wurden 4.543.612,01 Euro an SUBV ausgezahlt zur Deckung von EFRE-Ausgaben. Dieser Betrag wurde aus der Verrechnungshaushaltsstelle 0709/981 56-0 an SUBV ausgezahlt (siehe. Nr. 54).

- 65) **0709/981 84-6**
In Höhe der Mehreinnahmen aus der Abwicklung des EFRE-Programms 2007-2013 wurden 8.565.847,15 Euro an den Bereich Arbeit ausgezahlt zur Deckung von EFRE-Ausgaben. Dieser Betrag wurde aus der Verrechnungshaushaltsstelle 0709/981 84-6 an den Produktplan 31 ausgezahlt (siehe Nr. 51).
- 66) **0709/984 10-1**
Die Deckung der Zahlung in Höhe von 2.902.163,00 Euro wurde aus der Haushaltsstelle 0709/893 56-4 EFRE vorgenommen (siehe Nr. 62).
- 67) **0754/871 40-7**
Die Sollveränderung in Höhe von 4.000.000,00 Euro wurde in Höhe von 1.566.000,00 Euro aus investiven Mitteln des Produktplans 81 und in Höhe von 2.434.000,00 Euro aus investiven Mitteln des Produktplans 71 vorgenommen.
- 68) **0801/359 03-5**
In 2016 wurden investive Reste im Landeshaushalt in Höhe von 20.000.000,16 Euro gebildet und als Konsolidierungsbeitrag (Liquidität) zur Verfügung gestellt. Die Mittel wurden der investiven Budgetrücklage zugeführt und 2017 wieder zur Verfügung gestellt (siehe Nr. 70).
- 69) **0801/386 10-5**
Die veranschlagte Einnahme im Landeshaushalt in Höhe von 32.700.000,00 Euro für die Finanzierung des OTB aus dem Sondervermögen Hafen (Stadt) wurde nicht realisiert (siehe Nr. 70).
- 70) **0801/884 21-0**
Veranschlagt wurden 51.700.000,00 Euro. Enthalten ist ein Betrag in Höhe von 32.700.000,00 Euro für die Finanzierung des OTB aus dem Sondervermögen Hafen (Stadt). Diese Einnahme wurde nicht realisiert. Der im Jahr 2016 geleistete Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 20.000.000,16 Euro wurde der investiven Budgetrücklage entnommen und im Jahr 2017 wieder zur Verfügung gestellt. Der vorhandene Betrag von 39.000.000,00 Euro wurde ausgezahlt (siehe Nr. 68 und Nr. 69).
- 71) **0900/281 21-8**
Die Einnahme aus der Haushaltsstelle ist zweckgebunden zur Deckung der Ausgaben bei der Nr. 72 Haushaltsstelle 0900/511 70-1 Sachkosten KoSIT (refinanziert) (Produktgruppe 91.90.01). Einnahmen und Ausgaben sind aufeinander abgestimmt. Die Werte sind aufgrund vertraglicher Grundlagen in den letzten Jahren erheblich angestiegen. Ab 2018 werden die Anschläge angepasst.
- 72) **0900/511 70-1**
Die Einnahmen (siehe Nr. 71) und die Ausgaben bei dieser Haushaltsstelle sind aufeinander abgestimmt. Die Werte sind aufgrund vertraglicher Grundlagen in den letzten Jahren erheblich angestiegen. Ab 2018 werden die Anschläge angepasst.
- 73) **0900/526 40-7**
Die Haushaltsstelle befindet sich in einem aufgabenbezogenen Deckungskreis (*13831) „Bundesbau“, der durch zweckgebundene Einnahmen ausgeglichen wird. Eine konkrete Zuordnung von Anschlägen auf die dort jeweils zu erwartenden Ausgaben ist entbehrlich.

- 74) **0910/422 01-4**
Die Solländerung (3.104.719,72 Euro) resultiert durch die Auflösung des Finanzamtes Nord zum 30.04.2017 mit Verlagerung von Personalmitteln zur Landeshauptkasse (Produktgruppe 91.01.10), siehe Nrn. 79 und 80.
- 75) **0950/359 03-0**
Solländerung zur Deckung diverser investiver Nachbewilligungen.
- 76) **0950/812 20-6**
Sollerhöhung aufgrund Nachbewilligung mit Deckung durch Entnahme aus der investiven Budgetrücklage in Höhe von 2.324.316,40 Euro sowie Einsparungen zu Gunsten der Haushaltsstellen 0900.428 78-2 (- 43.004,25 Euro) und 0980.912 01-9 (-82.285,91 Euro) im Rahmen der investiven Liquiditätssteuerung 2017 (-125.290,16 Euro) .
- 77) **0950/812 58-3**
Sollerhöhung aufgrund Nachbewilligung mit Deckung durch Entnahme aus der investiven Budgetrücklage in Höhe von 1.650.000,00 Euro sowie 4.950.000,00 Euro aufgrund einer vorhandenen Sperre durch Haushaltsvermerk.
- 78) **0950/919 03-5**
Solländerung (Nachbewilligung) für den genannten Zweck im Zusammenhang mit der Abrechnung der Produktplanhaushalte 2016.
- 79) **0954/422 01-1**
Die Solländerung (-5.388.483,62 €) resultiert durch die Auflösung des Finanzamtes Nord zum 30.04.2017 mit Verlagerung von Personalmitteln zur Landeshauptkasse (Produktgruppe 91.01.10), siehe Nr. 74.
- 80) **0954/428 01-0**
Die Solländerung (-2.668.809,07 €) resultiert durch die Auflösung des Finanzamtes Nord zum 30.04.2017 mit Verlagerung von Personalmitteln zur Landeshauptkasse (Produktgruppe 91.01.10), siehe Nr. 74.
- 81) **0958/111 10-0**
Die Mehreinnahmen (2.619.211,44 Euro) resultieren aus der Verlagerung der Kapitel 0954 Finanzamt Bremen-Nord (bis 30.04.2017) in das Kapitel 0958 Finanzamt Bremen.
- 82) -105) **Steuern**
- 106) **0972/984 07-8**
Solländerung (9.216.736,13 Euro) resultierend aus der sich im Abrechnungszeitraum von der Steuerschätzung abweichenden Entwicklung des originären Steueraufkommens und korrespondiert entsprechend mit 3972/384 01-0. Festgestellte Mehrausgaben wurden im Rahmen der Liquidität im Produktplan 93 „Zentrale Finanzen“ ausgeglichen.
- 107) **0972/984 10-8**
Solländerung (15.981.000,00 Euro) resultierend aus Nachbewilligung/Einsparung und korrespondiert entsprechend mit 3972/384 10-0.
- 108) **0972/984 11-6**
Solländerung (14.019.000,00 Euro) resultierend aus Nachbewilligung/Einsparung und korrespondiert entsprechend mit 3972/384 11-8.

- 109) **0972/985 10-4**
Solländerung (2.961.000,00 Euro) resultierend aus Nachbewilligung/Einsparung.
- 110) **0972/985 11-2**
Solländerung (3.495.000,00 Euro) resultierend aus Nachbewilligung/Einsparung.
- 111) **0973/211 01-3**
Die Mehreinnahmen (14.084.348,59 Euro) resultieren aus der sich im Abrechnungszeitraum von der Steuerschätzung abweichenden Entwicklung des originären Steueraufkommens.
- 112) **0973/212 01-0**
Solländerung (10.152.852,69 Euro) bedingt durch technische Umbewilligungen. Die Mindereinnahmen (38.953.077,73 Euro) resultieren aus der sich im Abrechnungszeitraum von der Steuerschätzung abweichenden Entwicklung des originären Steueraufkommens.
- 113) **0980/162 02-8**
Solländerung durch Agio im Rahmen von Kreditgeschäften.
- 114) **0980/325 09-1**
Im Saldo aus Krediteinnahmen und Ausgaben zur Schuldentilgung wurden kurzfristige Darlehen vom Kreditmarkt entsprechend vereinnahmt (siehe Nr. 123).
- 115) **0980/325 30-0**
Im Saldo aus Krediteinnahmen und Ausgaben zur Schuldentilgung wurden Kredite entsprechend dem tatsächlichen Kreditbedarf vereinnahmt.
- 116) **0980/352 01-3**
Solländerung (8.624.955,29 Euro) zur Deckung diverser Nachbewilligungen im Zusammenhang mit dem Land/Stadt-Austausch von im Stadthaushalt angebotenen Deckungsmitteln für Nachbewilligungen im Landeshaushalt. Im Haushaltsjahr 2017 wurde der Kassenverstärkungs- und allgemeinen Ausgleichsrücklage ein Betrag in Höhe von 8.624.955,29 Euro entnommen. Mehreinnahmen (2.624.955,29 Euro), da der Haushaltsanschlag lediglich in Höhe von 6.000.000,00 Euro realisiert werden musste.
- 117) **0980/571 10-6**
Umbuchungen von Zinsverbindlichkeiten öffentlicher Unternehmen.
- 118) **0980/575 01-2**
Solländerungen im Rahmen gegenseitiger Deckungsfähigkeit der Zinsausgaben bzw. Zinsminderausgaben.
- 119) **0980/575 02-2**
Solländerungen im Rahmen gegenseitiger Deckungsfähigkeit der Zinsausgaben bzw. Zinsminderausgaben.
- 120) **0980/575 03-9**
Solländerungen im Rahmen gegenseitiger Deckungsfähigkeit der Zinsausgaben bzw. Zinsminderausgaben.
- 121) **0980/575 04-7**
Solländerungen im Rahmen gegenseitiger Deckungsfähigkeit der Zinsausgaben bzw. Zinsminderausgaben.

- 122) **0980/595 01-3**
Tilgungsausgaben in Höhe des tatsächlichen Bedarfes im Rahmen gegenseitiger Deckungsfähigkeit der Tilgungsausgaben.
- 123) **0980/595 09-9**
Tilgungsausgaben in Höhe des tatsächlichen Bedarfes im Rahmen gegenseitiger Deckungsfähigkeit der Tilgungsausgaben.
- 124) **0980/912 01-9**
Solländerung (Nachbewilligungen) im Zusammenhang mit dem Land/Stadt-Austausch von im Landeshaushalt angebotenen Deckungsmitteln für Nachbewilligungen im Stadthaushalt. Im Haushaltsjahr 2017 wurde der Kassenverstärkungs- und allgemeinen Ausgleichsrücklage ein Betrag in Höhe von 3.791.853,96 Euro zugeführt. Mehrausgaben (1.791.853,96 Euro), da die Zuführung des Haushaltsanschlages erforderlich war.
- 125) **0980/919 80-3**
Solländerung (240.000.000,00 Euro) resultierend aus Nachbewilligung/ Einsparung.
- 126) **0988.359 03-3**
In 2016 wurden nicht verausgabte investive Mittel im Rahmen des Jahresabschlusses in Höhe von 2.770.000,00 Euro der investiven Rücklage zugeführt, die zu Jahresbeginn 2017 wieder der Rücklage entnommen und sollerrhöhend auf der Ausgabeposition zur Verfügung gestellt wurden. Aufgrund verzögerter Projektverläufe wurden die Mittel in 2017 nicht abgerufen, sodass eine erneute Rücklagenzuführung im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 erfolgte.
- 127) **0988.884 20-0**
In 2016 wurden nicht verausgabte investive Mittel im Rahmen des Jahresabschlusses in Höhe von 2.770.000,00 Euro der investiven Rücklage zugeführt, die zu Jahresbeginn 2017 wieder der Rücklage entnommen und sollerrhöhend auf der Ausgabeposition zur Verfügung gestellt wurden. Aufgrund verzögerter Projektverläufe wurden die Mittel in 2017 nicht abgerufen, sodass eine erneute Rücklagenzuführung im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 erfolgte.
- 128) **0988.919 03-9**
In 2016 wurden nicht verausgabte investive Mittel im Rahmen des Jahresabschlusses in Höhe von 2.770.000 Euro der investiven Rücklage zugeführt, die zu Jahresbeginn 2017 wieder der Rücklage entnommen und sollerrhöhend auf der Ausgabeposition zur Verfügung gestellt wurden. Aufgrund verzögerter Projektverläufe wurden die Mittel in 2017 nicht abgerufen, sodass eine erneute Rücklagenzuführung im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 erfolgte.
- 129) **0990/232 11-3**
Die Einnahmen und Ausgaben aus dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag sind nicht planbar und werden nicht veranschlagt. Unterjährig erfolgen Einnahmen und Ausgaben von bzw. an andere Dienstherren. Die Differenz aus Einnahmen und Ausgaben wird an die Anstalt für Versorgungsvorsorge abgeführt bzw. von dieser erstattet. Ggf. werden Reste ins Folgejahr übertragen.
- 130) **0990/432 02-3**
Die Anstalt für Versorgungsvorsorge und das Sondervermögen Versorgungsrücklage führen Zinserträge an die Freie Hansestadt Bremen zur (anteiligen) Kompensation der steigenden Versorgungslasten ab. Die jährlichen Einnahmen und Ausgaben werden veranschlagt. Über die Allgemeine Rückgabe wird das Haus-

haltssoll am Jahresanfang auf null gesetzt und über Einnahmeverfügungsmittel wieder erhöht. Das Haushaltssoll wird zur (Teil-)Deckung der Ausgaben auf den originären Versorgungshaushaltsstellen verwendet. Im konkreten Fall: Solländerung (-2.717.610,00 Euro) aus Einnahmeverfügungsmittel (2.717.610,00 Euro).

- 131) **0990/461 01-5**
Globale Mehrausgaben sind veranschlagte Beträge, die abweichend vom Grundsatz der Einzelveranschlagung einen möglicherweise entstehenden, aber im Detail noch nicht zuzuordnenden Mehrbedarf abdecken sollen. Im Personalhaushalt sind dies z.B. Risikovorsorgen für zukünftige Tarifabschlüsse. Im konkreten Fall: Solländerung (-8.291.080,00 Euro).
- 132) **0990/461 02-3**
Globale Mehrausgaben sind veranschlagte Beträge, die abweichend vom Grundsatz der Einzelveranschlagung einen möglicherweise entstehenden, aber im Detail noch nicht zuzuordnenden Mehrbedarf abdecken sollen. Im Personalhaushalt sind dies z.B. Risikovorsorgen für zukünftige Tarifabschlüsse. Im konkreten Fall: Solländerung (-7.969.623,59 Euro) im Saldo aus Nachbewilligungen (595.643,21 Euro) und Einsparungen (-8.565.266,80 Euro). Die noch verfügbaren Mittel (958.226,41 Euro) wurden für den fortdauernden Zweck der Haushaltsstelle als Ausgaberesult nach 2018 übertragen.
- 133) **0990/461 03-1**
Globale Mehrausgaben sind veranschlagte Beträge, die abweichend vom Grundsatz der Einzelveranschlagung einen möglicherweise entstehenden, aber im Detail noch nicht zuzuordnenden Mehrbedarf abdecken sollen. Im Personalhaushalt sind dies z.B. Risikovorsorgen für zukünftige Tarifabschlüsse. Im konkreten Fall: Solländerung (6.488.290,55 Euro). Die noch verfügbaren Mittel (6.924.360,55 Euro) wurden für den fortdauernden Zweck der Haushaltsstelle als Ausgaberesult nach 2018 übertragen.
- 134) **0990/461 06-6**
Globale Mehrausgaben sind veranschlagte Beträge, die abweichend vom Grundsatz der Einzelveranschlagung einen möglicherweise entstehenden, aber im Detail noch nicht zuzuordnenden Mehrbedarf abdecken sollen. Im Personalhaushalt sind dies z.B. Risikovorsorgen für zukünftige Tarifabschlüsse. Im konkreten Fall: Solländerung (-3.273.107,47 Euro) aus Nachbewilligungen. Die noch verfügbaren Mittel (1.643.992,53 Euro) wurden für den fortdauernden Zweck der Haushaltsstelle als Ausgaberesult nach 2018 übertragen.
- 135) **0995/359 03-0**
Solländerung (4.133.504,20 Euro) durch Entnahme aus der Budgetrücklage in gleicher Höhe.
- 136) **0995/548 11-9**
Globale Mehrausgaben sind veranschlagte Beträge, die abweichend vom Grundsatz der Einzelveranschlagung einen möglicherweise entstehenden, aber im Detail noch nicht zuzuordnenden Mehrbedarf abdecken sollen. Im Personalhaushalt sind dies z.B. Risikovorsorgen für zukünftige Tarifabschlüsse. Im konkreten Fall: Solländerung (-3.031.400,00 Euro) aus Nachbewilligungen.
- 137) **0995/971 10-0**
Solländerung (-5.999.999,35 Euro) resultierend aus Nachbewilligung/Einsparung.

- 138) **0995/972 11-5**
Solländerung (4.084.420,00 Euro) resultierend aus Nachbewilligung/Einsparung.
- 139) **0995/972 99-9**
Die aus technischen Einsparungen resultierende Solländerung in Höhe von -319.041.652,17 Euro beruht auf der bei dieser Haushaltsstelle aus Vereinfachungsgründen vorgenommene Deckung derjenigen Beträge, die im Rahmen der Abrechnung 2017 der einzelnen Produktpläne den jeweiligen Budgetrücklagen zugeführt worden sind und für die (ohne Solländerung bei den einzelnen produktplanbezogenen Deckungshaushaltsstellen) der konkrete haushaltsstellengerechte Nachweis der Deckung durch die hierfür maßgebenden Abrechnungsunterlagen geführt wurde.
- 140) **0998/331 01-3**
Der Abruf der Mittel im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KInvFG) beim Bund erfolgt entsprechend dem tatsächlichen Mittelabfluss der hieraus finanzierten Projekte.

Haushaltsüberschreitungen

Die Senatorin für Finanzen hat haushaltsstellenscharf bzw. deckungskreisbezogen die IST-Ausgaben 2017 (Stand 14. Monat) den zur Verfügung stehenden Ausgabemitteln im Haushalt des Landes gegenübergestellt. Über die bestehende Ausgabeermächtigung hinaus geleistete Ausgaben können ggf. einen Verstoß gegen das parlamentarische Bewilligungsrecht (Haushaltsverstoß) darstellen.

Die festgestellten Überschreitungsfälle 2017 im Haushalt des Landes sind in der nachfolgenden tabellarischen Übersicht zusammenfasst. Die Überschreitungsfälle sind von betroffenen Ressorts analysiert worden und mit einer entsprechenden Stellungnahme hinterlegt.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Anzahl und das Volumen der Haushaltsüberschreitungen 2017 im Haushalt des Landes deutlich reduziert, von 26 auf 9 Überschreitungsfälle bzw. von 2,060 Mio. Euro auf 0,868 Mio. Euro.

Sämtliche Überschreitungen im Haushalt des Landes wurden rechnerisch durch verringerte Reste- bzw. Rücklagenbildung im Rahmen der Abrechnung der Produktplanhaushalte 2017 bzw. durch Mehreinnahmen bei Steuern ausgeglichen.

Haushaltsüberschreitungen 2017 - Haushalt des LANDES										
Senatorin für Finanzen, Ref. 21 19. Juli 2018										
PPL	PGR	Aggregat	Haushaltsstelle / Deckungskreis- Nr.	Zweckbestimmung	Anschlag EUR	Haushaltssoll EUR	IST Gesamt EUR	Überschreitung EUR	rechne- risch ausge- glichen	Anmerkung/Stellungnahme des Ressorts
68	68.02.08	AUSG.ERSTI	0682.98141-5	An Hst. 0950.381 41-8; Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektr. Arbeitszeiterfassung	0,00	0,00	3.780,00	3.780,00	x	Die Überschreitung resultiert aus zu leistenden Erstattungen im Zusammenhang mit der elektr. Zeiterfassung. Die Nachbewilligung/ Anzeige wurde zu spät veranlasst.
71	71.90.01	AUSG.KONSU	0700.51850-7	Mieten und Pacht- zahlungen an das SV Immobilien und Technik	1.074.210,00	1.098.197,04	1.122.992,82	24.795,78	x	Es wurde übersehen, dass diese Finanzposition nicht in den Deckungskreis 14275 eingebunden ist. Aus diesem Grunde ist eine Mittelumschichtung unterblieben (Anzeige). Der Mehrbedarf ist aufgrund der Erhöhung des Aufwandes für die Instandhaltung und Wartung der Brandschutzanlagen im Gebäude Hufilterstraße entstanden.
91	91.03.03	AUSG.KONSU	0922.52532-3	Konsumtive Aus- gaben im Rahmen des Ausbildungspro- gramms für junge Flüchtlinge	0,00	222.674,22	223.189,22	515,00	x	Die Überschreitung ergab sich aus im Dezember geleisteten Ausgaben. Diese wurden bei der Nachbewilligung zum Ausgleich des Haushalts-Solls versehentlich nicht berücksichtigt.
96	96.01.01	DIVERSE	13857	Ausgaben für IT bzw. IT-Fach- aufgaben	1.412.870,00	1.626.119,66	1.638.546,22	12.426,56	x	Die Einführung einer neuen Wohngeldsoftware ging mit höheren Ausgaben einher als ursprünglich erwartet. Die Nachbewilligung wurde zu spät veranlasst.
93	93.01.01	DIVERSE	13871	Schlüssel- zuweisungen	471.875.750,00	481.424.102,69	482.024.102,69	600.000,00	x	Die Überschreitung ist aufgetreten im Zusammenhang mit der im 14. Monat vorzunehmenden Abrechnung der Zuweisungen und Zuschüsse des Landes Bremen an die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven. Eine Nachbewilligung des noch ausstehenden Betrages wurde bis zum Jahresende nicht mehr umgesetzt. Ein rechnerischer Ausgleich ist durch Mehreinnahmen bei Steuern vorhanden.

PPL	PGR	Aggregat	Haushaltsstelle / Deckungskreis-Nr.	Zweckbestimmung	Anschlag EUR	Haushaltssoll EUR	IST Gesamt EUR	Überschreitung EUR	Rechnerisch ausgeglichen	Anmerkung/Stellungnahme des Ressorts	
68	68.03.04	DIVERSE	13892	Maßnahmen zur Förderung des Klimaschutzes bzw. Sicherung von Natur- und Umweltressourcen	4.040.000,00	5.352.322,16	5.357.803,16	5.481,00	x	Die Überschreitung ist auf die Übertragung der Vorjahresanzahlung nach 2018 zurückzuführen und wurde im 14. Monat per Verrechnungsanordnung im Kapitel 0629 ("Wasserentnahmegebühr") ausgeglichen.	
68	68.03.01	DIVERSE	13900	Ausgaben für Personal im Bereich Umweltwirtschaft/Energie/Ressourcen	2.690.720,00	3.045.926,82	3.082.058,20	36.131,38	x	Die Überschreitung ist auf der Haushaltsstelle 0680.98160-4 aufgetreten infolge einer Erstattung von Personalkosten an SWGV. Die Haushaltsstelle ist Bestandteil des Deckungskreises 13900. Eine Nachbewilligung konnte nicht mehr umgesetzt werden.	
03	03.01.01	DIVERSE	14062	Aufwendungen im Zusammenhang mit Personal	1.327.660,00	1.275.400,93	1.277.400,93	2.000,00	x	Die Überschreitung ist bei der Haushaltsstelle 0020.42711-6 im Zusammenhang mit der Entlohnung von nicht ständig beschäftigten Arbeitskräften entstanden infolge einer zu hohen vom Ressort angezeigten Einsparung zur Deckung einer Nachbewilligung.	
07	07.04.02	DIVERSE	14163	Kosten für Organisation/Durchführung von Wahlen	780.000,00	780.000,00	963.016,83	183.016,83	x	Die Überschreitung des Anschlags resultiert aus den Mehrausgaben für die Durchführung des Volksentscheids zur Verlängerung der Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft (24.09.2017). Die Mehrbedarfe waren bei Aufstellung der Haushalte 2016/2017 nicht vorhersehbar. Auf Grundlage der Controllingergebnisse 9/2017, die im November 2017 vorlagen, wurde davon ausgegangen, diese ressortintern ausgleichen zu können. Es ist jedoch versäumt worden, bis zum Jahresende einen entsprechenden Ausgleich herbeizuführen.	
Haushaltsüberschreitungen Land											
868.146,55											
LAND: 0,03 Euro (Haushaltsstelle 0120.53906-0), 0,34 Euro (Haushaltsstelle 0520.89130-7) und 0,56 Euro (Haushaltsstelle 0520.89131-5) sowie die technische Ausgleichsposition (bei Haushaltsstelle 0995.97299-9) sind hierbei nicht berücksichtigt.											

Personalausgaben 2017

Personalausgaben (HGr. 4) 2017 - Land -			
	Anschlag -€	Soll -€	Ist -€
Aufwendungen für Abgeordnete (Grp. 411)	9.786.310	9.786.310,00	8.982.121,55
Bezüge der Bürgermeister, Senatoren und sonstiger Amtsträger (Grp. 421)	1.284.050	1.243.829,20	1.243.829,20
Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter (Grp. 422)	266.358.400	281.888.654,02	273.025.069,08
Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Grp. 428)	128.703.680	155.320.789,50	150.123.491,61
Versorgungsbezüge und dgl. (OGrp. 43)	180.278.710	185.866.683,16	184.644.861,47
Beihilfen, Unterstützungen und dgl. (OGrp. 44)	32.548.240	31.556.596,97	32.629.654,70
Übrige	29.457.080	16.151.533,74	5.518.381,31
insgesamt:	648.416.470	681.814.396,59	656.167.408,92

Personalausgaben (HGr. 4) 2017 - Stadt -			
	Anschlag -€	Soll -€	Ist -€
Aufwendungen für Abgeordnete (Grp. 411)	0	0,00	0,00
Bezüge der Bürgermeister, Senatoren und sonstiger Amtsträger (Grp. 421)	780.000	797.688,60	797.688,60
Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter (Grp. 422)	258.009.570	276.622.186,40	273.834.623,05
Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Grp. 428)	158.603.210	158.759.598,40	152.232.285,65
Versorgungsbezüge und dgl. (OGrp. 43)	245.662.960	245.953.787,77	243.995.311,11
Beihilfen, Unterstützungen und dgl. (OGrp. 44)	33.945.480	35.377.404,50	35.296.861,70
Übrige	9.007.780	19.153.200	1.327.634
insgesamt:	706.009.000	736.663.865,18	707.484.404,36

Personalausgaben (HGr. 4) 2017 - Land und Stadtgemeinde Bremen -			
	Anschlag -€	Soll -€	Ist -€
Aufwendungen für Abgeordnete (Grp. 411)	9.786.310	9.786.310,00	8.982.121,55
Bezüge der Bürgermeister, Senatoren und sonstiger Amtsträger (Grp. 421)	2.064.050	2.041.517,80	2.041.517,80
Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter (Grp. 422)	524.367.970	558.510.840,42	546.859.692,13
Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Grp. 428)	287.306.890	314.080.387,90	302.355.777,26
Versorgungsbezüge und dgl. (OGrp. 43)	425.941.670	431.820.470,93	428.640.172,58
Beihilfen, Unterstützungen und dgl. (OGrp. 44)	66.493.720	66.934.001,47	67.926.516,40
Übrige	38.464.860	35.304.733,25	6.846.015,56
insgesamt:	1.354.425.470	1.418.478.261,77	1.363.651.813,28

Übersicht

über den Gesamtbetrag der bei den jeweiligen Einzelplänen aufgrund gesetzlicher Bestimmung oder mit gesetzlicher Ermächtigung niedergeschlagenen Beträge

EPL	Forderungen nach Bereichen	Niedergeschlagene Beträge 2016 in Euro	Niedergeschlagene Beträge 2017 in Euro
00	Bürgerschaft, Senat, Rechnungshof, Staatsgerichtshof, Bundesangelegenheiten, Datenschutz, Inneres, Frauen	41.359,63	58.204,90
01	Justiz und Verfassung, Sport	784.825,18	4.052.657,85
02	Bildung und Wissenschaft, Kultur	98.943,20	141.552,65
03	Arbeit	117.532,53	117.436,51
04	Jugend und Soziales, Ausländerintegration	- 9,46	1.552,78
05	Gesundheit	20.054,51	26.552,06
06	Bau, Umwelt und Verkehr	67.468,58	43.181,64
07	Wirtschaft	18.200,00	-
08	Häfen	821,32	1.517,50
09	Finanzen (ohne Steuern)	107.237,94	142.376,27
	Landes- und Gemeinschaftsteuern	49.499.000,00	34.665.714,29
	Summe:	50.755.433,43	39.250.746,45

Übersicht

über den Gesamtbetrag der bei den jeweiligen Einzelplänen aufgrund gesetzlicher Bestimmung oder mit gesetzlicher Ermächtigung erlassenen Beträge

EPL	Forderungen nach Bereichen	Erlassene Beträge 2016 in Euro	Erlassene Beträge 2017 in Euro
00	Bürgerschaft, Senat, Rechnungshof, Staatsgerichtshof, Bundesangelegenheiten, Datenschutz, Inneres, Frauen	2.306,11	577,84
01	Justiz und Verfassung, Sport	114.479,29	17.412,87
02	Bildung und Wissenschaft, Kultur	10.575,55	20.546,99
03	Arbeit	-	-
04	Jugend und Soziales, Ausländerintegration	-	1.874,03
05	Gesundheit	75,00	-
06	Bau, Umwelt und Verkehr	4.162,53	325,00
07	Wirtschaft	-	-
08	Häfen	-	-
09	Finanzen (ohne Steuern)	143,95	213,45
	Landes- und Gemeinschaftsteuern	12.305.000,00	8.010.000,00
	Summe:	12.436.742,43	8.050.950,18

Vermögensnachweis der Freien Hansestadt Bremen
zum 31. 12. 2017

Pos.	Bezeichnung	Bestand 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Bestand 31.12. des Jahres EUR
1	Beteiligungen	193.488.108,80	2.038.905,75	195.527.014,55
2	Sachanlagevermögen	19.478.685,55	1.569.211,61	21.047.897,16
3	Forderungen			
3a	Allgemeine Darlehen	11.471.609.000,00	4.798.087.000,00	16.269.696.000,00
3c	Sonstige Forderungen	150.743.000,00	19.103.200,47	169.846.200,47
4	Rücklagen	162.640.055,34	203.663.447,62	366.303.502,96
5	Sondervermögen			
5a	Treuhandvermögen	171.272.208,56	-268.053,25	171.004.155,31
5b	Sondervermögen	93.448.046,40	-3.049.869,61	90.398.176,79
5c	Eigenbetriebe	9.116.840,48	-397.868,00	8.718.972,48
6	Schulden			
6a	Schuldscheindarlehen	19.554.777.448,20	-388.672.811,95	19.166.104.636,25
6b	Wohnungsbaudarlehen	86.213.021,55	-3.195.495,26	83.017.526,29
6c	Sonstige Verpflichtungen	1.493.637,40	0,00	1.493.637,40
7	Bürgschafts- und Eventualverpflichtungen	772.715.400,23	28.052.471,78	800.767.872,02

Vermögensnachweis Land

Position 1

Haushaltsjahr 2017

Beteiligungen der Freien Hansestadt Bremen

Unternehmen:	Grund-/Stamm-Kapital	brem. Anteil Stammkapital	brem. Anteil	Eigenkapital	brem. Anteil Eigenkapital
	EUR	EUR	%	EUR	EUR
Alfred-Wegener-Institut Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung	0,00	0,00	8,00	330.000,00	26.400,00)*
Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH	25.000,00	12.500,00	50,00	94.878,96	47.439,48)**
Bremer Toto und Lotto GmbH, Bremen	30.000,00	20.000,00	66,67	4.715.633,41	3.143.912,79
Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS), Bremerhaven	470.700,00	64.000,00	13,60	3.761.105,53	511.510,35
Dataport, rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts, Altenholz	28.963.322,96	1.703.043,39	5,88	30.698.780,83	1.805.088,31
DEGES, Berlin	62.600,00	3.700,00	5,91	122.840,00	7.259,84
Dt. Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH, Hannover	27.000,00	500,00	1,85	533.333,36	9.866,67
Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH (FBG), Bremerhaven	256.000,00	255.645,94	100,00	333.005,30	333.005,30
FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht, gGmbH, Grünwald	163.613,40	10.225,84	6,25	1.068.955,87	66.809,74
HIS e.G. - Hochschul-Informations-System e.G., Hannover	1.041.666,67	5.000,00	0,48	14.245.872,99	68.380,19
Inpha GmbH (ex AML-Nord), Bremen	38.400,00	6.400,00	16,67	2.153.007,58	358.906,36
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main	3.750.000.000,00	12.400.000,00	0,33	24.068.000.000,00	79.424.400,00
Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH, Bonn	41.925,93	1.022,58	2,44	6.521.279,64	159.119,22
Länderzentrum für Niederdeutsch gemeinnützige GmbH	25.000,00	6.250,00	25,00	0,00	0,00)***
LEA Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mbH, Hannover	52.000,00	2.600,00	5,00	95.027,61	4.751,38
Münchener Hypothekbank eG, München	6.135.502,57	70,00	0,00	1.343.867.378,81	0,00
nordmedia, Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH, Hannover	660.000,00	100.300,00	15,20	1.113.340,89	169.227,82
Performa Nord GmbH, Bremen	25.000,00	25.000,00	100,00	89.380,24	89.380,24
Wirtschaftsförderung Bremen GmbH, Bremen	102.250.000,00	94.347.826,09	92,27	118.458.390,42	109.301.556,84
Gesamt:		108.964.083,84			195.527.014,55
Vorjahresbestand :					193.488.108,80
Veränderung:					2.038.905,75

Die Anteile an der Aareal Bank AG, Wiesbaden wurden im Dezember 2017 veräußert.

)* Das Stiftungskapital beim Alfred-Wegener-Institut Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung ist variabel und kann daher nicht angegeben werden.

)** Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2017 lag zum Zeitpunkt der Erstellung der Haushaltsrechnung noch nicht vor. Deshalb wurde der Jahresabschluss für das Jahr 2016 herangezogen.

)*** Das Länderzentrum für Niederdeutsch gemeinnützige GmbH wurde zum 6.12.2017 gegründet. Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2017 lag zum Zeitpunkt der Erstellung der Haushaltsrechnung noch nicht vor.

Vermögensnachweis Land

Zu Position 1

Haushaltsjahr 2017

Nachrichtlich: Nicht eingezahlte Teilbeträge des Stammkapitals

	Ausstehendes Stammkapital am 31.12.2017
Unternehmen:	EUR
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main	1.493.637,40 *)
Gesamt:	1.493.637,40

*) siehe § 1 Abs 3 Satz 4 Gesetz über die Kreditanstalt für Wiederaufbau

Unterbeteiligungen der Freien Hansestadt Bremen (Land) ¹

	Kapital EUR	Anteil %
1 Unterbeteiligungen der WFB²:		
Ansgaritor Grundstücksverwaltungs-GmbH	25.000,00	100,00
Bürgerschaftsbank Bremen GmbH (gehalten von der WFB)	3.300.000,00	1,35
Bremer Aufbau-Bank GmbH	110.000.000,00	100,00
BAB Beteiligungs- und Managementgesellschaft Bremen mbH	100.000,00	100,00
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Bremen mbH	5.113.000,00	25,00
Bürgerschaftsbank Bremen GmbH (gehalten von der BAB)	3.300.000,00	34,65
Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG) GmbH, Bremerhaven	26.000,00	48,01
Bremer Weser - Stadion GmbH	512.000,00	50,00
BTZ Bremer Touristik - Zentrale Gesellschaft für Marketing und Service mbH	26.000,00	100,00
CEON GmbH i.L.	25.000,00	51,00
ESN-Event & Sport Nord GmbH	50.000,00	24,90
EVG elko Veranstaltungs- und Gebäudeservice GmbH	26.000,00	20,00
Galintis GmbH & Co. KG (AIRBUS Beteiligung), Frankfurt am Main	13.445.000,00	9,09
geschmackslabor messe & eventcatering GmbH	100.000,00	24,90
Glocke Veranstaltungs-GmbH	26.000,00	100,00
H.A.G.E.-Grundstücksverwaltungs-GmbH	26.000,00	100,00
Hanse Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	51.000,00	100,00
Musikfest Bremen GmbH	60.000,00	40,00
Treuhandbeteiligungen der WFB:		
GVZ Entwicklungsgesellschaft Bremen mbH	163.000,00	26,47
HIBEG Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	2.482.000,00	100,00
Tradeasset Beteiligungsgesellschaft mbH	26.000,00	100,00
STAVE Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i.L.	26.000,00	100,00
SWG Grundstücks GmbH & Co.	486.000,00	100,00
SWG Grundstücksverwaltungs-GmbH	26.000,00	100,00

¹ Es sind alle mittelbaren Beteiligungen im Sinne von § 65 Abs.3 LHO aufgeführt, sofern sie von Mehrheitsbeteiligungen gehalten werden.

² Das Land Bremen hält 92,27 % der Anteile an der WFB.

Vermögensnachweis Land

Ergänzung zu Position 1

Stand: 31.12.2017

Unterbeteiligungen der Freien Hansestadt Bremen (Land)¹

	Kapital EUR	Anteil %
2 Unterbeteiligungen der Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH:		
Bremerhavener Eiswerk GmbH, Bremerhaven	160.000,00	37,50
Theater im Fischereihafen GmbH, Bremerhaven	26.000,00	25,00

Sachanlagevermögen der Freien Hansestadt Bremen

Bezeichnung	Bestand 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Bestand 31.12. des Jahres EUR
Sachanlagevermögen	19.478.685,55	1.569.211,61	21.047.897,16
	19.478.685,55	1.569.211,61	21.047.897,16

Allgemeine Darlehen der Freien Hansestadt Bremen
--

Allgemeine Darlehen

Haushaltsstelle	Saldo lt. Einzelblatt EUR	Wertberich- tigung %	Wertberich- tigung EUR	Gerundetes Ergebnis EUR
0980/181 01-4	26.374.561,41	0,00	-561,41	26.374.000,00
0980/182 01-0	1.496.728,29	50,02	-748.728,30	748.000,00
0980/182 12-6	9.971,09	9,74	-971,09	9.000,00
0980/182 13-4	82.769,82	0,93	-769,82	82.000,00
0980/595 01-3 (Stadtgemeinde Bremen)	7.775.148.066,00	0,00	-66,00	7.775.148.000,00
0980/595 01-3 (Stadtgemeinde Bremerhaven)	732.687.625,00	0,00	-625,00	732.687.000,00
0980/595 01-3 (Land Bremen)	5.181.812.808,75	0,00	-808,75	5.181.812.000,00
2311/109 10-6	2.552.836.901,73	0,00	-901,73	2.552.836.000,00
Gesamt:	16.270.449.432,09		-753.432,10	16.269.696.000,00

Vorjahresbestand :	11.471.609.000,00
Veränderung:	4.798.087.000,00

Sonstige Forderungen der Freien Hansestadt Bremen

sonstige Forderungen

Dienststelle und ggf. Zweck	Saldo lt. Einzelblatt EUR	Wertberich- tigung %	Wertberich- tigung EUR	Ergebnis EUR
Amt für Versorgung und Integration Bremen				
Darlehen Schwerbehindertengesetz (Ausgleichsabgabe)	443.649,80	60,00	-266.189,88	177.459,92)*
Kriegsopferfürsorgedarlehen	39.061,08	60,00	-23.436,65	15.624,43)*
Darlehen Beschäftigungsinitiativen	0,00	60,00	0,00	0,00)**
Sf Finanzen				
Ford. Anstalt Versorgungsvorsorge	113.049.770,00	0,00	0,00	113.049.770,00
Ford. SV Versorgungsrücklage	55.021.000,00	0,00	0,00	55.021.000,00
Sf Wirtschaft				
Tilgung auf Darlehen	3.955.865,30	60,00	-2.373.519,18	1.582.346,12
Tilgung auf sonstige Darlehen	0,00	60,00	0,00	0,00)**
Gesamt:	172.509.346,18		-2.663.145,71	169.846.200,47
Vorjahresbestand :				150.743.000,00
Veränderung:				19.103.200,47

*) Der Bestand der "Darlehen Schwerbehindertengesetz (Ausgleichsabgabe)" und der "Kriegsopferfürsorgedarlehen" für das Geschäftsjahr 2017 lag zum Zeitpunkt der Erstellung der Haushaltsrechnung noch nicht vor, deshalb wurden die Werte für das Jahr 2016 herangezogen.

)** Vollständige Tilgung der Darlehen

Rücklagen der Freien Hansestadt Bremen
--

Buchungs- stelle	Bezeichnung	Bestand 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Bestand* 31.12. des Jahres EUR
2611.30980-8	Zentrale Sonderrücklage PPL 93 Zentrale Finanzen	0,00	240.000.000,00	240.000.000,00
2611.360 00-5	Rücklage Arbeitnehmerbeiträge nach dem Brem. Ruhelohnengesetz	3.468.009,86	222.574,84	3.690.584,70
2611.380 00-6	Kassenverstärkungs- und allgem. Ausgleichsrücklage	3.090.249,34	-833.101,33	2.257.148,01
2611.381 00-2	Erneuerungsrücklage FBG	293.445,67	0,00	293.445,67
2611.383 00-5	Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	5.586.521,12	484.359,70	6.070.880,82
2611.384 00-1	Abwasserabgabe-Rücklage	1.744.801,63	-774.006,66	970.794,97
2611.385 00-8	Grundwasserentnahmegebühr-Rücklage	5.774.553,80	-1.728.745,95	4.045.807,85
2611.387 00-0	Diskontkredit-Rücklage	436.250,00	0,00	436.250,00
2611.388 00-7	Ausgleichsabgaben-Rücklage für Eingriffe in Natur und Landschaft	1.343,42	0,00	1.343,42
2611.392 03-9	Sonderrücklage DEICHSCHUTZ BREMERHAVEN	5.686.458,16	367.758,19	6.054.216,35
2611.392 04-7	Sonderrücklage Fischereiprogramm EFF	400.330,53	0,00	400.330,53
2611.392 05-5	Sonderrücklage EFRE 2007 - 2013	8.484.660,92	-8.484.660,92	0,00
2611.392 07-1	Mehreinnahmen EFRE-Programm 2014-2020 (Wissenschaft)	125.152,20	0,00	125.152,20
2611.392 08-0	Sonderrücklage EFRE-Programm 2007-2013 (Wissenschaft)	216.381,26	-216.381,25	0,01
2611.392 09-8	Sonderrücklagen EMFF 2014-2020	479.080,03	0,00	479.080,03
2611.395 00-3	Sonderrücklage Kriegssopferfürsorge	74,13	0,00	74,13
2611.396 00-0	Sonderrücklage Digitale Dividende II (investiv)	0,00	1.750.916,56	1.750.916,56
2611.700 11-6	Budgetrücklage RECHNUNGSOFF (ATZ)	119.309,39	0,00	119.309,39
2611.700 20-5	Budgetrücklage SENAT und SENATSKANZLEI (ATZ)	48.515,26	0,00	48.515,26
2611.700 28-0	Budgetrücklage BUNDESBEVOLLMÄCHTIGTER (ATZ)	3.005,17	0,00	3.005,17
2611.700 45-0	Budgetrücklage ZGF (ATZ)	79.134,47	0,00	79.134,47
2611.709 00-8	Budgetrücklage FINANZVERWALTUNG (ATZ)	189.117,96	0,00	189.117,96
2611.800 10-2	Budgetrücklage BÜRGERSCHAFT (investiv)	6.022,17	4.037,45	10.059,62
2611.800 20-0	Budgetrücklage SENAT und SENATSKANZLEI (investiv)	45.644,57	-36.480,92	9.163,65
2611.800 28-5	Budgetrücklage BUNDESBEVOLLMÄCHTIGTER (investiv)	18.184,01	-18.184,00	0,01
2611.800 29-3	Budgetrücklage LB DATENSCHUTZ (investiv)	4.291,40	-4.291,40	0,00
2611.800 31-5	Budgetrücklage INNERES (investiv)	599.923,24	-39.213,16	560.710,08
2611.800 45-5	Budgetrücklage ZGF (investiv)	14.080,00	-610,00	13.470,00
2611.801 01-0	Budgetrücklage JUSTIZ (investiv)	384.430,00	-145.850,00	238.580,00
2611.802 73-3	Budgetrücklage WISSENSCHAFT (investiv)	8.123.773,46	-5.134.027,46	2.989.746,00
2611.803 01-2	Budgetrücklage ARBEIT (investiv)	21.208,32	33.250,69	54.459,01
2611.805 01-5	Budgetrücklage GESUNDHEIT (investiv)	27.666,60	8.353.336,99	8.381.003,59
2611.806 81-0	Budgetrücklage BAUWESEN (investiv)	21.783.545,76	-9.414.985,09	12.368.560,67
2611.807 09-3	Budgetrücklage WAP (investiv)	35.460.404,92	-9.830.272,32	25.630.132,60
2611.808 01-4	Budgetrücklage HÄFEN (investiv)	20.000.636,89	-20.000.000,16	636,73
2611.809 00-2	Budgetrücklage FINANZVERWALTUNG (investiv)	350.691,51	51.638,90	402.330,41
2611.809 50-9	Budgetrücklage IT-Ausgaben (investiv)	10.081.921,58	2.918.631,96	13.000.553,54
2611.809 88-6	Budgetrücklage PPL 97 Immobilienwirtschaft und	2.770.000,00	0,00	2.770.000,00
2611.809 95-9	Budgetrücklage AFI (investiv)	4.149.504,20	-3.471.775,42	677.728,78
2611.809 98-3	Budgetrücklage PPL 93 Zentrale Finanzen (investiv)	0,00	1.162.853,95	1.162.853,95
2611.900 10-7	Budgetrücklage BÜRGERSCHAFT	1.762.809,20	159.932,35	1.922.741,55
2611.900 11-5	Budgetrücklage RECHNUNGSHOF	753.067,67	0,00	753.067,67
2611.900 12-3	Budgetrücklage STAATSGERICHTSHOF	252,66	0,00	252,66
2611.900 20-4	Budgetrücklage SENAT und SENATSKANZLEI	12.662,97	33.254,77	45.917,74
2611.900 28-0	Budgetrücklage BUNDESBEVOLLMÄCHTIGTER	807.713,47	0,00	807.713,47
2611.900 29-8	Budgetrücklage LB Datenschutz	28.493,02	0,00	28.493,02
2611.900 31-0	Budgetrücklage INNERES	30.242,57	-30.242,57	0,00
2611.900 45-0	Budgetrücklage ZGF	153.444,77	0,00	153.444,77
2611.901 01-4	Budgetrücklage Justiz und Verfassung	4.047.600,00	4.362.090,00	8.409.690,00
2611.902 51-7	Budgetrücklage KULTUR	22.827,60	0,00	22.827,60
2611.902 73-8	Budgetrücklage WISSENSCHAFT	622.553,62	0,00	622.553,62
2611.903 01-7	Budgetrücklage ARBEIT	10.114,43	1.019,92	11.134,35
2611.905 01-0	Budgetrücklage GESUNDHEIT	1.321.337,54	0,00	1.321.337,54
2611.906 81-4	Budgetrücklage BAUWESEN	1.626.518,81	521.605,21	2.148.124,02
2611.907 09-8	Budgetrücklage WAP-EU	701.290,33	264.244,92	965.535,25
2611.908 01-9	Budgetrücklage HÄFEN	139.549,56	0,00	139.549,56
2611.909 00-7	Budgetrücklage FINANZVERWALTUNG	5.757.722,55	-443.443,08	5.314.279,47
2611.909 50-3	Budgetrücklage IT-Budget FHB	219.734,40	0,00	219.734,40
2611.909 90-2	Budgetrücklage ZENTRALE PERSONAL-AUSGABEN	3.538.809,63	2.380.318,24	5.919.127,87
2611.909 95-3	Budgetrücklage ALLGEMEINE FINANZEN	1.014.987,59	1.197.894,67	2.212.882,26
Gesamt		162.640.055,34	203.663.447,62	366.303.502,96

* Die Werte beziehen sich auf den Stand des 14. Monats

Treuhandvermögen der Freien Hansestadt Bremen

Bezeichnung	Bestand 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Bestand 31.12. des Jahres EUR
BAB: Treuhandschulden	-432.650,15	158.289,06	-274.361,09
BAB: Treuhandvermögen *)	171.440.324,97	-868.409,67	170.571.915,30
BAB: Treuhandvermögen Bürgschaften	264.533,74	442.067,36	706.601,10
WFB: Treuhandschulden	-4.804.923,18	-41.922.401,26	-46.727.324,44
WFB: Treuhandvermögen	4.804.923,18	41.922.401,26	46.727.324,44
	<u>171.272.208,56</u>	<u>-268.053,25</u>	<u>171.004.155,31</u>

*)

Darüber hinaus werden von der BAB für das laufende Bürgschaftsgeschäft nicht benötigte Treuhandmittel in Höhe von EURO 381.563,28 auf dem AH-Konto 5851/760 00-0 und Euro 789.397,74 auf dem AH-Konto 5851/761 00-6 bei der Landeshauptkasse verwahrt.

Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen
--

Bezeichnung	Bestand 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Bestand 31.12. des Jahres EUR
Bremer Kapitaldienstfonds Vermögen	24.964.286,12	-8.270.981,06	16.693.305,06
Bremer Kapitaldienstfonds (Schulden bei 2528/582 01-2)	0,00	0,00	0,00
Bremer Kapitaldienstfonds (Schulden bei 2529/582 01-6)	-24.964.286,12	8.270.981,06	-16.693.305,06
SV Fischereihafen Eigenkapital	45.885.375,07	-1.492.934,02	44.392.441,05
SV Gewerbeflächen Eigenkapital	16.029.137,37	-809.057,06	15.220.080,31
SV Immobilien & Technik Eigenkapital	31.533.533,96	-747.878,53	30.785.655,43
SV Versorgungsrücklage des Landes Bremen Verbindlichkeiten	-84.144.000,00	-3.706.000,00	-87.850.000,00
SV Versorgungsrücklage des Landes Bremen Vermögen	84.144.000,00	3.706.000,00	87.850.000,00
	93.448.046,40	-3.049.869,61	90.398.176,79

Eigenbetriebe der Freien Hansestadt Bremen
--

Bezeichnung	Bestand 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Bestand 31.12. des Jahres EUR
Performa Nord Eigenkapital	9.116.840,48	-397.868,00	8.718.972,48
	9.116.840,48	-397.868,00	8.718.972,48

Vermögensnachweis Land

Position 6a + 6b

Haushaltsjahr 2017

Allgemeine Darlehen der Freien Hansestadt Bremen

Allgemeine Schuldscheindarlehen

Haushaltsstelle	Restschuld 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Tigungen EUR	Restschuld 31.12. des Jahres EUR
0980/591 01-8	275.284.206,26	500.000.000,00	-55.451.758,91	719.832.447,35
0980/595 01-3	19.028.493.241,94	-500.000.000,00	-291.221.053,04	18.237.272.188,90
0980/596 01-0	251.000.000,00	0,00	-42.000.000,00	209.000.000,00
Gesamt:	19.554.777.448,20	0,00	-388.672.811,95	19.166.104.636,25

Wohnungsbaudarlehen

Haushaltsstelle	Restschuld 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Tigungen EUR	Restschuld 31.12. des Jahres EUR
0697/581 10-3	86.213.021,55	0,00	-3.195.495,26	83.017.526,29
Gesamt:	86.213.021,55	0,00	-3.195.495,26	83.017.526,29

nachrichtlich: Schulden der Eigenbetriebe und Sondervermögen

Haushaltsstelle	Restschuld 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Tigungen EUR	Restschuld 31.12. des Jahres EUR
2529/595 01-0	24.964.286,12	0,00	-8.270.981,06	16.693.305,06
2551/810 93-6	47.168,56	0,00	-7.230,25	39.938,31
Gesamt:	25.011.454,68	0,00	-8.278.211,31	16.733.243,37

Sonstige Verpflichtungen

Bezeichnung	Bestand 01.01. des Jahres EUR	Bestand 31.12. des Jahres EUR
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main		
Nicht eingezahltes Gesellschaftskapital	1.493.637,40	1.493.637,40 *)
	<u>1.493.637,40</u>	<u>1.493.637,40</u>

*) siehe § 1 Abs 3 Satz 4 Gesetz über die Kreditanstalt für Wiederaufbau

Bürgschaften der Freien Hansestadt Bremen
--

Art	Bestand 01.01. des Jahres EUR	Bestand 31.12. des Jahres EUR
Bürgschaften für Vereine / Sport	19.470.754,29	19.266.815,79
Garantien für Kultur / -leihgaben	58.478.928,73	57.252.029,49
Schiffbau Bürgschaften	0,00	0,00
Wirtschafts Bürgschaften	662.646.191,33	684.153.614,17
Wohnungsbau Bürgschaften	29.587.329,05	45.949.094,05
Wohnungsbau Rückbürgschaften	-14.793.664,52	-22.974.547,03
Bremer Bürgschaftsbank	17.325.861,35	17.120.865,54
	772.715.400,23	800.767.872,02
Veränderung		28.052.471,78

**Grundbesitz des Landes und der Stadtgemeinde Bremen
innerhalb des bremischen Staatsgebietes
(Ausweis mit Bestand vom 3. Quartal 2018)**

L a n d

3. Quartal 2018

Nutzung	
Gebäude- und Freifläche ¹⁾	1.059.394 m ²
Erholungsfläche ²⁾	792.398 m ²
Verkehrsfläche	1.811.256 m ²
Landwirtschaftsfläche	3.647.331 m ²
Waldfläche	116.300 m ²
Wasserfläche	2.147.545 m ²
Flächen anderer Nutzung ³⁾	3.740.779 m ²
Summe:	13.315.004 m ²

S t a d t g e m e i n d e

3. Quartal 2018

Nutzung	
Gebäude- und Freifläche ¹⁾	5.665.863 m ²
Erholungsfläche ²⁾	21.362.779 m ²
Verkehrsfläche	26.394.741 m ²
Landwirtschaftsfläche	30.119.075 m ²
Waldfläche	2.685.343 m ²
Wasserfläche	8.716.804 m ²
Flächen anderer Nutzung ³⁾	12.951.587 m ²
Summe:	107.896.193 m ²

¹⁾ Alle öffentliche Gebäude, Schulen usw.

²⁾ Sportplätze, Parks, Grünanlagen

³⁾ Friedhöfe u. a.

Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen
der Eigenbetriebe, der Sondervermögen der Hochschulen und
Immobilien Bremen (AöR)

Jahresrechnungen des Sondervermögens Bremer Kapitaldienstfonds,
des Sondervermögens Versorgungsrücklage des Landes Bremen und
der Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge
der Freien Hansestadt Bremen

1. Performa Nord
2. Sondervermögen Immobilien und Technik –Land–
3. Sondervermögen Gewerbeflächen –Land–
4. Sondervermögen Fischereihafen
5. Universität Bremen
6. Hochschule Bremen
7. Hochschule für Künste
8. Hochschule Bremerhaven
9. Staats- und Universitätsbibliothek
10. Immobilien Bremen, Anstalt des öffentlichen Rechts
11. Jahresrechnung des Sondervermögens Bremer
Kapitaldienstfonds
12. Jahresrechnung des Sondervermögens Versorgungsrücklage
des Landes Bremen
13. Jahresrechnung der Anstalt zur Bildung einer Rücklage für
Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen

Performa Nord Eigenbetrieb
 Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017

Bilanz

	31.12.2017 EUR	31.12.2016 EUR	31.12.2017 EUR	31.12.2016 EUR
AKTIVA				PASSIVA
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände EDV-Programme	124.745,70	114.951,46	4.000.000,00	4.000.000,00
II. Sachanlagen			1.471.254,95	1.471.254,95
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.704.867,35	2.801.721,35	0,00	303.000,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	780.721,45	735.556,47	3.645.585,53	3.394.711,06
	3.485.588,80	3.537.277,82	-397.868,00	-52.125,53
III. Finanzanlagen Beteiligungen	25.000,00	25.000,00	8.718.972,48	9.116.840,48
	3.635.334,50	3.677.229,28		
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	7.096,83	5.699,00	0,00	0,00
Betriebsstoffe			1.855.475,95	1.659.795,38
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände aus Lieferungen und Leistungen	2.532.368,71	2.564.531,21		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.253.107,28	4.938.314,63	326.489,27	720.823,76
2. Forderungen gegen das Land Bremen	183.752,08	148.419,09	76.526,33	157.120,66
3. Forderungen gegen Performa Nord GmbH	251.155,10	194.947,10	403.015,60	877.944,42
4. Sonstige Vermögensgegenstände	7.227.480,00	7.851.911,03		
III. Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand	72.774,47	93.780,16	10.624,83	10.324,83
	7.300.254,47	7.945.691,19		
C. Rechnungsabgrenzungsposten	52.499,89	41.984,64		
	10.988.088,86	11.664.905,11		
			10.988.088,86	11.664.905,11

Anlage 2

Performa Nord Eigenbetrieb
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2017 EUR	31.12.2016 EUR	Veränderungen EUR
1. Umsatzerlöse	25.476.787,30	23.800.095,28	1.676.692,02
2. Sonstige betriebliche Erträge	187.760,85	120.910,15	66.850,70
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren	40.624,61	35.319,48	5.305,13
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	6.803.482,16	6.685.314,01	118.168,15
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	11.956.132,04	10.638.767,94	1.317.364,10
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	3.795.158,00	3.462.588,50	332.569,50
5. Abschreibungen	377.736,34	333.477,85	44.258,49
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.894.946,44	2.681.696,07	213.250,37
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	119,01	584,21	-465,20
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	194.501,57	136.170,26	58.331,31
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-397.914,00	-51.744,47	-346.169,53
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,06	-0,06
11. Sonstige Steuern	-46,00	381,00	-427,00
12. Jahresfehlbetrag	-397.868,00	-52.125,53	-345.742,47

Sonstiges Sondervermögen Immobilien und Technik des Landes Bremen, Bremen

Bilanz zum 31. Dezember 2017

A K T I V A		P A S S I V A	
	EUR	EUR	EUR
	31.12.2017	Vorjahr	31.12.2017
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	84.555.820,66	77.174.321,89	32.718.451,56
2. Technische Anlagen und Maschinen	0,00	0,00	-1.521.318,09
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen	986.601,38		-411.478,04
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3.990.303,37		30.785.655,43
	<u>3.990.303,37</u>		<u>-252.427,67</u>
			31.533.533,96
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Vorräte			
1. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.938,80	138.283,70	1.016.036,17
2. Forderungen gegen die FHB	0,00	364.816,99	147.025,94
	<u>7.938,80</u>	<u>503.100,69</u>	738.836,49
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
	0,00	101.987,71	50.625,65
			<u>39.950,65</u>
			1.952.524,25
			1.069.047,75
			<u>89.591.883,36</u>
			87.611.817,71
			<u>237.900,00</u>
			14.908,00
			1.507.924,38
			69.414,99
			786.906,22
			<u>976.269,64</u>
			1.083.370,33
			<u>87.611.817,71</u>

Sonstiges Sondervermögen Immobilien und Technik des Landes Bremen, Bremen

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	Berichtsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse (Mieten und Pachten sowie Nutzungsentgelte)	18.624.217,32		16.954.996,67
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen	-2.652,07		2.088,08
3. Sonstige betriebliche Erträge	<u>1.865.518,19</u>		<u>2.126.351,17</u>
		20.487.083,44	19.083.435,92
4. Materialaufwand			
a) Mietaufwendungen	-10.046.247,96		-9.649.223,95
b) Aufwendungen für Bauunterhaltung	-1.897.078,18		-1.383.878,38
c) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-2.193.263,64		-672.410,93
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-2.202.614,09		-4.743.487,51
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>-678.818,61</u>		<u>-190.769,33</u>
		-17.018.022,48	-16.639.770,10
Betriebsergebnis		3.469.060,96	2.443.665,82
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			
davon aus verbundenen Unternehmen EUR 0,00 (Vj.: TEUR 0)		0,00	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
davon an verbundene Unternehmen EUR 2.114,31 (Vj.: TEUR 2)		-2.114,31	-2.434,73
9. Ergebnis nach Steuern		3.466.946,65	2.441.231,09
10. Sonstige Steuern		0,00	0,00
11. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)		3.466.946,65	2.441.231,09
12. Minderung des Dotationskapitals durch Abschreibungen auf die eingebrachten Sachanlagen (darunter Altbestand)		336.401,49	2.511.036,58
13. Minderung des Dotationskapitals durch Buchwertabgänge		0,00	0,00
14. Erhöhung/Minderung des Sonderpostens für Bauunterhaltung		528.513,22	-372.297,54
15. Gewinnabführung Eigenkapitalverzinsung		-4.743.339,40	-4.832.397,80
16. Gewinn/Verlust (-)		<u>-411.478,04</u>	<u>-252.427,67</u>

Anlage 1

Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen des Landes Bremen (SVGewerbe), Bremen

Bilanz zum 31. Dezember 2017

	31.12.2017		31.12.2016		P a s s i v a	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Aktiva						
A. Anlagevermögen						
Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	36.926.354,05	40.847.129,98			23.509.990,65	
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.184,28	8.298,11			-7.069.909,32	
	36.932.538,33	40.855.428,09			-410.943,96	
					15.220.080,31	16.029.137,37
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Unerfüllte Leistungen	6.100,00	9.800,00				5.600.000,00
2. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke	2.448.897,67	2.448.897,67				
	2.454.997,67	2.458.697,67				
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	49.696,00	50.532,84				
2. Forderungen gegen die Freie Hansestadt Bremen	9.711.211,96	8.041.113,71				9.987,12
3. Sonstige Vermögensgegenstände	181.320,73	443.064,65				415.733,75
	9.942.228,69	8.534.711,20				
	1.403.836,36	1.581.620,94				107.458,98
	13.801.062,72	12.575.029,81				
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten						
					28.152.559,52	31.030.575,79
					102.442,71	117.611,19
					29.013.255,01	31.681.366,83
E. Rechnungsabgrenzungsposten						
					23.393,88	11.753,70
	50.733.601,05	53.430.457,90			50.733.601,05	53.430.457,90

Anlage 2

Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen des Landes Bremen (SVGewerbe), Bremen

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017**

	01.01. - 31.12.2017		01.01. - 31.12.2016	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		1.544.460,72		1.491.633,81
2. Verminderung des Bestands an zum Verkauf bestimmten Grundstücken und unfertigen Leistungen		-3.700,00		-1.700,00
3. Sonstige betriebliche Erträge		<u>139.450,05</u>		<u>740.717,33</u>
		1.680.210,77		2.230.651,14
4. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-246.675,60		-234.340,69	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-1.015.971,82</u>	-1.262.647,42	<u>-912.487,78</u>	-1.146.828,47
5. Abschreibungen auf Sachanlagen		-4.284.534,61		-1.062.805,86
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		<u>-408.155,16</u>		<u>-358.689,63</u>
		-4.275.126,42		-337.672,82
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00		24,53	
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-28,22</u>		<u>-153,79</u>	
		-28,22		-129,26
9. Ergebnis nach Steuern		-4.275.154,64		-337.802,08
10. Sonstige Steuern		<u>-71.918,69</u>		<u>-73.141,88</u>
11. Jahresfehlbetrag		<u>-4.347.073,33</u>		<u>-410.943,96</u>

Sonstiges Sondervermögen Fischereihafen des Landes Bremen

Bilanz zum 31. Dezember 2017

Aktiva		31.12.2017	31.12.2016	Passiva	
		€	€	31.12.2017	31.12.2016
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		2.687.948,76	2.775.556,62	44.392.441,05	45.885.375,07
II. Sachanlagen				370.590,82	371.321,62
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		96.078.078,67	97.475.427,09	299.785,23	1.454.386,59
2. Technische Anlagen und Maschinen		55.015.732,28	60.424.267,59	(0,00)	(0,00)
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		1.922.026,94	2.151.221,07	122.136.759,01	125.073.759,01
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		18.581.492,04	17.550.342,57	9.598.588,14	9.907.370,32
III. Finanzanlagen		171.597.329,93	177.601.258,32	1,00	77.016,00
1. Beteiligungen		256.000,00	256.000,00	(0,00)	(0,00)
2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		78.145,63	101.084,53	(0,00)	(0,00)
		334.145,63	357.084,53	132.035.133,38	136.512.531,92
		174.619.424,32	180.733.899,47	3.598,93	4.271,68
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		70.331,04	54.900,83		
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		1.972.080,51	1.760.053,84		
3. Sonstige Vermögensgegenstände		131.658,14	214.790,61		
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		2.174.069,69	2.029.745,28		
		660,35	216,83		
		2.174.730,04	2.029.962,11		
C. Rechnungsabgrenzungsposten		7.609,82	9.638,71		
		176.801.764,18	182.773.500,29	176.801.764,18	182.773.500,29

Sonstiges Sondervermögen Fischereihafen des Landes Bremen

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	2017	2016
	€	€
1. Umsatzerlöse	770.190,10	671.834,34
2. Sonstige betriebliche Erträge	10.244.570,65	12.714.303,17
	11.014.760,75	13.386.137,51
3. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.000.883,55	49.358,25
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	9.446.539,41	9.261.705,78
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.508.246,74	13.389.009,63
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.350.399,10	871.354,66
7. Ergebnis nach Steuern	-12.291.308,05	-10.185.290,81
8. Sonstige Steuern	614.516,22	348.552,92
9. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (-)	-12.905.824,27	-10.533.843,73

Bilanz zum 31. Dezember 2017

Aktiva

	31.12.2017	31.12.2016
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	661.516,84	1.015.386,67
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	213.238.032,97	223.244.947,69
2. Technische Anlagen und Maschinen	12.367.091,65	13.432.818,99
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	23.290.852,22	23.936.288,07
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	27.866.357,54	26.932.984,20
	276.762.334,38	287.547.038,95
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	160.000,00	160.000,00
2. Beteiligungen	74.088,94	74.088,94
3. Genossenschaftsanteil	11.000,00	5.000,00
	245.088,94	239.088,94
	277.668.940,16	288.801.514,56
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	222.760,55	228.134,86
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.849.048,39	2.054.001,10
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	54.765,70	113.665,45
3. Sonstige Vermögensgegenstände	56.583.017,81	26.286.782,94
	58.486.831,90	28.454.449,49
III. Kassenbestand	23.587,70	26.098,78
	58.733.180,15	28.708.683,13
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.123.518,51	1.252.745,51
	337.525.638,82	318.762.943,20

Quelle: Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz

		Passiva	
		31.12.2017	31.12.2016
		€	€
A. Eigenkapital			
I. Dotationskapital		223.513.726,86	232.997.776,75
II. Bilanzverlust		-22.002.953,89	-36.766.869,58
		201.510.772,97	196.230.907,17
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen			
		45.926.404,14	47.204.928,65
C. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen		20.000,00	20.000,00
2. Sonstige Rückstellungen		20.709.826,75	25.378.269,20
		20.729.826,75	25.398.269,20
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		9.523.434,38	7.726.186,80
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		110.826,04	0,00
3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		257.363,74	30.266,00
4. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern € 75.936,30 (Vorjahr: € 80.542,00) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 69.191,49 (Vorjahr: € 49.798,00)		53.643.466,55	36.734.310,38
		63.535.090,71	44.490.763,18
E. Rechnungsabgrenzungsposten			
		5.823.544,25	5.438.075,00
		337.525.638,82	318.762.943,20

Quelle: Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom
1. Januar bis 31. Dezember 2017**

	2017	2016
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	25.592.027,26	26.826.301,64
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	336,00	1.135,00
3. Sonstige betriebliche Erträge	306.198.250,63	297.789.967,79
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	16.675.173,56	16.661.790,94
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	18.377.372,87	18.216.583,04
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	162.650.643,83	160.077.136,03
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	62.146.792,10	59.866.277,25
davon für Altersversorgung € 34.524.297,24 (Vorjahr: € 32.872.582,18)		
6. Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	25.028.884,21	24.374.523,37
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	44.918.326,62	49.182.987,04
davon aus Währungsumrechnung € 52.310,65 (Vorjahr: € 13.652,10)		
8. Erträge aus Beteiligungen	7.390,92	19.450,92
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	511,62	22.674,17
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	27.904,85	82.865,38
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	1.557,12
12. Ergebnis nach Steuern	1.973.418,39	-3.804.190,65
13. Sonstige Steuern	15.910,86	16.079,81
14. Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	1.957.507,53	-3.820.270,46
15. Minderung des Dotationskapitals	12.806.408,16	12.384.763,08
16. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-36.766.869,58	-45.331.362,20
17. Bilanzverlust	-22.002.953,89	-36.766.869,58

Quelle: Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz

Bilanz zum 31. Dezember 2017

A k t i v a

	31.12.2017		31.12.2016	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		56.000,29		87.400,06
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	90.099.566,36		89.935.792,79	
2. Technische Anlagen und Maschinen	502.893,56		466.158,22	
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.593.068,00		2.547.368,18	
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.542.092,36		1.269.788,55	
		97.737.620,28		94.219.107,74
III. Finanzanlagen				
1. Beteiligungen	52.700,00		52.700,00	
2. Genossenschaftsanteile	5.000,00		5.000,00	
		57.700,00		57.700,00
		<u>97.851.320,57</u>		<u>94.364.207,80</u>
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		90.512,04		56.247,48
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.527.646,34		1.523.074,95	
2. Sonstige Vermögensgegenstände	11.124.696,14		16.221.147,94	
		12.652.342,48		17.744.222,89
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		149.055,97		148.622,37
		12.891.910,49		17.949.092,74
C. Rechnungsabgrenzungsposten		28.062,73		37.262,42
		<u>110.771.293,79</u>	-1.579.269,17	<u>112.350.562,96</u>

Quelle: Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz

Passiva

	31.12.2017		31.12.2016	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital				
I. Dotationskapital	87.662.855,42		84.226.778,04	
II. Bilanzgewinn	3.655.396,11		5.943.929,72	
		91.318.251,53		90.170.707,76
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen		3.151.961,85		3.100.926,46
C. Rückstellungen				
1. Sonstige Rückstellungen		3.827.293,64		3.326.504,14
D. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.169.914,51		2.136.092,93	
2. Sonstige Verbindlichkeiten	9.172.380,13		12.655.858,26	
davon aus Steuern € 68.523,90				
(Vorjahr : € 15.004,61)				
	<hr/>	11.342.294,64	<hr/>	14.791.951,19
E. Rechnungsabgrenzungsposten		1.131.492,13		960.473,41
		<hr/>		<hr/>
		<u>110.771.293,79</u>		<u>112.350.562,96</u>

Quelle: Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017**

	1.1. - 31.12.2017		1.1. - 31.12.2016	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		6.025.175,18		4.710.724,86
2. Sonstige betriebliche Erträge		56.233.484,06		55.100.240,43
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-1.820.606,89		-1.896.189,72	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-8.120.842,00		-7.185.095,42	
		-9.941.448,89		-9.081.285,14
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	-30.979.359,46		-29.508.926,61	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung € 11.061.700,97 (Vorjahr: 11.007.905,21)	-15.306.541,68		-15.231.801,64	
		-46.285.901,14		-44.740.728,25
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-3.846.222,33		-3.732.410,63
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-6.839.628,03		-6.349.420,29
7. Erträge aus Beteiligungen		10.038,61		10.038,61
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		1,47		29,95
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-4.403,59		-5.049,62
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-2.648,06		-2.655,57
11. Ergebnis nach Steuern		-4.651.552,72		-4.090.515,65
12. Sonstige Steuern		-1.287,08		-1.278,81
13. Jahresfehlbetrag		-4.652.839,80		-4.091.794,46
14. Minderung des Dotationskapitals		2.364.306,19		2.318.333,86
15. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		5.943.929,72		7.717.390,32
16. Bilanzgewinn		3.655.396,11		5.943.929,72

Quelle: Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz

Hochschule für Künste Bremen, Bremen

Bilanz zum 31. Dezember 2017

Aktiva

	31.12.2017	31.12.2016
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	57.442,29	73.605,05
	57.442,29	73.605,05
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	27.934.387,75	28.485.720,50
2. Technische Anlagen und Maschinen	138.724,88	165.438,77
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.574.513,43	1.709.403,98
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	45.319,85	45.319,85
	29.692.945,91	30.405.883,10
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	4.828,76	4.828,76
	4.828,76	4.828,76
	29.755.216,96	30.484.316,91
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	64.218,25	72.675,99
2. Sonstige Vermögensgegenstände	3.487.730,91	2.508.184,06
	3.551.949,16	2.580.860,05
II. Kassenbestand	256,95	353,22
	3.552.206,11	2.581.213,27
C. Rechnungsabgrenzungsposten	43.048,48	52.626,40
	33.350.471,55	33.118.156,58

Quelle: Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz

	Passiva	
	31.12.2017	31.12.2016
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Dotationskapital	29.790.448,42	30.341.781,17
II. Bilanzgewinn/Bilanzverlust (-)	13.589,07	-777.729,86
	29.804.037,49	29.564.051,31
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	1.816.000,45	1.993.767,65
C. Rückstellungen		
I. Sonstige Rückstellungen	427.267,33	419.868,53
	427.267,33	419.868,53
D. Verbindlichkeiten		
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	493.573,24	296.172,77
II. Sonstige Verbindlichkeiten	767.768,04	813.276,32
davon aus Steuern € 1.494,17 (Vorjahr: € 0,00)		
	1.261.341,28	1.109.449,09
E. Rechnungsabgrenzungsposten	41.825,00	31.020,00
	33.350.471,55	33.118.156,58

Quelle: Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom
1. Januar bis 31. Dezember 2017**

	2017	2016
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse/Erträge aus Verwaltungsleistungen		
a) Umsatzerlöse	181.659,22	230.342,72
b) Erträge aus Verwaltungsleistungen	185.689,20	157.748,00
2. Sonstige betriebliche Erträge	17.362.219,36	17.276.987,65
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	501.218,52	487.987,61
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.949.272,15	3.059.355,46
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	8.284.447,67	8.158.766,59
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung € 1.964.147,62 (Vorjahr: € 1.887.585,24)	3.114.769,26	3.017.737,76
5. Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.108.119,32	1.136.265,81
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.601.960,95	1.844.219,56
7. Erträge aus Beteiligungen	10.038,61	10.038,61
8. Ergebnis nach Steuern	179.818,52	-29.215,81
9. Sonstige Steuern	2.134,61	2.188,11
10. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	177.683,91	-31.403,92
11. Minderung des Dotationskapitals	613.635,02	612.037,55
12. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-777.729,86	-1.358.363,49
13. Bilanzgewinn/Bilanzverlust (-)	13.589,07	-777.729,86

Quelle: Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz

Hochschule Bremerhaven, Bremerhaven

Bilanz zum 31. Dezember 2017

Aktiva

	31.12.2017	31.12.2016
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	74.797,00	65.448,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	30.622.477,62	31.544.407,62
2. Technische Anlagen und Maschinen	354.992,00	271.188,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.968.198,00	2.956.545,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3.099,31	63.348,37
	33.948.766,93	34.835.488,99
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	4.500,00	4.500,00
2. Sonstige Ausleihungen	5.000,00	5.000,00
	9.500,00	9.500,00
	34.033.063,93	34.910.436,99
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	965.735,47	858.737,44
2. Sonstige Vermögensgegenstände	22.611.902,07	21.776.429,76
	23.577.637,54	22.635.167,20
II. Kassenbestand	18,82	28,31
	23.577.656,36	22.635.195,51
C. Rechnungsabgrenzungsposten	223.823,33	39.198,56
	57.834.543,62	57.584.831,06

Quelle: Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz

	Passiva	
	31.12.2017	31.12.2016
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Dotationskapital	30.338.329,03	31.260.259,03
II. Bilanzgewinn	2.314.623,22	2.662.093,98
	32.652.952,25	33.922.353,01
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	3.401.086,31	3.356.529,37
C. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	1.387.350,58	1.379.698,03
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	558.445,52	546.897,76
2. Sonstige Verbindlichkeiten	19.638.981,40	18.177.374,57
	20.197.426,92	18.724.272,33
E. Rechnungsabgrenzungsposten	195.727,56	201.978,32
	57.834.543,62	57.584.831,06

Quelle: Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom
1. Januar bis 31. Dezember 2017**

	2017	2016
	€	€
1. Umsatzerlöse	892.098,46	1.021.810,20
2. Sonstige betriebliche Erträge	24.210.075,34	23.553.260,12
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-1.084.405,00	-1.133.450,19
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-2.276.203,47	-2.759.540,60
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-11.365.308,13	-10.567.353,53
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung € 2.753.667,74 (Vorjahr: € 2.667.737,18)	-4.334.036,64	-3.967.241,02
5. Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-2.014.091,03	-2.061.024,92
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.345.519,67	-5.413.726,90
7. Erträge aus Beteiligungen	10.038,61	10.038,61
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	27.792,33	10.557,82
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.023,29	-4.494,87
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.588,61	-1.588,61
11. Ergebnis nach Steuern	-1.284.171,10	-1.312.753,89
12. Sonstige Steuern	-1.795,60	-2.142,42
13. Jahresfehlbetrag	-1.285.966,70	-1.314.896,31
14. Minderung des Dotationskapitals	938.495,94	937.951,69
15. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	2.662.093,98	3.039.038,60
16. Bilanzgewinn	2.314.623,22	2.662.093,98

Quelle: Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen, Bremen

Bilanz zum 31. Dezember 2017

Aktiva

	31.12.2017	31.12.2016
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.525.318,08	1.280.401,74
	1.525.318,08	1.280.401,74
II. Sachanlagen		
1. Technische Anlagen und Maschinen	484.589,04	541.229,35
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	68.513.811,07	70.851.393,87
3. Anlagen im Bau	0,00	0,00
	68.998.400,11	71.392.623,22
	70.523.718,19	72.673.024,96
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	111.215,05	40.586,83
2. Sonstige Vermögensgegenstände	5.659.579,64	3.695.681,87
	5.770.794,69	3.736.268,70
	76.294.512,88	76.409.293,66

Quelle: Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz

		Passiva	
		31.12.2017	31.12.2016
		€	€
A. Eigenkapital			
I.	Dotationskapital	395.344,72	395.344,72
II.	Bilanzgewinn	2.579.424,34	500.967,97
		2.974.769,06	896.312,69
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse		72.577.737,43	74.430.614,57
C. Rückstellungen			
1.	Steuerrückstellungen	0,00	322.144,76
2.	Sonstige Rückstellungen	430.864,46	446.014,54
		430.864,46	768.159,30
D. Verbindlichkeiten			
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	209.798,21	270.605,85
2.	Sonstige Verbindlichkeiten	101.343,72	43.601,25
	davon aus Steuern € 42.735 (i. Vj. € 41.921,87)		
		311.141,93	314.207,10
		76.294.512,88	76.409.293,66

Quelle: Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom
1. Januar bis 31. Dezember 2017**

	2017	2016
	€	€
1. Umsatzerlöse	379.863,85	359.610,98
2. Sonstige betriebliche Erträge	25.721.812,03	24.977.398,64
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	3.318.871,44	2.828.441,32
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	593.779,22	365.237,22
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	6.206.055,19	5.990.857,87
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung € 1.612.257,48 (i. Vj. € 1.654.833,88)	2.879.642,84	2.925.962,67
5. Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	5.148.929,90	5.599.701,87
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.875.663,92	8.792.116,48
7. Sonstige Steuern	277,00	324,00
8. Jahresüberschuss /-fehlbetrag	2.078.456,37	-1.165.631,81
9. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	500.967,97	1.666.599,78
10. Bilanzgewinn	2.579.424,34	500.967,97

Quelle: Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz

Immobilien Bremen, Anstalt des öffentlichen Rechts, Bremen

Bilanz zum 31. Dezember 2017

A K T I V A		31.12.2017	Vorjahr
		EUR	EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	0,00	0,00	0,00
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	108.118,76	242.939,57	
3. Geleistete Anzahlungen	42.768,60	42.768,60	
	150.887,36	285.708,17	
II Sachanlagen			
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	511.662,56	545.577,48	
	662.549,92	831.285,65	
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	9.914,05	10.440,33	
2. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	10.141.609,14	11.196.572,31	
3. Geleistete Anzahlungen	-6.774.542,81	-7.268.360,39	
	3.376.980,38	3.938.652,25	
II Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	194.464,62	132.579,89	
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	40.970,53	100.665,94	
3. Forderungen gegen die FHB	19.807.491,13	16.296.264,70	
4. Sonstige Vermögensgegenstände	13.929,96	32.072,60	
	20.056.856,24	16.561.583,13	
II Kassenbestand	809,01	710,93	
	23.434.645,63	20.500.946,31	
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
	93.616,34	98.341,69	
	24.190.811,89	21.430.573,65	
P A S S I V A			
A. EIGENKAPITAL			
I. Gezeichnetes Kapital	3.116.049,05	3.116.049,05	
II. Verlustvortrag	-87.198,67	-450.083,87	
III. Jahresüberschuss	2.763.224,19	362.885,20	
	5.792.074,57	3.028.850,38	
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONSZUSCHÜSSE ZUM ANLAGEVERMÖGEN			
	93.843,36	204.076,56	
C. RÜCKSTELLUNGEN			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	99.878,77	99.261,91	
2. Steuerrückstellungen	7.748,00	0,00	
3. Sonstige Rückstellungen	8.717.007,02	10.020.355,75	
	8.824.633,79	10.119.617,66	
D. VERBINDLICHKEITEN			
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	4.536.488,64	3.292.340,11	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.359.893,07	1.883.964,86	
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	27.581,23	363.878,70	
4. Verbindlichkeiten gegenüber der FHB	1.054.200,20	656.500,92	
5. Sonstige Verbindlichkeiten	8.426,55	10.313,11	
	6.986.589,69	6.206.997,70	
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
	2.493.670,48	1.871.031,35	
	24.190.811,89	21.430.573,65	

Immobilien Bremen, Anstalt des öffentlichen Rechts, Bremen

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	Berichtsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	59.113.233,15		56.750.123,31
2. Verminderung oder Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-1.054.963,17		1.738.748,64
3. Sonstige betriebliche Erträge	260.905,03		887.191,96
		58.319.175,01	59.376.063,91
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-240.177,42		-417.333,72
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-10.951.678,78		-12.195.128,15
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-30.689.373,95		-30.547.511,57
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-8.504.313,56		-8.635.385,78
davon für Altersversorgung: EUR 2.518.009,03 (Vj.: TEUR 2.761)			
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-513.138,29		-525.638,78
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.479.329,80		-6.583.796,65
		-55.378.011,80	-58.904.794,65
Betriebsergebnis		2.941.163,21	471.269,26
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		823,00	71.768,58
davon aus Abzinsung: EUR 823,00 (Vj.: TEUR 72)			
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-141.490,70	-170.867,61
davon aus Abzinsung: EUR 141.490,70 (Vj.: TEUR 171)			
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-34.904,32	-7.268,03
11. Ergebnis nach Steuern		2.765.591,19	364.902,20
12. Sonstige Steuern		-2.367,00	-2.017,00
13. Jahresüberschuss		2.763.224,19	362.885,20

Jahresrechnung 2017 des Bremer Kapitaldienstfonds,
Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen

Zusammenfassung	davon entfallen auf Teilpläne für											
	Zwischenfinanzierungen			Kapitaldienstfinanzierungen			Sondervermögen-Schuldendienst			Diff. 2017 in TEUR		
	Soll 2017 in TEUR	Ist 2017 in TEUR	Diff. 2017 in TEUR	Soll 2017 in TEUR	Ist 2017 in TEUR	Diff. 2017 in TEUR	Soll 2017 in TEUR	Ist 2017 in TEUR	Diff. 2017 in TEUR			
Einnahmen												
Zinseinnahmen	1.984	704	-1.280	0	0	0	1.984	704	-1.280	82.597	33.059	-49.538
Tilgungseinnahmen	8.271	8.271	0	0	0	0	8.271	8.271	0	10.985	60.523	49.538
Schuldenaufnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0			
Gesamteinnahmen	10.255	8.975	-1.280	0	0	0	10.255	8.975	-1.280	93.582	93.582	0
Ausgaben												
Zinsausgaben	1.984	704	-1.280	0	0	0	1.984	704	-1.280	33.059	33.059	0
Tilgungsausgaben	8.271	8.271	0	0	0	0	8.271	8.271	0	60.523	60.523	0
Finanzierungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0			
Gesamtausgaben	10.255	8.975	-1.280	0	0	0	10.255	8.975	-1.280	93.582	93.582	0
Kassenmäßiges Jahresergebnis	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ermittlung des Finanzierungssaldos												
- Ausgaben (ohne Tilgungen)	1.984	704	-1.280	0	0	0	1.984	704	-1.280			
+ Einnahmen (ohne Kredite)	10.255	8.975	-1.280	0	0	0	10.255	8.975	-1.280			
Finanzierungsdefizit	8.271	8.271	0	0	0	0	8.271	8.271	0			
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos												
+ Einnahmen aus Krediten	0	0	0	0	0	0	0	0	0			
- Ausgaben zur Schuldentilgung	8.271	8.271	0	0	0	0	8.271	8.271	0			
Netto-Neuverschuldung	-8.271	-8.271	0	0	0	0	-8.271	-8.271	0			

Teilrechnung 2017 für Zwischenfinanzierungen des Bremer Kapitaldienstfonds

Titel	Zweckbestimmung	Soll 2017 in TEUR	Ist 2017 in TEUR	Diff. 2017 in TEUR
Einnahmen				
	Haushaltsvermerk			
	Einnahmen aus Kreditaufnahmen dürfen in das folgende Haushaltsjahr umgebucht werden. Desgleichen dürfen am Anfang des folgenden Haushaltsjahres eingehende Einnahmen aus Kreditaufnahmen noch zugunsten des abzuschließenden Haushaltsjahres gebucht oder umgebucht werden.			
Zinseinnahmen				
2528-152 01-8	Darlehenszinsen von Ressorthaushalten des Landes Bremen	0	0	0
2528-152 10-7	Kassenkreditzinsen von Ressorthaushalten des Landes Bremen	0	0	0
	Abweichung: Weniger durch verstärkte Umwandlung von Rahmenkrediten in fundierte Darlehen.			
2528-153 01-4	Darlehenszinsen von Ressorthaushalten der Stadtgemeinde Bremen	0	0	0
2528-153 10-3	Kassenkreditzinsen von Ressorthaushalten der Stadtgemeinde Bremen	0	0	0
2528-162 01-3	Zinsen aus Zwischenanlage von Mitteln des Kapitaldienstfonds	0	0	0
Tilgungseinnahmen				
2528-172 01-9	Tilgung auf Kapitaldienstfinanzierungen von Ressorthaushalten des Landes Bremen	0	0	0
	Abweichung: Verlagerung zu 2528-174 31-3.			
2528-173 01-5	Tilgung auf Kapitaldienstfinanzierungen von Ressorthaushalten der Stadtgemeinde Bremen	0	0	0
2528-174 31-3	Tilgung auf Rahmenkredite von Ressorthaushalten	0	0	0
	Abweichung: Sh. zu 2528-172 01-9			
Schuldenaufnahmen				
2528-325 30-3	Kredite	0	0	0
2528-325 31-1	Rahmenkredite	0	0	0
	Abweichung: Mehr wegen Auflösung von Rahmenkredit-Guthaben.			
2528-325 32-0	Kredite für überplanmäßige Tilgungsausgaben	0	0	0

Teilrechnung 2017 für Zwischenfinanzierungen des Bremer Kapitaldienstfonds

Titel	Zweckbestimmung	Soll 2017 in TEUR	Ist 2017 in TEUR	Diff. 2017 in TEUR
Ausgaben				
	Haushaltsvermerk			
	Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.			
Sächliche Verwaltungsausgaben				
2528-531 02-7	Kosten im Zusammenhang mit Kreditverträgen	0	0	0
2528-531 10-8	Kosten für die Verwaltung	0	0	0
Zinsausgaben				
2528-562 01-1	Zinsen an Land aufgrund gemeinsamer Kreditaufnahme	0	0	0
2528-575 01-6	Zinsen an Kreditmarkt	0	0	0
2528-575 02-4	Disagio	0	0	0
	Haushaltsvermerk:			
	Einnahmen aus Agio fließen den Mitteln zu.			
2528-575 10-5	Zinsen für Kassenkredite	0	0	0
	Abweichung: Weniger durch verstärkte Umwandlung von Rahmenkrediten in fundierte Darlehen.			
Tilgungsausgaben				
2528-582 01-2	Tilgungen an Land aufgrund gemeinsamer Kreditaufnahme	0	0	0
2528-595 01-4	Tilgungen an Kreditmarkt	0	0	0
2528-595 10-6	Tilgungen auf Rahmenkredite	0	0	0
	Abweichung: Mehrausgaben wg. Verlagerung von 2528-595 01-4			
Finanzierungen				
2528-852 01-0	Kapitaldienstfinanzierungen an Ressorthaushalte des Landes Bremen	0	0	0
	Abweichung: Mehr wegen Auflösung von Rahmenkredit-Guthaben.			
2528-853 01-6	Kapitaldienstfinanzierungen an Ressorthaushalte der Stadtgemeinde Bremen	0	0	0

Teilrechnung 2017 für Zwischenfinanzierungen des Bremer Kapitaldienstfonds

Titel	Zweckbestimmung	Soll 2017 in TEUR	Ist 2017 in TEUR	Diff. 2017 in TEUR
Zusammenfassung Zwischenfinanzierungen				
Einnahmen				
	Tilgungseinnahmen von Ressorts	0	0	0
	Einnahmen aus Krediten	0	0	0
	Zinseinnahmen	0	0	0
	Gesamteinnahmen	0	0	0
Ausgaben				
	Sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
	Zinsausgaben	0	0	0
	Tilgungsausgaben	0	0	0
	Finanzierungen an Ressorts	0	0	0
	Gesamtausgaben	0	0	0
	Kassenmäßiges Jahresergebnis 2017	0	0	0
Ermittlung des Finanzierungssaldo:				
	- Ausgaben (ohne Tilgungen)	0	0	0
	+ Einnahmen (ohne Kredite)	0	0	0
	Finanzierungssaldo	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
Zusammensetzung des Finanzierungssaldo:				
	+ Einnahmen aus Krediten	0	0	0
	- Ausgaben zur Schuldentilgung	0	0	0
	Netto-Neuverschuldung	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>

Teilrechnung 2017 für Kapitaldienstfinanzierungen des Bremer Kapitaldienstfonds

Titel	Zweckbestimmung	Soll 2017 in TEUR	Ist 2017 in TEUR	Diff. 2017 in TEUR
Einnahmen				
Haushaltsvermerk				
Einnahmen aus Kreditaufnahmen dürfen in das folgende Haushaltsjahr umgebucht werden. Desgleichen dürfen am Anfang des folgenden Haushaltsjahres eingehende Einnahmen aus Kreditaufnahmen noch zugunsten des abzuschließenden Haushaltsjahres gebucht oder umgebucht werden.				
Zinseinnahmen				
2529-152 01-1	Darlehenszinsen von Ressorthaushalten des Landes Bremen	664	663	-1
2529-152 10-0	Kassenkreditzinsen von Ressorthaushalten des Landes Bremen	1.260	0	-1.260
2529-153 01-8	Darlehenszinsen von Ressorthaushalten der Stadtgemeinde Bremen	41	41	0
2529-153 10-7	Kassenkreditzinsen von Ressorthaushalten der Stadtgemeinde Bremen	19	0	-19
2529-162 01-7	Zinsen aus Zwischenanlage von Mitteln des Kapitaldienstfonds	0	0	0
Tilgungseinnahmen				
2529-172 01-2	Tilgung auf Kapitaldienstfinanzierungen von Ressorthaushalten des Landes Bremen	8.139	8.139	0
2529-173 01-9	Tilgung auf Kapitaldienstfinanzierungen von Ressorthaushalten der Stadtgemeinde Bremen	132	132	0
2529-174 31-7	Tilgung auf Rahmenkredite von Ressorthaushalten	0	0	0
Schuldenaufnahmen				
2529-325 30-7	Kredite	0	0	0
2529-325 31-5	Rahmenkredite	0	0	0
2529-325 32-3	Kredite für überplanmäßige Tilgungsausgaben	0	0	0

Teilrechnung 2017 für Kapitaldienstfinanzierungen des Bremer Kapitaldienstfonds

Titel	Zweckbestimmung	Soll 2017 in TEUR	Ist 2017 in TEUR	Diff. 2017 in TEUR
Ausgaben				
Haushaltsvermerk				
Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig.				
Sächliche Verwaltungsausgaben				
2529-531 02-0	Kosten im Zusammenhang mit Kreditverträgen	0	0	0
2529-531 10-1	Kosten für die Verwaltung	0	0	0
Zinsausgaben				
2529-562 01-5	Zinsen an Land aufgrund gemeinsamer Kreditaufnahme	0	0	0
2529-575 01-0	Zinsen an Kreditmarkt	704	704	0
2529-575 02-8	Disagio	0	0	0
	Haushaltsvermerk:			0
	Einnahmen aus Agio fließen den Mitteln zu.			0
2529-575 10-9	Zinsen für Kassenkredite	1.280	0	-1.280
Tilgungsausgaben				
2529-582 01-6	Tilgungen an Land aufgrund gemeinsamer Kreditaufnahme	0	0	0
2529-595 01-0	Tilgungen an Kreditmarkt	8.271	8.271	0
2529-595 10-0	Tilgungen auf Rahmenkredite	0	0	0
Finanzierungen				
2529-852 01-3	Kapitaldienstfinanzierungen an Ressorthaushalte des Landes Bremen	0	0	0
2529-853 01-0	Kapitaldienstfinanzierungen an Ressorthaushalte der Stadtgemeinde Bremen	0	0	0

Teilrechnung 2017 für Kapitaldienstfinanzierungen des Bremer Kapitaldienstfonds

Titel	Zweckbestimmung	Soll 2017 in TEUR	Ist 2017 in TEUR	Diff. 2017 in TEUR
Zusammenfassung Kapitaldienstfinanzierungen				
Einnahmen				
	Tilgungseinnahmen von Ressorts	8.271	8.271	0
	Einnahmen aus Krediten	0	0	0
	Zinseinnahmen	1.984	704	-1.280
	Gesamteinnahmen	10.255	8.975	-1.280
Ausgaben				
	Sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
	Zinsausgaben	1.984	704	-1.280
	Tilgungsausgaben	8.271	8.271	0
	Finanzierungen an Ressorts	0	0	0
	Gesamtausgaben	10.255	8.975	-1.280
	Kassenmäßiges Jahresergebnis 2017	0	0	0
Ermittlung des Finanzierungssaldo:				
	- Ausgaben (ohne Tilgungen)	1.984	704	-1.280
	+ Einnahmen (ohne Kredite)	10.255	8.975	-1.280
	Finanzierungssaldo	8.271	8.271	0
Zusammensetzung des Finanzierungssaldo:				
	+ Einnahmen aus Krediten	0	0	0
	- Ausgaben zur Schuldentilgung	8.271	8.271	0
	Netto-Neuverschuldung	-8.271	-8.271	0

Teilrechnung 2017 für SV-Fremdverwaltung des Bremer Kapitaldienstfonds

Titel	Zweckbestimmung	Soll 2017 in TEUR	Ist 2017 in TEUR	Diff. 2017 in TEUR
Einnahmen				
Zinseinnahmen				
2530-152 01-7	Darlehenszinsen von Sondervermögen des Landes Bremen	706	706	0
2530-153 01-3	Darlehenszinsen von Sondervermögen der Stadtgemeinde Bremen	29.251	29.251	0
2530-154 01-0	Darlehenszinsen von Sondervermögen der Stadtgemeinde Bremerhaven	3.102	3.102	0
Tilgungseinnahmen				
2530-334 01-8	Zuweisungen für Tilgungen von Sondervermögen des Landes Bremen	8.278	8.278	0
2530-334 02-6	Zuweisungen für Tilgungen von Sondervermögen der Stadtgemeinde Bremen	41.260	41.260	0
2530-334 03-4	Zuweisungen für Tilgungen von Sondervermögen der Stadtgemeinde Bremerhaven	10.985	10.985	0

Teilrechnung 2017 für SV-Fremdverwaltung des Bremer Kapitaldienstfonds

Titel	Zweckbestimmung	Soll 2017 in TEUR	Ist 2017 in TEUR	Diff. 2017 in TEUR
Ausgaben				
	Haushaltsvermerk			
	Ausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen geleistet werden.			
Zinsausgaben				
2530-562 01-0	Zinsen an Land aufgrund gemeinsamer Kreditaufnahme	0	0	0
2530-575 01-5	Zinsen an Kreditmarkt	33.059	33.059	0
Tilgungsausgaben				
2530-582 01-1	Tilgungen an Land aufgrund gemeinsamer Kreditaufnahme	0	0	0
2530-595 01-6	Tilgungen an Kreditmarkt	60.523	60.523	0

Teilrechnung 2017 für SV-Fremdverwaltung des Bremer Kapitaldienstfonds

Titel	Zweckbestimmung	Soll 2017 in TEUR	Ist 2017 in TEUR	Diff. 2017 in TEUR
Zusammenfassung SV-Fremdverwaltung			0	
Einnahmen				
	Tilgungseinnahmen von Ressorts	10.985	10.985	0
	Zinseinnahmen	82.597	82.597	0
	Gesamteinnahmen	93.582	93.582	0
Ausgaben				
	Zinsausgaben	33.059	33.059	0
	Tilgungsausgaben	60.523	60.523	0
	Gesamtausgaben	93.582	93.582	0
Kassenmäßiges Jahresergebnis 2017		0	0	0

Bestand des BKF-Sondervermögens zum 31.12.2017

Forderungen gegenüber Ressorthaushalten

	KD in EUR	ZF in EUR	Gesamt in EUR
Forderungen des Bremer Kapitaldienstfonds am 01.01.2017	24.964.286,12	0,00	24.964.286,12
Tilgungen von Ressorts 2017 (Gr. 17)	-8.270.981,06	0,00	-8.270.981,06
Forderungen aus Finanzierungen 2017 (Gr. 85)	0,00	0,00	0,00
Forderungen aus Finanzierungen am 31.12.2017	<u>16.693.305,06</u>	<u>0,00</u>	<u>16.693.305,06</u>

Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

	KD in EUR	ZF in EUR	Gesamt in EUR
Schulden aus Finanzierungen am 01.01.2017			
Rahmenkredite	28.500,31	0,00	
fundierte Schulden	24.935.785,81	0,00	
insgesamt			24.964.286,12
Krediteinnahmen 2017			
Rahmenkredite (Gr. 325 31)	0,00	0,00	
fundierte Schulden (Gr. 325 30)	0,00	0,00	
insgesamt			0,00
Tilgungen an Gläubiger 2017			
Rahmenkredite (Gr. 595 10)	0,00	0,00	
fundierte Schulden (Gr. 58, 595 01)	-8.270.981,06	0,00	
insgesamt			-8.270.981,06
Schulden aus Finanzierungen am 31.12.2017			
Rahmenkredite	28.500,31	0,00	
fundierte Schulden	<u>16.664.804,75</u>	<u>0,00</u>	
insgesamt	<u>16.693.305,06</u>	<u>0,00</u>	<u>16.693.305,06</u>

Jahresrechnung für das "Sondervermögen Versorgungsrücklage" Geschäftsjahr 2017

Titel	Zweckbestimmung	Soll 2017 aus Wirtschaftsplan in TEUR	Ist 2017 in TEUR	Diff. 2017 in TEUR
Einnahmen				
	Nachrichtlich: Jahresanfangsbestand Girokonton ¹⁾	14.264	0	-14.264
	Zuführungen von Sonderhaushalten	1.302	1.337	35
	Zuführungen von Dritten	206	180	-26
	Kassenwirksame Erträge	2.694	2.823	129
	Kursserträge	0	91	91
	Fällige Anlagen	12.173	12.000	-173
Ausgaben				
	Abführungen an den Haushalt Land Bremen	1.356	1.356	0
	Abführungen an den Haushalt Stadt Bremen	1.206	1.206	0
	Abführungen an den Haushalt Stadt Bremerhaven	306	306	0
	Kursverluste / Stückzinsen	0	61	61
	Wertpapierkäufe	27.772	21.177	-6.595
Zusammenfassung				
	Nachrichtlich: Jahresanfangsbestand Girokonton ¹⁾	14.264	0	14.264
	Zuführungsbeträge	1.508	1.517	-9
	Erträge aus der Anlage von Zuführungsbeträgen	2.694	2.823	-129
	Kursserträge	0	91	-91
	Fällige Anlagen	12.173	12.000	173
	Gesamteinnahmen	30.639	16.432	14.207
	Abführung von Erträgen	2.867	2.867	0
	Kursverluste / Stückzinsen	0	61	-61
	Wertpapierkäufe	27.772	21.177	6.595
	Gesamtausgaben	30.639	24.105	6.534
	Jahresergebnis 2017	0	-7.673	7.673

¹⁾ Der Girokontobestand wurde im Wirtschaftsplan in der Mittelflussberechnung berücksichtigt. Daher wird er hier auch berücksichtigt.
Für die Ist-Bestandsveränderung der Liquidität im aktuellen Haushaltsjahr spielt der Anfangsbestand keine Rolle.

Bestands- und Vermögensrechnung des "Sondervermögen Versorgungsrücklage"

Geschäftsjahr 2017

	in TEUR	Summen in TEUR
Bestände am 01.01.		
Wertpapieranlagen	70.607	
Termingelder	0	
Guthaben Girokonto	14.264	
Sonstige Forderungen	0	
insgesamt	84.871	84.871
 Veränderungen		
+ Erwerb von Wertpapieren Nennwert	21.177	
- Verkauf von Wertpapieren	0	
- Fälligkeit von Wertpapieren (Nennwert)	-12.000	
+/- Kursveränderungen	30	
+/- Termingeld	0	
+/- Girokonto	-7.704	
+/- Sonstige Forderungen	1.476	
insgesamt	2.979	2.979
 Bestände am 31.12.		
Wertpapieranlagen	79.814	
Termingelder	0	
Guthaben Girokonto	6.560	
Sonstige Forderungen	1.476	
insgesamt	87.850	87.850
 Vermögen am 31.12		
Verbindlichkeiten gegenüber der Stadtgemeinde Bremen	24.958	
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Bremen	55.021	
Verbindlichkeiten gegenüber BHV	6.006	
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.865	
insgesamt	87.850	87.850

Jahresrechnung der Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien
Hansestadt Bremen
Geschäftsjahr 2017

	Soll 2017 aus Wirtschaftsplan in TEUR	Ist 2017 in TEUR	Diff. 2017 in TEUR
Einnahmen			
Einnahmen aus Zuführungen des Landes Bremen	9.386,31	14.280,48	4.894,17
Einnahmen aus Zuführungen der Stadtgemeinde Bremen	24.337,11	27.020,22	2.683,11
Kassenwirksame Erträge aus der Anlage (Wertpapiere, Termingelder etc.) von Zuführungen des Landes Bremen	2.864,56	2.981,21	116,65
Kassenwirksame Erträge aus der Anlage (Wertpapiere, Termingelder etc.) von Zuführungen der Stadtgemeinde Bremen	11.794,37	12.016,33	221,97
Ausgaben			
Personal- und Sachkostenerstattungen an die Senatorin für Finanzen	163,98	92,97	-71,01
Erwerb verbriefter Forderungen i.S. des § 1807 (1) Nr. 2 - 5 BGB od. Produkte bei Emittenten vergleichb. Bonität - Land Bremen ¹⁾	7.509,36	7.488,40	-20,96
Erwerb verbriefter Forderungen i.S. des § 1807 (1) Nr. 2 - 5 BGB od. Produkte bei Emittenten vergleichb. Bonität - Stadt Bremen ¹⁾	20.184,64	-5.339,16	-25.523,80
Abführungen an den Haushalt für Versorgungs- und Altersteilzeitaufwendungen	20.524,38	23.087,73	2.563,35
Zusammenfassung			
Zuführungsbeträge von Körperschaften	33.723,43	41.300,70	7.577,27
Kassenwirksame Erträge aus der Anlage von Zuführungen	14.658,93	14.997,55	338,62
Gesamteinnahmen	48.382,35	56.298,25	7.915,89
Personal- und Sachkostenerstattungen an SF	163,98	92,97	-71,01
Erwerb von Wertpapieren (ohne Wiederanlagen)	27.694,00	2.149,24	-25.544,76
Abführungen an Haushalt für Versorgungs- u. ATZ-Aufwendungen	20.524,38	23.087,73	2.563,35
Gesamtausgaben	48.382,35	25.329,95	-23.052,41
Jahresergebnis 2017	0,00	30.968,30	30.968,30

Bestands- und Vermögensrechnung der "Anstalt zur Bildung einer Rücklage
für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen"

Geschäftsjahr 2017

	in TEUR	Summen in TEUR
Bestände am 01.01.		
Wertpapieranlagen	435.476,22	
Guthaben auf Konten	35.647,90	
Termingelder	20.032,64	
Sonstige Forderungen	4.811,34	
insgesamt		495.968,10
Veränderungen		
+ Erwerb von Wertpapieren	45.149,24	
- Verkauf / Fälligkeit von Wertpapieren	-43.000,00	
+/- Kurswertdifferenzen	243,66	
+/- Guthaben auf Konten	30.924,40	
+/- Termingelder	43,89	
+/- Sonstige Forderungen	-74,54	
insgesamt		33.286,65
Bestände am 31.12.		
Wertpapieranlagen	437.869,12	
davon Land Bremen	93.847,52	
davon Stadtgemeinde Bremen	344.021,60	
Guthaben auf Konten	66.572,30	
davon Land Bremen	12.804,55	
davon Stadtgemeinde Bremen	53.767,75	
Termingelder	20.076,53	
davon Land Bremen	5.369,38	
davon Stadtgemeinde Bremen	14.707,15	
Sonstige Forderungen	4.736,80	
davon Land Bremen	1.028,32	
davon Stadtgemeinde Bremen	3.708,48	
insgesamt		529.254,75
davon Land Bremen		113.049,77
davon Stadtgemeinde Bremen		416.204,98
Vermögen am 31.12.		
Eigenkapital der Anstalt für Versorgungsvorsorge	0,00	
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Bremen	113.049,77	
Verbindlichkeiten gegenüber der Stadtgemeinde Bremen	416.204,98	
insgesamt		529.254,75

Zusammenfassung der Vermögensnachweise von Land und Stadtgemeinde Bremen
Übersichten über die Entwicklung der fundierten Schulden der bremischen
Körperschaften und die Schulden der Gesellschaften mit mehrheitlicher Beteiligung
der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde Bremen)

Summenzusammenfassung der Vermögensnachweise von Land und Stadtgemeinde Bremen zum 31.12.2017

Vorbemerkung: Die ausgewiesenen Vermögenswerte enthalten inzwischen teilweise die Werte von Grundstücken und des sonstigen Sachvermögens der bremischen Körperschaften. Diese Werte werden weiterhin sukzessive ermittelt und in die Vermögensnachweise aufgenommen. Bürgschaften und Eventualverpflichtungen sind in den unten aufgeführten Werten nicht enthalten.

Körperschaft: **Land Bremen**

Art	Bestand 01.01.2017 EURO	Zugang / Abgang EURO	Bestand 31.12.2017 EURO
Forderungen (Pos. 1 - 5)	12.271.795.945,13	5.020.745.974,59	17.292.541.919,72
Verbindlichkeiten (Pos. 6)	-19.642.484.107,15	391.868.307,21	-19.250.615.799,94
Nettovermögen :	-7.370.688.162,02		-1.958.073.880,22

Körperschaft: **Stadtgemeinde Bremen**

Art	Bestand 01.01.2017 EURO	Zugang / Abgang EURO	Bestand 31.12.2017 EUR
Forderungen (Pos. 1 - 5)	4.171.677.172,92	99.435.334,98	4.271.112.507,90
Verbindlichkeiten (Pos. 6)	-8.001.153.292,52	-170.990.229,64	-8.172.143.522,16
Nettovermögen :	-3.829.476.119,60		-3.901.031.014,26

Nettovermögen Gesamt: - 11.200.164.281,62 -5.859.104.894,48

Die Entwicklung der fundierten Schulden der bremischen Kernhaushalte und Sondervermögen in 2017

	Stand am 31.12.2016 EUR	Veränderung 2017 EUR	Stand am 31.12.2017 EUR
I. Kernhaushalte			
Land Bremen	10.509.234.000,00	-493.341.000,00	10.015.893.000,00
Stadtgemeinde Bremen	8.122.060.030,67	49.564.301,40	8.171.624.332,07
II. Sondervermögen			
Bremer Kapitaldienstfonds	24.935.785,81	-8.242.480,75	16.693.305,06
SV Hafen	675.763.776,09	-28.249.870,02	647.513.906,07
SVIT Land	47.168,56	-7.230,25	39.938,31
SVIT Stadt	135.492.767,85	-12.667.703,51	122.825.064,34
SV Gewerbeflächen	4.788.759,85	-342.054,26	4.446.705,59
III. Summe	19.472.322.288,83	-493.286.037,39	18.979.036.251,44

Hinweis: Die innere Verschuldung wurde insgesamt nicht berücksichtigt. Die Schulden aus gemeinsamer Kreditaufnahme wurden dementsprechend auch nur beim Enddarlehensnehmer ausgewiesen. Die Schulden der Eigenbetriebe werden in deren Bilanzen separat ausgewiesen. Die Schulden, die das Land im Rahmen der gemeinsamen Kreditaufnahme an die Eigenbetriebe weitergereicht hat, sind ebenfalls nicht enthalten.

Überleitungstabelle Kreditschulden kameral und Kreditschulden doppisch

		Doppischer Jahresabschluss	Kamerale Haushaltsrechnung
		Verbindlichkeiten	fundierte Schulden
I	Anleihen und Obligationen	11.902.750.000,00 €	11.902.750.000,00 €
II	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten insgesamt	4.181.872.105,35 €	4.181.304.609,68 €
	- davon kurzfristige Kredite (Laufzeit bis 1 Jahr)	567.495,67 €	
	- davon mittelfristige Kredite (Laufzeit 1 - 5 Jahre)	979.129.188,12 €	979.129.188,12 €
	- davon langfristige Kredite (Laufzeit über 5 Jahre)	3.202.175.421,56 €	3.202.175.421,56 €
III	Verbindlichkeiten Lieferungen und Leistungen	189.383,36 €	
IV	Verbindlichkeiten verbundener Unternehmen und Einrichtungen	229.285.039,81 €	
V	Verbindlichkeiten Unternehmen und Beteiligungen mit. Bet. Verh.	11.604.830,01 €	
VI	Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	475.166.905,28 €	
VII	Verbindlichkeiten Steuerverteilung und Finanzausgleich	66.698.290,43 €	
VIII	sonstige Verbindlichkeiten insgesamt	6.291.353.083,55 €	
	1. Verbindlichkeiten aus Krediten insgesamt	5.830.751.956,00 €	3.561.543.363,89 €
	- davon kurzfristige Kredite (Laufzeit bis 1 Jahr) Bund	13.753.094,31 €	
	- davon langfristige Kredite (Laufzeit über 5 Jahre) Bund	83.017.526,29 €	83.017.526,29 €
	- davon kurzfristige Kredite (Laufzeit bis 1 Jahr) inländischer Bereich	2.255.455.497,80 €	
	- davon langfristige Kredite (Laufzeit über 5 Jahre) inländischer Bereich	3.269.525.837,60 €	3.269.525.837,60 €
	- davon mittelfristige Kredite (Laufzeit 1 - 5 Jahre) ausländischer Bereich	60.000.000,00 €	60.000.000,00 €
	- davon langfristige Kredite (Laufzeit über 5 Jahre) ausländischer Bereich	149.000.000,00 €	149.000.000,00 €
	2. übrige Verbindlichkeiten	460.601.127,55 €	
	Summe	23.158.919.637,79 €	19.645.597.973,57 €

nachrichtlich:

Innerbremische Verschuldung (hierbei handelt es sich um die gemeinsame Kreditaufnahme gemäß § 13 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes des Landes)	0,00 €	7.775.148.066,00 €
---	--------	--------------------

Die Schulden der Gesellschaften mit mehrheitlicher Beteiligung der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde)

Bei den hier aufgeführten Schulden der Gesellschaften handelt es sich um keine direkten Schulden Bremens. Bremen haftet lediglich mit dem durch Bürgschaft abgesicherten Betrag. Um eine einheitliche Datenmenge zu gewährleisten, wurden nur Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr in die Erhebung aufgenommen. Nicht enthalten ist die Bremer Aufbau Bank GmbH, für die es als Bank Geschäftsinhalt ist, Kredite zu refinanzieren.

Beteiligungsgesellschaften (Mehrheitiges.)	FR	Anteil Bremens an der Gesellschaft in % ⁽¹⁾	Stand 31.12.2017 in T€			
			Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Verbindlichkeiten gegenüber der FHB	sonstige Verbindlichkeiten	davon verbürgt
BLG Logistics Group AG & Co. KG ⁽²⁾⁽³⁾	SWAH	100,00	102.255	0	26.215	0
Bremer Bäder GmbH	SfSJFluS	97,67	592	0	0	592
Bremer Philharmoniker GmbH	SfK	52,00	0	0	124	0
Bremer Theater Grundstücks GmbH & Co KG	SfK	100,00	0	577	142	0
Theater Bremen GmbH	SfK	100,00	0	2.450	454	0
Bremer Toto und Lotto GmbH	SF	66,66	0	0	299	0
Bremer Verkehrs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	SF	100,00	36.000	0	0	36.000
BREPARK GmbH	SUBV	100,00	12.782	0	0	0
BSAG	SUBV	100,00	123.736	256	0	123.736
Fähren Bremen-Stedingen GmbH	SWAH	55,00	5.639	0	0	2.698
Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH (FBG)	SWAH	100,00	3.272	0	195	0
Flughafen Bremen GmbH ⁽³⁾	SWAH	100,00	15.796	0	195	0
Gesundheit Nord gGmbH Klinikverbund Bremen	SWGv	100,00	171.030	1.399	54.012	213.971
Ambulanz Bremen GmbH	SWGv	100,00	2.075	0	0	1.660
Grundstücksentwicklungsgesellschaft Klinikum Bremen-Mitte GmbH & Co KG	SUBV	100,00	5.000	0	0	0
Großmarkt Bremen GmbH	SWAH	100,00	6.046	0	0	6.046
Hanseatische Naturentwicklung GmbH	SUBV	100,00	0	3.299	690	0
Hanseatische Wohnungs-Beteiligungs-Gesellschaft mbH (HAWOBEG)	SF	100,00	173.430	0	0	173.430
GEWOBA AG Wohnen und Bauen, Bremen	SUBV	74,10	555.167	0	6.152	0
GEWOBA Energie GmbH	SUBV	74,10	3.248	0	43	0
Wirtschaftsförderung Bremen GmbH ⁽³⁾ (ohne Treuhandbeteiligungen ohne gegenseitige gruppeninterne Kreditverbindlichkeiten)	SWAH	99,22	84.397	42.281	0	67.000
Ansgaritor Grundstücksverwaltungs-GmbH	SWAH	100,00	26.000	4.038	0	30.038
H.A.G.E. Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	SWAH	99,20	37.269	0	0	29.815
Verbindlichkeiten Gesamt			1.363.734	54.300	88.521	684.986

⁽¹⁾ unmittelbare und mittelbare Anteile Bremens an der Gesellschaft sind summiert

⁽²⁾ Die Freie Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) ist alleinige, 100%ige Kommanditistin der BLG LOGISTICS GROUP AG & CO. KG. Für die hier ausgewiesenen Finanzverbindlichkeiten per 31.12.2016 der BLG LOGISTICS GROUP AG & CO. KG ist die Haftung der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) beschränkt auf ihre Rolle als Kommanditistin. Das Risiko der Inanspruchnahme aus dieser Haftung droht jetzt als auch in absehbarer Zukunft nicht.

⁽³⁾ Konzern

Einnahmen und Ausgaben
der Sonderhaushalte der Freien Hansestadt Bremen
- Einzelplan 25 -

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2017

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen		- Kapitel- und Einzelplansummen in EURO -									
EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr	Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Ggü. Spalte 9 beträgt Spalte 6 mehr/weniger
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	5			8	9		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
25			Sonderhaushalte der Freien Hansestadt Bremen								
2524			BAföG-Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2525			Landesuntersuchungsamt für Chemie, Hygiene und Veterinärmedizin	4.718.712,57	4.718.712,57	4.718.712,57	4.569.850,00	0,00	0,00	4.569.850,00	148.862,57
2526			Versorgungsrücklage des Landes Bremen	0,00	0,00	0,00	11.159.750,00	0,00	0,00	11.159.750,00	-11.159.750,00
2528			Bremer Kapitaldienstfonds (Zwischenfinanzierungen)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2529			Bremer Kapitaldienstfonds (Kapitaldienstfinanzierungen)	8.974.810,61	8.974.810,61	8.974.810,61	10.255.000,00	0,00	0,00	10.255.000,00	-1.280.189,39
2530			Bremer Kapitaldienstfonds (Sondervermögen-Fremdverwaltung)	93.581.855,83	93.581.855,83	93.581.855,83	93.582.000,00	0,00	0,00	93.582.000,00	-144,17
			Summe der Einnahmen	107.275.379,01	107.275.379,01	107.275.379,01	119.566.600,00	0,00	0,00	119.566.600,00	-12.291.220,99
				0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		
				0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		

*) X=Haushaltsvermerk, A=Außerplanmäßige Finanzposition, B=Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2017

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen

- Kapitel- und Einzelplansummen in EURO -

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr	Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Ggü. Spalte 9 beträgt Spalte 6 mehr/weniger
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	5			8	9		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
25			Sonderhaushalte der Freien Hansestadt Bremen								
2524			BAföG-Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2525			Landesuntersuchungsamt für Chemie, Hygiene und Veterinärmedizin	4.718.712,57	4.718.712,57	4.718.712,57	4.569.850,00	0,00	0,00	4.569.850,00	148.862,57
2526			Versorgungsrücklage des Landes Bremen	0,00	0,00	0,00	11.159.750,00	0,00	0,00	11.159.750,00	-11.159.750,00
2528			Bremer Kapitaldienstfonds (Zwischenfinanzierungen)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2529			Bremer Kapitaldienstfonds (Kapitaldienstfinanzierungen)	8.974.810,61	8.974.810,61	8.974.810,61	10.255.000,00	0,00	0,00	10.255.000,00	-1.280.189,39
2530			Bremer Kapitaldienstfonds (Sondervermögen-Fremdverwaltung)	93.581.855,83	93.581.855,83	93.581.855,83	93.582.000,00	0,00	0,00	93.582.000,00	-144,17
			Summe der Ausgaben	107.275.379,01	107.275.379,01	107.275.379,01	119.566.600,00	0,00	0,00	119.566.600,00	-12.291.220,99

*) X=Haushaltsvermerk, A=Außerplanmäßige Finanzposition, B=Änderung im Dispositiv

Liquiditätssteuerung 2017 (Land)

2017 erfolgte keine Liquiditätssteuerung im Sinne des Beschlusses des Haushalts- und Finanzausschusses (vom 11. Dezember 2013 Ziffer 9 letzter Satz sowie vom 13. Februar 2015).

Anpassung des in Anlage 2 zum Haushaltsgesetz 2017 des Landes Bremen ausgewiesenen Tilgungsplans

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) hat den Senat auf der Grundlage des Artikel 131a Absatz 3 Satz 1 zweite Alternative der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen (BremLV) ermächtigt, wegen der außergewöhnlich und unvorhersehbar hohen Zahl von in den Jahren 2014 und vor allem 2015 aufgenommenen Asylbewerberinnen, Asylbewerbern und anderen geflüchteten ausländischen Menschen für das 2. Aufstellungsjahr des Doppelhaushalts 2016/2017 im haushaltsgesetzlich bestimmten Umfang von den Vorgaben des Artikel 131a Absatz 1 und 2 BremLV abzuweichen, wobei die Anwendbarkeit des Artikel 131b BremLV unberührt blieb. Somit durfte die Verwaltung im Haushaltsjahr 2017 das nach Artikel 131b BremLV in Verbindung mit Artikel 143d Absatz 2 Grundgesetz, dem Konsolidierungshilfengesetz und der hierzu geschlossenen Verwaltungsvereinbarung unter gewöhnlichen Umständen zulässige strukturelle Finanzierungsdefizit im haushaltsgesetzlich bestimmten Umfang überschreiten.

Von dieser nach § 21 des Haushaltsgesetzes des Landes Bremen bestehenden Ermächtigung ist im Vollzug des Haushaltsjahres 2017 kein Gebrauch gemacht worden. Das unter gewöhnlichen Umständen zulässige strukturelle Finanzierungsdefizit ist eingehalten worden.

Der als Anlage 2 zum Haushaltsgesetz 2017 des Landes Bremen enthaltene Tilgungsplan ist daher nach Absatz 2 der ergänzenden Bestimmungen zum Tilgungsplan von der Senatorin für Finanzen an die Ist-Ausgaben im Haushaltsjahr anzupassen. Nettomehrausgaben gemäß § 21 Absatz 2 Haushaltsgesetz sind nicht angefallen. Eine Tilgung findet daher nicht statt.

TEIL C

HAUSHALTSRECHNUNG
DER STADTGEMEINDE BREMEN
2017



Die Senatorin für Finanzen

INHALTSÜBERSICHT

Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)

	<u>Seite</u>
Gesamrechnungsnachweisung	1
Einnahmen – Kapitel- und Einzelplansummen -	2
Ausgaben - Kapitel- und Einzelplansummen -	20
Einnahmen - Einzelplansummen -	38
Ausgaben - Einzelplansummen -	40
Erläuterungen zur Gesamrechnungsnachweisung	42
Kassenmäßiger Abschluss, Haushaltsabschluss	45
Finanzierungssaldo	47
Anlagen zur Haushaltsrechnung	
Anlage 1 - Übersicht über erhebliche Solländerungen und erhebliche Abweichungen zwischen Soll- und Ist-Beträgen	51
- Erläuterungen der Solländerungen und Abweichungen	59
- Haushaltsüberschreitungen	73
- Personalausgaben	76
Anlage 2 - Übersichten über niedergeschlagene und erlassene Beträge	77
Anlage 3 - Vermögensnachweis - Übersichten über Beteiligungen, Sachanlagen, Forderungen, Rücklagen, Sondervermögen und Eigenbetriebe, Schulden und Bürgschaftsver- pflichtungen, Grundbesitz	79
Anlage 4 - Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Eigenbetriebe, der Sondervermögen der Stadt- gemeinde Bremen und Immobilien Bremen (AöR)	101
Anlage 5 - Zusammenfassung der Vermögensnachweise von Land und Stadtgemeinde Bremen, Entwicklung der fundierte Schulden der bremischen Körperschaften, Überleitungstabelle Kreditschulden kameral und Kreditschulden doppisch, Zusammenstellung über die Schulden der Gesellschaften mit mehrheitlicher Beteiligung Bremens	133
Anlage 6 - Einnahmen und Ausgaben der unselbständigen Stiftungen und Vermächtnisse sowie der Sonderhaus- halte der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)	139
Anlage 7 - Liquiditätssteuerung	143
Anlage 8 - Anpassung Tilgungsplan	145

Gesamrechnungsnachweisung

Die Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr **2017** enthält die Gesamtbeträge der Kapitel und die Gesamtbeträge der Einzelpläne unter Berücksichtigung der nach § 81 LHO vorgeschriebenen Gliederung.

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (STADTGEMEINDE)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
30			Bürgerschaft, Senat, Inneres	
	3020		Senat und Senatskanzlei	1.583.840,10 0,00 0,00
	3025		Rathausverwaltung	243.343,70 0,00 0,00
	3030		Behörde d. Sen. für Inneres und Sport	64.380,00 0,00 0,00
	3031		Allgemeine Bewilligungen für Inneres	0,00 0,00 0,00
	3032		Katastrophenschutz	0,00 0,00 0,00
	3041		Stadtteilmanagement	19.204,92 0,00 0,00
	3050		Standesämter (bis 2015)	45,00 0,00 0,00
	3051		Stadtamt	21.044.139,48 0,00 0,00
	3052		Marktverwaltung	895.497,33 0,00 0,00
	3054		Feuerwehr	3.738.728,75 0,00 0,00
	3055		Rettungsdienst	22.804.812,84 0,00 0,00
			Summe der Einnahmen:	50.393.992,12 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
	Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren			
6	7	8	9	10
1.583.840,10	825.000,00 0,00 0,00	758.840,10 0,00	1.583.840,10	0,00
243.343,70	124.750,00 0,00 0,00	125.904,60 0,00	250.654,60	7.310,90-
64.380,00	64.380,00 0,00 0,00	0,00 0,00	64.380,00	0,00
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
19.204,92	14.000,00 0,00 0,00	122,76 0,00	14.122,76	5.082,16
45,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	45,00
21.044.139,48	21.100.300,00 0,00 0,00	647.477,67 0,00	21.747.777,67	703.638,19-
895.497,33	820.000,00 0,00 0,00	75.497,33 0,00	895.497,33	0,00
3.738.728,75	3.906.000,00 0,00 0,00	160.168,81 0,00	4.066.168,81	327.440,06-
22.804.812,84	22.693.190,00 0,00 0,00	111.622,84 0,00	22.804.812,84	0,00
50.393.992,12	49.547.620,00 0,00 0,00	1.879.634,11 0,00	51.427.254,11	1.033.261,99-

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (STADTGEMEINDE)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
31			Sport	
	3191		Allgemeine Bewilligungen für Sport und Freizeit	265.218,03 0,00 0,00
	3192		Sportamt	324.341,44 0,00 0,00
			Summe der Einnahmen:	589.559,47 0,00 0,00
32			Bildung, Kultur	
	3210		Schulen des Primarbereichs	898.847,33 0,00 0,00
	3211		Förderzentren	11.857,76 0,00 0,00
	3214			0,00 0,00 0,00
	3216		Schulen des Sekundarbereichs II	1.742.415,38 0,00 0,00
	3217		Gymnasien und durchgängige Schulen mit gymnasialem Abschluß	21.366,48 0,00 0,00
	3218		Oberschulen	599.119,45 0,00 0,00
	3232		Allgemeine Bewilligungen für Kinderbetreuung	15.134.826,95 0,00 0,00
	3235		Leistungen für Bildung und Teilhabe (Kinder und Bildung)	10.950.082,58 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

der Landeshauptkasse Bremen
für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
	Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren			
6	7	8	9	10
265.218,03	62.000,00 0,00 0,00	209.876,98 0,00	271.876,98	6.658,95-
324.341,44	261.000,00 0,00 0,00	59.341,01 0,00	320.341,01	4.000,43
589.559,47	323.000,00 0,00 0,00	269.217,99 0,00	592.217,99	2.658,52-
898.847,33	996.000,00 0,00 0,00	61.935,06 0,00	1.057.935,06	159.087,73-
11.857,76	64.000,00 0,00 0,00	866,59 0,00	64.866,59	53.008,83-
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
1.742.415,38	1.757.050,00 0,00 0,00	857.647,09 0,00	2.614.697,09	872.281,71-
21.366,48	26.150,00 0,00 0,00	8.514,23 0,00	34.664,23	13.297,75-
599.119,45	1.064.000,00 0,00 0,00	50.120,27 0,00	1.114.120,27	515.000,82-
15.134.826,95	12.793.950,00 0,00 0,00	1.876.641,17 0,00	14.670.591,17	464.235,78
10.950.082,58	6.650.000,00 0,00 0,00	4.300.000,00 0,00	10.950.000,00	82,58

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (STADTGEMEINDE)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
	3239		Allgemeine Bewilligungen für Schulen	465.295.163,02 0,00 0,00
	3270		Kunst und kunstgeschichtliche Einrichtungen	0,00 0,00 0,00
	3271		Theater	6.227,92 0,00 0,00
	3272		Klangkörper	901.648,66 0,00 0,00
	3288		Kommunale Kulturarbeit	117.575,56 0,00 0,00
	3289		Allgemeine Bewilligungen für Kulturpflege	1.209.697,87 0,00 0,00
			Summe der Einnahmen:	496.888.828,96 0,00 0,00
33			Arbeit	
	3307		Kriegsopferfürsorge, Leistungen nach dem SVG, ZDG und OEG	84.792,39 0,00 0,00
			Summe der Einnahmen:	84.792,39 0,00 0,00
34			Jugend und Soziales	

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen		
6	7	8	9	10
465.295.163,02	454.494.330,00 0,00 0,00	11.145.203,11 0,00	465.639.533,11	344.370,09-
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
6.227,92	2.000,00 0,00 0,00	4.227,92 0,00	6.227,92	0,00
901.648,66	0,00 0,00 0,00	901.648,66 0,00	901.648,66	0,00
117.575,56	0,00 0,00 0,00	117.122,70 0,00	117.122,70	452,86
1.209.697,87	1.240.960,00 0,00 0,00	31.262,13- 0,00	1.209.697,87	0,00
496.888.828,96	479.088.440,00 0,00 0,00	19.292.664,67 0,00	498.381.104,67	1.492.275,71-
84.792,39	72.500,00 0,00 0,00	0,00 0,00	72.500,00	12.292,39
84.792,39	72.500,00 0,00 0,00	0,00 0,00	72.500,00	12.292,39

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (STADTGEMEINDE)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
	3400		Behörde d. Sen. für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	15.397.770,22 0,00 0,00
	3401		Allgemeine Bewilligungen für Soziales	1.946.666,41 0,00 0,00
	3408		Sonstige Sozialleistungen	12.164.282,61 0,00 0,00
	3411		Allgemeine Bewilligungen für Erwachsene und ältere Menschen	310.040,22 0,00 0,00
	3412		Sozialhilfeleistungen (ehemals örtlicher Träger)	1.986.673,24 0,00 0,00
	3413		Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB XII	81.042.182,05 0,00 0,00
	3417		Leistungen für Asylbewerber	4.838.638,97 0,00 0,00
	3418		Sozialhilfeleistungen (ehemals überörtlicher Träger)	40.906.800,81 0,00 0,00
	3419		Sozialleistungen an behinderte Erwachsene (ehemals örtlicher Träger)	181.484,89 0,00 0,00
	3420		Sozialleistungen an behinderte Erwachsene (ehemals überörtlicher Träger)	123.132.614,19 0,00 0,00
	3431		Allgemeine Bewilligungen für junge Menschen	927.578,28 0,00 0,00
	3432		Allgemeine Bewilligungen für Kinderbetreuung (bis 2015)	40.369,80 0,00 0,00
	3434		Erziehungshilfe	107.472.875,78 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

4

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
	Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren			
6	7	8	9	10
15.397.770,22	11.500,00 0,00 0,00	15.380.883,85 0,00	15.392.383,85	5.386,37
1.946.666,41	1.329.000,00 0,00 0,00	617.666,41 0,00	1.946.666,41	0,00
12.164.282,61	11.446.000,00 0,00 0,00	0,00 0,00	11.446.000,00	718.282,61
310.040,22	114.000,00 0,00 0,00	181.562,23 0,00	295.562,23	14.477,99
1.986.673,24	1.617.000,00 0,00 0,00	185.000,00 0,00	1.802.000,00	184.673,24
81.042.182,05	80.950.000,00 0,00 0,00	0,00 0,00	80.950.000,00	92.182,05
4.838.638,97	540.000,00 0,00 0,00	1.528.836,53 0,00	2.068.836,53	2.769.802,44
40.906.800,81	53.180.000,00 0,00 0,00	198.000,00 0,00	53.378.000,00	12.471.199,19-
181.484,89	301.000,00 0,00 0,00	0,00 0,00	301.000,00	119.515,11-
123.132.614,19	111.708.000,00 0,00 0,00	357.770,00 0,00	112.065.770,00	11.066.844,19
927.578,28	308.720,00 0,00 0,00	618.259,31 0,00	926.979,31	598,97
40.369,80	0,00 0,00 0,00	40.260,00 0,00	40.260,00	109,80
107.472.875,78	98.068.320,00 0,00 0,00	5.698.543,84 0,00	103.766.863,84	3.706.011,94

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (STADTGEMEINDE)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
	3444			0,00 0,00 0,00
	3461		Allgemeine Bewilligungen für Zuwanderer und Aussiedler	2.723.395,83 0,00 0,00
	3472		Hilfe und Leistungen nach dem SGB II	82.763.597,07 0,00 0,00
	3473		Hilfe zum Lebensunterhalt nach Kapitel 3 SGB XII	610.182,43 0,00 0,00
	3474		Leistungen für Bildung und Teilhabe (Soziales)	15.201.685,21 0,00 0,00
	3490		Amt für soziale Dienste	441.744,45 0,00 0,00
	3493		Jobcenter Bremen	24.761.075,82 0,00 0,00
	3496		Amt für soziale Dienste (Personalkosten)	828.877,98 0,00 0,00
			Summe der Einnahmen:	517.678.536,26 0,00 0,00
35			Gesundheit	
	3501		Allgemeine Bewilligungen für Gesundheit	38.243,99 0,00 0,00
	3510		Gesundheitsamt Bremen	3.940.353,54 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen			
6	7	8		9	10
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00		0,00	0,00
2.723.395,83	117.680,00 0,00 0,00	0,00 0,00		117.680,00	2.605.715,83
82.763.597,07	67.359.000,00 0,00 0,00	15.230.775,22 0,00		82.589.775,22	173.821,85
610.182,43	1.034.000,00 0,00 0,00	0,00 0,00		1.034.000,00	423.817,57-
15.201.685,21	15.383.000,00 0,00 0,00	181.314,79- 0,00		15.201.685,21	0,00
441.744,45	31.000,00 0,00 0,00	429.056,18 0,00		460.056,18	18.311,73-
24.761.075,82	19.972.580,00 0,00 0,00	4.788.495,82 0,00		24.761.075,82	0,00
828.877,98	338.600,00 0,00 0,00	490.277,98 0,00		828.877,98	0,00
517.678.536,26	463.809.400,00 0,00 0,00	45.564.072,58 0,00		509.373.472,58	8.305.063,68
38.243,99	0,00 0,00 0,00	38.243,99 0,00		38.243,99	0,00
3.940.353,54	2.689.960,00 0,00 0,00	1.318.501,68 0,00		4.008.461,68	68.108,14-

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (STADTGEMEINDE)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
			Summe der Einnahmen:	3.978.597,53 0,00 0,00
36			Bau, Umwelt und Verkehr	
	3601		Allgemeine Bewilligungen für Umwelt	8.107.812,69 0,00 0,00
	3603		Saubere Stadt	0,00 0,00 0,00
	3627		Umwelt- und Hochwasserschutz	15.908,10 0,00 0,00
	3680		Behörde des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr	2.615.400,00 0,00 0,00
	3681		Allgemeine Bewilligungen für Bau und Verkehr	19.527.559,43 0,00 0,00
	3682		Fachbereich Planung	7.037.979,31 0,00 0,00
	3687		Amt für Straßen und Verkehr	7.728.364,00 0,00 0,00
	3691		Bauamt Bremen-Nord	587.764,34 0,00 0,00
	3696		Städtebauförderung	2.098.423,48 0,00 0,00
			Summe der Einnahmen:	47.719.211,35 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen		
6	7	8	9	10
3.978.597,53	2.689.960,00 0,00 0,00	1.356.745,67 0,00	4.046.705,67	68.108,14-
8.107.812,69	6.394.500,00 0,00 0,00	1.514.868,64 0,00	7.909.368,64	198.444,05
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
15.908,10	22.000,00 0,00 0,00	0,00 0,00	22.000,00	6.091,90-
2.615.400,00	2.615.400,00 0,00 0,00	0,00 0,00	2.615.400,00	0,00
19.527.559,43	4.235.000,00 0,00 0,00	15.284.120,33 0,00	19.519.120,33	8.439,10
7.037.979,31	5.887.000,00 0,00 0,00	24.227,35 0,00	5.911.227,35	1.126.751,96
7.728.364,00	7.062.000,00 0,00 0,00	245.204,75 0,00	7.307.204,75	421.159,25
587.764,34	419.000,00 0,00 0,00	1.360,80 0,00	420.360,80	167.403,54
2.098.423,48	3.957.000,00 0,00 0,00	1.783.576,52- 0,00	2.173.423,48	75.000,00-
47.719.211,35	30.591.900,00 0,00 0,00	15.286.205,35 0,00	45.878.105,35	1.841.106,00

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (STADTGEMEINDE)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
37			Wirtschaft	
	3700		Behörde d. Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Häfen	0,00 0,00 0,00
	3701		Allgemeine Bewilligungen für Wirtschaft und Häfen	820.540,23 0,00 0,00
	3708		Wirtschaftsförderung für Gewerbeflächen/Regional- planung	0,00 0,00 0,00
	3709		Wirtschaftsförderung für EU-Programme/Planung	13.164.332,80 0,00 0,00
	3754		Wirtschaftsförderung für Dienstleistungsfonds/ Tourismus/Zentren	168.689,74 0,00 0,00
			Summe der Einnahmen:	14.153.562,77 0,00 0,00
38			Häfen	
	3801		Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur und Luftverkehrsbehörde	38.441.722,87 0,00 0,00
	3854		Hafenbehörde	892.983,25 0,00 0,00
			Summe der Einnahmen:	39.334.706,12 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen			
6	7	8		9	10
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00		0,00	0,00
820.540,23	878.000,00 0,00 0,00	57.459,77- 0,00		820.540,23	0,00
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00		0,00	0,00
13.164.332,80	9.437.300,00 0,00 0,00	3.722.861,95 0,00		13.160.161,95	4.170,85
168.689,74	0,00 0,00 0,00	167.019,54 0,00		167.019,54	1.670,20
14.153.562,77	10.315.300,00 0,00 0,00	3.832.421,72 0,00		14.147.721,72	5.841,05
38.441.722,87	70.953.500,00 0,00 0,00	32.511.777,13- 0,00		38.441.722,87	0,00
892.983,25	655.690,00 0,00 0,00	177.706,34 0,00		833.396,34	59.586,91
39.334.706,12	71.609.190,00 0,00 0,00	32.334.070,79- 0,00		39.275.119,21	59.586,91

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (STADTGEMEINDE)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
39			Finanzen	
	3900		Behörde d. Sen. für Finanzen	2.591.200,00 0,00 0,00
	3901		Allgemeine Bewilligungen für Finanzen und Personal	2.566.623,55 0,00 0,00
	3950		IT - Budget	3.149.083,44 0,00 0,00
	3970		Gemeindesteuern	905.721.203,02 0,00 0,00
	3972		Zuweisungen	674.375.086,13 0,00 0,00
	3980		Allgemeines Kapitalvermögen, Schuldendienst, Rücklagen	798.015.960,84 0,00 0,00
	3986		Wirtschaftliche Unternehmen	107.300.424,58 0,00 0,00
	3987		Zuweisungen/Honorare an Immobilien Bremen (AöR)	241.904,70 0,00 0,00
	3988		Zuweisungen an Sondervermögen Immobilien und Technik	42.989.015,05 0,00 0,00
	3990		Zentral veranschlagte Personalausgaben	15.346.225,09 0,00 0,00
	3992		Haftpflichtschäden	3.349.407,69 0,00 0,00
	3995		Allgemeines	7.165.077,33 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
	Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren			
6	7	8	9	10
2.591.200,00	2.591.200,00 0,00 0,00	0,00 0,00	2.591.200,00	0,00
2.566.623,55	1.336.340,00 0,00 0,00	1.082.494,00 0,00	2.418.834,00	147.789,55
3.149.083,44	16.020,00 0,00 0,00	3.141.182,86 0,00	3.157.202,86	8.119,42-
905.721.203,02	834.604.570,00 0,00 0,00	0,00 0,00	834.604.570,00	71.116.633,02
674.375.086,13	634.558.350,00 0,00 0,00	0,00 0,00	634.558.350,00	39.816.736,13
798.015.960,84	813.920.350,00 0,00 0,00	13.188.853,96 0,00	827.109.203,96	29.093.243,12-
107.300.424,58	57.869.000,00 0,00 0,00	54.961.281,10 0,00	112.830.281,10	5.529.856,52-
241.904,70	188.680,00 0,00 0,00	53.224,70 0,00	241.904,70	0,00
42.989.015,05	26.340.000,00 0,00 0,00	16.917.893,35 0,00	43.257.893,35	268.878,30-
15.346.225,09	10.005.370,00 0,00 0,00	5.248.681,91 0,00	15.254.051,91	92.173,18
3.349.407,69	3.080.010,00 0,00 0,00	269.397,69 0,00	3.349.407,69	0,00
7.165.077,33	7.712.000,00 0,00 0,00	361.539,91 0,00	8.073.539,91	908.462,58-

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen		
6	7	8	9	10
5.745.744,24	5.860.300,00 0,00 0,00	114.555,76- 0,00	5.745.744,24	0,00
2.568.556.955,66	2.398.082.190,00 0,00 0,00	95.109.993,72 0,00	2.493.192.183,72	75.364.771,94

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (STADTGEMEINDE)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
30			Bürgerschaft, Senat, Inneres	
	3010		Bremische Bürgerschaft	7.573.340,00 0,00 0,00
	3011		Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen (Gemeindeprüfung)	2.237.080,00 0,00 0,00
	3020		Senat und Senatskanzlei	6.822.482,56 240.434,07 0,00
	3025		Rathausverwaltung	1.473.190,62 550,00 0,00
	3030		Behörde d. Sen. für Inneres und Sport	2.484.720,00 0,00 0,00
	3031		Allgemeine Bewilligungen für Inneres	5.481.958,61 0,00 0,00
	3032		Katastrophenschutz	150.683,92 0,00 0,00
	3041		Stadtteilmanagement	4.340.079,34 29.530,99 0,00
	3050		Standesämter (bis 2015)	0,00 0,00 0,00
	3051		Stadtamt	30.825.878,23 0,00 0,00
	3052		Marktverwaltung	1.679.916,69 0,00 0,00
	3054		Feuerwehr	43.723.719,97 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

10

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
	Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Einsparungen		
6	7	8	9	10
7.573.340,00	7.573.340,00 0,00 0,00	0,00 0,00	7.573.340,00	0,00
2.237.080,00	2.237.080,00 0,00 0,00	0,00 0,00	2.237.080,00	0,00
7.062.916,63	6.126.750,00 1.723,78 0,00	918.618,04 213.432,72	6.833.659,10	229.257,53
1.473.740,62	1.736.950,00 9.225,30 0,00	675.404,60 270.309,49	2.151.270,41	677.529,79-
2.484.720,00	2.484.720,00 0,00 0,00	0,00 0,00	2.484.720,00	0,00
5.481.958,61	5.091.480,00 0,00 0,00	637.786,64 216.803,55	5.512.463,09	30.504,48-
150.683,92	253.000,00 0,00 0,00	20.374,34 110.407,76	162.966,58	12.282,66-
4.369.610,33	4.644.920,00 14.669,61 0,00	1.864.869,07 1.162.758,12	5.361.700,56	992.090,23-
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
30.825.878,23	27.389.110,00 0,00 0,00	13.436.296,58 7.798.720,84	33.026.685,74	2.200.807,51-
1.679.916,69	646.620,00 0,00 0,00	1.109.114,46 72.768,49	1.682.965,97	3.049,28-
43.723.719,97	36.134.070,00 0,00 0,00	12.380.874,99 4.235.128,49	44.279.816,50	556.096,53-

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (STADTGEMEINDE)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
	3055		Rettungsdienst	26.268.992,35 0,00 0,00
			Summe der Ausgaben:	133.062.042,29 270.515,06 0,00
31			Sport	
	3191		Allgemeine Bewilligungen für Sport und Freizeit	11.460.800,24 0,00 0,00
	3192		Sportamt	4.267.934,03 0,00 0,00
			Summe der Ausgaben:	15.728.734,27 0,00 0,00
32			Bildung, Kultur	
	3200		Behörde d. Sen. für Kinder und Bildung	8.378.690,00 0,00 0,00
	3210		Schulen des Primarbereichs	106.930.782,61 728.527,47 0,00
	3211		Förderzentren	9.566.767,99 83.330,69 0,00
	3214			0,00 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen		
6	7	8	9	10
26.268.992,35	22.693.190,00 0,00 0,00	45.840.804,70 42.231.181,86	26.302.812,84	33.820,49-
133.332.557,35	117.011.230,00 25.618,69 0,00	76.884.143,42 56.311.511,32	137.609.480,79	4.276.923,44-
11.460.800,24	15.752.360,00 0,00 0,00	1.973.311,97 6.264.776,09	11.460.895,88	95,64-
4.267.934,03	4.289.400,00 0,00 0,00	375.656,02 294.692,64	4.370.363,38	102.429,35-
15.728.734,27	20.041.760,00 0,00 0,00	2.348.967,99 6.559.468,73	15.831.259,26	102.524,99-
8.378.690,00	8.378.690,00 0,00 0,00	0,00 0,00	8.378.690,00	0,00
107.659.310,08	106.688.920,00 603.159,69 0,00	12.694.733,53 11.347.469,24	108.639.343,98	980.033,90-
9.650.098,68	10.197.380,00 81.913,12 0,00	1.199.627,30 1.416.964,41	10.061.956,01	411.857,33-
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (STADTGEMEINDE)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
	3215			0,00 0,00 0,00
	3216		Schulen des Sekundarbereichs II	86.903.990,87 1.246.341,80 0,00
	3217		Gymnasien und durchgängige Schulen mit gymnasialem Abschluß	40.041.350,93 160.979,76 0,00
	3218		Oberschulen	132.082.669,70 648.484,12 0,00
	3232		Allgemeine Bewilligungen für Kinderbetreuung	236.036.400,18 15.862,19 0,00
	3235		Leistungen für Bildung und Teilhabe (Kinder und Bildung)	11.623.078,44 0,00 0,00
	3239		Allgemeine Bewilligungen für Schulen	276.041.234,17 322.376,07 0,00
	3270		Kunst und kunstgeschichtliche Einrichtungen	5.464.010,00 0,00 0,00
	3271		Theater	30.304.092,49 0,00 0,00
	3272		Klangkörper	8.257.468,66 0,00 0,00
	3288		Kommunale Kulturarbeit	10.367.823,36 0,00 0,00
	3289		Allgemeine Bewilligungen für Kulturpflege	29.251.342,74 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
	Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Einsparungen		
6	7	8	9	10
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
88.150.332,67	85.453.070,00 1.664.906,98 0,00	26.852.779,91 23.956.140,54	90.014.616,35	1.864.283,68-
40.202.330,69	39.410.220,00 123.364,88 0,00	4.711.516,51 3.776.116,57	40.468.984,82	266.654,13-
132.731.153,82	134.189.660,00 512.740,01 0,00	13.652.615,92 13.836.638,65	134.518.377,28	1.787.223,46-
236.052.262,37	193.623.960,00 3.576,00 0,00	67.070.722,84 23.375.661,67	237.322.597,17	1.270.334,80-
11.623.078,44	7.873.000,00 0,00 0,00	17.472.612,53 13.622.612,53	11.723.000,00	99.921,56-
276.363.610,24	259.787.060,00 395.387,87 0,00	46.368.702,63 27.878.889,66	278.672.260,84	2.308.650,60-
5.464.010,00	5.464.010,00 0,00 0,00	0,00 0,00	5.464.010,00	0,00
30.304.092,49	29.849.450,00 0,00 0,00	988.706,10 375.879,88	30.462.276,22	158.183,73-
8.257.468,66	6.553.920,00 0,00 0,00	1.703.548,66 0,00	8.257.468,66	0,00
10.367.823,36	9.638.070,00 0,00 0,00	1.031.859,11 301.870,23	10.368.058,88	235,52-
29.251.342,74	29.001.190,00 0,00 0,00	1.164.848,49 870.135,48	29.295.903,01	44.560,27-

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (STADTGEMEINDE)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
			Summe der Ausgaben:	991.249.702,14 3.205.902,10 0,00
33			Arbeit	
	3307		Kriegsopferfürsorge, Leistungen nach dem SVG, ZDG und OEG	144.292,39 0,00 0,00
			Summe der Ausgaben:	144.292,39 0,00 0,00
34			Jugend und Soziales	
	3400		Behörde d. Sen. für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	4.648.607,50 0,00 0,00
	3401		Allgemeine Bewilligungen für Soziales	16.998.236,60 108.624,18 0,00
	3408		Sonstige Sozialleistungen	18.771.822,87 0,00 0,00
	3411		Allgemeine Bewilligungen für Erwachsene und ältere Menschen	7.769.590,85 130.580,00 0,00
	3412		Sozialhilfeleistungen (ehemals örtlicher Träger)	43.469.144,19 0,00 0,00
	3413		Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB XII	80.663.901,21 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen		
6	7	8	9	10
994.455.604,24	926.108.600,00 3.385.048,55 0,00	194.912.273,53 120.758.378,86	1.003.647.543,22	9.191.938,98-
144.292,39	89.000,00 0,00 0,00	111.653,84 68.653,84	132.000,00	12.292,39
144.292,39	89.000,00 0,00 0,00	111.653,84 68.653,84	132.000,00	12.292,39
4.648.607,50	4.541.770,00 0,00 0,00	134.460,15 25.861,96	4.650.368,19	1.760,69-
17.106.860,78	15.863.680,00 8,57 0,00	2.713.815,22 1.469.969,60	17.107.534,19	673,41-
18.771.822,87	15.204.000,00 0,00 0,00	3.664.092,27 434.175,90	18.433.916,37	337.906,50
7.900.170,85	4.802.060,00 1.991,94 0,00	3.754.270,42 213.311,47	8.345.010,89	444.840,04-
43.469.144,19	41.684.000,00 0,00 0,00	8.453.979,56 707.955,98	49.430.023,58	5.960.879,39-
80.663.901,21	81.030.000,00 0,00 0,00	6.588.989,84 6.600.139,02	81.018.850,82	354.949,61-

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (STADTGEMEINDE)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
	3417		Leistungen für Asylbewerber	109.482.890,29 0,00 0,00
	3418		Sozialhilfeleistungen (ehemals überörtlicher Träger)	54.054.145,68 0,00 0,00
	3419		Sozialleistungen an behinderte Erwachsene (ehemals örtlicher Träger)	22.383.963,45 0,00 0,00
	3420		Sozialleistungen an behinderte Erwachsene (ehemals überörtlicher Träger)	90.537.540,36 0,00 0,00
	3431		Allgemeine Bewilligungen für junge Menschen	15.145.039,58 8.013,07 0,00
	3432		Allgemeine Bewilligungen für Kinderbetreuung (bis 2015)	10.336,00 0,00 0,00
	3434		Erziehungshilfe	263.515.433,96 0,00 0,00
	3461		Allgemeine Bewilligungen für Zuwanderer und Aussiedler	242.889,96 0,00 0,00
	3472		Hilfe und Leistungen nach dem SGB II	213.901.537,27 0,00 0,00
	3473		Hilfe zum Lebensunterhalt nach Kapitel 3 SGB XII	19.656.092,32 0,00 0,00
	3474		Leistungen für Bildung und Teilhabe (Soziales)	15.081.977,11 0,00 0,00
	3490		Amt für soziale Dienste	7.797.198,28 51.829,97 0,00
	3493		Jobcenter Bremen	33.605.893,85 161.138,12 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen		
6	7	8	9	10
109.482.890,29	166.395.470,00 0,00 0,00	93.931.016,79 147.928.225,12	112.398.261,67	2.915.371,38-
54.054.145,68	60.338.000,00 0,00 0,00	3.906.778,90 8.366.191,65	55.878.587,25	1.824.441,57-
22.383.963,45	20.601.000,00 0,00 0,00	3.088.564,20 206.337,87	23.483.226,33	1.099.262,88-
90.537.540,36	91.448.000,00 0,00 0,00	3.645.442,39 5.411.103,13	89.682.339,26	855.201,10
15.153.052,65	13.967.210,00 7.513,07 0,00	2.274.039,98 1.071.057,75	15.177.705,30	24.652,65-
10.336,00	0,00 0,00 0,00	26.870,00 7.994,11	18.875,89	8.539,89-
263.515.433,96	256.762.450,00 0,00 0,00	126.957.248,85 103.424.014,12	280.295.684,73	16.780.250,77-
242.889,96	243.860,00 0,00 0,00	47.167,47 48.137,51	242.889,96	0,00
213.901.537,27	220.108.600,00 0,00 0,00	20.746.392,51 11.578.617,29	229.276.375,22	15.374.837,95-
19.656.092,32	18.985.000,00 0,00 0,00	3.674.507,96 2.931.422,41	19.728.085,55	71.993,23-
15.081.977,11	15.383.000,00 0,00 0,00	30.127.427,17 30.233.339,10	15.277.088,07	195.110,96-
7.849.028,25	5.203.440,00 46.290,79 0,00	5.180.256,71 2.551.016,19	7.878.971,31	29.943,06-
33.767.031,97	28.890.550,00 143.874,54 0,00	41.103.159,63 36.370.414,77	33.767.169,40	137,43-

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (STADTGEMEINDE)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
	3496		Amt für soziale Dienste (Personalkosten)	42.046.545,67 70.149,14 0,00
			Summe der Ausgaben:	1.059.782.787,00 530.334,48 0,00
35			Gesundheit	
	3501		Allgemeine Bewilligungen für Gesundheit	2.990.808,70 97.706,93 0,00
	3510		Gesundheitsamt Bremen	16.357.230,11 172.048,87 0,00
	3520		Krankenhausfinanzierung	10.313.515,11 0,00 0,00
			Summe der Ausgaben:	29.661.553,92 269.755,80 0,00
36			Bau, Umwelt und Verkehr	
	3601		Allgemeine Bewilligungen für Umwelt	3.547.106,47 1.500.892,84 0,00
	3603		Saubere Stadt	0,00 0,00 0,00
	3627		Umwelt- und Hochwasserschutz	19.211.082,81 1.143.496,15 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen		
6	7	8	9	10
42.116.694,81	33.230.280,00 0,00 0,00	15.855.710,15 5.519.951,54	43.566.038,61	1.449.343,80-
1.060.313.121,48	1.094.682.370,00 199.678,91 0,00	375.874.190,17 365.099.236,49	1.105.657.002,59	45.343.881,11-
3.088.515,63	2.911.320,00 143.595,00 0,00	202.249,80 168.356,30	3.088.808,50	292,87-
16.529.278,98	13.756.290,00 97.790,43 0,00	6.833.271,75 3.444.804,14	17.242.548,04	713.269,06-
10.313.515,11	11.294.890,00 0,00 0,00	37.739,00 1.014.087,00	10.318.542,00	5.026,89-
29.931.309,72	27.962.500,00 241.385,43 0,00	7.073.260,55 4.627.247,44	30.649.898,54	718.588,82-
5.047.999,31	1.520.000,00 902.055,59 0,00	4.362.594,91 1.608.640,35	5.176.010,15	128.010,84-
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
20.354.578,96	18.675.000,00 899.967,38 0,00	2.139.242,15 943.932,15	20.770.277,38	415.698,42-

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (STADTGEMEINDE)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
	3680		Behörde des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr	16.595.000,00 0,00 0,00
	3681		Allgemeine Bewilligungen für Bau und Verkehr	89.421.408,14 8.224.699,38 0,00
	3682		Fachbereich Planung	589.798,85 190.121,55 0,00
	3687		Amt für Straßen und Verkehr	94.963.173,29 281.139,82 0,00
	3691		Bauamt Bremen-Nord	1.752.433,10 98.544,36 0,00
	3696		Städtebauförderung	5.794.176,56 961.506,21 0,00
			Summe der Ausgaben:	231.874.179,22 12.400.400,31 0,00
37			Wirtschaft	
	3700		Behörde d. Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Häfen	3.020.620,00 0,00 0,00
	3701		Allgemeine Bewilligungen für Wirtschaft und Häfen	5.130.968,57 0,00 0,00
	3708		Wirtschaftsförderung für Gewerbeflächen/Regional- planung	13.643.679,38 4.492,94 0,00
	3709		Wirtschaftsförderung für EU-Programme/Planung	17.987.093,15 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen		
6	7	8	9	10
16.595.000,00	16.595.000,00 0,00 0,00	0,00 0,00	16.595.000,00	0,00
97.646.107,52	74.468.940,00 8.326.297,98 0,00	76.321.456,04 61.050.072,77	98.066.621,25	420.513,73-
779.920,40	665.000,00 137.642,55 0,00	417.602,42 65.172,46	1.155.072,51	375.152,11-
95.244.313,11	83.282.340,00 4.815.551,84 0,00	12.441.691,14 4.339.605,36	96.199.977,62	955.664,51-
1.850.977,46	1.806.700,00 151.601,41 0,00	1.060.083,91 163.647,21	2.854.738,11	1.003.760,65-
6.755.682,77	11.057.000,00 304.878,67 0,00	9.664.922,32 6.649.363,66	14.377.437,33	7.621.754,56-
244.274.579,53	208.069.980,00 15.537.995,42 0,00	106.407.592,89 74.820.433,96	255.195.134,35	10.920.554,82-
3.020.620,00	3.020.620,00 0,00 0,00	0,00 0,00	3.020.620,00	0,00
5.130.968,57	5.539.470,00 0,00 0,00	2.205.064,15 2.604.097,23	5.140.436,92	9.468,35-
13.648.172,32	11.845.100,00 0,00 0,00	4.052.054,32 1.899.891,32	13.997.263,00	349.090,68-
17.987.093,15	17.349.300,00 0,00 0,00	637.793,15 0,00	17.987.093,15	0,00

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (STADTGEMEINDE)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
	3754		Wirtschaftsförderung für Dienstleistungsfonds/ Tourismus/Zentren	7.727.218,92 13.908,04 0,00
			Summe der Ausgaben:	47.509.580,02 18.400,98 0,00
38			Häfen	
	3801		Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur und Luftverkehrsbehörde	76.500.223,08 429.380,00 0,00
	3854		Hafenbehörde	5.865.412,92 88.048,63 0,00
			Summe der Ausgaben:	82.365.636,00 517.428,63 0,00
39			Finanzen	
	3900		Behörde d. Sen. für Finanzen	21.615.000,00 0,00 0,00
	3901		Allgemeine Bewilligungen für Finanzen und Personal	3.635.183,66 137.346,51 0,00
	3950		IT - Budget	16.108.184,32 3.060.398,99 0,00
	3972		Zuweisungen	3.150.500,00 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen		
6	7	8	9	10
7.741.126,96	6.336.700,00 0,00 0,00	2.072.429,16 385.139,62	8.023.989,54	282.862,58-
47.527.981,00	44.091.190,00 0,00 0,00	8.967.340,78 4.889.128,17	48.169.402,61	641.421,61-
76.929.603,08	109.434.420,00 0,00 0,00	267.493,08 32.772.310,00	76.929.603,08	0,00
5.953.461,55	5.243.890,00 29.339,49 0,00	4.486.038,58 3.516.178,87	6.243.089,20	289.627,65-
82.883.064,63	114.678.310,00 29.339,49 0,00	4.753.531,66 36.288.488,87	83.172.692,28	289.627,65-
21.615.000,00	21.615.000,00 0,00 0,00	0,00 0,00	21.615.000,00	0,00
3.772.530,17	8.481.190,00 96.490,71 0,00	1.960.256,61 4.568.021,63	5.969.915,69	2.197.385,52-
19.168.583,31	16.103.830,00 2.040.422,74 0,00	13.900.971,68 8.019.450,89	24.025.773,53	4.857.190,22-
3.150.500,00	3.150.500,00 0,00 0,00	0,00 0,00	3.150.500,00	0,00

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (STADTGEMEINDE)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
	3980		Allgemeines Kapitalvermögen, Schuldendienst, Rücklagen	924.622.087,85 0,00 0,00
	3986		Wirtschaftliche Unternehmen	53.384.897,47 0,00 0,00
	3987		Zuweisungen/Honorare an Immobilien Bremen (AöR)	16.938.760,20 0,00 0,00
	3988		Zuweisungen an Sondervermögen Immobilien und Technik	56.387.334,48 0,00 0,00
	3990		Zentral veranschlagte Personalausgaben	38.841.705,42 19.180.307,02 0,00
	3992		Haftpflichtschäden	3.374.055,99 0,00 0,00
	3995		Allgemeines	4.196.781,75 1.232.539,39 0,00
	3996			0,00 0,00 0,00
	3997		Umbau Verwaltung und Infrastruktur (bis 2013)	0,00 0,00 0,00
	3998		Kommunalinvestitionsförderungsfonds	5.745.744,24 0,00 0,00
			Summe der Ausgaben:	1.148.000.235,38 23.610.591,91 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen		
6	7	8	9	10
924.622.087,85	749.521.770,00 0,00 0,00	225.928.955,29 22.430.639,00	953.020.086,29	28.397.998,44-
53.384.897,47	5.000.000,00 0,00 0,00	57.286.281,10 4.358.762,82	57.927.518,28	4.542.620,81-
16.938.760,20	16.514.000,00 0,00 0,00	829.924,97 200.231,92	17.143.693,05	204.932,85-
56.387.334,48	35.596.630,00 0,00 0,00	30.336.316,67 4.202.000,00	61.730.946,67	5.343.612,19-
58.022.012,44	40.808.730,00 15.613.861,63 0,00	42.725.998,30 41.068.890,93	58.079.699,00	57.686,56-
3.374.055,99	4.350.000,00 0,00 0,00	421.322,08 173.165,63	4.598.156,45	1.224.100,46-
5.429.321,14	46.392.310,00 491.373,35 0,00	22.584.422,31 291.236.540,48	221.768.434,82-	227.197.755,96
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
5.745.744,24	5.860.600,00 0,00 0,00	12.399.013,40 11.846.044,24	6.413.569,16	667.824,92-
1.171.610.827,29	953.394.560,00 18.242.148,43 0,00	408.373.462,41 388.103.747,54	991.906.423,30	179.704.403,99

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (STADTGEMEINDE)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
30			Bürgerschaft, Senat, Inneres	50.393.992,12 0,00 0,00
31			Sport	589.559,47 0,00 0,00
32			Bildung, Kultur	496.888.828,96 0,00 0,00
33			Arbeit	84.792,39 0,00 0,00
34			Jugend und Soziales	517.678.536,26 0,00 0,00
35			Gesundheit	3.978.597,53 0,00 0,00
36			Bau, Umwelt und Verkehr	47.719.211,35 0,00 0,00
37			Wirtschaft	14.153.562,77 0,00 0,00
38			Häfen	39.334.706,12 0,00 0,00
39			Finanzen	2.568.556.955,66 0,00 0,00
			Summe der Einnahmen:	3.739.378.742,63 0,00 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen		
6	7	8	9	10
50.393.992,12	49.547.620,00 0,00 0,00	1.879.634,11 0,00	51.427.254,11	1.033.261,99-
589.559,47	323.000,00 0,00 0,00	269.217,99 0,00	592.217,99	2.658,52-
496.888.828,96	479.088.440,00 0,00 0,00	19.292.664,67 0,00	498.381.104,67	1.492.275,71-
84.792,39	72.500,00 0,00 0,00	0,00 0,00	72.500,00	12.292,39
517.678.536,26	463.809.400,00 0,00 0,00	45.564.072,58 0,00	509.373.472,58	8.305.063,68
3.978.597,53	2.689.960,00 0,00 0,00	1.356.745,67 0,00	4.046.705,67	68.108,14-
47.719.211,35	30.591.900,00 0,00 0,00	15.286.205,35 0,00	45.878.105,35	1.841.106,00
14.153.562,77	10.315.300,00 0,00 0,00	3.832.421,72 0,00	14.147.721,72	5.841,05
39.334.706,12	71.609.190,00 0,00 0,00	32.334.070,79- 0,00	39.275.119,21	59.586,91
2.568.556.955,66	2.398.082.190,00 0,00 0,00	95.109.993,72 0,00	2.493.192.183,72	75.364.771,94
3.739.378.742,63	3.506.129.500,00 0,00 0,00	150.256.885,02 0,00	3.656.386.385,02	82.992.357,61

Gesamtrechnungsnachweisung

zugleich Haushaltsrechnung

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (STADTGEMEINDE)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/ Zweckbestimmung	IST
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe
1	2	3	4	5
30			Bürgerschaft, Senat, Inneres	133.062.042,29 270.515,06 0,00
31			Sport	15.728.734,27 0,00 0,00
32			Bildung, Kultur	991.249.702,14 3.205.902,10 0,00
33			Arbeit	144.292,39 0,00 0,00
34			Jugend und Soziales	1.059.782.787,00 530.334,48 0,00
35			Gesundheit	29.661.553,92 269.755,80 0,00
36			Bau, Umwelt und Verkehr	231.874.179,22 12.400.400,31 0,00
37			Wirtschaft	47.509.580,02 18.400,98 0,00
38			Häfen	82.365.636,00 517.428,63 0,00
39			Finanzen	1.148.000.235,38 23.610.591,91 0,00
Summe der Ausgaben:				3.739.378.742,63 40.823.329,27 0,00

*)X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

der Landeshauptkasse Bremen

für das Haushaltsjahr 2017

- Einzelplansummen in EUR -

Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahren	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Differenz zw. Spalte 9 und Spalte 6
		Einsparungen		
6	7	8	9	10
133.332.557,35	117.011.230,00 25.618,69 0,00	76.884.143,42 56.311.511,32	137.609.480,79	4.276.923,44-
15.728.734,27	20.041.760,00 0,00 0,00	2.348.967,99 6.559.468,73	15.831.259,26	102.524,99-
994.455.604,24	926.108.600,00 3.385.048,55 0,00	194.912.273,53 120.758.378,86	1.003.647.543,22	9.191.938,98-
144.292,39	89.000,00 0,00 0,00	111.653,84 68.653,84	132.000,00	12.292,39
1.060.313.121,48	1.094.682.370,00 199.678,91 0,00	375.874.190,17 365.099.236,49	1.105.657.002,59	45.343.881,11-
29.931.309,72	27.962.500,00 241.385,43 0,00	7.073.260,55 4.627.247,44	30.649.898,54	718.588,82-
244.274.579,53	208.069.980,00 15.537.995,42 0,00	106.407.592,89 74.820.433,96	255.195.134,35	10.920.554,82-
47.527.981,00	44.091.190,00 0,00 0,00	8.967.340,78 4.889.128,17	48.169.402,61	641.421,61-
82.883.064,63	114.678.310,00 29.339,49 0,00	4.753.531,66 36.288.488,87	83.172.692,28	289.627,65-
1.171.610.827,29	953.394.560,00 18.242.148,43 0,00	408.373.462,41 388.103.747,54	991.906.423,30	179.704.403,99
3.780.202.071,90	3.506.129.500,00 37.661.214,92 0,00	1.185.706.417,24 1.057.526.295,22	3.671.970.836,94	108.231.234,96

Erläuterungen und Hinweise zur vorstehenden Gesamtrechnungsnachweisung

Die Gliederung der Gesamtrechnungsnachweisung richtet sich nach den Vorgaben des § 81 Landeshaushaltsordnung (LHO).

Die Spalten 5 bis 10 werden hier näher erläutert:

Spalte 5

1. Zeile: Ist-Einnahmen bzw. Ist-Ausgaben.
2. Zeile: Nach Ausgleich evtl. Mindereinnahmen/Mehrausgaben verbliebene Ausgabereste unter Berücksichtigung der Ist-Ergebnisse **2017**, die nach **2018** übertragen wurden.
3. Zeile: Vorgriffe in **2016** gem. § 37 Abs. 5 LHO, die nach **2017** übertragen wurden. Hinweis: Vorgriffe werden regelmäßig durch Minderausgaben an anderer Stelle noch im Entstehungsjahr ausgeglichen.

Spalte 6

Summe der Ist-Einnahmen bzw. der Ist-Ausgaben einschließlich der übertragenen Ausgabereste abzüglich der Vorgriffe.

Spalte 7

1. Zeile: Haushaltsanschlüsse **2017**.
2. Zeile: Aus **2016** übertragene Ausgabereste.
3. Zeile: Aus **2016** übertragene Vorgriffe (vgl. Hinweis zu Spalte 5, 3. Zeile).

Spalte 8

1. Zeile: **Einnahmen:**

Haushaltstechnisch bedingte Sollveränderungen (Allgemeine Rückgaben aufgrund von Haushaltsvermerksbeziehungen, Bereitstellung von Einnahmeverfügungsmitteln) sowie die Heranziehung von Mehreinnahmen zur Deckung von Nachbewilligungen im Ausgabebereich werden als Nachbewilligung ausgewiesen.

Ausgaben:

Es werden sowohl Nachbewilligungen im Sinne des § 37 LHO als auch technisch bedingte Sollveränderungen (Bereitstellung von Einnahmeverfügungsmitteln, Inanspruchnahme von Deckungsfähigkeitsbeziehungen) als Nachbewilligung ausgewiesen.

2. Zeile: Ausgaben:

Der Wert Einsparung beinhaltet sowohl die mit Nachbewilligungen im Sinne des § 37 LHO verbundenen Einsparungen als auch haushaltstechnisch bedingte Veränderungen (Inanspruchnahme von Deckungsfähigkeitsbeziehungen, Sondersperren, Allgemeine Rückgaben aufgrund von Haushaltsvermerksbeziehungen).

Spalte 9

Gesamtsoll aus Haushaltsanschlügen und Resten (Spalte 7) sowie Nachbewilligungen und Einsparungen (Spalte 8).

Spalte 10

Differenz zwischen dem Gesamtsoll (Spalte 9) und den tatsächlichen Einnahmen bzw. Ausgaben einschließlich der Reste (Spalte 6).

Einzelplan 39 –Ausgaben–

Das Gesamtsoll des Einzelplans ist reduziert um die im Gesamthaushalt am Jahresende beschlossenen Rücklagenzuführungen (vgl. Anlage 1 – Erläuterungen zur Übersicht über erhebliche Sollveränderungen [...], Nr. 127 im Haushalt der Freien Hansestadt Bremen – Stadtgemeinde –).

Ohne Berücksichtigung dieser technisch erforderlichen Einsparung in Höhe von 228.789.605,32 Euro ergibt sich ein Gesamtsoll (Spalte 9) in Höhe von 1.220.696.028,62 Euro und damit in Spalte 10 eine Differenz in Höhe von -49.085.201,33 Euro.

**Abschluss des Haushalts für das Haushaltsjahr 2017
Freie Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)**

Kassenmäßiger Abschluss nach § 82 LHO

1. a) Summe der Ist-Einnahmen	3.739.378.742,63 €
b) Summe der Ist-Ausgaben	<u>3.739.378.742,63 €</u>
c) Kassenmäßiges Jahresergebnis	0,00 €
d) Kassenmäßiges Ergebnis aus Vorjahren	<u>0,00 €</u>
e) Kassenmäßiges Gesamtergebnis	<u><u>0,00 €</u></u>

Haushaltsabschluss nach § 83 LHO

1. a) Kassenmäßiges Jahresergebnis	0,00 €
b) Kassenmäßiges Gesamtergebnis	0,00 €
2. a) Aus dem Haushaltsjahr 2016 übertragene	
Einnahmereste	0,00 €
Ausgabereste	37.661.214,92 €
	-37.661.214,92 €
b) In das Haushaltsjahr 2018 übertragene	
Einnahmereste	0,00 €
Ausgabereste	40.823.329,27 €
	-40.823.329,27 €
c) Unterschied aus a) und b)	-3.162.114,35 €
d) Rechnungsmäßiges Jahresergebnis aus Nummer 1 a) und Nummer 2 c)	-3.162.114,35 €
e) Rechnungsmäßiges Gesamtergebnis aus Nummer 1 b) und Nummer 2 b)	-40.823.329,27 €

Finanzierungssaldo gemäß § 82 LHO für das Haushaltsjahr 2017

Ermittlung des Finanzierungssaldos	Land	Stadt
I. Gesamteinnahmen	5.957.056.887,58 €	3.739.378.742,63 €
./ Erstattungen innerhalb des Haushalts (381)	19.910.579,39 €	70.003.008,48 €
./ Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (32)	1.607.757.662,65 €	778.886.903,19 €
./ Entnahmen aus Rücklagen (35)	124.244.751,24 €	62.017.200,87 €
./ Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen (36)	0,00 €	0,00 €
Bereinigte Einnahmen	4.205.143.894,30 €	2.828.471.630,09 €
./ Konsolidierungshilfen vom Bund (0973/211 04-8)	300.000.000,00 €	XXXXXXXXXXXXX
./ Konsolidierungshilfen vom Land (3972/384 04-5)	XXXXXXXXXXXXX	149.693.190,00 €
Bereinigte Einnahmen ohne Konsolidierungshilfen	3.905.143.894,30 €	2.678.778.440,09 €
II. Gesamtausgaben	5.957.056.887,58 €	3.739.378.742,63 €
./ Erstattungen innerhalb des Haushalts (981)	19.987.393,15 €	70.027.880,45 €
./ Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt (59)	1.501.375.644,99 €	526.935.103,64 €
./ Zuführung an Rücklagen (91)	327.908.198,86 €	238.314.475,64 €
./ Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrages (96)	0,00 €	0,00 €
Bereinigte Ausgaben	4.107.785.650,58 €	2.904.101.282,90 €
./ Konsolidierungshilfen an die Stadtgemeinde Bremen (0972/984 04-3)	149.693.190,00 €	XXXXXXXXXXXXX
./ Konsolidierungshilfen an die Stadtgemeinde Bremerhaven (0972/985 04-0)	31.109.220,00 €	XXXXXXXXXXXXX
Bereinigte Ausgaben ohne Konsolidierungshilfen	3.926.983.240,58 €	2.904.101.282,90 €
III. Finanzierungssaldo aus I. und II. mit Konsolidierungshilfen	97.358.243,72 €	-75.629.652,81 €
ohne Konsolidierungshilfen	-21.839.346,28 €	-225.322.842,81 €

**Struktureller Finanzierungssaldo gemäß Kennzahlen zur drohenden
Haushaltsnotlage für das Haushaltsjahr 2017**

Lfd. Nr.	Kennziffer	Stadtstaat Bremen
0	Struktureller Finanzierungssaldo (konjunkturbereinigt)	x
1	Struktureller Finanzierungssaldo je Einwohner (konjunkturbereinigt)	x
2	Struktureller Finanzierungssaldo (nicht konjunkturbereinigt)	-195.731.467,32 €
3	Struktureller Finanzierungssaldo je Einwohner (nicht konjunkturbereinigt)	-288,23 €
4	Einwohner am 30.6. des laufenden Jahres (31.12.2016)	679.078
5	<u>Finanzierungssaldo in StabiRat-Abgrenzung</u>	-257.616.532,71 €
6	Bereinigte Einnahmen in StabiRat-Abgrenzung	5.250.583.467,29 €
7	darunter: Bereinigte Einnahmen gem. SFK3	5.491.000.000,00 €
8	Konsolidierungshilfen	300.000.000,00 €
9	Zahlungen von gleicher Ebene	0,00 €
10	Zahlungen von Ländern, ohne LFA-Einnahmen	66.000.000,00 €
11	Länderfinanzausgleich, Einnahmen	691.797.073,67 €
12	Einnahmen vom Pensionsfonds	11.236.988,00 €
13	Einnahmen von der Versorgungsrücklage	2.867.310,00 €
14	Bereinigte Ausgaben in StabiRat-Abgrenzung	5.508.100.000,00 €
15	Bereinigte Ausgaben gem. SFK 3	5.508.100.000,00 €
16	Zusetzungen zu bereinigten Ausgaben: Zuführungen an Pensionsfonds & Versorgungsrücklage	0,00 €
17	Zahlungen an Pensionsfonds	28.570.098,03 €
18	Zahlungen an Versorgungsrücklage	0,00 €
19	Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen	-100.000,00 €
20	<u>Saldo der Finanziellen Transaktionen</u>	-26.300.000,00 €
21	Einnahmen aus Finanziellen Transaktionen	8.400.000,00 €
22	davon: Darlehensrückflüsse (einschl. Gewährleistungen)	8.400.000,00 €
23	Veräußerung von Beteiligungen	0,00 €
24	Schuldenaufnahme beim öff. Bereich	0,00 €
25	Ausgaben der Finanziellen Transaktionen	34.700.000,00 €
26	davon: Vergabe von Darlehen (einschl. Gewährleistungen)	23.500.000,00 €
27	Erwerb von Beteiligungen	8.000.000,00 €
28	Tilgungsausgaben an öff. Bereich	3.200.000,00 €
29	<u>Saldo Pensionsfonds</u>	34.112.187,05 €
30	Einnahmen	45.442.148,29 €
31	davon: Einnahmen vom Bund / Land	28.570.098,03 €
32	sonstige Einnahmen	16.872.050,26 €
33	Ausgaben	11.329.961,24 €
34	davon: Ausgaben an Bund / Land	11.236.988,00 €
35	sonstige Ausgaben	92.973,24 €
36	<u>Saldo Versorgungsrücklage nach BBesG § 14a</u>	1.472.878,34 €
37	Einnahmen	4.340.188,34 €
38	davon: Einnahmen vom Bund / Land	0,00 €
39	sonstige Einnahmen	4.340.188,34 €
40	Ausgaben	2.867.310,00 €
41	davon: Ausgaben an Bund / Land	2.867.310,00 €
42	sonstige Ausgaben	0,00 €
43	<u>Saldo Grundstock (Land) / Schlusszahlung Saldo SV "Schlusszahlungen inflationsex. Bundeswertpapiere" (Bund)</u>	0,00 €
44	Entnahmen	0,00 €
45	Zuführungen	0,00 €
46	ggf. Konjunkturkomponente (+/-)	

Struktureller Finanzierungssaldo nach der Verwaltungsvereinbarung zur Gewährung der Konsolidierungshilfen für das Haushaltsjahr 2017

Kennzahl	Stadtstaat	Land	Stadt HB
	Mio. Euro		
Bereinigte Einnahmen (ohne Konsolidierungshilfen)	5.191,3	3.905,1	2.678,8
Bereinigte Ausgaben	5.508,6	3.927,0	2.904,1
Finanzierungssaldo	-317,2	-21,8	-225,3
Finanzielle Transaktionen	26,3	20,8	6,0
Struktureller Finanzierungssaldo des BKF	60,5	8,3	41,3
Periodengerechte Abrechnung des Finanzausgleichs	59,6		
Ex post Konjunkturkomponente (Stadtstaat)	-181,3		
<i>davon:</i>			
<i>Ex ante Konjunkturkomponente</i>	9,0		
<i>Steuerabweichungskomponente</i>	-190,3		
<i>davon:</i>			
<i>Abweichungen zur ex-ante Regionalisierung</i>	-198,8		
<i>Steuerrechtsänderungen</i>	8,5		
Anteilige Steuerbereinigungen		-49,3	-73,4
Struktureller Finanzierungssaldo	-352,1	-42,1	-251,4
Obergrenze	-376,1	-149,2	-187,2
Sicherheitsabstand / Überschreitung	-24,0	-107,0	64,2

nachrichtlich: Flüchtlingmehrkosten ggü. Basisjahr

82,8

Übersicht

über erhebliche *Solländerungen* und
Abweichungen der **lst**-Einnahmen und **lst**-Ausgaben
gegenüber dem Einnahme- bzw. dem Ausgabes**oll** (ab 2,5 Mio. Euro)
und Begründungen zu den Abweichungen – ohne Steuereinnahmen -

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 16.04.2018 Finanzkreis: 1100	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2017	Seite: 2 Bereich: Stadtgemeinde		
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Anschlag		Soll-Ist Abweich. Mehr Weniger	Erl. Nr.
			Soll-Anderung	Ist		
3054		Feuerwehr				
	422 01-5	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	21.841.020,00 2.742.690,50-	19.098.329,50	0,00 0,00	1
	432 02-9	Versorgungsbezüge der Beamten	4.885.050,00 9.046.282,80	13.931.332,80	0,00 0,00	2
3191		Allgemeine Bewilligungen für Sport und Freizeit				
	884 12-3	An das Sondervermögen Immobilien und Technik für Investitionen zur Sanierung des Unibades an die Bremer Bäder GmbH	4.600.000,00 4.600.000,00-	0,00	0,00 0,00	3
3210		Schulen des Primarbereichs				
	422 05-5	Bezüge der planmäßigen Beamten (Lehrkräfte)	49.851.470,00 3.470.592,13	53.295.241,71	0,00 26.820,42	4
	428 05-3	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Lehrkräfte)	11.600.120,00 5.809.679,17-	5.789.320,84	0,00 1.119,99	5
3216		Schulen des Sekundarbereichs II				
	422 05-7	Bezüge der planmäßigen Beamten (Lehrkräfte)	29.219.370,00 16.198.186,04	45.417.556,04	0,00 0,00	6
	422 85-5	Bezüge der planmäßigen Beamten (Lehrkräfte Sek. II)	5.268.690,00 5.218.500,74-	50.189,26	0,00 0,00	7
	428 05-5	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Lehrkräfte)	16.181.620,00 10.268.851,10-	5.915.898,88	3.129,98 0,00	8
	531 55-7	Konsumtive Ausgaben im Rahmen der Schulbudgets	0,00 2.593.249,31	1.919.592,65	0,00 673.656,66	9
3218		Oberschulen				
	422 05-4	Bezüge der planmäßigen Beamten (Lehrkräfte)	73.897.640,00 3.704.407,80	77.602.047,80	0,00 0,00	10
	428 05-2	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Lehrkräfte)	17.629.320,00 6.854.604,32-	10.710.359,19	0,00 64.356,49	11
3232		Allgemeine Bewilligungen für Kinderbetreuung				
	684 12-6	Zuwendungen im Rahmen des Integrationskonzepts (Kindertagesbetreuung)	0,00 6.213.634,37	6.213.634,37	0,00 0,00	12
	684 22-3	Zuschüsse an Eltern-Kind-Gruppen	13.004.330,00 4.665.370,46	17.669.700,46	0,00 0,00	13
	685 40-8	Zuschuss an KiTa Bremen für Personalkosten	71.870.020,00 3.389.941,05	75.259.961,05	0,00 0,00	14
	685 55-6	Kindertagespflege aus Versorgungsgründen	0,00 8.431.514,75	8.431.514,75	0,00 0,00	15
	700 10-5	Herrichtung von Mobilbauten	0,00 17.651.000,00	17.651.000,00	0,00 0,00	16
3235		Leistungen für Bildung und Teilhabe (Kinder und Bildung)				
	381 01-9	Von Hst. 3474/981 01-0 für Mittagessen und Ausflugsfahrten im Rahmen von Bildung und Teilhabe (Kindertagesbetreuung)	0,00 4.300.000,00	4.300.000,00	0,00 0,00	17
	681 15-2	Leistungen für Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten nach SGB II	0,00 3.579.058,45	3.579.058,45	0,00 0,00	18

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 16.04.2018 Finanzkreis: 1100	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2017	Seite: 3 Bereich: Stadtgemeinde		
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Ansschlag	Ist	Soll-Ist Abweich.	Erl. Nr.
			Soll-Anderung		Mehr Weniger	
3239		Allgemeine Bewilligungen für Schulen				
	359 03-4	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	0,00 3.128.954,35	3.128.954,35	0,00 0,00	19
	384 20-9	Von Hst. 0201/984 20-3 Kostenerstattung für Personalausgaben der Lehrkräfte	453.753.830,00 4.330.250,00	458.084.080,00	0,00 0,00	20
	432 01-7	Versorgungsbezüge der Beamten (Schulen der Stadtgemeinde Bremen)	179.184.520,00 2.604.836,40-	174.838.673,56	0,00 1.741.010,04	21
	446 01-8	Beihilfen für Versorgungsempfänger und dgl. (Schulen der Stadtgemeinde Bremen)	16.733.470,00 2.573.360,15	19.303.262,84	0,00 3.567,31	22
	684 17-2	Zuwendungen im Rahmen des 3.Sofort-Programms	0,00 3.481.331,88	3.481.331,88	0,00 0,00	23
	919 03-0	Zuführung an die investive Budgetrücklage	0,00 2.552.337,43	2.552.337,43	0,00 0,00	24
3400		Behörde d. Sen. für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen				
	359 03-1	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	0,00 15.036.259,96	15.036.259,96	0,00 0,00	25
3412		Sozialhilfeleistungen (ehemals örtlicher Träger)				
	681 30-3	Persönliche Hilfen für Kinder in Tageseinrichtungen	6.608.000,00 4.394.797,23	9.198.137,04	0,00 1.804.660,19	26
3413		Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB XII				
	681 15-3	Laufende Leistungen an Empfänger nach Kapitel 4 SGB XII ausserhalb von Einrichtungen wg. Alter	42.205.000,00 3.898.108,18-	38.288.598,34	0,00 18.293,48	27
3417		Leistungen für Asylbewerber				
	517 10-2	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1.360.000,00 2.973.438,45	4.458.371,62	124.933,17 0,00	28
	517 11-0	Bewachung der Grundstücke und Gebäude	0,00 8.338.545,80	11.721.216,37	3.382.670,57 0,00	29
	518 10-9	Mieten und Pachten (Sonstiges)	7.052.900,00 7.052.900,00-	342.255,67	342.255,67 0,00	30
	518 11-7	Miete Flüchtlingsunterkünfte	0,00 20.458.772,20	13.609.679,04	0,00 6.849.093,16	31
	636 11-0	Erstattung von Krankenhilfeleistungen an Krankenkassen für Leistungen nach § 3 AsylbLG	4.022.000,00 4.703.027,45	8.725.027,45	0,00 0,00	32
	671 15-2	Grundleistungen: Sachleistungen in Einrichtungen ohne Erstaustattung	4.006.000,00 3.021.415,30-	984.584,70	0,00 0,00	33
	681 10-7	Leistungen in besonderen Fällen: Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb v. Einrichtungen	3.507.000,00 9.820.001,02	13.326.876,49	0,00 124,53	34
	681 90-5	Globale Mehrausgaben Asyl/Flüchtlinge	77.560.000,00 76.418.877,07-	0,00	0,00 1.141.122,93	35
	684 25-4	Zuwendungen für die Unterbringung und Betreuung von Zuwanderern	0,00 8.786.415,38	8.786.415,38	0,00 0,00	36
	893 10-4	Investive Ausgaben zur Herstellung von Unterbringungsmöglichkeiten	48.300.000,00 22.971.163,47-	24.628.403,57	0,00 700.432,96	37
3418		Sozialhilfeleistungen (ehemals überörtlicher Träger)				
	384 22-0	Von Hst. 0410/984 22-9 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen der Produktgruppe 41.04.02	33.981.000,00 0,00	23.658.750,53	0,00 10.322.249,47	38

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 16.04.2018 Finanzkreis: 1100	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2017	Seite: 4 Bereich: Stadtgemeinde		
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Anschlag	Ist	Soll-Ist Abweich.	Erl. Nr.
			Soll-Anderung		Mehr	
3418		Sozialhilfeleistungen (ehemals überörtlicher Träger)				
	384 26-2	Von Hst. 0410/984 26-1 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach BremAG SGB XII für Leist. für unter 18-jährige geistig mehrfach Behinderte	8.485.000,00 0,00	5.589.129,80	0,00 2.895.870,20	39
	671 30-0	Hilfe zur Pflege (vollstationär) bei schwerster Pflegebedürftigkeit (Pflegegrad 5)	9.300.000,00 4.536.704,24-	4.747.780,00	0,00 15.515,76	40
3419		Sozialleistungen an behinderte Erwachsene (ehemals örtlicher Träger)				
	681 12-0	Betreutes Wohnen für geistig- und mehrfach Behinderte	7.318.000,00 3.082.159,30	9.480.141,44	0,00 920.017,86	41
3420		Sozialleistungen an behinderte Erwachsene (ehemals überörtlicher Träger)				
	384 20-2	Von Hst. 0410/984 20-2 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen der Produktgruppe 41.02.01	73.723.000,00 0,00	89.380.919,39	15.657.919,39 0,00	42
	384 21-0	Von Hst. 0410/984 21-0 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen der Produktgruppe 41.07.02	31.256.000,00 0,00	26.125.386,23	0,00 5.130.613,77	43
3434		Erziehungshilfe				
	233 13-4	Zuweisungen von anderen Kostenträgern	2.165.000,00 2.561.000,00	4.992.590,66	266.590,66 0,00	44
	233 14-2	Zuweisungen von anderen Kostenträgern für Flüchtlinge/Asylbewerber	5.000.000,00 0,00	14.575.260,16	9.575.260,16 0,00	45
	281 23-6	Sonstige Einnahmen für unbegleitete minderjährige Ausländer	0,00 0,00	6.309.036,18	6.309.036,18 0,00	46
	281 48-1	Sonstige Einnahmen ohne Bundesbeteiligung	1.186.000,00 2.534.293,42	4.011.532,22	291.238,80 0,00	47
	384 19-1	Von Hst. 0408/984 19-0 für die Kostenerstattung §89d UMA (Kosten ab 01.11.15 ohne §42a)	83.083.000,00 0,00	69.055.936,73	0,00 14.027.063,27	48
	671 75-1	Inobhutnahme UMA - § 42 SGB VIII	2.805.000,00 14.570.858,69	17.758.321,96	382.463,27 0,00	49
	671 84-0	Unterbringung UMA gem. § 34 SGB VIII - alle Wohnformen	6.084.000,00 32.579.141,31	45.828.814,44	7.165.673,13 0,00	50
	681 47-1	Tagespflege aus Versorgungsgründen	7.530.000,00 7.520.911,80-	4.584,74	0,00 4.503,46	51
	681 62-5	Heilpädagogische Maßnahmen im Rahmen der Frühförderung als Einzelleistung incl. Fahrtkosten	5.619.000,00 4.804.379,54	8.524.338,84	0,00 1.899.040,70	52
	681 67-6	Sonstige Hilfen für unbegleitete minderjährige Ausländer und Asylbewerber	7.000,00 27.238.598,23	19.245.698,62	0,00 7.999.899,61	53
	681 90-0	Globale Mehrausgaben UMA	47.150.000,00 47.150.000,00-	0,00	0,00 0,00	54
	681 91-9	Globale Mehrausgaben UMA	19.830.000,00 5.706.116,50-	0,00	0,00 14.123.883,50	55
3461		Allgemeine Bewilligungen für Zuwanderer und Aussiedler				
	125 37-8	Abführung von Entgelten in Übergangwohnheimen (Nutzungsgebühren gem. NGebo)	117.680,00 0,00	2.723.395,83	2.605.715,83 0,00	56

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 16.04.2018 Finanzkreis: 1100	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2017	Seite: 5 Bereich: Stadtgemeinde		
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Ansschlag	Ist	Soll-Ist Abweich.	Erl. Nr.
			Soll-Anderung		Mehr Weniger	
3472		Hilfe und Leistungen nach dem SGB II				
	384 10-3	Von Hst. 0408/984 10-6, Bundesanteil für Kosten der Unterkunft	67.311.000,00 15.230.775,22	82.541.775,22	0,00 0,00	57
	681 01-9	Kosten der Unterkunft nach § 22 SGB II	196.317.000,00 9.802.120,38	199.371.753,50	0,00 6.747.366,88	58
	681 09-4	Kommunale Mehrausgaben durch Zugänge von Flüchtlingen (Risikoversorge)	10.700.000,00 3.219.270,04	0,00	0,00 7.480.729,96	59
3474		Leistungen für Bildung und Teilhabe (Soziales)				
	681 12-1	Leistungen für Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten nach SGB II	3.768.000,00 3.765.346,15	2.653,85	0,00 0,00	60
	981 01-0	An Hst. 3235/38101-9 für Mittagessen und Ausflugsfahrten im Rahmen von Bildung und Teilhabe	0,00 4.300.000,00	4.300.000,00	0,00 0,00	61
3493		Jobcenter Bremen				
	236 10-4	Erstattung von Pers.kosten durch das Jobcenter für überlassenes Personal außer Personalkostenant. KdU	14.899.500,00 3.268.601,55	18.168.101,55	0,00 0,00	62
3496		Amt für soziale Dienste (Personalkosten)				
	428 43-8	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - Case Management	0,00 2.642.988,00	2.450.310,12	0,00 192.677,88	63
3681		Allgemeine Bewilligungen für Bau und Verkehr				
	359 03-5	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	0,00 14.017.217,80	14.017.217,80	0,00 0,00	64
	682 26-0	Verlust der BSAG (Betriebsergebnis und Kapitaldienst - Zinsen - für Fahrzeuge)	39.341.000,00 32.036.897,28	0,00	0,00 7.304.102,72	65
	891 26-8	Verlust der Bremer Straßenbahn AG (Kapitaldienst - Tilgung - für Fahrzeuge)	11.732.000,00 11.732.000,00	0,00	0,00 0,00	66
	919 03-0	Zuführung an die investive Budgetrücklage	0,00 10.632.831,27	10.632.831,27	0,00 0,00	67
	981 26-7	An Hst. 3986.38126-0, Verlust der Bremer Straßenbahn AG (konsumtiv)	0,00 42.554.281,10	39.581.281,10	0,00 2.973.000,00	68
	981 27-5	An Hst. 3986/381 27-8, Verlust der Bremer Straßenbahn AG (investiv)	0,00 11.732.000,00	11.732.000,00	0,00 0,00	69
	981 28-3	An Hst. 3986.38128-6 für Ansprüche der BSAG aus ÖDLA und ATZ	0,00 0,00	2.973.000,00	2.973.000,00 0,00	70
3687		Amt für Straßen und Verkehr				
	634 10-0	Konsumtive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur / Verkehr (ASV)	48.442.000,00 4.630.521,06	53.072.033,31	0,00 487,75	71
	884 10-7	Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/ Verkehr (ASV)	17.721.000,00 5.306.825,87	22.961.687,43	0,00 66.138,44	72
3708		Wirtschaftsförderung für Gewerbeflächen/Regionalplanung				
	884 40-4	An das Sonderverm. Überseestadt für Erschließungsmaßnahmen	1.800.000,00 2.902.163,00	4.702.163,00	0,00 0,00	73
3709		Wirtschaftsförderung für EU-Programme/Planung				
	384 10-3	Von Hst. 0709/984 10-1, Zuweisung von EU-Mitteln (investiv)	0,00 2.902.163,00	2.902.163,00	0,00 0,00	74

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 16.04.2018 Finanzkreis: 1100	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2017	Seite: 6 Bereich: Stadtgemeinde		
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Ansschlag	Ist	Soll-Ist Abweich.	Erl. Nr.
			Soll-Anderung		Mehr Weniger	
3801		Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur und Luftverkehrsbehörde				
	334 10-4	Zuweisung des SV Hafen für OTB	32.700.000,00	0,00	0,00	75
	986 10-1	An Hst. 0801/386 10-5, Finanzierung OTB	32.700.000,00- 32.700.000,00	0,00	0,00 0,00	76
3854		Hafenbehörde				
	428 14-3	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Hafenbehörde)	894.210,00 2.818.655,84	3.712.865,84	0,00 0,00	77
3901		Allgemeine Bewilligungen für Finanzen und Personal				
	422 04-3	Bezüge der Beamten und Richter (TPM Aufnahme und Integration von Flüchtlingen - Kontr. und 2	2.738.550,00 2.738.550,00-	0,00	0,00 0,00	78
3950		IT - Budget				
	359 03-9	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	0,00 3.077.476,54	3.077.476,54	0,00 0,00	79
	539 46-0	IT-Fachaufgaben konsumtiv (Stadtamt Bremen)	2.084.050,00 3.060.792,29	3.747.403,32	0,00 1.397.438,97	80
	539 96-7	IT-Pool	4.081.200,00 4.081.200,00-	0,00	0,00 0,00	81
	919 03-4	Zuführung an die investive Budgetrücklage	0,00 3.516.991,84	3.516.991,84	0,00 0,00	82
3970		Gemeindesteuern				
	071 01-5	Gemeindeanteil an der Lohnsteuer	290.958.490,00 0,00	281.645.397,79	0,00 9.313.092,21	83
	071 02-3	Gemeindeanteil an der veranlagten Einkommensteuer	49.468.920,00 0,00	58.482.791,07	9.013.871,07 0,00	84
	073 01-8	Grundsteuer B	168.940.590,00 0,00	165.801.843,42	0,00 3.138.746,58	85
	075 01-0	Gewerbsteuer	418.326.330,00 0,00	514.122.756,71	95.796.426,71 0,00	86
	077 02-1	Bundesanteil an der Gewerbesteuerumlage	13.186.370,00- 0,00	16.206.043,42-	0,00 3.019.673,42	87
	077 03-0	Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	18.642.800,00- 0,00	22.911.992,42-	0,00 4.269.192,42	88
	077 20-0	Landesanteil an der erhöhten Gewerbesteuerumlage	30.919.770,00- 0,00	37.441.548,54-	0,00 6.521.778,54	89
	078 01-0	Gemeindeanteil an der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	6.480.560,00 0,00	2.693.638,22	0,00 3.786.921,78	90
	078 02-8	Gemeindeanteil an der Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	0,00 0,00	3.381.695,72	3.381.695,72 0,00	91
	082 01-7	Sonstige Vergnügungssteuern	11.307.730,00 0,00	14.223.358,13	2.915.628,13 0,00	92
	089 10-0	Globale Steuer mehr-/mindereinnahmen	7.841.570,00 0,00	0,00	0,00 7.841.570,00	93
3972		Zuweisungen				
	384 01-0	Von Hst. 0972/984 07-8, Schlüsselzuweisungen	370.365.160,00 0,00	380.181.896,13	9.816.736,13 0,00	94

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 16.04.2018 Finanzkreis: 1100	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2017	Seite: 7 Bereich: Stadtgemeinde		
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Anschlag		Soll-Ist Abweich. Mehr Weniger	Erl. Nr.
			Soll-Anderung	Ist		
3972		Zuweisungen				
	384 10-0	Von Hst. 0972/984 10-8, Bundesbeteiligung an der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen (Sofortprogramm)	0,00 0,00	15.981.000,00	15.981.000,00 0,00	95
	384 11-8	Von Hst. 0972/984 11-6, Sonderzuweisung i. Zusammenhang mit der Aufnahme von Asylbewerbern u. Flüchtlingen	0,00 0,00	14.019.000,00	14.019.000,00 0,00	96
3980		Allgemeines Kapitalvermögen, Schuldendienst, Rücklagen				
	162 02-7	Agio	0,00 9.397.000,00	9.397.000,00	0,00 0,00	97
	325 30-9	Kreditmarktmittel und Anleihen	804.408.280,00 0,00	778.886.903,19	0,00 25.521.376,81	98
	352 01-2	Entnahme aus der Kassenverstärkungs- und allgemeinen Ausgleichsrücklage	6.000.000,00 3.791.853,96	7.791.853,96	0,00 2.000.000,00	99
	575 01-1	Zinsen an sonstigen Kreditmarkt	170.210.470,00 3.378.242,89	173.918.406,86	329.693,97 0,00	100
	595 01-2	Tilgung an sonstigen Kreditmarkt	489.669.500,00 0,00	471.187.897,46	0,00 18.481.602,54	101
	912 01-8	Zuführung an die Kassenverstärkungs- und allgemeine Ausgleichsrücklage	6.000.000,00 8.624.955,29	8.624.955,29	0,00 6.000.000,00	102
	919 80-2	Zuführung an die Zentrale Sonderrücklage	0,00 195.000.000,00	195.000.000,00	0,00 0,00	103
3986		Wirtschaftliche Unternehmen				
	121 11-0	Gewinne aus Beteiligungen an Hafenebetrieben	20.650.000,00 0,00	11.149.357,61	0,00 9.500.642,39	104
	122 10-8	Einnahmen aus Konzessionsabgaben	36.984.000,00 675.000,00	41.415.145,04	3.756.145,04 0,00	105
	381 26-0	Von Hst. 3681/981 26-7, Verlust der Bremer Straßenbahn AG (konsumtiv)	0,00 39.581.281,10	39.581.281,10	0,00 0,00	106
	381 27-8	Von Hst. 3681/981 27-5, Verlust der Bremer Straßenbahn AG (investiv)	0,00 11.732.000,00	11.732.000,00	0,00 0,00	107
	381 28-6	Von Hst. 3681/981 28-3 für Ansprüche der BSAG aus ÖDLA und ATZ	0,00 2.973.000,00	2.973.000,00	0,00 0,00	108
	682 26-0	Verlustrücklage der Bremer Verkehrsgesellschaft mbH (konsumtiv)	0,00 35.222.518,28	30.679.897,47	0,00 4.542.620,81	109
	682 28-6	An die BVG mbH für Ansprüche der BSAG aus ÖDLA und ATZ	0,00 2.973.000,00	2.973.000,00	0,00 0,00	110
	831 11-7	Kapitalerhöhungen (Kliniken)	5.000.000,00 3.000.000,00	8.000.000,00	0,00 0,00	111
	891 26-8	Verlustrücklage der Bremer Verkehrsgesellschaft mbH (investiv)	0,00 11.732.000,00	11.732.000,00	0,00 0,00	112
3988		Zuweisungen an Sondervermögen Immobilien und Technik				
	359 03-2	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	0,00 16.716.783,67	16.716.783,67	0,00 0,00	113
	884 16-1	An SVIT für die Finanzierung des Bäderkonzeptes (Horner Bad)	0,00 2.698.000,00	1.180.000,00	0,00 1.518.000,00	114
	884 20-0	An Sondervermögen Immobilien und Technik für Sanierungsinvestitionen	22.000.000,00 16.716.783,67	35.500.000,00	0,00 3.216.783,67	115
	884 24-2	AN SVIT für den Neubau der Oberschule Ohlenhof	4.300.000,00 2.900.000,00	1.399.281,91	0,00 718,09	116

Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Anschlag		Ist	Soll-Ist Abweich.		Erl. Nr.
			Soll-Anderung			Mehr	Weniger	
3988		Zuweisungen an Sondervermögen Immobilien und Technik						
	919 03-8	Zuführung an die investive Budgetrücklage	0,00		5.318.533,00	0,00	0,00	117
			5.318.533,00					
3990		Zentral veranschlagte Personalausgaben						
	232 14-7	Erstattung von Ländern gemäß Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag (Lehrkräfte)	0,00		2.536.226,89	0,00	0,00	118
	432 02-2	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter (aus Kapitalerträgen refinanziert)	2.536.226,89		0,00	0,00	0,00	119
	461 03-0	Globale Mehrausgaben (sonstige personalwirtschaftliche Verpflichtungen und Risiken)	8.692.050,00		0,00	0,00	0,00	120
			2.343.520,00		0,00	0,00	0,00	120
	632 14-5	Zahlungen an Länder gemäß Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag (Lehrkräfte)	12.590.948,77		2.828.284,78	0,00	14.934.468,77	121
			0,00		2.828.284,78	0,00	0,00	121
	634 12-1	Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge (Absicherung von VBL-Risiken)	2.828.284,78		2.506.640,00	0,00	0,00	122
			0,00		2.506.640,00	0,00	0,00	122
	919 01-0	Zuführung an die Budgetrücklage	2.506.640,00		6.798.398,97	0,00	0,00	123
			0,00		6.798.398,97	0,00	0,00	123
			6.798.398,97					
3995		Allgemeines						
	548 11-8	Globale Mehrausgaben für Personalkostenzuschüsse (Tarif-, Besoldungs- und Versorgungsvorsorge)	11.545.400,00		0,00	0,00	0,00	124
			9.378.800,00				2.166.600,00	
	971 10-0	Globale Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen (Mieten, 3. Sofortprogramm, Integrationsbudget)	52.500.000,00		0,00	0,00	0,00	125
			52.476.405,65				23.594,35	
	972 11-4	Globale Minderausgaben (Konsolidierung)	19.676.300,00		0,00	0,00	0,00	126
			19.676.300,00				0,00	
	972 99-8	Technische Ausgleichsposition für Nachbewilligung mit offener Deckung	0,00		0,00	228.789.605,32	0,00	127
			228.789.605,32				0,00	
3998		Kommunalinvestitionsförderungsfonds						
	799 01-4	Globale Mehrausgaben für die Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetz für Infrastrukturmaßnahmen	5.860.600,00		0,00	0,00	0,00	128
			5.860.300,00				300,00	

Erläuterungen der Solländerungen und Abweichungen

- 1) **3054/422 01-5**
Solländerung (-2.742.690,50 Euro) durch Nachbewilligungen (293.080,00 Euro) sowie in Anspruch genommene Deckungsfähigkeitsbeziehungen (-767.680,73 Euro) und einer Einsparung (-2.268.089,77 Euro) zum Ausgleich der Personalmittel im Produktplan 07.
- 2) **3054/432 02-9**
Die Solländerung von 9.046.282,80 Euro resultiert über 8.876.182,80 Euro aus Zinserträgen von der Anstalt für Versorgungsvorsorge und des Sondervermögens Versorgungsrücklage. Die Mittel wurden im Haushalt vereinnahmt und auf der Haushaltsstelle 3990/432 02-2 bereitgestellt (siehe Nr. 119). Diese befindet sich mit der Haushaltsstelle 3054/432 02-9 (Produktgruppe 92.32.01) in einem Deckungskreis. In Höhe von 170.100 Euro wurden Mittel für die Besoldungserhöhung 2017 nachbewilligt.
- 3) **3191/884 12-3**
Im Haushalt 2017 wurden Planungsmittel für das Bäderkonzept in Höhe von 4.600.000,00 Euro für 2017 im Produktplan 12 bei der Haushaltsstelle 3191.884 12-3, An SVIT für Investitionen zur Sanierung des Unibades an die Bremer Bäder GmbH, veranschlagt. Auf Basis der vorgelegten Planungsunterlagen wurden im Vollzug 2017 gemäß der Beschlussfassung des Haushalts- und Finanzausschusses vom 03.11.2017 zur haushaltsrechtlichen Absicherung der Investitionsmaßnahmen für das Horner Bad und das Westbad zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen erteilt. Um dem Prinzip der Einzelveranschlagung gerecht zu werden, wurden in diesem Zusammenhang zwei neue Haushaltsstellen im Produktplan 97 für die Erteilung der Verpflichtungsermächtigungen eingerichtet (3988.884 16-1, An SVIT für die Finanzierung des Bäderkonzepts (Horner Bad); 3988.884 17-0, An SVIT für die Finanzierung des Bäderkonzepts (Westbad)). Zwecks Transparenz und Nachvollziehbarkeit wurden die veranschlagten Mittel für 2017 im Sinne einer haushaltstechnischen Nachbewilligung vom Produktplan 12 (4.600.000,00 Euro, Haushaltsstelle 3191.884 12-3) in den Produktplan 97 (4.000.000,00 Euro Haushaltsstelle 3988.884 16-1 und 600.000,00 Euro Haushaltsstelle 3988.884 17-0) verlagert.
- 4) **3210/422 05-5**
Solländerung (3.470.592,13 Euro) resultiert durch in Anspruch genommene Deckungsfähigkeitsbeziehungen (2.950.462,13 Euro) und einer Nachbewilligung (520.130,00 Euro) für die Besoldungserhöhung der Lehrer.
- 5) **3210/428 05-3**
Solländerung (- 5.809.679,17 Euro) resultiert durch in Anspruch genommene Deckungsfähigkeitsbeziehungen (- 3.383.889,17 Euro), Nachbewilligungen aufgrund der TV-L-Erhöhungen der Lehrer (119.210,00 Euro) und durch folgende Einsparungen: Zum Ausgleich von Personalmitteln (- 500.000,00 Euro), zur Fortsetzung des Programms „Geld statt Stellen“ (- 1.900.000 Euro) sowie zur Erhöhung der Ausbildungsplätze am LiS (- 145.000,00 Euro - Beschluss des Haushalts- und Finanzausschuss vom 01.12.2017 (Vorlage 324/2017)).

- 6) **3216/422 05-7**
Solländerung (16.198.186,04 Euro) durch in Anspruch genommene Deckungsfähigkeitsbeziehungen (15.772.796,04 Euro) und einer Mehreinnahme (425.390,00 Euro) für die Besoldungserhöhung der Lehrer.
- 7) **3216/422 85-5**
Solländerung (- 5.218.500,74 Euro) durch in Anspruch genommene Deckungsfähigkeitsbeziehungen (- 3.388.890,74 Euro), Einsparungen (- 1.860.000,00 Euro) zur Fortsetzung des Programms „Geld statt Stellen“ und einer Mehreinnahme für die Besoldungserhöhung der Lehrer (30.390,00 Euro).
- 8) **3216/428 05-5**
Solländerung größtenteils durch in Anspruch genommene Deckungsfähigkeitsbeziehungen (- 10.186.991,10 Euro).
- 9) **3216/531 55-7**
Solländerung resultiert größtenteils aus der Nachbewilligung für die technische Umsetzung von Haushaltsmitteln für die Schulbudgets (1.872.520,00 Euro).
- 10) **3218/422 05-4**
Solländerung (3.704.407,80 Euro) resultiert durch in Anspruch genommene Deckungsfähigkeitsbeziehungen (2.941.097,80 Euro) und der Nachbewilligung für die Besoldungserhöhung der Lehrer (763.310,00 Euro).
- 11) **3218/428 05-2**
Solländerung (-6.854.604,32 Euro) resultiert durch in Anspruch genommene Deckungsfähigkeitsbeziehungen (-3.456.005,90 Euro), einer Mehreinnahme für die Besoldungserhöhung der Lehrer (210.650,00 Euro), dem Ausgleich von Personalmitteln (- 1.134.500,00 Euro), Einsparungen zur Fortsetzung des Projekts „Geld statt Stellen“ (- 1.660.000,00 Euro), zur Erhöhung der Ausbildungsplätze am LiS (- 152.408,00 Euro - Beschluss des Haushalts- und Finanzausschuss vom 01.12.2017 (Vorlage 324/2017)) und im Zusammenhang mit dem Verbeamtungseffekt (- 662.340,42 Euro).
- 12) **3232/684 12-6**
Solländerung (-6.213.634,37 Euro) resultiert durch in Anspruch genommene Deckungsfähigkeitsbeziehungen (237.414,37 Euro) und einer Nachbewilligung für die Fortsetzung von Maßnahmen aus dem 3. Sofortprogramm und dem Integrationsbudget (5.940.220,00 Euro - Beschluss des Haushalts- und Finanzausschuss vom 15.12.2016 (Vorlage 19/289 L | Vorlage 19/311 S)).
- 13) **3232/684 22-3**
Solländerung (4.665.370,46 Euro) durch in Anspruch genommene Deckungsfähigkeitsbeziehungen.
- 14) **3232/685 40-8**
Solländerung (3.389.941,05 Euro) resultiert durch in Anspruch genommene Deckungsfähigkeitsbeziehungen (1.888.041,05 Euro) und einer Nachbewilligung für die Tarife TVöD 2017 (1.501.900,00 Euro - Beschluss des Haushalts- und Finanzausschuss vom 01.12.2017 (Vorlage 19/440 L | Vorlage 19/496 S)).
- 15) **3232/685 55-6**
Solländerung (8.431.514,75 Euro) resultiert durch in Anspruch genommene Deckungsfähigkeitsbeziehungen (559.514,75 Euro) und einer Nachbewilligung zur Aufgabenwahrnehmung der Kindstagespflege von Produktplan 41 an Produkt-

plan 21 (7.872.000,00 Euro - Beschluss des Haushalts- und Finanzausschuss vom 03.03.2017 (Vorlage 19/348 S)).

- 16) **3232/700 10-5**
Solländerung (17.651.000,00 Euro) durch in Anspruch genommene Deckungsfähigkeitsbeziehungen.
- 17) **3235/381 01-9**
Solländerung (4.300.000,00 Euro) durch Verrechnungseinnahme von der Haushaltsstelle 3474/981 01-0 im Rahmen von Bildung und Teilhabe (Kindertagesbetreuung).
- 18) **3235/681 15-2**
Solländerung (3.579.058,45 Euro) resultiert durch in Anspruch genommene Deckungsfähigkeitsbeziehungen (- 720.941,55 Euro) und den Einnahmeverfügungsmitteln von der Haushaltsstelle 3235/381 01-9 (4.300.000,00 Euro – siehe Nr. 17).
- 19) **3239/359 03-4**
Solländerung (3.128.954,35 Euro) durch Auskehrung der investiven Budgetrücklage, der im Rahmen des Jahresabschlusses 2016 investive Ausgaberrücklage zugeführt wurden.
- 20) **3239/384 20-9**
Die Solländerung (4.330.250,00 Euro) resultiert aus einer Nachbewilligung für die TV-L- und die Besoldungserhöhung der Lehrer.
- 21) **3239/432 01-7**
Die Solländerung (-2.604.836,40 Euro) resultiert im Saldo aus einer Nachbewilligung für die Besoldungserhöhung 2017 in Höhe von 1.706.130,00 Euro und Deckungskreisausgleichen im Versorgungshaushalt der Stadt in Höhe von - 4.310.966,40 Euro.
- 22) **3239/446 01-8**
Die Solländerung (2.573.360,15 Euro) resultiert aus Deckungskreisausgleichen im Versorgungshaushalt der Stadt.
- 23) **3239/684 17-2**
Die Solländerung (3.481.331,88 Euro) resultiert durch in Anspruch genommene Deckungsfähigkeitsbeziehungen (- 554.668,12 Euro), Nachbewilligungen zur Fortsetzung von Maßnahmen aus dem 3. Sofortprogramm und dem Integrationsbudget (Beschluss des Haushalts- und Finanzausschuss vom 15.12.2016 (4.450.000,00 Euro - Vorlage 19/289 L | Vorlage 19/311 S) und 01.12.2017 (- 414.000 Euro - Vorlage 19/496 S)).
- 24) **3239/919 03-0**
Solländerung (2.552.337,43 Euro) durch Zuführung an die investive Budgetrücklage in dieser Höhe.
- 25) **3400/359 03-1**
In 2016 unplanmäßig entstandene investive Reste wurden Anfang 2017 der investiven Budgetrücklage entnommen.
- 26) **3412/681 30-3**
Der durch fachlich bedingte Mehrausgaben entstandene Mehrbedarf wurde durch Nachbewilligung der Senatorin für Finanzen ausgeglichen.

- 27) **3413/681 15-3**
Soll-Änderung durch Inanspruchnahme von Deckungsfähigkeiten aufgrund des Mittelabflusses für Leistungszwecke in der Produktgruppe.
- 28) **3417/517 10-2**
Sämtliche Abweichungen und Änderungen bei den Titeln des Leistungsbereichs Asyl und Flüchtlinge beruhen auf der Real-Entwicklung in 2017, der Veranschlagung für 2017 auf Basis der Entwicklung 2015 und der Bildung von Globalbudgets als Vorsorge. Aus diesen Gründen waren Abweichungen in hohem Maße zu erwarten. Die Budgets 2017 insgesamt sind eingehalten worden.
- 29) **3417/517 11-0**
Sämtliche Abweichungen und Änderungen bei den Titeln des Leistungsbereichs Asyl und Flüchtlinge beruhen auf der Real-Entwicklung in 2017, der Veranschlagung für 2017 auf Basis der Entwicklung 2015 und der Bildung von Globalbudgets als Vorsorge. Aus diesen Gründen waren Abweichungen in hohem Maße zu erwarten. Die Budgets 2017 insgesamt sind eingehalten worden.
- 30) **3417/518 10-9**
Sämtliche Abweichungen und Änderungen bei den Titeln des Leistungsbereichs Asyl und Flüchtlinge beruhen auf der Real-Entwicklung in 2017, der Veranschlagung für 2017 auf Basis der Entwicklung 2015 und der Bildung von Globalbudgets als Vorsorge. Aus diesen Gründen waren Abweichungen in hohem Maße zu erwarten. Die Budgets 2017 insgesamt sind eingehalten worden.
- 31) **3417/518 11-7**
Sämtliche Abweichungen und Änderungen bei den Titeln des Leistungsbereichs Asyl und Flüchtlinge beruhen auf der Real-Entwicklung in 2017, der Veranschlagung für 2017 auf Basis der Entwicklung 2015 und der Bildung von Globalbudgets als Vorsorge. Aus diesen Gründen waren Abweichungen in hohem Maße zu erwarten. Die Budgets 2017 insgesamt sind eingehalten worden.
- 32) **3417/636 11-0**
Sämtliche Abweichungen und Änderungen bei den Titeln des Leistungsbereichs Asyl und Flüchtlinge beruhen auf der Real-Entwicklung in 2017, der Veranschlagung für 2017 auf Basis der Entwicklung 2015 und der Bildung von Globalbudgets als Vorsorge. Aus diesen Gründen waren Abweichungen in hohem Maße zu erwarten. Die Budgets 2017 insgesamt sind eingehalten worden.
- 33) **3417/671 15-2**
Sämtliche Abweichungen und Änderungen bei den Titeln des Leistungsbereichs Asyl und Flüchtlinge beruhen auf der Real-Entwicklung in 2017, der Veranschlagung für 2017 auf Basis der Entwicklung 2015 und der Bildung von Globalbudgets als Vorsorge. Aus diesen Gründen waren Abweichungen in hohem Maße zu erwarten. Die Budgets 2017 insgesamt sind eingehalten worden.
- 34) **3417/681 10-7**
Sämtliche Abweichungen und Änderungen bei den Titeln des Leistungsbereichs Asyl und Flüchtlinge beruhen auf der Real-Entwicklung in 2017, der Veranschlagung für 2017 auf Basis der Entwicklung 2015 und der Bildung von Globalbudgets als Vorsorge. Aus diesen Gründen waren Abweichungen in hohem Maße zu erwarten. Die Budgets 2017 insgesamt sind eingehalten worden.

- 35) **3417/681 90-5**
Sämtliche Abweichungen und Änderungen bei den Titeln des Leistungsbereichs Asyl und Flüchtlinge beruhen auf der Real-Entwicklung in 2017, der Veranschlagung für 2017 auf Basis der Entwicklung 2015 und der Bildung von Globalbudgets als Vorsorge. Aus diesen Gründen waren Abweichungen in hohem Maße zu erwarten. Die Budgets 2017 insgesamt sind eingehalten worden.
- 36) **3417/684 25-4**
Sämtliche Abweichungen und Änderungen bei den Titeln des Leistungsbereichs Asyl und Flüchtlinge beruhen auf der Real-Entwicklung in 2017, der Veranschlagung für 2017 auf Basis der Entwicklung 2015 und der Bildung von Globalbudgets als Vorsorge. Aus diesen Gründen waren Abweichungen in hohem Maße zu erwarten. Die Budgets 2017 insgesamt sind eingehalten worden.
- 37) **3417/893 10-4**
Sämtliche Abweichungen und Änderungen bei den Titeln des Leistungsbereichs Asyl und Flüchtlinge beruhen auf der Real-Entwicklung in 2017, der Veranschlagung für 2017 auf Basis der Entwicklung 2015 und der Bildung von Globalbudgets als Vorsorge. Aus diesen Gründen waren Abweichungen in hohem Maße zu erwarten. Die Budgets 2017 insgesamt sind eingehalten worden.
- 38) **3418/384 22-0**
Mindereinnahmen aufgrund einer veränderten Struktur der Erstattungen seitens des überörtlichen Trägers. Eine Berichterstattung erfolgte im Controllingbericht.
- 39) **3418/384 26-2**
Mindereinnahmen aufgrund einer veränderten Struktur der Erstattungen seitens des überörtlichen Trägers. Eine Berichterstattung erfolgte im Controllingbericht.
- 40) **3418/671 30-0**
Heranziehung von nicht benötigten Mitteln zu Deckungszwecken.
- 41) **3419/681 12-0**
Der durch fachlich bedingte Mehrausgaben entstandene Mehrbedarf wurde durch Nachbewilligung der Senatorin für Finanzen ausgeglichen.
- 42) **3420/384 20-2**
Mehreinnahmen aufgrund einer veränderten Struktur der Erstattungen seitens des überörtlichen Trägers. Eine Berichterstattung erfolgte im Controllingbericht.
- 43) **3420/384 21-0**
Mehreinnahmen aufgrund einer veränderten Struktur der Erstattungen seitens des überörtlichen Trägers. Eine Berichterstattung erfolgte im Controllingbericht.
- 44) **3434/233 13-4**
Heranziehung von Mehreinnahmen zu Deckungszwecken.
- 45) **3434/233 14-2**
Im Zuge der Entwicklung des Zugangs von unbegleiteten minderjährigen Ausländern nach Deutschland und Bremen ist es wie in 2016 auch in 2017 zu Mehreinnahmen gekommen, die stark von der ursprünglichen Planung abweichen (hier Erstattungen anderer überörtlicher Träger).

- 46) **3434/281 23-6**
Im Zuge der Entwicklung des Zugangs von unbegleiteten minderjährigen Ausländern nach Deutschland und Bremen ist es in 2017 zu Mehreinnahmen gekommen, die vollständig von der ursprünglichen Planung abweichen (hier im Wesentlichen Rückflüsse von Trägern).
- 47) **3434/281 48-1**
Heranziehung von Mehreinnahmen zu Deckungszwecken.
- 48) **3434/384 19-1**
Die Zahlung des Landes erfolgt nur aufgrund der abrechnungsfähigen Ansprüche, die seitens der Stadtgemeinde vorgelegt werden und in der entsprechenden Höhe. Mindereinnahmen aufgrund geringerer Ansprüche.
- 49) **3434/671 75-1**
Sämtliche Abweichungen und Änderungen bei den Titeln des Leistungsbereichs unbegleitete minderjährige Ausländer beruhen auf der Real-Entwicklung in 2017, der Veranschlagung für 2017 auf Basis der Entwicklung 2015 und der Bildung von Globalbudgets als Vorsorge. Aus diesen Gründen waren Abweichungen in hohem Maße zu erwarten. Die Budgets 2017 insgesamt sind eingehalten worden.
- 50) **3434/671 84-0**
Sämtliche Abweichungen und Änderungen bei den Titeln des Leistungsbereichs unbegleitete minderjährige Ausländer beruhen auf der Real-Entwicklung in 2017, der Veranschlagung für 2017 auf Basis der Entwicklung 2015 und der Bildung von Globalbudgets als Vorsorge. Aus diesen Gründen waren Abweichungen in hohem Maße zu erwarten. Die Budgets 2017 insgesamt sind eingehalten worden.
- 51) **3434/681 47-1**
Die Aufgabe (und das Budget) sind unterjährig an die Senatorin für Kinder und Bildung verlagert worden.
- 52) **3434/681 62-5**
Der durch fachlich bedingte Mehrausgaben entstandene Mehrbedarf wurde durch Nachbewilligung der Senatorin für Finanzen ausgeglichen.
- 53) **3434/681 67-6**
Sämtliche Abweichungen und Änderungen bei den Titeln des Leistungsbereichs unbegleitete minderjährige Ausländer beruhen auf der Real-Entwicklung in 2017, der Veranschlagung für 2017 auf Basis der Entwicklung 2015 und der Bildung von Globalbudgets als Vorsorge. Aus diesen Gründen waren Abweichungen in hohem Maße zu erwarten. Die Budgets 2017 insgesamt sind eingehalten worden.
- 54) **3434/681 90-0**
Sämtliche Abweichungen und Änderungen bei den Titeln des Leistungsbereichs unbegleitete minderjährige Ausländer beruhen auf der Real-Entwicklung in 2017, der Veranschlagung für 2017 auf Basis der Entwicklung 2015 und der Bildung von Globalbudgets als Vorsorge. Aus diesen Gründen waren Abweichungen in hohem Maße zu erwarten. Die Budgets 2017 insgesamt sind eingehalten worden.

- 55) **3434/681 91-9**
Sämtliche Abweichungen und Änderungen bei den Titeln des Leistungsbereichs unbegleitete minderjährige Ausländer beruhen auf der Real-Entwicklung in 2017, der Veranschlagung für 2017 auf Basis der Entwicklung 2015 und der Bildung von Globalbudgets als Vorsorge. Aus diesen Gründen waren Abweichungen in hohem Maße zu erwarten. Die Budgets 2017 insgesamt sind eingehalten worden.
- 56) **3461/125 37-8**
Deutlich gegenüber der ursprünglichen Planung höhere Einnahmen aufgrund des Zugangs von Flüchtlingen und der damit verbundenen Nutzung von Einrichtungen.
- 57) **3472/384 10-3**
Im Wesentlichen durch einen höheren (und nicht veranschlagten) Erstattungssatz des Bundes nach § 46 SGB II ist es zu Mehreinnahmen gekommen, die durch den im Haushaltsplan angebrachten Haushaltsvermerk zu einer planmäßigen und erhöhten Einnahmeverfügun gsmittelberechnung (der Solländerung) geführt haben.
- 58) **3472/681 01-9**
Soll-Änderung: Anteil der KdU (Kosten der Unterkunft) aus den Einnahmeverfügun gsmitteln aus der lfd. Nr. 57. Soll-Ist-Abweichung: Nicht das gesamte Budget wurde in Anspruch genommen.
- 59) **3472/681 09-4**
Soll-Änderung durch Inanspruchnahme von Deckungsfähigkeiten aufgrund des Mittelabflusses für Leistungszwecke in der Produktgruppe. Soll-Ist-Abweichung: Nicht das gesamte Budget wurde in Anspruch genommen.
- 60) **3474/681 12-1**
Die Aufgabe (und das Budget) sind unterjährig an die Senatorin für Kinder und Bildung über die Verrechnungshaushaltsstelle 3474/981 01-0 verlagert worden.
- 61) **3474/981 01-0**
Technische Folge der lfd. Nr. 60.
- 62) **3493/236 10-4**
Sollerhöhung durch eine höhere Berechnung von Einnahmeverfügun gsmitteln aufgrund höherer Einnahmen zur Erstattung von höheren Personalausgaben.
- 63) **3496/428 43-8**
Globale Mehrausgaben sind veranschlagte Beträge, die abweichend vom Grundsatz der Einzelveranschlagung einen möglicherweise entstehenden, aber im Detail noch nicht zuzuordnenden Mehrbedarf abdecken sollen. Im Personalhaushalt sind dies z.B. Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen bzw. Risikovorsorgen für zukünftige Tarifabschlüsse. Im konkreten Fall: Solländerung (2.642.988,00 Euro) aus Nachbewilligungen. Die noch verfügbaren Mittel (192.677,88 Euro) wurden für den fortdauernden Zweck der Haushaltsstelle als Ausgaberes t nach 2018 übertragen.
- 64) **3681/359 03-5**
Solländerung (14.017.217,80 Euro) durch Rücklagenentnahme im Rahmen der investiven Resteübertragung 2016.

- 65) **3681/682 26-0**
Soll-Ist-Abweichung (7.304.102,72 Euro) als Saldo aufgrund übertragener Haushaltsreste, Nachbewilligungen und Einsparungen. Soll-Änderung (32.036.897,28 Euro) aufgrund von Haushaltsvermerks- und Deckungskreisbeziehungen mit 3681/981 26-7 und 3681/981 28-3.
- 66) **3681/891 26-8**
Die Anschlagmittel dienen dem Verlustausgleich der BSAG (investiv) bei 3681/980 27-9 (siehe Nr. 69).
- 67) **3681/919 03-0**
Solländerung durch Nachbewilligung aufgrund der bei der Abrechnung des Ressorthaushalts des Produktplans 68 getroffenen Feststellung, dass in entsprechender Höhe zur Verfügung stehende Liquidität für 2016 nicht ausgeschöpft wurde. Im Rahmen des Haushaltsabschlusses 2016 wurde dieser Betrag (10.632.831,27 Euro) der investiven Budgetrücklage zugeführt.
- 68) **3681/981 26-7**
Über diese Verrechnungsposition werden Mittel (konsumtiv) der Haushaltsstelle 3681/682 26-0 (insgesamt 42.554.281,10 Euro) im Rahmen von Haushaltsvermerks- und Deckungskreisbeziehungen mit 3681/682 26-0 und 3681/981 28-3 der Senatorin für Finanzen (Produktplan 92) bei 3986/381 26-0 zur Verfügung gestellt. Der Verlust der BSAG wird aufgrund des Beherrschungs-Gewinnabführungs-Vertrages von der Bremer Verkehrsgesellschaft mbH (BVG) ausgeglichen, wobei die Abdeckung des bei der BVG festgestellten Verlustes durch die Stadtgemeinde grundsätzlich im Folgejahr erfolgt.
- 69) **3681/981 27-5**
Über diese Verrechnungsposition werden Mittel (investiv 11.732.000,00 Euro) der Haushaltsstelle 3681/891 26-8 der Senatorin für Finanzen (Produktplan 92) zur Verfügung gestellt. Der Verlust der BSAG wird aufgrund des Beherrschungs-Gewinnabführungs-Vertrages von der Bremer Verkehrsgesellschaft mbH (BVG) ausgeglichen, wobei die Abdeckung des bei der BVG festgestellten Verlustes durch die Stadtgemeinde grundsätzlich im Folgejahr erfolgt (siehe Nr. 66).
- 70) **3681/981 28-3**
Über diese Verrechnungsposition werden Mittel (konsumtiv 2.973.000,00 Euro) der Haushaltsstelle 3681/682 26-8 im Rahmen von Haushaltsvermerks- und Deckungskreisbeziehungen mit 3681/682 26-0 und 3681/981 26-7 der Senatorin für Finanzen (Produktplan 92) bei 3986/381 28-5 zur Verfügung gestellt. Der Verlust der BSAG wird aufgrund des Beherrschungs-Gewinnabführungs-Vertrages von der Bremer Verkehrsgesellschaft mbH (BVG) ausgeglichen, wobei die Abdeckung des bei der BVG festgestellten Verlustes durch die Stadtgemeinde grundsätzlich im Folgejahr erfolgt.
- 71) **3687/634 10-0**
Solländerung (4.630.521,06 Euro), im Rahmen der Resteübertragung aus 2016.
- 72) **3687/884 10-7**
Solländerung (5.306.825,87 Euro) im Saldo aus Restübertragung 2016 (Rückführung des Sanierungsbeitrages 2016) sowie Bereitstellung zweckgebundener Einnahmen als Einnahmeverfügungsmittel über Haushaltsvermerk.

- 73) **3708/884 40-4**
Ein Betrag in Höhe von 2.902.163,00 Euro wurde nachbewilligt aus EFRE-Mehreinnahmen. Dieser Betrag wurde aus dem Landeshaushalt aus den veranschlagten EFRE-Mitteln an den Stadthaushalt gezahlt zur Deckung von Ausgaben für ein EFRE-Projekt (siehe Nr. 74).
- 74) **3709/384 10-3**
Aus veranschlagten EFRE-Mitteln aus dem Landeshaushalt wurde ein Betrag in Höhe von 2.902.163,00 Euro in den Stadthaushalt gezahlt, der für die Deckung von EFRE-Ausgaben bei der Haushaltsstelle 3708/884 40-4 herangezogen wurden.
- 75) **3801/334 10-4**
Die veranschlagte Einnahme in Höhe von 32.700.000,00 Euro für die Finanzierung des OTB aus dem SV Hafen wurde nicht realisiert (siehe Nr. 69).
- 76) **3801/986 10-1**
Die veranschlagte Einnahme in Höhe von 32.700.000,00 Euro für die Finanzierung des OTB aus dem Sondervermögen Hafen wurde nicht realisiert. Entsprechend konnte die Zahlung an den Landeshaushalt nicht vorgenommen werden (siehe Nr. 75).
- 77) **3854/428 14-3**
Die Sollerhöhung in Höhe von 2.818.655,84 Euro wurde aufgrund des bestehenden Bedarfs bei den Personalausgaben für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Hafenbehörde vorgenommen. Davon wurde ein Betrag in Höhe von 2.747.275,84 Euro aus dem Deckungskreis (3854/422 14-5) zur Verfügung gestellt. Ein Betrag in Höhe von 71.380,00 Euro wurde nachbewilligt.
- 78) **3901/422 04-3**
Es handelt sich um eine zentrale Personalhaushaltsstelle zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. Im Einzelnen erfolgten Solländerungen (-2.738.550,00 Euro) im Saldo aus einer Einsparung (280,00 Euro) und die durch andere Haushaltsstellen in Anspruch genommenen Deckungsfähigkeitsbeziehungen (-2.738.830,00 Euro).
- 79) **3950/359 03-9**
Solländerung zur Deckung diverser investiver Nachbewilligungen.
- 80) **3950/539 46-0**
Solländerung zur Deckung diverser konsumtiver Nachbewilligungen.
- 81) **3950/539 96-7**
Solländerung zur Deckung diverser konsumtiver Nachbewilligungen.
- 82) **3950/919 03-4**
Solländerung (Nachbewilligung) für den genannten Zweck im Zusammenhang mit der Abrechnung der Produktplanhaushalte 2016.
- 83) – 93) **Steuern**

- 94) **3972/384 01-0**
Die Mehreinnahmen (9.816.736,13 Euro) resultieren aus der sich im Abrechnungszeitraum von der Steuerschätzung abweichenden Entwicklung des originären Steueraufkommens und korrespondieren entsprechend mit 0972/984 07-8.
- 95) **3972/384 10-0**
Die Mehreinnahmen (15.981.000,00 Euro) resultieren aus Nachbewilligung/Einsparung und korrespondieren entsprechend mit 0972/984 10-8.
- 96) **3972/384 11-8**
Die Mehreinnahmen (14.019.000,00 Euro) resultieren aus Nachbewilligung/Einsparung und korrespondieren entsprechend mit 0972/984 11-6.
- 97) **3980/162 02-7**
Solländerung durch Agio im Rahmen von Kreditgeschäften.
- 98) **3980/325 30-9**
Im Saldo aus Krediteinnahmen und Ausgaben zur Schuldentilgung wurden Kredite entsprechend dem tatsächlichen Bedarf vereinnahmt.
- 99) **3980/352 01-2**
Solländerung (3.791.853,96 Euro) zur Deckung diverser Nachbewilligungen im Zusammenhang mit dem Land/Stadt-Austausch von im Landeshaushalt angebotenen Deckungsmitteln für Nachbewilligungen im Stadthaushalt. Im Haushaltsjahr 2017 wurde der Kassenverstärkungs- und allgemeinen Ausgleichsrücklage dieser Betrag (3.791.853,96 Euro) entnommen. Mehreinnahmen (1.791.853,96 Euro) da die Realisierung des Anschlags nicht erforderlich war.
- 100) **3980/575 01-1**
(Mehr-)Ausgaben zur tatsächlichen Schuldentilgung im Rahmen gegenseitiger Deckungsfähigkeit der Tilgungsausgaben.
- 101) **3980/595 01-2**
(Minder-)Ausgaben zur tatsächlichen Schuldentilgung im Rahmen gegenseitiger Deckungsfähigkeit der Tilgungsausgaben.
- 102) **3980/912 01-8**
Solländerung (Nachbewilligungen) im Zusammenhang mit dem Land/Stadt-Austausch von im Stadthaushalt angebotenen Deckungsmitteln für Nachbewilligungen im Landeshaushalt. Im Haushaltsjahr 2017 wurde der Kassenverstärkungs- und allgemeinen Ausgleichsrücklage ein Betrag in Höhe von 8.624.955,29 Euro zugeführt.
- 103) **3980/919 80-2**
Solländerung (195.000.000,00 Euro) resultierend aus Nachbewilligung/Einsparung.
- 104) **3986/121 11-0**
Mindereinnahmen (9.500.642,39 Euro), da die veranschlagten 20.650.000,00 Euro nicht eingetreten sind.
- 105) **3986/122 10-8**
Mehreinnahmen (3.756.145,04 Euro), da die veranschlagten 36.984.000,00 Euro übertroffen wurden.

- 106) **3986/381 26-0**
Solländerung (39.581.281,10 Euro), da gemäß der haushaltsmäßigen Konstruktion über Haushaltsvermerke entsprechende zweckgebundene (Mehr-)Einnahmen als Einnahmeverfügungsmittel bei der (Ausgabe-)Haushaltsstelle 3986/682 26-0 für den Verlustausgleich der Bremer Verkehrsgesellschaft mbH (BVG) zur Verfügung gestellt wurden (siehe auch Nr. 109 zu 3986/682 26-0).
- 107) **3986/381 27-8**
Solländerung (11.732.000,00 Euro), da gemäß der haushaltsmäßigen Konstruktion über Haushaltsvermerke entsprechende zweckgebundene (Mehr-)Einnahmen als Einnahmeverfügungsmittel bei der (Ausgabe-)Haushaltsstelle 3986/891 26-8 für den Verlustausgleich der Bremer Verkehrsgesellschaft mbH (BVG) zur Verfügung gestellt wurden (siehe auch Nr. 112 zu 3986/891 26-8).
- 108) **3986/381 28-6**
Solländerung (2.973.000,00 Euro), da gemäß der haushaltsmäßigen Konstruktion über Haushaltsvermerke entsprechende zweckgebundene (Mehr-)Einnahmen als Einnahmeverfügungsmittel bei der (Ausgabe-)Haushaltsstelle 3986/682 28-6 für den Verlustausgleich der Bremer Verkehrsgesellschaft mbH (BVG) zur Verfügung gestellt wurden (siehe auch Nr. 110 zu 3986/682 28-6).
- 109) **3986/682 26-0**
Solländerung (35.222.518,28 Euro) im Saldo aus den bei der Haushaltstelle 3986/381 26-0 (siehe Nr. 106) erzielten zweckgebundenen (Mehr-)Einnahmen (39.581.281,10 Euro) und Einsparungen in Höhe von insgesamt -4.358.762,82 Euro zur Deckung einer Nachbewilligung bei der Haushaltstelle 3681/682 26-0 (3.058.762,82 Euro) sowie zur Teil-Deckung einer Nachbewilligung bei der Haushaltstelle 3995/972 11-4 (1.300.000,00 Euro). Minderausgaben (4.542.620,81 Euro) aufgrund eines geringeren Liquiditätsbedarfs der BVG mbH.
- 110) **3986/682 28-6**
Solländerung (2.973.000,00 Euro), da gemäß der haushaltsmäßigen Konstruktion über Haushaltsvermerke entsprechende zweckgebundene (Mehr-)Einnahmen als Einnahmeverfügungsmittel für den Verlustausgleich der Bremer Verkehrsgesellschaft mbH (BVG) zur Verfügung gestellt wurden (siehe Nr. 108).
- 111) **3986/831 11-7**
Kapitalerhöhung (Kliniken) durch Gesellschafterbeschluss. Im konkreten Fall: Solländerung (3.000.000,00 Euro) aus Nachbewilligungen (2.000.000,00 Euro) und Einsparungen (1.000.000,00 Euro).
- 112) **3986/891 26-8**
Solländerung (11.732.000,00 Euro) aus den bei der Haushaltstelle 3986/381 27-8 erzielten zweckgebundenen (Mehr-)Einnahmen.
- 113) **3988/359 03-2**
In 2016 wurden nicht verausgabte investive Mittel im Rahmen des Jahresabschlusses in Höhe von 16.716.783,67 Euro der investiven Rücklage zugeführt, die zu Jahresbeginn 2017 wieder der Rücklage entnommen und sollerhöhend auf der Ausgabeposition zur Verfügung gestellt wurden. Aufgrund verzögerter Projektverläufe wurden Mittel in Höhe von 3.216.783,67 Euro nicht abgerufen, sodass nach Ausgleich des Produktplans im Rahmen des Jahresabschlusses eine erneute Rücklagenzuführung in Höhe von 5.318.533,00 Euro erfolgte.

- 114) **3988/884 16-1**
Auf die Haushaltsstelle 3988.884 16-1, An SVIT für die Finanzierung des Bäderkonzeptes (Horner Bad), wurden im Sinne einer haushaltstechnischen Nachbewilligung im Kontext der Beschlussfassung des Haushalts- und Finanzausschusses vom 03.11.2018 zur Erteilung von zusätzlichen Verpflichtungsermächtigungen für die Bäderinvestitionen (Horner Bad und Westbad) zunächst die veranschlagten Planungsmittel in Höhe von 4.000.000,00 Euro sollerrhöhend nachbewilligt (siehe Erläuterung zu Nr. 3 3191.884 12-3). Im Konzept zur Lösung von Vollzugsproblemen im Haushaltsjahr 2017 (Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses am 01.12.2017) wurden wegen zu erwartender Minderausgaben 2017 aufgrund von Mittelverschiebungen bei der Maßnahme Horner Bad die Mittel in Höhe von 1.302.000,00 Euro zur Realisierung der im Haushalt der Stadtgemeinde Bremen veranschlagten globalen Minderausgaben 2017 sollvermindernd herangezogen. Abgeflossen sind in 2017 Planungsmittel in Höhe von 1.180.000,00 Euro. Somit verbleibt eine Soll-Ist-Abweichung zum Jahresende in Höhe von 1.518.000,00 Euro.
- 115) **3988/884 20-0**
In 2016 wurden nicht verausgabte investive Mittel im Rahmen des Jahresabschlusses in Höhe von 16.716.783,67 Euro der investiven Rücklage zugeführt, die zu Jahresbeginn 2017 wieder der Rücklage entnommen und sollerrhöhend auf der Ausgabebeziehung zur Verfügung gestellt wurden. Aufgrund verzögerter Projektverläufe wurden Mittel in Höhe von 3.216.783,67 Euro nicht abgerufen, sodass nach Ausgleich des Produktplans im Rahmen des Jahresabschlusses eine erneute Rücklagenzuführung in Höhe von 5.318.533,00 Euro erfolgte.
- 116) **3988/884 24-2**
Die Einsparung bei der Maßnahme Oberschule Ohlenhof erfolgte mit Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses (Vorlage 19/ 337 S) vom 10.02.2017 zugunsten der Finanzierung von Planungskosten sowie Umnutzungen im Bestand von Mobilbauten sowie zur Herrichtung von Schulen zur Aufnahme von Klassenverbänden im Förderbereich Wahrnehmung und Entwicklung.
- 117) **3988/919 03-8**
In 2016 wurden nicht verausgabte investive Mittel im Rahmen des Jahresabschlusses in Höhe von 16.716.783,67 Euro der investiven Rücklage zugeführt, die zu Jahresbeginn 2017 wieder der Rücklage entnommen und sollerrhöhend auf der Ausgabebeziehung zur Verfügung gestellt wurden. Aufgrund verzögerter Projektverläufe wurden Mittel in Höhe von 3.216.783,67 Euro nicht abgerufen, sodass nach Ausgleich des Produktplans im Rahmen des Jahresabschlusses eine erneute Rücklagenzuführung in Höhe von 5.318.533,00 Euro erfolgte.
- 118) **3990/232 14-7**
Die Einnahmen und Ausgaben aus dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag sind nicht planbar und werden nicht veranschlagt. Unterjährig erfolgen Einnahmen und Ausgaben von bzw. an andere Dienstherren. Die Differenz aus Einnahmen und Ausgaben wird an die Anstalt für Versorgungsvorsorge abgeführt bzw. von dieser erstattet. Ggf. werden Reste ins Folgejahr übertragen. Im konkreten Fall: Solländerung (2.536.226,89 Euro), da gemäß der haushaltmäßigen Konstruktion über Haushaltsvermerke entsprechende (Mehr-)Einnahmen als Einnahmeverfügungsmittel bei der (Ausgabe-)Haushaltsstelle 3990/631 12-2 zur Verfügung gestellt wurden.

- 119) **3990/432 02-2**
Die Anstalt für Versorgungsvorsorge und das Sondervermögen Versorgungsrücklage führen Zinserträge an die Freie Hansestadt Bremen zur (anteiligen) Kompensation der steigenden Versorgungslasten ab. Die jährlichen Einnahmen und Ausgaben werden veranschlagt. Über die Allgemeine Rückgabe wird das Haushaltssoll am Jahresanfang auf null gesetzt und über Einnahmeverfügungsmittel wieder erhöht. Das Haushaltssoll wird zur (Teil-)Deckung der Ausgaben auf den originären Versorgungshaushaltsstellen verwendet. Im konkreten Fall: Solländerung (-8.692.050,00 Euro) durch in Anspruch genommene Deckungsfähigkeitsbeziehungen.
- 120) **3990/461 03-0**
Globale Mehrausgaben sind veranschlagte Beträge, die abweichend vom Grundsatz der Einzelveranschlagung einen möglicherweise entstehenden, aber im Detail noch nicht zuzuordnenden Mehrbedarf abdecken sollen. Im Personalhaushalt sind dieses z. B. die Risikovorsorgen für zukünftige Tarifabschlüsse. Im konkreten Fall: Solländerung (12.590.948,77 Euro) im Saldo aus Nachbewilligungen (5.943.777,23 Euro) und Einsparungen (-4.163.857,06 Euro) sowie unter Berücksichtigung eines aus dem Vorjahr zur Verfügung stehenden Haushaltsrestes (10.811.028,60 Euro). Die noch verfügbaren Mittel (14.934.468,77 Euro) wurden für den fortdauernden Zweck der Haushaltsstellen als Ausgaberes nach 2018 übertragen.
- 121) **3990/632 14-5**
Die Einnahmen und Ausgaben aus dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag sind nicht planbar und werden nicht veranschlagt. Unterjährig erfolgen Einnahmen und Ausgaben von bzw. an andere Dienstherren. Die Differenz aus Einnahmen und Ausgaben wird an die Anstalt für Versorgungsvorsorge abgeführt bzw. von dieser erstattet. Ggf. werden Reste ins Folgejahr übertragen. Im konkreten Fall: Solländerung (2.828.284,78 Euro) für in Anspruch genommene Deckungsfähigkeitsbeziehungen.
- 122) **3990/634 12-1**
Die Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge zur Absicherung von VBL-Risiken konnte aufgrund der Situation im Gesamthaushalt (Stadtgemeinde Bremen) am Jahresende 2017 nicht mehr erfolgen. Die Mittel sind daher als Haushaltsreste in den Haushalt 2018 übertragen worden und sollen im aktuellen Haushalt der Anstalt für Versorgungsvorsorge zugeführt werden.
- 123) **3990/919 01-0**
Solländerung (6.798.398,97 Euro) mittels Nachbewilligung durch Zuführung an die Budgetrücklage in gleicher Höhe.
- 124) **3995/548 11-8**
Globale Mehrausgaben sind veranschlagte Beträge, die abweichend vom Grundsatz der Einzelveranschlagung einen möglicherweise entstehenden, aber im Detail noch nicht zuzuordnenden Mehrbedarf abdecken sollen. Bei den konsumtiven Personalkostenzuschüssen sind dieses z. B. die Risikovorsorgen für zukünftige Tarifabschlüsse. Im konkreten Fall: Solländerungen (-9.378.800,00 Euro) durch Nachbewilligungen.
- 125) **3995/971 10-0**
Solländerung aufgrund Umbewilligung zur Deckung von Vollzugsrisiken an andere Produktpläne.

- 126) **3995/972 11-4**
Solländerung (19.676.300,00 Euro) aufgrund Umbewilligung zur Erwirtschaftung der Minderausgabe.
- 127) **3995/972 99-8**
Die aus technischen Einsparungen resultierende Solländerung in Höhe von - 228.789.605,32 Euro beruht auf der bei dieser Haushaltsstelle aus Vereinfachungsgründen vorgenommenen Deckung derjenigen Beträge, die im Rahmen der Abrechnung 2017 der einzelnen Produktpläne den jeweiligen Budgetrücklagen zugeführt worden sind und für die (ohne Solländerung bei den einzelnen produktplanbezogenen Deckungshaushaltsstellen) der konkrete haushaltsstellengerechte Nachweis der Deckung durch die hierfür maßgebenden Abrechnungsunterlagen geführt wurde.
- 128) **3998/799 01-4**
Solländerung (-5.860.300,00 Euro) resultierend aus Nachbewilligung/Einsparung. Im Rahmen der Haushaltsaufstellung ist ein um 300 € höherer Betrag als in der korrespondierenden Einnahme bei 3998.384 01-9 veranschlagt worden. Im Rahmen der Folgeveranschlagungen wurde dieser Betrag korrigiert.

Haushaltsüberschreitungen

Die Senatorin für Finanzen hat haushaltsstellenscharf bzw. deckungskreisbezogen die IST-Ausgaben 2017 (Stand 14. Monat) den zur Verfügung stehenden Ausgabemitteln im Haushalt der Stadtgemeinde gegenübergestellt. Über die bestehende Ausgabeermächtigung hinaus geleistete Ausgaben können ggf. einen Verstoß gegen das parlamentarische Bewilligungsrecht (Haushaltsverstoß) darstellen.

Die festgestellten Überschreitungsfälle 2017 im Haushalt der Stadtgemeinde sind in der nachfolgenden tabellarischen Übersicht zusammenfasst. Die Überschreitungsfälle sind von den betroffenen Ressorts analysiert worden und mit einer entsprechenden Stellungnahme hinterlegt worden.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Anzahl und das Volumen der Haushaltsüberschreitungen 2017 im Haushalt der Stadtgemeinde ebenfalls deutlich verringert, von 15 auf 7 Überschreitungsfälle bzw. von 0,880 Mio. Euro auf 0,198 Mio. Euro.

Im Rahmen der Abrechnung der Produktplanhaushalte 2017 wurden sämtliche Überschreitungen im Haushalt der Stadtgemeinde rechnerisch durch verringerte Reste- bzw. Rücklagenbildung ausgeglichen.

Haushaltsüberschreitungen 2017 - Haushalt der STADTGEMEINDE										
Senatorin für Finanzen, Ref. 21 19. Juli 2018										
PPL	PGR	Aggregat	Haushaltsstelle / Deckungskreis- Nr.	Zweckbestimmung	Anschlag EUR	Haushaltsoll EUR	IST Gesamt EUR	Überschreitung EUR	Rechnerisch ausge- glichen	Anmerkung/Stellungnahme des Ressorts
03	03.01.02	AUSG.ERSTI	3041.98141-4	An Hst. 3950/381 41-7, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektr. Arbeitszeiterfassung	0,00	0,00	1.215,00	1.215,00	x	Es ist versehentlich versäumt worden, rechtzeitig eine Nachbewilligung zu veranlassen.
07	07.03.12	AUSG.KONSU	3051.51820-8	Arbeitsplatzkosten im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen	0,00	325.676,00	444.937,29	119.261,29	x	Es war vorgesehen, den Ausgleich innerhalb des Produktbereichs zeitgerecht per Nachbewilligung vorzunehmen. Dies ist versehentlich versäumt worden.
68	68.01.02	AUSG.KONSU	3687.51850-0	Miet- und Pachtzahlungen an das Sondervermögen Immobilien und Technik	150.000,00	150.000,00	154.669,44	4.669,44	x	Die Überschreitung ist auf eine Kostenerhöhung infolge einer Neuanmietung zurückzuführen. Die Nachbewilligung/Anzeige konnte nicht mehr veranlasst werden.
31	31.02.01	DIVERSE	14006	Beihilfen nach § 26 u. 27 BVG	89.000,00	132.000,00	144.292,39	12.292,39	x	Im 14. Monat erfolgt aus Gründen der Datenvalidität keine Berechnung der Einnahmeverfügungsmittel. Die erzielten Mehreinnahmen i.H.v. 12.292,39 Euro, die die ausgewiesene Überschreitung gedeckt hätten, sind daher nicht sollerhöhend bei den Ausgaben im Deckungskreis 14006 bereitgestellt worden.
96	96.01.01	DIVERSE	14039	Ausgaben für IT bzw. IT- Fachaufgaben (Amt f. Straßen u. Verkehr)	742.790,00	799.472,15	807.164,58	7.692,43	x	Zu dem Deckungskreis gehören die Haushaltsstellen 3950.53962-2 u. 3950.53266-0. Die Überschreitung ist auf höhere Ausgaben an Dataport für Serviceleistungen im Zusammenhang mit der Betreuung einer neuen Software zurückzuführen, die bei der Veranschlagung in der Höhe nicht absehbar waren. Zudem ist eine Kostenbeteiligung nicht mehr rechtzeitig eingegangen.

PPL	PGR	Aggregat	Haushaltsstelle / Deckungskreis-Nr.	Zweckbestimmung	Anschlag EUR	Haushaltssoll EUR	IST Gesamt EUR	Überschreitung EUR	Rechnerisch ausgeglichen	Anmerkung/Stellungnahme des Ressorts
07	07.03.12	DIVERSE	14410	Kosten im Zusammenhang mit Angelegenheiten in Aufenthalt u. Einbürgerung	160.000,00	160.680,00	212.650,05	51.970,05	x	Die Ausgaben im Zusammenhang mit Angelegenheiten in Aufenthalt und Einbürgerung unterlagen Steigerungen, die in dem Ausmaß nicht zu erwarten waren. Innerhalb des Deckungskreises standen nicht genügend Mittel zur Verfügung. Es war daher vorgesehen, den Ausgleich zeitgerecht innerhalb des Produktbereichs per Anzeige vorzunehmen. Dies ist versehentlich versäumt worden.
07	07.02.02	DIVERSE	14423	Ausgaben Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte u. Ausstattungsgegenstände im Rettungsdienst	0,00	0,00	590,00	590,00	x	Die Überschreitung ist bei der Haushaltsstelle 3054.51171-9 im Zusammenhang mit dem Geschäftsbedarf beim Rettungsdienst aufgetreten. Die Haushaltsstelle gehört zum Deckungskreis 14423. Die Überschreitung resultiert aus Fehlbuchungen, die durch Umbuchungen korrigiert werden sollten. Diese sind jedoch versehentlich nicht korrekt ausgeführt worden.
Haushaltsüberschreitungen Stadtgemeinde										
197.690,60										
STADT: 0,31 Euro (Haushaltsstelle 3520.89131-4) und 0,66 Euro (Haushaltsstelle 3520.89130-6) sowie die technische Ausgleichsposition (bei Haushaltsstelle 3995.97299-8) sind hierbei nicht berücksichtigt.										

Personalausgaben 2017

Personalausgaben (HGr. 4) 2017 - Land -			
	Anschlag -€	Soll -€	Ist -€
Aufwendungen für Abgeordnete (Grp. 411)	9.786.310	9.786.310,00	8.982.121,55
Bezüge der Bürgermeister, Senatoren und sonstiger Amtsträger (Grp. 421)	1.284.050	1.243.829,20	1.243.829,20
Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter (Grp. 422)	266.358.400	281.888.654,02	273.025.069,08
Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Grp. 428)	128.703.680	155.320.789,50	150.123.491,61
Versorgungsbezüge und dgl. (OGrp. 43)	180.278.710	185.866.683,16	184.644.861,47
Beihilfen, Unterstützungen und dgl. (OGrp. 44)	32.548.240	31.556.596,97	32.629.654,70
Übrige	29.457.080	16.151.533,74	5.518.381,31
insgesamt:	648.416.470	681.814.396,59	656.167.408,92

Personalausgaben (HGr. 4) 2017 - Stadt -			
	Anschlag -€	Soll -€	Ist -€
Aufwendungen für Abgeordnete (Grp. 411)	0	0,00	0,00
Bezüge der Bürgermeister, Senatoren und sonstiger Amtsträger (Grp. 421)	780.000	797.688,60	797.688,60
Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter (Grp. 422)	258.009.570	276.622.186,40	273.834.623,05
Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Grp. 428)	158.603.210	158.759.598,40	152.232.285,65
Versorgungsbezüge und dgl. (OGrp. 43)	245.662.960	245.953.787,77	243.995.311,11
Beihilfen, Unterstützungen und dgl. (OGrp. 44)	33.945.480	35.377.404,50	35.296.861,70
Übrige	9.007.780	19.153.200	1.327.634
insgesamt:	706.009.000	736.663.865,18	707.484.404,36

Personalausgaben (HGr. 4) 2017 - Land und Stadtgemeinde Bremen -			
	Anschlag -€	Soll -€	Ist -€
Aufwendungen für Abgeordnete (Grp. 411)	9.786.310	9.786.310,00	8.982.121,55
Bezüge der Bürgermeister, Senatoren und sonstiger Amtsträger (Grp. 421)	2.064.050	2.041.517,80	2.041.517,80
Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter (Grp. 422)	524.367.970	558.510.840,42	546.859.692,13
Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Grp. 428)	287.306.890	314.080.387,90	302.355.777,26
Versorgungsbezüge und dgl. (OGrp. 43)	425.941.670	431.820.470,93	428.640.172,58
Beihilfen, Unterstützungen und dgl. (OGrp. 44)	66.493.720	66.934.001,47	67.926.516,40
Übrige	38.464.860	35.304.733,25	6.846.015,56
insgesamt:	1.354.425.470	1.418.478.261,77	1.363.651.813,28

Übersicht

über den Gesamtbetrag der bei den jeweiligen Einzelplänen aufgrund gesetzlicher Bestimmung oder mit gesetzlicher Ermächtigung niedergeschlagenen Beträge

EPL	Forderungen nach Bereichen	Niedergeschlagene Beträge 2016 in Euro	Niedergeschlagene Beträge 2017 in Euro
30	Bürgerschaft, Senat, Inneres	413.151,45	294.028,68
31	Sport	- 5,98	-
32	Bildung, Kultur	8.498,87	9.366,08
33	Arbeit	-	-
34	Jugend und Soziales	132.800,40	353.240,47
35	Gesundheit	74,30	310,00
36	Bau, Umwelt und Verkehr	28.009,00	74.691,53
37	Wirtschaft	7.207,44	6.482,91
38	Häfen	75,00	- 10,50
39	Finanzen (ohne Steuern)	1.687.279,70	9.485,31
	Gemeindesteuern	4.487.000,00	14.719.285,71
	Summe:	6.764.090,18	15.466.880,19

Übersicht

über den Gesamtbetrag der bei den jeweiligen Einzelplänen aufgrund gesetzlicher Bestimmung oder mit gesetzlicher Ermächtigung erlassenen Beträge

EPL	Forderungen nach Bereichen	Erlassene Beträge 2016 in Euro	Erlassene Beträge 2017 in Euro
30	Bürgerschaft, Senat, Inneres	880,98	530,46
31	Sport	-	-
32	Bildung, Kultur	504,00	945,00
33	Arbeit	-	-
34	Jugend und Soziales	-	3.135,83
35	Gesundheit	-	-
36	Bau, Umwelt und Verkehr	-	-
37	Wirtschaft	-	-
38	Häfen	-	-
39	Finanzen (ohne Steuern)	-	-
	Gemeindesteuern	1.882.000,00	1.199.000,00
	Summe:	1.883.384,98	1.203.611,29

Vermögensnachweis der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)
zum 31.12.2017

Pos.	Bezeichnung	Bestand 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Bestand 31.12. des Jahres EUR
1	Beteiligungen	1.221.497.788,97	-97.779.754,83	1.123.718.034,14
2	Sachanlagevermögen	28.633.467,34	-165.585,11	28.467.882,23
3	Forderungen			
3a	Allgemeine Darlehen	9.441.000,00	-34.000,00	9.407.000,00
3c	Sonstige Forderungen	425.074.532,09	22.677.115,68	447.751.647,77
4	Rücklagen	103.831.025,17	176.297.274,77	280.128.299,94
5	Sondervermögen			
5a	Unselbständige Stiftungen und Vermächtnisse	2.040.350,98	2.381,65	2.042.732,63
5b	Sondervermögen	2.165.439.774,17	-1.951.085,75	2.163.488.688,42
5c	Eigenbetriebe	215.719.234,20	388.988,57	216.108.222,77
6	Schulden			
6a	Schuldscheindarlehen	8.000.391.186,62	171.232.690,45	8.171.623.877,07
6c	sonstige Verpflichtungen	762.105,90	-242.460,81	519.645,09
7	Bürgschafts- und Eventualverpflichtungen	447.388.658,35	305.660.623,91	753.049.282,26

Vermögensnachweis Stadt

Position 1

Haushaltsjahr 2017

Beteiligungen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)

	Grund-/Stammkapital		brem. Anteil	Eigenkapital		
	Gesamt	Bremen		Gesamt	Bremen	
Unternehmen:	EUR	EUR	%	EUR	EUR	
Abfalllogistik Bremen GmbH	25.000,00	25.000,00	100,00	0,00	0,00)*
Abfalllogistik Bremen Holding GmbH & Co. KG	1.000,00	1.000,00	100,00	0,00	0,00)*
Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH	25.000,00	12.500,00	50,00	94.878,96	47.439,48	
Botanika GmbH, Bremen	30.000,00	30.000,00	100,00	3.339.550,67	3.339.550,67	
Governikus Bremen GmbH, Bremen	25.000,00	25.000,00	100,00	26.211,56	26.211,56	
Governikus GmbH & Co. KG, Bremen	8.000.000,00	4.408.000,00	55,10	5.719.936,18	3.151.684,84	
bremenports Beteiligungs GmbH, Bremerhaven	25.000,00	25.000,00	100,00	27.834,91	27.834,91	
bremenports GmbH & Co KG, Bremen	250.000,00	250.000,00	100,00	250.000,00	250.000,00	
Bremer Bäder GmbH, Bremen	358.000,00	349.600,00	97,65	2.899.648,01	2.831.506,28	
Bremer Energie-Konsens GmbH, Bremen	52.000,00	5.252,00	10,10	695.215,26	70.216,74	
Bremer Lagerhaus Gesellschaft AG von 1877 (BLG), Bremen	9.984.000,00	5.033.933,00	50,42	20.211.323,32	10.190.549,22	
Bremer Lagerhaus Logistics Group AG & Co, Bremen	51.000.000,00	51.000.000,00	100,00	309.004.312,88	309.004.312,88)**
Bremer Philharmoniker GmbH, Bremen	25.000,00	13.000,00	52,00	402.544,47	209.323,12	
Bremer Theater Grundstücksgesellschaft mbH & Co KG, Bremen	25.000,00	25.000,00	100,00	425.000,00	425.000,00	
Bremer Verkehrs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Bremen (ehemals: Bremer Verkehrsgesellschaft mbH)	25.000.000,00	25.000.000,00	100,00	505.329.803,74	505.329.803,74)**
BREPARK GmbH, Bremen	26.000,00	780,00	3,00	17.171.402,33	515.142,07	
Columbus Cruise Center GmbH, Bremerhaven	500.000,00	215.000,00	43,00	1.036.119,29	445.531,29	
ekz - Bibliothekservice GmbH, Reutlingen	2.181.120,00	61.355,03	2,81	13.815.698,41	388.221,13	
Facility Management Bremen GmbH, Bremen	25.000,00	25.000,00	100,00	601.884,75	601.884,75	
Fähren Bremen-Stedingen GmbH, Bremen	260.000,00	143.000,00	55,00	7.425.372,66	4.083.954,96	
Flughafen Bremen GmbH, Bremen	30.779.771,25	30.779.771,25	100,00	79.772.448,25	79.772.448,25)**
Gesundheit Nord Grundstücks GmbH & Co. KG, Bremen	10.000.000,00	10.000.000,00	100,00	116.869.244,72	116.869.244,72)**,)***
Großmarkt Bremen GmbH (mit Bremer Ratskeller)	7.535.000,00	7.535.000,00	100,00	10.531.132,43	10.531.132,43	
Grundstücksentwicklungsgesellschaft Klinikum Bremen-Mitte Beteiligungen mbH	25.000,00	25.000,00	100,00	31.853,03	31.853,03	
Grundstücksentwicklungsgesellschaft Klinikum Bremen-Mitte GmbH & Co. KG	25.000,00	25.000,00	100,00	0,00	0,00	
Hanseatische Naturentwicklung GmbH (HANEG), Bremen	25.000,00	25.000,00	100,00	405.587,47	405.587,47	
Hanseatische Wohnungs-Beteiligungs-Gesellschaft mbH, Bremen	50.000,00	40.000,00	80,00	26.169.898,89	20.935.919,11)**
hanseWasser Bremen GmbH, Bremen	25.564.594,06	6.416.713,11	25,10	51.774.439,65	12.995.384,35	
JadeWeserPort Realisierungs-Beteiligungs-GmbH	50.000,00	24.950,00	49,90	58.577,94	29.230,39	
JadeWeserPort Realisierungsges. mbH & Co. KG	1.000.000,00	499.000,00	49,90	61.480.413,62	30.678.726,40	
Münchener Hypothekbank eG, München	6.135.502,57	70,00	0,00	1.343.867.378,81	0,00	
Straßenreinigung Bremen GmbH, Bremen	25.000,00	25.000,00	100,00	0,00	0,00)*
Straßenreinigung Bremen Holding GmbH & Co. KG, Bremen	1.000,00	1.000,00	100,00	0,00	0,00)*

Theater Bremen GmbH, Bremen	184.065,08	184.065,08	100,00	95.757,19	95.757,19	
Universum Managementgesellschaft mbH, Bremen (ehemals Visionarum / Besitzges. Science Center Bremen GmbH)	50.000,00	50.000,00	100,00	1.523.554,48	1.523.554,48	
Werkstatt Nord gGmbH, Bremen	25.000,00	25.000,00	100,00	668.510,08	668.510,08	
Wirtschaftsförderung Bremen GmbH	102.250.000,00	7.102.173,91	6,95	118.458.390,42	8.232.858,13)**
ZOB Zentral-Omnibus-Bahnhof GmbH, Bremen	25.564,59	9.510,03	37,20	25.968,99	9.660,46	
Gesamt:		149.389.673,41			1.123.718.034,14	
<hr/>						
Vorjahresbestand :					1.221.497.788,97	
Abgang					-97.779.754,83	

)* Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2017 lag zum Zeitpunkt der Erstellung der Haushaltsrechnung noch nicht vor, Neugründung in 2017

)** siehe nachfolgende Übersicht der Unterbeteiligungen

)*** Einheitsgesellschaft

Nachrichtlich: Nicht eingezahlte Teilbeträge des Stammkapitals

Haushaltsjahr 2017

Unternehmen:	Ausstehendes Nennkapital am 31.12.2017 EUR
ZOB Zentral-Omnibus-Bahnhof GmbH, Bremen	2.139,75
Gesamt:	2.139,75

Vermögensnachweis Stadt

Ergänzung zu Position 1

Haushaltsjahr 2017

Unterbeteiligungen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)¹

	Kapital EUR	Anteil %
1 Unterbeteiligungen der WFB²:		
Ansgaritor Grundstücksverwaltungs-GmbH	25.000,00	100,00
Bürgerschaftsbank Bremen GmbH (gehalten von der WFB)	3.300.000,00	1,35
Bremer Aufbau-Bank GmbH	110.000.000,00	100,00
BAB Beteiligungs- und Managementgesellschaft Bremen mbH	100.000,00	100,00
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Bremen mbH	5.113.000,00	25,00
Bürgerschaftsbank Bremen GmbH (gehalten von der BAB)	3.300.000,00	34,65
Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG) GmbH, Bremerhaven	26.000,00	48,01
Bremer Weser - Stadion GmbH	512.000,00	50,00
BTZ Bremer Touristik - Zentrale Gesellschaft für Marketing und Service mbH	26.000,00	100,00
CEON GmbH i.L.	25.000,00	51,00
ESN-Event & Sport Nord GmbH	50.000,00	24,90
EVG elko Veranstaltungs- und Gebäudeservice GmbH	26.000,00	20,00
Galintis GmbH & Co. KG (AIRBUS Beteiligung), Frankfurt am Main	13.445.000,00	9,09
geschmackslabor messe & eventcatering GmbH	100.000,00	24,90
Glocke Veranstaltungs-GmbH	26.000,00	100,00
H.A.G.E.-Grundstücksverwaltungs-GmbH	26.000,00	100,00
Hanse Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	51.000,00	100,00
Musikfest Bremen GmbH	60.000,00	40,00
Treuhandbeteiligungen der WFB:		
GVZ Entwicklungsgesellschaft Bremen mbH	163.000,00	26,47
HIBEG Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	2.482.000,00	100,00
Tradeasset Beteiligungsgesellschaft mbH	26.000,00	100,00
STAVE Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i.L.	26.000,00	100,00
SWG Grundstücks GmbH & Co.	486.000,00	100,00
SWG Grundstücksverwaltungs-GmbH	26.000,00	100,00

¹ Es sind alle mittelbaren Beteiligungen im Sinne von § 65 Abs. 3 LHO aufgeführt, sofern sie von Mehrheitsbeteiligungen gehalten werden

² Die Stadtgemeinde Bremen hält 6,95 % der Anteile an der WFB.

Vermögensnachweis Stadt

Ergänzung zu Position 1

Haushaltsjahr 2017

Unterbeteiligungen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)¹

	Kapital EUR	Anteil %
2 Unterbeteiligungen der BLG Logistics Group AG & Co. KG:		
BLG Automobile Logistics Beteiligungs-GmbH, Bremen (vormals: BLG AutoTerminal Bremerhaven Beteiligungs-GmbH, Bremerhaven)	79.000,00	100,00
BLG Automobile Logistics GmbH & Co. KG, Bremen (vormals: BLG AutoTerminal Bremerhaven GmbH & Co. KG, Bremerhaven)	71.101.000,00	100,00
BLG Automobile Logistics Italia S.r.l., Gioia Tauro, Italien	1.748.000,00	98,97
AutoTerminal Gioia Tauro S.p.A., San Ferdinando, Italien	2.136.000,00	49,49
BLG Automobile Logistics Süd-/Osteuropa GmbH, Bremen	3.442.000,00	100,00
BLG AutoTerminal Gdansk Sp.z o.o., Gdansk, Polen	2.725.000,00	100,00
BLG Logistics Automobile St. Petersburg Co. Ltd., St. Petersburg, Russland	2.111.000,00	100,00
Autoterminal Slask Logistic Sp.z o.o., Dabrowka Gornicza, Polen	577.000,00	100,00
BLG ViDi LOGISTICS TOW, Kiew, Ukraine	1.449.000,00	50,00
BLG AutoRail GmbH, Bremen	13.291.000,00	50,00
BLG RailTec GmbH, Uebigau-Wahrenbrück	4.050.000,00	50,00
BLG AutoTerminal Bremerhaven GmbH & Co. KG, Bremerhaven (gegründet als BLG AutoHaven GmbH & Co. KG, Bremerhaven)	39.186.000,00	100,00
BLG AutoTec Beteiligungs-GmbH, Bremerhaven	26.000,00	100,00
BLG AutoTec GmbH & Co. KG, Bremerhaven	522.000,00	100,00
BLG AutoTerminal Cuxhaven Beteiligungs-GmbH, Cuxhaven	9.000,00	100,00
BLG AutoTerminal Cuxhaven GmbH & Co.KG, Cuxhaven	704.000,00	100,00
BLG AutoTerminal Deutschland Beteiligungs-GmbH, Bremen	53.000,00	100,00
BLG AutoTerminal Deutschland GmbH & Co. KG, Bremen	4.428.000,00	100,00
ATN Autoterminal Neuss GmbH & Co. KG, Neuss	5.174.000,00	50,00
ATN Autoterminal Neuss Verwaltungs-GmbH, Neuss	28.000,00	50,00
BLG AutoTransport Beteiligungs-GmbH, Bremen	27.000,00	100,00
BLG AutoTransport GmbH & Co. KG, Bremen	4.719.000,00	100,00
BLG CarShipping Koper d.o.o., Koper, Slowenien	240.000,00	100,00
BLG Interriijn Auto Transport RoRo B. V., Rotterdam, Niederlande	336.000,00	50,00

¹ Es sind alle mittelbaren Beteiligungen im Sinne von § 65 Abs. 3 LHO aufgeführt, sofern sie von Mehrheitsbeteiligungen gehalten werden

Vermögensnachweis Stadt

Ergänzung zu Position 1

Haushaltsjahr 2017

Unterbeteiligungen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)¹

	Kapital EUR	Anteil %
BLG LOGISTIKA ADRIATIC d.o.o., Ploče, Kroatien	14.000,00	100,00
Cuxcargo Hafенbetrieb Verwaltungs-GmbH, Cuxhaven	keine Angabe	50,00
Cuxcargo Hafенbetrieb GmbH & Co. KG, Cuxhaven	keine Angabe	50,00
BLG-Cinko Auto Logistics (Tianjin) Co., Ltd, Tianjin, Volksrepublik China	55.000,00	50,00
BLG Logistics (Beijing) Co., Ltd, Peking, Volksrepublik China	229.000,00	100,00
Automobile Logistics Slovakia s.r.o. i. L., Bratislava, Slowakei	62.000,00	50,00
BLG Cargo Logistics GmbH, Bremen	19.683.000,00	100,00
DCP Dettmer Container Packing GmbH & Co KG, Bremen	772.000,00	50,00
DCP Dettmer Container Packing GmbH, Bremen	78.000,00	50,00
Hansa Marine Logistics GmbH, Bremen	86.000,00	100,00
ICC Independent Cargo Control GmbH, Bremen	72.000,00	50,00
Schultze Stevedoring Beteiligungs-GmbH, Bremen	28.000,00	50,00
Schultze Stevedoring GmbH & Co. KG, Bremen	100.000,00	50,00
BLG-ESF Warehouse GmbH i. L., Bremen	92.000,00	50,00
BLG Handelslogistik Beteiligungs GmbH, Bremen	31.000,00	100,00
BLG Handelslogistik GmbH & Co. KG, Bremen	1.502.000,00	100,00
BLG Logistics Solutions Italia S.r.l., Mailand, Italien	282.000,00	100,00
BLG Sports & Fashion Logistics GmbH, Hörsel	4.432.000,00	51,00
BLG Logistics (UK) Ltd. i. L., Felixtowe, Großbritannien	10.000,00	100,00
BLG Industrielogistik Beteiligungs-GmbH, Bremen	31.000,00	100,00
BLG Industrielogistik GmbH & Co. KG, Bremen	21.714.000,00	100,00
BLG Automotive Logistics of South America Ltda., São Paulo, Brasilien	5.000,00	100,00
BMS Logistica Ltda., São Paulo, Brasilien	-683.000,00	50,00
BLG Logistics, Inc., Atlanta, USA	-8.385.000,00	100,00
BLG Logistics of Alabama, LLC, Vance, USA	keine Angabe	100,00
BLG Logistics of South Africa (Pty) Ltd., Port Elizabeth, Südafrika	365.000,00	84,07

¹ Es sind alle mittelbaren Beteiligungen im Sinne von § 65 Abs. 3 LHO aufgeführt, sofern sie von Mehrheitsbeteiligungen gehalten werden

Vermögensnachweis Stadt

Ergänzung zu Position 1

Haushaltsjahr 2017

Unterbeteiligungen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)¹

	Kapital EUR	Anteil %
Hizotime (Pty) Ltd, East London, Südafrika	1.030.000,00	41,19
NYK LOGISTICS AND BLG SA Pty. Ltd., Port Elizabeth, Südafrika	1.987.000,00	42,88
AutoLogistics International GmbH, Bremen	-3.503.000,00	50,00
BLG Parekh Logistics Pvt. Ltd., Mumbai, Indien	307.000,00	50,00
BLG SWIFT LOGISTICS Sdn. Bhd., Kuala Lumpur, Malaysia	431.000,00	60,00
BLG Logistics Solutions Beteiligungs-GmbH, Bremen	26.000,00	100,00
BLG Logistics Solutions GmbH & Co. KG, Bremen	1.850.000,00	100,00
Paul Günther Italia S.r.l. i.L., Genua, Italien	keine Angabe	90,00
BLG WindEnergy Logistics Beteiligungs-GmbH, Bremerhaven	25.000,00	100,00
BLG WindEnergy Logistics GmbH & Co. KG, Bremerhaven	-807.000,00	100,00
OLB Offshore Logistics Bremerhaven GmbH, Bremerhaven	469.000,00	42,50
INFORTRA GmbH INTERNATIONAL FORWARDING & TRANSPORT, Niederkrüchten	-224.000,00	100,00
LOGFORTRA GmbH Logistic, Forwarding & Transport, Niederkrüchten	-38.000,00	100,00
Kitzinger & Co. (GmbH & Co. KG), Hamburg	1.070.000,00	100,00
Arno Rosenlöcher (GmbH & Co. KG), Hamburg	32.000,00	100,00
DIHS-DAKOSY Interessengemeinschaft Hamburger Spediteure GmbH, Hamburg	4.093.000,00	3,85
IGLU Air Cargo GmbH, Mörfelden-Walldorf	284.000,00	3,85
TCU GmbH & Co. KG, Bremen	1.524.000,00	0,25
dbh Logistics IT AG, Bremen	4.876.000,00	27,32
EUROGATE Beteiligungs-GmbH, Bremen	35.000,00	50,00
EUROGATE Geschäftsführungs-GmbH & Co. KGaA, Bremen	69.000,00	50,00
EUROGATE GmbH & Co. KGaA, KG, Bremen	399.685.000,00	50,00
EUROGATE City Terminal GmbH, Hamburg	1.728.000,00	50,00
EUROGATE Container Terminal Bremerhaven GmbH, Bremerhaven	47.221.000,00	50,00
HVCC Hamburg Vessel Coordination Center GmbH, Hamburg	100.000,00	17,00
EUROGATE Intermodal GmbH, Hamburg	4.848.000,00	50,00
FLOYD Zrt., Budapest, Ungarn	1.397.000,00	32,00

¹ Es sind alle mittelbaren Beteiligungen im Sinne von § 65 Abs. 3 LHO aufgeführt, sofern sie von Mehrheitsbeteiligungen gehalten werden

Vermögensnachweis Stadt

Ergänzung zu Position 1

Haushaltsjahr 2017

Unterbeteiligungen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)¹
--

	Kapital EUR	Anteil %
IPN Inland Port Network Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamburg	37.000,00	25,00
IPN Inland Port Network GmbH & Co. KG, Hamburg	68.000,00	25,00
Medgate FeederXpress Ltd., Monrovia, Liberia	10.062.000,00	16,70
EUROGATE KV-Anlage Wilhelmshaven GmbH, Wilhelmshaven	3.000.000,00	50,00
Rail Terminal Wilhelmshaven GmbH, Wilhelmshaven	1.105.000,00	25,00
EUROGATE Technical Services GmbH, Bremerhaven	9.650.000,00	50,00
EUROGATE Terminal Services GmbH, Bremen	25.000,00	50,00
PCO Stauereibetrieb PAETZ & Co. Nfl. GmbH, Hamburg	77.436.000,00	50,00
EUROGATE International GmbH, Hamburg	101.496.000,00	50,00
CONTRAIL Logística S.A., São Paulo, Brasilien	5.829.000,00	8,34
CONTSHIP Italia S.p.A., Melzo / Mailand, Italien	83.967.000,00	16,70
EUROGATE Container Terminal Limassol Ltd., Limassol, Zypern	15.936.000,00	30,00
TangerMedGate Management S.a.r.l., Tanger, Marokko	31.810.000,00	26,68
OJSC Ust-Luga Container Terminal, Ust-Luga, Russland	64.286.000,00	10,00
REMAIN Holding GmbH, Hamburg	5.431.000,00	50,00
SCL Service-Centrum Logistik Bremerhaven GmbH, Bremerhaven	5.406.000,00	50,00
REMAIN GmbH Container-Depot and Repair, Hamburg	4.927.000,00	50,00
EUROGATE Container Terminal Wilhelmshaven Beteiligungsgesellschaft mbH,	44.000,00	35,00
EUROGATE Container Terminal Wilhelmshaven GmbH & Co. KG, Wilhelmshaven	107.191.000,00	35,00
MSC Gate Bremerhaven Verwaltungsgesellschaft mbH, Bremerhaven	56.000,00	25,00
MSC Gate Bremerhaven GmbH & Co. KG, Bremerhaven	33.184.000,00	25,00
North Sea Terminal Bremerhaven Verwaltungsgesellschaft mbH, Bremerhaven	39.000,00	25,00
Kispe Speditions G.m.b.H., Hamburg	60.000,00	100,00
Alexander von Humboldt II Verwaltung GmbH, Düsseldorf	27.000,00	7,20
Alexander von Humboldt II GmbH & Co. KG, Düsseldorf	12.358.000,00	7,20

¹ Es sind alle mittelbaren Beteiligungen im Sinne von § 65 Abs. 3 LHO aufgeführt, sofern sie von Mehrheitsbeteiligungen gehalten werden

Vermögensnachweis Stadt

Ergänzung zu Position 1

Haushaltsjahr 2017

Unterbeteiligungen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)¹

	Kapital EUR	Anteil %
BLG Unterstützungskasse GmbH, Bremen	30.000,00	100,00
Ausbildungsverbund Bremerhaven gemeinnützige Gesellschaft mbH, Bremerhaven	keine Angabe	33,40
3 Unterbeteiligungen der Bremer Verkehrs- und Beteiligungsgesellschaft:		
BREPARK GmbH, Bremen	26.000,00	97,00
Katharinenklosterhof GbR, Bremen	345.989,12	36,89
Bremer Straßenbahn AG, Bremen ("BSAG")	10.225.837,62	100,00
WeserBahn GmbH, Bremen	25.564,59	100,00
Bremen-Thedinghauser Eisenbahn GmbH	25.000,00	10,00
Consult Team Bremen - Gesellschaft für Verkehrsplanung u. Bau mbH	25.564,59	100,00
delbus GmbH & Co. KG	1.000.000,00	6,00
Del Regio Verkehrsgesellschaft mbH		100,00
Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsbetriebe mbH (beka)	383.520,00	0,40
ZOB Zentral-Omnibus-Bahnhof GmbH	25.564,59	14,20
Verkehrsverbund Bremen-Niedersachsen GmbH, (VBN)	122.250,00	43,15
Connect-Fahrplanauskunft GmbH	25.000,00	20,00
TM Traffic Marketing GmbH	25.000,00	49,00
metronom Eisenbahngesellschaft mbH	500.000,00	5,00
Stadtwerke Bremen AG, Bremen ("Stw AG")	1 Aktie	
Wesernetze Bremen	6.000.000,00	0,75
Wesernetze Bremerhaven	1.000.000,00	0,75
Bremische Grundstücks-GmbH	51.129,19	100,00
BREBAU GmbH	10.379.225,19	30,00
Alt-Hastedt Entwicklungsgesellschaft mbH & Co KG, Bremen	25.000,00	50,00
AVW Assekuranzvermittlung der Wohnungswirtschaft GmbH & Co. KG, Hamburg	27.300,00	11,75
Entwicklungsgesellschaft Hafenkante GmbH & Co. KG, Bremen	50.000,00	16,67

¹ Es sind alle mittelbaren Beteiligungen im Sinne von § 65 Abs. 3 LHO aufgeführt, sofern sie von Mehrheitsbeteiligungen gehalten werden

Vermögensnachweis Stadt

Ergänzung zu Position 1

Haushaltsjahr 2017

Unterbeteiligungen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)¹

	Kapital EUR	Anteil %
Entwicklungsgesellschaft Hafenkante Beteiligungs GmbH, Bremen	4.000,00	14,29
Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH, Bremen	50.000,00	100,00
GEWOBA Energie GmbH, Bremen	1.000.000,00	100,00
GEWOBA Wohnen GmbH	22.720,00	90,88
PBG Projektgesellschaft Borgfeld GmbH & Co KG; Bremen	156.250,00	31,25
PGS Projektgesellschaft Stadtwerder Beteiligungs GmbH, Bremen	12.500,00	25,00
PGS Projektgesellschaft Stadtwerder GmbH & Co. KG, Bremen	25.000,00	25,00
WoWi Media GmbH & Co. KG, Hamburg	565.500,00	22,62
ImmoMediaNet GmbH & Co. KG	565.500,00	22,62
ImmoMediaNet Verwaltungs-GmbH	5.665,00	22,62
WoWi Media Verwaltungs GmbH	5.665,00	22,62
5 Unterbeteiligungen der Gesundheit Nord Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG		
Gesundheit Nord gGmbH Klinikverbund Bremen	45.025.000,00	100,00
Ambulanz Bremen GmbH	1.100.000,00	100,00
Gesundheit Nord Dienstleistungen GmbH	50.000,00	100,00
Bremer Zentrum für Laboratoriumsmedizin GmbH	50.000,00	49,00
Rehazentrum Bremen GmbH	250.000,00	51,00
Mobile Reha Bremen GmbH	50.000,00	49,00
Gesundheit Nord Gebäudemanagement GmbH	25.000,00	100,00
6 Unterbeteiligungen der Flughafen Bremen GmbH:		
AHS Bremen Aviation Handling Services GmbH	25.000,00	51,00
AHS Aviation Handling Services GmbH, Hamburg	500.000,00	49,00
AHS Aviation Handling Services GmbH, Hamburg	500.000,00	12,00
Bremen Airport Service GmbH	50.000,00	100,00
Flughafen Bremen Elektrik GmbH	25.000,00	100,00

¹ Es sind alle mittelbaren Beteiligungen im Sinne von § 65 Abs. 3 LHO aufgeführt, sofern sie von Mehrheitsbeteiligungen gehalten werden

Sachanlagevermögen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)

Bezeichnung	Bestand 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Bestand 31.12. des Jahres EUR
Sachanlagevermögen	28.633.467,34	-165.585,11	28.467.882,23
	28.633.467,34	-165.585,11	28.467.882,23

Allgemeine Darlehen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)
--

Allgemeine Darlehen

Haushaltsstelle	Saldo lt. Einzelblatt EUR	Wertberich- tigung %	Wertberich- tigung EUR	Gerundetes Ergebnis EUR
3980/131 30-0	35.883,61	2,46	-883,61	35.000,00
3980/181 01-3	9.165.253,92	0,00	-253,92	9.165.000,00
3980/182 01-0	211.121,36	1,95	-4.121,36	207.000,00
3995/119 39-0	3.227,76	100,00	-3.227,76	0,00
Gesamt:	9.415.486,65		-8.486,65	9.407.000,00
Vorjahresbestand :				9.441.000,00
Veränderung:				-34.000,00

Sonstige Forderungen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)

Dienststelle und ggf. Zweck	Saldo lt. Einzelblatt EUR	Wertberich- tigung %	Wertberich- tigung EUR	Ergebnis EUR
Amt für Strassen und Verkehr				
Verrentete Strassenkostenbeiträge	0,00	3,00	0,00	0,00
Bremische Gesellschaft				
Treuhandvermögen "Aussiedler und Zuwanderer"	4.348.389,24	0,00	0,00	4.348.389,24
Sf Bau				
Darlehen für den Bau von Gartenlauben	0,00	3,00	0,00	0,00
Sanierungsdarlehen	994.304,94	3,00	-29.829,15	964.475,79
Sf Finanzen				
Ford. Anstalt Versorgungsvorsorge	416.204.980,00	0,00	0,00	416.204.980,00
Ford. SV Versorgungsrücklage	24.958.000,00	0,00	0,00	24.958.000,00
Sf Wirtschaft				
Sonst Darlehen Inland	1.227.100,51	0,00	0,00	1.227.100,51
Sportamt				
Darlehen aus Wettmitteln	50.208,48	3,00	-1.506,25	48.702,23
Gesamt:	447.782.983,17		-31.335,40	447.751.647,77

Vorjahresbestand :	425.074.532,09
Veränderung:	22.677.115,68

Rücklagen der Freien Hansestadt Bremen

Buchungs- stelle	Bezeichnung	Bestand	+ Zugänge	Bestand*
		01.01. des Jahres EUR	- Abgänge EUR	31.12. des Jahres EUR
5611.339 80-3	Zentrale Sonderrücklage PPL 93 Zentrale Finanzen	0,00	195.000.000,00	195.000.000,00
5611.360 00-4	Rücklage Arbeitnehmerbeiträge nach	10.689.365,89	883.367,12	11.572.733,01
5611.390 00-0	Kassenverstärkungs- und	13.250.202,77	833.101,33	14.083.304,10
5611.394 00-6	Rücklage 'SAUBERE STADT'	20.356,82	0,00	20.356,82
5611.396 00-9	Rücklage KRIEGSOPFERFÜRSORGE	0,00	16.547,91	16.547,91
5611.398 10-9	Sonderrücklage für Zuschüsse an die	85.095,00	-7.300,00	77.795,00
5611.730 20-0	Budgetrücklage SENAT + SENATSKANZLEI	1.599,86	0,00	1.599,86
5611.830 20-5	Budgetrücklage SENAT + SENATSKANZLEI	958.840,10	-53.654,78	905.185,32
5611.830 31-0	Budgetrücklage INNERES (INVESTIV)	0,00	289.656,25	289.656,25
5611.832 39-9	Budgetrücklage SCHULEN (investiv)	3.128.954,35	-576.616,92	2.552.337,43
5611.832 89-5	Budgetrücklage KULTUR (investiv)	158.148,18	44.500,00	202.648,18
5611.834 00-6	Budgetrücklage JUGEND + SOZIALES (investiv)	15.036.259,96	-15.027.895,69	8.364,27
5611.835 01-0	Budgetrücklage GESUNDHEIT (investiv)	17.919,69	58.080,31	76.000,00
5611.836 81-5	Budgetrücklage BAUWESEN (investiv)	14.017.217,80	-3.384.386,53	10.632.831,27
5611.837 09-9	Budgetrücklage WAP (investiv)	778.468,95	-146.516,85	631.952,10
5611.838 01-0	Budgetrücklage HÄFEN (investiv)	9.188.222,87	5.383,30	9.193.606,17
5611.839 50-4	Budgetrücklage IT-AUSGABEN (investiv)	3.077.476,54	439.515,30	3.516.991,84
5611.839 95-4	Budgetrücklage ALLGEMEINE FINANZEN	101.103,51	-8.483,16	92.620,35
5611.839 98-9	Budgetrücklage PPL 93 Zentrale Finanzen (investiv)	0,00	667.524,92	667.524,92
5611.930 20-0	Budgetrücklage SENAT + SENATSKANZLEI	8.801,48	0,00	8.801,48
5611.932 89-0	Budgetrücklage KULTUR	2.799,30	0,00	2.799,30
5611.933 01-2	Budgetrücklage ARBEIT	13,47	0,00	13,47
5611.93400-0	Budgetrücklage JUGEND + SOZIALES	1,53	0,00	1,53
5611.935 01-5	Budgetrücklage GESUNDHEIT	305.659,13	0,00	305.659,13
5611.936 81-0	Budgetrücklage BAU	4.344.240,86	1.841.106,00	6.185.346,86
5611.937 09-3	Budgetrücklage Wirtschaft (WAP)	203.308,43	-36.388,95	166.919,48
5611.938 01-4	Budgetrücklage HÄFEN	3.295.344,68	59.586,91	3.354.931,59
5611.938 54-5	Budgetrücklage HBA-Baggertgut	234.000,01	0,00	234.000,01
5611.939 00-2	Budgetrücklage FINANZVERWALTUNG	56.551,73	0,00	56.551,73
5611.939 50-9	Budgetrücklage IT-Budget FHB	60.390,91	0,00	60.390,91
5611.939 90-8	Budgetrücklage ZENTRALE PERSONAL AUSGABEN	4.254.491,07	6.798.398,97	11.052.890,04
5611.939 95-9	Budgetrücklage ALLGEMEINE FINANZEN	3.839.406,61	0,00	3.839.406,61
5611.839 88-1	Budgetrücklage PPL 97 (inv.)	16.716.783,67	-11.398.250,67	5.318.533,00
Gesamt		103.831.025,17	176.297.274,77	280.128.299,94

* Die Werte beziehen sich auf den Stand des 14. Monats

Vermögensnachweis Stadt

Zu Position 5a

Haushaltsjahr 2017

Sondervermögen der Stadtgemeinde Bremen (unselbständige Stiftungen und Vermächtnisse)

Kapitel	Bestand am 01.01.2017 €	Zugänge €	Abgänge €	Bestand am 31.12.2017 €
5516 Hermann-Melchers-Reservefonds	222.842,12	14.300,03	0,00	237.142,15
5517 Friedrich-Mißler-Stiftung	394.726,40	598,40	0,00	395.324,80
5518 Gem. u. mildt. Wilhelm-Wolters-Stiftung	482.163,04	163,33	0,00	482.326,37
5519 Höpkensruh	0,00	0,00	0,00	0,00
5521 Wohlfahrtsstiftung	44.471,89	75,53	0,00	44.547,42
5523 Lür-Kropp-Hof	0,00	0,00	0,00	0,00
5524 Nachlässe zur Förderung junger Menschen	182.758,04	305,73	0,00	183.063,77
5525 Nachlässe zur Förderung sozialer Zwecke	667.908,03	0,00	-13.061,37	654.846,66
5526 Nachlässe zur Förderung von Waisenkindern	45.481,46	0,00	0,00	45.481,46
Gesamt:	2.040.350,98	15.443,02	-13.061,37	2.042.732,63

Zugang: 2.381,65

Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)
--

Bezeichnung	Bestand 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Bestand 31.12. des Jahres EUR
BAB:			
Treuhandvermögen Bürgschaften	999.554,35	-538.751,79	460.802,56
SV kommunale Abfallentsorgung (SV Abfall)			
Eigenkapital	1.224.750,41	54.592,24	1.279.342,65
SV Gewerbeflächen			
Eigenkapital	193.475.355,64	-4.145.974,93	189.329.380,71
SV Hafen			
Eigenkapital	271.039.885,68	-2.849.297,79	268.190.587,89
SV Immobilien & Technik			
Eigenkapital	450.791.394,79	-4.873.694,88	445.917.699,91
SV Infrastruktur			
Eigenkapital	1.187.653.484,76	11.136.204,93	1.198.789.689,69
SV Überseestadt			
Eigenkapital	60.255.348,54	-734.163,53	59.521.185,01
	2.165.439.774,17	-1.951.085,75	2.163.488.688,42

Eigenbetriebe der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)

Bezeichnung	Bestand 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Bestand 31.12. des Jahres EUR
Bremer Volkshochschule Eigenkapital	0,00	684.580,02	684.580,02
KITA Bremen Eigenkapital	1.546.390,33	27.893,75	1.574.284,08
Musikschule Bremen Eigenkapital	650.852,74	143.323,36	794.176,10
Stadtbibliothek Bremen Eigenkapital	234.247,59	-71.545,42	162.702,17
Umweltbetrieb Bremen Eigenkapital	163.051.346,14		163.051.346,14 *)
Werkstatt Bremen Eigenkapital	50.236.397,40	-395.263,14	49.841.134,26
	215.719.234,20	388.988,57	216.108.222,77

*) Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2017 lag zum Zeitpunkt der Erstellung der Haushaltsrechnung noch nicht vor. Deshalb wurde der Jahresabschluss für das Jahr 2016 herangezogen.

Vermögensnachweis Stadt

Position 6a

Haushaltsjahr 2017

Schuldscheindarlehen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)

Allgemeine Schuldscheindarlehen

Haushaltsstelle	Restschuld	+ Zugänge	Tigungen	Restschuld
	01.01. des Jahres	- Abgänge		31.12. des Jahres
	EUR	EUR	EUR	EUR
3980/591 01-7	624.208.589,65	0,00	-55.747.206,18	568.461.383,47
3980/595 01-7	7.376.182.596,97	226.979.896,63	0,00	7.603.162.493,60
Gesamt:	8.000.391.186,62	226.979.896,63	-55.747.206,18	8.171.623.877,07

nachrichtlich: Schulden der Eigenbetriebe und Sondervermögen

Haushaltsstelle	Restschuld	+ Zugänge	Tigungen	Restschuld
	01.01. des Jahres	- Abgänge		31.12. des Jahres
	EUR	EUR	EUR	EUR
5551/750 93-2	4.788.759,85	0,00	-342.054,26	4.446.705,59
5551/800 00-0	166.733.000,00	0,00	-9.817.000,00	156.916.000,00
5551/810 93-5	135.492.767,85	0,00	-12.667.703,51	122.825.064,34
5851/850 00-9	72.015.682,89	0,00	-7.076.922,14	64.938.760,75
5851/850 30-0	331.699.000,00	0,00	-4.923.000,00	326.776.000,00
5851/850 40-8	38.425.000,00	0,00	-1.073.000,00	37.352.000,00
5851/850 50-5	1.849.000,00	0,00	-522.000,00	1.327.000,00
5851/850 51-3	46.807.255,58	0,00	-2.415.947,88	44.391.307,70
5851/850 52-1	5.432.837,62	0,00	-665.000,00	4.767.837,62
5851/850 54-8	11.500.000,00	0,00	-455.000,00	11.045.000,00
Gesamt:	814.743.303,79	0,00	-39.957.627,79	774.785.676,00

Sonstige Verpflichtungen

Bezeichnung	Bestand 01.01. des Jahres EUR	Bestand 31.12. des Jahres EUR
Bremer Volkshochschule		
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	112.783,29	0,00
Focke Museum		
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	356.617,07	226.938,75
Übersee-Museum		
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	290.565,79	290.566,59
ZOB Zentral-Omnibus-Bahnhof GmbH		
Nicht eingezahltes Gesellschaftskapital	2.139,75	2.139,75
	762.105,90	519.645,09

<p>Bürgschaften der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)</p>

Art	Bestand 01.01. des Jahres EUR	Bestand 31.12. des Jahres EUR
Bürgschaften für Vereine / Sport	16.202.197,12	14.752.151,91
Garantien für Kultur / -leihgaben	67.738.709,24	214.852.269,36
Wirtschafts Bürgschaften	363.447.751,99	523.444.860,99
	447.388.658,35	753.049.282,26
Veränderung		305.660.623,91

**Grundbesitz des Landes und der Stadtgemeinde Bremen
innerhalb des bremischen Staatsgebietes
(Ausweis mit Bestand vom 3. Quartal 2018)**

L a n d

3. Quartal 2018

Nutzung	
Gebäude- und Freifläche ¹⁾	1.059.394 m ²
Erholungsfläche ²⁾	792.398 m ²
Verkehrsfläche	1.811.256 m ²
Landwirtschaftsfläche	3.647.331 m ²
Waldfläche	116.300 m ²
Wasserfläche	2.147.545 m ²
Flächen anderer Nutzung ³⁾	3.740.779 m ²
Summe:	13.315.004 m ²

S t a d t g e m e i n d e

3. Quartal 2018

Nutzung	
Gebäude- und Freifläche ¹⁾	5.665.863 m ²
Erholungsfläche ²⁾	21.362.779 m ²
Verkehrsfläche	26.394.741 m ²
Landwirtschaftsfläche	30.119.075 m ²
Waldfläche	2.685.343 m ²
Wasserfläche	8.716.804 m ²
Flächen anderer Nutzung ³⁾	12.951.587 m ²
Summe:	107.896.193 m ²

¹⁾ Alle öffentliche Gebäude, Schulen usw.

²⁾ Sportplätze, Parks, Grünanlagen

³⁾ Friedhöfe u. a.

Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen
der Eigenbetriebe, der Sondervermögen und Immobilien Bremen (AöR)

1. Bremer Volkshochschule
2. Focke-Museum
3. Musikschule Bremen
4. Stadtbibliothek Bremen
5. Umweltbetrieb Bremen¹
6. Übersee-Museum
7. Werkstatt Bremen
8. KiTa Bremen
9. Sondervermögen Immobilien und Technik –Stadt–
10. Sondervermögen Hafen
11. Sondervermögen Überseestadt
12. Sondervermögen Infrastruktur
13. Sondervermögen Gewerbeflächen –Stadt–
14. Sondervermögen kommunale Abfallentsorgung²
15. Immobilien Bremen, Anstalt des öffentlichen Rechts

¹Der Jahresabschluss des Umweltbetriebes Bremen für das Geschäftsjahr 2017 lag zum Zeitpunkt der Erstellung der Haushaltsrechnung noch nicht vor.

²Der Jahresabschluss 2017 des Sondervermögens kommunale Abfallentsorgung wurde bereits durch die Abschlussprüfer geprüft und uneingeschränkt bestätigt. Die zuständige Deputation hat den Jahresabschluss bisher noch nicht festgestellt.

**Bilanz der Bremer Volkshochschule Eigenbetrieb der
Stadtgemeinde Bremen zum 31. Dezember 2017**

Aktiva	Stand am 31.12.2017 EUR	Stand am 31.12.2016 EUR	Stand am 31.12.2016 EUR
A. Anlagevermögen			
A. Eigenkapital			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutz- rechte und ähnliche Rechte und Werte	9.341,00	18.875,00	51.129,00
II. Sachanlagen Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	692.443,00 <u>701.784,00</u>	377.230,93 <u>684.580,02</u>	-420.132,38 <u>112.783,29</u> <u>0,00</u>
B. Umlaufvermögen		701.784,00	729.865,00
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.552.881,38	1.426.821,94	
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	669.240,38	727.545,80	
2. Forderungen gegen die Stadtgemeinde Bremen	285,35	263,00	
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>2.222.407,11</u>	<u>2.154.630,74</u>	219.924,98
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	1.491,02	1.893,21	
	<u>2.223.898,13</u>	<u>2.156.523,95</u>	
C. Rechnungsabgrenzungsposten	100.106,78	90.828,64	1.180.593,55
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetra	0,00	112.783,29	460.558,44
		9.882,50	15.755,76
		<u>80.258,74</u>	<u>136.642,36</u>
		<u>1.184.837,26</u>	<u>1.793.550,11</u>
E. Rechnungsabgrenzungsposten	230.843,32	346.660,79	
	<u>3.025.788,91</u>	<u>3.025.788,91</u>	<u>3.090.000,88</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung der
Bremer Volkshochschule, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen
Bremen
für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017**

	2 0 1 7 EUR	2 0 1 6 EUR
	<u> </u>	<u> </u>
1. Umsatzerlöse	8.499.977,17	7.205.330,83
2. Zuwendungen der öffentlichen Hand		3.379.469,05
3. Sonstige betriebliche Erträge	369.518,33	372.352,22
	<u>12.346.779,57</u>	<u>10.957.152,10</u>
4. Materialaufwand		
a) Kursbezogene Sachaufwendungen	-1.563.652,45	-1.537.066,93
b) Dozenten honorare	-4.283.505,58	-3.856.239,78
	<u>-5.847.158,03</u>	<u>-5.393.306,71</u>
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-3.434.066,99	-2.927.034,88
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	-925.015,17	-773.375,98
- davon für Altersversorgung EUR 262.428,49 (Vorjahr: EUR 222.953,44)		
	<u>-4.359.082,16</u>	<u>-3.700.410,86</u>
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	-244.717,48	-228.479,40
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.098.458,59	-925.528,04
	<u>797.363,31</u>	<u>709.427,09</u>
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	1.030,44
9. Jahresüberschuss	797.363,31	710.457,53
10. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-420.132,38	-1.130.589,91
11. Bilanzgewinn (Vorjahr: Bilanzverlust)	377.230,93	-420.132,38

Stiftung öffentlichen Rechts "Focke-Museum, Bremer Landesmuseum
für Kunst und Kulturgeschichte", Bremen,
Bilanz zum 31. Dezember 2017

Aktiva	Stand am 31.12.2017 EUR	Pasiva	Stand am 31.12.2017 EUR	Stand am 31.12.2016 EUR
A. Anlagevermögen		A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		I. Stiftungs капитал	1.022.583,76	1.022.583,76
1. Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	25.262,06	II. Kapitalrücklage	1.561.416,28	1.561.416,28
2. Geleistete Anzahlungen	39.135,12	III. Verwendungsrücklage	0,00	16.551,26
	64.397,18	IV. Ergebnisvortrag	-2.940.617,11	-2.797.993,14
II. Sachanlagen		V. Jahresüberschuss (Vorjahr: Jahresfehlbetrag)	129.678,32	-159.175,23
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	26.848,00	VI. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	226.938,75	356.617,07
2. Technische Anlagen und Maschinen	67.811,00		0,00	0,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.682.736,27	B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	2.091.710,52	2.115.428,38
4. Geleistete Anzahlungen	249.918,07	C. Sonderposten für bereitgestellte Investitionszuschüsse	550.505,59	472.604,06
	2.027.313,34			
	2.091.710,52	D. Rückstellungen		
B. Umlaufvermögen		Sonstige Rückstellungen	62.590,31	62.595,99
I. Vorräte		E. Verbindlichkeiten		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.447,62	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	66.009,62	65.535,01
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	38.880,41	2. Sonstige Verbindlichkeiten	71,63	0,00
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.306,71	F. Rechnungsabgrenzungsposten	15.000,00	0,00
Sonstige Vermögensgegenstände	42.187,12			
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	422.603,66			
	467.238,40			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00			
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	226.938,75			
	2.785.887,67		2.785.887,67	2.716.163,44

**Gewinn- und Verlustrechnung der
Stiftung öffentlichen Rechts "Focke-Museum, Bremer Landesmuseum
für Kunst und Kulturgeschichte", Bremen,
für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017**

	2 0 1 7	2 0 1 6
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
1. Erträge aus Zuschüssen der Freien Hansestadt Bremen	2.300.470,00	2.263.870,00
2. Umsatzerlöse	171.055,02	151.446,71
3. Sonstige betriebliche Erträge	<u>689.711,00</u>	<u>642.456,94</u>
- davon Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens aus Investitionszuschüssen EUR 256.816,33 (Vorjahr: 246.848,85 EUR)	<u>3.161.236,02</u>	<u>3.057.773,65</u>
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	10.952,53	25.139,58
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>222.512,47</u>	<u>389.000,17</u>
	<u>233.465,00</u>	<u>414.139,75</u>
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.254.057,84	1.257.883,32
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung davon für Altersversorgung EUR 94.448,08 (Vorjahr: EUR 96.758,78)	322.922,04	325.001,19
	<u>1.576.979,88</u>	<u>1.582.884,51</u>
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	256.816,33	246.848,85
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>962.955,05</u>	<u>971.905,52</u>
	<u>131.019,76</u>	<u>-158.004,98</u>
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	1,09
9. Sonstige Steuern	<u>1.341,44</u>	<u>1.169,16</u>
10. Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)	<u>129.678,32</u>	<u>-159.175,23</u>
11. Entnahme aus Verwendungsrücklage	16.551,26	82.181,57
12. Verlustvortrag	<u>-2.957.168,37</u>	<u>-2.880.174,71</u>
13. Bilanzverlust	<u>-2.810.938,79</u>	<u>-2.957.168,37</u>

Anlage 1

Bilanz der
Musikschule Bremen-Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen, Bremen

zum 31. Dezember 2017

A k t i v a		Stand am 31.12.2017 EUR	Stand am 31.12.2016 EUR
A. Anlagevermögen			
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutz- rechte und ähnliche Rechte und Werte	0,00	
II.	Sachanlagen		
1.	Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	42.489,00	51.129,00
2.	Musikinstrumente	85.697,00	538.523,41
3.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	72.447,00	61.200,33
		200.633,00	143.323,36
		200.633,00	794.176,10
B.	Umlaufvermögen		
I.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	77.856,88	72.711,45
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	14.500,00	27.245,60
2.	Forderungen an die Stadtgemeinde Bremen	92.356,88	99.957,05
II.	Guthaben bei der Landeshauptkasse	688.300,06	33.216,50
		780.656,94	31.000,00
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	19.452,02	0,00
		19.256,47	1.972,04
		73.024,98	794,92
		73.024,98	75.602,80
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	367,33	6.639,88
		1.000.741,96	873.459,57
		1.000.741,96	873.459,57
A. Eigenkapital			
I.	Stammkapital		51.129,00
II.	Allgemeine Rücklagen		311.982,26
III.	Zweckgebundene Rücklage		77.012,33
IV.	Jahresüberschuss	143.323,36	210.729,15
		794.176,10	650.852,74
B. Sonderposten			
	Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	72.711,45	76.694,95
	Noch nicht verbrauchte Spendenmittel	27.245,60	32.669,20
		99.957,05	109.364,15
C. Rückstellungen			
	Sonstige Rückstellungen	33.216,50	31.000,00
D. Verbindlichkeiten			
	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	67.845,75	72.835,84
	Verbindlichkeiten gegenüber der Stadtgemeinde Bremen	2.097,25	0,00
	Verbindlichkeiten gegenüber der Stadtgemeinde Bremen	3.081,98	1.972,04
	Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	794,92
		73.024,98	75.602,80
		367,33	6.639,88
		1.000.741,96	873.459,57

Anlage 2

**Gewinn- und Verlustrechnung der
Musikschule Bremen-Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen, Bremen,
für die Zeit vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2017**

	2 0 1 7 EUR	2 0 1 6 EUR
1. Umsatzerlöse	1.076.028,08	1.158.015,09
2. Sonstige betriebliche Erträge	68.010,95	72.484,43
3. Eigenwirtschaftete Erlöse	<u>1.144.039,03</u>	<u>1.230.499,52</u>
4. Öffentliche Zuschüsse der Stadtgemeinde Bremen	1.792.730,00	1.753.130,00
	<u>2.936.769,03</u>	<u>2.983.629,52</u>
5. Materialaufwand		
a) Unterrichtsbezogene Sachaufwendungen	-217.776,71	-189.276,03
b) Aufwendungen für Honorare	<u>-691.861,17</u>	<u>-713.196,65</u>
	<u>-909.637,88</u>	<u>-902.472,68</u>
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-1.194.197,20	-1.172.502,46
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	-318.872,08	-308.185,43
- davon für Altersversorgung EUR 76.417,64 (Vorjahr EUR 73.419,38)		
	<u>-1.513.069,28</u>	<u>-1.480.687,89</u>
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	-71.014,02	-76.419,92
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>-299.724,49</u>	<u>-313.319,88</u>
9. Jahresüberschuss	<u>143.323,36</u>	<u>210.729,15</u>

Anlage 1

**Bilanz der
Stadtbibliothek Bremen Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen
Bremen
zum 31. Dezember 2017**

A k t i v a	Stand am 31.12.2017 EUR	Stand am 31.12.2016 EUR	Stand am 31.12.2016 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Entgeltlich erworbene EDV-Programme	0,02		51.129,00
II. Sachanlagen			
1. Medien	0,51		833.869,18
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	682.509,19		239.361,49
	682.509,72		-961.657,50
B. Umlaufvermögen			162.702,17
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	12.706,95		836.863,79
2. Forderungen gegen die Stadtgemeinde Bremen	250.000,00		
3. Sonstige Vermögensgegenstände	69.519,03		
	332.225,98		539.563,59
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	874.407,61		
	1.206.633,59		904.221,58
C. Rechnungsabgrenzungsposten	40.173,41		
	1.075.087,61		119.493,26
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	57.293,48		134.627,98
2. Sonstige Verbindlichkeiten			65.586,05
E. Rechnungsabgrenzungsposten			189.973,14
	1.929.316,72	1.929.316,72	1.942.054,88

Anlage 2

**Gewinn- und Verlustrechnung der
Stadtbibliothek Bremen Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen, Bremen,
für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017**

	2 0 1 7	2 0 1 6
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	774.709,73	790.505,45
2. Zuwendungen der öffentlichen Hand	9.219.120,70	9.155.698,68
3. Sonstige betriebliche Erträge	594.029,60	516.976,54
- davon Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse EUR 233.804,38 (Vorjahr: EUR 264.556,73)	10.587.860,03	10.463.180,67
4. Materialaufwand		
a) Sachaufwendungen	1.125.678,60	1.162.037,46
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	281.409,47	308.463,04
	1.407.088,07	1.470.500,50
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	4.883.111,78	4.774.811,76
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	1.389.180,12	1.356.964,81
- davon für Altersversorgung EUR 181.481,25 (Vorjahr: 206.177,52)	6.272.291,90	6.131.776,57
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	233.804,38	264.556,73
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.745.221,10	2.726.913,54
	-70.545,42	-130.566,67
8. Sonstige Steuern	1.000,00	1.000,00
9. Jahresfehlbetrag	-71.545,42	-131.566,67
10. Verlustvortrag	-890.112,08	-758.545,41
11. Bilanzverlust	-961.657,50	-890.112,08

Anlage I

**Umweltbetrieb Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen, Bremen
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016
Bilanz**

		31.12.2016	31.12.2015	PASSIVA	
		EUR	EUR	31.12.2016	31.12.2015
		EUR	EUR	EUR	EUR
AKTIVA					
A. Anlagevermögen					
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	103.950,06	194.589,53		
II.	Sachanlagen				
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	56.851.426,75	58.138.608,01		
2.	Abwässersammlungsanlagen	266.249.819,09	278.379.149,37		
3.	Technische Anlagen und Maschinen	478.606,62	630.610,00		
4.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.882.423,30	4.958.993,06		
5.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	949.005,35	311.575,16		
		329.411.281,11	342.418.935,60		
		329.515.231,17	342.613.525,13		
B. Umlaufvermögen					
I.	Vorräte				
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	372.855,02	407.175,06		
2.	Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	33.538,01	9.368,03		
		406.393,03	416.543,09		
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	23.289.564,28	21.828.676,04		
2.	Forderungen an die Stadtgemeinde Bremen	110.542.185,93	80.171.820,75		
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	23.447,42	10.174,17		
		133.855.197,63	102.010.670,96		
		6.644,45	7.117,38		
		134.268.235,11	102.434.331,43		
		83.662,32	40.441,98		
		463.867.128,60	445.088.298,54		
C. Rechnungsabgrenzungsposten					
	Treuhandvermögen	15.507.916,76	16.142.648,65		
Eigenkapital					
I. Stammkapital					
II. Rücklagen					
1. Allgemeine Rücklage					
2. Zweckgebundene Rücklage					
III. Gewinnrücklage					
IV. Bilanzgewinn					
B. Sonderposten aus Zuschüssen der öffentlichen Hand					
C. Empfangene Ertragszuschüsse					
D. Rückstellungen					
1. Steuerrückstellungen					
2. Sonstige Rückstellungen					
E. Verbindlichkeiten					
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen					
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen					
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadtgemeinde Bremen					
4. Verbindlichkeiten aus Gebührenüberdeckung					
5. Sonstige Verbindlichkeiten					
F. Rechnungsabgrenzungsposten					
Treuhandkapital					
15.507.916,76					
16.142.648,65					

Anlage II

Umweltbetrieb Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen, Bremen Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 Gewinn- und Verlustrechnung

	<u>2016</u> EUR	<u>2015</u> EUR
1. Umsatzerlöse	143.402.919,60	140.659.011,90
2. Erhöhung/ Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	24.169,98	-27.090,06
3. Sonstige betriebliche Erträge	35.046.367,42	15.414.050,60
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-2.234.460,93	-2.417.437,12
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-101.303.542,79	-97.748.785,51
5. Personalaufwand		
a) Löhne, Gehälter und Bezüge	-18.809.219,91	-18.069.439,48
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-5.796.844,18	-5.669.927,66
6. Abschreibungen	-15.265.050,41	-15.342.924,70
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.535.907,87	-9.093.000,00
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.474,55	2.499,95
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-10.025.755,81	-4.881.098,36
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>-45.944,54</u>	<u>-110.919,51</u>
11. Ergebnis nach Steuern	18.459.205,11	2.714.940,05
12. Sonstige Steuern	<u>-270.722,04</u>	<u>-73.602,28</u>
13. Jahresüberschuss	18.188.483,07	2.641.337,77
14. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	5.696.344,31	3.771.746,60
15. Einstellungen in Rücklagen	0,00	-892.764,06
16. Entnahmen aus Rücklagen	<u>215.720,94</u>	<u>176.024,00</u>
17. Bilanzgewinn	<u><u>24.100.548,32</u></u>	<u><u>5.696.344,31</u></u>

Anlage 1:

**Bilanz der Stiftung öffentlichen Rechts "Übersee-Museum Bremen",
Bremen,**

zum 31. Dezember 2017

Aktiva	Stand am 31.12.2017 EUR	Stand am 31.12.2016 EUR	Stand am 31.12.2017 EUR	Stand am 31.12.2016 EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	1.454,44	23.361,66	161.356,41	161.356,41
II. Sachanlagen				
1. Ausstellungen	4.663.741,48	2.617.098,24	-6.607.690,66	-6.607.690,66
2. Technische Anlagen und Maschinen	370.066,79	395.695,78	0,00	0,00
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	777.106,67	886.656,60	290.666,59	290.666,59
4. Anlagen im Bau	23.299,30	2.300.713,72	0,00	0,00
	5.834.182,60	6.200.263,34	-6.307.684,07	-6.307.684,07
	5.835.636,94	6.223.625,01	5.812.369,01	5.812.369,01
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
Waren	31.636,85	27.838,46	3.000,00	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	23.056,01	29.808,30	203.374,00	107.197,11
2. Sonstige Vermögensgegenstände	140.644,00	42.273,00	107.197,11	107.197,11
	167.000,01	69.081,30	203.374,00	203.374,00
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	442.697,00	64.238,55	141.136,17	128.173,26
	593.543,99	101.159,31	648.306,62	2.515.792,49
	593.543,99	101.159,31	789.441,99	2.644.665,15
C. Rechnungsabgrenzungsposten	35.435,56	19.725,24	0,00	20.000,00
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	290.666,59	290.666,59	6.805.185,00	6.695.075,14
	6.805.185,00	6.695.075,14	6.805.185,00	6.695.075,14
E. Eigenkapital				
I. Stiftungskapital				
Kapitalrücklage	1.454,44	23.361,66	161.356,41	161.356,41
Verlustvortrag	4.663.741,48	2.617.098,24	-6.607.690,66	-6.607.690,66
Jahresüberschuss	370.066,79	395.695,78	0,00	0,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	777.106,67	886.656,60	290.666,59	290.666,59
	23.299,30	2.300.713,72	0,00	0,00
	5.834.182,60	6.200.263,34	5.812.369,01	5.812.369,01
	5.835.636,94	6.223.625,01	5.812.369,01	5.812.369,01
II. Sonderposten für Investitionszuschüsse				
C. Rückstellungen				
1. Steuerrückstellungen	31.636,85	27.838,46	3.000,00	0,00
2. Sonstige Rückstellungen	107.197,11	107.197,11	107.197,11	107.197,11
	203.374,00	203.374,00	203.374,00	203.374,00
Verbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	141.136,17	128.173,26	141.136,17	128.173,26
Sonstige Verbindlichkeiten	648.306,62	2.515.792,49	648.306,62	2.515.792,49
	789.441,99	2.644.665,15	789.441,99	2.644.665,15
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	20.000,00	0,00	20.000,00
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	6.805.185,00	6.695.075,14	6.805.185,00	6.695.075,14

Anlage 2:

**Gewinn- und Verlustrechnung der
Stiftung öffentlichen Rechts "Übersee-Museum Bremen", Bremen,
für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017**

	2 0 1 7 EUR	2 0 1 6 EUR
1. Umsatzerlöse	636.789,50	613.468,00
2. Aktivierete Eigenleistungen	148.239,97	1.529.197,45
3. Institutionelle Zuschüsse	4.543.853,21	4.421.640,48
4. Sonstige betriebliche Erträge	753.253,64	742.935,74
- davon aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse EUR 611.350,80 (Vorjahr EUR 516.757,09)	6.082.136,32	7.307.241,67
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-175.358,34	-313.770,84
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-305.828,31	-1.263.746,80
	-481.186,65	-1.577.517,64
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-1.918.009,38	-2.091.015,29
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	-467.418,24	-534.553,81
- davon für Altersversorgung EUR 126.723,55 (Vorjahr EUR 149.748,84)	-2.385.427,62	-2.625.569,10
7. Abschreibungen auf Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	-805.370,78	-516.758,67
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.607.141,15	-2.587.355,06
	3.003,12	43,20
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	58,51
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3,12	-101,71
	-3,12	-43,20
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-3.000,00	0,00
13. Jahresüberschuss	0,00	0,00

Werkstatt Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen, 28201 Bremen

Bilanz zum 31. Dezember 2017

Aktivseite

	31.12.2017		Vorjahr Tsd. €
	Euro	Euro	
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte, ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	216.269,53	216.269,53	260,0
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,0
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	34.858.678,46	34.866,4	34.866,4
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.058.073,88	1.011,9	1.011,9
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.688.683,47	1.762,6	1.762,6
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.240.447,19	38.845.883,00	746,0
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	224.834,56		224,8
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00		0,0
3. sonstige Ausleihungen	110.035,37	334.869,93	113,0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	222.963,97		174,6
2. Unfertige Erzeugnisse	44.195,13		46,2
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	381.352,91	648.512,01	406,0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.213.592,08		1.098,0
2. Forderungen an die Stadtgemeinde	3.041.651,39		3.254,2
3. Sonstige Vermögensgegenstände	35.062,86	4.290.306,33	109,6
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		12.946.815,10	14.292,5
C. Rechnungsabgrenzungsposten		81.002,04	70,4
		57.363.657,94	58.256,2

Passivseite

	31.12.2017		Vorjahr Tsd. €
	Euro	Euro	
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	39.062.699,72		39.062,7
II. Kapitalrücklage	1.292.830,88		1.292,8
III. Gewinnrücklage	9.839.395,83		9.771,3
Andere Gewinnrücklagen	-353.792,17	49.841.134,26	109,7
IV. Bilanzgewinn			
B. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens		4.233.519,70	4.436,0
Sonderposten aus Zuschüssen			
C. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	106.749,00		103,9
2. Sonstige Rückstellungen	1.070.481,92	1.177.230,92	1.312,4
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.541.597,60		1.571,6
2. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadtgemeinde	74.446,89		99,9
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	294.452,06		310,6
4. Sonstige Verbindlichkeiten	42.538,68	1.953.035,23	33,0
E. Rechnungsabgrenzungsposten		158.737,83	152,3
		57.363.657,94	58.256,2

Anlage 2

Werkstatt Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen, 28201 Bremen**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017**

	2017 Euro	2016 TEUR
1. Umsatzerlöse	37.290.076,99	35.200,3
2. Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-33.738,60	29,7
3. Sonstige betriebliche Erträge davon: Erträge aus der Auflösung von Sonderposten € 204.929,33 (Vorjahr: € 246.225,92)	11.692.955,39	12.140,6
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-3.620.076,83	-3.476,9
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-5.770.896,43	-4.879,4
	-9.390.973,26	-8.356,3
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-17.929.649,31	-17.409,8
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung - davon für Altersversorgung: Euro 1.045.228,86 (Vorjahr: EUR 993.096,73)	-15.322.853,78	-14.897,2
	-33.252.503,09	-32.307,0
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.982.662,32	-1.974,6
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.696.572,46	-4.690,2
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00	14,1
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.448,33	31,1
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen - davon aus Aufzinsung: EUR 6.454,21 (Vorjahr: EUR 9.508,42)	-6.560,62	-9,5
11. Ergebnis nach Steuern	-378.529,64	78,2
12. Sonstige Steuern	-16.733,50	-10,0
13. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-395.263,14	68,2
14. Gewinn-/Verlustvortrag	109.634,64	-186,2
15. Entnahme aus Rücklagen	219.611,14	319,3
16. Einstellung in Rücklagen	-287.774,81	-91,7
18. Bilanzverlust/-gewinn	-353.792,17	109,6

Anlage 1

Bilanz
zum 31. Dezember 2017
KiTa Bremen
Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen,
28195 Bremen

AKTIVA	Vorjahr		PASSIVA	
		Vorjahr		Vorjahr
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Engellich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	23.784,11	15.894,90		
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	310.562,46	350.606,86	50.000,00	50.000,00
2. Technische Anlagen und Maschinen	7.967,47	5.500,24	968.077,02	968.077,02
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.212.242,39	1.107.613,13	103.368,37	103.368,37
	1.530.772,32	1.463.720,23	398.551,63	398.551,63
		1.554.556,43	54.287,06	26.393,31
			1.574.284,08	1.546.390,33
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe				
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	135.368,61	137.515,94	3.259.023,59	1.808.880,46
2. Forderungen an die Stadtgemeinde	1.168.409,63	1.029.844,08	9.437.638,79	5.863.301,22
3. Sonstige Vermögensgegenstände	3.533.258,62	3.230.145,13	4.066.192,86	2.747.231,12
III. Kassenbestand, Guthaben bei der Landesbankkassa, Guthaben bei der Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge	4.822.235,24	4.459.025,56	16.762.855,24	10.420.012,80
	16.749.968,98	12.630.574,63		
	21.707.572,83	17.287.116,13		
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
	110.313,00	0,00		
	23.372.442,26	18.766.731,26		

Anlage 2

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2017
KiTa Bremen
Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen,
28195 Bremen

	€	€	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse		15.790.037,78	14.681.161,32
2. Zuweisungen der öffentlichen Hand		90.554.740,60	86.168.235,54
3. Sonstige betriebliche Erträge		3.960.610,47	4.934.311,98
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-3.509.814,33		-3.284.050,96
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-6.934.204,86		-5.932.937,68
		-10.444.019,19	-9.216.988,64
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-70.462.732,52		-66.895.677,16
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-14.304.370,35		-13.961.127,52
davon für Altersversorgung: 4.888.638,71 (Vorjahr: 4.822.365,83)		-84.767.102,87	-80.856.804,68
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-504.828,23	-500.926,10
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-14.527.773,95	-15.180.935,41
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0,00	8.400,00
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-7.377,55	-10.060,70
davon Aufwendungen aus der Aufzinsung: 7.377,55 (Vorjahr: 10.060,70)			
10. Ergebnis nach Steuern		54.287,06	26.393,31
11. Jahresüberschuss		54.287,06	26.393,31

Sondervermögen Immobilien und Technik der Stadt Bremen, Bremen

Bilanz zum 31. Dezember 2017

A K T I V A		P A S S I V A	
	31.12.2017 EUR	Vorjahr EUR	31.12.2017 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	923.886.665,33	890.295.886,14	418.155.456,93
2. Technische Anlagen und Maschinen	12.503,61	38.010,57	18.442.205,20
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen	2.061.503,72	3.002.115,22	<u>9.320.037,78</u>
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>50.037.764,02</u>	<u>66.938.549,66</u>	445.917.699,91
	975.998.436,68	960.274.561,59	181.365,96
II. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	400.001,00	400.001,00	366.188.854,16
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Vorräte			
1. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	673.942,50	747.012,51	892.274,88
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	15.274.960,41	635.502,19	10.932.351,61
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	3.235.983,65	2.047.197,13	1.717.327,46
3. Forderungen gegen die FHB	16.967.415,76	13.835.624,57	857.760,20
4. Sonstige Forderungen	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	883.710,63
	35.478.359,82	16.518.323,89	11.710.554,29
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
H. AUSGLEICHSPOSTEN AUS DARLEHENSFÖRDERUNG	672,59	80,08	2.079.386,02
I. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
	<u>1.012.551.412,59</u>	<u>977.939.979,07</u>	<u>138.165.528,87</u>
			152.347.178,02
			37.977.218,24
			6.598.172,14
			<u>1.012.551.412,59</u>
			<u>977.939.979,07</u>

Sondervermögen Immobilien und Technik der Stadt Bremen, Bremen

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	Berichtsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse (Mieten und Pachten sowie Nutzungsentgelte)	121.141.927,22		107.168.013,18
2. Zuweisung Haushaltsmittel für Bauunterhaltung	269.939,43		318.736,24
3. Erhöhung/Verminderung(-) des Bestands an unfertigen Leistungen	-73.070,01		162.274,16
4. Sonstige betriebliche Erträge	<u>17.902.879,91</u>		<u>15.840.065,29</u>
		139.241.676,55	123.489.088,87
5. Materialaufwand			
a) Mietaufwendungen	-43.768.608,43		-30.480.333,52
b) Verwendung von Haushaltsmitteln für Bauunterhaltung	-27.587.046,35		-22.670.969,37
c) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-102.000,00		-102.000,00
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-34.912.874,69		-35.238.445,39
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>-7.660.828,53</u>		<u>-8.156.175,58</u>
		-114.031.358,00	-96.647.923,86
Betriebsergebnis		25.210.318,55	26.841.165,01
8. Erträge aus Beteiligungen		0,00	17.079,62
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		20.662,67	23.578,38
davon aus verbundenen Unternehmen EUR 0,00 (Vj.: TEUR 0)			
10. Zinszuschüsse		453.293,27	541.860,45
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-5.410.179,32	-5.917.224,84
davon an verbundene Unternehmen EUR 0,00 (Vj.: TEUR 0)			
davon Aufwendungen aus der Aufzinsung EUR 0,00 (Vj.: TEUR 0)			
12. Ergebnis nach Steuern		20.274.095,17	21.506.458,62
13. Sonstige Steuern		-13.550,46	-13.929,25
14. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)		20.260.544,71	21.492.529,37
15. Minderung des Dotationskapitals durch Abschreibungen auf die eingebrachten Sachanlagen (darunter Altbestand)		10.248.487,17	12.931.635,97
16. Minderung des Dotationskapitals durch Buchwertabgänge		4.044.309,34	1.980.733,27
17. Erhöhung/Minderung des Sonderpostens für Bauunterhaltung		1.038.927,94	-3.132.074,59
18. Gewinnabführung Eigenkapitalverzinsung		-26.272.231,38	-26.204.764,85
19. Gewinn/Verlust (-)		9.320.037,78	7.068.059,17

Sonstiges Sondervermögen Hafen der Stadtgemeinde Bremen

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	2017	2016
	€	€
1. Umsatzerlöse	73.466.547,64	68.870.428,55
2. Sonstige betriebliche Erträge	3.247.301,70	2.599.730,82
3. Materialaufwand		
a) Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	533.051,29	87.410,55
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	565.396,38	883.065,66
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	36.191.874,35	35.959.584,45
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	84.926.318,62	78.264.042,04
6. Erträge aus Beteiligungen	21.375.804,34	21.871.399,40
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18.676,75	11.592,36
8. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Beteiligungen	534.841,14	1.238.978,91
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	23.528.491,82	28.486.276,09
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-48.171.643,17	-51.566.206,57
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1.248.954,06	-579.400,88
12. Sonstige Steuern	574.926,43	523.130,54
13. Jahresfehlbetrag	-47.497.615,54	-51.509.936,23

Sonstiges Sondervermögen Überseestadt der Stadtgemeinde Bremen
Bilanz zum 31. Dezember 2017

Anlage 1

Aktiva	31.12.2017 EUR	31.12.2016 EUR	31.12.2017 EUR	31.12.2016 EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene EDV-Software	23.712,00	30.362,00	59.521.185,91	60.255.348,54
	<u>23.712,00</u>	<u>30.362,00</u>		
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte u. Bauten einschl. Bauten auf fremden Grund	57.609.707,75	63.050.790,56	17.760,00	182.794,77
2. Technische Anlagen und Maschinen	70.475,00	87.332,00		
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	69.838,00	74.344,00	252.788,00	240.597,90
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.986.637,38	2.719.147,94	836.167,78	1.351.294,31
	<u>62.736.658,13</u>	<u>65.931.614,50</u>	137.093.031,42	138.405.056,25
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Grundstücke und Bauten	134.603.061,06	132.126.017,83	0,00	333,09
2. noch nicht abgerechnete Leistungen	236.800,00	200.000,00	<u>138.181.987,20</u>	<u>139.997.281,55</u>
	<u>134.839.861,06</u>	<u>132.326.017,83</u>		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	102.862,63	2.266.904,00	1.027,93	1.027,93
2. Forderungen gegen die Freie Hansestadt Bremen -Stadtgemeinde-	14.505,42	27.763,38		
3. Sonstige Vermögensgegenstände	686.353,80	268.500,08		
	<u>803.721,85</u>	<u>2.563.167,46</u>		
	<u>198.403.953,04</u>	<u>200.851.161,79</u>	<u>198.403.953,04</u>	<u>200.851.161,79</u>
Passiva				
A. Dotationskapital				
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen				
C. Sonstige Rückstellungen				
D. Verbindlichkeiten				
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen				
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Freien Hansestadt Bremen -Stadtgemeinde-				
4. Sonstige Verbindlichkeiten				
E. Rechnungsabgrenzungsposten				

Anlage 2

Sonstiges Sondervermögen Überseestadt der Stadtgemeinde Bremen
Gewinn- und Verlustrechnung
für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	2017	2016
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
1. Umsatzerlöse	5.825.436,00	7.789.931,84
2. Verminderung des Bestands an noch nicht abgerechneten Leistungen und von Grundstücken des Umlaufvermögens	-420.676,43	-584.007,08
3. Sonstige betriebliche Erträge	<u>18.601.348,73</u>	<u>92.170,10</u>
	<u>24.006.108,30</u>	<u>7.298.094,86</u>
4. Aufwendungen für bezogene Leistungen	-4.443.802,65	-4.444.638,45
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	-4.007.633,34	-4.013.976,16
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>-604.817,05</u>	<u>-477.947,04</u>
	<u>-9.056.253,04</u>	<u>-8.936.561,65</u>
7. Betriebsergebnis	<u>14.949.855,26</u>	<u>-1.638.466,79</u>
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	83.889,01	2.113,24
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-1.713.800,20</u>	<u>-995.010,61</u>
10. Finanzergebnis	<u>-1.629.911,19</u>	<u>-992.897,37</u>
11. Ergebnis vor Steuern	13.319.944,07	-2.631.364,16
12. Sonstige Steuern	<u>-288.472,95</u>	<u>-408.572,15</u>
13. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	<u>13.031.471,12</u>	<u>-3.039.936,31</u>

Sondervermögen Infrastruktur der Stadtgemeinde Bremen

Anlage 1

Bilanz
zum
31. Dezember 2017

Aktiva	31.12.2017 €	31.12.2016 €	€	31.12.2017 €	31.12.2016 €
A. Anlagevermögen					
<i>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</i>					
1. Lizenzen und Software	0,00	0,00		2.030.365.016,83	1.954.128.272,92
<i>II. Sachanlagen</i>				-831.575.327,14	-766.474.788,16
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.184.311.142,29	1.214.342.364,81			
2. Technische Anlagen und Maschinen	53.773.100,43	53.651.842,84			
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.719,91	13.213,25			
4. Anlagen im Bau	50.791.458,05	37.545.819,72			
	<u>1.288.886.420,68</u>	<u>1.305.553.240,62</u>		148.802.006,37	151.365.266,76
		1.305.553.240,62		4.143.907,72	3.331.313,41
B. Umlaufvermögen					
<i>I. Vorräte</i>					
1. Geleistete Anzahlungen	4.897.292,17	4.199.308,74			
<i>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</i>					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	928.096,59	753.991,85			
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	36.521.651,07	33.017.692,60			
3. Forderungen gegen die Freie Hansestadt Bremen	571.048,02	214.262,98			
4. Sonstige Vermögensgegenstände	62.403.389,77	37.417.877,35			
	<u>100.424.185,45</u>	<u>71.403.824,78</u>		7.539.172,17	6.135.226,73
C. Rechnungsabgrenzungsposten	178.723,54	190.127,13		1.502.069,30	344.915,46
				254,50	0,00
				<u>24.132.921,93</u>	24.009.920,81
				33.174.417,90	30.490.063,00
				3.363.750,12	2.202.141,90
				<u>1.394.386.621,84</u>	<u>1.381.346.501,27</u>
				6.112.850,04	6.314.241,44
				7.539.172,17	6.135.226,73
				1.502.069,30	344.915,46
				254,50	0,00
				<u>24.132.921,93</u>	24.009.920,81
				33.174.417,90	30.490.063,00
				3.363.750,12	2.202.141,90
				<u>1.394.386.621,84</u>	<u>1.381.346.501,27</u>

**Sondervermögen Infrastruktur
der Stadtgemeinde Bremen**

Anlage 2

Gewinn- und Verlustrechnung

01. Januar 2017 bis 31. Dezember 2017

	Gesamt	
	01.01.2017 bis 31.12.2017 €	01.01.2016 bis 31.12.2016 €
1. Umsatzerlöse	16.646.991,13	8.179.119,53
2. Sonstige betriebliche Erträge	11.718.000,29	11.169.377,98
3. Materialaufwand		
<i>a. Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</i>	428.916,28	439.297,28
<i>b. Aufwendungen für bezogene Leistungen</i>	92.388.425,84	88.357.923,95
4. Abschreibungen		
<i>a. Auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagevermögen</i>	43.617.210,17	46.719.700,36
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.562.018,44	1.111.206,45
6. Zinsen und ähnliche Erträge	527.766,35	514.562,80
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9.286,10	17.958,24
8. Ergebnis nach Steuern	-109.113.099,06	-116.783.025,97
9. Sonstige (ergebnisunabhängige) Steuern	26.563,70	31.953,95
10. Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	<u>-109.139.662,76</u>	<u>-116.814.979,92</u>
Ergebnisverwendung		
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-109.139.662,76	-116.814.979,92
Minderung des Dotationskapitals	44.039.123,78	46.719.700,36
Zwischensumme	-65.100.538,98	-70.095.279,56
Verlustvortrag	-766.474.788,16	-696.379.508,60
Bilanzverlust	<u>-831.575.327,14</u>	<u>-766.474.788,16</u>

Anlage 2

Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen der Stadtgemeinde Bremen (SVGewerbe), Bremen

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017**

	01.01. - 31.12.2017		01.01. - 31.12.2016	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	9.786.721,18		9.177.504,20	
2. Verminderung des Bestands an zum Verkauf bestimmten Grundstücken sowie unfertigen Erzeugnissen und unfertigen Leistungen	-1.949.305,37		-548.278,50	
3. Sonstige betriebliche Erträge	<u>346.927,17</u>		<u>175.449,19</u>	
		8.184.342,98		8.804.674,89
4. Materialaufwand				
Aufwand für Gewerbeflächen/ Immobilienmanagement	4.544.448,27		4.347.746,05	
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	6.274.577,55		6.601.666,93	
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>4.014.832,70</u>		<u>3.130.747,56</u>	
		14.833.858,52		14.080.160,54
7. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	374,68		374,96	
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge – davon Erträge aus der Abzinsung EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 215.870,00) –	25.531,94		215.870,00	
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen – davon Aufwendungen aus der Abzinsung EUR 141.675,00 (Vorjahr: EUR 0,00) –	-281.211,57		-149.969,42	
		<u>-255.304,95</u>		<u>66.275,54</u>
10. Ergebnis nach Steuern		-6.904.820,49		-5.209.210,11
11. Sonstige Steuern		<u>-1.105.788,89</u>		<u>-1.092.591,30</u>
12. Jahresfehlbetrag		<u><u>-8.010.609,38</u></u>		<u><u>-6.301.801,41</u></u>

Sondervermögen kommunale Abfallentsorgung der Stadtgemeinde Bremen, Bremen

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017

Bilanz

AKTIVA

	<u>31.12.2017</u>	<u>31.12.2016</u>
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.512.497,80	3.872.941,80
2. Technische Anlagen und Maschinen	0,00	0,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	416.726,00	318.625,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	109.112,85
	<u>4.929.223,80</u>	<u>4.300.679,65</u>
B. Umlaufvermögen		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.300.159,68	1.810.207,34
2. Forderungen an die Stadtgemeinde Bremen	11.744.282,75	11.340.965,81
3. Forderungen aus Gebührenunterdeckung	342.379,55	293.818,06
4. Sonstige Vermögensgegenstände	57.227,81	0,00
	<u>14.444.049,79</u>	<u>13.444.991,21</u>
	<u>19.373.273,59</u>	<u>17.745.670,86</u>

Quelle: Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

	PASSIVA	
	31.12.2017 EUR	31.12.2016 EUR
A. Eigenkapital		
I. Dotationskapital	<u>1.000.000,00</u>	<u>1.000.000,00</u>
II. Bilanzgewinn		
1. Gewinnvortrag	224.750,41	199.854,71
2. Jahresüberschuss	54.592,24	24.895,70
	<u>279.342,65</u>	<u>224.750,41</u>
	<u>1.279.342,65</u>	<u>1.224.750,41</u>
B. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	<u>1.044.520,53</u>	<u>781.200,00</u>
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.687.216,88	4.514.263,12
2. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadtgemeinde Bremen	1.206.123,05	1.321.453,67
3. Verbindlichkeiten aus Gebührenüberdeckung	11.140.761,04	9.901.767,97
4. Sonstige Verbindlichkeiten	15.309,44	548,69
	<u>17.049.410,41</u>	<u>15.738.033,45</u>
D. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>0,00</u>	<u>1.687,00</u>
	<u>19.373.273,59</u>	<u>17.745.670,86</u>

Quelle: Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Sondervermögen kommunale Abfallentsorgung der Stadtgemeinde Bremen, Bremen

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017

Gewinn- und Verlustrechnung

	<u>2017</u> EUR	<u>2016</u> EUR
1. Umsatzerlöse	57.630.541,42	56.672.897,78
2. Sonstige betriebliche Erträge	786.250,32	678.841,34
3. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Leistungen	-55.642.213,58	-55.116.657,47
4. Abschreibungen	-237.315,02	-227.120,93
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>-2.482.670,90</u>	<u>-1.983.065,02</u>
6. Ergebnis nach Steuern/Jahresüberschuss	<u>54.592,24</u>	<u>24.895,70</u>

Quelle: Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Immobilien Bremen, Anstalt des öffentlichen Rechts, Bremen

Bilanz zum 31. Dezember 2017

A K T I V A		31.12.2017 EUR	Vorjahr EUR	P A S S I V A		31.12.2017 EUR	Vorjahr EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN				A. EIGENKAPITAL			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. Gezeichnetes Kapital		3.116.049,05	3.116.049,05
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00	0,00	II. Verlustvortrag		-87.198,67	-450.083,87
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		108.118,76	242.939,57	III. Jahresüberschuss		2.763.224,19	362.885,20
3. Geleistete Anzahlungen		42.768,60	42.768,60			5.792.074,57	3.028.850,38
II Sachanlagen		150.887,36	285.708,17	B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONSZUSCHÜSSE ZUM ANLAGEVERMÖGEN		93.843,36	204.076,56
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		511.662,56	545.577,48	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		99.878,77	99.261,91
2. UMLAUFVERMÖGEN		662.549,92	831.285,65	2. Steuerrückstellungen		7.748,00	0,00
I. Vorräte				3. Sonstige Rückstellungen		8.717.007,02	10.020.355,75
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		9.914,05	10.440,33			8.824.633,79	10.119.617,66
2. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen		10.141.609,14	11.196.572,31	D. VERBINDLICHKEITEN			
3. Geleistete Anzahlungen		-6.774.542,81	-7.268.360,39	1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		4.536.488,64	3.292.340,11
II Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		3.376.980,38	3.938.652,25	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		1.359.893,07	1.883.964,86
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		194.464,62	132.579,89	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		27.581,23	363.878,70
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		40.970,53	100.665,94	4. Verbindlichkeiten gegenüber der FHB		1.054.200,20	656.500,92
3. Forderungen gegen die FHB		19.807.491,13	16.296.264,70	5. Sonstige Verbindlichkeiten		8.426,55	10.313,11
4. Sonstige Vermögensgegenstände		13.929,96	32.072,60	E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
II Kassenbestand		20.056.856,24	16.561.583,13			6.986.589,69	6.206.997,70
		809,01	710,93			2.493.670,48	1.871.031,35
		23.434.645,63	20.500.946,31				
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		93.616,34	98.341,69				
		24.190.811,89	21.430.573,65			24.190.811,89	21.430.573,65

Immobilien Bremen, Anstalt des öffentlichen Rechts, Bremen

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	Berichtsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	59.113.233,15		56.750.123,31
2. Verminderung oder Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-1.054.963,17		1.738.748,64
3. Sonstige betriebliche Erträge	260.905,03		887.191,96
		58.319.175,01	59.376.063,91
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-240.177,42		-417.333,72
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-10.951.678,78		-12.195.128,15
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-30.689.373,95		-30.547.511,57
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-8.504.313,56		-8.635.385,78
davon für Altersversorgung: EUR 2.518.009,03 (Vj.: TEUR 2.761)			
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-513.138,29		-525.638,78
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.479.329,80		-6.583.796,65
		-55.378.011,80	-58.904.794,65
Betriebsergebnis		2.941.163,21	471.269,26
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		823,00	71.768,58
davon aus Abzinsung: EUR 823,00 (Vj.: TEUR 72)			
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-141.490,70	-170.867,61
davon aus Abzinsung: EUR 141.490,70 (Vj.: TEUR 171)			
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-34.904,32	-7.268,03
11. Ergebnis nach Steuern		2.765.591,19	364.902,20
12. Sonstige Steuern		-2.367,00	-2.017,00
13. Jahresüberschuss		2.763.224,19	362.885,20

Zusammenfassung der Vermögensnachweise von Land und Stadtgemeinde Bremen
Übersichten über die Entwicklung der fundierten Schulden der bremischen
Körperschaften und die Schulden der Gesellschaften mit mehrheitlicher Beteiligung
der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde Bremen)

Summenzusammenfassung der Vermögensnachweise von Land und Stadtgemeinde Bremen zum 31.12.2017

Vorbemerkung: Die ausgewiesenen Vermögenswerte enthalten inzwischen teilweise die Werte von Grundstücken und des sonstigen Sachvermögens der bremischen Körperschaften. Diese Werte werden weiterhin sukzessive ermittelt und in die Vermögensnachweise aufgenommen. Bürgschaften und Eventualverpflichtungen sind in den unten aufgeführten Werten nicht enthalten.

Körperschaft: **Land Bremen**

Art	Bestand 01.01.2017 EURO	Zugang / Abgang EURO	Bestand 31.12.2017 EURO
Forderungen (Pos. 1 - 5)	12.271.795.945,13	5.020.745.974,59	17.292.541.919,72
Verbindlichkeiten (Pos. 6)	-19.642.484.107,15	391.868.307,21	-19.250.615.799,94
Nettovermögen :	-7.370.688.162,02		-1.958.073.880,22

Körperschaft: **Stadtgemeinde Bremen**

Art	Bestand 01.01.2017 EURO	Zugang / Abgang EURO	Bestand 31.12.2017 EUR
Forderungen (Pos. 1 - 5)	4.171.677.172,92	99.435.334,98	4.271.112.507,90
Verbindlichkeiten (Pos. 6)	-8.001.153.292,52	-170.990.229,64	-8.172.143.522,16
Nettovermögen :	-3.829.476.119,60		-3.901.031.014,26

Nettovermögen Gesamt: - 11.200.164.281,62 -5.859.104.894,48

Die Entwicklung der fundierten Schulden der bremischen Kernhaushalte und Sondervermögen in 2017

	Stand am 31.12.2016 EUR	Veränderung 2017 EUR	Stand am 31.12.2017 EUR
I. Kernhaushalte			
Land Bremen	10.509.234.000,00	-493.341.000,00	10.015.893.000,00
Stadtgemeinde Bremen	8.122.060.030,67	49.564.301,40	8.171.624.332,07
II. Sondervermögen			
Bremer Kapitaldienstfonds	24.935.785,81	-8.242.480,75	16.693.305,06
SV Hafen	675.763.776,09	-28.249.870,02	647.513.906,07
SVIT Land	47.168,56	-7.230,25	39.938,31
SVIT Stadt	135.492.767,85	-12.667.703,51	122.825.064,34
SV Gewerbeflächen	4.788.759,85	-342.054,26	4.446.705,59
III. Summe	19.472.322.288,83	-493.286.037,39	18.979.036.251,44

Hinweis: Die innere Verschuldung wurde insgesamt nicht berücksichtigt. Die Schulden aus gemeinsamer Kreditaufnahme wurden dementsprechend auch nur beim Enddarlehensnehmer ausgewiesen. Die Schulden der Eigenbetriebe werden in deren Bilanzen separat ausgewiesen. Die Schulden, die das Land im Rahmen der gemeinsamen Kreditaufnahme an die Eigenbetriebe weitergereicht hat, sind ebenfalls nicht enthalten.

Überleitungstabelle Kreditschulden kameral und Kreditschulden doppisch

		Doppischer Jahresabschluss	Kamerale Haushaltsrechnung
		Verbindlichkeiten	fundierte Schulden
I	Anleihen und Obligationen	11.902.750.000,00 €	11.902.750.000,00 €
II	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten insgesamt	4.181.872.105,35 €	4.181.304.609,68 €
	- davon kurzfristige Kredite (Laufzeit bis 1 Jahr)	567.495,67 €	
	- davon mittelfristige Kredite (Laufzeit 1 - 5 Jahre)	979.129.188,12 €	979.129.188,12 €
	- davon langfristige Kredite (Laufzeit über 5 Jahre)	3.202.175.421,56 €	3.202.175.421,56 €
III	Verbindlichkeiten Lieferungen und Leistungen	189.383,36 €	
IV	Verbindlichkeiten verbundener Unternehmen und Einrichtungen	229.285.039,81 €	
V	Verbindlichkeiten Unternehmen und Beteiligungen mit. Bet. Verh.	11.604.830,01 €	
VI	Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	475.166.905,28 €	
VII	Verbindlichkeiten Steuerverteilung und Finanzausgleich	66.698.290,43 €	
VIII	sonstige Verbindlichkeiten insgesamt	6.291.353.083,55 €	
	1. Verbindlichkeiten aus Krediten insgesamt	5.830.751.956,00 €	3.561.543.363,89 €
	- davon kurzfristige Kredite (Laufzeit bis 1 Jahr) Bund	13.753.094,31 €	
	- davon langfristige Kredite (Laufzeit über 5 Jahre) Bund	83.017.526,29 €	83.017.526,29 €
	- davon kurzfristige Kredite (Laufzeit bis 1 Jahr) inländischer Bereich	2.255.455.497,80 €	
	- davon langfristige Kredite (Laufzeit über 5 Jahre) inländischer Bereich	3.269.525.837,60 €	3.269.525.837,60 €
	- davon mittelfristige Kredite (Laufzeit 1 - 5 Jahre) ausländischer Bereich	60.000.000,00 €	60.000.000,00 €
	- davon langfristige Kredite (Laufzeit über 5 Jahre) ausländischer Bereich	149.000.000,00 €	149.000.000,00 €
	2. übrige Verbindlichkeiten	460.601.127,55 €	
	Summe	23.158.919.637,79 €	19.645.597.973,57 €

nachrichtlich:

Innerbremische Verschuldung (hierbei handelt es sich um die gemeinsame Kreditaufnahme gemäß § 13 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes des Landes)	0,00 €	7.775.148.066,00 €
---	--------	--------------------

Die Schulden der Gesellschaften mit mehrheitlicher Beteiligung der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde)

Bei den hier aufgeführten Schulden der Gesellschaften handelt es sich um keine direkten Schulden Bremens. Bremen haftet lediglich mit dem durch Bürgschaft abgesicherten Betrag. Um eine einheitliche Datenmenge zu gewährleisten, wurden nur Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr in die Erhebung aufgenommen. Nicht enthalten ist die Bremer Aufbau Bank GmbH, für die es als Bank Geschäftsinhalt ist, Kredite zu refinanzieren.

Beteiligungsgesellschaften (Mehrheitiges.)	FR	Anteil Bremens an der Gesellschaft in % ⁽¹⁾	Stand 31.12.2017 in T€			
			Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Verbindlichkeiten gegenüber der FHB	sonstige Verbindlichkeiten	davon verbürgt
BLG Logistics Group AG & Co. KG ⁽²⁾⁽³⁾	SWAH	100,00	102.255	0	26.215	0
Bremer Bäder GmbH	SfSJFluS	97,67	592	0	0	592
Bremer Philharmoniker GmbH	SfK	52,00	0	0	124	0
Bremer Theater Grundstücks GmbH & Co KG	SfK	100,00	0	577	142	0
Theater Bremen GmbH	SfK	100,00	0	2.450	454	0
Bremer Toto und Lotto GmbH	Sf	66,66	0	0	299	0
Bremer Verkehrs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Sf	100,00	36.000	0	0	36.000
BREPARK GmbH	SUBV	100,00	12.782	0	0	0
BSAG	SUBV	100,00	123.736	256	0	123.736
Fähren Bremen-Stedingen GmbH	SWAH	55,00	5.639	0	0	2.698
Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH (FBG)	SWAH	100,00	3.272	0	195	0
Flughafen Bremen GmbH ⁽³⁾	SWAH	100,00	15.796	0	195	0
Gesundheit Nord gGmbH Klinikverbund Bremen	SWGv	100,00	171.030	1.399	54.012	213.971
Ambulanz Bremen GmbH	SWGv	100,00	2.075	0	0	1.660
Grundstücksentwicklungsgesellschaft Klinikum Bremen-Mitte GmbH & Co KG	SUBV	100,00	5.000	0	0	0
Großmarkt Bremen GmbH	SWAH	100,00	6.046	0	0	6.046
Hanseatische Naturentwicklung GmbH	SUBV	100,00	0	3.299	690	0
Hanseatische Wohnungs-Beteiligungs-Gesellschaft mbH (HAWOBEG)	Sf	100,00	173.430	0	0	173.430
GEWOBA AG Wohnen und Bauen, Bremen	SUBV	74,10	555.167	0	6.152	0
GEWOBA Energie GmbH	SUBV	74,10	3.248	0	43	0
Wirtschaftsförderung Bremen GmbH ⁽³⁾ (ohne Treuhandbeteiligungen ohne gegenseitige gruppeninterne Kreditverbindlichkeiten)	SWAH	99,22	84.397	42.281	0	67.000
Ansgaritor Grundstücksverwaltungs-GmbH	SWAH	100,00	26.000	4.038	0	30.038
H.A.G.E. Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	SWAH	99,20	37.269	0	0	29.815
Verbindlichkeiten Gesamt			1.363.734	54.300	88.521	684.986

⁽¹⁾ unmittelbare und mittelbare Anteile Bremens an der Gesellschaft sind summiert

⁽²⁾ Die Freie Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) ist alleinige, 100%ige Kommanditistin der BLG LOGISTICS GROUP AG & CO. KG. Für die hier ausgewiesenen Finanzverbindlichkeiten per 31.12.2016 der BLG LOGISTICS GROUP AG & CO. KG ist die Haftung der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) beschränkt auf ihre Rolle als Kommanditistin. Das Risiko der Inanspruchnahme aus dieser Haftung droht jetzt als auch in absehbarer Zukunft nicht.

⁽³⁾ Konzern

Einnahmen und Ausgaben
der unselbständigen Stiftungen und Vermächtnisse,
sowie der Sonderhaushalte der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)
- Einzelplan 55 -

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2017

- Kapitel- und Einzelplansummen in EURO -

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr	Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Ggü. Spalte 9 beträgt Spalte 6 mehr/weniger
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	5			8	9		
55	5516		Unselbständige Stiftungen und Vermächtnisse sowie Sonderhaushalte der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)								
			Hermann-Melchers-Reservfonds	13.917,86	13.917,86	13.917,86	6.800,00	0,00	0,00	6.800,00	7.117,86
			Friedrich-Mißler-Stiftung	168,39	168,39	168,39	190,00	0,00	0,00	190,00	-21,61
			Gemeinnützige und mildtätige Wilhelm-Woiters-Stiftung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
			Wohlfahrtsstiftung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
			Nachlässe zur Förderung junger Menschen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
			Nachlässe zur Förderung sozialer Zwecke	12.788,57	12.788,57	12.788,57	0,00	0,00	0,00	0,00	12.788,57
			Nachlässe zur Förderung von Waisenkindern	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
			Summe der Einnahmen	26.874,82	26.874,82	26.874,82	6.990,00	0,00	0,00	6.990,00	19.884,82

*) X=Haushaltsvermerk, A=Außerplanmäßige Finanzposition, B=Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2017

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) - Kapitel- und Einzelplansummen in EURO -

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr	Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Ggü. Spalte 9 beträgt Spalte 6 mehr/weniger
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	5			8	9		
55	5516		Unselbständige Stiftungen und Vermächtnisse sowie Sonderhaushalte der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)	13.917,86	13.917,86	13.917,86	6.800,00	0,00	6.800,00	7.117,86	
	5517		Hermann-Melchers-Reservfonds	0,00	0,00	168,39	190,00	0,00	190,00	-21,61	
	5518		Friedrich-Mißler-Stiftung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
	5521		Gemeinnützige und mildtätige Wilhelm-Woiters-Stiftung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
	5524		Wohlfahrtsstiftung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
	5525		Nachlässe zur Förderung junger Menschen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
	5526		Nachlässe zur Förderung sozialer Zwecke	12.788,57	12.788,57	12.788,57	0,00	0,00	0,00	12.788,57	
			Nachlässe zur Förderung von Waisenkindern	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
			Summe der Ausgaben	26.874,82	26.874,82	26.874,82	6.990,00	0,00	6.990,00	19.884,82	

*) X=Haushaltsvermerk, A=Außerplanmäßige Finanzposition, B=Änderung im Dispositiv

Liquiditätssteuerung 2017 (Stadt)

2017 erfolgte keine Liquiditätssteuerung im Sinne des Beschlusses des Haushalts- und Finanzausschusses (vom 11. Dezember 2013 Ziffer 9 letzter Satz sowie vom 13. Februar 2015).

Anpassung des in der Anlage 2 zum Haushaltsgesetz 2017 der Stadtgemeinde Bremen ausgewiesenen Tilgungsplans

Die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) hat den Senat auf der Grundlage des Artikel 131a Absatz 3 Satz 1 zweite Alternative in Verbindung mit Artikel 146 Absatz 1 Satz 1 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen (BremLV) ermächtigt, wegen der außergewöhnlich und unvorhersehbar hohen Zahl von in den Jahren 2014 und vor allem 2015 aufgenommenen Asylbewerberinnen, Asylbewerbern und anderen geflüchteten ausländischen Menschen für das Haushaltsjahr 2017 im haushaltsgesetzlich bestimmten Umfang von den Vorgaben des Artikel 131a Absatz 1 und 2 in Verbindung mit Artikel 146 Absatz 1 Satz 1 BremLV abzuweichen, wobei die Anwendbarkeit des Artikel 131b in Verbindung mit Artikel 146 Absatz 1 Satz 1 BremLV unberührt blieb. Somit durfte die Verwaltung im Haushaltsjahr 2017 das nach Artikel 131b, Artikel 146 Absatz 1 Satz 1 BremLV in Verbindung mit Artikel 143d Absatz 2 Grundgesetz, dem Konsolidierungshilfengesetz und der hierzu geschlossenen Verwaltungsvereinbarung unter gewöhnlichen Umständen zulässige strukturelle Finanzierungsdefizit im haushaltsgesetzlich bestimmten Umfang überschreiten.

Von dieser Ermächtigung nach § 18 Absatz 2 des Haushaltsgesetzes der Stadtgemeinde Bremen ist im Haushaltsjahr 2017 Gebrauch gemacht worden. Das unter gewöhnlichen Umständen zulässige strukturelle Finanzierungsdefizit ist nicht eingehalten worden. Es sind Nettomehrausgaben gemäß § 18 Absatz 2 Haushaltsgesetz in Höhe von 64 206 756 Euro angefallen.

Der als Anlage 2 zum Haushaltsgesetz 2017 der Stadtgemeinde Bremen enthaltene Tilgungsplan ist daher nach Absatz 2 der ergänzenden Bestimmungen zum Tilgungsplan von der Senatorin für Finanzen an die Ist-Ausgaben im Haushaltsjahr wie folgt angepasst worden:

Die festgestellten Nettomehrausgaben gemäß § 18 Absatz 2 Haushaltsgesetz von insgesamt 64 206 756 Euro sind über den Zeitraum von 30 Jahren in folgenden jährlichen Schritten zu tilgen:

Raten 1 bis 5 (Jahre 2017 bis 2021 einschließlich)	0 Euro p.a.
Rate 6 (Jahr 2022)	2 568 276 Euro p.a.
Raten 7 bis 30 (Jahre 2023 bis 2046 einschließlich)	2 568 270 Euro p.a.



Freie
Hansestadt
Bremen

TEIL D

**ABSCHLUSSBERICHT PRODUKT-
GRUPPENCONTROLLING
DES LANDES UND DER
STADTGEMEINDE BREMEN 2017**



Die Senatorin für Finanzen

Controllingbericht Teil I

Inhaltsverzeichnis

Produktplanberichte der Ressorts

(ggf. einschl. Kommentar der Senatorin für Finanzen)

Produktplan 01 Bürgerschaft.....	1
Produktplan 02 Rechnungshof.....	4
Produktplan 03 Senat, Senatskanzlei.....	7
Produktplan 05 Bundes- und Europaangelegenheiten.....	11
Produktplan 06 Datenschutz.....	16
Produktplan 07 Inneres.....	20
Produktplan 08 Gleichberechtigung der Frau.....	30
Produktplan 09 Staatsgerichtshof.....	34
Produktplan 11 Justiz.....	37
Produktplan 12 Sport.....	43
Produktplan 21 Kinder und Bildung.....	48
Produktplan 22 Kultur.....	53
Produktplan 24 Hochschulen und Forschung.....	59
Produktplan 31 Arbeit.....	64
Produktplan 41 Jugend und Soziales.....	70
Produktplan 51 Gesundheit und Verbraucherschutz.....	76
Produktplan 68 Umwelt, Bau und Verkehr.....	81
Produktplan 71 Wirtschaft.....	86
Produktplan 81 Häfen.....	91
Produktplan 91 Finanzen / Personal.....	96
Produktplan 92 Allgemeine Finanzen.....	100
Produktplan 93 Zentrale Finanzen.....	104
Produktplan 96 IT-Budget der FHB.....	108
Produktplan 97 Immobilienwirtschaft und -management.....	113

Querschnittsbetrachtungen

Rücklagen/Verlustvorträge.....	117
--------------------------------	-----

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 14 / 2017
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.03.2018

PRODUKTPLAN 01 Bürgerschaft	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung				
		Land		Stadt	
		Nicht gefährdet	gefährdet	Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Nicht gefährdet		gefährdet	
Leistungen:	n.v.		n.v.		
Kommentar: <input type="checkbox"/> nicht erforderlich					
<p><u>Finanzdaten</u> Das Jahresergebnis 2017 weist im Saldo aus Mindereinnahmen und Minderausgaben eine rechnerische Haushaltsverbesserung in Höhe von rd. 4,137 Mio. € aus. Diese Haushaltsverbesserung resultiert überwiegend aus der Nichtinanspruchnahme von Resten/Rücklagen (2,564 Mio. €), Personalminderausgaben (1,167 Mio. €), konsumtive und investive Minderausgaben (0,246 Mio. €) sowie Mehreinnahmen (0,160 Mio. €).</p> <p>Der zulässige Finanzierungssaldo wurde unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen um rd. 1,562 Mio. € unterschritten.</p> <p>Das Ressort beantragt im Rahmen des Jahresabschlusses die Übertragung von Resten und Rücklagen in Höhe von insgesamt 1,828 Mio. €.</p> <p><u>Personaldaten</u> Die Personalausgaben und die Personalzielzahl werden deutlich unterschritten. Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Personalhaushaltes 2018 zu erwarten.</p> <p><u>Leistungsdaten</u> Im Produktplan 01 werden keine Leistungsdaten erfasst.</p>					
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:					
Kein Handlungsbedarf.					

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Bürgerschaft						Controlling 14/17 09.07.2018				
Verantwortlich: Präs. Weber						Version: 92		Seite 1		
Einhaltung Finanzdaten:		Einhaltung Personaldaten:			Einhaltung strategische Ziele:					
1. Ressourceneinsatz										
Kamerale Finanzdaten	14. Monat 2017					Jahresplanung 2017				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR				
Konsumtive Einnahmen	250	81	169	208,8	90	90	250	160	81	
Investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
Relevante Verrech./Erstatt.	7.573	7.573	0	0,0	7.573	7.573	7.573	0	7.573	
- Land, Stadtgem. u. intern	7.573	7.573	0	0,0	7.573	7.573	7.573	0	7.573	
- von Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
Gesamteinnahmen	7.823	7.654	169	2,2	7.664	7.663	7.823	160	7.654	
Personalausgaben	12.383	13.667	-1.284	-9,4	13.667	13.667	12.383	-1.284	13.490	
Sonst. kons. Ausgaben	8.398	8.700	-302	-3,5	11.055	11.055	8.399	-2.656	8.700	
Zinsausgaben	32	35	-3	-8,3	32	32	32	0	35	
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
Investive Ausgaben	533	471	62	13,1	569	569	533	-36	471	
Relevante Verrech./Erstatt.	7.576	7.573	3	0,0	7.576	7.576	7.576	0	7.573	
- Land, Stadtgem. u. intern	7.576	7.573	3	0,0	7.576	7.576	7.576	0	7.573	
- an Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
Gesamtausgaben	28.921	30.446	-1.525	-5,0	32.898	32.899	28.923	-3.976	30.270	
Saldo	-21.098	-22.792	1.694	-7,4	-25.235	-25.236	-21.100	4.136	-22.615	
valutierende Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.			
	2017	2018	2019	2020	2021ff			Tsd. EUR		
	Tsd. EUR							Tsd. EUR		
	- konsumtiv	0	0	0	0	0	1.933	0		
- investiv	0	0	0	0	0					
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0					
Personaldaten	14. Monat 2017			kumuliert Januar - 14. Monat 2017			voraussichtl. Jahresergebnis			
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	
	Tsd. EUR									
Kernbereich	0	0	0	3.227	3.659	-432	3.227	3.659	-432	
Temporäre Personalmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
TPM - Flüchtl.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Flexibilisierungsmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Zwischensumme	0	0	0	3.227	3.659	-432	3.227	3.659	-432	
Refinanzierte	0	0	0	0	6	-6	0	6	-6	
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Nebentitel	0	1	-1	9.156	10.002	-846	9.156	10.002	-846	
Insgesamt	0	1	-1	12.383	13.667	-1.284	12.383	13.667	-1.284	
dar.: Beihilfe /Nachvers.	0	1	-1	45	45	0	45	45	0	
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)										
Kernbereich	51,6	59,4	-7,8	51,9	59,4	-7,5	51,9	59,4	-7,5	
Temporäre Personalmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
TPM - Flüchtl.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Flexibilisierungsmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Zwischensumme	51,6	59,4	-7,8	51,9	59,4	-7,5	51,9	59,4	-7,5	
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-	
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Insgesamt	51,6	-	-	51,9	-	-	51,9	-	-	
nachr. znt. Beschäftg.Pool	0,0	-	-	0,2	-	-	0,2	-	-	
nachr. znt. Pool.Flüchtl.	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-	
Summe einges. Personal	51,6	-	-	52,1	-	-	52,1	-	-	
nachr.: Abwesende	2,6	-	-	3,3	-	-	3,3	-	-	
Personalstruktur	Dez 2017	2017		2016						
	Ist	Planwert		Ist						
	Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten				%					
	Beschäftigte bis 35 Jahre	6,5	22,5		9,1					
	Beschäftigte über 55 Jahre	37,1	17,5		28,8					
	Frauenquote	66,1	50,0		66,7					
Teilzeitquote	32,3	35,0		34,9						
Schwerbehindertenquote	12,5	6,0		16,9						

2. strategische Ziele / Kennzahlen / Mengengerüste

Gegenstand der Nachweisung	Januar - Dezember 2017		Ist-Planwert-Abweichung ³		2017 Planwert
	Ist	Planwert	abs.	%	

³Bei Einheit "%" im Ist bzw. Planwert ist die Abweichung in Prozentpunkten dargestellt



3. Analyse/Bewertung**3.1 Kamerale Finanzdaten**

Die Budgetunterschreitung zum Jahresschluss beträgt rd. 4,136 Tsd Euro. Dies resultiert u.a. aus nicht in Anspruch genommenen Resten in Höhe von insgesamt rd. 2.564,3 Tsd. Euro sowie konsumtiven Minderausgaben in Höhe von 216 Tsd. Euro, Personalminderausgaben von 1.166,7 Tsd. Euro, Investitionsresten von 30 Tsd. Euro sowie Mehreinnahmen in Höhe von 160 Tsd. Euro. In das neue Haushaltsjahr werden rd. 1,8 Mio Euro übertragen, u.a. für den im Rahmen der Haushaltsaufstellung vereinbarten Mehrbedarf von insgesamt 740 Tsd. Euro für 2018/19, rd. 350 Tsd. Euro für die Fortführung des PUA, rd. 430 Tsd. Euro für den Rechtsstreit "Klimaanlage" sowie 160 Tsd. Euro Mehreinnahmen zur Umsetzung des Brandschutzkonzeptes. Reste in Höhe von rd. 2,3 Mio Euro werden gestrichen. Der Finanzierungssaldo ist zum Jahresende unter Berücksichtigung von Tarifierhöhungen in Höhe von rd. 52 Tsd. Euro um rd. 1,5 Mio. Euro unterschritten.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 14 / 2017
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.03.2018

PRODUKTPLAN 02 Rechnungshof	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung				
		Land		Stadt	
		Nicht gefährdet	gefährdet	Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Nicht gefährdet		gefährdet	
Leistungen:	n.v.		n.v.		
Kommentar:					
<input type="checkbox"/> nicht erforderlich					
<u>Finanzdaten</u>					
Das Jahresergebnis 2017 weist im Saldo aus Mindereinnahmen und Minderausgaben eine rechnerische Haushaltsverbesserung in Höhe von rd. 0,319 Mio. € aus. Die Haushaltsverbesserung resultiert überwiegend aus Personalminderausgaben.					
Der zulässige Finanzierungssaldo wurde unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen um rd. 0,319 Mio. € unterschritten.					
<u>Personaldaten</u>					
Die Personalausgaben und die Personalzielzahl werden deutlich unterschritten. Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Personalhaushaltes 2018 zu erwarten.					
<u>Leistungsdaten</u>					
Im Produktplan 02 werden keine Leistungsdaten erfasst.					
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:					
Kein Handlungsbedarf.					

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Rechnungshof					Controlling 14/17 09.07.2018				
Verantwortlich: Präs. Sokol					Version: 92		Seite 1		
Einhaltung Finanzdaten:		Einhaltung Personaldaten:			Einhaltung strategische Ziele:				
 									
1. Ressourceneinsatz									
Kamerale Finanzdaten	14. Monat 2017					Jahresplanung 2017			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Relevante Verrech./Erstatt.	2.237	2.237	0	0,0	2.237	2.237	2.237	0	2.237
- Land, Stadtgem. u. intern	2.237	2.237	0	0,0	2.237	2.237	2.237	0	2.237
- von Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	2.237	2.237	0	0,0	2.237	2.237	2.237	0	2.237
Personalausgaben	2.410	2.707	-297	-11,0	2.707	2.707	2.410	-297	2.709
Sonst. kons. Ausgaben	235	249	-14	-5,7	248	248	235	-13	249
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	1	10	-9	-90,2	10	10	1	-9	10
Relevante Verrech./Erstatt.	2.239	2.239	-0	-0,0	2.239	2.239	2.239	0	2.239
- Land, Stadtgem. u. intern	2.239	2.239	-0	-0,0	2.239	2.239	2.239	0	2.239
- an Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	4.885	5.205	-320	-6,2	5.204	5.204	4.885	-319	5.206
Saldo	-2.648	-2.968	320	-10,8	-2.967	-2.967	-2.648	319	-2.969
valutierende Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.		
	2017	2018	2019	2020	2021ff			Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	872	0		
- investiv	0	0	0	0	0				
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0				
Personaldaten	14. Monat 2017			kumuliert Januar - 14. Monat 2017			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	-13	13	2.344	2.641	-297	2.344	2.641	-297
Temporäre Personalmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtl.	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	-13	13	2.344	2.641	-297	2.344	2.641	-297
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	-16	16	66	66	0	66	66	0
Insgesamt	0	-29	29	2.410	2.707	-297	2.410	2.707	-297
dar.: Beihilfe /Nachvers.	0	-16	16	65	65	0	65	65	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	34,4	40,0	-5,6	35,0	40,0	-5,0	35,0	40,0	-5,0
Temporäre Personalmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TPM - Flüchtl.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme	34,4	40,0	-5,6	35,0	40,0	-5,0	35,0	40,0	-5,0
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	34,4	-	-	35,0	-	-	35,0	-	-
nachr. znt. Beschäftg.Pool	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
nachr. znt. Pool.Flüchtl.	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Summe einges. Personal	34,4	-	-	35,0	-	-	35,0	-	-
nachr.: Abwesende	1,8	-	-	1,5	-	-	1,5	-	-
Personalstruktur	Dez 2017	2017	2016						
	Ist	Planwert	Ist						
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	%								
Beschäftigte bis 35 Jahre	0,0	22,5	0,0						
Beschäftigte über 55 Jahre	25,6	17,5	30,0						
Frauenquote	59,0	50,0	57,5						
Teilzeitquote	33,3	35,0	27,5						
Schwerbehindertenquote	5,4	6,0	2,6						

2. strategische Ziele / Kennzahlen / Mengengerüste

Gegenstand der Nachweisung	Januar - Dezember 2017		Ist-Planwert-Abweichung ³		2017 Planwert
	Ist	Planwert	abs.	%	

³Bei Einheit "%" im Ist bzw. Planwert ist die Abweichung in Prozentpunkten dargestellt

3. Analyse/Bewertung

Kamerale Finanzdaten

Die kamerale Finanzdaten sind eingehalten.



Personaldaten

Die Personaldaten sind eingehalten.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 14 / 2017
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.03.2018

PRODUKTPLAN 03 Senatskanzlei	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung				
		Land		Stadt	
		Nicht gefährdet	gefährdet	Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Nicht gefährdet		gefährdet	
Leistungen:	n.v.		n.v.		
Kommentar:					
<input type="checkbox"/> nicht erforderlich					
<p><u>Finanzdaten</u> Das Ressort hat sein Budget zum Jahresende um 1,961 Mio. € (Land 0,324 Mio. € und Stadtgemeinde 1,637 Mio. €) unterschritten. Die Unterschreitung resultiert überwiegend aus nicht in Anspruch genommenen aus 2016 übertragenen – haushaltsmäßig nicht finanzierten – konsumtiven Ausgaberesten (0,142 Mio. €) und investiven Rücklagen (0,276 Mio. €) sowie konsumtive (0,342 Mio. €) und investive (0,897 Mio. €) Minderausgaben. Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung produktplanübergreifender Verlagerungen (0,110 Mio. €) um 0,811 Mio. € unterschritten. Die Unterschreitung des Finanzierungssaldo setzt sich wie folgt zusammen: Land 0,158 Mio. € und Stadtbereich 0,653 Mio. €</p>					
<p><u>Personaldaten</u> Die Personalzielzahl wird leicht überschritten, die Personalausgaben werden jahresdurchschnittlich leicht unterschritten. Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Personalhaushaltes 2018 zu erwarten.</p>					
<p><u>Leistungsdaten</u> Im Produktplan 03 werden keine Leistungsdaten erhoben.</p>					
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:					
Kein Handlungsbedarf.					

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: 03 Senat, Senatskanzlei						Controlling 14/17 09.07.2018				
Verantwortlich: Bgm. Sieling						Version: 92		Seite 1		
Einhaltung Finanzdaten: 		Einhaltung Personaldaten: 		Einhaltung strategische Ziele:						
1. Ressourceneinsatz										
Kamerale Finanzdaten	14. Monat 2017					Jahresplanung 2017				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR				
Konsumtive Einnahmen	543	339	204	60,1	510	510	543	33	339	
Investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
Relevante Verrech./Erstatt.	6.131	6.138	-7	-0,1	6.131	6.131	6.131	0	6.131	
- Land, Stadtgem. u. intern	6.131	6.138	-7	-0,1	6.131	6.131	6.131	0	6.131	
- von Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
Gesamteinnahmen	6.674	6.477	197	3,0	6.641	6.641	6.674	33	6.470	
Personalausgaben	8.239	8.466	-227	-2,7	8.465	8.465	8.239	-226	8.081	
Sonst. kons. Ausgaben	3.687	3.752	-65	-1,7	4.171	4.171	3.687	-484	3.752	
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
Investive Ausgaben	916	1.514	-598	-39,5	2.091	2.090	917	-1.173	1.514	
Relevante Verrech./Erstatt.	6.145	6.141	4	0,1	6.190	6.190	6.145	-45	6.138	
- Land, Stadtgem. u. intern	6.171	6.141	30	0,5	6.170	6.169	6.171	2	6.138	
- an Bremerhaven	-26	0	-26	0,0	21	21	-26	-47	0	
Gesamtausgaben	18.988	19.873	-885	-4,5	20.917	20.916	18.988	-1.928	19.485	
Saldo	-12.314	-13.396	1.082	-8,1	-14.276	-14.275	-12.314	1.961	-13.015	
valutierende Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.			
	2017	2018	2019	2020	2021ff			Tsd. EUR		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR				
- konsumtiv	0	0	0	0	0	1.019	0			
- investiv	0	0	0	0	0					
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0					
Personaldaten	14. Monat 2017			kumuliert Januar - 14. Monat 2017			voraussichtl. Jahresergebnis			
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	
	Tsd. EUR									
Kernbereich	0	160	-160	5.431	5.644	-213	5.431	5.644	-213	
Temporäre Personalmittel	0	-6	6	249	249	0	249	249	0	
TPM - Flüchtl.	0	2	-2	52	52	0	52	52	0	
Flexibilisierungsmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Zwischensumme	0	156	-156	5.732	5.945	-213	5.732	5.945	-213	
Refinanzierte	0	-86	86	0	0	0	0	0	0	
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Nebentitel	0	-92	92	2.508	2.521	-13	2.508	2.521	-13	
Insgesamt	0	-22	22	8.240	8.466	-226	8.240	8.466	-226	
dar.: Beihilfe /Nachvers.	0	-20	20	59	59	0	59	59	0	
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)										
Kernbereich	89,9	88,2	1,7	87,0	89,4	-2,4	87,0	89,4	-2,4	
Temporäre Personalmittel	4,7	5,0	-0,3	4,9	5,0	-0,1	4,9	5,0	-0,1	
TPM - Flüchtl.	0,0	1,0	-1,0	0,6	1,0	-0,4	0,6	1,0	-0,4	
Flexibilisierungsmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Zwischensumme	94,6	94,2	0,4	92,5	95,4	-2,9	92,5	95,4	-2,9	
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-	
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Insgesamt	94,6	-	-	92,5	-	-	92,5	-	-	
nachr. znt. Beschäftg.Pool	7,8	-	-	5,5	-	-	5,5	-	-	
nachr. znt. Pool.Flüchtl.	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-	
Summe einges. Personal	102,3	-	-	98,0	-	-	98,0	-	-	
nachr.: Abwesende	5,0	-	-	6,7	-	-	6,7	-	-	
Personalstruktur	Dez 2017	2017		2016						
	Ist	Planwert		Ist						
	Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten				%					
	Beschäftigte bis 35 Jahre	11,2	22,5	9,7						
	Beschäftigte über 55 Jahre	23,4	17,5	21,4						
	Frauenquote	56,1	50,0	57,3						
	Teilzeitquote	26,2	35,0	24,3						
Schwerbehindertenquote	5,4	6,0	5,8							

2. strategische Ziele / Kennzahlen / Mengengerüste

Gegenstand der Nachweisung	Januar - Dezember 2017		Ist-Planwert-Abweichung ³		2017 Planwert
	Ist	Planwert	abs.	%	

³Bei Einheit "%" im Ist bzw. Planwert ist die Abweichung in Prozentpunkten dargestellt

3. Analyse/Bewertung

3. Analyse und Bewertung

Im Jahresergebnis errechnet sich eine Unterschreitung i.H. von 1.961 TEUR. Die veranschlagten Einnahmen wurden überschritten.

Der Finanzierungssaldo wurde zum Jahresende um 811 TEUR unterschritten und gliedert sich wie folgt:

- Land 158 TEUR
- Stadtgemeinde 653

3.1 Kamerale Finanzdaten

Konsumtive Einnahmen

Im Berichtszeitraum ergaben sich Mehreinnahmen i. H. von 204 TEUR aus Nutzungsentgelten für die Überlassung der Säle des Rathauses, aus Erlösen für Außentrauungen, Mieten für Behördenparkplätze und Sitzungssäle der Ortsämter sowie Einnahmen aus Veröffentlichungen. Das voraussichtliche HH-Soll wurde aufgrund einer Rückgabe an den allgemeinen Haushalt um 200 TEUR (Zuschüsse aus dem Förderfonds Metropolregion) reduziert, hat aber für das Gesamtergebnis keine Auswirkungen (vgl. Kommentierung zu den Konsumtiven Ausgaben). Im Jahresergebnis wurde das voraussichtliche HH-Soll im Verhältnis zum voraussichtlichen IST um 33 TEUR überschritten.

Relevante Verrechnungen/Erstattungen

Hierbei handelte es sich um die Wahrnehmung von Landes- und Gemeindeaufgaben. Das Jahresergebnis ist ausgeglichen.

Konsumtive Ausgaben

Im Berichtszeitraum wurde der Planwert bei den konsumtiven Ausgaben um 65 TEUR unterschritten. Dies beruht auf einem zurückhaltenden Ausgabeverhalten. Das voraussichtliche HH-Soll wurde aufgrund einer Rückgabe an den allgemeinen Haushalt um 200 TEUR (Durchführung von Projekten der Metropolregion) reduziert, hat aber bezogen auf das Jahresergebnis keine Auswirkungen. Im Jahresergebnis wurde das voraussichtliche HH-Soll im Verhältnis zum voraussichtlichen IST um 484 TEUR unterschritten. Die Unterschreitung im Jahresergebnis i. H. von 484 TEUR setzt sich wie folgt zusammen:

- 142 TEUR nicht in Anspruch genommene Reste
- 342 TEUR allgemeine Minderausgaben.

Investive Ausgaben

Der Planwert bei den investiven Ausgaben wurde im Berichtszeitraum um 598 TEUR unterschritten. Dieses resultiert aus einem zurückhaltenden Ausgabeverhalten sowie aus einem schwer kalkulierbaren, unterjährig abfließenden Mittelabfluss, insbesondere bei den Globalmitteln der Beiräte. Das voraussichtliche HH-SOLL wurde im Verhältnis zum voraussichtlichen IST im Jahresergebnis um 1.173 TEUR unterschritten. Die Unterschreitung beim Jahresergebnis i.H. von 1.173 TEUR setzt sich wie folgt zusammen:

- 276 TEUR nicht in Anspruch genommene Rücklagen
- 897 TEUR allgemeine Minderausgaben.

Relevante Verrechnungen/Erstattungen

Hier wurden die Verrechnungen für die Wahrnehmung von Landes- und Gemeindeaufgaben gebucht. Der Pauschalanteil an den Kosten des Haftpflichtschadenausgleichs und ELAZE ist hier ebenfalls enthalten. Der Planwert bei den relevanten Verrechnungen/Erstattungen wurde im Berichtszeitraum um 4 TEUR überschritten. Im Jahresergebnis ergab sich eine Unterschreitung des voraussichtlichen HH-SOLL im Verhältnis zum voraussichtlichen IST um 45 TEUR. Dies beruht u. a. auf einer Abrechnung und Rückzahlung von Impulsgeldern für lebenswerte Städte aus Bremerhaven.

3.1.1 Erlöse aus Vermögensveräußerungen -

3.1.2 Weitere Anmerkungen -

3.2 Personaldaten

Im Jahresergebnis schließt der Produktplan bei den Personalausgaben mit Minderausgaben i.H. von 226 TEUR ab.

3.3 Leistungsdaten

Im Produktplan 03 werden keine Leistungsdaten erhoben.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 14 / 2017
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.03.2018

PRODUKTPLAN 05 Bund und Europa	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Land	
		Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Nicht gefährdet	gefährdet
Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

Kommentar: nicht erforderlich**Finanzdaten****Budget:**

Das Ressort wird sein Budget nach derzeitigem Stand um 1,28 Mio. € unterschreiten. Die Unterschreitung resultiert aus Personalminderausgaben (0,067 Mio. €) sowie konsumtiven Minderausgaben (1,178 Mio. €) als auch investiven Minderausgaben (0,031 Mio. €) und konsumtiven Mehreinnahmen in Höhe von 0,007 Mio. €.

Die Unterschreitung bei den konsumtiven und investiven Ausgaben und den Personalausgaben entstehen überwiegend durch die Nicht-Inanspruchnahme von aus 2016 übertragenen – haushaltsmäßig nicht finanzierten – Resten und Rücklagen (1,11 Mio. €).

Finanzierungssaldo:

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird am Jahresende unter Berücksichtigung produktplanübergreifender Verlagerungen (0,062 Mio. €) um 0,179 Mio. € unterschritten bzw. eingehalten.

Das Ressort teilt mit, dass durch unwetterartige Regenfälle am Dienstgebäude der Landesvertretung in Berlin ein Wasserschaden entstanden ist. Zur Ermittlung der Schadenshöhe ist ein Gutachter beauftragt worden. Das weitere Verfahren ist mit der WFB, IB und der Senatorin für Finanzen zu klären. Des Weiteren teilt das Ressort mit, dass aktuell ein Schaden am Heizungssystem am Dienstgebäude in Brüssel eingetreten ist. Die Höhe des Schadens wird derzeit ermittelt. Laut Ressort ist durch das Alter der Anlagen in den Dienstgebäuden der BBEE in Berlin und Brüssel zukünftig mit einem erhöhten Reparaturaufwand zu rechnen ist.

Personaldaten

Die Personalausgaben und die Personalzielzahl werden eingehalten. Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Personalhaushaltes 2018 zu erwarten.

Leistungsdaten

Bei der Kennzahl *Informations- und Öffentlichkeitsarbeit* wird der Planwert unterschritten. Aufgrund des Bundestagswahlkampf und der laufenden Koalitionsverhandlungen liegt laut Ressort die Zahl der Veranstaltungen unterhalb des Normalbetriebs.

Bei der Kennzahl *Personalentwicklung* wird der Planwert aufgrund des Angebotes an Hospitanten-/Praktikantenplätze der BBEE aufgrund höherer Nachfrage überschritten.

Die Kennzahl *Unterrichtung Senat und Bürgerschaft* wird um 30% überschritten.




Ursächlich sind dafür die zum Ende der 18. Legislaturperiode des Bundestages abgeschlossenen Gesetzgebungsverfahren. Dies führt laut Ressort zu einem überdurchschnittlichen Informationsbedarf im Senat und der Bürgerschaft.

Alle anderen Abweichungen liegen laut Ressort in der üblichen Bandbreite von Plan-/Ist-Abweichungen.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Kein Handlungsbedarf.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: 05 Bundes- und Europaangelegenheiten						Controlling 14/17 10.07.2018			
Verantwortlich: Bgm. Sieling						Version: 92		Seite 1	
Einhaltung Finanzdaten: 		Einhaltung Personaldaten: 		Einhaltung strategische Ziele: 					
1. Ressourceneinsatz									
Kamerale Finanzdaten	14. Monat 2017					Jahresplanung 2017			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	696	362	334	92,2	689	689	696	7	362
Investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Relevante Verrech./Erstatt.	5	5	-0	-7,4	5	5	5	0	0
- Land, Stadtgem. u. intern	5	5	-0	-7,4	5	5	5	0	0
- von Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	700	367	333	90,9	694	694	701	7	362
Personalausgaben	3.037	3.103	-66	-2,1	3.104	3.104	3.037	-67	2.874
Sonst. kons. Ausgaben	2.736	2.665	71	2,7	3.914	3.914	2.736	-1.178	2.665
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	65	78	-13	-16,2	96	96	65	-31	78
Relevante Verrech./Erstatt.	3	2	1	44,0	3	3	3	0	2
- Land, Stadtgem. u. intern	3	2	1	44,0	3	3	3	0	2
- an Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	5.841	5.848	-7	-0,1	7.117	7.117	5.841	-1.276	5.619
Saldo	-5.141	-5.481	340	-6,2	-6.424	-6.423	-5.140	1.283	-5.257
valutierende Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.		
	2017	2018	2019	2020	2021ff				
	Tsd. EUR								
- konsumtiv	0	0	0	0	0	811	0		
- investiv	0	0	0	0	0				
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0				
Personaldaten	14. Monat 2017			kumuliert Januar - 14. Monat 2017			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	94	-94	2.835	2.835	0	2.835	2.835	0
Temporäre Personalmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtl.	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	94	-94	2.835	2.835	0	2.835	2.835	0
Refinanzierte	0	-50	50	65	132	-67	65	132	-67
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	-4	4	136	136	0	136	136	0
Insgesamt	0	40	-40	3.036	3.103	-67	3.036	3.103	-67
dar.: Beihilfe /Nachvers.	0	-10	10	20	20	0	20	20	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich	37,3	37,3	0,1	38,2	37,7	0,5	38,2	37,7	0,5
Temporäre Personalmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TPM - Flüchtl.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme	37,3	37,3	0,1	38,2	37,7	0,5	38,2	37,7	0,5
Refinanzierte	1,0	-	-	1,0	-	-	1,0	-	-
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	38,3	-	-	39,2	-	-	39,2	-	-
nachr. znt. Beschäftg.Pool	4,7	-	-	2,9	-	-	2,9	-	-
nachr. znt. Pool.Flüchtl.	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Summe einges. Personal	43,0	-	-	42,1	-	-	42,1	-	-
nachr.: Abwesende	1,5	-	-	1,6	-	-	1,6	-	-
Personalstruktur	Dez 2017	2017		2016					
	Ist	Planwert		Ist					
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	%								
Beschäftigte bis 35 Jahre	15,9	22,5		9,8					
Beschäftigte über 55 Jahre	6,8	17,5		12,2					
Frauenquote	68,2	50,0		65,9					
Teilzeitquote	40,9	35,0		39,0					
Schwerbehindertenquote	2,2	6,0		0,0					

2. strategische Ziele / Kennzahlen / Mengengerüste

Gegenstand der Nachweisung	Januar - Dezember 2017		Ist-Planwert-Abweichung ³		2017 Planwert
	Ist	Planwert	abs.	%	
Wirkungen					
Informations- und Öffentlichkeitsarbeit [ST]	14.385,000	17.025,000	-2.640,000	-15,5	17.025,000
Personalentwicklung [ST]	44,000	34,000	10,000	29,4	34,000
Unterrichtung Senat und Bürgerschaft [ST]	667,000	513,000	154,000	30,0	513,000
Anzahl der Projekte [ST]	29,000	31,000	-2,000	-6,5	31,000
Interessenwahrnehmung [ST]	1.043,000	1.144,000	-101,000	-8,8	1.144,000
Anzahl der Übernachtungen Berlin [ST]	945,000	980,000	-35,000	-3,6	980,000
Qualifizierung [ST]	53,000	52,000	1,000	1,9	52,000

³Bei Einheit "%" im Ist bzw. Planwert ist die Abweichung in Prozentpunkten dargestellt

3. Analyse/Bewertung

3.1 Kamerale Finanzdaten

konsumtive Einnahmen

Die konsumtiven Einnahmen liegen zum Jahresende über dem Planwert. Dies resultiert unter anderem aus nicht geplanten Personaleinnahmen von der Hochschule Bremen (zum Jahresende ca. 45 Tsd. EUR) und zusätzlichen Projekten im Bereich Entwicklungszusammenarbeit (zum Jahresende ca. 180 Tsd. EUR).

konsumtive Ausgaben

Die konsumtiven Ausgaben liegen zum Jahresende über dem Planwert. Dies liegt u.a. an zusätzlichen Projektmitteln im Bereich Entwicklungszusammenarbeit (siehe konsumtive Einnahmen ca. 180 Tsd. EUR).

Personalausgaben

Die Personalausgaben werden zum Jahresende um 67 Tsd. EUR unterschritten, das sind Reste aus den Vorjahren. Die Zahlungen der Hochschule Bremen und der Mittelabruf aus der Anstalt für Versorgungsvorsorge sind berücksichtigt.

Investitionen

Die investiven Ausgaben liegen zum Jahresende mit 13 Tsd. Euro unter dem Planwert. Die für Brüssel geplante Ertüchtigung der LAN Infrastruktur ist umgesetzt und abgerechnet.

3.1.1 Erlöse aus Vermögensveräußerungen

3.1.2 Weitere Anmerkungen

Durch unwitterartige Regenfälle (29.06.17) ist am Dienstgebäude der Landesvertretung in Berlin ein Wasserschaden entstanden. Zur Ermittlung der Schadenshöhe ist ein Gutachter beauftragt worden. Das weitere Verfahren ist mit der WFB, IB und SF zu klären.

Durch das Alter der technischen Anlagen in den Dienstgebäuden der BBEE in Berlin und Brüssel ist zukünftig mit einem erhöhten Reparaturaufwand zu rechnen. Derzeit ist ein Schaden am Heizungssystem am Dienstgebäude in Brüssel eingetreten. Die Schadenshöhe wird derzeit ermittelt.

Das Ressort unterschreitet sein Budget zum Jahresende um 1,28 Mio. EUR. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Nichtanspruchnahme von Resten und Rücklagen.

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird am Jahresende unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen (0,062 Mio. EUR) um 0,179 Mio. EUR unterschritten bzw. eingehalten.

3.3 Leistungsdaten

Informations- und Öffentlichkeitsarbeit: Aufgrund des Bundestagswahlkampfes und der laufenden Koalitionsverhandlungen liegt die Zahl der Veranstaltungen unterhalb des Normalbetriebs.

Personalentwicklung: Der Planwert des Angebotes an Hospitanten-/Praktikantenplätzen der BBEE wird aufgrund höherer Nachfrage überschritten.




Unterrichtung Senat und Bürgerschaft: Zum Ende der 18. Legislaturperiode des Bundestages wurden viele offene Gesetzgebungsverfahren einem Abschluss zugeführt. Dies führte zu einem überdurchschnittlichen Informationsbedarf im Senat und der Bürgerschaft.

Alle anderen Abweichungen liegen in der üblichen Bandbreite von Plan-/Ist-Abweichungen.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 14 / 2017
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.03.2018

PRODUKTPLAN 06 Datenschutz	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung				
		Land		Stadt	
		Nicht gefährdet	gefährdet	Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Nicht gefährdet		gefährdet	
Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		
Kommentar: <input type="checkbox"/> nicht erforderlich					
<u>Finanzdaten</u>					
Budget: Das Ressort wird sein Budget zum Jahresende nach derzeitigem Stand um 0,005 Mio. € unterschreiten. Die Unterschreitung resultiert ausschließlich aus investiven Minderausgaben (0,005 Mio. €). Die Unterschreitung bei den investiven Ausgaben ist fast deckungsgleich mit den aus 2016 übertragenen – haushaltsmäßig nicht finanzierten – Resten und Rücklagen (0,004 Mio. €).					
Finanzierungssaldo: Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird am Jahresende unter Berücksichtigung produktplanübergreifender Verlagerungen (0,040 Mio. €) eingehalten.					
<u>Personaldaten</u> Die Personalausgaben werden nach Ausgleichen aus anderen Aggregaten und dem Senatorinnenbudget eingehalten. Die Personalzielzahl im Kernbereich wird unter Einbeziehung der Sollvorgaben bei den temporären Personalmitteln zum Jahresende um 1,6 VZE überschritten. Es bestehen Vollzugsrisiken in 2018, die innerhalb des Produktplans oder durch das Senatorinnenbudget aufgefangen werden müssten.					
<u>Leistungsdaten</u> Die Planwerte werden zum Teil leicht unterschritten. Die Kennzahl „Anlassbezogene Beratung und Kontrolltätigkeiten“ erreicht mit 62,2 % fast den Planwert von 65 %. Die Planwertunterschreitung bei der Kennzahl „Anlassunabhängige Kontrolltätigkeiten“ ist darauf zurückzuführen, dass die Tätigkeiten im Berichtsjahr nicht in dem geplanten Umfang ausgeführt werden konnten. Laut Ressort wird eine weitergehende Annäherung an die Planwerte im Jahr 2018 angestrebt.					
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag: Kein Handlungsbedarf.					

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: 06 Datenschutz und Informationsfreiheit					Controlling 14/17 09.07.2018				
Verantwortlich: Dr. Sommer					Version: 92		Seite 1		
Einhaltung Finanzdaten: 		Einhaltung Personaldaten: 			Einhaltung strategische Ziele: 				
1. Ressourceneinsatz									
Kamerale Finanzdaten	14. Monat 2017					Jahresplanung 2017			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	3	0	3	0,0	3	3	3	0	0
Investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
- Land, Stadtgem. u. intern	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
- von Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	3	0	3	0,0	3	3	3	0	0
Personalausgaben	951	951	-0	-0,0	951	951	951	0	881
Sonst. kons. Ausgaben	113	128	-15	-11,9	113	113	113	0	128
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	1	13	-12	-90,0	6	6	1	-5	13
Relevante Verrech./Erstatt.	1	0	1	0,0	1	1	1	0	1
- Land, Stadtgem. u. intern	1	0	1	0,0	1	1	1	0	1
- an Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	1.066	1.092	-26	-2,4	1.070	1.071	1.066	-5	1.023
Saldo	-1.062	-1.092	30	-2,7	-1.067	-1.068	-1.063	5	-1.023
valutierende Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.		
	2017	2018	2019	2020	2021ff			Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	28	0		
- investiv	0	0	0	0	0				
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0				
Personaldaten	14. Monat 2017			kumuliert Januar - 14. Monat 2017			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	56	-56	931	931	0	931	931	0
Temporäre Personalmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtl.	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	56	-56	931	931	0	931	931	0
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	1	-1	20	20	0	20	20	0
Insgesamt	0	57	-57	951	951	0	951	951	0
dar.: Beihilfe /Nachvers.	0	1	-1	20	20	0	20	20	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	14,6	12,1	2,6	14,2	12,2	2,0	14,2	12,2	2,0
Temporäre Personalmittel	0,0	1,0	-1,0	0,0	1,0	-1,0	0,0	1,0	-1,0
TPM - Flüchtl.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme	14,6	13,1	1,6	14,2	13,2	1,0	14,2	13,2	1,0
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	14,6	-	-	14,2	-	-	14,2	-	-
nachr. znt. Beschäftg.Pool	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
nachr. znt. Pool.Flüchtl.	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Summe einges. Personal	14,6	-	-	14,2	-	-	14,2	-	-
nachr.: Abwesende	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Personalstruktur	Dez 2017	2017	2016						
	Ist	Planwert	Ist						
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	%								
Beschäftigte bis 35 Jahre	6,3	22,5	0,0						
Beschäftigte über 55 Jahre	18,8	17,5	18,8						
Frauenquote	62,5	50,0	56,3						
Teilzeitquote	31,3	35,0	31,3						
Schwerbehindertenquote	0,0	6,0	0,0						

2. strategische Ziele / Kennzahlen / Mengengerüste

Gegenstand der Nachweisung	Januar - Dezember 2017		Ist-Planwert-Abweichung ³		2017 Planwert
	Ist	Planwert	abs.	%	
Leistungen					
Anlassbezog. Beratung u. Kontrolltätigk. [%]	62,17	65,00	-2,83	-	65,00
Andere Datenschutz- und IFG-Tätigkeiten [%]	27,38	20,00	7,38	-	20,00
Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit [%]	9,61	10,00	-0,39	-	10,00
Anlassunabhängige Kontrolltätigkeiten [%]	0,84	5,00	-4,16	-	5,00

³Bei Einheit "%" im Ist bzw. Planwert ist die Abweichung in Prozentpunkten dargestellt

3. Analyse/Bewertung

3.1 Kamerale Finanzdaten

Konsumtive Einnahmen

Bei den konsumtiven Einnahmen ist eine Mehreinnahme von ca. 3 Tsd. Euro zu verzeichnen, die auf die Vereinnahmung von Bußgeldern im Jahr 2017 zurückzuführen ist.

Personalausgaben:

Die sich bei den Personalhauptkosten bis zum 12. Haushaltsmonat 2017 ergebende Überschreitung in Höhe von ca. 56 Tsd. Euro ist durch die Inanspruchnahme von Mehreinnahmen, Minderausgaben bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben und den investiven Ausgaben sowie produktplanübergreifend im 13. Monat innerhalb des Senatorinnenbudgets "Finanzen" ausgeglichen worden. Der Ausgleich hat zu einer Erhöhung des abschließenden Haushalts-Solls geführt, so dass bei den Personalausgaben keine Überschreitung mehr besteht.

Konsumtive Ausgaben:

Auch bei den konsumtiven Ausgaben ist das abschließende Haushalts-Soll eingehalten worden.

Investive Ausgaben:

Bei den investiven Ausgaben ist das abschließende Haushalts-Soll 2017 ebenfalls eingehalten worden.

Budgeteinhaltung:

Das Budget ist um ca. 5 Tsd. Euro unterschritten worden.

Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos:

Auch der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo ist unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlagerung (ca. 40 Tsd. Euro) eingehalten worden.

3.1.1 Erlöse aus Vermögensveräußerungen

3.1.2 Weitere Anmerkungen

3.2 Personaldaten

Die im Haushalt 2017 veranschlagte Beschäftigtenzielzahl konnte nicht eingehalten werden. Die Zielzahl war insbesondere im Hinblick auf eine ausreichende Aufgabenwahrnehmung im Produktplan 06 nicht zu erreichen.

3.3 Leistungsdaten

Die Abweichung von den Planwerten bei den Leistungszielen ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Dienststelle ihre Tätigkeiten im Berichtsjahr nicht in dem geplanten Umfang ausführen konnten. Grund hierfür ist insbesondere die sehr niedrige Beschäftigtenzahl, die insbesondere dazu führt, dass anlassunabhängige Kontrolltätigkeiten kaum mehr durchgeführt werden können. Bei den Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit hat sich der Ist-Wert dem Planwert im Vergleich zu 2016 deutlich weiter angenähert. Es wird auch im Jahr 2018 angestrebt, die Planwerte stärker einzuhalten.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 14 / 2017
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.03.2018

PRODUKTPLAN 07 Inneres	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung				
		Land		Stadt	
		Nicht gefährdet	gefährdet	Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Nicht gefährdet		gefährdet	
Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		

Kommentar: nicht erforderlich**Finanzdaten****Budget:**

Das Jahresergebnis 2017 für den PPL 07 weist eine Budgetunterschreitung in Höhe von rd. **2,769 Mio. € (Land: 1,954 Mio. € Stadt: 0,816 Mio. €)** aus.

Die Unterschreitung setzt sich wie folgt zusammen:

Konsumtive Mindereinnahmen	-1.903 Mio. €
Investive Mehreinnahmen	0,032 Mio. €
Verrechnungsmehreinnahmen	0,033 Mio. €
Personalminderausgaben	2,873 Mio. €
Konsumtive Minderausgaben	0,680 Mio. €
Investive Minderausgaben	1,054 Mio. €
Gesamt:	2,769 Mio. €

Konsumtive Mindereinnahmen:

Die Mindereinnahmen setzen sich wie folgt zusammen:

Polizei (saldiert)	0,934 Mio. €
Rettungsdienst	0,004 Mio. €
Feuerwehr	0,198 Mio. €
ehemals Stadtamt (saldiert)	0,706 Mio. €
Statistisches Landesamt (saldiert)	0,160 Mio. €
Sonstiges Senator für Inneres	-0,099 Mio. €
Gesamt:	1,903 Mio. €

Die Mindereinnahmen bei der Polizei begründen sich laut Ressort zum größten Teil aus fehlenden Einnahmen aus der Abrechnung der Verkehrsüberwachung. Die weiteren Mindereinnahmen sind in erster Linie in einem geringeren Gebührenaufkommen bei der Feuerwehr (Brandschutz) und im ehemaligen Stadtamt (allg. Ordnungsangelegenheiten, Verwarnungsgelder und Einbürgerungsangelegenheiten) begründet.

Konsumtive und Investive Minderausgaben:

Im Rahmen des vom Senat am 21. November 2017 beschlossenen Konzeptes zur Lösung der erwarteten Budget- und Liquiditätsrisiken wurden für den Rettungsdienst insgesamt 3,498 Mio. € (konsumtiv: 2,498 Mio. €, investiv: 1,000 Mio. €) zentral zur Verfügung gestellt.

Die zum Jahresende entstandenen konsumtiven Minderausgaben in Höhe von 0,680 Mio. € entstehen überwiegend in den Produktgruppen des ehemaligen Stadtamtes.

Die zum Jahresende entstandenen investiven Minderausgaben in Höhe von 1,054 Mio. € entstehen u. a. im Bereich der Feuerwehr aus nicht abgeflossenen Mitteln für Fahrzeugbeschaffungen und kleineren Investitionen (0,395 Mio. €) sowie in Höhe von 0,561 Mio. € aus nicht abgeflossenen Mitteln im Zusammenhang mit dem Ausbau und Betrieb des Digitalfunknetzes. Die Minderausgaben im Bereich des Digitalfunk bestehen aus nicht in Anspruch genommenen Resten und Rücklagen aus dem Vorjahr.

Im Rahmen der Abrechnung der Produktplanhaushalte wurden 0,290 Mio. € für den Bereich der Feuerwehr und 0,561 Mio. € für den Bereich des Digitalfunks in die investive Rücklage übertragen.

Rettungsdienst:

Der Rettungsdienst wird erstmalig ab dem Haushaltsjahr 2016 sowohl auf der Einnahmeseite als auch auf der Ausgabenseite brutto veranschlagt. Mögliche Überschüsse sind einer gesonderten Rücklage zuzuführen, ein Negativergebnis in einem gesonderten Verlustvortrag zu führen.

Das Ressort prognostizierte bereits im Controlling 01-04 ein konsumtives und investives Risiko im Rettungsdienst. Dies entstand durch die Berücksichtigung von Gewinnen aus dem Vorjahr in der Gebührenkalkulation des Rettungsdienstes.

Im Rahmen des vom Senat am 21. November 2017 beschlossenen Lösungskonzeptes wurden daher für den Rettungsdienst 3,498 Mio. € zentral bereitgestellt.

Nach Abschluss des Haushaltsjahres entstand im Rettungsdienst ein Saldo aus Einnahmen und Ausgaben im Umfang von 3,464 Mio. € (ohne Berücksichtigung des zentralen Ausgleichs). Minderausgaben im Umfang von 0,034 Mio. € wurden im Rahmen der Abrechnung der Produktplanhaushalte gestrichen. Der Verlustvortrag auf dem gesonderten Verlustvortragskonto Rettungsdienst erhöht sich damit von 0,329 Mio. € auf 3,793 Mio. €.

Zusammenfassung:

Der PPL 07 schließt unter Berücksichtigung des zentral ausgeglichenen Risikos im Rettungsdienst insgesamt mit einer Budgetunterschreitung in Höhe von rd. 2,8 Mio. € ab. Die konsumtiven Mindereinnahmen (1,9 Mio. €) werden durch Personalminderausgaben (2,9 Mio. €) sowie konsumtive (0,7 Mio. €) und investive Minderausgaben (1,1 Mio. €) abgedeckt. Ohne die zentral bereitgestellten Mittel für den Rettungsdienst hätte der PPL 07 zum Jahresende mit einem Defizit im Umfang von rd. 0,7 Mio. € abgeschlossen.

Das Ressort hatte mit Wirkung vom 23. Oktober 2017 Bewirtschaftungsmaßnahmen für den Sachhaushalt erlassen.

Finanzierungssaldo:

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen (ca. 13,4 Mio. €) um rd. **2,1 Mio. € (Land: 1,292 Mio. € Stadt: 0,816 Mio. €)** unterschritten.

Personaldaten

Die Personalausgaben und die Personalzielzahl werden insbesondere in den Vollzugsbereichen der Polizei und Feuerwehr erheblich unterschritten.

Im Produktbereich 07.03 – Stadtamt liegt eine erhebliche Überschreitung der Personalzielzahl vor, die Personalausgaben wurden produktplaninternen ausgeglichen. Den Nachfolgeämtern des Stadtamtes werden ab dem Jahr 2018 erhöhte Zielzahlen, u.a. aus den Handlungsfeldern, zur Verfügung stehen. Bei einem verantwortungsvollen personalwirtschaftlichen Handeln sollte dieser Bereich mit den ihm zustehenden Personalressourcen auskommen.

In der Produktgruppe 07.90.04 werden die Zielzahlen deutlich überschritten. Für das Jahr 2018 hat diese Produktgruppe die Aufgaben und Ressourcen der zentralen Dienste des ehemaligen Stadtamtes übernommen. Es wird erwartet, dass dieser Bereich restriktiv gesteuert wird um eine erneute Zielzahlüberschreitung zu verhindern.

Für den Produktplan insgesamt werden keine Probleme im Vollzug des Personalhaushaltes 2018 erwartet.

Leistungsdaten

Die Kennzahl *Anzahl legaler Waffen* konnte weiter reduziert werden (-1,5 %).

Der Planwert bei der Kennzahl *Anzahl strafrechtlicher Ermittlungsverfahren –gesamt–* konnte reduziert werden (-6,2 %).

Der Planwert bei den *Anzahl Kontrollen sicherer Waffenverwahrung* wird deutlich unterschritten (-92,2 %). Laut Ressort wurden alle Waffenbesitzer bereits 2015/2016 einmal kontrolliert. In 2017 erfolgten daher nur wenige Folgekontrollen. Im Controlling 01-09/2017 berichtete das Ressort zudem, dass sich die Zahl der Außendienstmitarbeiter_innen durch personelle Abgänge von 3 auf 1 reduziert hatte und dass seinerzeit terminierte Kontrollen durch den Einsatz von Springerkräften erfolgten. Für 2018 geht das Ressort von einer Wiederaufnahme eines gleichmäßigen regulären Zyklus von 1.000 Kontrollen jährlich aus. Hierfür sind laut Ressort Mittel für zusätzliches Personal aus dem Handlungsfeld „Sichere und Saubere Stadt“ bewilligt worden.

Der Planwert bei der Kennzahl *Brandeinsätze* übersteigt mit 2.752 den Planwert von 2.400 erheblich (+14,7 %).

Die Kennzahl *Wartezeit <30 Min. Terminkunden BSC* kann wie auch in allen vorherigen Controllingberichten aufgrund des alten Terminmanagementsystem in den Bürger-Service-Centern nicht ermittelt werden. Laut Ressort sollte bis Ende 2017 die Umstellung auf das neue Terminmanagementsystem erfolgen. Zukünftig soll laut Ressort das neue System aussagekräftige Zahlen ausweisen. Die weitere Entwicklung in dieser Sache ist abzuwarten.

Der Planwert bei der Kennzahl *Zeitliche Erreichung Schutzziel 1* übersteigt mit 95,5 % den Planwert von 95 %.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Kein Handlungsbedarf.

Produktplan: Inneres						Controlling 14/17 09.07.2018			
Verantwortlich: Senator Mäurer						Version: 92		Seite 1	
Einhaltung Finanzdaten:		Einhaltung Personaldaten:		Einhaltung strategische Ziele:					
1. Ressourceneinsatz									
Kamerale Finanzdaten	14. Monat 2017					Jahresplanung 2017			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
Tsd. EUR					%	Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	51.605	52.194	-589	-1,1	53.507	53.508	51.605	-1.903	52.145
Investive Einnahmen	168	48	120	249,4	136	135	167	32	48
Relevante Verrech./Erstatt.	7.174	7.134	40	0,6	7.142	7.142	7.175	33	7.134
- Land, Stadtgem. u. intern	7.081	7.042	39	0,5	7.048	7.048	7.081	33	7.042
- von Bremerhaven	93	92	1	1,3	94	94	94	0	92
Gesamteinnahmen	58.947	59.376	-429	-0,7	60.784	60.785	58.947	-1.838	59.327
Personalausgaben	185.694	188.569	-2.875	-1,5	188.569	188.569	185.696	-2.873	180.332
Sonst. kons. Ausgaben	59.331	54.446	4.885	9,0	60.010	60.010	59.330	-680	54.445
Zinsausgaben	28	46	-18	-39,1	28	28	28	0	46
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	7.009	7.054	-45	-0,6	8.063	8.063	7.009	-1.054	7.054
Relevante Verrech./Erstatt.	44.555	43.698	857	2,0	44.555	44.555	44.555	0	43.798
- Land, Stadtgem. u. intern	2.814	2.592	222	8,6	2.814	2.814	2.814	0	2.593
- an Bremerhaven	41.740	41.106	634	1,5	41.740	41.741	41.741	0	41.206
Gesamtausgaben	296.617	293.813	2.804	1,0	301.224	301.225	296.618	-4.607	285.676
Saldo	-237.670	-234.437	-3.233	1,4	-240.440	-240.440	-237.671	2.769	-226.349
valutierende Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.		
	2017	2018	2019	2020	2021ff				
Tsd. EUR							Tsd. EUR		
- konsumtiv	0	38	38	38	74	850	20.868		
- investiv	0	1.068	816	1.164	439				
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	39	34	31	0				
Personaldaten	14. Monat 2017			kumuliert Januar - 14. Monat 2017			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich	-9	-1.076	1.067	159.360	160.759	-1.399	159.360	160.759	-1.399
Temporäre Personalmittel	0	-141	141	359	359	0	359	359	0
TPM - Flüchtl.	0	0	0	2.986	4.198	-1.212	2.986	4.198	-1.212
Flexibilisierungsmittel	0	1.022	-1.022	1.022	1.022	0	1.022	1.022	0
Zwischensumme	-9	-195	186	163.727	166.338	-2.611	163.727	166.338	-2.611
Refinanzierte	0	188	-188	9.357	9.800	-443	9.357	9.800	-443
Ausbildung	0	84	-84	5.456	5.456	0	5.456	5.456	0
Nebentitel	0	-162	162	7.154	6.975	179	7.154	6.975	179
Insgesamt	-9	-85	76	185.694	188.569	-2.875	185.694	188.569	-2.875
dar.: Beihilfe /Nachvers.	0	-253	253	1.349	1.349	0	1.349	1.349	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich	3.381,0	3.420,4	-39,4	3.342,8	3.424,5	-81,7	3.342,8	3.424,5	-81,7
Temporäre Personalmittel	2,0	10,0	-8,0	8,8	10,0	-1,2	8,8	10,0	-1,2
TPM - Flüchtl.	69,4	88,0	-18,6	70,1	88,0	-17,9	70,1	88,0	-17,9
Flexibilisierungsmittel	19,4	0,0	19,4	19,5	0,0	19,5	19,5	0,0	19,5
Zwischensumme	3.471,8	3.518,4	-46,6	3.441,3	3.522,5	-81,2	3.441,3	3.522,5	-81,2
Refinanzierte	205,9	-	-	207,9	-	-	207,9	-	-
Ausbildung	379,0	397,0	-18,0	338,8	370,1	-31,3	338,8	370,1	-31,3
Insgesamt	4.056,7	-	-	3.987,9	-	-	3.987,9	-	-
nachr. znt. Beschäftg.Pool	45,6	-	-	33,1	-	-	33,1	-	-
nachr. znt. Pool.Flüchtl.	40,7	-	-	44,5	-	-	44,5	-	-
Summe einges. Personal	4.142,9	-	-	4.065,5	-	-	4.065,5	-	-
nachr.: Abwesende	104,3	-	-	96,3	-	-	96,3	-	-
Personalstruktur	Dez 2017	2017	2016						
	Ist	Planwert	Ist						
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	%								
Beschäftigte bis 35 Jahre	25,4	22,5	25,3						
Beschäftigte über 55 Jahre	20,8	17,5	20,0						
Frauenquote	30,9	50,0	30,1						
Teilzeitquote	11,7	35,0	11,4						
Schwerbehindertenquote	2,6	6,0	3,7						

2. strategische Ziele / Kennzahlen / Mengengerüste

Gegenstand der Nachweisung	Januar - Dezember 2017		Ist-Planwert-Abweichung ³		2017
	Ist	Planwert	abs.	%	Planwert
Wirkungen					
Verkehrsunfälle mit Personenschäden [ST]	3.242,000	3.150,000	92,000	2,9	3.150,000
Anz. legaler Waffen [ST]	11.034,000	11.200,000	-166,000	-1,5	11.200,000
Leistungen					
Anzahl straf. Ermittlungsverf. -gesamt [ST]	81.176,000	86.500,000	-5.324,000	-6,2	86.500,000
Aufklärungsquote [%]	48,50	49,00	-0,50	-	49,00
Anz. Kontrollen sicherer Waffenverwahr. [ST]	160,000	2.060,000	-1.900,000	-92,2	2.060,000
Brand einsätze [ST]	2.752,000	2.400,000	352,000	14,7	2.400,000
Qualität					
Erreichen des 8-Minuten-Standards [%]	83,50	80,00	3,50	-	80,00
Zeitliche Erreichung Schutzziel 1 [%]	95,50	95,00	0,50	-	95,00
Wartezeit <30 Min Terminkunden BSC [%]	0,00	80,00	-80,00	-	80,00

³Bei Einheit "%" im Ist bzw. Planwert ist die Abweichung in Prozentpunkten dargestellt

3. Analyse/Bewertung

3.1 Kamerale Finanzdaten

Einnahmen

Konsumtive Einnahmen

Der Ressorthaushalt schließt mit konsumtiven Mindereinnahmen im Umfang von 1.903 Tsd. Euro ab. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

07.01.01 (Polizei)	948 Tsd. Euro
07.02.02 (Rettungsdienst)	4 Tsd. Euro
07.02.06 (Feuerwehr)	198 Tsd. Euro
07.03.11 (öffentl. Ordnung)	561 Tsd. Euro
07.03.12 (Aufenthalt u. Einb.)	151 Tsd. Euro
07.04.02 (Wahlen)	162 Tsd. Euro
Mindereinnahmen gesamt:	2.027 Tsd. Euro

Dem stehen an Mehreinnahmen gegenüber:

07.01.04 (Zentrale Dienste, NVZ)	14 Tsd. Euro
07.03.08 (Zentrale Dienste)	6 Tsd. Euro
07.04.01 (Statistiken)	2 Tsd. Euro
07.90.04 (Zentrale Dienste)	99 Tsd. Euro
Mehreinnahmen gesamt:	121 Tsd. Euro

Die Mindereinnahmen in Höhe von 948 Tsd. Euro bei der Polizei begründen sich mit 885 Tsd. Euro aus fehlenden Einnahmen aus der Abrechnung der Verkehrsüberwachung mit dem Stadtamt. Ein Ausgleich hätte keine Auswirkung auf das Ergebnis

Planebene. Die weiteren Mindereinnahmen sind in erster Linie in einem geringeren Gebührenaufkommen begründet. In der Produktgruppe 07.02.06 (Brandschutz) wurden aufgrund geringeren Gebührenaufkommens im Umfang von 198 Tsd. Euro Mindereinnahmen erzielt. Die Einnahmen liegen rd. 76 Tsd. Euro unter dem Vorjahresergebnis.

Die Mindereinnahmen in den Produktgruppen des ehemaligen Stadtamtes entstehen insbesondere bei den Gebühren für allgemeine Ordnungsangelegenheiten, bei den Verwarnungsgeldern sowie im Bereich der Einbürgerungsangelegenheiten.

Die Mindereinnahmen können innerhalb des Produktbereichs vollständig durch konsumtive Minderausgaben abgedeckt werden.

Zur Einnahmeentwicklung in der Verkehrsüberwachung wird gesondert berichtet; siehe hierzu unter weitere Anmerkungen.

In der Produktgruppe 07.04.02 (Wahlen) sind Mindereinnahmen im Umfang von 162 Tsd. Euro entstanden. Diese resultieren aus der bislang nicht eingegangenen Erstattung des Bundes für die Durchführung der Bundestagswahlen. Die Erstattung wird in 2018 erwartet.

Investive Einnahmen

Die investiven Einnahmen resultieren aus der Veräußerung ausgesonderter Fahrzeuge und Geräte.

Bei den relevanten Verrechnungen und Erstattungen ergeben sich Mehreinnahmen im Umfang von 34 Tsd. Euro. Mindereinnahmen aus dem Anteil aus den Einnahmen der Feuerschutzsteuer in der Produktgruppe 07.02.06 im Umfang von 158 Tsd. Euro stehen dabei Mehreinnahmen in der Produktgruppe 07.90.04 aus dem Anteil des Rettungsdienstes am Betrieb des Digitalfunks gegenüber.

Ausgaben

Konsumtive Ausgaben

Der Ressorthaushalt schließt mit Minderausgaben in Höhe von 680 Tsd. Euro ab. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass unterjährig prognostizierte Mehrausgaben im Rettungsdienst im Rahmen des vom Senat am 21.11.2017 beschlossenen Konzeptes zur Lösung der erwarteten Budget- und Liquiditätsrisiken im Umfang von 2.498 Tsd. Euro zentral ausgeglichen wurden. In der Produktgruppe sind trotzdem Mehrausgaben im Umfang von 210 Tsd. Euro entstanden, da die Einnahmeerwartung unterschritten wurde und dementsprechend Einnahmeverfügungsmittel nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung standen. Die Produktgruppen des ehemaligen Stadtamtes schließen im Saldo mit Minderausgaben im Umfang von 1.002 Tsd. Euro ab. Hinzuweisen ist dabei darauf, dass in der Produktgruppe 07.03.08 (zentrale Dienste) in erheblichem Umfang Einnahmeverfügungsmittel generiert wurden, die zu Minderausgaben von 952 Tsd. Euro geführt haben. Das Ergebnis in der Produktgruppe 07.03.11 (öffentliche Ordnung u. Bürgerservice) ist ebenfalls auf entsprechende Einnahmeverfügungsmittel zurückzuführen. Die Mehrausgaben in der Produktgruppe 07.03.12 stehen in Zusammenhang mit Arbeitsplatzkosten im Rahmen der in 2015/2016 beschlossenen Flüchtlingskonzepte. Die in der Produktgruppe 07.04.02 (Wahlen) entstandenen Mehrausgaben im Umfang von 183 Tsd. Euro resultieren aus dem in Verbindung mit der Bundestagswahl durchgeführten Volksentscheid.

In den Produktgruppen 07.01.01 (Polizei), 07.02.06 (Feuerwehr), 07.04.01 (Statistiken), 07.90.03 (Verfassungsschutz) sowie 07.90.04 (zentrale Dienste) sind in geringem Umfang Minderausgaben entstanden.

Im Einzelnen stellt sich das Ergebnis wie folgt dar:

07.01.01 (Polizei)	8 Tsd. Euro
07.01.04 (Zentrale Dienste Nichtvollzug)	0 Tsd. Euro
07.01.05 (Technische Dienste Nichtvollzug)	0 Tsd. Euro
07.02.02 (Rettungsdienst)	-210 Tsd. Euro
07.02.06 (Feuerwehr)	24 Tsd. Euro
07.03.08 (Zentrale Dienste)	952 Tsd. Euro
07.03.11 (Öffentl. Ordnung, Bürgerservice)	211 Tsd. Euro
07.03.12 (Aufenthalt u. Einbürgerung)	-161 Tsd. Euro
07.04.01 (Statistiken)	2 Tsd. Euro
07.04.02 (Wahlen)	-183 Tsd. Euro
07.90.03 (Verfassungsschutz)	2 Tsd. Euro
07.90.04 (Zentrale Dienste)	35 Tsd. Euro
Summe	680 Tsd. Euro

Investive Ausgaben

Der Ressorthaushalt schließt mit 1.055 Tsd. Euro an investiven Minderausgaben ab. Diese resultieren im Wesentlichen mit 395 Tsd. Euro aus nicht abgeflossenen Mitteln für Fahrzeugbeschaffungen und kleineren Investitionen der Feuerwehr (PGr. 07.02.06) sowie mit 560 Tsd. Euro aus nicht abgeflossenen Mitteln im Zusammenhang mit dem Ausbau und Betrieb des Digitalfunknetzes (PGr. 07.90.04). In den anderen Produktgruppen sind in geringem Umfang Minderausgaben entstanden. Im Rahmen des kameralen Haushaltsabschlusses wurden 290 Tsd. Euro aus der Produktgruppe 07.02.06 (Feuerwehr) sowie 561 Tsd. Euro aus der Produktgruppe 07.90.04 (Zentrale Steuerung) in die investive Rücklage übertragen.

Zu berücksichtigen ist, dass im Rahmen des am 21.11.2017 beschlossenen Lösungskonzeptes 1.000 Tsd. Euro für Investitionen im Rettungsdienst zentral zur Verfügung gestellt wurden.

Die Ausgaben für Zins- und Management-Leistungen der Polizei und Feuerwehr an das Sondervermögen für Immobilien und

Technik lagen mit 28 Tsd. Euro unter dem Anschlag von 46 Tsd. Euro. Dieses ist darin begründet, dass der vom SVIT zu verwaltende Anteil der Fahrzeuge und Geräte weiter deutlich abnimmt. Eine entsprechende Soll-Absenkung ist im Haushaltsvollzug erfolgt, so dass hier keine Minderausgaben entstanden sind.

Personalausgaben

Der PPL 07 schließt die Periode mit Minderausgaben im Personalbereich in Höhe von 2.873 Tsd. Euro ab. 243 Tsd. Euro wurden davon in der Produktgruppe 07.02.02 "Rettungsdienst" realisiert. Diese dürfen jedoch auf Grund der Besonderheit des Kapitels nicht zum Ausgleich herangezogen werden, so dass sich die Minderausgaben auf 2.630 Tsd. Euro reduzieren.

Die Minderausgaben sind primär durch die Nichterreichung der Zielzahl (im Mittelwert liegt eine Unterschreitung in Höhe von -81,7 VZE vor) in den Vollzugsbereichen der Polizei und Feuerwehr begründet. Bei der Polizei Bremen ist durch eine gezielte Ausbildungsplanung und Realisierung von Stellenbesetzungen im Nichtvollzug davon auszugehen, dass die Zielzahl gegen Ende 2019 annähernd erreicht wird. Im Bereich der Feuerwehr wird dies voraussichtlich ebenfalls gegen Ende 2019 der Fall sein.

3.3 Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo wird auf Basis der vorliegenden Zahlen, einschließlich der Verrechnungen, unter Berücksichtigung produktplanübergreifender Verlagerungen auf Planebene um 2.106 Tsd. Euro unterschritten. Im Landeshaushalt wird dabei der Saldo um 1.290 Tsd. Euro unterschritten, im Gemeindehaushalt ergibt sich eine Unterschreitung um 816 Tsd. Euro.

Das Budget wurde auf Planebene um 2.769 Tsd. Euro unterschritten (Landeshaushalt: 1.954 Tsd. Euro; Stadtgemeinde: 816 Tsd. Euro).

Weitere Anmerkungen:

Rettungsdienst

Der Rettungsdienst (PGr. 07.02.02) wird seit dem Haushaltsjahr 2016 als Gebührenhaushalt dargestellt. Es erfolgt sowohl auf der Einnahme- als auch auf der Ausgabenseite eine Bruttoveranschlagung. Mögliche Überschüsse sind einer gesonderten Rücklage zuzuführen, ein Negativergebnis ist in einem gesonderten Verlustvortrag zu führen.

Im Saldo der Einnahmen und Ausgaben schließt die Produktgruppe mit einem Defizit von 3.464 Tsd. Euro ab. Der Verlustvortrag erhöht sich dementsprechend von 329 Tsd. Euro auf 3.793 Tsd. Euro.

Maßnahmen zur Optimierung der Verkehrsüberwachung

In seiner Sitzung am 15.04.2016 hat der Haushalts- und Finanzausschuss das Ressort gebeten, jährlich im Rahmen des vorläufigen Abschlussberichts Produktgruppenhaushalt über die Ergebnisse der Verwarnungs- und Bußgelder aus der Verkehrsüberwachung detailliert zu berichten.

Der entsprechende Bericht ist als Anlage beigefügt.

Im Rahmen der Abrechnung des Produktplanhaushaltes wurde der Verlustvortrag "Inneres" um 403 Tsd. Euro reduziert.

3.4 Leistungskennzahlen

Die sichere Aufbewahrung der Waffen wurde bei allen Waffenbesitzern bereits 2015/16 einmal kontrolliert. Deshalb erfolgten 2017 nur noch wenige Folgekontrollen. Für 2018 ist die Wiederaufnahme eines gleichmäßigen regulären Zyklus von 1.000 Kontrollen jährlich geplant. Hierfür sind Mittel für zusätzliches Personal aus dem Handlungsfeld "Sichere und Saubere Stadt" bewilligt worden.

Wartezeiten konnten aus dem Terminmanagementsystem in den Bürger-Servicecentern bislang nicht ermittelt werden. Aber durch die Umstellung auf ein neues TMS Ende des Jahres 2017 wird sich das zukünftig ändern und aussagekräftige Zahlen ausgewiesen werden können.

Die Unterschreitung der Zielzahlen bei der Anzahl der legalen Waffen und der Zahl der strafrechtlichen Ermittlungszahlen ist positiv zu werten.

**Bericht
über die Ergebnisse des Konzeptes
„Optimierung der Verkehrsüberwachung“**

Dem Haushalts- und Finanzausschuss wurde am 15.04.2016 über die Ergebnisse des Konzeptes zur Optimierung der Verkehrsüberwachung berichtet. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat auf Basis dieses Berichtes gebeten, jährlich im Rahmen des vorläufigen Abschlussberichts des Produktgruppenhaushalts (01-13) über die Ergebnisse der Verwarnungs- und Bußgelder aus der Verkehrsüberwachung zu berichten.

Dies erfolgte erstmalig mit dem Jahresabschluss 2016 und wird nun im Jahr 2017 fortgeführt.

Einleitung

Nachfolgend werden die Entwicklung der Fallzahlen nach Neubewertung der einzelnen Maßnahmen (Hafa-Bericht vom 09.10.2015) sowie die Entwicklung der Einnahmen aus Verwarnungen und Geldbußen dargestellt.

A Maßnahmen zur Optimierung der Verkehrsüberwachung

Technische Maßnahmen

Stationäre Geschwindigkeitsüberwachung B 75

Fallzahlen		Soll 2017	Ist 2017	Abweichung
Gesamt	Verwarnungen	11.950	4.490	-7.460
	Bußgelder	920	424	-496

Der Rückgang der Vorgangszahlen auf der B 75 erfolgte in 2016 schon weit über den üblichen Umfang der zu unterstellenden Gewöhnungseffekte hinaus. Für das Jahr 2017 verstärkte sich diese Entwicklung noch einmal. Ursache dieses Rückgangs ist der Totalausfall der Messsensorik in stadtauswärtiger Richtung durch den voranschreitenden Verschleiß der Fahrbahnoberfläche. Die Anlage in Fahrtrichtung Delmenhorst konnte im Jahr 2017 nicht in Betrieb genommen werden. Nach Sanierung der Fahrbahnoberfläche und der erforderlichen Abnahme durch das Eichamt wird die Anlage voraussichtlich im April 2018 wieder betriebsbereit sein. Eine Steigerung bei den Fallzahlen wird damit einhergehend erwartet.

Geschwindigkeitsmessanlage A 1

Fallzahlen		Soll 2017	Ist 2017	Abweichung
Gesamt	Verwarnungen	20.650	24.301	3.651
	Bußgelder	6.630	9.007	2.377

Die im Februar 2015 in Fahrtrichtung Hamburg neu installierte Anlage führte seit Ihrer Inbetriebnahme zu mehr als einer Verdoppelung der Fallzahlen auf der A1. Im ersten Quartal 2017 kam es aufgrund der bereits erwähnten Gewöhnungseffekte sowie der Baumaßnahme Weserbrücke A1, mit damit einhergehenden langen Staubildungen zu einem Rückgang bei den Fallzahlen. Der zeitweise Ausfall der Anlage in Fahrtrichtung Hamburg verstärkte diesen Effekt. Aufgrund des störungsfreien Betriebes seit Mai 2017 konnten die Sollzahlen sowohl bei den Verwarnungen als auch bei den Bußgeldern dennoch übertroffen werden. Die Geschwindigkeitsmessanlage in Fahrtrichtung Osnabrück ist mit überholter Nassfilmtechnik ausgestattet und entspricht nicht mehr dem Stand der Technik. Die Nassfilmproduktion wird in

absehbarer Zeit eingestellt werden. Die Anlage ist zudem aufgrund ihres Alters sehr störanfällig. Sofern ausreichende Investitionsmittel aus dem Haushalt der Polizei zur Verfügung gestellt werden können, ist eine Neuanschaffung, analog zur Fahrtrichtung Hamburg vorgesehen. Damit einhergehend wäre eine Überwachung mehrerer Fahrstreifen möglich und eine positive Fallzahlenentwicklung zu erwarten.

Stationäre Rotlichtüberwachung

Fallzahlen (nur Bußgelder)	Soll 2017	Ist 2017	Abweichung
Gesamt	5.200	5.724	524

Die mit dem Konzept verbundene Erwartung wird weiterhin erfüllt.

Abstandsmessfahrzeug für stationäre Messungen

Fallzahlen (nur Bußgelder)	Soll 2017	Ist 2017	Abweichung
Optimierung	5.000	3.171	-1.829

Die Abstandsmessung erfolgt in Bremen seit 2015 mit einem neu angeschafften Messfahrzeug an zwei eingerichteten Messstellen. Die Auswertung der Messergebnisse gestaltet sich deutlich komplizierter als geplant und das Fahrzeug ist unter anderem durch Krankheitszeiten beim eingesetzten Personal nicht im geplanten Umsatz einsetzbar gewesen. Das Personaldefizit konnte nach erfolgten Schulungsmaßnahmen im vierten Quartal 2017 durch eine erfolgte Neubesetzung ausgeglichen werden. Es wird erwartet, dass diese Änderung in 2018 dazu führt, dass die Einsatzzeiten der Abstandsüberwachung wieder vollständig hergestellt werden und damit einhergehend eine Optimierung der Abstandsüberwachung eintreten wird.

Geschwindigkeitsmessfahrzeug -neu- für mobile Messungen

Fallzahlen	Soll 2017	Ist 2017	Abweichung
Optimierung Verwarnungen	29.100	41.061	11.961
Optimierung Bußgelder	2.900	4.325	1.425

Das Fahrzeug ist seit dem 07.03.2016 im Messbetrieb und hat die im Konzept kalkulierten Fallzahlen weit übertroffen. Da das mobile Geschwindigkeitsmessgerät schwerpunktmäßig im innerstädtischen Bereich eingesetzt wird, ist zu vermuten, dass die gemessenen Geschwindigkeitsüberschreitungen in der Regel zu einem Verwarnungsgeld führen und den Schwellenwert zum Bußgeld nicht überschreiten. Im Jahr 2016 wurde das neue Geschwindigkeitsmessfahrzeug durch die Verkehrsüberwachung priorisiert eingesetzt. Für 2017 fand keine Priorisierung des Messfahrzeuges mehr statt, so dass leichte Rückgänge zu 2016 zu verzeichnen sind. Die frei gewordenen Kapazitäten wurden für andere Messverfahren eingesetzt.

Überwachung ruhender Verkehr

Fallzahlen (nur Verwarnungen)	Soll 2017	Ist 2017	Abweichung
Gesamt	224.400	195.580	-28.820

Das Optimierungskonzept sah eine Aufstockung der Verkehrsüberwacher/innen im ruhenden Verkehr auf insgesamt 25 Vollzeiteneinheiten (VZE) vor. Aufgrund der hohen Personalfuktuation wurde dieser Wert auf einen Zielwert von 22 VZE angepasst. Im Jahresdurchschnitt 2017 stand dem Stadtamt für die Überwachung des ruhenden Verkehrs ein Beschäftigungsvolumen von 22,83 VZE zur Verfügung, nach einem Jahresdurchschnitt 2016 von 19,43 VZE.

Die Fallzahlenerwartungen von 850 Vorgängen pro VZE monatlich haben sich im Jahr 2017 nicht erfüllt. Im Durchschnitt wurden 720 Vorgänge pro Vollzeitkraft erbracht. Im Jahr 2016 betrug dieser Wert noch 815 Vorgänge. Der Rückgang um 95 Fälle wird vor allem durch ständig wiederkehrende Einarbeitungsphasen begründet, da der Personalwechsel in diesem Bereich besonders hoch ist und dadurch erfahrene Verkehrsüberwacherinnen und Verkehrsüberwacher mit der Einarbeitung neuer Kolleginnen und Kollegen gebunden sind.

Ferner ist zu berücksichtigen, dass die Erhöhung der VZE dazu führt, dass die Überwacherinnen und Überwacher sich auf das *gesamte* Stadtgebiet Bremen verteilen – und nicht wie vorher, ausschließlich das Stadtzentrum abdecken, wo naturgemäß eine hohe Konzentration an falsch parkenden Fahrzeugen vorzufinden ist. Gerade am Randgebiet Bremens führt dies zu niedrigeren Fallzahlen, da erstens weitere Fußwege gegangen werden müssen und zweitens eine größere Möglichkeit des kostenlosen Parkens besteht. Daneben wurde in die Verkehrsüberwachung in bestimmten, kritischen Bezirken zum Schutz der Mitarbeiter, -innen auf Doppelstreife umgestellt, was ebenfalls zu einer Reduzierung der Fallzahlen führt.

B Finanzielle Auswirkungen

Einnahmen 2017 aus Verwarnungs- und Bußgeldern

Im Ressorthaushalt waren für das Haushaltsjahr 2017 insgesamt 14.729 Tsd. Euro an Einnahmen aus Verwarnungs- und Bußgeldern aus der Verkehrsüberwachung veranschlagt. Das Einnahme-Ist belief sich auf 12.828 Tsd. Euro. Unter Berücksichtigung des Einnahme-Solls in Höhe von 14.860 Tsd. € ergibt sich zum Haushaltsabschluss eine Mindereinnahme in Höhe von 2.032 Tsd. € Gegenüber den Vorjahren bis 2015, in denen das Ist-Ergebnis regelmäßig gestiegen ist, ist seit 2016 eine deutliche Reduzierung der Einnahmen aus der Verkehrsüberwachung zu verzeichnen. Dabei zeigen die Jahre 2016 und 2017 eine annähernd gleiche Situation bei den Ist-Einnahmen.

Unter Einbeziehung der Ist-Ergebnisse ab 2013 ergibt sich in der Übersicht folgendes Bild:

	2013	2014	2015	2016	2017
Anschlag	13.382	13.069	13.323	14.638	14.729
Soll	13.722	13.508	14.280	14.563	14.860
Ist	12.716	13.161	13.688	12.833	12.828
Differenz Ist / Soll	-1.006	-347	-592	-1.730	-2.032
Ist-Veränderung zum Vorjahr		445	527	-855	-5

Gründe:




Der Einnahmerückgang geht einher mit den unter A. beschriebenen rückläufigen Fallzahlentwicklungen bei der stationären Geschwindigkeitsmessung an der B 75, den Abstandsmessungen sowie der Überwachung des ruhenden Verkehrs. Darüber hinaus ist insgesamt bei allen Maßnahmen, auch denen außerhalb des Konzeptes, ein deutlicher Rückgang der Fallzahlen gegenüber den Vorjahren festzustellen. Die mit den höheren Fallzahlen auf der A1, der Rotlichtüberwachung sowie der mobilen Geschwindigkeitsüberwachung einhergehenden Fallzahlsteigerungen und die damit verbundenen Einnahmen können diesen Effekt nicht kompensieren. Mit Wiederinbetriebnahme der stationären Überwachungsanlage auf der B 75 sowie bei einer Erneuerung der Anlage auf der A 1, Fahrtrichtung Osnabrück, ist von höheren Fallzahlen auszugehen, die zu entsprechend höheren Einnahmen führen werden. Bei der Überwachung des ruhenden Verkehrs wird gemeinsam mit dem Ordnungsamt erörtert, wie künftig die Fallzahlenerwartung wieder erreicht werden kann.

Die Verjährungsquote wurde im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2016/2017 als neue Kennzahl mit einem Soll-Wert von 5% eingerichtet. Der Ist-Wert für das Jahr 2017 beträgt 4,5 %.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 14 / 2017
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.03.2018

PRODUKTPLAN 08 Gleichberechtigung der Frau	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung			
		Land		
		Nicht gefährdet		gefährdet
	Finanzen:	<input checked="" type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
		Nicht gefährdet		gefährdet
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>		
Kommentar:				
<input type="checkbox"/> nicht erforderlich				
<u>Finanzdaten</u>				
Zum Jahresende wird das Budget um 0,067 Mio Euro unterschritten.				
Der Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlagerungen um 0,002 Mio. Euro überschritten.				
Die Differenz zwischen der Budgeteinhaltung und der Einhaltung des Finanzierungssaldos ist im Wesentlichen auf die Restübertragung aus den Vorjahren (0,068 Mio. Euro) zurückzuführen.				
<u>Personaldaten</u>				
Die Personalausgaben und die Personalzielzahl werden eingehalten.				
Für das Jahr 2018 steht bei den temporären Personalmitteln keine Zielzahl mehr zur Verfügung. Dies könnte aus heutiger Sicht zu Problemen im Vollzug des Personalhaushaltes 2018 führen.				
<u>Leistungsdaten</u>				
Die Leistungsdaten werden größtenteils eingehalten und konnten teilweise deutlich höhere Zielwerte erreichen. Die Zielzahl für Beratungen und Fortbildungen konnte nicht erreicht werden, da das Anfrageverhalten sich aufgrund der vermehrten digitalisierten Angebote an Broschüren, Handlungshilfen etc. entsprechend verändert habe.				
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:				
Kein Handlungsbedarf.				

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: 08 Gleichberechtigung der Frau						Controlling 14/17 09.07.2018				
Verantwortlich: Wilhelm						Version: 92		Seite 1		
Einhaltung Finanzdaten: 		Einhaltung Personaldaten: 		Einhaltung strategische Ziele:						
1. Ressourceneinsatz										
Kamerale Finanzdaten	14. Monat 2017					Jahresplanung 2017				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR				
Konsumtive Einnahmen	10	9	1	8,5	18	9	9	0	9	
Investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
Relevante Verrech./Erstatt.	326	325	1	0,2	326	325	325	0	326	
- Land, Stadtgem. u. intern	266	265	1	0,3	266	265	265	0	266	
- von Bremerhaven	60	60	0	0,0	60	60	60	0	60	
Gesamteinnahmen	336	334	2	0,5	344	334	334	0	335	
Personalausgaben	872	879	-7	-0,9	879	879	872	-7	820	
Sonst. kons. Ausgaben	179	212	-33	-15,5	233	258	185	-73	212	
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
Investive Ausgaben	5	4	1	15,1	18	18	4	-14	4	
Relevante Verrech./Erstatt.	1	0	1	0,0	1	0	0	0	0	
- Land, Stadtgem. u. intern	1	0	1	0,0	1	0	0	0	0	
- an Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
Gesamtausgaben	1.056	1.095	-39	-3,6	1.132	1.155	1.061	-94	1.037	
Saldo	-721	-761	40	-5,3	-788	-821	-727	94	-702	
valutierende Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.			
	2017	2018	2019	2020	2021ff			Tsd. EUR		
	Tsd. EUR					246	0			
- konsumtiv	0	0	0	0	0					
- investiv	0	0	0	0	0					
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0					
Personaldaten	14. Monat 2017			kumuliert Januar - 14. Monat 2017			voraussichtl. Jahresergebnis			
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	
	Tsd. EUR									
Kernbereich	0	81	-81	861	861	0	861	861	0	
Temporäre Personalmittel	0	-50	50	0	0	0	0	0	0	
TPM - Flüchtl.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Flexibilisierungsmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Zwischensumme	0	31	-31	861	861	0	861	861	0	
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Nebentitel	0	5	-5	10	18	-8	10	18	-8	
Insgesamt	0	36	-36	871	879	-8	871	879	-8	
dar.: Beihilfe /Nachvers.	0	5	-5	8	8	0	8	8	0	
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)										
Kernbereich	10,6	10,1	0,5	10,7	10,3	0,4	10,7	10,3	0,4	
Temporäre Personalmittel	0,0	1,0	-1,0	0,0	1,0	-1,0	0,0	1,0	-1,0	
TPM - Flüchtl.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Flexibilisierungsmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Zwischensumme	10,6	11,1	-0,5	10,7	11,3	-0,6	10,7	11,3	-0,6	
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-	
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Insgesamt	10,6	-	-	10,7	-	-	10,7	-	-	
nachr. znt. Beschäftg.Pool	0,0	-	-	0,6	-	-	0,6	-	-	
nachr. znt. Pool.Flüchtl.	1,0	-	-	1,0	-	-	1,0	-	-	
Summe einges. Personal	11,6	-	-	12,3	-	-	12,3	-	-	
nachr.: Abwesende	0,0	-	-	0,2	-	-	0,2	-	-	
Personalstruktur	Dez 2017	2017		2016						
	Ist	Planwert		Ist						
	Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten					%				
	Beschäftigte bis 35 Jahre	7,7	22,5		14,3					
	Beschäftigte über 55 Jahre	38,5	17,5		42,9					
	Frauenquote	100,0	50,0		100,0					
Teilzeitquote	76,9	35,0		85,7						
Schwerbehindertenquote	0,0	6,0		7,1						

2. strategische Ziele / Kennzahlen / Mengengerüste

Gegenstand der Nachweisung	Januar - Dezember 2017		Ist-Planwert-Abweichung ³		2017 Planwert
	Ist	Planwert	abs.	%	
Leistungen					
Beratungen [ST]	-	-	0,000	0,0	-
Vorträge [ST]	-	-	0,000	0,0	-
Veröffentlichungen [ST]	-	-	0,000	0,0	-
Veranstaltungen [ST]	-	-	0,000	0,0	-
Fortbildung [ST]	-	-	0,000	0,0	-
Arbeitskreismitglieder [PRS]	-	-	0,000	0,0	-
Arbeitskreise, leitend [ST]	-	-	0,000	0,0	-

³Bei Einheit "%" im Ist bzw. Planwert ist die Abweichung in Prozentpunkten dargestellt

3. Analyse/Bewertung

3.1 Kamerale Finanzdaten

Konsumtive Einnahmen und Ausgaben:

Die konsumtiven Einnahmen haben im Berichtszeitraum das Ziel erreicht.

Konsumtive Ausgaben/investive Ausgaben:

Die Planwerte bei den konsumtiven Ausgaben wurden im Berichtszeitraum unterschritten.

Finanzierungssaldo:

Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo wurde eingehalten.

3.1.1 Erlöse aus Vermögensveräußerungen

3.1.2 Weitere Anmerkungen

3.2 Personaldaten

3.3 Leistungsdaten




Die Leistungsdaten liegen zu einem großen Teil über den Planungen. Die Vorträge haben sich gegenüber den Planungen um 15 erhöht, die Veranstaltungen haben sich gegenüber den Planungen sogar mit insgesamt 46 mehr als verdoppelt. Zurückzuführen ist dies auf die große Anfrage in Bezug auf das Projekt „Frauen und Flucht“, hier sowohl zur Umsetzung des Gewaltschutzkonzeptes in Einrichtungen, Übergangswohnheimen und Notunterkünften in Bremen und Bremerhaven. Hinzugekommen sind auch rund 10

Arbeitskreise und zusätzlich 5 Arbeitskreise, die durch die Mitarbeiterinnen geleitet werden haben.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 14 / 2017
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.03.2018

PRODUKTPLAN 09 Staatsgerichtshof	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Land	
		Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Nicht gefährdet	gefährdet
Leistungen:	n.v.	n.v.	
Kommentar: <input type="checkbox"/> nicht erforderlich			
<u>Finanzdaten</u> Zum Jahresende ergibt sich eine Unterschreitung sowohl des Budgets als auch des zulässigen Finanzierungssaldos um rd. 0,002 Mio. €.			
<u>Personaldaten</u>			
<u>Leistungsdaten</u> Bei der Leistungskennzahl „Anzahl Verfahren“ wurde der Planwert (3 Verfahren) nicht erreicht. Beim Staatsgerichtshof sind im Jahr 2017 keine Verfahren anhängig geworden. Die Anzahl der Verfahren lässt sich nicht steuern.			
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:			
Kein Handlungsbedarf.			

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Staatsgerichtshof					Controlling 14/17 09.07.2018				
Verantwortlich: Meyer					Version: 92		Seite 1		
Einhaltung Finanzdaten: 		Einhaltung Personaldaten: 			Einhaltung strategische Ziele: 				
1. Ressourceneinsatz									
Kamerale Finanzdaten	14. Monat 2017					Jahresplanung 2017			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
- Land, Stadtgem. u. intern	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
- von Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Personalausgaben	38	38	-0	-0,6	38	38	38	0	41
Sonst. kons. Ausgaben	6	6	-0	-0,3	8	6	6	0	5
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
- Land, Stadtgem. u. intern	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
- an Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	44	44	-0	-0,6	46	44	44	0	46
Saldo	-44	-44	0	-0,6	-46	-44	-44	0	-46
valutierende Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.		
	2017	2018	2019	2020	2021ff			Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	0	0		
- investiv	0	0	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0	0	0		
Personaldaten	14. Monat 2017			kumuliert Januar - 14. Monat 2017			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Temporäre Personalmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtl.	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	0	0	38	38	0	38	38	0
Insgesamt	0	0	0	38	38	0	38	38	0
dar.: Beihilfe /Nachvers.	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Temporäre Personalmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TPM - Flüchtl.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
nachr. znt. Beschäftg.Pool	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
nachr. znt. Pool.Flüchtl.	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Summe einges. Personal	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
nachr.: Abwesende	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Personalstruktur	Dez 2017	2017	2016						
	Ist	Planwert	Ist						
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	%								
Beschäftigte bis 35 Jahre	-	22,5	-						
Beschäftigte über 55 Jahre	-	17,5	-						
Frauenquote	-	50,0	-						
Teilzeitquote	-	35,0	-						
Schwerbehindertenquote	-	6,0	-						

2. strategische Ziele / Kennzahlen / Mengengerüste

Gegenstand der Nachweisung	Januar - Dezember 2017		Ist-Planwert-Abweichung ³		2017 Planwert
	Ist	Planwert	abs.	%	
Leistungen					
Anzahl Verfahren [ST]	-	3,000	-3,000	-100,0	3,000

³Bei Einheit "%" im Ist bzw. Planwert ist die Abweichung in Prozentpunkten dargestellt

3. Analyse/Bewertung

3.1 Kamerale Finanzdaten

Die Anschläge wurden eingehalten.

Bei den Personalausgaben wurde der Anschlag unterschritten. Die konsumtiven Mehrausgaben wurden durch die Personalminderausgaben gedeckt.

3.1.1 Erlöse aus Vermögensveräußerungen

3.1.2 Weitere Anmerkungen

3.2 Personaldaten

3.3 Leistungsdaten

Der Planwert (3 Verfahren) wurde nicht erreicht. Beim Staatsgerichtshof sind im Jahr 2017 keine Verfahren anhängig geworden. Die Anzahl der Verfahren lässt sich nicht steuern.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 14 / 2017
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.03.2018

PRODUKTPLAN 11 Justiz	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Land	
		Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
		Nicht gefährdet	gefährdet
Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

Kommentar: **nicht erforderlich****Finanzdaten**

Das Ressort erzielt zum Jahresende eine Budgetunterschreitung von rd. 61 Mio. €. Diese resultiert aus:

- Mehreinnahmen in Höhe von 55,933 Mio. €, die hohe Planwertüberschreitung resultiert hauptsächlich aus den Einnahmen der Staatsanwaltschaft aus der Gewinnabschöpfung (rd. 50,1 Mio. €) sowie aus Unternehmensgeldbußen (rd. 2,5 Mio. €).
- Personalminderausgaben in Höhe von 0,285 Mio. €
- Konsumtive und investive Minderausgaben in Höhe von 4,578 Mio. €, darin sind Haushaltsreste des Vorjahres (rd. 2,889 Mio. €) sowie die Unterschreitungen bei den Auslagen in Rechtssachen enthalten.

Das Ressort kalkuliert für die Berechnung des Finanzierungssaldos mit PPL-übergreifenden Verlagerungen in Höhe von 1,391 Mio. €. Die Senatorin für Finanzen rechnet mit produktplanübergreifenden Verlagerungen in Höhe von 0,404 Mio. €. Demnach wird der Finanzierungssaldo um rd. 57,883 Mio. € unterschritten. Die Differenzen befinden sich derzeit noch in Klärung.

Im Rahmen des Haushaltsabschlusses für das Haushaltsjahr 2017 wurden investive Mehreinnahmen in Höhe von 0,005 Mio. € sowie konsumtive Mehreinnahmen in Höhe von 4,362 Mio. € der investiven/allgemeinen Budgetrücklage zugeführt. Auf Grundlage des Beschlusses des Haushalts- und Finanzausschusses vom 15. September 2017 wurden im Rahmen der Abrechnung Mehreinnahmen in Höhe von 0,411 Mio. € im PPL 11 zur Deckung von Mindereinnahmen im PPL 31 gestrichen.

Personaldaten

Die Personalzielzahlen im Kernbereich und bei den temporären Personalmitteln werden deutlich überschritten, bei den Flexibilisierungsmitteln besteht eine Unterschreitung der Zielzahlen. Die Personalausgaben in den überschreitenden Budgetbereichen sind im Jahresabschluss durch Inanspruchnahme von Mitteln aus dem Kontrakt zur Gewinnabschöpfung und durch produktplaninterne Umschichtungen ausgeglichen worden.

Für das Jahr 2018 wird der Produktplan temporäre Personalmittel aus den Handlungsfeld „Sichere und saubere Stadt“ erhalten, gleichzeitig ist hier die Zielzahl um 9 VZE abgesenkt worden. Insgesamt werden aus heutiger Sicht in diesem Budgetbereich keine gravierenden Probleme erwartet.

Im Kernbereich bzw. - bei entsprechender Personalverlagerung - im Bereich der Flexibilisierungsmittel sind aus heutiger Sicht Probleme im Vollzug des Personalhaushaltes 2018 zu erwarten. Durch Mehreinnahmen aus der Gewinnabschöpfung könnten diese abgedeckt werden.




Leistungsdaten

Die Leistungsziele wurden weitgehend erreicht. In Teilbereichen wurde der Planwert übertroffen, so z. B. bei der Kennzahl „Landgericht: Richter in Zivilsachen“. Bei der Leistungskennzahl „Haupt- u. Eilverfahren Eingänge“ (Produktbereich 11.01) ist eine Planwertüberschreitung in Höhe von 1.372 Verfahren bzw. 57,2 % festzustellen, die auf hohe Anzahl von Asylverfahren zurückzuführen ist.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Kein Handlungsbedarf.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Justiz		11				Controlling 14/17 09.07.2018			
Verantwortlich: Senator Günthner		Version: 92		Seite 1					
Einhaltung Finanzdaten: 		Einhaltung Personaldaten: 		Einhaltung strategische Ziele: 					
1. Ressourceneinsatz									
Kamerale Finanzdaten	14. Monat 2017					Jahresplanung 2017			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
Tsd. EUR					%	Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	100.317	40.861	59.456	145,5	44.386	44.386	100.319	55.933	40.862
Investive Einnahmen	5	0	5	0,0	0	0	5	5	0
Relevante Verrech./Erstatt.	49	0	49	0,0	49	48	48	0	0
- Land, Stadtgem. u. intern	49	0	49	0,0	49	48	48	0	0
- von Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	100.371	40.861	59.510	145,6	44.434	44.434	100.372	55.938	40.862
Personalausgaben	72.435	72.717	-282	-0,4	72.720	72.721	72.436	-285	69.212
Sonst. kons. Ausgaben	51.258	52.395	-1.137	-2,2	55.269	55.267	51.257	-4.010	52.394
Zinsausgaben	2	2	-0	-0,8	2	2	2	0	2
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	4.241	4.368	-127	-2,9	4.811	4.811	4.243	-568	4.367
Relevante Verrech./Erstatt.	1.909	1.839	70	3,8	1.910	1.911	1.910	-1	1.840
- Land, Stadtgem. u. intern	1.614	1.564	50	3,2	1.615	1.616	1.615	-1	1.565
- an Bremerhaven	295	275	20	7,3	295	295	295	0	275
Gesamtausgaben	129.845	131.321	-1.476	-1,1	134.712	134.712	129.848	-4.864	127.815
Saldo	-29.475	-90.460	60.985	-67,4	-90.277	-90.278	-29.476	60.802	-86.953
valutierende Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.		
	2017	2018	2019	2020	2021ff			Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	33	27	27	18	8.648	0		
- investiv	0	1.251	15	0	0				
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	1	1	0	0				
Personaldaten	14. Monat 2017			kumuliert Januar - 14. Monat 2017			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich	0	904	-904	61.601	61.601	0	61.601	61.601	0
Temporäre Personalmittel	0	333	-333	2.379	2.379	0	2.379	2.379	0
TPM - Flüchtl.	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel	0	-870	870	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	367	-367	63.980	63.980	0	63.980	63.980	0
Refinanzierte	0	42	-42	963	1.022	-59	963	1.022	-59
Ausbildung	0	-130	130	2.542	2.542	0	2.542	2.542	0
Nebentitel	0	-568	568	4.949	5.173	-224	4.949	5.173	-224
Insgesamt	0	-289	289	72.434	72.717	-283	72.434	72.717	-283
dar.: Beihilfe /Nachvers.	0	-92	92	2.205	2.205	0	2.205	2.205	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich	1.226,0	1.181,6	44,3	1.204,9	1.190,6	14,4	1.204,9	1.190,6	14,4
Temporäre Personalmittel	46,5	29,0	17,5	47,4	29,0	18,4	47,4	29,0	18,4
TPM - Flüchtl.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel	0,0	15,5	-15,5	0,0	15,5	-15,5	0,0	15,5	-15,5
Zwischensumme	1.272,5	1.226,1	46,4	1.252,4	1.235,1	17,3	1.252,4	1.235,1	17,3
Refinanzierte	16,0	-	-	16,4	-	-	16,4	-	-
Ausbildung	145,0	154,0	-9,0	149,7	160,0	-10,3	149,7	160,0	-10,3
Insgesamt	1.433,5	-	-	1.418,5	-	-	1.418,5	-	-
nachr. znt. Beschäftg.Pool	2,1	-	-	1,9	-	-	1,9	-	-
nachr. znt. Pool.Flüchtl.	16,0	-	-	19,0	-	-	19,0	-	-
Summe einges. Personal	1.451,6	-	-	1.439,4	-	-	1.439,4	-	-
nachr.: Abwesende	85,2	-	-	70,9	-	-	70,9	-	-
Personalstruktur	Dez 2017	2017	2016						
	Ist	Planwert	Ist						
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	%								
Beschäftigte bis 35 Jahre	18,2	22,5	17,1						
Beschäftigte über 55 Jahre	23,8	17,5	23,8						
Frauenquote	58,7	50,0	58,4						
Teilzeitquote	26,8	35,0	28,0						
Schwerbehindertenquote	5,7	6,0	6,0						

2. strategische Ziele / Kennzahlen / Mengengerüste

Gegenstand der Nachweisung	Januar - Dezember 2017		Ist-Planwert-Abweichung ³		2017
	Ist	Planwert	abs.	%	Planwert
Leistungen					
Landgericht: Zivilsachen (Erledigungen) [ST]	2.557,000	2.400,000	157,000	6,5	2.400,000
Landgericht: Richter in Zivilsachen [VK]	14,298	17,500	-3,202	-18,3	17,500
Landgericht: Strafsachen (Erledigungen) [ST]	375,000	415,000	-40,000	-9,6	415,000
Landgericht: Richter in Strafsachen [VK]	21,800	17,800	4,000	22,5	17,800
AGe:Zivil- und Familiensachen (Erledig.) [ST]	15.513,000	18.850,000	-3.337,000	-17,7	18.850,000
AGe: Richter in Zivil- u.Familiensachen [VK]	31,788	34,750	-2,962	-8,5	34,750
AGe: Strafsachen - Erledigungen [ST]	7.098,000	7.400,000	-302,000	-4,1	7.400,000
AGe: Richter in Strafsachen [VK]	20,339	19,900	0,439	2,2	19,900
StA:Ermittlungsverf. -Js- (Erledigungen) [ST]	61.324,000	58.500,000	2.824,000	4,8	58.500,000
StA: Staats-Anwalt/innen [VK]	61,975	59,000	2,975	5,0	59,000
JVA: Belegungs-/Auslastungsgrad [%]	94,80	80,00	14,80	-	80,00

³Bei Einheit "%" im Ist bzw. Planwert ist die Abweichung in Prozentpunkten dargestellt

3. Analyse/Bewertung

3.1 Kamerale Finanzdaten

3.1.1 Erlöse aus Vermögensveräußerungen

3.1.2 Weitere Anmerkungen

Die Budgetvorgaben werden eingehalten. Im Saldo von

- Mehreinnahmen: 55,938 Mio. EUR,
 - Personalminderausgaben: 0,285 Mio. EUR,
 - konsumtiven Minderausgaben: 4,010 Mio. EUR,
 - investiven Minderausgaben: 0,568 Mio. EUR,
 - Minderausgaben bei den Verrech./Erstatt.: 0,001 Mio. EUR
- errechnet sich eine Budgetunterschreitung von 60,802 Mio. EUR.

Mehreinnahmen von rd. 4,4 Mio. EUR werden der allgemeinen Rücklage des Produktplans Justiz zugeführt. Von den investiven Minderausgaben sind rd. 0,2 Mio. EUR für die investive Rücklage vorgesehen. Rd. 3,6 Mio. EUR werden als Reste in das nächste Haushaltsjahr übertragen.

Gegenüber der Berichterstattung des 3. Quartals sind folgende Veränderungen zu verzeichnen:

- Reduzierung der Mehreinnahmen um 468 Tsd. EUR,
- Reduzierung der Personalminderausgaben um 423 Tsd. EUR,
- Erhöhung der konsumtiven Minderausgaben um 836 Tsd. EUR,
- Erhöhung der investiven Minderausgaben um 180 Tsd. EUR,

- Erhöhung der Minderausgaben bei den Verrech./Erstatt. um 1 Tsd. EUR.

Auf absehbare Verschlechterungen bei den Personalausgaben war bereits im Rahmen des 3. Quartalsberichts hingewiesen worden. Abweichungen bei den Einnahmen und den konsumtiven Ausgaben sind in erster Linie den nichtsteuerbaren und nur schwer prognostizierbaren Verfahrenseinnahmen und -ausgaben der Gerichte und Staatsanwaltschaften geschuldet. Zudem entfiel die Auflösung globaler Minderausgaben.

Einhaltung des geplanten eckwertrelevanten Finanzierungssaldos:

Der eckwertrelevante Finanzierungssaldo wird eingehalten.

Das der Berechnung zugrundeliegende Haushalts-Soll basiert auf den HH-Anschlägen sowie auf

- Ausgaberesten/investiven Rücklagen aus dem Vorjahr von 2,889 Mio. EUR,
- produktplanübergreifenden Verlagerungen (insgesamt saldiert: 1,391 Mio. EUR) für
 - * die Ausbildungsplanung,
 - * TV-L und Besoldungserhöhungen sowie für TVöD-Erhöhungen im Bereich der Hausmeisterdienste,
 - * Nachbewilligungen für Sachmittel aus dem 3. Sofortprogramm/Integrationsbudget,
 - * die Abführung von Verbeamtungseffekten,
 - * Zuführungen an die Anstalt für Versorgungsvorsorge,
 - * die Erstattung von VIS-Projektkosten,
 - * Projektförderungen,
 - * den Ausgleich der Beihilfeausgaben und der Entgelte der Performa Nord zum Titel 532 61,
- einschließlich der Verlagerungen zum Titel 981 41 für Erstattungen i.Zshg. mit der elektron. Arbeitszeiterfassung und den Verlagerungen zum Titel 984 78 für das Projekt Betreute Betreuer,
- Erhöhungen des Einnahmesolls aufgrund von Nachbewilligungen zu Lasten der Mehreinnahmen aus Gewinnabschöpfung, hier: Nachbewilligung im Senatorenbudget für das Amt für Versorgung und Integration (943 Tsd. EUR) sowie Nachbewilligung für die BBMeZ (63 Tsd. EUR),
- den Nachbewilligungen zu Lasten der Mehreinnahmen im Produktplan Justiz und zur Finanzierung der für die Intensivierung der Gewinnabschöpfung erforderlichen Personal- und Sachmittel bei Gerichten und Staatsanwaltschaft (1,025 Mio. EUR),
- Erhöhungen des Einnahmesolls aufgrund einer Nachbewilligung zu Lasten der Mehreinnahmen der Staatsanwaltschaft und zur Finanzierung von Erstattungen bei Titel 985 19 für die Asservatenstelle in Bremerhaven (20 Tsd. EUR),
- nicht veranschlagten Einnahmeverfügungsmitteln von 1,297 Mio. EUR und
- nicht veranschlagten zweckgebundenen Drittmitteln von 0,225 Mio. EUR.

Von den Drittmitteln entfallen Fördermittel von zusammen rd. 49 Tsd. EUR auf "Chance"-Projekte. Für diese Projekte werden die Fördermittel im Produktplan des Arbeitsressorts vereinnahmt und über Verrechnungshaushaltsstellen an den Produktplan Justiz erstattet. Diese Mittel sind wie produktplanübergreifende Verlagerungen als zulässige Erhöhung des Finanzierungssaldos zu berücksichtigen.

Die Einnahmeverfügungsmittel korrespondieren mit Mehreinnahmen des Produktplans. Nach den für den Haushaltsvollzug aufgestellten Grundsätzen können sie - ebenso wie die zweckgebundenen Drittmittel - für Mehrausgaben verwendet werden. Für die Reste-/Rücklageninanspruchnahme bedarf es nach den haushaltsvollzuglichen Grundsätzen eines Ausgleichs durch veranschlagte anderweitige Minderausgaben oder Mehreinnahmen. Der um die Restmittel bereinigte Finanzierungssaldo wird demgemäß um 57,913 Mio. EUR unterschritten (60,802 minus 2,889 Mio. EUR).

Einnahmen:

Die Einnahmen im Produktplan Justiz resultieren in der Hauptsache aus den Einnahmen der Gerichte und Staatsanwaltschaften aus Gerichtsgebühren und Geldstrafen. Die Einnahmen werden durch die Geschäftsentwicklung bestimmt und sind insoweit nicht steuerbar. Für den Bereich des Justizvollzugs sind die von den Arbeitsbetrieben der Justizvollzugsanstalt erwirtschafteten Einnahmen prägend.

Im Berichtsjahr übertreffen die konsumtiven Ist-Einnahmen den Planwert um rd. 59,5 Mio. EUR. Die Überschreitung des Planwertes ist in der Hauptsache auf Einnahmen der Staatsanwaltschaft aus der Gewinnabschöpfung (rd. 50,1 Mio. EUR) sowie aus Unternehmensgeldbußen (2,5 Mio. EUR) zurückzuführen, aber auch im Übrigen lagen die Einnahmen mit rd. 6,9 Mio. EUR deutlich über den Planungen, wobei der größte Anteil mit rd. 4,0 Mio. EUR aus Gerichtskosten auf die ordentliche Gerichtsbarkeit entfällt, gefolgt von der Staatsanwaltschaft mit rd. 1,4 Mio. EUR aus Gerichtsgebühren und Geldstrafen. Im Produktbereich 11.90 wurden überplanmäßige Einnahmen von rd. 0,9 Mio. EUR erzielt, bei denen es sich allerdings zum ganz überwiegenden Teil um Drittmittelfinanzierungen und Personalkostenerstattungen für Personalabornungen an Bund und Länder handelt. In den Produktbereichen der Fachgerichtsbarkeit und des Justizvollzugs lagen die Einnahmen um rd. 0,4 Mio. EUR bzw. 0,1 Mio. EUR über Plan.

Unter Berücksichtigung der Sollerhöhungen für Einnahmeverfügungs- und Drittmitteln sowie der Nachbewilligungen werden im Jahresergebnis Mehreinnahmen von knapp 56 Mio. EUR ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr konnten die Einnahmen um rd. 45 Mio. EUR gesteigert werden. Die in 2017 erzielten Mehreinnahmen bei Gerichten und Staatsanwaltschaft sind zum großen Teil auf außergewöhnlich hohe Einzelbeträge zurückzuführen. Daher ist für 2018 nicht zu erwarten, dass Einnahmeergebnisse auf gleicher Höhe erreicht werden können. Bei den ordentlichen Gerichten gilt dieses auch im Hinblick auf rückläufige Eingangszahlen in Grundbuch- und Registersachen.

Konsumtive Ausgaben:

Die für das Berichtsjahr abgebildeten Ist-Planwert-Abweichungen (- 1.137 Tsd. EUR) sind per Saldo auf Anschlagsunterschreitungen, im Wesentlichen bei den Auslagen in Rechtssachen (rd. -1,4 Mio. EUR), und überplanmäßige Ausgaben bei den übrigen Sachausgaben zurückzuführen, hier insbesondere überplanmäßige Ausgaben für die Intensivierung der Gewinnabschöpfung (finanziert aus Mehreinnahmen des Produktplans), für flüchtlingsbezogene Mehrbedarfe (finanziert aus Sachmitteln des 3. Sofortprogramm/Integrationsbudget) sowie Ausgaben i.Zshg. mit nicht veranschlagten Einnahmeverfügungs- und Drittmitteln, vgl. dazu die Ausführungen zum Finanzierungssaldo.

Das Jahresergebnis berücksichtigt neben den Anschlagsmitteln auch Haushaltsreste aus dem Vorjahr, alle unterjährigen Sollveränderungen sowie produktplanübergreifende als auch produktplaninterne Verlagerungen zur Abdeckung der o.g. überplanmäßigen Ausgaben. Die danach im Jahresergebnis ausgewiesenen Minderausgaben (rd. -4,0 Mio. EUR) resultieren im Wesentlichen aus den Haushaltsresten des Vorjahres (rd. 2,4 Mio. EUR), den Unterschreitungen bei den Auslagen in Rechtssachen sowie zum kleineren Teil aus nicht abgeflossenen sonstigen Sachmitteln.

Rd. 66 % bzw. 33,6 Mio. EUR der konsumtiven Jahres-Ist-Ausgaben sind den gesetzlichen Ausgaben für Auslagen in Rechtssachen zuzuordnen. Im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich Ausgabenzuwächse von rd. 0,7 Mio. EUR.

Von Zuwächsen betroffen sind v.a. die Ausgaben für Sachverständige (plus rd. 0,5 Mio. EUR bzw. 7 %), rechtliche Betreuer (plus rd. 0,3 Mio. EUR bzw. 3 %) und vorläufige Unterbringungen (plus rd. 0,3 Mio. EUR bzw. 19 %). Rückgänge sind demgegenüber zu verzeichnen bei den Zahlungen an Rechtsanwälte bei Prozesskostenhilfe (minus rd. 0,2 Mio. EUR bzw. -5 %), Insolvenzverwalter u. Treuhänder (minus rd. 0,1 Mio. EUR bzw. -6 %) und Dolmetscher und Übersetzer (minus rd. 0,2 Mio. EUR bzw. -9 %), wobei die Rückgänge bei den Dolmetscher- u. Übersetzerkosten allein den rückläufigen Ausgaben bei der Staatsanwaltschaft i.Zshg. mit Telekommunikationsüberwachungen geschuldet sind.

Flüchtlingsbezogene Sachausgaben (173 Tsd. EUR) sind bis auf Kleinbeträge vollständig abgeflossen.

Investive Ausgaben:

Bei den im Jahresergebnis abgebildeten Minderausgaben handelt es sich zum überwiegenden Teil (383 Tsd. EUR) um nicht finanzierte Rücklagenentnahmen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat mit Beschluss vom 24. April 2009 darum gebeten, im Rahmen des Controllings zum Produktgruppenhaushalt regelmäßig über den Liquiditätsabfluss im Zusammenhang mit der Sanierung der Justizvollzugsanstalt zu berichten:

Sanierungsmittel in Höhe von 3,21 Mio. EUR sind entsprechend den Planungen in 2017 an das Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) abgeflossen.

3.2 Personaldaten

Für das Personalkostenbudget konnte trotz vielfältiger Problemlagen und Herausforderungen ein ausgeglichenes Jahresergebnis erreicht werden. Temporäre Zielzahlüberschreitungen waren unvermeidlich aufgrund der weiterhin hohen Eingänge und Bestände in Asylverfahren beim Verwaltungsgericht und in sozialrechtlichen Streitigkeiten beim Sozialgericht sowie im Hinblick auf die Auswirkungen einer veränderten Sicherheitslage, die gekennzeichnet war durch

- * eine deutliche Zunahme der Verfahrenszahlen in einigen Bereichen der Strafjustiz, insbesondere auch der Zunahme von beschleunigt zu bearbeitenden Haftsachen,
- * die Notwendigkeit durchgängiger Einlasskontrollen in den Dienstgebäuden der Justiz, um die Sicherheit sowohl der Beschäftigten als auch des rechtssuchenden Publikums gewährleisten zu können,
- * einen starken Anstieg der Gefangenenzahlen in der Justizvollzugsanstalt Bremen, den damit verbundenen zusätzlichen Sicherheitsanforderungen und der Notwendigkeit der Bekämpfung extremistischer und radikalislamistischer Bestrebungen,
- * eine weiterhin gleichbleibend hohe Anzahl von umA, die zusätzliche Fachkräfte im Jugendvollzug erforderte.

Die temporären Zielzahlüberschreitungen korrespondieren im Wesentlichen mit den Beschlussfassungen des Senats zu den Alternativen einer FGU und den vom Ressort angemeldeten und vom Senat beschlossenen Maßnahmen zum Handlungsfeld Sichere und Saubere Stadt und sind insoweit für die Haushaltsjahre 2018/2019 abgesichert und eingeplant.

3.3 Leistungsdaten

Die Leistungsziele wurden trotz zum Teil schwieriger Rahmenbedingungen weitgehend erreicht, in Teilbereichen sogar überschritten. Wegen der Einzelheiten wird auf die Produktbereichsberichte verwiesen.

Zur Lösung der Problemlagen bei den Strafkammern des Landgerichts wurde neben den bereits erfolgten Personalaufstockungen eine externe Organisationsuntersuchung beauftragt, deren Ergebnisse zum Zeitpunkt dieses Berichts noch ausstehen.



Die Sanierungsmaßnahmen in der Justizvollzugsanstalt sind in 2017 plangemäß fortgesetzt worden und im ersten Teil weitgehend abgeschlossen. Auch die EW-Bauplanung für den zweiten Abschnitt - die letzten beiden Hafthäuser nebst Mittelbau - ist nahezu abgeschlossen.

Das weitere Großvorhaben des Ressorts, die Einführung der elektronischen Akte im Rahmen des Projekts e-justice, wurde durch die Projektleitung den Anforderungen entsprechend weiterentwickelt. Die für die Einführung in den Jahren 2018/2019 erforderlichen Ressourcen sind konkretisiert worden und konnten entsprechend in den Haushaltsplanungen verankert werden.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 14 / 2017
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.03.2018

PRODUKTPLAN 12 Sport	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung				
		Land		Stadt	
		Nicht gefährdet	gefährdet	Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Nicht gefährdet		gefährdet	
Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		
Kommentar:					
<input type="checkbox"/> nicht erforderlich					
<u>Finanzdaten</u>					
<p>Das Jahresergebnis 2017 weist im Saldo aus konsumtiven Mindereinnahmen und konsumtiven sowie investiven und Personal-Minderausgaben eine geringfügige Budgetunterschreitung in Höhe von rd. 0,001 Mio. € aus (Land: 658,25 €, Stadt: 171,53 €). Der zulässige Finanzierungssaldo wurde unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlagerungen (4,495 Mio. €, resultierend i.W. durch die Verlagerung von 4,6 Mio. € an den PPL 97 im Zusammenhang mit den investiven Ausgaben für das Horner Bad/Westbad) ebenfalls um rd. 0,001 Mio. € unterschritten (Land: 658,25 €, Stadt: 171,53 €).</p>					
<p>Im Rahmen des Jahresabschlusses wurde ein Betrag in Höhe von 406,11 € zur Reduzierung des bestehenden Verlustvortrages (rd. 0,474 Mio. €) herangezogen. Personalmittel in Höhe von 423,67 € wurden im Rahmen des Jahresabschlusses gestrichen (Verzicht auf Rücklagenbildung).</p>					
<u>Leistungsdaten</u>					
<p>Die strategischen Ziele des Produktplans werden unter Berücksichtigung der Leistungsdaten nach Einschätzung des Fachressorts i.W. eingehalten. Die Planwertunterschreitungen bei der Zahl der Vereinsmitglieder im Alter von 6 bis 18 Jahren (-9,4 %) sowie im Alter von über 60 Jahren (-9,9 %) ergibt sich daraus, dass der Deutsche Alpenverein mit rd. 4.000 Mitgliedern aus dem Landessportbund Bremen ausgetreten ist.</p>					
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:					
Kein Handlungsbedarf.					

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Sport		12				Controlling 14/17 09.07.2018			
Verantwortlich: Sen. Stahmann		Version: 92		Seite 1					
Einhaltung Finanzdaten: 		Einhaltung Personaldaten:		Einhaltung strategische Ziele:					
1. Ressourceneinsatz									
Kamerale Finanzdaten	14. Monat 2017					Jahresplanung 2017			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	477	278	199	71,6	480	480	477	-3	278
Investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Relevante Verrech./Erstatt.	113	45	68	150,2	113	113	113	0	45
- Land, Stadtgem. u. intern	113	45	68	150,2	113	113	113	0	45
- von Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	590	323	267	82,5	592	593	590	-3	323
Personalausgaben	1	1	-0	-18,3	1	1	1	0	0
Sonst. kons. Ausgaben	12.335	12.256	79	0,6	12.338	12.339	12.336	-3	12.256
Zinsausgaben	21	21	0	0,0	21	21	21	0	21
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	3.257	7.567	-4.310	-57,0	3.257	3.257	3.257	0	7.567
Relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
- Land, Stadtgem. u. intern	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
- an Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	15.614	19.845	-4.231	-21,3	15.618	15.618	15.615	-3	19.844
Saldo	-15.025	-19.522	4.497	-23,0	-15.025	-15.025	-15.025	0	-19.521
valutierende Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr .		
	2017	2018	2019	2020	2021ff			Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	393	383	368	6.415	0	474		
- investiv	0	116	119	97	21				
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	18	14	11	0				
Personaldaten	14. Monat 2017			kumuliert Januar - 14. Monat 2017			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Temporäre Personalmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtl.	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	1	-1	1	1	0	1	1	0
Insgesamt	0	1	-1	1	1	0	1	1	0
dar.: Beihilfe /Nachvers.	0	1	-1	1	1	0	1	1	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	0,0	-0,0	0,0	0,0	-0,0	0,0	0,0	-0,0	0,0
Temporäre Personalmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TPM - Flüchtl.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme	0,0	-0,0	0,0	0,0	-0,0	0,0	0,0	-0,0	0,0
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
nachr. znt. Beschäftg.Pool	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
nachr. znt. Pool.Flüchtl.	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Summe einges. Personal	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
nachr.: Abwesende	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Personalstruktur	Dez 2017	2017	2016						
	Ist	Planwert	Ist						
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	%								
Beschäftigte bis 35 Jahre	-	-	-						
Beschäftigte über 55 Jahre	-	-	-						
Frauenquote	-	-	-						
Teilzeitquote	-	-	-						
Schwerbehindertenquote	-	-	-						

2. strategische Ziele / Kennzahlen / Mengengerüste

Gegenstand der Nachweisung	Januar - Dezember 2017		Ist-Planwert-Abweichung ³		2017 Planwert
	Ist	Planwert	abs.	%	
Wirkungen					
Vereinsmitglieder über 60 Jahren [PRS]	28.662,000	31.809,000	-3.147,000	-9,9	31.809,000
Vereinsmitglieder von 6 bis 18 Jahren [PRS]	39.976,000	44.108,000	-4.132,000	-9,4	44.108,000
Leistungen					
Besucheranzahl der Bremer Bäder [PRS]	1.256.328,000	1.378.300,000	-121.972,000	-8,8	1.378.300,000
Betriebskostenzuschuss pro Besucher [EUR]	4,10	3,61	0,49	13,6	3,61

³Bei Einheit "%" im Ist bzw. Planwert ist die Abweichung in Prozentpunkten dargestellt

3. Analyse/Bewertung

3. Analyse/Bewertung

3.1 Kamerale Finanzdaten

3.1.1 Einnahmen

Konsumtive Einnahmen

Im Berichtsjahr 2017 sind insgesamt 477 Tsd. Euro vereinnahmt worden. Die hohe Planwertüberschreitung kommt zustande, da 64 Tsd. Euro für die Verwaltungskostenabrechnung für 2015 vereinnahmt worden sind. Zum weiteren wurden 45 Tsd. Euro als Ausgleichszahlung für den reklamierten Kunstrasenplatz auf dem Burgwall-Stadion vereinnahmt. Die Mittel wurden in voller Höhe für die Schadenbeseitigung am Kunstrasenplatz genutzt.

Trotz der Planwertüberschreitung, kommt es im Bereich der Einnahmen zur Mindereinnahmen i.H. v. 3 Tsd. Euro gegenüber dem HH-Soll. Die Mindereinnahmen wurden durch Heranziehung der konsumtiven Minderausgaben ausgeglichen.

Investive Einnahmen

-Keine-

Relevante Verrechnung / Erstattung

Bei der Verrechnung wurden 113 Tsd. Euro vereinnahmt. Die hohe Planwertüberschreitung kommt zustande, da 30 Tsd. Euro von investiven Mitteln aus dem Sporthaushalt für investive Maßnahmen der Bremer Bäder GmbH zur Verfügung gestellt worden sind. Des Weiteren konnten durch die Bereitstellung von Geldern in Höhe von 38 Tsd. Euro aus dem Programm Stadtumbau Maßnahmen zur Barrierefreiheit der Eissporthalle Paradise durchgeführt werden.

3.1.2 Ausgaben

Konsumtive Ausgaben

In dem Berichtsjahr 2017 wurden insgesamt 12.335 Tsd. Euro verausgabt. Die Minderausgaben i.H. v. 3 Tsd. Euro wurden zur Deckung der Mindereinnahmen sowie zur Reduzierung des Verlustvertrages herangezogen.

Investive Ausgaben

Produktgruppe 12.01.01 (Allgemeine Sportangelegenheiten)

Die Investiven Ausgaben belaufen sich in 2017 auf insgesamt 2.325 Tsd. Euro.

Produktgruppe 12.99.10 (Bremer Bäder)

Im Berichtsjahr 2017 wurden investiv 932 Tsd. Euro ausgegeben. Die veranschlagten Mittel für Modernisierung und Sanierung i.H.v. 798 Tsd. Euro wurden in voller Höhe abgerufen. Durch Umschichtungen von investiven Mitteln im Sporthaushalt konnten weitere 30 Tsd. Euro für investive Maßnahmen der Bremer Bäder GmbH zur Verfügung gestellt werden. Außerdem konnten durch die Bereitstellung von Geldern aus dem Programm Stadtumbau in Höhe von 38 Tsd. Euro Maßnahmen zur Barrierefreiheit der Eissporthalle Paradise durchgeführt werden.

Folgende 4 Maßnahmen wurden 2017 umgesetzt:

- Duschwasserinstallation Südbad und Sanierung Decke des Restaurants im Südbad
- Einführung eines Kassen- und Kontrollsystems bei der Bremer Bäder GmbH
- Umbaumaßnahmen Eissporthalle Paradise
- Elektroarbeiten im Freizeitbad Vegesack

Mit Senatsbeschluss vom 16.12.2014 wurde das Sportressort mit der Vorplanung für die Variante I im Rahmen des Bäderkonzeptes beauftragt. Im Haushalt 2017 wurden Planungsmittel in Gesamthöhe von 4,6 Mio. Euro für das Bäderkonzept veranschlagt.

Im Zusammenhang mit der Beschlussfassung des HaFA zur Umsetzung des Bäderkonzeptes vom 03.11.2017 wurden diese Mittel zur weiteren Abwicklung vollständig in den PPL 97 verlagert. In 2017 wurden 1.180 Tsd. € für das Bäderkonzept über den PPL 97 verausgabt (Horner Bad). 1.302 Tsd. € wurden zur Auflösung der globalen Minderausgaben für den Gesamthaushalt herangezogen; ersatzweise wurde in entsprechender Höhe eine Verpflichtungsermächtigung mit Abdeckung in 2019 erteilt. Die verbleibenden Restmittel in Höhe von 2.118 Tsd. € wurden im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 der investiven Rücklage im PPL 97 zugeführt.

3.1.4 Personalausgaben

-Keine-

3.2 Weitere Anmerkungen

In 2017 wurden insgesamt 37 Sportförderungsanträge sowie 14 Anträge für Energiekostenzuschüsse bewilligt. Hiervon Für Konsumtive Sportfördermaßnahmen wurden 472 Tsd. Euro vergeben. Weitere 60.813 Tsd. Euro wurden zur Bezuschussung von Energiekosten verausgabt. Für die Sanierung von Sportanlagen sowie der Einrichtungen an Badeseen und Sporthäfen wurden 566.600 Tsd. Euro eingesetzt.

3.3 Finanzierungssaldo

Es ist ein Finanzierungssaldo i.H. v. 19.521 Tsd. Euro veranschlagt. Durch Produktverlagerung i.H. v. -4.496 Tsd. Euro vermindert sich die zulässige Finanzierungssaldo auf 15.025 Tsd. Euro. Das voraussichtliche IST beläuft sich auf 15.025 Tsd. Euro. Der Finanzierungssaldo wird somit eingehalten.

3.4 Verlustvortrag

Der Verlustvortrag i.H. v. 474 Tsd. Euro wird um 406,11 Euro vermindert.

3.5 Leistungskennzahlen

Die strategischen Ziele des Produktplans werden unter Berücksichtigung der Leistungsdaten i.W. eingehalten. Nachfolgend wird Bezug zur Entwicklung der einzelnen Kennzahlen genommen:

Produktgruppe 12.01.01 (Allgemeine Sportangelegenheiten)

Vereinsmitglieder von 6 bis 18 Jahren

Die Zahl der Vereinsmitglieder im Alter von 6 bis 18 Jahren betrug zum Stichtag 31. Dezember 2017 insgesamt 39.976 Personen. Die hohe Planwertunterschreitung kommt zu Stande, da der Deutsche Alpenverein mit rund 4.000 Mitgliedern aus dem Landessportbund Bremen ausgetreten ist.

Vereinsmitglieder über 60 Jahren

Die Zahl der Vereinsmitglieder im Alter von über 60 Betrag zum Stichtag 31. Dezember 2017 insgesamt 28.617 Personen. Die hohe Planwertunterschreitung kommt zu Stande, dass der Deutsche Alpenverein mit rund 4.000 Mitgliedern aus dem Landessportbund Bremen ausgetreten ist.

Anzahl der Kunstrasenplätze

Die Jahresplanzahl der Kunstrasenplätze beträgt 27. Diese ist bereits erreicht. Zukünftig soll der Fokus verstärkt auf die Sanierung von ungedeckten Sportanlagen gelegt werden. So wurde in 2017 der Kunstrasenplatz auf der Bezirkssportanlage Gröpelingen und Huchting saniert.

Pflege und Unterhaltung durch die Vereine

Im Berichtsjahr 2017 haben 12 Vereine in Eigenregie die Pflege und Unterhaltung von 13 Sportanlagen übernommen.

Konsumtive und Investive Ausgaben je Einwohner

Die konsumtiven Ausgaben je Einwohner betragen 12,31 Euro und waren gering unter dem Jahresplanwert. Die Investiven Ausgaben je Einwohner lagen im Berichtszeitraum bei 4,05 Euro und somit 0,25 über dem Jahresplanwert.

Produktgruppe 12.99.10 (Bremer Bäder)

Besucherzahl der (Bremer Bäder)

Im Berichtsjahr 2017 wurden 1.256.328 Besucherinnen und Besucher in den Bremer Bäder gezählt.

Lfd. Zuschuss an die Bremer Bäder GmbH

Der lfd. Zuschuss an die Bädergesellschaft belief sich 2017 auf 5.149 Tsd. Euro und liegt damit im Plan.

Betriebskostenzuschuss pro Besucher

Der Betriebskostenzuschuss lag pro Besucher im Berichtsjahr 2017 bei 4,10 Euro und liegt um 13,6% höher als im Plan, was sich dadurch erklärt, dass die Besucherzahlen unter anderem wegen des schlechten Wetters während der Freibadsaison, einer verlängerten Schließzeit des Südbades und diverser Mängel im Westbad nicht die Planzahl von 1.378.300 erreicht haben.

Mittelabflüsse Bäderkonzept

Die aktuelle Kostenschätzung vom Oktober 2017 geht von einem Investitionsvolumen von 25,3 Mio. Euro für den Neubau eines Kombibades am Standort Horn und von 13,7 Mio. Euro für die Sanierung/des Umbaus des Freibades am Standort Westbad aus.

Mittelabruf Sanierung/Modernisierung

Die Mittel für Modernisierung/Sanierung sowie Tilgung wurden i.H.v. 822 Tsd. Euro abgerufen.

Kostendeckungsgrad

Als Kostendeckungsgrad werden die Umsatzerlöse geteilt durch die Gesamtkosten (fix und variabel) der Bremer Bäder GmbH aufgezeigt. Problematisch ist, dass zu diesem frühen Zeitpunkt im Jahr (Controlling 14.2017) die Gesellschaft noch nicht über die finalen Daten zu den Erlösen und Kosten verfügt – diese werden erst mit dem Jahresabschluss per 31.03.2018 verfügbar sein.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 14 / 2017
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.03.2018

PRODUKTPLAN 21 Kinder und Bildung	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung				
		Land		Stadt	
		Nicht gefährdet	gefährdet	Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Nicht gefährdet		gefährdet	
Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		

Kommentar: nicht erforderlich**Finanzdaten**

Insgesamt wurde das Budget um 11,01 Mio. € unterschritten (Land: 2,1 Mio. €, Stadt: 8,9 Mio. €). Diese Unterschreitung ergibt sich wie folgt:

	in Mio. €
Reste aus Vorjahr (ohne Liquidität)	- 6,93
Konsumtive Mindereinnahmen	+ 4,73
Personalminderausgaben (nach Abzug von Vorjahresresten)	- 1,96
Konsumtive Minderausgaben (nach Abzug von Vorjahresresten)	- 4,95
Investive Minderausgaben (nach Abzug von Vorjahresresten)	- 0,30
Minderausgaben für Zinsen	- 0,10
Minderausgaben bei Verrechnungen und Erstattungen an Bremerhaven (Personal)	- 1,52
Gesamt	11,01

(Differenzen durch Rundungen)

Der Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlagerungen i.H.v. 55,0 Mio. € um rd. 4,0 Mio. € unterschritten (Land: 1,6 Mio. €, Stadtgemeinde 2,4 Mio. €). Diese Unterschreitungen ergibt sich aus den bei der Budgeteinhaltung dargestellten Entwicklungen ohne Einbeziehung der lediglich im Soll zur Verfügung stehenden Reste aus dem Vorjahr.

Die im Rahmen des Lösungskonzeptes durch den Gesamthaushalt zusätzlich zur Verfügung gestellten investiven Mittel i.H.v. 19 Tsd. € für das Sofortprogramm Mobilbau in der Kindertagesbetreuung wurden verausgabt.

Im Rahmen des Jahresabschlusses wurden 3,51 Mio. € an Ausgabereisten übertragen und 2,55 Mio. € der investiven Budgetrücklage zugeführt.

Personaldaten

Die Personalausgaben und die Personalzielzahl im Kernbereich werden unterschritten. Durch Neueinstellungen fällt die Unterschreitung zum Jahresende jedoch deutlich geringer als im Jahresdurchschnitt aus.

Aus der aktualisierten Schülerzahlprognose ist ab dem Schuljahr 2018/2019 ein erhöhter Bedarf an Lehrkräften abzuleiten. Gleichwohl sollte dieser Mehrbedarf aus den budgetierten Ressourcen bedient werden können, zumal die Rekrutierung von Lehrkräften sich aufgrund der Lage am Arbeitsmarkt schwierig gestaltet.

Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Personalhaushaltes 2018 zu erwarten.




Leistungsdaten

Die Leistungsdaten werden im Wesentlichen eingehalten. Bei den Kindern von 3-6 Jahren konnte im Vergleich zum Planwert -aufgrund des Sofortprogramms Mobilbau- eine deutlich höhere Versorgungsquote erreicht werden.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Kein Handlungsbedarf.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Kinder und Bildung						Controlling 14/17 09.07.2018			
Verantwortlich: Sen. Dr. Bogedan						Version: 92		Seite 1	
Einhaltung Finanzdaten: 		Einhaltung Personaldaten: 		Einhaltung strategische Ziele: 					
1. Ressourceneinsatz									
Kamerale Finanzdaten	14. Monat 2017					Jahresplanung 2017			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll		vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	16.786	20.013	-3.227	-16,1	21.520	21.520	16.827	-4.693	20.014
Investive Einnahmen	2.980	1.759	1.221	69,4	2.980	2.979	2.979	0	1.759
Relevante Verrech./Erstatt.	495.621	481.401	14.220	3,0	495.621	495.623	495.623	0	481.400
- Land, Stadtgem. u. intern	495.621	481.401	14.220	3,0	495.621	495.623	495.623	0	481.400
- von Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	515.387	503.173	12.214	2,4	520.121	520.122	515.429	-4.693	503.173
Personalausgaben	314.773	318.138	-3.365	-1,1	318.135	318.133	314.772	-3.361	318.375
Sonst. kons. Ausgaben	402.449	362.196	40.253	11,1	409.786	409.786	402.446	-7.340	362.195
Zinsausgaben	384	565	-181	-32,0	488	488	384	-104	565
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	48.093	26.462	21.631	81,7	51.520	51.521	48.092	-3.429	26.463
Relevante Verrech./Erstatt.	599.031	594.087	4.944	0,8	600.551	600.551	599.030	-1.521	594.086
- Land, Stadtgem. u. intern	480.630	474.811	5.819	1,2	480.632	480.632	480.630	-2	474.810
- an Bremerhaven	118.401	119.276	-875	-0,7	119.919	119.919	118.400	-1.519	119.276
Gesamtausgaben	1.364.730	1.301.448	63.282	4,9	1.380.480	1.380.479	1.364.724	-15.755	1.301.683
Saldo	-849.343	-798.275	-51.068	6,4	-860.359	-860.357	-849.295	11.062	-798.510
valutierende Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.		
	2017	2018	2019	2020	2021ff			Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	4.193	4.324	2.618	5.653	2.552	0		
- investiv	14.327	852	0	290	0				
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0				
Personaldaten	14. Monat 2017			kumuliert Januar - 14. Monat 2017			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	-687	687	289.585	291.225	-1.640	289.585	291.225	-1.640
Temporäre Personalmittel	0	0	0	307	391	-84	307	391	-84
TPM - Flüchtl.	0	0	0	5.953	5.954	-1	5.953	5.954	-1
Flexibilisierungsmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	-687	687	295.845	297.570	-1.725	295.845	297.570	-1.725
Refinanzierte	0	0	0	718	2.072	-1.354	718	2.072	-1.354
Ausbildung	0	3	-3	8.769	8.769	0	8.769	8.769	0
Nebentitel	0	-233	233	9.440	9.727	-287	9.440	9.727	-287
Insgesamt	0	-917	917	314.772	318.138	-3.366	314.772	318.138	-3.366
dar.: Beihilfe /Nachvers.	0	-234	234	8.734	8.734	0	8.734	8.734	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	5.030,7	5.046,2	-15,5	4.993,7	5.044,2	-50,5	4.993,7	5.044,2	-50,5
Temporäre Personalmittel	6,6	6,5	0,1	5,2	6,5	-1,3	5,2	6,5	-1,3
TPM - Flüchtl.	129,8	169,7	-39,9	104,7	169,7	-65,0	104,7	169,7	-65,0
Flexibilisierungsmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme	5.167,1	5.222,4	-55,3	5.103,5	5.220,4	-116,8	5.103,5	5.220,4	-116,8
Refinanzierte	13,1	-	-	13,6	-	-	13,6	-	-
Ausbildung	531,0	546,0	-15,0	513,3	519,7	-6,5	513,3	519,7	-6,5
Insgesamt	5.711,2	-	-	5.630,4	-	-	5.630,4	-	-
nachr. znt. Beschäftg.Pool	8,4	-	-	8,4	-	-	8,4	-	-
nachr. znt. Pool.Flüchtl.	4,0	-	-	3,5	-	-	3,5	-	-
Summe einges. Personal	5.723,6	-	-	5.642,2	-	-	5.642,2	-	-
nachr.: Abwesende	280,6	-	-	289,4	-	-	289,4	-	-
Personalstruktur	Dez 2017	2017	2016						
	Ist	Planwert	Ist						
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	%								
Beschäftigte bis 35 Jahre	18,3	22,5	18,6						
Beschäftigte über 55 Jahre	22,1	17,5	23,4						
Frauenquote	70,1	50,0	69,8						
Teilzeitquote	44,7	35,0	43,0						
Schwerbehindertenquote	4,8	6,0	4,9						

2. strategische Ziele / Kennzahlen / Mengengerüste

Gegenstand der Nachweisung	Januar - Dezember 2017		Ist-Planwert-Abweichung ³		2017	
	Ist	Planwert	abs.	%	Planwert	
Wirkungen						
Versorgungsquote für Kinder 0-3	[%]	46,44	46,27	0,17	-	46,27
Versorgungsquote für Kinder 3-6	[%]	97,17	90,16	7,01	-	90,16
Schulentlassene m. mind. mittl. Abschluss	[%]	68,70	67,80	0,90	-	67,80
Leistungen						
Sachausgaben pro Schüler	[EUR]	640,00	610,00	30,00	4,9	610,00
Personalausgaben pro Schüler	[EUR]	5.300,00	5.070,00	230,00	4,5	5.070,00
Qualität						
Schüler-Lehrer-Relation-allgem. Schulen	[PRS]	13,400	13,400	0,000	0,0	13,400
Schüler-Lehrer-Relation berufsb. Schulen	[PRS]	22,400	22,200	0,200	0,9	22,200
Schüler-Lehrer-Relation - Gesamt	[PRS]	15,300	15,200	0,100	0,7	15,200
Betreuungsquote in Ganztagsgrundschulen	[%]	44,80	45,40	-0,60	-	45,40

³Bei Einheit "%" im Ist bzw. Planwert ist die Abweichung in Prozentpunkten dargestellt

3. Analyse/Bewertung

3.1 Kamerale Finanzdaten

Im Produktplan ergibt sich folgendes Jahresergebnis:

Es entstanden Mindereinnahmen in Höhe von rd. 4,7 Mio. Euro.

Im Landeshaushalt sind es 3,2 Mio. Euro, die hauptsächlich aus der Mindereinnahme im BAföG-Bereich (Produktbereich 21.05) und bei der Gastschulgeldpauschale vom Land Niedersachsen besteht. Im städtischen Haushalt sind es insgesamt rd. 1,5 Mio. Euro, die sich aus folgenden Positionen zusammensetzen: Benutzungsentgelte für Schulräume, Erstattung für Personalgestaltung, Entgelte für den Besuch von Berufsschulen durch Umschüler und Bewirtschaftungskosten von Dritten.

Die Mindereinnahmen wurden durch Restestreichung ausgeglichen.

Nach Ausgleich der Mindereinnahmen müssen konsumtive Reste in Höhe von rd. 2,78 Mio. Euro gebildet werden, diese sind zweckgebunden und beziehen sich auf folgende Ausgabebereiche:

- 2,18 Mio. Euro für die Rücklagen der Schulen der Stadtgemeinde Bremen

- 0,6 Mio. Euro für Bundes- und ESF-Projekte und für andere zweckgebundene Mittel (Spenden, Ortsämter, Elternbeiträge, etc.)

Die Reste im investiven Bereich in Höhe von rd. 2,55 Mio. Euro beziehen sich in Höhe von 2,5 Mio. Euro auf die investive Rücklage der Schulen und 0,05 Mio. € auf Drittmittel.

Für das Sonderprogramm „Mobilbauten“ in der Kindertagesbetreuung wurden investiv zusätzliche Mittel in Höhe von 19,1 Mio. Euro bereitgestellt und verausgabt.

Die übertragbaren Reste im Personalbereich von rd. 0,73 Mio. Euro resultieren aus zweckgebundenen Personalausgaben im Rahmen von ESF-Projekten.

Insgesamt ergibt sich über alle Ausgabe- und Einnahmebereiche ein positives Ergebnis. Der Finanzierungssaldo und das Budget wurden eingehalten.

3.2 Personaldaten

Die Zielzahlen wurden insgesamt eingehalten. Die Unterschreitung der Sollzielzahl im Kernbereich (15 VZE im Dezember 2017) ergibt sich aus unbesetzten Stellen im Schulbereich. 9,1 VZE sind nach Einstellung in 2017 nicht mehr buchungstechnisch in das Controlling eingegangen.

3.3 Leistungskennzahlen

Personalausgaben pro Schüler: hier ist eine Steigerung zu verzeichnen, die zum einem durch die Tarifierhöhung, wie auch durch neue Aufgaben, z. B. die Beschulung der Geflüchteten entsteht.

Die Kennzahl Schulentlassene mit mittl. Abschluss bezieht sich auf das Jahr 2016; die Kennzahlen zur Schüler-Lehrer-Relation bezieht sich auf das Schuljahr 2016/2017.

Ausbau Kindertagesbetreuung: In den Kindergartenjahren 2016/17 und 2017/18 wurden bereits 137 zusätzliche Gruppen für 0-<6-jährige realisiert. Für die Altersgruppe 0-<3-jährige konnten somit 698 und für die 3-<6-jährigen 557 zusätzliche Plätze geschaffen werden. Im laufenden Kindergartenjahr 2017/18 werden darüber hinaus noch weitere Plätze in der Tagesbetreuung geschaffen.

Der Anstieg der Kinderzahlen gegenüber den Planwerten konnte durch das Sonderprogramm „Mobilbauten“ aufgefangen werden, so dass die geplanten Versorgungsquoten in der Altersgruppe 0-<3-jährige eingehalten (+0,17) sowie bei den 3-<6-jährigen sogar überschritten (+7,01) wurden.

Für das Kindergartenjahr 2018/19 befinden sich bereits weitere 146 Gruppen in konkreter Planung.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 14 / 2017
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.03.2018

PRODUKTPLAN 22 Kultur	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung				
		Land		Stadt	
		Nicht gefährdet	gefährdet	Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Nicht gefährdet		gefährdet	
Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		

Kommentar:
 nicht erforderlich
Finanzdaten

Das Jahresergebnis 2017 weist im Saldo aus Mindereinnahmen und Minderausgaben eine rechnerische Haushaltsverbesserung in Höhe von 0,215 Mio. € (Land: 0,011 Mio. €, Stadt: 0,204 Mio. €) aus. Diese Haushaltsverbesserung resultiert überwiegend aus der Nichtinanspruchnahme von Resten sowie investiven Minderausgaben.

Der zulässige Finanzierungssaldo wurde unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen eingehalten.

Das Ressort beantragt im Rahmen des Jahresabschlusses eine investive Rücklagenzuführung in Höhe von 0,203 Mio. € im Stadthaushalt.

Personaldaten

Die Personalzielzahl im Kernbereich wird überschritten, bei den temporären Personalmitteln liegt eine Unterschreitung vor. Im Saldo wurden die Zielzahlen leicht überschritten.

Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Personalhaushaltes 2018 zu erwarten.

Leistungsdaten

Im Bereich „Kulturelle Bildung“ haben die Bürgerhäuser sowie Kultur- und Veranstaltungszentren den Planwert der Besuche mit rd. 8% übertroffen.

Im Bereich „Theater, Tanz und Musik“ konnten die Planwerte weitestgehend erreicht werden. Bei der Bremer Shakespeare Company trug eine Reihe von Gastspielen dazu bei, dass die Anzahl der Besuche um 27% übertroffen werden konnte.

Die Besuche beim Steptext dance projekt e. V. konnten u.a. aufgrund von Kooperationen mit der Hochschule Bremen und der Hochschule für Künste um 34,4% gesteigert werden. Das Musikfest Bremen hat 38 Veranstaltungen durchgeführt und mit 23.025 Besuchern eine Auslastung von 84% erreicht.

Demgegenüber konnte die vom Neugier e. V. geführte Schwankhalle die gewünschten Effekte nicht erzielen. Der Planwert der Besuche wurde um 5,6% unterschritten.




Im Bereich der Museen (Kunsthalle, Weserburg, Böttcherstraße, Gerhard-Marcks-Haus und Wilhelm-Wagenfeld-Haus) konnte der Planwert der Besuche fast verdoppelt werden. Besonders hervorzuheben ist der gute Zuspruch der Sonderausstellung „Max Liebermann“ in der Kunsthalle.

Erläuterungen zu den Leistungszielen im Produktbereich Eigengesellschaften, Sondervermögen, Stiftungen und AöR sind dem gesonderten Beteiligungsbericht zu entnehmen.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Kein Handlungsbedarf.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Kultur		22				Controlling 14/17 09.07.2018			
Verantwortlich: Senator Sieling		Version: 92		Seite 1					
Einhaltung Finanzdaten: 		Einhaltung Personaldaten: 		Einhaltung strategische Ziele: 					
1. Ressourceneinsatz									
Kamerale Finanzdaten	14. Monat 2017					Jahresplanung 2017			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
Tsd. EUR					%	Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	1.442	409	1.033	252,6	1.439	1.439	1.442	3	407
Investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Relevante Verrech./Erstatt.	2.821	0	2.821	0,0	2.821	2.821	2.821	0	2.821
- Land, Stadtgem. u. intern	2.821	0	2.821	0,0	2.821	2.821	2.821	0	2.821
- von Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	4.263	409	3.854	942,4	4.260	4.260	4.263	3	3.228
Personalausgaben	4.532	4.534	-2	-0,0	4.535	4.535	4.532	-3	4.416
Sonst. kons. Ausgaben	76.207	73.372	2.835	3,9	76.210	76.210	76.207	-3	73.374
Zinsausgaben	14	14	0	0,0	14	14	14	0	14
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	2.485	2.603	-118	-4,5	2.691	2.692	2.486	-206	2.603
Relevante Verrech./Erstatt.	2.822	0	2.822	0,0	2.822	2.822	2.822	0	2.822
- Land, Stadtgem. u. intern	2.822	0	2.822	0,0	2.822	2.822	2.822	0	2.822
- an Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	86.061	80.523	5.538	6,9	86.273	86.273	86.061	-212	83.229
Saldo	-81.797	-80.114	-1.683	2,1	-82.013	-82.013	-81.798	215	-80.001
valutierende Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.		
	2017	2018	2019	2020	2021ff			Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	48	41	20	15	228	0		
- investiv	0	1.660	837	454	474				
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	10	5	0	0				
Personaldaten	14. Monat 2017			kumuliert Januar - 14. Monat 2017			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich	0	0	0	4.109	4.111	-2	4.109	4.111	-2
Temporäre Personalmittel	0	0	0	269	269	0	269	269	0
TPM - Flüchtl.	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	0	0	4.378	4.380	-2	4.378	4.380	-2
Refinanzierte	0	0	0	77	77	0	77	77	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	-27	27	77	77	0	77	77	0
Insgesamt	0	-27	27	4.532	4.534	-2	4.532	4.534	-2
dar.: Beihilfe /Nachvers.	0	-28	28	54	54	0	54	54	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich	64,0	61,2	2,8	63,5	61,9	1,6	63,5	61,9	1,6
Temporäre Personalmittel	3,8	5,0	-1,2	3,8	5,0	-1,2	3,8	5,0	-1,2
TPM - Flüchtl.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme	67,8	66,1	1,7	67,2	66,9	0,4	67,2	66,9	0,4
Refinanzierte	1,2	-	-	1,2	-	-	1,2	-	-
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	69,0	-	-	68,4	-	-	68,4	-	-
nachr. znt. Beschäftg.Pool	0,6	-	-	0,6	-	-	0,6	-	-
nachr. znt. Pool.Flüchtl.	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Summe einges. Personal	69,6	-	-	69,1	-	-	69,1	-	-
nachr.: Abwesende	0,8	-	-	1,2	-	-	1,2	-	-
Personalstruktur	Dez 2017	2017	2016						
	Ist	Planwert	Ist						
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	%								
Beschäftigte bis 35 Jahre	10,4	22,5	12,8						
Beschäftigte über 55 Jahre	32,5	17,5	34,6						
Frauenquote	54,6	50,0	52,6						
Teilzeitquote	27,3	35,0	30,8						
Schwerbehindertenquote	6,4	6,0	6,6						

2. strategische Ziele / Kennzahlen / Mengengerüste

Gegenstand der Nachweisung	Januar - Dezember 2017		Ist-Planwert-Abweichung ³		2017
	Ist	Planwert	abs.	%	Planwert
Wirkungen					
Schülerbelegungen Musikschule (gesamt) [ST]	3.933,000	4.142,000	-209,000	-5,0	4.142,000
Besuche Shakespeare Company [PRS]	33.157,000	26.100,000	7.057,000	27,0	26.100,000
Belegungen VHS (gesamt) [ST]	55.387,000	55.000,000	387,000	0,7	55.000,000
Besuche Dt. Kammerphilharmonie [PRS]	37.962,000	37.000,000	962,000	2,6	37.000,000
Besuche Focke-Museum [PRS]	44.736,000	45.600,000	-864,000	-1,9	45.600,000
Besuche Theater Bremen [PRS]	184.580,000	162.339,000	22.241,000	13,7	162.339,000
Besuche Übersee-Museum [PRS]	102.681,000	103.000,000	-319,000	-0,3	103.000,000
Besuche Kommunalkino Bremen [PRS]	30.543,000	31.500,000	-957,000	-3,0	31.500,000
Besuche Bürgerhäuser [PRS]	756.301,000	700.000,000	56.301,000	8,0	700.000,000
Besuche Kultur-u. Veranstaltungszentren [PRS]	376.999,000	345.000,000	31.999,000	9,3	345.000,000

³Bei Einheit "%" im Ist bzw. Planwert ist die Abweichung in Prozentpunkten dargestellt

3. Analyse/Bewertung

3.1 Kamerale Finanzdaten

1. Abweichungen voraussichtliches HH-Soll- voraussichtliches Ist (Jahresplanung 2017)

Das Kulturressort schließt das Jahr 2017 mit einer Ergebnisverbesserung in Höhe von +215 TEUR ab. Die dargestellte Unterschreitung ergibt sich im Wesentlichen aus nicht in Anspruch genommenen Rücklagen für die Maßnahme Brandschutz im Theater Bremen. Die Mittel werden erneut der investiven Rücklage 2018 zugeführt. Allerdings sind die Rücklagen in 2018 nicht mit Liquidität hinterlegt. Ob sie im Jahr 2018 verwandt werden können, wird sich im weiteren Haushaltsvollzug zeigen.

Die übrigen Mehreinnahmen, Personalreste, konsumtiven Reste und investiven Reste werden entsprechend der Landeshaushaltsordnung gestrichen und nicht ins Jahr 2018 übertragen.

Zu den Abweichungen im Einzelnen:

a) Personalausgaben (-3 TEUR)

Es mussten Personalkosten durch konsumtive Einsparungen finanziert werden. Zusätzlich sind durch Nichtbesetzungen gar nicht erst Personalkosten entstanden. Die konsumtiven Einsparungen erfolgten bei der senatorischen Behörde und dem Landesamt für Denkmalpflege. In der Spitzabrechnung entstand ein Rest von 3 TEUR.

b) Konsumtive Ausgaben (-3 TEUR)

Es sind im Bereich des Staatsarchivs Reste entstanden.

c) Investive Ausgaben (-203 TEUR)

Die dargestellte Unterschreitung ergibt sich im Wesentlichen aus nicht in Anspruch genommenen Rücklagen für die Maßnahme

Brandschutz im Theater Bremen. Die Mittel werden erneut der investiven Rücklage 2018 zugeführt. Allerdings sind die Rücklagen in 2018 nicht mit Liquidität hinterlegt. Ob sie im Jahr 2018 verwandt werden können, wird sich im weiteren Haushaltsvollzug zeigen.

2. Einhaltung des Finanzierungssaldos (Anschlag - voraussichtliches Ist (Jahresplanung 2017))

Für das Kulturressort ist ein Finanzierungssaldo von -80.001 TEUR veranschlagt. Es wurden noch zusätzliche Mittel i.H.v. -2.048 TEUR in den Kulturhaushalt verlagert. Demgegenüber erfolgte eine Abgabe von Mitteln i.H.v. 191 TEUR. Im Saldo gab es Veränderungen i.H.v. -1.853 TEUR. Der zulässige Finanzierungssaldo beträgt damit -81.854 TEUR. Das Kulturressort hat den Finanzierungssaldo mit i.H.v. -81.797 TEUR eingehalten.

3. Abweichung Januar - Dezember 2017 (Ist-Planwert-Abweichung).

a) Die konsumtiven Einnahmen liegen über Plan, da zusätzliche durchlaufende Einnahmen beim Musikfest erzielt wurden.

b) Durch eine enge Personalkostensteuerung und den Verzicht auf Wiederbesetzungen ist das Budget eingehalten bzw. leicht unterschritten worden.

c) Bei den konsumtiven Ausgaben gab es aufgrund durchlaufender Einnahmen beim Musikfest und zusätzlicher Tarifmittel Planabweichungen.

d) Die investiven Ausgaben liegen durch die Nichtinanspruchnahme der Mittel für die Brandschutzmaßnahme des Theaters unter Plan.

4. Leistungskennzahlen

Nachstehend erfolgen Kommentierungen von 10 Kennzahlen. Zusätzliche Informationen sind auf Produktbereichs- und -gruppenebene enthalten.

Schülerbelegungen Musikschule:

Die Wirkungskennzahlen haben sich bei der Musikschule Bremen in der Gesamtjahresbetrachtung leicht rückläufig entwickelt: Die Schüler- und Belegungszahlen haben aufgrund der zum 31.07.2017 ausgelaufenen „Kultur macht stark“-Projekte mit Schulen und Kindertagesstätten den Plan leicht unterschritten (-5%).

Besuche Shakespeare Company:

Die Bremer Shakespeare Company e.V. wurde im 4. Quartal gut besucht. Dies ist u.a. auf die beiden erfolgreich angelaufenen Premieren Heilig Abend (13.10.2017) und der Kinderproduktion Des Kaisers Nichtigall (08.11.2017) zurückzuführen. Das Weihnachtsmärchen war an 21 Vorstellungen mit 4.235 Kindergartenkindern und Grundschüler/innen ausverkauft. Des Weiteren wurden Zusatzveranstaltungen für die Produktion Du kannst Gott zu mir sagen (Premiere vom 08.09.2017) im November und Dezember angeboten.

Belegungen VHS:

Die Wirkungskennzahlen bei der Bremer Volkshochschule haben sich positiv entwickelt. Die Belegungen (+1%) übersteigen die Planwerte.

Besuche Dt. Kammerphilharmonie Bremen:

Die Deutsche Kammerphilharmonie Bremen übertrifft die avisierten Planzahlen. Dies betrifft die Aktivitäten in Bremen, wo mit einer Auslastung von 95% fast alle Konzerte ausverkauft waren.

Besuche Focke-Museum:

Das Focke-Museum hat in der zweiten Jahreshälfte, bedingt durch den „Endspurt“ der Pop-Ausstellung und die Eröffnung der Sonderausstellung „Protest und Neuanfang“, eine Steigerung der Besuchszahlen erzielt. Die Gesamtjahresbesuchszahl bewegt sich damit im Plankorridor. Das Museum hat seit dem 2. Quartal im Sinne der Besucher/innen-Freundlichkeit die Öffnungszeiten an Sonntagen um eine Stunde verlängert. Seit dem 1.9.2017 ist nun – vorerst für die Dauer der Sonderausstellung – dienstags ab 19h der Eintritt frei (Dauer- und Sonderausstellung).

Besuche Theater Bremen:

Die Theater Bremen GmbH hat im Jahr 2017 die geplanten Besuchszahlen übertroffen. Die Wirkungskennzahl wurde mit knapp 185 T Besucherinnen und Besuchern um über 22 T gegenüber Plan überschritten. Davon sind annähernd 60 T Kinder und Jugendliche im Theater gewesen. Im Bereich der Sparten Schauspiel und Tanztheater wurden die Planzahl Aufführungen zur Leistungsbemessung überschritten, entsprechend ist auch die Wirkungskennzahl Besuche angestiegen. 17 Neuinszenierungen seit Spielzeitbeginn (5 im Musiktheater, 9 im Schauspiel, 1 im Tanz und 2 im Jungen Theater) davon zwei Uraufführungen (Tom Sawyer im Schauspiel und Flo und das Geheimnis der schwarzen Schmetterlinge im Jungen Theater) lassen die hohe Qualität der Theaterarbeit erkennen.

Insgesamt konnten im Jahr 2017 in allen Sparten mehr Besuche als geplant verzeichnet werden, womit eine Spielzeit sehr erfolgreich beendet und eine weitere mit der Saisonpräsentation am 02. September erfolgreich begonnen wurde.

Besuche Übersee-Museum:

Das Übersee-Museum hat die geplante Besuchszahl nahezu erreicht. Vor allem die im November begonnene Sonderausstellung „Cool Japan“ hat einen hohen Besucherzuspruch erzielt. Die Planzahlen zur Leistung des Museums werden im Hinblick auf die Sonderausstellungen erfüllt: Im ersten Halbjahr lief „Amerika“, ab November „Cool Japan. Trend und Tradition“.

Besuche Kommunalkino Bremen:

Die Leistungskennzahlen Besuche beim Kommunalkino Bremen e. V. konnten gesteigert werden, unterschreiten aber geringfügig den Planwert. Die erfolgreichen Programmangebote des 4. Quartals haben das Minus aus dem 3. Quartal nicht ausgleichen können, da die Filmangebote zur „Cool Japan“-Ausstellung des Überseemuseums und die Werkschau mit 5 Filmen des Regisseurs Denis Villeneuve hinter den Zuschauererwartungen zurückblieben.

Besuche Bürgerhäuser:

Die Besuchszahlen der Bürgerhäuser liegen im Jahr 2017 mit 8 % positiv über dem Plan. Ursächlich hierfür sind Steigerungen in allen Bereichen, d.h. sowohl bei den Gruppen und Kursen, dem offenen Bereich und den Veranstaltungen.

Besuche Kultur- und Veranstaltungszentren:

In der Kennzahl Besuche Kultur- und Veranstaltungszentren werden die Besuchszahlen des Kulturzentrums Lagerhaus, Kulturzentrums Schlachthof und Kulturbüros Bremen-Nord erfasst. Alle drei Einrichtungen konnten die geplanten Besuchszahlen erreicht bzw. überschreiten.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 14 / 2017
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.03.2018

PRODUKTPLAN 24 Hochschulen und For- schung	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
	Land		
	Nicht ge- fährdet	gefährdet	
	Finanzen:	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	
	Personal:	<input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	
	Nicht gefährdet	gefährdet	
Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

Kommentar: nicht erforderlich**Finanzdaten**

Das Budget wird eingehalten.

Das Jahresergebnis 2017 weist im Saldo aus Einnahmen und Ausgaben eine rechnerische Haushaltsverbesserung i. H. v. 10,545 Mio. € aus. Diese Haushaltsverbesserung resultiert überwiegend aus:

- einer zusätzlichen Einnahme-Verrechnung aus der Abrechnung von EFRE-Projekten der Förderperiode 2007-2013
- der Verschiebung von Ausgaben für EFRE-Projekte
- der Neuveranschlagung des Anschlages für die DSM Sanierung in den Folgejahren
- der Nichtinanspruchnahme von Resten und Rücklagen aus den Vorjahren.

Der zulässige Finanzierungssaldo wurde unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen um 5,681 Mio. € unterschritten.

Das Ressort beantragt im Rahmen des Jahresabschlusses für die Auflösung des Verlustvortrages die Verwendung einer zusätzlichen Einnahme-Verrechnung i. H. v. 0,776 Mio. € aus der Abrechnung von EFRE-Projekten der Förderperiode 2007-2013.

Personaldaten

Die Personalzielzahl wird überschritten, die Mehrausgaben sind aus anderen Aggregaten ausgeglichen worden.

Aus heutiger Sicht und der Erfahrung der vergangenen Jahre wird eine Überschreitung der Zielzahlen auch für das Jahr 2018 erwartet. Ob wieder ein Ausgleich aus anderen Aggregaten möglich sein wird ist aus heutiger Sicht nicht zu beurteilen.




Leistungsdaten

Die Kennzahlen werden bis auf „Studienanfänger im 1. HS“ mit sehr geringen Abweichungen eingehalten. Die strategischen Ziele werden erreicht.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Die Hochschulen werden entsprechende (Marketing-) Strategien entwickeln, um wieder mehr Studienanfänger im 1. HS zu gewinnen.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Hochschulen und Forschung						Controlling 14/17 09.07.2018			
Verantwortlich: Sen. Quante-Brandt						Version: 92		Seite 1	
Einhaltung Finanzdaten: 		Einhaltung Personaldaten: 		Einhaltung strategische Ziele: 					
1. Ressourceneinsatz									
Kamerale Finanzdaten	14. Monat 2017					Jahresplanung 2017			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	63.090	66.645	-3.555	-5,3	62.939	62.939	63.087	148	66.645
Investive Einnahmen	31.639	33.746	-2.107	-6,2	31.775	31.774	31.638	-136	33.746
Relevante Verrech./Erstatt.	808	33	775	2.349,4	33	33	809	776	33
- Land, Stadtgem. u. intern	776	0	776	0,0	0	0	776	776	0
- von Bremerhaven	33	33	-0	-1,3	33	33	33	0	33
Gesamteinnahmen	95.537	100.424	-4.887	-4,9	94.746	94.746	95.534	788	100.424
Personalausgaben	2.874	2.894	-20	-0,7	2.894	2.894	2.874	-20	2.390
Sonst. kons. Ausgaben	364.388	365.248	-860	-0,2	366.608	366.607	364.386	-2.221	365.245
Zinsausgaben	556	556	0	0,0	556	556	556	0	556
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	65.650	70.649	-4.999	-7,1	73.165	73.166	65.650	-7.516	70.648
Relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
- Land, Stadtgem. u. intern	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
- an Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	433.469	439.347	-5.878	-1,3	443.223	443.223	433.466	-9.757	438.839
Saldo	-337.932	-338.923	991	-0,3	-348.477	-348.477	-337.932	10.545	-338.414
valutierende Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.		
	2017	2018	2019	2020	2021ff				
	Tsd. EUR					Tsd. EUR			
- konsumtiv	189	1.452	875	709	132	3.612	0		
- investiv	4	28.143	22.683	18.915	15.840				
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0				
Personaldaten	14. Monat 2017			kumuliert Januar - 14. Monat 2017			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	-26	21	-47	2.528	2.533	-5	2.528	2.533	-5
Temporäre Personalmittel	0	0	0	66	61	5	66	61	5
TPM - Flüchtl.	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	-26	21	-47	2.594	2.594	0	2.594	2.594	0
Refinanzierte	0	0	0	197	216	-19	197	216	-19
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	-19	19	84	84	0	84	84	0
Insgesamt	-26	2	-28	2.875	2.894	-19	2.875	2.894	-19
dar.: Beihilfe /Nachvers.	0	-19	19	37	37	0	37	37	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich	36,4	33,8	2,6	36,7	34,2	2,5	36,7	34,2	2,5
Temporäre Personalmittel	1,0	1,0	0,0	1,0	1,0	0,0	1,0	1,0	0,0
TPM - Flüchtl.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme	37,4	34,8	2,6	37,7	35,2	2,5	37,7	35,2	2,5
Refinanzierte	2,0	-	-	2,8	-	-	2,8	-	-
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	39,4	-	-	40,5	-	-	40,5	-	-
nachr. znt. Beschäftg.Pool	1,0	-	-	0,2	-	-	0,2	-	-
nachr. znt. Pool.Flüchtl.	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Summe einges. Personal	40,4	-	-	40,7	-	-	40,7	-	-
nachr.: Abwesende	0,9	-	-	0,6	-	-	0,6	-	-
Personalstruktur	Dez 2017	2017	2016						
	Ist	Planwert	Ist						
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	%								
Beschäftigte bis 35 Jahre	4,4	22,5	4,4						
Beschäftigte über 55 Jahre	33,3	17,5	33,3						
Frauenquote	73,3	50,0	71,1						
Teilzeitquote	31,1	35,0	35,6						
Schwerbehindertenquote	4,0	6,0	4,0						

2. strategische Ziele / Kennzahlen / Mengengerüste

Gegenstand der Nachweisung	Januar - Dezember 2017		Ist-Planwert-Abweichung ³		2017 Planwert
	Ist	Planwert	abs.	%	
Wirkungen					
Studienanfänger/-innen 1. HS [PRS]	5.345,000	5.760,000	-415,000	-7,2	5.760,000
Leistungen					
Absolventen [PRS]	5.472,000	5.440,000	32,000	0,6	5.440,000
Promotionen [PRS]	317,000	320,000	-3,000	-0,9	320,000
Sanierte Nettogrundfläche in qm [M2]	7.951,000	7.951,000	0,000	0,0	7.951,000
Geplante Drittmittel der Brem. Institute [TEU]	30.144	27.500	2.644	9,6	27.500
Qualität					
Studierende in RSZ zu Gesamtstudierende [%]	74,40	76,00	-1,60	-	76,00
Erfolgsquote (AbsolventInnen) [%]	83,20	83,80	-0,60	-	83,80
Drittmittelausgaben zu Gesamtausgaben [%]	26,75	26,00	0,75	-	26,00

³Bei Einheit "%" im Ist bzw. Planwert ist die Abweichung in Prozentpunkten dargestellt

3. Analyse/Bewertung

3.1 Kamerale Finanzdaten

3.1.1 Erlöse aus Vermögensveräußerungen
keine

3.1.2 Weitere Anmerkungen

A) Das Budget wird eingehalten bzw. unterschritten.

Die Unterschreitung beträgt im Saldo 10.545 TEUR und ist überwiegend zurückzuführen auf

- eine zusätzliche Einnahme-Verrechnung von 776 TEUR aus Abrechnung von EFRE-Projekten der vergangenen Förderperiode, die zur Auflösung des Verlustvortrages zu verwenden ist
- der Verschiebung von Ausgaben für EFRE-Projekte (2.980 TEUR)
- einen nicht zur Verfügung stehenden Anschlag für das DSM /Sanierung (2.264 TEUR, Neuveranschlagung in den Folgejahren)
- ca. 4.450 TEUR Reste und Rücklagen aus den Vorjahren.

B) Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo beträgt im Anschlag 338.414 TEUR. Mit Ist-Ausgaben in Höhe von 337.932 TEUR und unter Berücksichtigung der Budgetveränderungen von 5.198,7 TEUR wird der Finanzierungssaldo um 5.681,7 (mit Verrechnungen) bzw. 4.905,7 TEUR (ohne Verrechnungen) unterschritten.

C) Die Planwertabweichungen ergeben im Saldo eine Unterschreitung von 991 TEUR. Die Unterschreitung wird durch die o.a. Budgetveränderungen (Nachbewilligungen in den PPL 24) erheblich reduziert.

Die Unterschreitung ist auf die unter A) genannten Gründen (ohne Reste/Rücklagen) zurückzuführen.
Die Mindereinnahmen wurden durch entsprechende Minderausgaben ausgeglichen (BAföG, Bundesmittel WGL-Institute).

3.2 Personaldaten

Das Budget wird eingehalten.

3.3 Leistungsdaten

Bis auf die Kennzahl "Studienanfänger im 1. HS" werden alle Planzahlen mit sehr geringen Abweichungen eingehalten. Damit werden die strategischen Ziele

- Stabilisierung der Absolventenzahl auf dem derzeit erreichten Niveau
- Zurverfügungstellung einer hohen Zahl von Studienanfängerplätzen, Beteiligung am Hochschulpakt 2020
- hohe Qualität von Lehre und Studium durch Aufbau hochschulinterner Qualitätssicherungssysteme
- Effektive Ausbildung von Studierenden
- Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses
- Stabilisierung des Drittmittelniveaus der Hochschulen
- Erhalt und Erneuerung der Hochschulgebäude für exzellente Lehre und Forschung
- Stabilisierung des Drittmittelniveaus der Bremer Forschungsinstitute
- Erfüllung des Wissenschaftsplans

erreicht.

Um wieder mehr Studienanfänger im 1.HS zu gewinnen, werden die Hochschulen entsprechende (Marketing-)Strategien entwickeln.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 14 / 2017
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.03.2018

PRODUKTPLAN 31 Arbeit	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung			
	Land		Stadt	
	Nicht gefährdet	gefährdet	Nicht gefährdet	gefährdet
Finanzen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Nicht gefährdet		gefährdet	
Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	

Kommentar: nicht erforderlich**Finanzdaten****Vorbemerkung:**

Das tatsächliche Haushaltssoll im Bereich der konsumtiven Einnahmen sowie der konsumtiven Ausgaben weicht geringfügig (i. H. v. 0,411 Mio. € hierbei handelt es sich um Mindereinnahmen im Bereich der Kriegsoferfürsorge) vom vorläufigen Haushaltssoll ab. Im Rahmen der Abrechnung der Produktplanhaushalte für das Jahr 2017 wurden Mindereinnahmen in Höhe von 0,411 Mio. € durch Streichung der Mehreinnahmen im PPL 11 auf Grundlage des Beschlusses des Haushalts- und Finanzausschusses vom 15. September 2017 rechnerisch gestrichen. Die Kommentierung bezieht sich auf die IST- und HH-Ergebnisse des 14 Monats.

Budget:

Das Ressort erzielt zum Jahresende eine Budgetunterschreitung in Höhe von 24,153 Mio. € (Land: 24,136 Mio. €, Stadt: 0,016 Mio. €). Diese setzt sich i.W. wie folgt zusammen:

- Mehreinnahmen in Höhe von rd. 8,5 Mio. € für das Programm EFRE 2007 – 2013
- Mindereinnahmen in Höhe von 6,0 Mio. € für das Programm ESF 2014 – 2020
- Konsumtive Minderausgaben in Höhe von rd. 17,7 Mio. €, bei denen es sich um Haushaltsreste ohne Liquidität handelt
- Konsumtive Ausgaben im Rahmen des Programms ESF 2014 – 2020 blieben mit rd. 0,6 Mio. € unterhalb des Anschlags.
- Im Rahmen des Programms „Ausbildungsgarantie“ kam es 2017 zu konsumtiven Minderausgaben in Höhe von rd. 1,6 Mio. €
- Für das Programm „LAZLO“ wurden rd. 1,1 Mio. € weniger verausgabt. Das liegt unter anderem an der schwierigen Akquisition von privaten und öffentlichen Arbeitgebern, bei denen langzeitarbeitslose Menschen eingestellt werden können
- Im Rahmen des Integrationskonzeptes kam es zu Minderausgaben in Höhe von rd. 0,1 Mio. €
- Die prognostizierten Mehrbedarfe für die Opferentschädigung wurden nicht benötigt somit sind Minderausgaben in Höhe von rd. 0,3 Mio. € entstanden
- Für die Ausgleichabgabe wurden rd. 0,5 Mio. € weniger verausgabt

Finanzierungssaldo:

Unter der Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlagerungen in Höhe von 1,712 Mio. € wird der zulässige Finanzierungssaldo um 6,455 Mio. € unterschritten.

Entwicklung der Verlustvorträge:

Bezeichnung	Anfangsbestand 217	Veränderung 14/2017	Anfangsbestand 2018
EU-Förderphase 2007-2013 ESF	-24.347,9	756,5	-23.591,5
EU-Förderphase 2007-2013 EFRE	-9.268,1	9268,1	0,0
EU Förderphase 2014-2020 ESF	-15.420,4	-6.002,7	-21.423,1

Personaldaten

Die Personalausgaben und die Personalzielzahl werden eingehalten. Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Personalhaushaltes 2018 zu erwarten.

Leistungsdaten

Die Leistungsdaten wurden erreicht. Bei der Leistungskennzahl „beratene Menschen“ wurde der Planwert in Höhe von 1.246 Personen bzw. um 11,4 % übertroffen. Gemessen an den Leistungskennzahlen wird das strategische Ziel „Armutsbekämpfung“ erreicht.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Kein Handlungsbedarf.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Arbeit					Controlling 14/17 09.07.2018				
Verantwortlich: Senator Günthner					Version: 92		Seite 1		
Einhaltung Finanzdaten:		Einhaltung Personaldaten:			Einhaltung strategische Ziele:				
1. Ressourceneinsatz									
Kamerale Finanzdaten	14. Monat 2017					Jahresplanung 2017			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	13.133	17.291	-4.158	-24,0	19.816	19.122	13.132	-5.990	17.291
Investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Relevante Verrech./Erstatt.	8.566	0	8.566	0,0	0	0	8.566	8.566	0
- Land, Stadtgem. u. intern	8.566	0	8.566	0,0	0	0	8.566	8.566	0
- von Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	21.699	17.291	4.408	25,5	19.816	19.122	21.698	2.576	17.291
Personalausgaben	8.905	8.980	-75	-0,8	8.979	8.979	8.905	-74	7.812
Sonst. kons. Ausgaben	30.007	30.974	-967	-3,1	52.152	51.870	30.007	-21.863	30.975
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	446	1.549	-1.103	-71,2	497	496	446	-50	1.549
Relevante Verrech./Erstatt.	647	4	643	16.074,0	647	648	648	0	4
- Land, Stadtgem. u. intern	559	0	559	0,0	559	560	560	0	0
- an Bremerhaven	88	4	84	2.108,0	88	88	88	0	4
Gesamtausgaben	40.004	41.507	-1.503	-3,6	62.275	61.993	40.006	-21.987	40.340
Saldo	-18.306	-24.216	5.910	-24,4	-42.459	-42.871	-18.308	24.563	-23.049
valutierende Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.		
	2017	2018	2019	2020	2021ff			Tsd. EUR	
- konsumtiv	8.346	10.126	4.871	1.491	535	66	45.015		
- investiv	0	0	0	0	0				
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0				
Personaldaten	14. Monat 2017			kumuliert Januar - 14. Monat 2017			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	-32	32	8.000	8.072	-72	8.000	8.072	-72
Temporäre Personalmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtl.	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	-32	32	8.000	8.072	-72	8.000	8.072	-72
Refinanzierte	0	0	0	812	812	0	812	812	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	4	-4	94	96	-2	94	96	-2
Insgesamt	0	-28	28	8.906	8.980	-74	8.906	8.980	-74
dar.: Beihilfe /Nachvers.	0	4	-4	91	91	0	91	91	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	133,5	138,8	-5,3	134,8	139,8	-5,0	134,8	139,8	-5,0
Temporäre Personalmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TPM - Flüchtl.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme	133,5	138,8	-5,3	134,8	139,8	-5,0	134,8	139,8	-5,0
Refinanzierte	12,4	-	-	12,1	-	-	12,1	-	-
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	145,8	-	-	147,0	-	-	147,0	-	-
nachr. znt. Beschäftg.Pool	3,5	-	-	3,6	-	-	3,6	-	-
nachr. znt. Pool.Flüchtl.	1,0	-	-	1,0	-	-	1,0	-	-
Summe einges. Personal	150,3	-	-	151,6	-	-	151,6	-	-
nachr.: Abwesende	10,7	-	-	12,3	-	-	12,3	-	-
Personalstruktur	Dez 2017	2017	2016						
	Ist	Planwert	Ist						
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	%								
Beschäftigte bis 35 Jahre	11,3	22,5	10,4						
Beschäftigte über 55 Jahre	28,8	17,5	30,2						
Frauenquote	70,1	50,0	70,3						
Teilzeitquote	36,7	35,0	39,0						
Schwerbehindertenquote	16,5	6,0	18,1						

2. strategische Ziele / Kennzahlen / Mengengerüste

Gegenstand der Nachweisung	Januar - Dezember 2017		Ist-Planwert-Abweichung ³		2017 Planwert
	Ist	Planwert	abs.	%	
Leistungen					
beratene Menschen [PRS]	12.132,000	10.886,000	1.246,000	11,4	10.886,000
geförderte Menschen [PRS]	2.570,000	2.421,000	149,000	6,2	2.421,000
Qualität					
beratene Menschen, davon Frauen [%]	62,00	55,00	7,00	-	55,00
geförderte Menschen, davon Frauen [%]	40,00	46,00	-6,00	-	46,00
beratene Menschen, davon Migranten [%]	61,00	41,00	20,00	-	41,00
geförderte Menschen, davon Migranten [%]	49,00	38,00	11,00	-	38,00

³Bei Einheit "%" im Ist bzw. Planwert ist die Abweichung in Prozentpunkten dargestellt

3. Analyse/Bewertung

3.1 Kamerale Finanzdaten

Ist-Planwertabweichungen

Die für den Berichtszeitraum ausgewiesenen Ist-Planwertabweichungen ergeben sich aus unterjährigen Veränderungen gegenüber den Anschlägen. Die nachstehenden Erläuterungen beziehen sich jeweils auf die Jahresplanung.

Einnahmen

Zum Jahresende sind Mehreinnahmen in Höhe von rd. 2,6 Mio. Euro entstanden, vgl. Tabelle 1. Ressourceneinsatz (Abweichung Gesamteinnahmen).

Diese setzen sich aus folgenden Sachverhalten zusammen:

ESF 2014-2020 rd. - 6,0 Mio. Euro Mindereinnahme

EFRE 2007-2013 rd. + 8,5 Mio. Euro Mehreinnahme

Diese Abweichungen werden im Folgenden näher erläutert:

Für den ESF 2014-2020 wurden Einnahmen in Höhe von rd. 6,5 Mio. Euro veranschlagt. In diesem Jahr wurden allerdings nur rd. 0,5 Mio. Euro eingenommen. Grund hierfür ist, dass für das aktuelle ESF-OP erst nach Abschluss der sog. Designierungsprüfung ein Zahlungsantrag gegenüber der KOM gestellt werden kann; dies erfolgte im letzten Quartal des Jahres 2017. Mit der Überweisung wird im ersten Quartal 2018 gerechnet.

Für den EFRE 2007-2013 ist in diesem Jahr eine Einnahme der Europäischen Kommission zugunsten des Produktplans 71 eingegangen. Dem PPL 31 steht aus dieser Einnahme ein Betrag von rd. 8,5 Mio. Euro zu, der zwischenzeitlich überwiesen

wurde.

Darüber hinaus wurde im Rahmen des Jahresabschlusses eine entstandene Mindereinnahme im Bereich der Kriegsofopferfürsorge in Höhe von 0,4 Mio. Euro ausgeglichen.

Grund hierfür ist größtenteils das stetig sinkende Rentenniveau und damit einhergehende sinkende Einnahmen durch Rentenüberleitungen, die zur Deckung der Unterbringungskosten in Heimen herangezogen werden können

Personalausgaben

Der Personalhaushalt des Produktplanes 31 Arbeit weist zum Jahresende 2017 insgesamt Minderausgaben in Höhe von 0,074 Mio. Euro aus:

- Minderausgaben im Kernbereich der Produktgruppe 31.02.01 (Amt für Versorgung und Integration) in Höhe von 0,072 Mio. Euro (Ausgleich von Personalmehrausgaben der Produktgruppe 31.01.01 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm erfolgte nach der Beschlussfassung der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 15.11.2017)
- Minderausgaben im Bereich Nebentitel in Höhe von 0,002 Mio. Euro

Ausgaben

Zum Jahresende sind Minderausgaben in Höhe von rd. 22 Mio. Euro entstanden, vgl. Tabelle 1. Ressourceneinsatz (Abweichung Gesamtausgaben).

Diese setzen sich aus folgenden Sachverhalten zusammen:

Personalausgaben rd. - 0,1 Mio. Euro
 Reste ohne Liquidität rd. -17,7 Mio. Euro
 ESF 2014-2020 rd. - 0,6 Mio. Euro
 Ausbildungsgarantie rd. - 1,6 Mio. Euro
 LAZLO rd. - 1,1 Mio. Euro
 Integrationskonzept rd. - 0,1 Mio. Euro
 Ausgleichsabgabe rd. - 0,5 Mio. Euro
 Opferentschädigungsgesetz rd. - 0,3 Mio. Euro

Diese Abweichungen werden im Folgenden näher erläutert:

Insgesamt stehen dem PPL 31 Reste in Höhe von rd. 17,7 Mio. Euro zur Verfügung. Diese Reste sind nicht mit Liquidität hinterlegt und werden in 2017 nicht benötigt. Allerdings werden im Rahmen des Jahresabschlusses entstandene Reste für die abgeschlossenen Programme ESF 2007-2013 und EFRE 2007-2013 in Höhe von rd. 1,4 Mio. Euro genutzt, um die bestehenden Verlustvorträge zu reduzieren.

Für das Programm ESF 2014-2020 wurden in 2017 Programmmittel von 6 Mio. Euro veranschlagt. Die Ausgabe lag 0,6 Mio. Euro unterhalb des Anschlags. Dies ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen, vor allem darauf, dass keine neuen Programme gestartet wurden. Ab 2018 werden acht neue Programme gestartet, so dass eine planmäßige ESF-Umsetzung erfolgen kann.

Für das Programm „Ausbildungsgarantie“ wurden in diesem Jahr rd. 2,4 Mio. Euro verausgabt. Dem gegenüber steht ein Haushaltsanschlag von 4 Mio. Euro. Die Förderungen von Ausbildungen sind mehrjährig, wodurch sich bei der Umsetzung der Ausbildungsgarantie naturgemäß eine zeitliche Verschiebung des Mittelabflusses ergibt.

Für das Programm „Perspektive Arbeit: Öffentlich geförderte Beschäftigung für 500 Langzeitarbeitslose im Land Bremen (LAZLO)“ wurden 5 Mio. Euro veranschlagt. Im Jahr 2017 gelingt es nicht die zusätzlichen aus dem Jahr 2016 geschobenen Mittel (rd. 1,9 Mio. Euro) neben dem Anschlag für 2017 auszuzahlen. Insgesamt wurden rd. 3,9 Mio. Euro ausgezahlt. Das liegt u.a. an der schwierigen Akquisition von privaten und öffentlichen Arbeitgebern, bei denen langzeitarbeitslose Menschen eingestellt werden können.

Die Mittel für Projekte im Rahmen des Integrationskonzeptes konnten bis Jahresende fachpolitisch sinnvoll nicht in voller Höhe umgesetzt werden. Es wurden bis zur Jahreshälfte 2017 ausgewählte Förderungen begonnen, für die bis zu rd. 0,1 Mio. Euro bis Jahresende benötigt werden. Damit entstehen Reste in Höhe von rd. 0,1 Mio. Euro. Sofern die restlichen Mittel des Jahres 2017 für die begonnenen Projekte im Folgejahr eingesetzt werden könnten, wäre das fachpolitisch sinnvoll.

Im Bereich der Ausgleichsabgabe erfolgt in diesem Jahr eine Rücklagenzuführung in Höhe von rd. 0,5 Mio. Euro. Grund hierfür sind verschobene Mittelabrufe beim Inklusionsprojekt Geschmackslabor sowie nicht abgerufene Mittel beim Arbeitsmarktprogramm plus (AMP).

Im Bereich des Opferentschädigungsgesetzes (OEG) wurde ein Mehrbedarf in Höhe von rd. 0,9 Mio. Euro erwartet. Dieser resultiert in erster Linie aus einer gestiegenen Kostenintensität von Rentenfällen sowie daraus resultierenden steigenden Kosten für Pauschalzahlungen an die Krankenkassen. Diese Pauschalen werden jährlich auf Grundlage des Vorjahres an die Krankenkassen abgegolten (§§ 19, 20 Bundesversorgungsgesetz (BVG), § 1 Abs.13 OEG). Mit dieser Pauschale sind Aufwendungen an rentenberechtigte Beschädigte und Hinterbliebene, wie z. B. ärztliche Behandlungen, Krankenhausbehandlung, Arzneimittel usw. abgegolten, zu denen das AVIB bei einer Anerkennung einer Gewalttat verpflichtet ist (vgl. § 10 ff BVG.). Ein Ausgleich erfolgte durch Mehreinnahmen. Der ermittelte Mehrbedarf wurde nicht vollständig in 2017 verausgabt, so dass Reste in

Höhe von rd. 0,3 Mio. Euro entstanden sind.

Produktplanbezogener Finanzierungssaldo

Veranschlagt wurde ein Finanzierungssaldo in Höhe von rd. 23 Mio. Euro, vgl. Tabelle 1. Ressourceneinsatz (Anschlag, Saldo).

Folgende Veränderungen haben sich im Haushaltsvollzug ergeben:

Rd. + 0,5 Mio. Euro Nachbewilligung für das Integrationskonzept

Rd. + 1,4 Mio. Euro Mehrbedarf für Opferentschädigungsgesetz und Kriegsofopferfürsorge

Rd. + 0,3 Mio. Euro Nachbewilligungen für den Personalhaushalt

Rd. - 0,1 Mio. Euro Nachbewilligung zugunsten SKB aus der Ausbildungsgarantie

Rd. - 2,1 Mio. Euro Veränderung insgesamt

Rd. -25,1 Mio. Euro neuer Finanzierungssaldo

Im Vergleich zum Jahresergebnis in Höhe von rd. 18,3 Mio. Euro (vgl. Tabelle 1. Ressourceneinsatz (vorauss. Ist, Saldo)) ergibt sich eine Unterschreitung des Finanzierungssaldos von rd. 6,8 Mio. Euro.

Größtenteils begründet sich dies durch rd. 8,5 Mio. Euro Mehreinnahmen für das Programm EFRE 2007-2013 sowie rd. 6,0 Mio. Euro Mindereinnahmen für das Programm ESF 2014-2020.

Für das Programm ESF 2014-2020 wurden rd. 0,6 Mio. Euro veranschlagte Mittel nicht verausgabt, für das Programm Ausbildungsgarantie rd. 1,6 Mio. Euro und für das Programm LAZLO waren es rd. 1,1 Mio. Euro.

Die Mittel des Integrationskonzeptes konnten in diesem Jahr nicht vollständig verausgabt werden. Es entstehen Reste in Höhe von rd. 0,1 Mio. Euro.

Darüber hinaus werden die prognostizierten Mehrbedarfe für die Opferentschädigung nicht vollständig benötigt. Es sind Minderausgaben von rd. 0,3 Mio. Euro entstanden.

Die Ausgaben der Ausgleichsabgabe fließen nicht im prognostizierten Umfang ab, daher erfolgt eine Zuführung an die Sonderrücklage in Höhe von rd. 0,5 Mio. Euro.

Die Abweichungen wurden bereits im Bereich Einnahmen und Ausgaben näher erläutert (s.o.), weshalb an dieser Stelle darauf verzichtet wird.

Sonderrücklagen/Verlustvorträge

Im Produktplan 31 gibt es drei Sonderrücklagen, wobei die beiden Sonderrücklagen der Kriegsofopferfürsorge (Land und Stadt) zurzeit keinen nennenswerten Bestand aufweisen.

Die Sonderrücklage "Ausgleichsabgabe" wies einen Betrag von rd. 5,6 Mio. Euro aus. Mit der Rücklagenzuführung in Höhe von rd. 0,5 Mio. Euro beträgt die Sonderrücklage zum Jahresabschluss rd. 6,1 Mio. Euro.

Die allgemeine Budgetrücklage weist einen Bestand von rd. 0,07 Mio. Euro aus.

Im Produktplan 31 wurden für die EU-Programme ESF 2007-2013, EFRE 2007-2013 sowie ESF 2014-2020 Verlustvorträge gebildet. Insgesamt belief sich die Höhe der Verlustvorträge vor dem Jahresabschluss auf rd. 49 Mio. Euro und wurde im Rahmen des Abschlusses auf rd. 45 Mio. Euro reduziert. Im Folgenden wird auf die betreffenden Verlustvorträge eingegangen.

Der Verlustvortrag für das ESF-Programm 2007-2013 belief sich auf rd. 24,3 Mio. Euro. Dieser hat sich durch die Auflösung der entstandenen Haushaltsreste in Höhe von rd. 0,7 Mio. Euro auf rd. 23,6 Mio. Euro reduziert.

Der Verlustvortrag für das EFRE-Programm 2007-2013 von rd. 9,3 Mio. Euro wurde in diesem Jahr vollständig aufgelöst. Einerseits durch die Einnahme der EU-Kommission in Höhe von rd. 8,6 Mio. Euro sowie andererseits durch Auflösung entstandener Haushaltsreste in Höhe von rd. 0,7 Mio. Euro.

Für das ESF-Programm 2014-2020 entstand eine Mindereinnahme von rd. 6 Mio. Euro. Der Verlustvortrag hat sich dadurch von rd. 15,4 Mio. Euro auf rd. 21,4 Mio. Euro erhöht.

3.1.1 Erlöse aus Vermögensveräußerungen

3.1.2 Weitere Anmerkungen

3.2 Personaldaten

3.3 Leistungsdaten

Die Programmumsetzung erfolgt auf Produktplanebene insgesamt planungsgemäß. Es werden etwas mehr Menschen mit Migrationshintergrund und bei den geförderten Menschen etwas weniger Frauen erreicht als geplant.

Die konsequente Programmausrichtung auf Armutsbekämpfung zeigt in der Umsetzung Wirkung, sodass eine Umsteuerung gegenüber dem BAP/ESF-Programm 2007 bis 2013 gelungen ist. Dies zeigt sich an den einzelnen Programmen im BAP; die durch den zusätzlichen Einsatz von Landesmitteln durch die Senatsprogramme „Perspektive Arbeit“ und Ausbildungsgarantie neben den Mitteln des Europäischen Sozialfonds die Armutsbekämpfungsstrategie noch verstärken.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 14 / 2017
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.03.2018

PRODUKTPLAN 41 Soziales, Jugend	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung				
		Land		Stadt	
		Nicht gefährdet	gefährdet	Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Nicht gefährdet		gefährdet	
Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		

Kommentar: nicht erforderlich**Finanzdaten**

Das Jahresergebnis 2017 weist im Saldo aus Mehreinnahmen und Minderausgaben eine Budgetunterschreitung in Höhe von rd. 122,543 Mio. € aus (Land: 69,43 Mio. €, Stadt: 53,11 Mio. €). Der zulässige Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlagerungen (-27,281 Mio. €) um rd. 125,092 Mio. € unterschritten (Land: 69,40 Mio. €, Stadt: 55,69 Mio. €).

Sozialleistungen

Bei den Sozialleistungseinnahmen liegt das Einnahmeergebnis 2017 i. H. v. 333,1 Mio. € mit rd. 77,8 Mio. € über dem Anschlag (255,3 Mio. €) und mit rd. 55,7 Mio. € über dem Budget (Haushaltssoll 277,4 Mio. €). Die positive Einnahmeentwicklung ist i. W. auf den Bereich Flüchtlinge zurückzuführen (+ 54,6 Mio. € gegenüber den Anschlägen, davon rd. 47,9 Mio. € Mehreinnahmen im Bereich UMA u.a. durch den pauschalen Belastungsausgleich unter den Ländern/überörtl. Trägern). Im Bereich der übrigen Sozialleistungen sind Mehreinnahmen gegenüber den Anschlägen i. H. v. 23,2 Mio. € erzielt worden (insbesondere: + 15,7 Mio. € Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft).

Das Ergebnis bei den Sozialleistungsausgaben 2017 i. H. v. 1.020,2 Mio. € liegt mit rd. 62,1 Mio. € unter dem Anschlag (1.082,3 Mio. €) und mit rd. 63,0 Mio. € unter dem Budget (Haushaltssoll 1.083,2 Mio. €). Die positive Ausgabenentwicklung ist i. W. auf den Bereich Flüchtlinge zurückzuführen: In diesem Bereich liegen die Ausgaben rd. 43,6 Mio. € unter den Anschlägen.

Zur allgemeinen Entwicklung der Sozialleistungen sowie bzgl. weiterführender Darstellungen wird auf den Bericht Sozialleistungen, Stand Gesamtjahr 2017, verwiesen.

Außerhalb von Sozialleistungen

Die Budgets der konsumtiven Einnahmen und Ausgaben wurden eingehalten.

Bei den Investitionen für Flüchtlinge sind letztlich Mittel i. H. v. 26,7 Mio. € in 2017 abgeflossen (Anschlag: 51,5 Mio. €, Haushaltssoll: 29,5 Mio. €); somit ergeben sich Minderausgaben gegenüber dem Anschlag i. H. v. 24,8 Mio. € bzw. i. H. v. 2,8 Mio. € gegenüber dem Budget.

Im Rahmen des Jahresabschlusses wurden Ausgabereste in Höhe von rd. 0,805 Mio. € übertragen und ein Betrag in Höhe von 0,008 Mio. € wurde der investiven Rücklage zugeführt. Beide Beträge sind zweckgebunden. In Höhe von 119,720 Mio. € bei den Sozialleistungen sowie in Höhe von 3,592 Mio. € außerhalb der Sozialleistungen waren Mittel im Rahmen des Jahresabschlusses zu streichen.

Personaldaten

Die Personalausgaben und die Personalzielzahl bzw. die Sollvorgaben bei den temporären Personalmitteln werden unterschritten.

Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Personalhaushaltes 2018 zu erwarten.




Leistungsdaten

Die strategischen Ziele des Produktplans werden unter Berücksichtigung der Leistungsdaten nach Einschätzung des Fachressorts i. W. eingehalten. Deutliche Abweichungen zwischen Plan- und Ist-Werten bestehen allerdings insbesondere bei den Kennzahlen „Flüchtlinge“, die noch unter dem Eindruck der Entwicklung 2015/16 gebildet wurden. So weist z.B. die Kennzahl „Personen im Versorgungssystem“ (Asyl) eine Planwertunterschreitung i. H. v. 53,1 % auf (6.623 Personen statt 14.108 Personen). Die Personenzahl ist rückläufig, da zum einen die Zugänge seit ca. Mitte 2016 zurückgehen und zum anderen der Abgang in das Hilfesystem SGB II stark ansteigt. Zur näheren Beschreibung der Entwicklung von Leistungen und Kennzahlen bei den Sozialleistungen wird im Detail auf den Bericht Sozialleistungen, Stand Gesamtjahr 2017, verwiesen.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Kein Handlungsbedarf.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Jugend und Soziales						Controlling 14/17 09.07.2018			
Verantwortlich: Sen. Stahmann						Version: 92		Seite 1	
Einhaltung Finanzdaten: 		Einhaltung Personaldaten: 		Einhaltung strategische Ziele: 					
1. Ressourceneinsatz									
Kamerale Finanzdaten	14. Monat 2017					Jahresplanung 2017			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll		vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	361.154	275.994	85.160	30,9	305.441	305.441	361.156	55.715	275.992
Investive Einnahmen	1.703	0	1.703	0,0	1.703	1.703	1.703	0	0
Relevante Verrech./Erstatt.	422.014	417.591	4.423	1,1	435.538	435.539	422.015	-13.524	417.591
- Land, Stadtgem. u. intern	421.758	417.328	4.430	1,1	435.275	435.276	421.759	-13.517	417.328
- von Bremerhaven	256	263	-7	-2,5	263	263	256	-7	263
Gesamteinnahmen	784.871	693.585	91.286	13,2	742.682	742.683	784.874	42.191	693.583
Personalausgaben	65.262	66.117	-855	-1,3	66.117	66.117	65.262	-855	61.219
Sonst. kons. Ausgaben	978.064	1.033.575	-55.511	-5,4	1.036.115	1.036.116	978.063	-58.053	1.033.576
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	32.059	55.230	-23.171	-42,0	35.097	35.098	32.059	-3.039	55.230
Relevante Verrech./Erstatt.	527.357	513.802	13.555	2,6	545.767	545.766	527.356	-18.410	513.801
- Land, Stadtgem. u. intern	436.863	424.621	12.242	2,9	449.709	449.710	436.863	-12.847	424.620
- an Bremerhaven	90.494	89.181	1.313	1,5	96.058	96.056	90.493	-5.563	89.181
Gesamtausgaben	1.602.741	1.668.724	-65.983	-4,0	1.683.095	1.683.097	1.602.740	-80.357	1.663.826
Saldo	-817.870	-975.139	157.269	-16,1	-940.413	-940.414	-817.866	122.548	-970.243
valutierende Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.		
	2017	2018	2019	2020	2021ff			Tsd. EUR	
- konsumtiv	3.763	12.240	9.930	9.865	57.085	8	0		
- investiv	6.630	0	0	0	0				
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0				
Personaldaten	14. Monat 2017			kumuliert Januar - 14. Monat 2017			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	-454	454	41.953	42.287	-334	41.953	42.287	-334
Temporäre Personalmittel	0	-350	350	1.745	1.775	-30	1.745	1.775	-30
TPM - Flüchtl.	0	802	-802	811	811	0	811	811	0
Flexibilisierungsmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	-2	2	44.509	44.873	-364	44.509	44.873	-364
Refinanzierte	0	134	-134	19.930	20.399	-469	19.930	20.399	-469
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	-286	286	822	845	-23	822	845	-23
Insgesamt	0	-154	154	65.261	66.117	-856	65.261	66.117	-856
dar.: Beihilfe /Nachvers.	0	-242	242	502	502	0	502	502	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	696,0	719,3	-23,3	705,2	724,6	-19,4	705,2	724,6	-19,4
Temporäre Personalmittel	31,9	36,1	-4,2	29,6	36,1	-6,5	29,6	36,1	-6,5
TPM - Flüchtl.	13,0	0,0	13,0	13,5	0,0	13,5	13,5	0,0	13,5
Flexibilisierungsmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme	740,9	755,4	-14,5	748,3	760,7	-12,4	748,3	760,7	-12,4
Refinanzierte	403,3	-	-	390,4	-	-	390,4	-	-
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	1.144,2	-	-	1.138,7	-	-	1.138,7	-	-
nachr. znt. Beschäftg.Pool	12,9	-	-	7,3	-	-	7,3	-	-
nachr. znt. Pool.Flüchtl.	207,7	-	-	223,4	-	-	223,4	-	-
Summe einges. Personal	1.364,7	-	-	1.369,4	-	-	1.369,4	-	-
nachr.: Abwesende	87,3	-	-	88,3	-	-	88,3	-	-
Personalstruktur	Dez 2017	2017	2016						
	Ist	Planwert	Ist						
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	%								
Beschäftigte bis 35 Jahre	19,7	22,5	19,4						
Beschäftigte über 55 Jahre	27,5	17,5	29,5						
Frauenquote	68,8	50,0	69,0						
Teilzeitquote	36,0	35,0	34,2						
Schwerbehindertenquote	9,7	6,0	9,7						

2. strategische Ziele / Kennzahlen / Mengengerüste

Gegenstand der Nachweisung	Januar - Dezember 2017		Ist-Planwert-Abweichung ³		2017
	Ist	Planwert	abs.	%	Planwert
Wirkungen					
HZE-Quotient [ST]	1,497	1,400	0,097	6,9	1,400
Quote LB Tafö/ Werkstätten außerhalb [%]	60,38	65,30	-4,92	-	65,30
Ant. Übergangspflege an der Inobhutnahme [%]	43,18	48,00	-4,82	-	48,00
Quote LB Wohnen ambul. / stat. [%]	32,74	22,60	10,14	-	22,60
Quote LB Tafö/ Werkstätten [%]	25,38	25,40	-0,02	-	25,40
Quote LB Wohnen ambul. / stat. außerhalb [%]	11,22	5,40	5,82	-	5,40
Quote LB Tafö/ Werkstätten innerhalb [%]	19,62	18,20	1,42	-	18,20
Quote LB Wohnen ambul. / stat. innerhalb [%]	41,54	30,60	10,94	-	30,60
Leistungen					
Fälle Vollzeitpflege [PRS]	569,000	583,000	-14,000	-2,4	583,000
Anz. Personen HLU Kap. 3 SGB XII a.v.E. [PRS]	1.415,000	1.700,000	-285,000	-16,8	1.700,000
Hilfe in Einrichtungen [PRS]	926,000	1.016,000	-90,000	-8,9	1.016,000
Anz. Personen GSIAE Kap. 4 SGB XII a.v.E. [PRS]	10.962,000	12.650,000	-1.688,000	-13,3	12.650,000
Krankenhilfeberechtigte SGB XII Land [PRS]	1.343,000	1.450,000	-107,000	-7,4	1.450,000
Zahl der Leistungsfälle nach SGB II [ST]	42.071,000	41.455,000	616,000	1,5	41.455,000
Leistungsempfänger/-innen BuT gesamt [PRS]	14.126,000	16.000,000	-1.874,000	-11,7	16.000,000
Personen im Versorgungssystem [PRS]	6.623,000	14.108,000	-7.485,000	-53,1	14.108,000
Zahl LB Tafö Land [PRS]	605,000	587,000	18,000	3,1	587,000
Zahl LB amb. Wohnen u. stat. Wohnen Land [PRS]	2.117,000	1.714,000	403,000	23,5	1.714,000
Zahl LB Werkstätten Land [PRS]	1.683,000	1.726,000	-43,000	-2,5	1.726,000
Anzahl Personen mit Pflegeleistungen [PRS]	4.052,000	4.650,000	-598,000	-12,9	4.650,000
Qualität					
amb. Quote HzP HB [%]	36,67	38,00	-1,33	-	38,00
amb. Quote HzP BHV [%]	29,47	34,10	-4,63	-	34,10

³Bei Einheit "%" im Ist bzw. Planwert ist die Abweichung in Prozentpunkten dargestellt

3. Analyse/Bewertung**3.1 Sozialleistungen im PPL 41:****3.1.1 Einnahmen (konsumtiv inkl. Zahlungen von Bremerhaven):****Übrige Sozialleistungen (üSL):**

Schon im unterjährigen Verlauf des Jahres 2017 war mit deutlichen Mehreinnahmen gerechnet worden. Letztlich sind 23,2 Mio. Euro ggü. dem Anschlag realisiert worden.

Maßgebliche Punkte: Neben zusätzlichen Einnahmen (i.W. durch die nicht veranschlagte Sonderbeteiligung des Bundes an der KdU für Flüchtlinge) von rd. 15,7 Mio. Euro in der Produktgruppe 41.05.04 entstanden diese im Produktbereich 41.01., Jugend (ohne UMA), i.H.v. rd. 6,9 Mio. Euro durch verschiedene Effekte.

Die im Zuge der UVG-Reform erwarteten Mehreinnahmen vom Bund sind nur in geringem Umfang realisiert worden, da auch die entsprechenden Ausgaben bisher nicht in dem Maße entstanden sind. Mit einem merklichen Einnahmen- und Ausgabenanstieg wird nun in 2018 gerechnet.

Alle übrigen Einnahmen liegen im Bereich normaler Schwankungen. Die Einnahmen üSL liegen 17,3% über dem Vorjahr.

Flüchtlinge:

Die Einnahmen im Bereich Flüchtlinge liegen mit 54,6 Mio. Euro über den Anschlägen.

Maßgeblicher Grund sind die im Bereich 41.01, UMA, durch Mehreinnahmen von Ländern/überörtl. Trägern und sonstige Einnahmen entstandenen Mehreinnahmen von rd. 47,9 Mio. Euro ggü. Anschlag. Im Zuge der Beendigung des Erstattungsverfahrens nach § 89 d SGB VIII haben die Länder einen nachgängigen Belastungsausgleich vereinbart, aus dem das Land Bremen als überörtlicher Jugendhilfeträger in 2017 insgesamt rd. 51,8 Mio. Euro erhalten hat. Ursprünglich waren in 2017

nur rd. 19,8 Mio. Euro veranschlagt worden. Dazu kommen noch u.a. nachgehende Mehreinnahmen aus der ausgelaufenen Erstattung nach § 89 d SGB VIII i.H.v. rd. 9,6 Mio. Euro, die unter maßgeblicher Regie des Ressortprojektes "Forderungsmanagements" entstanden sind. Diese Einnahmen fallen allerdings zukünftig weg. Rückflüsse (Haushaltsentlastungen) aus der Rückzahlung von Abschlägen (aus Vorjahren) sind mit einem Volumen von rd. 11,3 Mio. Euro in 2017 enthalten, durch Einnahmen als auch durch Verrechnungen im Ausgabebereich. Die Erwartungen hier lagen ursprünglich nur bei 5 Mio. Euro.

Neben dem Bereich UMA stiegen aber auch die Einnahmen im Bereich Asyl deutlich an, wesentlicher Grund sind steigende lfd. Einnahmen durch Nutzungsgebühren für Wohnraum in den Einrichtungen.

Die Einnahmen Flüchtlinge liegen rd. 352,5% über dem Vorjahr.

Zusammenfassung Einnahmen:

Das Einnahmeergebnis 2017 i.H.v. 333,1 Mio. Euro liegt mit rd. 77,8 Mio. Euro über dem Anschlag (255,3 Mio. Euro) und mit rd. 55,7 Mio. Euro über dem Budget (Haushaltssoll 277,4 Mio. Euro inkl. Einnahmeverfügungsmittel und anderer Sollveränderungen).

Die Schätzung von rd. 62 Mio. Euro wurde damit i. W. eingehalten. Die günstige Einnahmenentwicklung entstand zum größeren Teil im Bereich Flüchtlinge.

3.1.2 Ausgaben (konsumtiv inkl. Zahlungen an Bremerhaven):

Übrige Sozialleistungen (üSL):

Ggü. dem Anschlag bestehen Minderausgaben von im Saldo rd. 18,5 Mio. Euro. Auch die Schätzung wurde unterschritten. Die Budgets insgesamt wurden eingehalten. In den einzelnen Produktgruppen gestaltet sich dieses jedoch unterschiedlich: Die Struktur der Ausgaben ist ähnlich wie in 2016. Insbesondere stiegen die Ausgaben in bestimmten Bereichen der Hilfen für Jugendliche und Kinder (Frühförderungen, Leistungen für behinderte Kinder, Assistenz in Schule) eher stark an, während in anderen Bereichen, vornehmlich im SGB XII, die Ausgaben eher stagnierten.

Die eingeschätzten Mehrausgaben durch die UVG-Reform sind nur in einem sehr geringen Umfang in 2017 eingetreten.

Gleichwohl ist mit deutlichen Mehrausgaben zu rechnen, der nun in 2018 erwartet werden. U.a. durch den steigenden Zugang von Flüchtlingen in das SGB II steigen dort die Ausgaben an.

In 2017 wurde ein Anschlagsvolumen von rd. 9,1 Mio. Euro, Aufgabengebiet Kindertagespflege, an die Senatorin für Kinder und Bildung per Nachbewilligung verlagert und dort verausgabt.

Die Ausgaben üSL insgesamt liegen unbereinigt rd. 2,6% über dem Vorjahr. Bereinigt um den Verlagerungseffekt Kindertagespflege liegen die Ausgaben rd. 3,9% über dem Vorjahr.

Flüchtlinge:

Die Ausgaben liegen rd. 43,6 Mio. Euro unter den Anschlägen. Im Zuge des in den vergangenen Jahren ansteigenden Zugangs von Flüchtlingen haben in 2016 die Ausgaben ihren Höhepunkt erreicht. Seit Mitte 2016 stagnieren jedoch die Zugänge bzw. gehen zurück. Diese Umstände dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass aufgrund der hohen Bestandszahlen (und weiterer - wenn auch geringerer Zugänge) die Ausgaben auch weiterhin deutlich höher ausfallen werden, als noch in den Jahren vor 2016/2017. Insgesamt gesehen sind aber die Ausgaben in 2017 - wie 2016 schon erwartet worden war - aber ggü. 2016 rückläufig.

Die Ausgaben UMA sind 2017 ggü. 2016 im Ganzen gesehen stabil bzw. nur minimal rückläufig. Die maßgeblichen Gründe sind neben den lfd. Zahlungen Nachzahlungen, mehr Leistungen für Bestandsfälle, geringere Abgänge sowie der Umstand, dass nun grds. alle Bestandsfälle auch Kostenfälle sind. Mit einem schrittweisen Rückgang kann erst in den nächsten Jahren aufgrund der altersmäßigen Entwicklungen gerechnet werden.

Die Gründe für die Entwicklung im Asylbereich liegen in den geringeren Zugängen, den Übergängen in das SGB II sowie in der Stabilisierung des Betriebes des Versorgungs- und Unterbringungssystem für Flüchtlinge. Die rechn. Ausgaben pro Person und Monat im Versorgungs- und Unterbringungssystem stiegen in 2016 ggü. 2015 (gut 1.000 Euro) auf knapp 1.400 Euro. 2017 betragen sie gut 1.300 Euro.

Die Ausgaben Flüchtlinge insgesamt liegen rd. 22,1% unter dem Vorjahr. Sie gehen damit schneller und stärker zurück als noch Mitte d. J. erwartet wurde.

Zusammenfassung Ausgaben:

Das Ausgabeergebnis 2017 i.H.v. 1020,2 Mio. Euro liegt mit rd. 62,1 Mio. Euro unter dem Anschlag (1.082,3 Mio. Euro) und mit rd. 63,0 Mio. Euro unter dem Budget (Haushaltssoll 1.083,2 Mio. Euro inkl. Einnahmeverfügungsmittel und anderer Sollveränderungen).

Die Schätzung von rd. 52 Mio. Euro wurde damit noch verbessert. Die günstige Ausgabenentwicklung entstand zum größeren Teil im Bereich Flüchtlinge.

3.1.3 Zusammenfassung Sozialleistungen (konsumtiv inkl. Finanzbez. mit Bremerhaven):

Wie auch 2016 kann auch das Haushaltsjahr 2017 im Rahmen der Budgets abgeschlossen werden. Für das budgetmäßige Jahresergebnis sind neben den Anschlägen auch einzelfallbezogene Nachbewilligungen, Verlagerungen an andere Produktpläne

(im Zuge von Aufgabenverlagerungen), Effekte durch Einnahmeverfügungsmittel sowie ggf. die (haushaltsneutralen) Mehr- und Minderbedarfe der innerbremischen Verrechnungen zu berücksichtigen. Wie in den Vorjahren sind im Rahmen der allgemeinen Ermächtigungen die Haushalte der Sozialleistungen L+G durch die Senatorin Finanzen im Bestandsbudget der Sozialleistungen ausgeglichen worden.

Insgesamt gesehen liegt 2017 eine Haushaltsverbesserung aus Mehreinnahmen und Minderausgaben von rd. 118,7 Mio. Euro vor.

Die noch im Jahresverlauf eingeschätzte Haushaltsverbesserung von zuletzt rd. 114 Mio. Euro wurde damit noch übertroffen. Die Budgets enthalten jedoch bereits eine durch die Senatorin für Finanzen im Rahmen des Lösungskonzeptes abgeschöpfte konsumtive Haushaltsverbesserung i.H.v. 13 Mio. Euro. Diese eingerechnet beträgt die Haushaltsverbesserung sogar rd. 131,7 Mio. Euro.

3.1.4 Bericht Sozialleistungen:

Zur allgemeinen Entwicklung der Sozialleistungen sowie bzgl. weiterführender Darstellung wird auf den Bericht Sozialleistungen, Stand Gesamtjahr 2017, verwiesen, der als Anlage zu diesem Bericht vorgelegt wird. Dazu gehört auch die nähere Beschreibung der Entwicklung von Leistungen und Kennzahlen.

3.1.5 Risikovorsorgen und Sperren:

Die Sperren im Bereich der Sozialleistungen wurden am 03.11.2017 durch den Haushalts- und Finanzausschuss aufgehoben. Im investiven Bereich wurden keine weiteren Sperren aufgehoben, da kein Bedarf bestand.

3.2 Außerhalb Sozialleistungen:

3.2.1 Konsumtive Einnahmen und Ausgaben:

Die Budgets wurden eingehalten. Über die originären Fach-Budgets des Ressorts sind nachbewilligte Mittel für das 3. Sofortprogramm und das Integrationsbudget im Produktplan und zweckentsprechend verausgabt worden.

3.2.2 Investitionen (Einnahmen und Ausgaben):

Die Budgets wurden eingehalten.

Bei den Investitionen für Flüchtlinge sind letztlich Mittel von 26,7 Mio. Euro abgeflossen. Gegenüber dem möglichen maximalen Gesamt-Budget "Investitionen Flüchtlinge" in Höhe von rechnerisch zuletzt rd. 68 Mio. Euro inkl. aller noch gesperrten Mittel u.a. kommt es daher zu Minderausgaben in Höhe von rd. 41,3 Mio. Euro. Nach Abzug der Liquidität für die aus 2016 übertragenen investiven Rücklagen reduziert sich jedoch der Betrag auf rd. 26,3 Mio. Euro. Im Zuge des Lösungskonzeptes sind seitens der Senatorin für Finanzen Budgets i.H.v. rd. 17 Mio. Euro eingespart und Sperren i.H.v. rd. 21,5 Mio. Euro nicht aufgehoben worden. Letztlich verbleiben nicht verausgabte Mittel i.H.v. 2,8 Mio. Euro.

3.2.3 Verrechnungen und Erstattungen:

Die Abweichungen bei den Verrechnungen und Erstattungen beruhen u.a. auf zweckgebundenen Zahlungen i. W. des Bauressorts (WIN, Soziale Stadt) u. ä., die nicht im Anschlag hinterlegt waren. Diese Abweichungen sind haushaltsneutral.

3.3 Personalhaushalt und -daten:

Der Abschluss des Jahres 2017 ergibt eine Budgetunterschreitung in Höhe von rd. 855 Tsd. Euro sowie im Jahresdurchschnitt eine Zielzahlunterschreitung von 12,4 VZE. Diese Unterschreitung ist darauf zurückzuführen, dass es trotz verstärkter Bemühungen des Ressorts leider nicht gelungen ist, das Personal für den Sozialdienst Junge Menschen im gewünschten Umfang einzustellen. Das Ressort strebt an, im Jahr 2018 die Personalbedarfe zu decken.

3.4 Formale Feststellungen zum Produktplan:

Der vorgegebene Finanzierungsaldo wird deutlich unterschritten. Gem. einer Gegenüberstellung des ISTs und des Anschlags unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlagerungen (rd. -27,3 Mio. €) beläuft sich die berechnete Unterschreitung zum Ende des 14. Monats auf rd. 125,1 Mio. Euro.

Die strategischen Ziele zur Aufgabenwahrnehmung des Produktplans werden unter Berücksichtigung der Leistungsdaten i. W. eingehalten. Deutliche Abweichungen zwischen Plan- und Ist-Werten bestehen allerdings insbesondere bei den Kennzahlen „Flüchtlinge“, die noch unter dem Eindruck der Entwicklung 2015/16 gebildet wurden. So weist z.B. die Kennzahl „Personen im Versorgungssystem“ (Asyl) eine Planwertunterschreitung i.H.v. 53,1 % auf (6.623 Personen statt 14.108 Personen). Die Personenzahl ist rückläufig, da zum einen die Zugänge seit ca. Mitte 2016 zurückgehen und zum anderen der Abgang in das Hilfesystem SGB II stark ansteigt. Zur näheren Beschreibung der Entwicklung von Leistungen und Kennzahlen bei den Sozialleistungen wird im Detail auf den Bericht Sozialleistungen, Stand Gesamtjahr 2017, verwiesen.

Im Jahresabschluss der Haushalte sind zweckgebundene Mittel von rd. 0,81 Mio. Euro zur Übertragung vorgeschlagen worden.

3.5 Gesamtbetrachtung:

Die Budgets werden eingehalten bzw. unterschritten.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 14 / 2017
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.03.2018

PRODUKTPLAN 51 Gesundheit	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung				
		Land		Stadt	
		Nicht gefährdet	gefährdet	Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Nicht gefährdet		gefährdet	
Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		

Kommentar: nicht erforderlich**Finanzdaten**

Zum Jahresende ergibt sich eine Budgetunterschreitung in Höhe von 9,33 Mio. € (Land: 8,83 Mio. €, Stadtgemeinde: 0,50 Mio. €).

Die Budgetunterschreitung ergibt sich aus

- Konsumtiven Mindereinnahmen i.H.v. 0,82 Mio. € beim LMTVet und im Bereich der Grenzkontrollstelle.
- Personalminderausgaben i.H.v. 0,88 Mio. €, begründet durch Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Fachpersonal
- Konsumtiven Minderausgaben i.H.v. 0,79 Mio. €
- Investiven Minderausgaben i.H. 8,47 Mio. €. Vom Bundesversicherungsamt wurden für den Krankenhausstrukturfonds zweckgebundene Mittel i.H.v. 4,74 Mio. € vereinnahmt, die als Einnahmeverfüngungsmittel auf die Ausgabeseite übergeleitet wurden. Da die Zahlungen nach Baufortschritt erfolgen, sich die Umsetzung des Förderprojektes (Gesamt volumen von 9,75 €) jedoch zeitlich verschoben hat, konnten weder diese Mittel, noch die Komplementär mittel i.H.v. 5,0 Mio. € in voller Höhe abfließen. Es wurde lediglich ein Teil i.H.v. 1,464 Mio. € verausgabt. Im Rahmen des Jahresabschlusses wurden für diese Maßnahme 8,28 Mio. € der investiven Rücklage zugeführt.

Der Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlagerungen i.H.v. 2,3 Mio. € um rd. 8,5 Mio. € unterschritten. Diese Unterschreitungen ergibt sich aus den bei der Budgeteinhaltung dargestellten Entwicklungen ohne Einbeziehung der lediglich im Soll zur Verfügung stehenden Reste aus dem Vorjahr i.H.v. 0,8 Mio. €.

Im Rahmen des Jahresabschlusses wurden 0,66 Mio. Euro an Ausgaberesten übertragen und 8,45 Mio. € der investiven Budgetrücklage zugeführt.

Personaldaten

Die Personalausgaben und die Personalzielzahl werden erheblich unterschritten. Als Grund für diese Unterschreitung gibt das Ressort Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Fachpersonal an.

Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Personalhaushaltes 2018 zu erwarten.

Leistungsdaten




Die strategischen Ziele des Produktplans sind unter Berücksichtigung der Leistungsdaten nach Darstellung des Ressorts erreicht worden.

Die Leistungskennzahl der Kontrollen in der amtlichen Lebensmittelüberwachung weist eine Planwertunterschreitung von 21,8 % auf. Das Ressort führt hierzu aus, dass unbesetzte Kontrolleurstellen ursächlich waren. Diese seien aber mittlerweile besetzt worden, sodass das Ressort davon ausgeht, dass die Planwerte bei dieser Kennzahl in 2018 erreicht werden.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Kein Handlungsbedarf.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: 51 Gesundheit und Verbraucherschutz						Controlling 14/17 09.07.2018			
Verantwortlich: Sen. Quante-Brandt						Version: 92		Seite 1	
Einhaltung Finanzdaten: 		Einhaltung Personaldaten: 		Einhaltung strategische Ziele: 					
1. Ressourceneinsatz									
Kamerale Finanzdaten	14. Monat 2017					Jahresplanung 2017			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	10.668	11.237	-569	-5,1	11.490	11.491	10.668	-823	11.237
Investive Einnahmen	4.739	0	4.739	0,0	4.739	4.739	4.739	0	0
Relevante Verrech./Erstatt.	3.265	2.378	887	37,3	3.265	3.265	3.265	0	2.378
- Land, Stadtgem. u. intern	2.142	1.255	887	70,7	2.142	2.142	2.142	0	1.255
- von Bremerhaven	1.123	1.123	0	0,0	1.123	1.123	1.123	0	1.123
Gesamteinnahmen	18.673	13.615	5.058	37,2	19.495	19.495	18.672	-823	13.615
Personalausgaben	24.203	25.084	-881	-3,5	25.084	25.084	24.203	-881	24.887
Sonst. kons. Ausgaben	17.694	16.215	1.479	9,1	18.489	18.489	17.695	-794	16.214
Zinsausgaben	122	122	-0	-0,3	122	122	122	0	122
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	38.328	44.904	-6.576	-14,6	46.798	46.799	38.329	-8.470	44.904
Relevante Verrech./Erstatt.	1.150	1.146	4	0,3	1.154	1.154	1.150	-4	1.146
- Land, Stadtgem. u. intern	1.087	1.088	-1	-0,1	1.091	1.091	1.087	-4	1.088
- an Bremerhaven	63	58	5	8,9	63	63	63	0	58
Gesamtausgaben	81.497	87.471	-5.974	-6,8	91.646	91.648	81.499	-10.149	87.273
Saldo	-62.823	-73.856	11.033	-14,9	-72.151	-72.153	-62.827	9.326	-73.658
valutierende Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.		
	2017	2018	2019	2020	2021ff			Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	10.084	0		
- investiv	0	737	737	737	4.302				
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	110	98	86	268				
Personaldaten	14. Monat 2017			kumuliert Januar - 14. Monat 2017			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	26	-22	48	17.581	18.106	-525	17.581	18.106	-525
Temporäre Personalmittel	0	29	-29	659	662	-3	659	662	-3
TPM - Flüchtl.	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	26	7	19	18.240	18.768	-528	18.240	18.768	-528
Refinanzierte	0	460	-460	3.932	4.209	-277	3.932	4.209	-277
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	-684	684	2.031	2.107	-76	2.031	2.107	-76
Insgesamt	26	-217	243	24.203	25.084	-881	24.203	25.084	-881
dar.: Beihilfe /Nachvers.	0	-167	167	111	111	0	111	111	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	256,6	280,8	-24,2	265,3	283,2	-17,9	265,3	283,2	-17,9
Temporäre Personalmittel	10,8	11,8	-1,0	11,2	11,8	-0,6	11,2	11,8	-0,6
TPM - Flüchtl.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme	267,4	292,6	-25,2	276,5	295,0	-18,5	276,5	295,0	-18,5
Refinanzierte	68,6	-	-	67,7	-	-	67,7	-	-
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	336,0	-	-	344,2	-	-	344,2	-	-
nachr. znt. Beschäftg.Pool	6,9	-	-	7,1	-	-	7,1	-	-
nachr. znt. Pool.Flüchtl.	11,6	-	-	13,8	-	-	13,8	-	-
Summe einges. Personal	354,5	-	-	365,1	-	-	365,1	-	-
nachr.: Abwesende	20,9	-	-	18,5	-	-	18,5	-	-
Personalstruktur	Dez 2017	2017	2016						
	Ist	Planwert	Ist						
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	%								
Beschäftigte bis 35 Jahre	7,3	22,5	8,8						
Beschäftigte über 55 Jahre	32,2	17,5	29,9						
Frauenquote	68,2	50,0	68,0						
Teilzeitquote	42,4	35,0	40,6						
Schwerbehindertenquote	8,9	6,0	9,1						

2. strategische Ziele / Kennzahlen / Mengengerüste

Gegenstand der Nachweisung	Januar - Dezember 2017		Ist-Planwert-Abweichung ³		2017 Planwert
	Ist	Planwert	abs.	%	
Leistungen					
Kontrollen i. d. amtl. Lebensm.-überw. [ST]	6.254,000	8.000,000	-1.746,000	-21,8	8.000,000
Planbetten im Land Bremen gesamt [ST]	5.577,000	5.574,000	3,000	0,1	5.574,000
Casemixpunkte GeNo EHG [ST]	124.064,000	124.423,000	-359,000	-0,3	124.423,000

³Bei Einheit "%" im Ist bzw. Planwert ist die Abweichung in Prozentpunkten dargestellt

3. Analyse/Bewertung

3.1 Kamerale Finanzdaten

Der Produktplan Gesundheit schließt mit einem positiven Jahresergebnis in Höhe von 9.326 Tsd. Euro ab. Es handelt sich hier überwiegend um investive Minderausgaben im Produktbereich 51.03-Sicherstellung der Krankenhausversorgung- für den Krankenhausstrukturfonds. Darin enthalten sind auch die zweckgebundenen Einnahmen vom Bundesversicherungsamt in Höhe von 4.739 Tsd. Euro. Die Umsetzung des Förderprojektes am Klinikum Mitte hat sich zeitlich verschoben, so dass von der bewilligten Förderung in Höhe von insgesamt 9.479 Tsd. Euro in 2017 lediglich eine Zahlung in Höhe von 1.464 Tsd. Euro abfließen konnte. Die restlichen Mittel aus dem Krankenhausstrukturfonds in Höhe von 8.276 Tsd. Euro werden in 2018/2019 benötigt. Für die Inanspruchnahme dieser Mittel ist eine Bereitstellung der Liquidität erforderlich.

Konsumtive Einnahmen:

Das Budget wird um 823 Tsd. Euro unterschritten. Es handelt sich hier überwiegend um Mindereinnahmen beim LMTVet, die aufgrund der Insolvenz beim Schlachtbetrieb Bremen verursacht wurden. Zusätzlich sind Mindereinnahmen im Bereich der Grenzkontrollstelle bedingt durch die rückläufigen Einfuhrkontrollen von Fisch und Fleisch entstanden.

Investive Einnahmen:

Der Planwert wird um 4.739 Tsd. Euro überschritten. Es handelt sich hier um Einnahmen vom Bundesversicherungsamt für den Krankenhausstrukturfonds. Sie sind zweckbestimmt für das Förderprojekt am Eltern-Kind-Zentrum an Klinikum Bremen-Mitte.

Konsumtive Ausgaben:

Der Planwert wird um 1.739 Tsd. Euro überschritten. Die Mehrausgaben sind überwiegend beim Gesundheitsamt entstanden und resultieren aus nicht veranschlagten Ausgaben, die im Zusammenhang mit der Flüchtlingsbetreuung entstanden sind. Die

Finanzierung erfolgte überwiegend über Erstattung durch PPL 41 Soziales sowie über Nachbewilligung aus dem Integrationsbudget.

Das Jahresbudget schließt mit Minderausgaben in Höhe von 794 Tsd. Euro ab, die teilweise zum Ausgleich der Mindereinnahmen herangezogen werden.

Investive Ausgaben:

Der Planwert wird um 6.576 Tsd. Euro unterschritten. Die Abweichung resultiert z.T. aus der Mittelverlagerung in Höhe von 3.000 Tsd. Euro zur Gesundheit Nord gGmbH zwecks Kapitalerhöhung zur Unterstützung von baulichen Sanierungsmaßnahmen am Klinikum Bremen-Ost. Außerdem konnten die Komplementärmittel für den Krankenhausstrukturfonds in Höhe von 5.000 Tsd. Euro nicht in voller Höhe abfließen. Es konnte lediglich eine Zahlung in Höhe von 1.464 Tsd. Euro geleistet werden, da sie nach Baufortschritt erfolgen.

Das Jahresbudget schließt mit einer Unterschreitung von insgesamt 8.470 Tsd. Euro ab. Darin sind auch die zweckgebundenen Einnahmen für den Krankenhausstrukturfonds in Höhe von 4.739 Tsd. Euro enthalten. Die restlichen investiven Mittel werden in 2018/2019 je nach Baufortschritt benötigt.

Einhaltung des Finanzierungssaldos:

Unter Berücksichtigung des Jahres-IST beläuft sich der Finanzierungssaldo auf -62.799 Tsd. Euro.

Der vorgegebene Finanzierungssaldo in Höhe von -71.336 Tsd. Euro wird somit um 8.537 Tsd. Euro unterschritten.

3.1.1 Erlöse aus Vermögensveräußerungen

3.1.2 Weitere Anmerkungen

3.2 Personaldaten

Der Produktplan Gesundheit konnte in 2017 mit Personalminderausgaben von rd. 881 Tsd. Euro positiv abgeschlossen werden. Die Minderausgaben resultieren im Wesentlichen aus der jahresdurchschnittlichen Unterschreitung der Beschäftigungszielzahlen von rd. 18,5 VZE (Kernbereich einschl. temporärer Personalmittel). Die Zielzahlunterschreitung ergibt sich u. a. durch Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Fachpersonal.

3.3 Leistungsdaten

Kontrollen in der amtl. Lebensmittelüberwachung:

Aufgrund diverser Personalengpässe war es nicht möglich, die Sollzahlen zu erreichen. Außerdem macht der zunehmende Fokus auf die Risikoorientierung die Kontrollen aufwändiger. Hierdurch sind weniger Kontrollen pro Tag und Kontrolleur durchführbar. Die Entlastung der Lebensmittelkontrolleure bei den Planprobennahmen müsste sich 2018 positiv auf die Ist-Zahlen bei den Kontrollen auswirken, daher ist der Planwert für 2018 nicht angepasst worden.

Casemixpunkte GeNo EHG (ohne IV):

Die Planzahlen wurden anhand der Mittelfristplanung angegeben. Diese decken sich jedoch nicht mit der Wirtschaftsplanung für 2017. Deshalb ist ein Vergleich der Abweichungen mit den Managementreports, die vierteljährlich erstellt werden, nicht möglich. Geplant waren 128.103 CMP für das Jahr 2017. Zum Wirtschaftsplan 2017 besteht eine Abweichung von -4.039 CMP. Wesentliche Ursache waren 4 Fachabteilungen, die ihre geplanten Ziele aus verschiedenen Gründen erheblich verfehlt haben. Außerdem war die Planung der CMP sehr ambitioniert.

4 Strategische Ziele

Die Anzahl der Planbetten im Land Bremen ist konstant geblieben, die Förderung nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz wurde sogar noch leicht ausgeweitet (darin enthalten sind die Mittel aus dem Krankenhausstrukturfond für das Klinikum Bremen-Mitte). Die strategischen Ziele der Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen stationären Versorgung und der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Krankenhäuser sind damit in 2017 konsequent verfolgt und erreicht worden. Die strategischen Ziele des Schutzes der Verbraucherinnen und Verbraucher und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind ebenfalls in 2017 erreicht worden, so zum Beispiel durch die Ausweitung der Überwachung von Apotheken und Herstellern, die stabilen Zahlen der Hausbesuche von Familienhebammen und der ambulanten Drogen und Suchtkrankenhilfe. Lediglich die Zahl der Kontrollen in der amtlichen Lebensmittelüberwachung hat aufgrund aufwändigerer Kontrollen abgenommen, da pro Kontrolleur weniger Kontrollen durchführbar sind.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 14 / 2017
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.03.2018

PRODUKTPLAN 68 Umwelt, Bau, Verkehr	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung				
		Land		Stadt	
		Nicht gefährdet	gefährdet	Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Nicht gefährdet		gefährdet	
Leistungen:	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		

Kommentar: nicht erforderlich**Finanzdaten****Budget**

Das Ressort unterschreitet sein Budget zum Jahresschluss um rd. 67,4 Mio. € (Land: rd. 42,4 Mio. € Stadtgemeinde: rd. 25,0 Mio. €).

Dies resultiert zum einen aus Mehreinnahmen in Höhe von rd. 6,9 Mio. € (u. a. aus vermehrten Verwaltungsgebühren (rd. 1,9 Mio. €) und Einnahmen aus Drittmittelprojekten (1,3 Mio. € sowie rd. 4,5 Mio. € aus der Schlussrechnung der EFRE Förderphase 2007-2013.) sowie aus Minderausgaben in Höhe von rd. 60,5 Mio. €, die überwiegend Reste der Vorjahre beinhalten. .

Das Ressort beabsichtigt 2017 im Rahmen der Abrechnung des Produktplanes 68 u.a. folgende Beträge in das Haushaltsjahr 2018 zu übertragen (L und S) in Mio. €:

Allgemeine Budgetrücklage	2,4
Ausgabereste	31,5
Investive Rücklage	35,8

Finanzierungssaldo (L und S)

Der Finanzierungssaldo hat sich wie folgt entwickelt (Mio. € und gerundet):

Anschlag	232,4
Saldo Veränderungen (u.a. produktplanübergreifend)	2,3
Finanzierungssaldo	234,7
Voraus. IST	-238,6
Überschreitung des Finanzierungssaldos	-3,9

Bei der rechnerischen Überschreitung (3,9 Mio. €) sind weitere 4,5 Mio. € hinzuzurechnen, die von dem Ressort zum Ausgleich des Verlustvortrages für das EFRE-Programm 2007-2013 heranzuziehen waren und dem Ressort somit liquiditätsmäßig nicht zur Verfügung standen. Demnach beläuft sich die Überschreitung des Finanzierungssaldos auf 8,4 Mio. €.

Diese resultiert aus der Inanspruchnahme von investiven Resten im Zusammenhang mit der Rückführung des in 2016 erbrachten Sanierungsbeitrages i.H. v. 10 Mio. € für die dem Ressort entsprechende Liquidität zur Verfügung gestellt worden ist. Dies entspricht einer Verbesserung bzw. Unterschreitung des Finanzierungssaldos zum Jahresende in Höhe von 1,6 Mio. €.

Personaldaten

Zum Jahresende unterschreitet das Ressort seine Personalausgaben um rd. 0,4 Mio. €. Die Personalzielzahl wird unterjährig betrachtet geringfügig überschritten.




Leistungsdaten

Das Ressort hat keine Kommentierung der Kennzahlen auf Produktplanebene vorgenommen.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird gebeten sicherzustellen, dass im Produktgruppencontrolling 2018 korrekte Planwerte, Leistungskennzahlen und Ist-Werte zugrunde gelegt werden..

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr					Controlling 14/17 09.07.2018				
Verantwortlich: Senator Dr. Lohse					Version: 92		Seite 1		
Einhaltung Finanzdaten: 		Einhaltung Personaldaten: 			Einhaltung strategische Ziele:				
1. Ressourceneinsatz									
Kamerale Finanzdaten	14. Monat 2017					Jahresplanung 2017			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	47.351	40.901	6.450	15,8	44.848	44.847	47.353	2.506	40.901
Investive Einnahmen	42.619	37.458	5.161	13,8	42.754	42.755	42.620	-135	37.458
Relevante Verrech./Erstatt.	30.815	26.671	4.144	15,5	26.271	26.272	30.816	4.544	26.671
- Land, Stadtgem. u. intern	30.243	26.100	4.143	15,9	25.700	25.700	30.244	4.544	26.100
- von Bremerhaven	572	571	1	0,1	572	572	572	0	571
Gesamteinnahmen	120.785	105.030	15.755	15,0	113.873	113.874	120.789	6.915	105.029
Personalausgaben	51.221	51.636	-415	-0,8	51.636	51.635	51.221	-414	47.902
Sonst. kons. Ausgaben	117.814	118.886	-1.072	-0,9	147.853	147.853	117.813	-30.040	158.227
Zinsausgaben	312	314	-2	-0,6	1.059	1.059	312	-747	314
Tilgungsausgaben	3.195	5.765	-2.570	-44,6	9.504	9.504	3.195	-6.309	5.765
Investive Ausgaben	104.990	84.271	20.719	24,6	127.298	127.296	104.988	-22.308	96.003
Relevante Verrech./Erstatt.	81.587	80.378	1.209	1,5	82.265	82.265	81.587	-678	29.306
- Land, Stadtgem. u. intern	76.728	74.105	2.623	3,5	77.559	77.560	76.728	-832	23.032
- an Bremerhaven	4.860	6.273	-1.413	-22,5	4.706	4.705	4.859	154	6.273
Gesamtausgaben	359.119	341.250	17.869	5,2	419.616	419.612	359.116	-60.496	337.515
Saldo	-238.334	-236.220	-2.114	0,9	-305.743	-305.738	-238.327	67.411	-232.486
valutierende Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.		
	2017	2018	2019	2020	2021ff				
	Tsd. EUR					Tsd. EUR			
- konsumtiv	0	4.052	803	6.327	34.612	31.335	2.144		
- investiv	630	44.857	54.233	56.735	499.097				
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0				
Personaldaten	14. Monat 2017			kumuliert Januar - 14. Monat 2017			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	603	-603	42.769	42.997	-228	42.769	42.997	-228
Temporäre Personalmittel	0	36	-36	348	349	-1	348	349	-1
TPM - Flüchtl.	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	639	-639	43.117	43.346	-229	43.117	43.346	-229
Refinanzierte	0	-485	485	7.355	7.471	-116	7.355	7.471	-116
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	-184	184	754	819	-65	754	819	-65
Insgesamt	0	-30	30	51.226	51.636	-410	51.226	51.636	-410
dar.: Beihilfe /Nachvers.	0	-198	198	546	546	0	546	546	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich	660,2	656,9	3,2	656,5	663,3	-6,8	656,5	663,3	-6,8
Temporäre Personalmittel	6,0	6,0	0,0	5,7	6,0	-0,3	5,7	6,0	-0,3
TPM - Flüchtl.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme	666,2	662,9	3,3	662,2	669,3	-7,1	662,2	669,3	-7,1
Refinanzierte	107,5	-	-	106,4	-	-	106,4	-	-
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	773,7	-	-	768,6	-	-	768,6	-	-
nachr. znt. Beschäftg.Pool	4,5	-	-	4,6	-	-	4,6	-	-
nachr. znt. Pool.Flüchtl.	6,5	-	-	8,4	-	-	8,4	-	-
Summe einges. Personal	784,8	-	-	781,7	-	-	781,7	-	-
nachr.: Abwesende	44,9	-	-	44,6	-	-	44,6	-	-
Personalstruktur	Dez 2017	2017	2016						
	Ist	Planwert	Ist						
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	%								
Beschäftigte bis 35 Jahre	7,3	22,5	6,5						
Beschäftigte über 55 Jahre	32,9	17,5	31,5						
Frauenquote	46,5	50,0	46,7						
Teilzeitquote	28,0	35,0	27,1						
Schwerbehindertenquote	10,1	6,0	10,						

2. strategische Ziele / Kennzahlen / Mengengerüste

Gegenstand der Nachweisung	Januar - Dezember 2017		Ist-Planwert-Abweichung ³		2017 Planwert
	Ist	Planwert	abs.	%	
Wirkungen					
Einwohnerveränderung [ST]	565.976,000	580.463,000	-14.487,000	-2,5	580.463,000
Leistungen					
CO2-Redukt. energiepol.Breitenförderpro. [TO]	45.500,000	100.000,000	-54.500,000	-54,5	100.000,000
Hochwasserschutz Deichlänge [KM]	53	56	-3	-5,4	56
Öffentliche Grünanlagen in % (SV Infra) [%]	3,00	3,00	0,00	-	3,00
Nutzwagenkilometer [KM]	21.560.575	21.804.000	-243.425	-1,1	21.804.000
Personenkilometer BSAG [KM]	227.970.000	523.950.000	-295.980.000	-56,5	523.950.000
Hochwasserschutz [%]	66,00	70,00	-4,00	-	70,00
Öffentliche Grünanlagen pro Einwohner [M2]	18,000	18,000	0,000	0,0	18,000
Platzkilometer [KM]	3.028.576.703	3.114.266.000	-85.689.297	-2,8	3.114.266.000
Straßenbäume [ST]	70.300,000	70.300,000	0,000	0,0	70.300,000

³Bei Einheit "%" im Ist bzw. Planwert ist die Abweichung in Prozentpunkten dargestellt

3. Analyse/Bewertung

Dem Produktplan sind folgende Produktgruppen zugeordnet:

68.01.01 (ÖPNV / Konsumtive Finanzhilfen); 68.01.02 (Öffentliche Verkehrswege / Finanzhilfen)
 68.02.05 (Stadtentwicklung/ -planung, Bauordnung); 68.02.06 (Städtebau / Stadtbau / Wohnungswesen); 68.02.07 (Bauamt
 Bremen-Nord); 68.02.08 (Landesamt für GeoInformation)
 68.03.01 (Umweltwirtschaft/ Energie/ Ressourcen); 68.03.03 (Natur / Wasser); 68.03.04 (Abwasserabgabe,
 Wasserentnahmegebühr)
 68.90.01 (Senatorische Angelegenheiten)

In der Regel entspricht der Planwert dem Anschlag.

Konsumtive Einnahmen:

Diese weisen zum Jahresende eine Mehreinnahme i.H.v rd. EUR 6,5 Mio. zum Planwert aus. Diese resultiert u.a. aus:
 - Erstattungen für Drittmittelprojekte von EUR 1,3 Mio. sowie für das Projekt umweltfreundliche Mobilität von EUR 2,2 Mio.
 - Bau-/Verwaltungsgebühren (1,9 Mio.), Stadtticket (EUR 0,5 Mio. (Weiterleitung an den ZVBN)) und Einnahmen für Viking (rd.
 EUR 0,7 Mio.). Gegenüber Soll beträgt die Mehreinnahme noch EUR 2,5 Mio.

Investive Einnahmen:

Diese weisen zum Jahresende eine Mehreinnahme i.H.v rd. EUR 5,2 Mio. zum Planwert aus. Diese resultiert im Wesentlichen aus
 zusätzlich geflossenen Bundeseinnahmen (ÖPNVG-Mittel und Generalplan Küstenschutz). Das Soll wurde nahezu erreicht.

Verrechnungen/Erstattungen:

Diese weisen zum Jahresende eine Mehreinnahme i.H.v. rd. EUR 4,2 Mio. zum Planwert auf. Diese resultiert im Wesentlichen

aus der Endabrechnung der EFRE-Mitteln für die Periode 2007-2013 durch SWAH, die zum Ausgleich des aufgebauten Verlustvortrages (rd. EUR 4,5 Mio.) eingesetzt werden; dies findet sich auch in der Sollabweichung wieder.

Personalausgaben:

Diese weisen zum Jahresende eine Minderausgabe i.H.v. rd. EUR -0,4 Mio. zum Plan- und HH-Soll auf. Diese resultiert aus zusätzlichen Refinanzierungsmitteln und einem zum Jahresende erforderlichen zusätzlichen Ausgleichs des Stadthaushaltes. Die Zielzahl im Kernbereich von 656,9 wurde im Dezember um 3,3 Stellen überschritten.

Konsumtive Ausgaben:

Die Minderausgabe zum Planwert beträgt rd. EUR 1,1 Mio. aus allen Produktgruppen. Gegenüber dem Soll beträgt die Abweichung rd. EUR 30 Mio., die überwiegend auf Haushaltsreste zurückzuführen sind. Reale Minderausgaben sind u.a. entstanden im Zusammenhang mit dem Einsatz von ÖPNVG-Mitteln bei der Schülerbeförderung (rd. 2 Mio.) sowie Wohngeld (rd. 2 Mio.).

Tilgungsausgaben:

Diese weisen zum Jahresende eine Minderausgabe i.H.v. rd. EUR 2,6 Mio. zum Planwert aus. Diese resultiert aus PG 68.02.06 aufgrund geringerer Tilgungsleistungen.

Investive Ausgaben:

Die Mehrausgabe zum Planwert beträgt rd. EUR 20,7 Mio. Diese resultiert aus allen zugeordneten Produktgruppen. Darin spiegeln sich die Erstattungen von rd. EUR 17 Mio. wider, die als Sanierungsbeiträge in 2016 zur Verfügung gestellt wurden:

- EUR 6 Mio. an das SV Infra
- Generalplan Küstenschutz rd. EUR 4 Mio.
- Cherbourger Str./Baukosten von EUR 3,9 Mio
- A 281 von rd. EUR 3,1 Mio.

Das Haushaltssoll weist dagegen Minderausgaben von EUR 22,3 Mio. aus. Es handelt sich im Wesentlichen um Haushaltsreste und zweckgebundene Drittmittel.

Fazit:

Der IST-Saldo mit EUR -238,6 Mio liegt um rd. EUR 2,4 Mio. höher als der Planwert (EUR -236,7 Mio.). Im Vergleich zum Haushaltssoll fallen die Gesamteinnahmen zum Jahresende beim Ist (rd. EUR 120,9 Mio.) um rd. EUR 6,9 Mio. höher aus als das Haushaltssoll (rd. EUR 114 Mio.). Die Gesamtausgaben fallen beim Ist (rd. EUR 359,5 Mio.) um rd. EUR 60,5 Mio. geringer aus als das Haushaltssoll (rd. EUR 420 Mio.). Im Wesentlichen handelt es sich um Haushaltsreste, die gegenüber dem Vorjahr (rd. EUR 70 Mio.) um rd. EUR 10 Mio. abgebaut wurden.

Finanzierungssaldo:

Das Finanzierungssaldo konnte zum Jahresende eingehalten werden (rd. EUR 1,7 Mio.). Die Sanierungsbeiträge aus 2016 wurden um rd. 17 Mio. EUR (s. investive Ausgaben) sowie EUR 4,6 Mio. konsumtiv zurückgeführt; noch offen aus 2016 sind BSAG/BrePark (5,7 Mio. EUR), Generalplan Küstenschutz (6,6 Mio. EUR), Städtebauförderung (1,9 Mio. EUR) sowie Zuschuss BTE u. Sanierung B75 (0,9 Mio. EUR) .

Die Kommentare zur Bewertung der Leistungskennzahlen stehen in der jeweiligen Produktgruppe.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 14 / 2017
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.03.2018

PRODUKTPLAN 71 Wirtschaft	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung				
		Land		Stadt	
		Nicht gefährdet	gefährdet	Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Nicht gefährdet		gefährdet	
Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		
Kommentar:					
<input type="checkbox"/> nicht erforderlich					
<u>Finanzdaten</u>					
Das Budget (Land) wird eingehalten bzw. um 40,294 Mio. € unterschritten. Das Budget (Stadt) wird eingehalten bzw. um 0,657 Mio. € unterschritten. Das Jahresergebnis 2017 weist im Saldo aus Einnahmen und Ausgaben eine rechnerische Haushaltsverbesserung i. H. v. 40,951 Mio. € aus. Die Verbesserung resultiert aus der nicht Inanspruchnahme der Reste und Rücklagen aus dem Vorjahr. Das Finanzierungssaldo wurde eingehalten.					
<u>Personaldaten</u>					
Die Personalausgaben und die Personalzielzahl werden eingehalten. Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Personalhaushaltes 2018 zu erwarten.					
<u>Leistungsdaten</u>					
Die Leistungsdaten haben sich besser als die planmäßige Prognose zum Jahresende entwickelt.					
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:					
Kein Handlungsbedarf.					

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Wirtschaft		71				Controlling 14/17 09.07.2018			
Verantwortlich:		Senator Günthner				Version: 92		Seite 1	
Einhaltung Finanzdaten:		Einhaltung Personaldaten:		Einhaltung strategische Ziele:					
1. Ressourceneinsatz									
Kamerale Finanzdaten	14. Monat 2017					Jahresplanung 2017			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	11.138	2.055	9.083	442,0	12.690	12.690	11.138	-1.552	2.055
Investive Einnahmen	33.137	16.642	16.495	99,1	23.944	23.944	33.137	9.193	16.642
Relevante Verrech./Erstatt.	37.735	34.747	2.988	8,6	37.735	37.734	37.734	0	34.748
- Land, Stadtgem. u. intern	33.735	30.747	2.988	9,7	33.735	33.734	33.734	0	30.748
- von Bremerhaven	4.000	4.000	0	0,0	4.000	4.000	4.000	0	4.000
Gesamteinnahmen	82.010	53.444	28.566	53,5	74.369	74.368	82.009	7.641	53.444
Personalausgaben	8.946	9.135	-189	-2,1	9.134	9.133	8.945	-188	7.208
Sonst. kons. Ausgaben	33.169	33.165	4	0,0	34.790	34.796	33.175	-1.621	33.164
Zinsausgaben	210	210	-0	-0,1	210	210	210	0	210
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	59.438	55.896	3.542	6,3	90.938	90.938	59.437	-31.501	55.895
Relevante Verrech./Erstatt.	56.326	34.950	21.376	61,2	56.326	56.326	56.326	0	34.950
- Land, Stadtgem. u. intern	46.978	29.807	17.171	57,6	46.978	46.979	46.979	0	29.807
- an Bremerhaven	9.348	5.143	4.205	81,8	9.348	9.347	9.347	0	5.143
Gesamtausgaben	158.089	133.356	24.733	18,5	191.398	191.403	158.093	-33.310	131.428
Saldo	-76.079	-79.912	3.833	-4,8	-117.029	-117.035	-76.084	40.951	-77.984
valutierende Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvotr .		
	2017	2018	2019	2020	2021ff				
	Tsd. EUR					Tsd. EUR			
- konsumtiv	16.301	6.075	5.330	2.530	1.125	27.395	0		
- investiv	42.753	29.217	28.570	9.586	31.131				
- Zins-/Tilgungsausgaben	210	133	57	0	0				
Personaldaten	14. Monat 2017			kumuliert Januar - 14. Monat 2017			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	-7	7	7.164	7.193	-29	7.164	7.193	-29
Temporäre Personalmittel	0	0	0	80	80	0	80	80	0
TPM - Flüchtl.	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	-7	7	7.244	7.273	-29	7.244	7.273	-29
Refinanzierte	0	-2	2	1.574	1.673	-99	1.574	1.673	-99
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	-239	239	126	189	-63	126	189	-63
Insgesamt	0	-248	248	8.944	9.135	-191	8.944	9.135	-191
dar.: Beihilfe /Nachvers.	0	-239	239	111	111	0	111	111	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	109,5	109,6	-0,1	103,5	106,9	-3,4	103,5	106,9	-3,4
Temporäre Personalmittel	1,0	2,0	-1,0	1,4	2,0	-0,6	1,4	2,0	-0,6
TPM - Flüchtl.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme	110,5	111,6	-1,1	104,9	108,9	-3,9	104,9	108,9	-3,9
Refinanzierte	27,7	-	-	22,5	-	-	22,5	-	-
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	138,2	-	-	127,4	-	-	127,4	-	-
nachr. znt. Beschäftg.Pool	4,8	-	-	1,9	-	-	1,9	-	-
nachr. znt. Pool.Flüchtl.	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Summe einges. Personal	143,0	-	-	129,3	-	-	129,3	-	-
nachr.: Abwesende	8,1	-	-	8,4	-	-	8,4	-	-
Personalstruktur	Dez 2017	2017	2016						
	Ist	Planwert	Ist						
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	%								
Beschäftigte bis 35 Jahre	7,9	22,5	5,0						
Beschäftigte über 55 Jahre	25,0	17,5	26,6						
Frauenquote	56,1	50,0	56,1						
Teilzeitquote	32,9	35,0	38,1						
Schwerbehindertenquote	6,3	6,0	5,8						

2. strategische Ziele / Kennzahlen / Mengengerüste

Gegenstand der Nachweisung	Januar - Dezember 2017		Ist-Planwert-Abweichung ³		2017 Planwert
	Ist	Planwert	abs.	%	
Wirkungen					
Neu geschaffene Arbeitsplätze Zusagen [ST]	1.527,000	966,000	561,000	58,1	966,000
Gesicherte Arbeitsplätze [ST]	4.626,000	3.009,000	1.617,000	53,7	3.009,000

³Bei Einheit "%" im Ist bzw. Planwert ist die Abweichung in Prozentpunkten dargestellt

3. Analyse/Bewertung

3.1 Kamerale Finanzdaten
Ist-Planabweichungen:

Die für den Berichtszeitraum ausgewiesenen Ist-Planwertabweichungen ergeben sich aus unterjährigen Veränderungen gegenüber den Anschlägen. Die nachstehenden Erläuterungen beziehen sich auf den Jahresabschluss 2017.

Einnahmen (einschl. relevante Erstattungen):

Zum Jahresende sind Mehreinnahmen in Höhe von 7,6 Mio. Euro insbesondere aus folgenden Gründen entstanden.

- EU-Programme EFRE 2007-2013 und 2014-2020

EFRE 2007-2013:

Für das EFRE-Programm 2007-2013 ist in diesem Jahr eine Einnahme der Europäischen Kommission zugunsten des PPL 71 i.H.v. 17,0 Mio. Euro eingegangen.

Für die anderen Produktpläne sind folgende Beträge eingegangen:

PPL 31: 8,57 Mio. Euro

PPL 06: 4,53 Mio. Euro

PPL 02: 0,78 Mio. Euro

Bremerhaven: 1,9 Mio. Euro

EFRE 2014-2020:

Insgesamt ist eine Zahlung i.H.v. 0,6 Mio. Euro erfolgt. Es sind somit folgende Mindereinnahmen entstanden:

- PPL 71: 6,7 Mio. Euro (1,8 Mio. Euro konsumtiv und 4,9 Mio. Euro investiv),
- PPL 06: 1,4 Mio. Euro
- PPL 02: 1,4 Mio. Euro

Entstehende Mehr- oder Mindereinnahmen bei den EU-Programmen werden im Haushalt des Bereiches Wirtschaft bzw. den Haushalten der anderen Ressorts im Rahmen des Jahresabschlusses als Rücklage oder Verlustvortrag gebucht.

Personalausgaben PPL 71 Wirtschaft:

Der Personalhaushalt des Produktplanes 71 Wirtschaft weist zum Jahresende 2017 insgesamt Minderausgaben in Höhe von 0,188 Mio. Euro aus:

- Minderausgaben im Kernbereich und im Bereich Temporäre Personalmittel in Höhe von 0,029 Mio. Euro (Ausgleich erfolgte nach der Beschlussfassung der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 15.11.2017)
- Minderausgaben im Bereich Refinanzierte in Höhe von 0,098 Mio. Euro
- Minderausgaben im Bereich Nebentitel in Höhe von 0,061 Mio. Euro

Ausgaben (einschl. relevante Verrechnungen):

Zum Jahresende haben sich Reste und Rücklagen in Höhe von rd. 33,1 Mio. Euro ergeben.

Im Haushaltsjahr 2017 sind Reste und Rücklagen i.H.v. 5,1 Mio. Euro aus den Vorjahren haushaltsrechtlich in Anspruch genommen worden. Die Liquidität hierfür wurde durch die Senatorin für Finanzen (SF) aus Rückzahlungen der Fa. PowerBlades i.H.v. 4,9 Mio. Euro und Mehreinnahmen des EFRE-Programms 2007-2013 in Höhe von 8,0 Mio. Euro freigegeben. Von den 8 Mio. Euro Mehreinnahmen konnten Mittel i.H.v. 3,5 Mio. Euro nicht in Anspruch genommen werden. Gegenüber 2016 konnten auf diese Weise die Reste und Rücklagen von 39,3 Mio. Euro auf 33,1 Mio. Euro abgebaut werden.

Produktplanbezogener Finanzierungssaldo:

Der vorgegebene Finanzierungssaldo i.H.v. rd. 77,98 Mio. Euro wird von folgenden Sachverhalten beeinflusst:

- sonstige Einsparungen SWGV; BBEE/GIZ u.a. (-0,2 Mio. Euro)
- Einsparungen Personalausg. PPL 81 Powerblades (-1,1 Mio Euro)
- Einsparungen Personalausg. PPL 31 Powerblades (-0,1 Mio Euro)
- + Haushaltsrest/Rücklagen (rd. 38,6 Mio. Euro)
- + Mehreinnahmen BID/Metropolregion (1,3 Mio. Euro)
- + Nachbewilligung Häfen (1,6 Mio. Euro)
- + Nachbewilligung Personal von SV (0,2 Mio. Euro)
- + Mehreinnahmen Personal Brhv. (0,1 Mio. Euro)

Es ergibt sich hieraus ein bereinigter Finanzierungssaldo i.H.v. rd. 117 Mio. Euro.

Nach Abzug der übertragenen Haushaltsreste und Rücklagen, die nicht mit Liquidität hinterlegt sind (rd. 33,2 Mio. Euro) sowie der Mindereinnahme EFRE 2014-2020 (rd. 9,5 Mio. Euro) beträgt der eckwertrelevante Finanzierungssaldo (Ist) rd. 76 Mio. Euro.

Verlustvortrag:

Der ausgewiesene, aus dem Haushaltsjahr 2016 stammende Verlustvortrag im Produktgruppencontrolling im PPL 71 betrug im Haushaltsjahr 2017 10,5 Mio. €. Im Haushaltsjahr 2017 sind für das EFRE 2007-2013-Programm 32,82 Mio. € EU-Mittel eingegangen. Die in 2017 realisierten Einnahmen sowie die Auflösung der bestehenden „Sonderrücklage EFRE 2007-2013 – Bescheinigungsstelle -“ und der konsumtiven Ausgaberreste wurden zum Ausgleich von Verlustvorträgen der PPL 71 (Wirtschaft), 31 (Arbeit), 24 (Wissenschaft) und PPL 68 (Umwelt) sowie eine Zahlung an Brhv. aufgeteilt.

Im PPL 71 (Wirtschaft) wurden von dem Verlustvortrag i.H.v. 10,5 Mio. (gesamt) 8,484 Mio. durch die Sonderrücklage Bescheinigungsstelle abgedeckt. Die Deckung des verbleibenden Verlustvortrages erfolgte aus den Mehreinnahmen im EU-Programm EFRE 2007-2013.

in Mio. €

- Ausgleich Verlustvorträge
- PPL 71 – Wirtschaft 2,015
- PPL 31- Arbeit 8,566
- PPL 34 – Wissenschaft 0,776
- PPL 68 – Umwelt 4,544
- An Brhv. Magistrat 1,909

In 2017 wurden die veranschlagten Einnahmen für das EFRE-Programm 2014 - 2020 nur teilweise (0,6 Mio.) realisiert. Dieses führt insgesamt zu neuen Verlustvorträgen in den PPL 24, PPL 68 und PPL 71 in Höhe von 6,747 Mio. €

In dem Programm EMFF wurden die veranschlagten Einnahmen in Höhe von 0,14 Mio. € nicht realisiert, so dass auch hier ein

Verlustvortrag in dieser Höhe entsteht.

Insgesamt entsteht für das HH-Jahr 2017 dadurch im PPL 71 ein neuer Verlustvortrag in Höhe von rd. 6,83 Mio. €

3.1.1 Erlöse aus Vermögensveräußerungen

3.1.2 Weitere Anmerkungen

3.2 Personaldaten

3.3 Leistungsdaten

Bemerkung zu "Neu geschaffene Arbeitsplätze":

Die prognostizierten Vermarktungen und damit verbundenen Erlöse, Investitionsvolumen und Arbeitsplatzzahlen wurden aufgrund der Entscheidungswege der Interessenten verändert umgesetzt.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 14 / 2017
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.03.2018

PRODUKTPLAN 81 Häfen	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung				
		Land		Stadt	
		Nicht gefährdet	gefährdet	Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Nicht gefährdet		gefährdet	
Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		
Kommentar:					
<input type="checkbox"/> nicht erforderlich					
<u>Finanzdaten</u>					
Das Budget (Land) wird eingehalten bzw. um 0,419 Mio. € unterschritten. Das Budget (Stadt) wird eingehalten bzw. um 0,867 Mio. € unterschritten. Das Jahresergebnis 2017 weist im Saldo aus Einnahmen und Ausgaben eine rechnerische Haushaltsverbesserung i. H. v. 1,286 Mio. € aus. Das Finanzierungssaldo wurde eingehalten.					
<u>Personaldaten</u>					
Durch umfangreiche Nachbewilligungen aus anderen Aggregaten wurde ein ausgeglichenes Ergebnis erreicht. Ab dem Jahr 2018 ist das Personal der Hafenbehörde im refinanzierten Bereich gebucht und fällt somit aus der Zielzahlsteuerung. Das Ressort hat dafür Sorge zu tragen, dass die für die Refinanzierung benötigten Mittel auch tatsächlich zur Verfügung stehen werden. Die in der Zielzahlsteuerung verbleibenden Produktgruppen des Produktbereichs 81.01. wiesen im Jahr 2017 bis zum Ausgleich aus anderen Aggregaten eine deutliche Zielzahlüberschreitung aus. Aufgrund der Erfahrungen des Vorjahres sind für das Jahr 2018 ähnliche Probleme zu erwarten.					
<u>Leistungsdaten</u>					
Die Werte bei den Hafenumschlägen in Bremen haben sich leicht verbessert. In Bremerhaven sind der die Hafen- und Containerumschläge leicht rückläufig.					
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:					
Kein Handlungsbedarf.					

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Häfen		81				Controlling 14/17 09.07.2018			
Verantwortlich:		Senator Günthner				Version: 92		Seite 1	
Einhaltung Finanzdaten:		Einhaltung Personaldaten:		Einhaltung strategische Ziele:					
<div style="display: flex; justify-content: space-around; align-items: center;"> 👍 👍 👍 </div>									
1. Ressourceneinsatz									
Kamerale Finanzdaten	14. Monat 2017					Jahresplanung 2017			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
Tsd. EUR					%	Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	1.725	1.235	490	39,7	1.756	1.665	1.725	60	1.234
Investive Einnahmen	10.737	43.437	-32.700	-75,3	10.737	10.737	10.737	0	43.437
Relevante Verrech./Erstatt.	39.275	72.279	-33.004	-45,7	39.275	39.276	39.276	0	72.279
- Land, Stadtgem. u. intern	38.254	70.954	-32.701	-46,1	38.254	38.254	38.254	0	70.954
- von Bremerhaven	1.022	1.325	-303	-22,9	1.022	1.022	1.022	0	1.325
Gesamteinnahmen	51.738	116.951	-65.213	-55,8	51.768	51.678	51.738	60	116.950
Personalausgaben	8.132	8.260	-128	-1,5	8.259	8.259	8.132	-127	6.405
Sonst. kons. Ausgaben	28.642	30.009	-1.367	-4,6	29.192	29.547	28.642	-905	30.008
Zinsausgaben	21.187	21.187	0	0,0	21.187	21.187	21.187	0	21.187
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	75.242	90.468	-15.226	-16,8	75.436	75.436	75.242	-194	90.468
Relevante Verrech./Erstatt.	40.182	71.914	-31.732	-44,1	40.182	40.183	40.183	0	71.913
- Land, Stadtgem. u. intern	40.182	71.914	-31.732	-44,1	40.182	40.183	40.183	0	71.913
- an Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	173.385	221.838	-48.453	-21,8	174.255	174.612	173.386	-1.226	219.981
Saldo	-121.648	-104.887	-16.761	16,0	-122.487	-122.934	-121.648	1.286	-103.032
valutierende Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.		
	2017	2018	2019	2020	2021ff			Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	12.689	0		
- investiv	30.000	66.132	39.376	26.290	351.955				
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	10.909	9.970	9.114	44.238				
Personaldaten	14. Monat 2017			kumuliert Januar - 14. Monat 2017			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich	0	-23	23	6.876	6.892	-16	6.876	6.892	-16
Temporäre Personalmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtl.	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	-23	23	6.876	6.892	-16	6.876	6.892	-16
Refinanzierte	0	-5	5	686	712	-26	686	712	-26
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	83	-83	572	656	-84	572	656	-84
Insgesamt	0	55	-55	8.134	8.260	-126	8.134	8.260	-126
dar.: Beihilfe /Nachvers.	0	79	-79	135	135	0	135	135	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich	109,2	114,2	-4,9	108,6	115,3	-6,7	108,6	115,3	-6,7
Temporäre Personalmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TPM - Flüchtl.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme	109,2	114,2	-4,9	108,6	115,3	-6,7	108,6	115,3	-6,7
Refinanzierte	9,6	-	-	9,9	-	-	9,9	-	-
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	118,8	-	-	118,4	-	-	118,4	-	-
nachr. znt. Beschäftg.Pool	1,0	-	-	0,2	-	-	0,2	-	-
nachr. znt. Pool.Flüchtl.	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Summe einges. Personal	119,8	-	-	118,6	-	-	118,6	-	-
nachr.: Abwesende	2,3	-	-	2,7	-	-	2,7	-	-
Personalstruktur	Dez 2017	2017	2016						
	Ist	Planwert	Ist						
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	%								
Beschäftigte bis 35 Jahre	14,2	22,5	10,2						
Beschäftigte über 55 Jahre	36,2	17,5	36,2						
Frauenquote	26,0	50,0	24,4						
Teilzeitquote	13,4	35,0	13,4						
Schwerbehindertenquote	11,7	6,0	11,0						

2. strategische Ziele / Kennzahlen / Mengengerüste

Gegenstand der Nachweisung	Januar - Dezember 2017		Ist-Planwert-Abweichung ³		2017 Planwert
	Ist	Planwert	abs.	%	
Wirkungen					
Hafenumschlag in Bremen in 1.000 [TO]	13.100,000	11.000,000	2.100,000	19,1	11.000,000
Hafenumschlag in Bremerhaven in 1.000 [TO]	62.000,000	71.500,000	-9.500,000	-13,3	71.500,000
Containerumschlag in Brhv in 1000 T.E.U [ST]	5.500,000	6.450,000	-950,000	-14,7	6.450,000
Leistungen					
Einnahmen aus Raumgebühren [TEU]	38.268	33.000	5.268	16,0	33.000

³Bei Einheit "%" im Ist bzw. Planwert ist die Abweichung in Prozentpunkten dargestellt

3. Analyse/Bewertung

3.1 Kamerale Finanzdaten

Ist-Planwertabweichungen:

Die für den Berichtszeitraum ausgewiesenen Ist-Planwertabweichungen ergeben sich aus unterjährigen Veränderungen gegenüber den Anschlägen.

Die nachstehenden Erläuterungen beziehen sich auf die Jahresplanung.

Einnahmen (einschl. relevante Erstattungen):

Zum Jahresende sind Mehreinnahmen in Höhe von 0,06 Mio. Euro bei der Hafengebörde entstanden.

Für die Zuführung an das Sondervermögen Fischereihafen für den Offshore-Terminal in Bremerhaven sollten in diesem Jahr Mittel in Höhe von 32,7 Mio. Euro aus der Rücklage des Sondervermögens Hafen vereinnahmt werden. Da in Vorjahren mehrfach der Bedarf bestand, bei den Sondervermögen Einsparungen zur Haushaltssanierung vorzunehmen, stehen ausreichende Mittel in der Rücklage des Sondervermögens Hafen nicht mehr zur Verfügung. Die vorgesehene Erstattung in Höhe von 32,7 Mio. Euro wurde daher nicht realisiert. Diese Mindereinnahme, die im Stadt- und Landeshaushalt abgebildet wird, führt zu Minderausgaben in gleicher Höhe bei den investiven Ausgaben und relevanten Verrechnungen und ist somit haushaltsneutral.

Personalausgaben:

Der Personalhaushalt des Produktplanes 81 Häfen weist zum Jahresende 2017 insgesamt Minderausgaben in Höhe von 0,126 Mio. Euro aus:

- Minderausgaben im Kernbereich in Höhe von 0,016 Mio. Euro (Ausgleich erfolgte nach der Beschlussfassung der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 15.11.2017)
- Minderausgaben im Bereich Refinanzierte in Höhe von 0,026 Mio. Euro
- Minderausgaben im Bereich Nebentitel in Höhe von 0,084 Mio. Euro

Konsumtive und investive Ausgaben (einschl. relevante Verrechnungen):

Zum Jahresende haben sich Minderausgaben i.H.v. insgesamt 1,1 Mio. Euro ergeben, die sich wie folgt zusammensetzen:

Von den zur Verfügung stehenden Mitteln für den Deichschutz in Bremerhaven wurden 0,37 Mio. Euro nicht benötigt. Dieser Betrag wird der Sonderrücklage zugeführt.

Weitere Minderausgaben i.H.v. insgesamt 0,55 Mio. Euro sind in verschiedenen Bereichen des PPL 81 entstanden, wovon 0,4 Mio. Euro dem PPL 71 Wirtschaft als Liquidität bereitgestellt wurden. Die darüber hinaus gehende Differenz zwischen dem voraussichtlichen Soll und dem voraussichtlichen Ist (0,2 Mio. Euro) resultiert aus der Nichtinanspruchnahme der Haushaltsreste des Vorjahres.

Mit dem Beschluss des Senats vom 13.09.2016 zur Reduzierung der Zuweisungen und Zuschüsse aus dem Kernhaushalt haben auch die bremischen Sondervermögen, die gemäß der Sanierungsvereinbarung über keine eigenen Kreditermächtigungen verfügen, einen unmittelbaren Beitrag zur Haushaltssanierung geleistet. Der Beitrag, den das Sondervermögen Fischereihafen im Landeshaushalt im Jahr 2016 aufzuzeigen hatte, betrug 20 Mio. Euro (Maßnahme: Offshore Terminal Bremerhaven). Aufgrund der Entscheidung des Senats vom 19.12.17 wurde dieser Konsolidierungsbeitrag in 2017 an das Sondervermögen zurückgeführt. Die Werte des voraussichtlichen HH-Soll und Ist haben sich jeweils um 20 Mio. Euro erhöht. Die Finanzierung der Rückführung erfolgte aus Rücklagenentnahmen, daher sind keine Mehrausgaben auszuweisen.

Die Verrechnungen beinhalten, neben den erfolgten veranschlagten Pauschalverrechnungen gem. Nr. 3.17 der Verwaltungsvorschriften zur Durchführung der Haushalte (39,2 Mio. Euro), Zahlungen zu Lasten der Ausgabeanschläge i.H.v. 1,0 Mio. Euro an das Ressort Umwelt, Bau und Verkehr, insbesondere für die Baukosten des Hafentunnels an der Cherbourger Straße in Bremerhaven.

Für die Zuführung an das Sondervermögen Fischereihafen für den Offshore-Terminal in Bremerhaven sollten in diesem Jahr Mittel in Höhe von 32,7 Mio. Euro aus der Rücklage des Sondervermögens Hafen vereinnahmt werden. Die vorgesehene Erstattung in Höhe von 32,7 Mio. Euro wurde jedoch nicht realisiert, s. auch Kommentierung zu 'Einnahmen (einschl. relevante Verrechnungen)'. Diese Mindereinnahme führt zu Minderausgaben in gleicher Höhe bei den investiven Ausgaben und relevanten Verrechnungen.

Produktplanbezogener Finanzierungssaldo:

Der veranschlagte Finanzierungssaldo i.H.v. 103,0 Mio. Euro wurde von folgenden Sachverhalten beeinflusst:

- in Anspruch genommene Rücklage mit Liquidität zur Rückführung des Konsolidierungsbeitrages an das Sondervermögen Fischereihafen (+11,1 Mio. Euro)
- Entnahme aus der Budgetrücklage mit Liquidität zur Rückführung des Konsolidierungsbeitrages an das Sondervermögen Fischereihafen (+8,9 Mio. Euro)
- Haushaltsreste und Rücklagen (+0,27 Mio. Euro)
- Liquiditätsverlagerungen zum PPL 71 Wirtschaft und PPL 09 Finanzressort (-1,7 Mio. Euro), davon 1,6 Mio. Euro für die Verlustabdeckung des Verkaufs Lloydhof
- Liquiditätsverlagerungen vom PPL 71 Wirtschaft und PPL 09 Finanzressort (+1,36 Mio. Euro), insbesondere zum Ausgleich von Personalmehrausgaben

Es ergibt sich ein bereinigter verfügbarer Finanzierungssaldo (voraussichtliches Haushaltssoll) von 122,9 Mio. Euro.

Das voraussichtliche Ist beträgt 121,7 Mio. Euro und liegt damit insbesondere aus folgenden Gründen um 1,2 Mio. Euro unterhalb des zur Verfügung stehenden Finanzierungssaldos:

- Haushaltsreste und Rücklagen, die nicht mit Liquidität hinterlegt sind (-0,2 Mio. Euro)
- Mehreinnahmen bei der Hafenbehörde (+0,06 Mio. Euro)
- Minderausgaben bei den Mitteln für den Deichschutz in Bremerhaven (-0,37 Mio. Euro)
- weitere Minderausgaben (-0,55 Mio. Euro), wovon 0,4 Mio. Euro als Liquidität für den PPL 71 Wirtschaft bereitgestellt wurden
- Minderausgaben im Personalbereich (-0,13 Mio. Euro).

Sonderrücklage:

Die Sonderrücklage "Deichschutz Bremerhaven" erhöht sich aufgrund nicht verbrauchter Mittel um 0,37 Mio. Euro auf 6,07 Mio. Euro.

3.1.1 Erlöse aus Vermögensveräußerungen

3.1.2 Weitere Anmerkungen

3.2 Personaldaten

3.3 Leistungsdaten

Hafenumschlag in Bremen:

Das höhere Ist resultiert aus Mehrmengen bei Massengütern.

Hafenumschlag in Bremerhaven:

Die Unterschreitung hat sich aufgrund weltmarktbedingter Veränderungen ergeben, die von der FHB nicht beeinflussbar sind.

Containerumschlag in Brhv.:

Die Unterschreitung hat sich aufgrund weltmarktbedingter Veränderungen ergeben, die von der FHB nicht beeinflussbar sind.

Einnahmen aus Raumgebühren:

Aufgrund der regelmäßigen Anpassung der Hafengebühren wurden Mehreinnahmen erzielt.

Eine Verringerung der Umschlagszahlen führt bei den betroffenen Unternehmen möglicherweise zu Mindererträgen, die bremischen Einnahmen aus Raumgebühren und Erbbauzinsen sind davon aber nicht direkt betroffen. Durch eine sachgerechte Bewirtschaftung der Hafeneinnahmen konnten diese entgegen den Umschlagseinbußen noch gesteigert werden, so dass die o.g. Daumensetzung gerechtfertigt ist.

Die Leistungsdaten der Produktbereiche 81.01 und 81.99 sowie die dazu gehörigen Produktgruppen werden insgesamt positiv bewertet. Insgesamt wurden im Produktplan 81 zum Jahresende nahezu alle steuerbaren Leistungsdaten erreicht.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 14 / 2017
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.03.2018

PRODUKTPLAN 91 Finanzen / Personal	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung				
		Land		Stadt	
		Nicht gefährdet	gefährdet	Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Nicht gefährdet		gefährdet	
Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		
Kommentar:					
<input type="checkbox"/> nicht erforderlich					
Finanzdaten					
Das Budget (Land) wird eingehalten bzw. um 11,082 Mio. € unterschritten. Das Budget (Stadt) wird eingehalten bzw. um 0,138 Tsd. € unterschritten. Das Jahresergebnis 2017 weist im Saldo aus Einnahmen und Ausgaben eine rechnerische Haushaltsverbesserung i. H. v. 11,220 Mio. € aus. Diese Haushaltsverbesserung resultiert überwiegend aus übertragenen nicht mit Liquidität versehenen Ausgaberesten i. H. v. 8,450 Mio. €. Der zulässige Finanzierungssaldo wurde unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen eingehalten und um 1.631 Tsd. € (Land = 1,590 Mio. €, Stadt = 0,41 Tsd. €) unterschritten.					
Personaldaten					
Die Personalausgaben und die Personalzielzahl werden erheblich unterschritten. Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Personalhaushaltes 2018 zu erwarten.					
Leistungsdaten					
Die Beschäftigungszielzahl für den Gesamthaushalt wird unterschritten. Verbesserung des Finanzierungssaldos (Land + Stadtgemeinde) um 385,873 Mio € durch: - Entwicklung der Steuereinnahmen + 158,003 Mio. € - Höhere konsumtive Einnahmen + 182,422 Mio. € - Minderausgaben bei Sozialhilfeleistungen i. H. v. 55,815 Mio. € und bei den Zinsen i. H. v. 35,151 Mio. € - Der Steuererklärungs-Eingang und der Veranlagungsstand wurden erreicht. Die Ausbildungsplatzzahlen und -kosten wurden leicht gegenüber dem Planwert unterschritten. Sie richten sich nach der jährlichen vom Senat beschlossenen Ausbildungsplanung und unterliegen ggf. Schwankungen, die durch vorzeitige Beendigung des Ausbildungsverhältnisses begründet sind.					
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:					
Kein Handlungsbedarf.					

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Finanzen / Personal					Controlling 14/17 09.07.2018				
Verantwortlich: Senatorin Linnert					Version: 92		Seite 1		
Einhaltung Finanzdaten:		Einhaltung Personaldaten:			Einhaltung strategische Ziele:				
1. Ressourceneinsatz									
Kamerale Finanzdaten	14. Monat 2017					Jahresplanung 2017			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll		vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	22.331	13.104	9.227	70,4	21.894	21.894	22.331	437	13.103
Investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Relevante Verrech./Erstatt.	24.206	24.206	0	0,0	24.206	24.206	24.206	0	24.206
- Land, Stadtgem. u. intern	24.206	24.206	0	0,0	24.206	24.206	24.206	0	24.206
- von Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	46.537	37.310	9.227	24,7	46.100	46.100	46.537	437	37.309
Personalausgaben	80.804	88.242	-7.438	-8,4	88.239	88.238	80.804	-7.434	73.170
Sonst. kons. Ausgaben	25.001	18.574	6.427	34,6	28.034	28.035	25.001	-3.034	18.572
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	974	561	413	73,7	1.286	1.285	975	-310	560
Relevante Verrech./Erstatt.	24.360	24.264	96	0,4	24.366	24.364	24.359	-5	24.263
- Land, Stadtgem. u. intern	24.327	24.264	63	0,3	24.334	24.332	24.327	-5	24.263
- an Bremerhaven	32	0	32	0,0	32	32	32	0	0
Gesamtausgaben	131.139	131.641	-502	-0,4	141.925	141.922	131.139	-10.783	116.565
Saldo	-84.602	-94.331	9.729	-10,3	-95.825	-95.822	-84.602	11.220	-79.256
valutierende Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.		
	2017	2018	2019	2020	2021ff			Tsd. EUR	
- konsumtiv	22	531	531	531	8.361	5.962	0		
- investiv	0	83	83	83	249				
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0				
Personaldaten	14. Monat 2017			kumuliert Januar - 14. Monat 2017			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	35	-35	56.825	58.271	-1.446	56.825	58.271	-1.446
Temporäre Personalmittel	0	0	0	242	533	-291	242	533	-291
TPM - Flüchtl.	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	35	-35	57.067	58.804	-1.737	57.067	58.804	-1.737
Refinanzierte	0	-178	178	6.290	11.534	-5.244	6.290	11.534	-5.244
Ausbildung	0	130	-130	14.067	14.067	0	14.067	14.067	0
Nebentitel	0	-417	417	3.380	3.837	-457	3.380	3.837	-457
Insgesamt	0	-430	430	80.804	88.242	-7.438	80.804	88.242	-7.438
dar.: Beihilfe /Nachvers.	0	-354	354	2.594	2.594	0	2.594	2.594	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	1.118,0	1.148,3	-30,3	1.114,6	1.151,6	-37,1	1.114,6	1.151,6	-37,1
Temporäre Personalmittel	3,2	4,8	-1,6	3,3	4,8	-1,5	3,3	4,8	-1,5
TPM - Flüchtl.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme	1.121,2	1.153,1	-31,9	1.117,9	1.156,4	-38,5	1.117,9	1.156,4	-38,5
Refinanzierte	110,3	-	-	118,5	-	-	118,5	-	-
Ausbildung	908,5	907,0	1,5	848,5	891,6	-43,1	848,5	891,6	-43,1
Insgesamt	2.140,0	-	-	2.084,9	-	-	2.084,9	-	-
nachr. znt. Beschäftg.Pool	30,5	-	-	28,3	-	-	28,3	-	-
nachr. znt. Pool.Flüchtl.	2,5	-	-	2,8	-	-	2,8	-	-
Summe einges. Personal	2.173,0	-	-	2.115,9	-	-	2.115,9	-	-
nachr.: Abwesende	59,5	-	-	56,5	-	-	56,5	-	-
Personalstruktur	Dez 2017	2017	2016						
	Ist	Planwert	Ist						
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	%								
Beschäftigte bis 35 Jahre	15,9	22,5	14,8						
Beschäftigte über 55 Jahre	32,2	17,5	33,9						
Frauenquote	57,5	50,0	57,3						
Teilzeitquote	30,4	35,0	30,7						
Schwerbehindertenquote	11,3	6,0	11,3						

2. strategische Ziele / Kennzahlen / Mengengerüste

Gegenstand der Nachweisung	Januar - Dezember 2017		Ist-Planwert-Abweichung ³		2017 Planwert
	Ist	Planwert	abs.	%	
Wirkungen					
Saldo Kern-Beschäftigungszielzahl [VK]	-261,200	0,000	-261,200	0,0	0,000
Leistungen					
Steuerklärungs-Eingang ESt Vorjahr [%]	76,10	76,00	0,10	-	76,00
Veranlagungsstand ESt Vorjahr [%]	69,40	68,00	1,40	-	68,00
Finanzierungssaldo (L+G Bremen) [TEU]	-247.260	-633.133	385.873	-60,9	-633.133
Ausbildungsplätze im Öffentlichen Dienst [ST]	1.046,000	1.155,000	-109,000	-9,4	1.155,000

³Bei Einheit "%" im Ist bzw. Planwert ist die Abweichung in Prozentpunkten dargestellt

3. Analyse/Bewertung**3.1 Kamerale Finanzdaten**

Im PPL 91 wird das Budget um rd. 11,2 Mio. Euro unterschritten. In diesem Betrag sind die aus 2016 übertragenen - haushaltsmäßig nicht finanzierten - Rücklagen und Ausgabereste (zusammen rd. 8,5 Mio. Euro) rechnerisch enthalten.

3.2 Personaldaten

Die Personalzielzahl wird nach dem Controlling-Bericht für den Kernbereich (ohne Ausbildung und Personalverstärkung) um 38,5 Vollzeitkräfte (VK) unterschritten.

3.3 Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos

Der für den PPL 91 veranschlagte Finanzierungssaldo hat sich nach diversen Mittelverlagerungen von -79,2 Mio. Euro auf -86,2 Mio. Euro erhöht und wird um rd. 1,6 Mio. Euro unterschritten.

3.4 Leistungsdaten

Der Finanzierungssaldo der Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen beträgt nach Abschluss des 14. Monats (Stand: 12.02.2018) -247.260 Tsd. Euro. Dies bedeutet eine Verbesserung zum Anschlag um 385.873 Tsd. Euro. Insbesondere die originären Steuereinnahmen (+ 158.003 Tsd. Euro) sowie die sonstigen konsumtiven Einnahmen (+ 182.422 Tsd. Euro) tragen entscheidend zu dieser positiven Entwicklung bei. Ausgabenseitig konnten Anschlagunterschreitungen bei den Sozialhilfeleistungen in Höhe von 55.815 Tsd. Euro und bei den Zinsen von 35.151 Tsd. Euro erzielt werden. Zinsminderausgaben resultieren aus dem nach wie vor günstigen Zinsumfeld. Aufgrund des HaFa-Beschlusses vom 01.12.2017 wurden 16 Mio. der Zinsminderausgaben als Prämien zur Glättung und Minimierung von Zinsbelastungen in 2018 verwendet. Die restlichen Zinsminderausgaben wurden zur Deckung des Haushalts herangezogen.

Die Beschäftigungszielzahl für den Gesamthaushalt wird zum Jahresende unterschritten. Die beschlossenen Zielzahlerhöhungen im Haushalt 2016/2017 sind noch nicht durch entsprechende Einstellungen ausgeschöpft worden. Darüber hinaus wurde von einigen Ressorts vormals im Kernbereich beschäftigtes Personal auf temporär bereitgestellte Personalmittel für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen umgebucht.

Der Gesamtpersonalhaushalt ist eingehalten worden. In 2017 wurde die Erhöhung aus dem TV-L Abschluss 2017/2018 und dessen Übertragung auf den Besoldungs- und Versorgungsbereich aus den eingestellten Vorsorgen finanziert. Der Personalhaushalt der Stadtgemeinde Bremen wurde durch die Bildung einer außerhaushaltsmäßigen Rücklage für ungewisse VBL-Abgaben (sog. VBL-Sanierungsgeld) durch die Nutzung der hierfür gebildeten Vorjahresreste zusätzlich abgesichert. Die entsprechende Absicherung des Landes ist in diesem Jahr fast komplett für Erstattungen an Drittmittelgeber im Hochschulbereich verwendet worden.



Die Ausbildungszahlen und –kosten richten sich nach der jährlichen durch den Senat beschlossenen Ausbildungsplanung. Die tatsächlichen Zahlen unterliegen ggf. Schwankungen, die sich u. a. durch die vorzeitige Beendigung von Ausbildungsverhältnissen ergeben können.

Das strategische Ziel einer zeitnahen Festsetzung und Erhebung der Steuern wurde trotz der Sonderaktionen weitestgehend erreicht. Das Ziel, die Einnahmesituation zu sichern und zu verbessern, wurde sowohl im Bereich der Veranlagung als auch in der Betriebsprüfung weitestgehend erreicht.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 14 / 2017
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.03.2018

PRODUKTPLAN 92 Allgemeine Finanzen	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung				
		Land		Stadt	
		Nicht gefährdet	gefährdet	Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Nicht gefährdet		gefährdet	
Leistungen:	n.v.		n.v.		
Kommentar:					
<input type="checkbox"/> nicht erforderlich					
<u>Finanzdaten</u>					
Das Budget (Land) wird eingehalten bzw. um 15,725 Mio. € unterschritten. Das Budget (Stadt) wird eingehalten bzw. um 27,331 Mio. € unterschritten.					
Das Jahresergebnis 2017 weist im Saldo aus Einnahmen und Ausgaben eine rechnerische Haushaltsverbesserung i. H. v. 43,056 Mio. € aus. Diese Haushaltsverbesserung resultiert überwiegend aus Minderausgaben bei den Personalausgaben in den beiden PBR 92.02 (= 26 Mio. €) und 92.03 (= 11,8 Mio. €).					
Der zulässige Finanzierungssaldo wurde unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen eingehalten und um 12,020 Mio. € (Land = - 4,653 Mio. €; Stadt = 16,673 Mio. €) unterschritten.					
<u>Personaldaten</u>					
Die Personalausgaben und die Personalzielzahl werden erheblich unterschritten. Die übertragbaren Ausgabereste im Personalhaushalt – insbesondere bei den Globalen Mehrausgaben - sind in das Haushaltsjahr 2018 übertragen worden und stehen dem Gesamtpersonalhaushalt für Belastungen beispielsweise infolge von Tarif- und Besoldungserhöhungen in 2018 zur Verfügung. Des Weiteren sind die rücklagefähigen Personalmittel im Produktplan 92 – insbesondere die zentralen Personalmittel zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen - der Sonderrücklage „Allgemeine Finanzen inkl. Zentrale Personalarücklage“ zugeführt worden, wo sie für zukünftige Belastungen bei den Personalausgaben zur Verfügung stehen. Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Personalhaushaltes 2018 zu erwarten.					
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:					
Kein Handlungsbedarf.					

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: 92 Allgemeine Finanzen					Controlling 14/17 09.07.2018				
Verantwortlich: Lühr					Version: 92		Seite 1		
Einhaltung Finanzdaten: 		Einhaltung Personaldaten: 			Einhaltung strategische Ziele:				
1. Ressourceneinsatz									
Kamerale Finanzdaten	14. Monat 2017					Jahresplanung 2017			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	97.999	91.970	6.029	6,6	103.499	103.499	97.999	-5.500	91.928
Investive Einnahmen	4	0	4	0,0	0	0	4	4	0
Relevante Verrech./Erstatt.	54.369	51.160	3.209	6,3	54.369	54.369	54.369	0	80
- Land, Stadtgem. u. intern	54.369	51.160	3.209	6,3	54.369	54.369	54.369	0	80
- von Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	152.372	143.130	9.242	6,5	157.868	157.868	152.372	-5.496	92.008
Personalausgaben	507.937	544.364	-36.427	-6,7	544.365	544.365	507.937	-36.428	522.203
Sonst. kons. Ausgaben	81.212	88.768	-7.556	-8,5	92.586	92.587	81.211	-11.376	49.427
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	19.963	17.232	2.731	15,8	20.710	20.711	19.963	-748	5.500
Relevante Verrech./Erstatt.	3.068	3.068	0	0,0	3.068	3.068	3.068	0	3.068
- Land, Stadtgem. u. intern	3.068	3.068	0	0,0	3.068	3.068	3.068	0	3.068
- an Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	612.180	653.432	-41.252	-6,3	660.729	660.731	612.179	-48.552	580.197
Saldo	-459.808	-510.302	50.494	-9,9	-502.861	-502.863	-459.807	43.056	-488.190
valutierende Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr .		
	2017	2018	2019	2020	2021ff			Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	770	0		
- investiv	8.650	9.825	7.000	0	0				
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0				
Personaldaten	14. Monat 2017			kumuliert Januar - 14. Monat 2017			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	-399	399	6.421	7.579	-1.158	6.421	7.579	-1.158
Temporäre Personalmittel	9	0	9	256	302	-46	256	302	-46
TPM - Flüchtl.	0	-339	339	19.252	24.997	-5.745	19.252	24.997	-5.745
Flexibilisierungsmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	9	-738	747	25.929	32.878	-6.949	25.929	32.878	-6.949
Refinanzierte	0	0	0	1	1	0	1	1	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	2.217	-2.217	482.007	511.485	-29.478	482.007	511.485	-29.478
Insgesamt	9	1.479	-1.470	507.937	544.364	-36.427	507.937	544.364	-36.427
dar.: Beihilfe /Nachvers.	0	-280	280	111	111	0	111	111	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	171,6	183,9	-12,3	144,6	183,9	-39,3	144,6	183,9	-39,3
Temporäre Personalmittel	3,0	6,0	-3,0	3,1	6,0	-2,9	3,1	6,0	-2,9
TPM - Flüchtl.	380,1	466,8	-86,7	381,2	466,8	-85,5	381,2	466,8	-85,5
Flexibilisierungsmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme	554,7	656,7	-101,9	528,9	656,7	-127,7	528,9	656,7	-127,7
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	554,7	-	-	528,9	-	-	528,9	-	-
nachr. znt. Beschäftg.Pool	2,5	-	-	2,5	-	-	2,5	-	-
nachr. znt. Pool.Flüchtl.	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Summe einges. Personal	557,2	-	-	531,4	-	-	531,4	-	-
nachr.: Abwesende	39,0	-	-	36,5	-	-	36,5	-	-
Personalstruktur	Dez 2017	2017	2016						
	Ist	Planwert	Ist						
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	%								
Beschäftigte bis 35 Jahre	44,1	22,5	41,8						
Beschäftigte über 55 Jahre	11,1	17,5	10,4						
Frauenquote	66,1	50,0	67,9						
Teilzeitquote	24,7	35,0	27,8						
Schwerbehindertenquote	16,2	6,0	21,7						

2. strategische Ziele / Kennzahlen / Mengengerüste

Gegenstand der Nachweisung	Januar - Dezember 2017		Ist-Planwert-Abweichung ³		2017 Planwert
	Ist	Planwert	abs.	%	

³Bei Einheit "%" im Ist bzw. Planwert ist die Abweichung in Prozentpunkten dargestellt

3. Analyse/Bewertung

3.1 Kamerale Finanzdaten

3.1.1 Erlöse aus Vermögensveräußerungen

Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen sind nicht veranschlagt.

3.1.2 Weitere Anmerkungen

A) Einhaltung des Budgets 2017

Der PPL 92 hat zum Jahresergebnis sein Budget rechnerisch um rd. 43.056 TEUR unterschritten.

Diese Unterschreitung ist ausschließlich darauf zurückzuführen, dass in den beiden PBR 92.02 und 92.03 Minderausgaben bei den Personalausgaben angefallen sind.

PBR 92.01

Der PBR verzeichnet dagegen saldiert die folgenden Mindereinnahmen.

Die i. H. v. insgesamt 20.650 TEUR veranschlagten Gewinne aus Hafengebühren beinhalten gegenüber dem Haushaltsanschlag 2016 (650 TEUR) die zusätzliche Veranschlagung eines Betrages von 20.000 TEUR.

Da die Ergebnisse der BLG die Realisierung dieses zusätzlichen Betrages nicht rechtfertigen, sind am Jahresende 2017 entsprechende Mindereinnahmen i. H. v. rd. 9.500 TEUR zu verzeichnen.

Bei den veranschlagten Einnahmen aus Konzessionsabgaben i. H. v. insgesamt 36.984 TEUR sind Mehreinnahmen i. H. v. rd.

4.431 TEUR zu verzeichnen.

Bei den veranschlagten Einnahmen aus Abführungen aus dem Treuhandvermögen für Bürgschaften i. H. v. insgesamt 2.744 TEUR sind Mindereinnahmen i. H. v. rd. 1.440 TEUR entstanden.

PBR 92.02

Gegenüber dem Anschlag wurden rd. 10.800 TEUR höhere konsumtive Einnahmen generiert. Dies liegt überwiegend an nicht veranschlagten Einnahmen aus dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag. Diese Einnahmen wurden verwendet, um die ebenfalls nicht veranschlagten Ausgaben für den Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag zu decken.

Die konsumtiven Ausgaben wurden gegenüber dem Anschlag um rd. 12.600 TEUR überschritten. Hauptgrund sind die nicht veranschlagten Ausgaben für den Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag (vgl. Einnahmen). Zudem wurde eine nicht veranschlagte Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge zur Absicherung von VBL-Risiken nachgeholt.

PBR 92.03

Gegenüber den Anschlägen der konsumtiven Einnahmen und der Verrechnungen und Erstattungen wurden - überwiegend aufgrund nicht veranschlagter Zahlungen der Krankenkassen für den Mutterschutz - Mehreinnahmen i. H. v. rund 44 TEUR generiert.

Personalausgaben:

PBR 92.02

Da bei den Globalen Mehrausgaben keine Ist-Ausgaben anfallen, sondern lediglich das benötigte Budget (HH-Soll) dezentralisiert wird, wurden die Personalausgaben gegenüber dem Anschlag um rd. 26.000 TEUR unterschritten.

PBR 92.03

Die Ist-Ausgaben liegen rund 11.800 TEUR über dem Anschlag. Die Ausgaben für das 3. Sofortprogramm zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und für das Integrationsbudget wurden im PPL 93 konsumtiv veranschlagt während das Personal im PBR 92.03 gebucht ist. Im Haushaltsvollzug sind die Mittel aus dem PPL 93 in den PPL 92 verlagert worden.

B) Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos 2017

Für den PPL 92 wurde der veranschlagte Finanzierungssaldo im Jahresergebnis um rd. 12.020 TEUR unterschritten.

3.2 Personaldaten

PBR 92.03

Die Zielzahlen im Kernbereich, bei den temporären Personalmitteln (Projektleiterpool) sowie beim Personal für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen wurden unterschritten.

3.3 Leistungsdaten

PBR 92.02

Die Versorgungsausgabenquote hat sich nahezu wie geplant entwickelt. Der Planwert der Beihilfeausgabenquote wurde eingehalten. Der Ist-Wert des Beamtenversorgungsvolumens und des Zusatzversorgungsvolumens liegen geringfügig über dem Jahresplanwert. Die Rückstellungsquote wurde fast erreicht. Die Abweichungen liegen innerhalb der erwarteten Prognoseunsicherheiten.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 14 / 2017
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.03.2018

PRODUKTPLAN 93 Zentrale Finanzen	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung				
		Land		Stadt	
		Nicht gefährdet	gefährdet	Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Nicht gefährdet		gefährdet	
Leistungen:	n.v.		n.v.		
Kommentar: <input type="checkbox"/> nicht erforderlich					
<p>Finanzdaten</p> <p>Das Budget wird rechnerisch durch Zinsminderausgaben unterschritten und führt somit zur Unterschreitung des Finanzierungssaldos.</p> <p>Die Feuerschutzsteuer fällt geringer aus als geplant (0,14 Mio. €).</p> <p>Die investiven Mittel für KInvFG fließen nach erfolgreicher Anforderung vom Bund planmäßig ab.</p> <p>Die im PPL 93 veranschlagten globalen investiven Minderausgaben wurden zentral aufgelöst. Das gilt auch für die globalen Minderausgaben, die im Rahmen der parlamentarischen Beratungen zur Haushaltsaufstellung beschlossen wurden.</p>					
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:					
Aufgrund der besonderen Struktur des Produktplans ist eine Steuerung der Einnahme- bzw. Ausgabeentwicklung nicht möglich.					

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Zentrale Finanzen					Controlling 14/17 09.07.2018				
Verantwortlich: Lühr					Version: 92		Seite 1		
Einhaltung Finanzdaten:		Einhaltung Personaldaten:			Einhaltung strategische Ziele:				
1. Ressourceneinsatz									
Kamerale Finanzdaten	14. Monat 2017					Jahresplanung 2017			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	91.197	74.344	16.853	22,7	91.099	91.099	91.197	98	74.344
Investive Einnahmen	8.656	11.169	-2.513	-22,5	8.656	8.656	8.656	0	11.170
Relevante Verrech./Erstatt.	680.121	640.418	39.703	6,2	640.304	646.050	685.867	39.817	640.419
- Land, Stadtgem. u. intern	680.121	640.418	39.703	6,2	640.304	646.050	685.867	39.817	640.419
- von Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	779.973	725.931	54.042	7,4	740.059	745.805	785.720	39.915	725.932
Personalausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Sonst. kons. Ausgaben	1.207	2.252	-1.045	-46,4	1.768	1.768	1.207	-561	2.252
Zinsausgaben	537.943	572.890	-34.947	-6,1	573.725	573.725	537.943	-35.782	572.890
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	6.971	4.223	2.748	65,1	10.553	10.553	6.971	-3.582	4.223
Relevante Verrech./Erstatt.	876.263	830.978	45.285	5,5	875.663	875.662	876.262	600	830.978
- Land, Stadtgem. u. intern	682.891	643.346	39.545	6,1	682.291	682.291	682.891	600	643.347
- an Bremerhaven	193.371	187.632	5.739	3,1	193.371	193.371	193.371	0	187.631
Gesamtausgaben	1.422.384	1.410.343	12.041	0,9	1.461.708	1.461.708	1.422.383	-39.325	1.410.343
Saldo	-642.410	-684.412	42.002	-6,1	-721.649	-715.903	-636.663	79.240	-684.411
valutierende Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.		
	2017	2018	2019	2020	2021ff				
	Tsd. EUR					Tsd. EUR			
- konsumtiv	0	0	0	0	0	1.830	0		
- investiv	0	365	0	0	0				
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0				
Personaldaten	14. Monat 2017			kumuliert Januar - 14. Monat 2017			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Temporäre Personalmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtl.	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	0	0	0	0	0	0	0	0	0
dar.: Beihilfe /Nachvers.	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Temporäre Personalmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TPM - Flüchtl.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Refinanzierte	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
nachr. znt. Beschäftg.Pool	-	-	-	-	-	-	-	-	-
nachr. znt. Pool.Flüchtl.	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe einges. Personal	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
nachr.: Abwesende	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Personalstruktur	Dez 2017	2017	2016						
	Ist	Planwert	Ist						
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	%								
Beschäftigte bis 35 Jahre	-	-	-						
Beschäftigte über 55 Jahre	-	-	-						
Frauenquote	-	-	-						
Teilzeitquote	-	-	-						
Schwerbehindertenquote	-	-	-						

2. strategische Ziele / Kennzahlen / Mengengerüste

Gegenstand der Nachweisung	Januar - Dezember 2017		Ist-Planwert-Abweichung ³		2017 Planwert
	Ist	Planwert	abs.	%	

³Bei Einheit "%" im Ist bzw. Planwert ist die Abweichung in Prozentpunkten dargestellt

3. Analyse/Bewertung

Konsumtive, investive Einnahmen, Verrechnungen/Erstattungen:

Das Einnahmenvolumen wird maßgebend geprägt durch

- a) Zuweisungen vom Bund zum Ausgleich der weggefallenen Kfz-Steuer
- b) Säumnis- und Verspätungszuschläge und Verwaltungskosten Kirchensteuer
- c) Einnahmen aus Anteilen staatl. veranstalteter Glücksspiele gem. BremGluG
- d) Abführung von Stammkapitalzinsen sowie Zins- bzw. Tilgungsleistungen öffentlicher Unternehmen.

Im Berichtszeitraum werden Mehreinnahmen in Höhe von 0,1 Mio. Euro ausgewiesen.

Die investiven Mittel des Kommunalinvestitionsförderungsprogramms werden entsprechend des Mittelbedarfes der Einzel-Projekte vom Bund abgerufen.

Verrechnungen und Erstattungen

Es handelt sich dabei um Zahlungen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs vom Land an die Stadtgemeinde Bremen.

Konsumtive und investive Ausgaben, Zinsausgaben

Konsumtive Ausgaben

Die konsumtiven Ausgaben umfassen im Wesentlichen die Schlüssel- und Ergänzungszuweisungen an Bremerhaven gemäß Finanzzuweisungsgesetz sowie den Anteil der Konsolidierungshilfen an Bremerhaven. Die Mittel fließen planmäßig ab.

Investive Ausgaben

Die im Berichtszeitraum eingeplanten Zahlungen aus der Digitalen Dividende II wurden zum größten Teil planmäßig abgerufen.
Zinsausgaben

Bei den Zinsausgaben handelt es sich um Zinsausgaben am Kreditmarkt, deren Planwertabweichungen sich aus der Steuerung der Mittel an der aktuellen Zinsentwicklung orientieren.

Einhaltung des Finanzierungssaldo

Das Budget wird voraussichtlich eingehalten.

Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird voraussichtlich nicht überschritten.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 14 / 2017
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.03.2018

PRODUKTPLAN 96 IT-Controlling	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung				
		Land		Stadt	
		Nicht gefährdet	gefährdet	Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Nicht gefährdet		gefährdet	
Leistungen:	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		

Kommentar: nicht erforderlich**Finanzdaten**

Der PPL 96 wird sein Budget nach gegenwärtigem Stand zum Jahresende um rd. 28,058 Mio. € (Land 19,609 Mio. € und Stadtgemeinde 8,449 Mio. €) unterschreiten.

Die Unterschreitung resultiert überwiegend aus nicht in Anspruch genommenen aus 2016 übertragenen – haushaltsmäßig nicht finanzierten – konsumtiven Ausgaberesten (6,610 Mio. €) und investiven Rücklagen (13,159 Mio. €). Die weitere Unterschreitung des Budgets resultiert überwiegend aus investiven Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerungen u. a. bei den Projekten BASIS.Polizei, BASIS.Bildung, e-justice und OK.JUG.

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird am Jahresende unter Berücksichtigung produktplanübergreifender Verlagerungen (- 0,936 Mio. €) um 8,443 Mio. € unterschritten.

Der Unterschreitung des Finanzierungssaldo setzt sich wie folgt zusammen:
Land (5,054 Mio. €) und Stadtgemeinde (3,389 Mio. €).

Das voraussichtliche HH-Soll bei den konsumtiven Ausgaben ist fälschlicherweise um 0,492 Mio. € zu hoch gebucht worden. Ursächlich ist dafür, die Sondersperre in gleicher Höhe bei den IT-Poolmitteln. Diese Minderausgaben wurden aufgrund ihrer Zweckbindung im Rahmen der Abrechnung der Produktplanhaushalte nicht nach 2018 übertragen.

Das voraussichtliche HH-Soll bei den investiven Ausgaben weicht um 6,952 Mio. € vom tatsächlichen HH-Soll in SAP ab. Ursächlich ist dafür, die im Rahmen der Abrechnung der Produktplanhaushalte nach 2018 übertragenen gesperrten investiven Mittel für die Projekte BASIS.Polizei und BASIS.Bildung.

Personaldaten

Im Produktplan 96 wird kein Personal beschäftigt.

Leistungsdaten

Die Leistungsziele wurden weitestgehend erreicht.

Die IT-Kosten pro Arbeitsplatz (IT-Querschnittspauschale) sind plangemäß ausgefallen.

Der Anteil des IT-Budgets für Investitionen im Verhältnis zu den Gesamtausgaben liegt mit 12,1 % unter dem Plan 22,8 %. Ursache hierfür sind Projektverzögerungen in diversen IT-Projekten.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Kein Handlungsbedarf.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: IT-Budget der FHB					Controlling 14/17 09.07.2018				
Verantwortlich: Lühr					Version: 92		Seite 1		
Einhaltung Finanzdaten:		Einhaltung Personaldaten:			Einhaltung strategische Ziele:				
1. Ressourceneinsatz									
Kamerale Finanzdaten	14. Monat 2017					Jahresplanung 2017			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	403	280	123	43,8	410	410	403	-7	280
Investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Relevante Verrech./Erstatt.	242	86	156	181,5	242	242	242	0	86
- Land, Stadtgem. u. intern	242	86	156	181,5	242	242	242	0	86
- von Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	645	366	279	76,1	653	652	645	-7	366
Personalausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Sonst. kons. Ausgaben	49.487	50.502	-1.015	-2,0	56.514	57.006	49.487	-7.519	50.503
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	6.814	14.899	-8.085	-54,3	20.408	27.360	6.814	-20.546	14.898
Relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
- Land, Stadtgem. u. intern	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
- an Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	56.301	65.401	-9.100	-13,9	76.922	84.366	56.301	-28.065	65.401
Saldo	-55.657	-65.035	9.378	-14,4	-76.269	-83.714	-55.656	28.058	-65.034
valutierende Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr .		
	2017	2018	2019	2020	2021ff			Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	1.929	1.962	3.121	2.327	16.798	0		
- investiv	0	5.178	5.180	1.811	1.000				
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0				
Personaldaten	14. Monat 2017			kumuliert Januar - 14. Monat 2017			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Temporäre Personalmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtl.	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	0	0	0	0	0	0	0	0	0
dar.: Beihilfe /Nachvers.	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Temporäre Personalmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TPM - Flüchtl.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
nachr. znt. Beschäftg.Pool	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
nachr. znt. Pool.Flüchtl.	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Summe einges. Personal	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
nachr.: Abwesende	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Personalstruktur	Dez 2017	2017	2016						
	Ist	Planwert	Ist						
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	%								
Beschäftigte bis 35 Jahre	-	-	-						
Beschäftigte über 55 Jahre	-	-	-						
Frauenquote	-	-	-						
Teilzeitquote	-	-	-						
Schwerbehindertenquote	-	-	-						

2. strategische Ziele / Kennzahlen / Mengengerüste

Gegenstand der Nachweisung	Januar - Dezember 2017		Ist-Planwert-Abweichung ³		2017 Planwert
	Ist	Planwert	abs.	%	
Wirkungen					
Vertragserfüllung [%]	100,00	100,00	0,00	-	100,00
Leistungen					
Anteil zentral gemanagter PC-AP [%]	88,00	90,00	-2,00	-	90,00
Qualität					
Investiver Anteil an den Gesamtausgaben [%]	12,10	22,80	-10,70	-	22,80
Gesamtzufriedenheit der Mitarb. mit IT [P]	3	3	0	0,0	3

³Bei Einheit "%" im Ist bzw. Planwert ist die Abweichung in Prozentpunkten dargestellt

3. Analyse/Bewertung**A. Einnahmen**

Im Zeitraum Januar bis Dezember 2017 wurden Gesamteinnahmen u. a. im Zusammenhang mit SAP-Lizenzen, Erstattung von Sachkosten, Zahlungen vom Bund für das Projekt Polizeilicher Informations- und Analyseverbund und ELAZE in Höhe von 645 Tsd. Euro gebucht, die zur Refinanzierung von IT-Maßnahmen herangezogen werden.

Die Gesamteinnahmen überschreiten bis Ende Dezember 2017 im Ist um 279 Tsd. Euro den Einnahmeplanwert (Anschlag).

B. Ausgaben

Die Gesamtausgaben im Produktplan 96 IT-Budget der FHB liegen zum Ende des Jahres mit 56,301 Mio. Euro im Ist mit 9,1 Mio. Euro unter dem Anschlag. Die Anschlagsunterschreitung im Berichtszeitraum 2017 erklärt sich insbesondere durch aufgrund der Verzögerung der Migration von Fachverfahren beiden Nachfolgeämtern des Stadtamts nicht benötigte Poolmittel sowie investive Minderausgaben bei den Projekten (aufgrund Projektverzögerungen). Sowohl konsumtiv als auch investiv liegen die Ausgaben unter Plan.

Die Mittel des IT-Pools (Gesundheit, Nachfolgeämter des Stadtamts) sind durch den Haushalts- und Finanzausschuss am 15.09.2017 frei gegeben worden. Der Nachbewilligung der 2017 aktuell veranschlagten und derzeit nicht benötigten investiven ITK-Neu-Mittel für die Ertüchtigung der passiven Netze in den Gebäuden der FHB (Geplanter Kontrakt mit IB) vom PPI 96 IT-Budget der FHB in den PPI 97 Immobilienwirtschaft und -management Bremen hat der Haushalts- und Finanzausschuss im August 2017 zugestimmt.

C. Budgeteinhaltung 2017

Der Produktplan 96 hat sein Budget 2017 eingehalten. Das Budget 2017 wird zum Jahresabschluss um 28,058 Mio. Euro unterschritten. Hiervon entfallen rd. 19,769 Mio. Euro auf haushaltsmäßig nicht finanzierte Reste und Rücklagen aus dem

Vorjahr, die vor allem für den Betrieb von zu Dataport migrierten Fachverfahren bei den Nachfolgeämtern des Stadtamts, Gewerbeaufsichtsamt und Eichamt sowie der Einführung von BASIS.bremen beim Gesundheitsamt vorgesehen waren, werden aufgrund von Projektverzögerungen, nicht, wie ursprünglich geplant zusätzlich für die Finanzierung des laufenden Betriebs 2017 benötigt. Bei den Projekten BASIS.Polizei und BASIS.Bildung wurden von den veranschlagten 5,515 Mio. Euro 2017 nur Mittel in Höhe von 0,892 Mio. Euro aufgrund von Projektverzögerungen verausgabt. Zusätzlich wurden 3,664 Mio. Euro investiv veranschlagte Mittel für sonstige IT-Projekte wegen Projektverzögerung in 2017 nicht benötigt. Es wurden im Haushaltsvollzug gesperrte Mittel einbezogen. Einzelne von den Ressorts gemeldete Resteinanspruchnahme konnten durch Stilllegung von Anschlägen an anderer Stelle im Produktplan 96 IT-Budget kompensiert werden.

D. Finanzierungssaldo

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird 2017 um 8,443 Mio. Euro unterschritten. Eine Liquiditätssteuerung nach 2018 fand nicht statt. Der verbleibende konsumtive Rest und die investiven Rücklagen wurden nach Abzug von Finanzierungsumlagen und Resteinanspruchnahmen im Rahmen des Abschlusses gestrichen oder in das Jahr 2018 übertragen.

E. Leistungsdaten

Im Hinblick auf die strategischen Leistungsziele 2017 können folgende Aussagen gemacht werden:

Ziel: Bereitstellung kostengünstige IT

Die IT-Kosten pro Arbeitsplatz („IT-Querschnittspauschale“) sind plangemäß ausgefallen und setzen sich wie folgt zusammen:

- 1) Managed Port (Infrastruktur/LAN/WAN für Datenkommunikation) 294 Euro
 - 2) E-Mail-Kommunikation/Verzeichnisdienst 121 Euro
 - 3) Client-Betrieb (einschl. Virenschutz) 972 Euro
 - 4) Standardersatzbedarf 210 Euro
 - 5) Betriebssystem Windows und Office (Lizenz Enterprise Agreement) 172 Euro
- 1.769 Euro

Der Anteil der zentral – durch Dataport – gemanagten PC-Arbeitsplätze an den PC-Arbeitsplätzen betrug 88 % (BASIS-Client-Betrieb und Steuerverwaltung, 8.163 von 9.211 PC-Arbeitsplätzen insgesamt). Damit wird der Planwert 2017 leicht unterschritten.

Ziel: Innovation

Der Anteil des IT-Budgets für Investitionen im Verhältnis zu den Gesamtausgaben liegt mit 12,1 % unter dem Plan (22,8 %). Ursache hierfür sind Projektverzögerungen in diversen IT-Projekten.

Ziel: Verbesserung der Qualität der IT

Das zentrale IT-Management der Freien Hansestadt Bremen und die IT-Verantwortlichen in den Ressorts wollen eine hohe Qualität der vorhandenen Computer, Programme und Dienstleistungen sicherstellen und da, wo es nötig und möglich ist, verbessern.

Um dem gerecht zu werden, wird seit Ende 2010 jährlich wiederkehrend eine Umfrage durchgeführt, deren Ergebnisse jährlich ausgewertet und einem Ressort und Vorjahresvergleich unterzogen werden. Aus diesen Ergebnissen resultieren verschiedene Maßnahmen, die in jährlichen Berichten kurz vorgestellt werden.

Die Ergebnisse der Umfragen sowie die Maßnahmenberichte können im MIP abgerufen werden.



Das zentrale IT-Management wird die Umfrage im Juni 2018, wie angekündigt, wiederholen und hofft auf rege Teilnahme der Mitarbeiter.

Hierbei sollen durch die wiederholte Durchführung aktuelle Werte ermittelt werden, die einen Vergleich mit den Ergebnissen der vorherigen Umfragen ermöglichen.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 14 / 2017
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.03.2018

PRODUKTPLAN 97 Immobilienwirtschaft und -management	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung				
		Land		Stadt	
		Nicht gefährdet	gefährdet	Nicht gefährdet	gefährdet
	Finanzen:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Nicht gefährdet		gefährdet	
Leistungen:	<input checked="" type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		
Kommentar: <input type="checkbox"/> nicht erforderlich					
<p><u>Finanzdaten</u> Das Budget wird eingehalten bzw. um insgesamt 9.458 T€ unterschritten (Land: 6.296 T€ und Stadt Bremen: 3.162 T€). Der Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlagerungen und unter Berücksichtigung der aus 2016 zurückgeführten Beträge (Anteil der Sondervermögen zur Einhaltung des Konsolidierungspfades) eingehalten</p>					
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:					

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Immobilienwirtschaft und -management					Controlling 14/17 09.07.2018				
Verantwortlich: Kreitz					Version: 92		Seite 1		
Einhaltung Finanzdaten: 		Einhaltung Personaldaten:			Einhaltung strategische Ziele:				
1. Ressourceneinsatz									
Kamerale Finanzdaten	14. Monat 2017					Jahresplanung 2017			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	31.074	31.155	-81	-0,3	31.416	31.416	31.073	-343	31.155
Investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Relevante Verrech./Erstatt.	189	189	-0	-0,2	189	189	189	0	189
- Land, Stadtgem. u. intern	189	189	-0	-0,2	189	189	189	0	189
- von Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	31.262	31.344	-82	-0,3	31.605	31.605	31.262	-343	31.344
Personalausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Sonst. kons. Ausgaben	23.896	23.008	888	3,9	24.101	24.101	23.896	-205	23.008
Zinsausgaben	38	38	0	0,0	38	38	38	0	38
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	51.167	39.096	12.071	30,9	62.881	60.763	51.167	-9.596	39.096
Relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
- Land, Stadtgem. u. intern	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
- an Bremerhaven	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	75.101	62.142	12.959	20,9	87.019	84.902	75.101	-9.801	62.142
Saldo	-43.839	-30.798	-13.041	42,3	-55.414	-53.297	-43.839	9.458	-30.798
valutierende Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr .		
	2017	2018	2019	2020	2021ff			Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	8.089	0		
- investiv	26.550	36.253	22.874	28.902	40.389			Tsd. EUR	
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	38	38	38	368				
Personaldaten	14. Monat 2017			kumuliert Januar - 14. Monat 2017			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Temporäre Personalmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtl.	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	0	0	0	0	0	0	0	0	0
dar.: Beihilfe /Nachvers.	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Temporäre Personalmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TPM - Flüchtl.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Refinanzierte	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
nachr. znt. Beschäftg.Pool	-	-	-	-	-	-	-	-	-
nachr. znt. Pool.Flüchtl.	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe einges. Personal	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
nachr.: Abwesende	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Personalstruktur	Dez 2017	2017	2016						
	Ist	Planwert	Ist						
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	%								
Beschäftigte bis 35 Jahre	-	-	-						
Beschäftigte über 55 Jahre	-	-	-						
Frauenquote	-	-	-						
Teilzeitquote	-	-	-						
Schwerbehindertenquote	-	-	-						

2. strategische Ziele / Kennzahlen / Mengengerüste

Gegenstand der Nachweisung	Januar - Dezember 2017		Ist-Planwert-Abweichung ³		2017 Planwert
	Ist	Planwert	abs.	%	
Leistungen					
Mittelabfluss Sanierung [EUR]	23.056.000,00	26.000.000,00	-2.944.000,00	-11,3	26.000.000,00
Mittelabfluss Neu- und Umbaumaßnahmen [EUR]	23.085.000,00	18.974.000,00	4.111.000,00	21,7	18.974.000,00
Leistung Unterhaltsreinigung [EUR]	20.212.000,00	20.450.000,00	-238.000,00	-1,2	20.450.000,00

³Bei Einheit "%" im Ist bzw. Planwert ist die Abweichung in Prozentpunkten dargestellt

3. Analyse/Bewertung
3.1 Kamerale Finanzdaten

Der Produktplan 97 schließt mit einem positiven Gesamtergebnis ab. Das Budget wird eingehalten.

Konsumtive Einnahmen

die erwarteten konsumtiven Einnahmen konnten nicht erreicht werden. Die entstandenen Mindereinnahmen in Höhe von 0,343 Mio. Euro werden in Höhe von 0,218 Mio. Euro konsumtiv (davon 0,01 PPL 41) und in Höhe von 0,125 Mio. Euro über investive Minderausgaben des Produktplans ausgeglichen.

Konsumtive Ausgaben

Gegenüber den Planwertansätzen sind Mehrausgaben (0,9 Mio. Euro) entstanden, die über zusätzliche Liquidität (NB) ausgeglichen werden und im vor. Soll und Ist berücksichtigt sind:

- Von SKB für zusätzliche Reinigungsleistungen 0,12 Mio. Euro
- Von SF für das Sofortprogramm Wohnungsbau 0,15 Mio. Euro,
- Vom SVIT (S), Ausgleich des Defizit SVIT (L) 0,05 Mio. Euro,
- Innerhalb des PPL 97 0,02 Mio. Euro div. Kleinbeträge
- Von SfK Durchführung einer Machbarkeitsstudie 0,07 Mio. Euro,
- Von SF Tarifeffekte 0,69 Mio. Euro.

Diese Mittel erhält die IB zur Deckung von zweckentsprechenden Mehrbedarfen in gleicher Höhe.

Verbliebene Minderausgaben des PPL 97 in Höhe von 0,21 Mio. Euro werden zum teilweisen Ausgleich der Mindereinnahmen eingesetzt.

Investive Ausgaben

Das veranschlagte Investitionsvolumen von rd. 39,1 Mio. Euro wurde annähernd ausgeschöpft. Die Schwerpunkte liegen auf:

- Sanierung der JVA 1,08 Mio. Euro
- Kapitaldienst Siemens-Hochhaus 0,12 Mio. Euro
- Sanierungsinvestitionen an das SVIT (S) 26 Mio. Euro
- Nutzerbudgets für Schulbaumaßnahmen 11,3 Mio. Euro
- Nutermittel der FFW Farge 0,1 Mio. Euro
- Klimaschutzinvestitionen; diverse Einzelmaßn. 0,5 Mio. Euro.

Nicht verbrauchte Mittel (0,12 Mio. Euro) dienen der Deckung von Mindereinnahmen.

Gegenüber den Planwerten sind (Mehr-)Ausgaben (12,0 Mio. Euro) entstanden, die über zusätzliche Liquidität gedeckt sind.

- 1,0 Mio. Euro wurde aus dem PPL 96 für die Inhouse-Verkabelung
- 1,2 Mio. Euro für das Bäderkonzept (insgesamt wurden 4,6 Mio. Euro aus dem PPL 12 verlagert; davon dienten 1,3 Mio. Euro für das Lösungskonzept 2017. Die verbleibende Liquidität von 2,1 Mio. Euro wurde gesperrt und ist als inv. Budgetrücklage in 2018 zu übertragen.)
- 10,0 Mio. Euro sind zum teilweisen Ausgleich der in 2016 bereitgestellten Liquidität an das SVIT zurückgegeben worden.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Besonderheiten wird der zulässige Finanzierungssaldo als eingehalten angesehen.

Insgesamt sollen 8.088.533 Euro (Land und Stadt) der investiven Budgetrücklage zugeführt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass darin für die Finanzierung des Westbades und das Horner Bad mit einer Sondersperre versehene Mittel von insgesamt 2.118.000 Euro enthalten sind.

3.1.2 Weitere Anmerkungen

Der Stand der Verpflichtungsermächtigungen wird im Zuge der Übertragung auf das Jahr 2018 geprüft und im Bedarfsfall aktualisiert.

3.3 Leistungsdaten

Die Investitionen für das Sanierungsprogramm werden durch Zuführungen der SF und für Neu- und Umbaumaßnahmen durch die verantwortlichen Ressorts (Nutzermittel) finanziert. Das vorläufige Jahresergebnis ist gekennzeichnet durch einen vom Planwert abweichenden Mittelabfluss für Sanierung, der aus zeitlichen Verzögerungen bei den Maßnahmen für die JVA und von Bau- und Planungsabläufen bei anderen Projekten resultiert. Was auch Auswirkungen auf den Mittelabfluss der Nutzermittel hat. Der Planwert bei Neu- und Umbaumaßnahmen wurde überschritten, weil zusätzliche Maßnahmen nach dem KInvFG im SVIT durchzuführen waren. Die dadurch entstanden Mehraufwendungen wurden durch KInvFG-Mittel finanziert und über das SVIT gesteuert. Diese Entwicklung ließ sich nicht vorhersehen, beeinflusst jedoch das Gesamtergebnis an dieser Stelle.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 - 14 / 2018
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.03.2018

Abschlussbericht 2017 / PPL- bezogene Rücklagen

produktplanbezogene Budgetrücklagen zu Jahresbeginn 2018										
PPL Bezeichnung	Investive Rücklage			Altersteilzeitrücklage			allgemeine Budgetrücklage			neuer Bestand insgesamt
	Bestand			Bestand			Bestand			
	JAB	14. Monat	Veränderung	JAB	14. Monat	Veränderung	JAB	14. Monat	Veränderung	
01 Bürgerschaft	6.022,17	10.059,62	4.037,45	0,00	0,00	0,00	1.762.809,20	1.922.741,55	159.932,35	1.932.801,17
02 Rechnungshof	0,00	0,00	0,00	119.309,39	119.309,39	0,00	753.067,67	753.067,67	0,00	872.377,06
03 Senat, Senatskanzlei	1.004.484,67	914.348,97	-90.135,70	50.115,12	50.115,12	0,00	21.464,45	54.719,22	33.254,77	1.019.183,31
05 Bundesangelegenheiten	18.184,01	0,01	-18.184,00	3.005,17	3.005,17	0,00	807.713,47	807.713,47	0,00	810.718,65
06 Datenschutz u. Informationsfreiheit	4.291,40	0,00	-4.291,40	0,00	0,00	0,00	28.493,02	28.493,02	0,00	28.493,02
07 Inneres	599.923,24	850.366,33	250.443,09	0,00	0,00	0,00	30.242,57	0,00	-30.242,57	850.366,33
08 Gleichberechtigung der Frau	14.080,00	13.470,00	-610,00	79.134,47	79.134,47	0,00	153.444,77	153.444,77	0,00	246.049,24
09 Staatsgerichtshof	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	252,66	252,66	0,00	252,66
11 Justiz	384.430,00	238.580,00	-145.850,00	0,00	0,00	0,00	4.047.600,00	8.409.690,00	4.362.090,00	8.648.270,00
12 Sport	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21 Bildung	3.128.954,35	2.552.337,43	-576.616,92	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.552.337,43
22 Kultur	158.148,18	202.648,18	44.500,00	0,00	0,00	0,00	25.626,90	25.626,90	0,00	228.275,08
24 Hochschulen u. Forschung	8.123.773,46	2.989.746,00	-5.134.027,46	0,00	0,00	0,00	622.553,62	622.553,62	0,00	3.612.299,62
31 Arbeit	21.208,32	54.459,01	33.250,69	0,00	0,00	0,00	10.127,90	11.147,82	1.019,92	65.606,83
41 Jugend und Soziales	15.036.259,96	8.364,27	-15.027.895,69	0,00	0,00	0,00	1,53	1,53	0,00	8.365,80
51 Gesundheit	45.586,29	8.457.003,59	8.411.417,30	0,00	0,00	0,00	1.626.996,67	1.626.996,67	0,00	10.084.000,26
68 Umwelt, Bau, Verkehr	35.800.763,56	23.001.391,94	-12.799.371,62	0,00	0,00	0,00	5.970.759,67	8.333.470,88	2.362.711,21	31.334.862,82
71 Wirtschaft	36.238.873,87	26.262.084,70	-9.976.789,17	0,00	0,00	0,00	904.598,76	1.132.454,73	227.855,97	27.394.539,43
81 Häfen	29.188.859,76	9.194.242,90	-19.994.616,86	0,00	0,00	0,00	3.434.894,24	3.494.481,15	59.586,91	12.688.724,05
91 Finanzen/Personal	350.691,51	402.330,41	51.638,90	189.117,96	189.117,96	0,00	5.814.274,28	5.370.831,20	-443.443,08	5.962.279,57
92 Allgemeine Finanzen*	4.250.607,71	770.349,13	-3.480.258,58	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	770.349,13
93 Zentr. Finanzen	0,00	1.830.378,87	1.830.378,87	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.830.378,87
96 IT-Budget	13.159.398,12	16.517.545,38	3.358.147,26	0,00	0,00	0,00	280.125,31	280.125,31	0,00	16.797.670,69
97 Immobilienwirtschaft und -management	19.486.783,67	8.088.533,00	-11.398.250,67	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.088.533,00
Gesamtsumme	167.021.324,25	102.358.239,74	-64.663.084,51	440.682,11	440.682,11	0,00	26.295.046,69	33.027.812,17	6.732.765,48	135.826.734,02

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 - 14 / 2018
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.03.2018

Abschlussbericht 2017 / Sonderrücklagen

Sonderrücklagen zu Jahresbeginn 2018 Land				
	PPL	Bestand		neuer Bestand
		13. Mt. 2017	Beschlussvorschlag	
- Beträge in Tsd. Euro -				
Abwasserabgabe-Rücklage	68	970,8		970,8
Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	31	5.586,5	484,4	6.070,9
Ausgleichsabg.-Rücklage für Eingriffe in Natur u. Landschaft	68	1,3		1,3
Budgetrücklage Allgemeine Finanzen	92	1.015,0	1.197,9	2.212,9
Erneuerungsrücklage FBG	81	293,4		293,4
Grundwasserentnahmegebühr-Rücklage	68	4.045,8		4.045,8
Rücklage Arbeitnehmerbeiträge n.d. Brem. Ruhelohngesetz	92	3.468,0	222,6	3.690,6
Rücklage für Diskontkredite	93	436,3		436,3
Rücklage Kriegsoferfürsorge	31	0,1	0,0	0,1
Rücklage Allgemeine Finanzen (incl. zentr. Personalsrücklage)	92	3.538,8	2.380,3	5.919,1
Rücklage "Deichschutz Bremerhaven"	81	5.686,5	367,8	6.054,2
Rücklage Fischereiprogramm EFF	71	400,3		400,3
Sonderrücklage EFRE 2007-2013 -Bescheinigungsstelle	71	8.484,7	-8.484,7	0,0
Sonderrücklage EU-Mehreinnahmen EFRE 2014-2020 (PPL 24)	24	125,2		125,2
Sonderrücklage Meeres- und Fischereifonds (EMFF)	71	479,1		479,1
Sonderrücklage EFRE 2007-2013 - PPL 24 -	24	216,4	-216,4	0,0
Sonderrücklage "Digitale Dividende" (Neu)	93		1.750,9	1.750,9
Zentrale Sonderrücklage	93		240.000,0	240.000,0
Insgesamt		34.748,1	0,000	237.702,8
			272.450,9	

Sonderrücklagen zu Jahresbeginn 2018 Stadt				
	PPL	Bestand		neuer Bestand
		13. Mt. 2017	Beschlussvorschlag	
- Beträge in Tsd. Euro -				
Budgetrücklage HBA (Baggergut)	81	234,0		234,0
Budgetrücklage Allgemeine Finanzen	92	3.839,4		3.839,4
Rücklage 'Folgekosten BEB-Veräußerung'	92	0,0		0,0
Rücklage 'Schaffung von Garagen und Einstellplätzen'	68	0,0		0,0
Rücklage Arbeitnehmerbeiträge n.d. Brem. Ruhelohngesetz	92	10.689,4	883,4	11.572,7
Rücklage Kriegsoferfürsorge	31	0,0	16,5	16,5
Rücklage Allgemeine Finanzen (incl. zentr. Personalsrücklage)	92	4.254,5	6.798,4	11.052,9
Rücklage Zuschüsse an Bürgerstiftung	41	77,8		77,8
Rücklage "Saubere Stadt"	68	20,4		20,4
Zentrale Sonderrücklage	93		195.000,0	195.000,0
Insgesamt		19.115,4	0,000	202.698,3
				221.813,7

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 - 14 / 2018
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.03.2018

Abschlussbericht 2017 / Verlustvorträge

Verlustvorträge zu Jahresbeginn 2018 Land			
	Bestand		neuer
	13. Mt. 2017	Veränderung 14. Mt. 2017 (Vorschlag)	Bestand
Beträge in Tsd. Euro			
Sonstige			
07 Inneres	-1.275,8		-1.275,8
07 Inneres/Rettungsdienst			0,0
12 Sport			0,0
Zwischensumme	-1.275,8	0,0	-1.275,8
EU-abrechnungstechnisch bedingte Verlustvorträge			
Förderphase 2007-2013			
24 Hochschulen (EFRE)	-917,3	917,3	0,0
31 Arbeit (ESF)	-24.347,9	756,5	-23.591,5
31 Arbeit (EFRE)	-9.268,1	9.268,1	0,0
68 Umwelt, Bau etc. (EFRE)	-4.649,1	4.649,1	0,0
71 Wirtschaft (EFRE)	-10.500,0	10.500,0	0,0
Zwischensumme	-49.682,5	26.091,0	-23.591,5
Förderphase 2014-2020			
24 Hochschulen (EFRE)	-0,3	-1.417,0	-1.417,3
31 Arbeit (ESF)	-15.420,4	-6.002,7	-21.423,1
68 Umwelt, Bau etc. (EFRE)	-727,1	-1.417,0	-2.144,1
71 EMFF (NEU)	0,0	-140,1	-140,1
71 Wirtschaft (EFRE)	-2.424,8	-6.687,7	-9.112,5
Zwischensumme	-18.572,6	-15.664,6	-34.237,2
Zwischensumme EU	-68.255,1	10.426,4	-57.828,6
INSGESAMT (Neufeststellungen)	-69.530,9	10.426,4	-59.104,5

Abweichungen bei den Summenwerten aufgrund von Rundungen.

Verlustvorträge zu Jahresbeginn 2018 Stadt			
	Bestand		neuer
	13. Mt. 2017	Veränderung 14. Mt. 2017 (Vorschlag)	Bestand
in Tsd. Euro			
Sonstige			
07 Inneres	-16.202,0	403,3	-15.798,7
07 Inneres/Rettungsdienst	-329,4	-3.464,2	-3.793,6
12 Sport	-474,1	0,4	-473,7
INSGESAMT (Neufeststellungen)	-17.005,5	-3.060,5	-20.065,9

Die Senatorin für Finanzen

Rudolf-Hilferding-Platz 1

28195 Bremen

Telefon: 0421 361 4072

Fax: 0421 496 4072